

# Bohemia

Zeitschrift für Geschichte und Kultur  
der böhmischen Länder  
A Journal of History and Civilisation  
in East Central Europe

Herausgegeben  
im Auftrag des Collegium Carolinum  
von Karl Bosl

---

Band 24

Heft 2

1983

---

## INHALT

### ABHANDLUNGEN

- Heimann, Heinz-Dieter: Über „Außenpolitik“ in der Zeit der „böhmischen Anarchie“. Zum späten böhmischen Söldnerwesen als Forschungsproblem . . . 253
- Fischer, Karl A. F. u. Híbst, Peter: Die deutsche Astronomie in Böhmen und Mähren in den letzten hundert Jahren . . . . . 275
- Fischer, Karl A. F. u. Híbst, Peter: Die Astronomie an den Hochschulen in Brünn . . . . . 295
- Lipscher, Ladislav: Die mitteleuropäische Konzeption Milan Hodžas . . . . 299
- Heumos, Peter: Die britische Labour Party und die sozialistischen Parteien Ostmitteleuropas 1944—1948 . . . . . 317

### MISZELLE

- Brügel, Johann Wolfgang: Die Anerkennung der tschechoslowakischen Auslandsregierung 1940—1942 . . . . . 335

### VORTRAG

- Engels, Heinz: Aufbau und Anliegen des Sudetendeutschen Wörterbuches . . . 348

## II

### BIOGRAPHIEN

Sajner, Josef: Ernst Machs Beziehungen zu seinem Heimatort Chirlitz (Chrlice) und zu Mähren . . . . .	358
Brügel, Johann Wolfgang: Berthold Bretholz (1862—1936) . . . . .	369
Fischer, Karl A. F.: Ladislav Pračka, ein tschechischer Astronom in deutschen Diensten . . . . .	380

### NACHRUFE

Gedenkworte am Sarge von Prof. Ernst Schwarz/Erlangen * 19. Juni 1895 in Haida † 13. April 1983 in Erlangen (Karl Bosl) . . . . .	387
Zum Tode von Branislav Štefánek * 22. Dezember 1923 in Preßburg † 2. Oktober 1983 in Landsberg (Martin K. Bachstein) . . . . .	389

### BUCHBESPRECHUNGEN

G. Kisch: Forschungen zur Rechts- und Sozialgeschichte der Juden in Deutschland während des Mittelalters (Peter Hilsch) . . . . .	391
I. T. Piirainen: Das Iglauer Bergrecht nach einer Handschrift aus Schemnitz (Norbert English) . . . . .	392
I. T. Piirainen: Das Stadt- und Bergrecht von Kremnica/Kremnitz (Norbert English) . . . . .	392
K. Malý: Trestní právo v Čechách v 15.—16. století (Helmut Slapnicka) . . . . .	393
H. Kramm: Studien über die Oberschichten der mitteldeutschen Städte im 16. Jahrhundert. Sachsen, Thüringen, Anhalt (Karl Bosl) . . . . .	395
G. F. Buckisch: Schlesische Religions-Akten 1517—1675 Tl. I (Ferdinand Seibt) . . . . .	397
H. Rösel: Wörterbuch zu den tschechischen Schriften des J. A. Comenius (Rudolf M. Wlaschek) . . . . .	398
Z. Theobald: Hussitenkrieg (Ferdinand Seibt) . . . . .	399
Deutsche Katechismen der Böhmisches Brüder (Alfred Eckert) . . . . .	400
Quellen zur Geschichtsschreibung der Böhmisches Brüder. Zwei Darstellungen von Comenius und Camerarius (Alfred Eckert) . . . . .	401
J. A. Bengel: Abriß der so genannten Brüdergemeinde (Alfred Eckert) . . . . .	402
D. Cranz: Alte und neue Brüder-Historie (Alfred Eckert) . . . . .	403
Kleines Brüdergesangbuch. Hirten-Lieder von Bethlehem (Alfred Eckert) . . . . .	405
Evangelický zpěvník (Alfred Eckert) . . . . .	406
J. Th. Müller: Hymnologisches Handbuch zum Gesangbuch der Brüdergemeine (Alfred Eckert) . . . . .	406

R. J. W. Evans: The Making of the Habsburg Monarchy 1550—1700 (Ludwig Hüttl) . . . . .	408
Th. M. Barker: Doppeladler und Halbmond. Entscheidungsjahr 1683 (Ludwig Hüttl) . . . . .	409
M. Hroch und J. Petráň: Das 17. Jahrhundert — Krise der Feudalgesellschaft? (Günter Christ) . . . . .	410
G. Wollstein: Das Großdeutschland der Paulskirche (Wolf D. Gruner) . . . .	415
B. Hamann: Elisabeth. Kaiserin wider Willen (Harald Bachmann) . . . . .	419
E. Trützschler v. Falkenstein: Der Kampf der Tschechen um die historischen Rechte der böhmischen Krone im Spiegel der Presse 1861—1879 (Peter Burian) . . . . .	420
P. Roubiczek: Über den Abgrund. Aufzeichnungen 1939/40 (Ferdinand Seibt) . . . .	422
P. Roubiczek: Across the Abyss (Ferdinand Seibt) . . . . .	422
V. Černý: Paměti (Rudolf M. Wlaschek) . . . . .	425
E. Taborsky: President Edvard Beneš Between East and West 1938—1948 (Jörg K. Hoensch) . . . . .	426
K. Hildebrand: Das Dritte Reich (Wolf D. Gruner) . . . . .	430
A. Hillgruber: Europa in der Weltpolitik der Nachkriegszeit 1945—1963 (Wolf D. Gruner) . . . . .	430
L. Grünwald (Hrsg.): Sudetendeutsche — Opfer und Täter (Roland J. Hoffmann) . . . .	432
G. Böddeker: Die Flüchtlinge. Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten (Fritz Peter Habel) . . . . .	436
F. J. Bauer: Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945—1950 (Fritz Peter Habel) . . . . .	437
R. M. Wlaschek: Vertriebenenräte in der Verantwortung (Hubert Rösel) . . . .	443
H. Lemberg u. F. Seibt (Hrsg.): Deutsch-tschechische Beziehungen in der Schulliteratur und im populären Geschichtsbild (Werner K. Blessing) . . . . .	445
G. Gesemann: Gesammelte Abhandlungen (Wolfgang Kessler) . . . . .	447
B. Němcová: Großmutter. Bilder aus dem ländlichen Leben (Olga Poštulková) . . . .	449
KURZANZEIGEN . . . . .	451
SUMMARIES . . . . .	488
RÉSUMÉS . . . . .	493
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS . . . . .	498
MITARBEITER DES HEFTES . . . . .	499

## GESCHÄFTLICHE MITTEILUNGEN

Die Bände 1–20 (1960–1979) erschienen unter dem Titel:  
Bohemia. Jahrbuch des Collegium Carolinum

Herausgeber: Univ.-Prof. Dr. Karl Bosl.

Schriftleitung: Dr. Gerhard Hanke, Collegium Carolinum, Thierschstraße 11–17/III, 8000 München 22.

Für Form und Inhalt der einzelnen Beiträge tragen die Verfasser die Verantwortung.

Rezensionsexemplare und Zuschriften sind an die Schriftleitung zu richten.

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Übersetzung, Nachdruck – auch von Abbildungen –, Vervielfältigung auf photomechanischem oder ähnlichem Wege oder im Magnettonverfahren, Vortrag, Funk- und Fernsehendung sowie Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen – auch auszugsweise – ist nur mit Genehmigung des Herausgebers gestattet. Werden von einzelnen Beiträgen oder Teilen von ihnen einzelne Vervielfältigungsstücke im Rahmen des § 54 UrhG hergestellt und dienen diese gewerblichen Zwecken, ist dafür eine Vergütung gem. den gleichlautenden Gesamtverträgen zwischen der Verwertungsgesellschaft Wissenschaft GmbH (ehemals Inkassostelle für urheberrechtliche Vervielfältigungsgebühren GmbH), 6000 Frankfurt/Main, Großer Hirschgraben 17–21, und dem Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., dem Gesamtverband der Versicherungswirtschaft e. V., dem Bundesverband deutscher Banken e. V., dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband und dem Verband der Privaten Bausparkassen e. V., an die VG Wissenschaft zu entrichten. Die Vervielfältigungen sind mit einem Vermerk über die Quelle und den Vervielfältiger zu versehen. Erfolgt die Entrichtung der Gebühren durch Wertmarken der VG Wissenschaft, so ist für jedes vervielfältigte Blatt eine Marke im Wert von DM 0,40 zu verwenden.

**Bezugsbedingungen:** Pro Jahr erscheint ein Band in zwei Heften. Einzelheft DM 40,-, Jahresabonnement DM 68,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird. Die Lieferung geschieht auf Kosten und Gefahr des Empfängers. Kostenlose Nachlieferung in Verlust geratener Sendungen erfolgen nicht.

Zahlungen erbitten wir an den Verlag R. Oldenbourg (Abt. Zeitschriften) München, auf unsere Konten beim Postscheckamt München Nr. 64950-809 oder bei der Bayerischen Vereinsbank München 2 Nr. 6405215.

Werbeanzeigen und Werbebeilagen besorgt der Verlag. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Monika Spitzenberger.

Hinweis gemäß § 26 Absatz 1, Bundesdatenschutzgesetz: Die Bezieher der BOHEMIA sind in einer Adreßkartei gespeichert, die mit Hilfe der automatisierten Datenverarbeitung geführt wird.

Verlag: R. OLDENBOURG VERLAG GmbH, Rosenheimer Straße 145, 8000 München 80. Alleiniger Gesellschafter des Verlages ist die Firma R. Oldenbourg GmbH & Co. KG unter der gleichen Anschrift. Sie wird durch die persönlich haftende Gesellschafterin R. Oldenbourg Verwaltungs GmbH, Rosenheimer Straße 145, 8000 München 80, vertreten.

Außerdem sind nachstehende Kommanditisten beteiligt: Elisabeth Alber, Hausfrau, Rieden/Tirol; Hedwig Geupel, Hausfrau, Oberhaching; Baronin Silvia von Maydell, Hausfrau, München; Christian Krafft von Dellmensingen, Parsippany/USA; Gabriele von Bomhard, Kindergärtnerin, München; Christa von Bomhard, Sekretärin, München; Maria Freifrau von Meyern-Hohenberg, Hausfrau, München; Gräfin Inge Schönborn, Geschäftsinhaberin, München; Nelly Reichhold, Hausfrau, Icking; Dr. Roswitha Sieper, Oberstudienratorin, München; Dr. John C. Oldenbourg, Übersetzer, München; Andreas D. Oldenbourg, Rechtsreferendar, München; Thomas A. Oldenbourg, Dipl.-Kfm., München; Hanna Syhily, Hausfrau, Bad Reichenhall; Dr. Rolf-Dieter Schmid, Nürnberg; Axel Schmid, München; Wilhelm Schmid, Major a. D., Regensburg; Barbara Müller, Hannover; Emmy Oldenbourg, Private, München; Hans A. Fieser, Dipl.-Ing., Steinebach; Irmgard Fieser, Hausfrau, Steinebach; Hans Herbert Fieser, Dipl.-Kfm., Lindenfels; Heidi Fieser, Sekretärin, Salem; Reinhard Fieser, Heimleiter, Esslingen; Dr. Rudolf Oldenbourg, Verleger, München; Johannes Oldenbourg, Dipl.-Math., München; Christoph Oldenbourg, Restaurator, München; Louise Oldenbourg, Grafikerin, München; Walter Oldenbourg, Verleger, München; Eva Lange, Hausfrau, München; Dr. Helene Hahn, Ärztin, Bremen; Edith Müller, Hausfrau, Hamburg; Brigitte Reiner, Hausfrau, Haar; Heinz Reiner, Arzt, Haar; Eberhard Oldenbourg, Kaufmann, München; Eva May, Studienrätin, München; Paul Oldenbourg, Ingenieur, München; Wolfgang Oldenbourg, Kaufmann, München; Doris Kühnhackl, Lehrerin, München; Regine Oldenbourg, Geschäftsinhaberin, München; Albert Oldenbourg, Student, München; Gertrud Oldenbourg, Archivangestellte, Bremen; Paul Schröder sen., Den Haag; Anne Schröder, Den Haag; Thomas Schröder, Verlagskaufmann, Hamburg; Nicola Schröder, Den Haag; Paul Schröder jun., Den Haag; Brigitte Fertl, Hausfrau, München; Inge von Negelein, Kindergärtnerin, München; Dr. Friedrich Rosenkranz, Physiker, München; Ilse Edelstein, Berlin; Dr. Karl von Cornides, Verleger, Wien; Dr. Thomas von Cornides, Verleger, München; Dr. Elisabeth Garms, Hausfrau, Rom; Hedwig Kloepper, Private, Söchtenau; Cäcilie von Cornides, Therapeutin, Rieden/Tirol; Dr. Rudolf von Cornides, Amtsarzt, Innsbruck; Margit von Cornides, Hausfrau, Bonn; Christoph von Cornides, Volkswirt, Bonn; Gabriele Hommes, Aachen; Bankhaus H. Aufhäuser, München.

Satz, Druck und Einband: Verlagsdruckerei Michael Laßleben, 8411 Kallmünz.

# ÜBER „AUSSENPOLITIK“ IN DER ZEIT DER „BÖHMISCHEN ANARCHIE“

Zum späten böhmischen Söldnerwesen als Forschungsproblem

Von Heinz-Dieter Heiman n

## I. Zur Forschungslage

Die gesellschaftlichen, theologische- und kirchengeschichtlichen Ebenen des Hussitismus werden immer wieder als ein herausfordernder Gegenstand der Forschungen zum Spätmittelalter wie der Frühneuzeit aufgegriffen, um an einem so vielschichtigen Ereignis über „Reformation“ oder „Revolution“ und „Epochencharakter“ zu diskutieren. So wundert es nicht, wenn angesichts nicht selten unbefriedigender Erörterung dieses Themenkomplexes eine breitere Darlegung des Hussitismus und auch der Zeit der Hussitenkriege in populären Übersichtswerken warnend eingeklagt wird<sup>1</sup>.

Bei aller Aufmerksamkeit also, die aufs Ganze gesehen dem Hussitismus eigentlich entgegengebracht wird, findet jedoch eine Auseinandersetzung mit den militär-technischen, strategischen und heeresorganisatorischen Innovationen der Hussiten, überhaupt mit dem böhmischen Söldnerwesen, kaum statt. Einzelarbeiten, voran die Arbeit F. G. Heymanns über Jan Žižka<sup>2</sup> und die ideologiebefrachtete Darstellung von Jan Durdik über das „Hussitische Heerwesen“<sup>3</sup>, sind seit den fünfziger Jahren ohne nennenswerte Nachfolge geblieben. Einen neuen Versuch zu diesem Thema demonstrierte von seiten der Technikgeschichte innerhalb des Militärwesens soeben erst wieder V. Schmidtchen<sup>4</sup>, indem er in Handschriftenillustrationen abgebildete Kriegsgeräte der Hussiten auf ihren taktischen Einsatzwert hin vergleichend untersuchte und so technische Innovationsleistungen und entwickeltes strategisches Denken belegen konnte. Ein methodischer Ansatz, der — hoffentlich fortgesetzt — die „Wirkungsgeschichte“ technischen und strategischen Wissens offenlegen kann und damit die böhmischen Vorgänge stärker in Beziehung zu allgemeinen wissenschaftlichen wie praktischen Entwicklungen setzt.

<sup>1</sup> Staats, R.: Das Mittelalter in der neueren kirchengeschichtlichen Literatur. Evangelische Theologie, Beiheft Verkündigung und Forschung 1/2 (1980) 32—74, hier 68.

<sup>2</sup> Heymann, F. G.: John Žižka and the Hussite revolution. New York 1955.

<sup>3</sup> Durdik, J.: Hussitisches Heerwesen. Berlin-O. 1961 aus einer älteren tschechischen Vorlage.

<sup>4</sup> Schmidtchen, V.: Karrenbüchse und Wagenburg. Hussitische Innovationen zur Technik und Taktik im Kriegswesen des späten Mittelalters. In: Festschrift f. A. Timm. Berlin 1980, 83—108 mit ausführlicher Literaturübersicht.

Hier — wie im übrigen freilich auch — gelten neuere Arbeiten vorzugsweise der politischen Reichsgeschichte im ersten Drittel des 15. Jahrhunderts<sup>5</sup>, und hier bedingt auch der böhmischen Situation, oder setzen in der Betrachtung der innerböhmischen Verhältnisse erst wieder im Zeitalter König Georgs von Podiebrad<sup>6</sup> oder König Wladislaws<sup>7</sup> an. Sie alle bringen in ihrem thematischen Kern sehr wohl neues Material und weiterführende neue Einschätzungen zwar bei, finden aber — verständlicherweise — für die Jahre zwischen 1435 und 1450 nur jeweils überblicksartige Aussagen. Dazu nun müssen sie neben der Geschichte Böhmens von F. Palacký<sup>8</sup> auf neuere Handbuchartikel<sup>9</sup> zurückgreifen. Namentlich in den Darstellungen jener Überblickswerke, die in diesem Fall ja nur den Forschungsstand spiegeln können, erweist sich die Mitte des 15. Jahrhunderts, ganz im Widerspruch zur teils hier fixierten Epochenschwelle zur Neuzeit, teils zur allgemein hier terminierten Überwindung spätmittelalterlicher Krisenerscheinungen im Sieg des monarchischen Prinzips in Kirche, Reich und Territorien, im Einzelfall doch noch als eine „herausfordernde Lücke“. Dies gilt auch für die Geschichte der böhmischen Länder, zumal F. Palacký wie F. G. Heymann in ihren grundlegenden Werken eben jene Zeit um 1450 als „Anarchie“ umschrieben<sup>10</sup>.

Solch eine Etikettierung, die häufig ähnlich für das Gesamtgeschehen des 15. Jahrhunderts zu finden ist, bezeugt mindestens eine gewisse Hilflosigkeit, reichlich gegenläufige, vielschichtige und oft eben nur ansatzweise ausgeführte politische Manöver unterschiedlicher Akteure zu strukturieren. Für die böhmischen Verhältnisse zielt eine Umschreibung wie „Anarchie“ vor allem auf die sozial-, stände- und religionspolitisch bedingten Parteien und Konflikte im Kreis der Magnaten während einer faktisch königlosen Zeit, in der kriegskundige böhmische Hauptleute mit teils beträchtlichen Mannschaften, angeworben von tatsächlich oder vermeintlich zahlungsfähigen Kriegsherren, aus Böhmen abzogen, so daß wir in den Nachbarländern vom Ordensstaat bis Ungarn immer wieder böhmische Kriegsteilnehmer finden. Dieses — überwiegend sicherlich schwer zugängliche — Material scheint zu Unrecht bisher von der Forschung vernachlässigt worden zu sein, wenn man nur einmal die Bedeutung der Verwicklungen böhmischer Kriegshauptleute in den preußisch-polnischen Konflikt der 1. Hälfte des 15. Jahrhunderts auch unter dem Blickwinkel der Entwicklung eines internationalen politischen Systems sieht,

<sup>5</sup> Mathies, C.: Kurfürstenbund und Königtum in der Zeit der Hussitenkriege. Mainz 1978. — Fahlbusch, F. B.: Städte und Königtum im frühen 15. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Geschichte Sigmunds v. Luxemburg. Köln-Wien 1983 (Veröff. d. Inst. f. vgl. Städtegeschichte in Münster, Städteforschung A. Darstellungen 17).

<sup>6</sup> Heymann, F. G.: George of Bohemia — King of Heretics. Princeton 1965. — Odložilik, O.: The Hussite King. Bohemia in European Affairs 1440—1471. New Brunswick/N. J. 1965.

<sup>7</sup> Eberhard, W.: Konfessionsbildung und Stände in Böhmen 1478—1530. München-Wien 1981 (Veröff. d. Collegium Carolinum 38).

<sup>8</sup> Palacký, F.: Geschichte von Böhmen. Bd. 1—5/2. Prag 1836—1867.

<sup>9</sup> Seibt, F.: Die Zeit der Luxemburger und der hussitischen Revolution. In: Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder. Hrsg. v. Karl Bosl. Bd. 1. Stuttgart 1967, 349—568, zur Forschungslage vgl. 537 f. — Richter, K.: Die böhmischen Länder von 1471—1740. E b e n d a Bd. 2. Stuttgart 1974, 97—412.

<sup>10</sup> Palacký IV, Kapitel 2 und 3; zur Entwicklung der Söldnergruppen e b e n d a 504 ff.

wie es vor einigen Jahren bereits versucht wurde<sup>11</sup>, ohne daß vergleichbare Anschlußarbeiten folgten.

Hier soll nun ein weiterer Vorstoß in diese Richtung versucht werden, um an einem seltenen Exempel der Anwesenheit von Hussiten in Westfalen neue Orientierungshilfen für die westdeutsche Regionalgeschichte, die Zeit der „Anarchie“ in Böhmen, ja für die binnenpolitische Konstellation des Reichs zur Mitte des 15. Jahrhunderts herauszuarbeiten.

## II. Quellenkritische Vorbemerkung

Neben jener Arbeit W. Rautenbergs liegt eigentlich nur ein weiterer Aufsatz zu diesem schwierigen Problemfeld vor, in dem sich A. Bachmann vor nunmehr 100 Jahren mit einem Kriegszug böhmischer Söldner nach Westfalen zur Zeit der Soester Fehde (1444—1447) beschäftigte<sup>12</sup>. Inzwischen gilt es, eine Reihe von gewichtigen, sachlichen Korrekturen an seiner Quellenedition und seiner Darstellung vorzunehmen. Daneben sind zugleich auch Berichtigungen an der von J. Hansen im Rahmen seiner Editionsbande „Rheinland und Westfalen im 15. Jahrhundert“<sup>13</sup> zu diesem Söldnerzug vorgelegten Akten und deren Zuordnung vorzunehmen. Es ist also mehr als Chronistenart, sich nach einem Säkulum die beinahe zeitgleich in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts erschienenen Arbeiten dieser beiden für die jeweiligen Landeshistoriographien bedeutsamen Historiker wieder vorzunehmen.

A. Bachmann<sup>14</sup> publizierte seinen Aufsatz 1881 aus der Kenntnis des Quellenmaterials, das er als einer der Mitarbeiter der vielbändigen Editionsreihe „Fontes rerum Austriacarum“ sichtete und bei deren II. Abteilung er in Band 42 und Band 44 Urkunden und Akten zur österreichischen Geschichte im Zeitalter Kaiser Friedrichs III. und König Georgs v. Böhmen vorlegte. Sein Material zum Zug böhmischer Söldner 1447 nach Soest entnahm er überwiegend den Beständen der sächsischen Archive in Dresden und Weimar, wo ein bis heute nicht ausgeschöpftes umfangreiches Aktenaufkommen über die Anwerbung, Expedition und finanzielle Abwicklung der zunächst vom damaligen Landgrafen Wilhelm III. von Thüringen angeworbenen Kriegshauptleute aus Böhmen verwahrt wird.

Bei der Herausgabe betreffender Aktenstücke, teils nur Nachrichtenzettel, unterliefen A. Bachmann beträchtliche Fehler in der Datierung einzelner Vorgänge. Eine Korrektur wurde notwendig, als er aus Anlaß seines Aufsatzes jenes sächsische Aktenmaterial mit westfälischen Quellen und solchen anderer Regionen in Be-

<sup>11</sup> Rautenberg, W.: *Böhmische Söldner im Ordensland Preußen*. 2 Bde. Diss. masch. Hamburg 1953.

<sup>12</sup> Bachmann, A.: *Herzog Wilhelm v. Sachsen und sein böhmisches Söldnerheer auf dem Zug vor Soest*. *Neues Archiv für sächsische Geschichte und Altertumskunde* 2 (1881) 97—128.

<sup>13</sup> *Rheinland und Westfalen im 15. Jahrhundert*. Bd. 1: *Soester Fehde*; Bd. 2: *Münsterische Stiftsfehde*. Hrsg. v. J. Hansen. Leipzig 1888/1890 (Publikationen aus den Preussischen Staatsarchiven 34, 42).

<sup>14</sup> Zur Person Bachmann, H.: *Adolf Bachmann. Ein österreichischer Historiker und Politiker*. München 1962.

ziehung brachte. Erst mit der neuen Datierung<sup>15</sup> überhaupt ließ sich eine sachliche Richtigkeit und die Würdigung des politischen Schwerpunkts dieser Ereignisse genügend herstellen, nämlich die Anwerbung jener teils zu thüringischen Diensten vermittelten Böhmen durch den Kölner Erzbischof Dietrich II. v. Moers (1414—1463) im Rahmen seines Kriegsbündnisses mit dem thüringischen Landgrafen. A. Bachmann bezog dann auch diesen Kriegszug auf die Fehde zwischen dem Erzbischof von Köln und seiner Stadt Soest, die bereits seit drei Jahren andauerte, nachdem sich die Stadt 1444 vom Erzbischof losgesagt und dessen politischen Rivalen in der Region, den Herzog von Kleve-Mark, unter Wahrung größter Autonomie zum neuen Stadtherrn genommen hatte<sup>16</sup>. Er ordnete diesen Konflikt und damit den Söldnerzug in den beispielreichen Gegensatz zwischen Territorialfürstentum und Stadtbürgertum in Westfalen ein, womit er einer üblichen Bewertung folgte. Daneben stellte er erstmals den Hauptteil der böhmischen Kriegshauptleute vor<sup>17</sup>, bezifferte mit 16 000 Teilnehmern das Gesamtaufgebot und schilderte eine mühevoll Expedition durch das Leinetal über Göttingen<sup>18</sup> und Einbeck<sup>19</sup>, durch die Grafschaft Lippe und die hier geschätzten Städte Lemgo, Salzuflen und ferner Herford, schließlich die Belagerung von Lippstadt und ihr spektakuläres Scheitern an den vergeblich belagerten und schließlich bestürmten Mauern von Soest mit einem unrühmlichen Rückzug nach Böhmen und ansatzweise einem jahrzehntewährenden Streit um Sold- und Schadensgelder<sup>20</sup>. Ungenügend geriet ihm über diese erste Faktographie jedoch eine Einschätzung der politischen Zielvorstellung der beiden hauptverantwortlichen Kriegsherren aus Kurköln und Thüringen.

Hierzu leistete J. Hansen in der monographieähnlichen Einleitung zu seiner Edition<sup>21</sup> eine bis heute weithin gültige Darstellung. Er konnte die Anbindung der politischen Auseinandersetzung zwischen Kurköln und Kleve-Mark in der Soester Fehde an das Ringen um die kirchenpolitische Überwindung des letzten Papstschismas des Mittelalters nachweisen und damit diesen regionalen Konflikt mit gewichtigen reichspolitischen Entscheidungsabläufen verbinden<sup>22</sup>. Dazu gehört vor allem, daß er die verschiedenartigen Einflußnahmen des Herzogs von Burgund, insbesondere auf die klevische Seite, zu eigener Großherrschaftsbildung im west- und nordwestdeutschen Raum verfolgte. Seitdem ist die rheinische wie westfälische Regionalgeschichtsforschung nachhaltig auf eine Orientierung an den Aktivitäten

<sup>15</sup> Bachmann, A. 1881, 116 Anm. 92.

<sup>16</sup> Deus, W.: Die Soester Fehde. Soest 1949. — Ders.: Pacta ducalia. Soest 1951.

<sup>17</sup> Bachmann, A. 1881, 99 f.

<sup>18</sup> Dazu Schmidt, T.: Drabanten togen vor Soest. Westfälische Zeitschrift 24 (1864) 1—16 als Auszug aus einer Göttinger Ratsaufzeichnung.

<sup>19</sup> Dazu eigens Bruns, A.: Einbeck und die südwestfälischen Lande in der Soester Fehde 1447. Einbecker Jahrbuch 26 (1964) 98—110.

<sup>20</sup> Bachmann, A. 1881, 128.

<sup>21</sup> Rheinland u. Westfalen I 1888, 92 ff.

<sup>22</sup> Zu den kirchen- und reformpolitischen Kontroversen um die Überwindung des Konziliarismus und des Obediensstreites um die Anerkennung Papst Eugens IV. und seines Gegenspielers Felix V. im Kreis der deutschen wie europäischen Territorialmächte siehe Angermeyer, H.: Das Reich und der Konziliarismus. HZ 192 (1961) 528—583. — Stieber, E.: Pope Eugen IV., the concil of Basel and the secular and ecclesiastical authorities in the empire. Leiden 1978.

der neuen, aufsteigenden Macht Burgund an der Westflanke des Reichs festgelegt gewesen.

Für den Söldnerzug folgte J. Hansen weitgehend den Arbeiten A. Bachmanns, legte aber auch aus rheinischen wie sächsischen Archiven neue Aktenstücke vor: den Text der kurkölnisch-thüringischen Vereinigung über Abwicklung und Zweck des Kriegszuges vom Mai 1447, Rechnungsvorlagen über die tatsächliche Größe des Aufgebotes aus 3921 Reisigen aus Böhmen und ihren 2635 Trabanten sowie 2412 thüringischen Reisigen und abermals 3040 Trabanten unter der Führung des Landgrafen Wilhelm und böhmischen Magnaten Peter von Sternberg, über die Kosten sowie deren letztliche Abrechnung 1492<sup>23</sup>. In diesem neuen Material bot sich ein gänzlich anderes Bild über die Hussiten in Westfalen, als es zuvor vielfach durch Übernahme aus verschiedenen Städtechroniken ungeprüft in die weitere Literatur Eingang gefunden hatte. J. Hansen korrigierte so mancherlei Vorstellungen, bewältigte freilich in seiner „Einleitung“ diesen Aktenbefund — verständlicherweise — nur grundlinienhaft, indem er sein zweibändiges Quellenwerk nicht in jeder Hinsicht erschöpfend analysieren konnte.

So unterlief ihm ein Fehler in der Datierung einer Korrespondenz<sup>24</sup>, woraufhin er nicht die Kontinuität kurkölnischer Bemühungen erkannte, in den Jahren 1444 bis 1446 bereits die Wettiner in Sachsen-Thüringen-Meißen zu Bundesgenossen im westfälischen/niederrheinischen Konflikt zu gewinnen und damit böhmische Söldner anzuwerben. Ferner blieben nachfolgenden Benutzern aufgrund einer falschen Zuweisung eben dieses betreffenden Briefes in den zweiten Band seiner Edition, der nun nicht mehr die Soester Fehde, sondern die anschließende münsterische Stiftsfehde zum Thema hat, Nachrichten über bewährte Kriegstaktiken böhmischer Söldner zusammen mit Hinweisen auf politische Motive der Wettiner und böhmischer Magnaten für eine Koalition mit Kurköln zur Lösung ihres Konflikts mit dem Burgunderherzog um wettinische Anrechte am Herzogtum Luxemburg verborgen.

Dieses Versehen mag erklären, warum auch eine nähere Beschäftigung mit dem Koalitionsvertrag zwischen Erzbischof Dietrich von Köln und Landgraf Wilhelm von Thüringen vom Mai 1447 unterblieb. Zu Unrecht, muß man feststellen, ging damit ein Hinweis auf ein interterritoriales Geschehen und das diplomatische Spiel im Hintergrund nach den gescheiterten Verhandlungen zwischen dem König, rheinischen Kurfürsten und den Wettinern um eine Lösung der Ansprüche Herzog Philipps von Burgund auf das Herzogtum Luxemburg verloren, nachdem jener das Stammland der böhmischen Könige seit Ende 1443 gewaltsam okkupiert hatte<sup>25</sup>. Darin wurde die grundlegende Bedeutung einer Lösung des Luxemburgkonflikts für den Wettiner als tragendes Motiv der Koalition von 1447 und damit auch des Zugs böhmischer Söldner nach Westfalen nicht hinreichend erkannt. Seitdem ist es unterblieben, Umstände und Inhalt jenes Koalitionsvertrages als Nachweis auch eines von den Wettinern als aufstrebender ostdeutscher Territorialmacht geführten

<sup>23</sup> Rheinland u. Westfalen I 1888, n. 315.

<sup>24</sup> E b e n d a II 1890, n. 5.

<sup>25</sup> Zur sehr verwickelten Vorgeschichte D i e t z e, U. v.: Luxemburg zwischen Deutschland und Burgund (1383—1443). Diss. masch. Göttingen 1957.

Konkurrenzkampfes um politischen Einfluß im Raum zwischen Niederrhein und Elbe zu verstehen, also die Expansionsbestrebungen Burgunds gleich denen ostdeutscher Dynastien, Brandenburger, Wettiner, als parallele Kräfte des binnenpolitischen Mächtegefüges zu erkennen<sup>26</sup>.

### III. Dynastische Diplomatie

Zur Vorgeschichte der „Hussiten in Westfalen“ gehört also wesentlich ein Kapitel über die Wettiner im Herzogtum Luxemburg, das seinen Anfang in der Ablösungsphase der Luxemburgerdynastie im Reich und in Böhmen durch das Haus Habsburg findet.

Jenes Herzogtum in der Eifel wurde nach dem Scheitern der Großherrschaf tspläne Kaiser Karls IV. im Westen<sup>27</sup> mehr und mehr zu einem Pfandobjekt innerhalb der Dynastie<sup>28</sup>, wobei die Verschreibung Luxemburgs unter Wahrung der Herrenrechte für den König von Böhmen durch Wenzel IV. an seine Nichte Elisabeth von Görlitz zu deren Ehe mit Herzog Anton von Brabant schließlich das Haus Valois privatrechtliche Ansprüche an diesem Territorium im Einvernehmen mit der glücklosen Pfandherrin gewinnen ließen. Gegen die rechtlich wie finanziell geschickt vorgetriebene Einflußnahme des Herzogs von Burgund in Luxemburg erwiesen sich die unterschiedlichen Gegenstrategien sowohl König Wenzels<sup>29</sup> als auch Kaiser Sigmunds<sup>30</sup> als nicht hinreichend wirksam, zumal ihre Politik gegenüber Burgund sich im Schatten der Auseinandersetzung mit dem hussitischen Böhmen gestaltete.

<sup>26</sup> Diese Konstellation wurde näher untersucht bei Heiman n, H.-D.: Zwischen Böhmen und Burgund. Zum Ost-Westverhältnis innerhalb des deutschen Reiches im 15. Jahrhundert. Köln-Wien 1982.

<sup>27</sup> Seibt, F.: Karl IV. Ein Kaiser in Europa. 1346—1378. München 1978, 346 ff. — Thomas, H.: Die Luxemburger und der Westen des Reiches zur Zeit Karls IV. Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 1 (1975) 60—95.

<sup>28</sup> 1388 verpfändete König Wenzel IV. das Land an seinen reichen Vetter Jost von Mähren, der es 1401 an Herzog Philipp den Kühnen von Burgund weiterverpfändete. Daraufhin verpfändete König Wenzel das Herzogtum neuerlich, jetzt an Ludwig von Orléans, von dem er sich eine Unterstützung beim Rückgewinn der Königskrone erhoffte. — Dietze 1957, 12 ff. — Gerlich, A.: Habsburg — Luxemburg — Wittelsbach im Kampf um die deutsche Krone. Wiesbaden 1960, 255 ff., 322 ff.

<sup>29</sup> Hanisch, W.: Land und Vaterland. Ons Hémecht (Luxembourg 1979) 505—536 arbeitet quellenkritisch hier die Sicherungspolitik Wenzels auf.

<sup>30</sup> Sigmund verfolgte letztlich eine Revindikationspolitik der von Burgund beanspruchten niederländischen Grafschaften, hatte dabei aber mit der Neuvermählung der Pfandherrin Elisabeth von Görlitz nach dem Tod Antons von Brabant (1415) mit dem Grafen Johann IV. von Bayern (1417), Erben der wittelsbachischen Gebiete in den Niederlanden, politisch ebensowenig Erfolg, wie mit Verkaufsplänen oder Kriegsdrohungen. Regesta Imperii X/XI (künftig Reg. Imp.). Urkunden Kaiser Sigmunds. Verzeichnet v. W. Altmann. 2 Bde. in 1. Innsbruck 1877; Neudruck 1968, Nr. 4232 f., 5952 f. — Deutsche Reichstagsakten, ältere Reihe (künftig RTA), Bd. 11, 218 ff., 404 ff. — Aufschlußreich für einzelne diplomatische Vorstöße in diesem Zusammenhang Karasek, D.: Konrad v. Weinsberg. Studien zur Reichspolitik im Zeitalter Sigmunds. Erlangen 1967.

Kaum daß König Albrecht II. die wahlrechtlichen Ansprüche und also Widerstände aus den Reihen der böhmischen Stände gegen sein Königtum überwinden<sup>31</sup> und eine Revindikationspolitik Luxemburgs und weiterer westlicher Grenzgebiete teils in Fortsetzung der Politik seines Schwiegervaters Sigmund ernsthaft betreiben konnte, verstarb er am 27. Oktober 1439. Seine Witwe, Sigmunds einzige Tochter Elisabeth, übertrug bereits am 22. Dezember 1439 zur Sicherung der Thronrechte ihrer noch unmündigen ältesten Tochter Anna, geboren 1432, dem sächsischen Herzog Wilhelm, nachmaligem Landgrafen in Thüringen, in einem Ehevertrag ein dynastisches Erbrecht am Königreich Böhmen und Ungarn und sicherte ihm ebenfalls ersatzweise für die Mitgift Annas über 120 000 Gulden ein Erbanrecht am Stammland ihrer Dynastie zu, was eine Ablösung der bestehenden Verpfändung an Elisabeth von Görlitz einschloß<sup>32</sup>. In diesen Entscheidungen folgte die Königinwitwe einer Politik enger Verbindung zum Haus Wettin, die König Albrecht 1438 in der Verlobung Annas mit Wilhelm zur Sicherung seiner Ansprüche auf die böhmische Krone aus nachbarlicher Hilfe eröffnet hatte<sup>33</sup>.

Bereits zwei Monate nach jenem Ehevertrag verlor die eben noch durchaus greifbare Chance definitiven Herrschaftsantritts in Luxemburg ihren rechten politischen Anreiz für die Wettiner. Durch die Geburt des böhmischen Thronerben Ladislaus postumus am 20. Februar 1440 verringerte sich ihr Erbanrecht nur mehr zu einem kostspieligen und nur temporären Statthalterrecht in einem für sie organisationspolitisch zudem weit entlegenen Gebiet, da Elisabeth im Ehevertrag Annas im Fall der Geburt eines Sohnes diesem das Herrenrecht eingeräumt hatte<sup>34</sup>. Sich gegen burgundische Machtpositionen und böhmische Vorbehalte dennoch im Westen aus eher dynastie- und reichspolitischen Erwägungen zu behaupten, davon hielt die Lage innerhalb des wettinischen Herrschaftsbereichs die politisch mehr und mehr gegensätzlich eingestellten Brüder, Friedrich den Sanftmütigen, zugleich Kurfürst von Sachsen, und Wilhelm, nur ab.

Am 7. März 1440 nämlich verstarb Landgraf Friedrich von Thüringen, dessen Territorium an die beiden Neffen der meißnischen Hauptlinie fiel. Damit war hier jetzt die seit Mitte der dreißiger Jahre offen gehaltene Frage künftiger territorialpolitischer Organisation ihrer Hausgebiete zu entscheiden<sup>35</sup>. Mit nachträglicher

<sup>31</sup> Hödl, G.: Albrecht II. Königtum, Reichsregierung und Reichsreform 1438—1439. Köln 1978, 10 ff. — RTA XIII, 391 ff.

<sup>32</sup> Table chronologique des chartes et diplômes relatifs à l'histoire de l'ancien duché de Luxembourg ... Hrsg. v. M. F. Würth-Paquet. Publication de la Section historique de l'Institute Grand-Ducal de Luxembourg (künftig PL) 27 (1877) Nr. 5. — Teleki, J.: Hunyadiak kora Magyarországon [Die Regierungszeit der Hunyadi in Ungarn]. Bd. 10. Pest 1853, Nr. 33.

<sup>33</sup> Hödl 1978, 120 ff. — Das Reichsregister König Albrechts II. Bearb. v. H. Koller. Wien 1955, n. 240, 242. Reg. Imp. XII. Bearb. v. G. Hödl. Wien-Köln 1975, n. 684, 685, 917.

<sup>34</sup> Vgl. Anm. 32.

<sup>35</sup> Geschichte Thüringens. Bd. 2/1. Bearb. u. hrsg. v. H. Patze u. a. Köln-Wien 1974, 132 ff., 269 ff. — Zur verfassungsrechtlichen Sonderheit wettinischer Gesamtbelehnungen vgl. Schlesinger, W.: Zur Geschichte der Landesherrschaft in der Mark Brandenburg und Meißen während des 14. Jahrhunderts. In: Der deutsche Territorial-

königlicher Zustimmung vom April 1446 wurden ihre Länder schließlich nach langwierigen Vorverhandlungen im „Hallischen Machtanspruch“ vom Dezember 1445 geteilt<sup>36</sup>, worüber dennoch im nächsten Jahr der verbittert geführte sogenannte sächsische Bruderkrieg (1446—1451) ausbrach<sup>37</sup>.

Wilhelm erhielt teils unter erheblichem Einfluß seiner eigenmächtigen thüringischen Räte thüringische und fränkische Gebiete, sein Bruder Friedrich Meißen und das Kurfürstentum Sachsen. Angesichts der hohen Verschuldung seines Erbes in Thüringen und übermäßiger Beteiligung an der Lösung der Entschuldung Meißens<sup>38</sup> war seine Einrichtung einer selbständigen Herrschaft von einem hohen Finanzbedarf bestimmt. Nachdem er 1446 Anna von Böhmen geheiratet hatte<sup>39</sup>, geraume Zeit früher als 1439 im Verlobungsvertrag vorgesehen, forderte er die Ausschöpfung ihrer Mitgift von 120 000 Gulden, verschrieben auf Luxemburg, heraus. Diese Anlässe motivierten seine neuerliche Hinwendung zu Burgund, nachdem die Wettiner bereits 1443 zu einer Vereinbarung über einen rechtlich zulässigen Weg der Mitgiftauszahlung Annas durch Philipp von Burgund gekommen waren<sup>40</sup>. Wilhelm setzte

staat im 14. Jahrhundert. Hrsg. v. H. Patzsch. Sigmaringen 1970/71, 101—126, hier 120 ff. (Vorträge und Forschungen 13, 14).

<sup>36</sup> Naumann, M.: Die wettinische Landesteilung von 1446. Neues Archiv für sächsische Geschichte und Altertumskunde 60 (1939) 177—213.

<sup>37</sup> Koch, H.: Der sächsische Bruderkrieg (1446—1451). Jahrbuch der kgl. Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt NF 35 (1909). — Zur einflußreichen Rolle des thüringischen Niederadels zuletzt Quirin, H.: Landesherrschaft und Adel im wettinischen Bereich während des späten Mittelalters. In: Festschrift f. H. Heimpel zum 70. Geburtstag. Bd. 2. Göttingen 1971, 80—109.

<sup>38</sup> Nach einer aus Anlaß der Teilung festgestellten Erhebung war die Landgrafschaft Thüringen mit 175 530 Gulden bei einer Einnahmeerwartung von knapp 18 000 Gulden verschuldet. Die Markgrafschaft Meißen war mit 115 000 Gulden nicht weniger belastet. Menzel, K.: Die Landgrafschaft Thüringen zur Zeit des Anfalls an die Herzöge Friedrich und Wilhelm von Sachsen 1440—1443. Archiv für sächsische Geschichte und Altertumskunde 8 (1870) 337—379.

<sup>39</sup> Koch, H.: Die Hochzeit Landgraf Wilhelms von Thüringen 1446. Zeitschrift für hessische Geschichte und Altertumskunde 30 (1915) 47—82.

<sup>40</sup> Nach der militärischen Verdrängung der sächsischen Besetzung aus Luxemburg im Herbst 1443 kam es im Dezember auf Vermittlung des Trierer Erzbischofs Jakob von Sierck im Vertrag von Hesperingen zwischen Philipp von Burgund und den Wettinern zu einer einvernehmlichen Regelung. Neben einer Abfindung der nominellen Pfandherrin Elisabeth von Görlitz sah der Vertrag vor, daß Herzog Philipp anstelle von Ladislaus an die Wettiner die 120 000 Gulden Mitgiftsumme Annas bis zum Jahresende 1444 auszahlte und allein jener Sigmundenkel nach dem Tod der Pfandherrin Elisabeth ein Auslöserrecht erhielt. PL 28 (1879) n. 252. — Richter, F.: Der Luxemburger Erbfolgestreit in den Jahren 1438—1443. Westdeutsche Zeitschrift für Geschichte und Kunst, Ergänzungsheft 5 (1889) 1—73, hier 70 f. mit ausführlichem Regest des Vertragstextes. Nach diesem Vertrag, zu dem König Friedrich seine Zustimmung nicht gab und der damit die Übereinkunft überhaupt scheitern ließ, hatte Philipp die auf Luxemburg verschriebene Pfandsumme, zunächst jene der Elisabeth von Görlitz, nun noch die Annas, verdoppelt und unter Hinzurechnung der seit 1410 vom Haus Valois geleisteten „Schutzaufwendungen“ die Wiederkaufsumme für den eigentlichen Landesherrn unerreichbar hochgeschraubt. Daß auch unbeschadet der Verdoppelung die Auslösesumme nicht aufzubringen war und also die Taktik burgundischer Expansion durch Sammlung von Familienrechten, Stellvertreterschaft und Kapitalinvestitionen gelang, beweisen die burgundischen

so die seit 1440 verfolgte Kapitalisierungspolitik wenig greifbarer Anrechte auf Luxemburg zugunsten der Entschuldung und damit Konsolidierung seiner eigenen thüringischen Landesherrschaft fort. Aus diesen Vorbedingungen erklärt sich auch das Bündnis des Jahres 1447 zwischen Landgraf Wilhelm und Erzherzog Dietrich von Köln sowie der Kriegszug der Böhmen.

Die Bedeutung der Korrektur jenes von J. Hansen irrtümlich statt nach 1446 auf 1447 datierten Briefes<sup>41</sup> des schwarzburgischen Grafen Heinrich XXVIII. an seinen Schwager Herzog Adolf von Kleve liegt nun darin, daß bereits 1446, wie in Bündniskonzeption und politischer Zielrichtung ähnlich schon 1445<sup>42</sup>, der Kölner Erzbischof ein eigenes Kriegsbündnis mit Wilhelms Bruder Friedrich von Meißen projektiert hatte. Dabei sollte unter Beteiligung eben böhmischer Söldner Friedrich nach einem Kriegszug durch Thüringen im Namen des Königs eine Reichsexekution<sup>43</sup> gegen die geächtete Stadt Soest<sup>44</sup> und den Herzog von Kleve durchführen. Nach diesem Brief hatte der Kölner Anfang Mai, als sich die beiden Wettiner gerade im Krieg gegenübertraten und Verstärkung in Böhmen suchten<sup>45</sup>, Vermittler in Dresden besodet, die für ihn 10 000 Trabanten mit 2000 Reisigen aus Böhmen anwerben sollten.

So handelt es sich bei dem Brief des Schwarzburgers augenscheinlich um einen „Spionagebericht“. Er wird freilich ergänzt durch konkrete Verhaltensmaßregeln zur Abwehr der gefürchteten Kriegskunst der Hussiten. So warnt er den Herzog von Kleve und damit auch die Stadt Soest vor einem Angriff auf die berüchtigten Wagenburgen, wozu die Böhmen gern herausforderten, und klärt weiter den Soester „Schutzherrzog“ gezielt über ihre Verunsicherungstechniken auf. Hier dokumentiert sich gleichsam ein Stück Transfer kriegstechnischen und taktischen Wissens in eine Region, deren Bewohner weder von den Heereszügen der Hussiten betroffen worden waren, noch maßgeblich an den Kreuzzügen gegen die Hussiten mitgewirkt hatten. Ferner verweist er auf Ziele der Böhmen in linksrheinischem Gebiet, wo man gar die Befestigung der Stadt Kleve bereits erkundet habe<sup>46</sup>.

Daneben finden sich hier diplomatische Wünsche bezüglich der Verhandlung um Luxemburg, genauer, zum Diskussionsstand des seit 1443 gescheiterten Vollzugs der wettinisch-burgundischen Vereinbarung von Hesperingen über die Auszahlung

---

Aufrechnungen und politischen Gegenargumente in den ab 1451 geführten Ablöseverhandlungen mit König Ladislaus. Dazu RTA XVII, n. 55; XIX, 1, n. 41 a—e, S. 356 § 5, wo u. a. auch die Aufwendungen zur Vertreibung der Wettiner aus Luxemburg dem König von Böhmen in Rechnung gestellt werden.

<sup>41</sup> Rheinland u. Westfalen II 1890, n. 5.

<sup>42</sup> RTA XVII, n. 326, 329, 349, 399 e mit der wichtigen Ergänzung aus Rheinland u. Westfalen I 1888, n. 136, 148. — Ausführlich dazu Heimann 1982, 111 ff.

<sup>43</sup> Chmel, J.: Regesta chronologico-diplomatica Friderici IV. Romanorum Regis. Abt. 1, 2. Wien 1838; Neudruck Hildesheim 1962, n. 2216, 2217 in Verbindung mit Rheinland u. Westfalen I 1888, n. 221.

<sup>44</sup> Ebenda n. 215. — Voraus ging dem u. a. ein reichsgerichtliches Verfahren, in dem Markgraf Albrecht-Achilles von Brandenburg-Ansbach in Vertretung des Königs den Kölner Erzbischof gegen die Stadt Soest ins Recht setzte.

<sup>45</sup> Koch 1909, 47 ff., 67 ff.

<sup>46</sup> Rheinland u. Westfalen I 1888, n. 152.

der Mitgift Annas<sup>47</sup>. Hier wird nun der Herzog von Kleve gebeten, seinen Schwager, Philipp von Burgund, zu drängen, Landgraf Wilhelm und seiner Frau Anna das Herzogtum Luxemburg in Freundschaft abzugelten und Philipp dazu „die articullo in brieven, die dat rijk geven sall, toswaer gesat sijn, lichter make“<sup>48</sup>. Darin steckt ein Hinweis auf die seit 1443 von König Friedrich verweigerte Zustimmung zu jenem burgundisch-wettinischen Vertrag von Hesperingen (1443) und zugleich auf die inzwischen recht weit gediehenen Kontakte zur Lösung der lehnsrechtlichen Organisation jener von Burgund besetzten westlichen Reichsgebiete, wo König Friedrich, der zugleich der Vormund seines Neffen Ladislaus war<sup>49</sup>, im Angebot einer formellen Afterlehenschaft seines Bruders Albrecht von Österreich Herzog Philipp weit entgegenkam, jener aber am Plan eines selbständigen Königreichs Burgund festhielt<sup>50</sup>. Wenn nicht offene diplomatische Konkurrenz um die Lösung des Luxemburgkonflikts, so doch ein Wettlauf nach der Zielvorstellung der Wettiner und der Habsburger, zeichnet sich hier ab.

Was 1446 aufgrund des ausbrechenden Bruderkriegs in Thüringen/Meißen scheiterte, wurde 1447 in der Koalition Landgraf Wilhelms mit Erzbischof Dietrich neu aufgegriffen: die Ansprüche auf Luxemburg. J. Hansen ediert den Text des Koalitionsvertrages, gegliedert in einen Hauptvertrag, Teil A, und einen Nebenvertrag, Teil B<sup>51</sup>. Teil A liest sich wie ein formularmäßig erstellter Dienstvertrag, in dem eher allgemein die Pflichten des Dienstherren benannt sind und gar die Finanzierung der Übernahme von 10 000 thüringischen und böhmischen Söldnern künftiger Regelung vorbehalten bleibt. J. Hansen qualifizierte Teil B inhaltlich zu Recht wohl als Nebenvertrag, er erkannte freilich nicht, daß dieser Text von den thüringischen (!) Unterhändlern erstellt worden war, die hierin nach Protokollmanier all jene Gesprächsthemen, d. h. politische Zielvorstellungen der thüringischen Koalitionsinteressen, notierten, in denen die Räte kein endgültiges Einvernehmen erzielten. In ihnen liegt also das Motiv der Beteiligung Landgraf Wilhelms an der Soester Fehde offen. Sein Leitmotiv findet sich darin, daß im Fall einer burgundischen Kriegsunterstützung für den Herzog von Kleve und die Stadt Soest der Kölner Erzbischof keinen Separatfrieden mit Herzog Philipp eingehen soll, solange nicht Landgraf Wilhelm vom Burgunderherzog entweder das Herzogtum Luxemburg zurück- oder jene 120 000 Gulden Mitgift-Abstandssumme erhalten habe. Im Kriegsfall soll ferner Erzbischof Dietrich den thüringischen und böhmischen Kriegskontingenten helfen, „eynen tzog mit macht in dat lant zu Lutzemburg helffen tun ind eynen maent by ym blyven uff syns selbs cost ind schaden“<sup>52</sup>.

<sup>47</sup> Siehe oben Anm. 40.

<sup>48</sup> Rheinland u. Westfalen II 1890, n. 5, S. 13.

<sup>49</sup> Gutkas, K.: Der Mailberger Bund von 1451. *MIOG* 74 (1966) 51—94, 347—392 zu diesem politisch sehr umstrittenen Verhältnis mit weiteren Einzelheiten.

<sup>50</sup> Malecek, W.: Die diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Frankreich in der Zeit von 1430—1474. Diss. masch. Innsbruck 1968, 78 ff. — Zu dem zuerst vom Reichskanzler K. Schlick Philipp von Burgund diplomatisch vorgestellten Königreichsplan Bonenfant, P.: *Le project d'erection des Etat Bourgnignons en Royaume en 1447. Le Moyen Age* 45 (1935) 11—23.

<sup>51</sup> Rheinland u. Westfalen I 1888, n. 267.

<sup>52</sup> E b e n d a n. 267, S. 269 Artikel XIII.

Die Einbeziehung des Luxemburgkonflikts in das Aktionsbündnis mit dem Kölner wird damit zum Beweis, wie Landgraf Wilhelm nachweislich selbständig eine Brücke über die Folgeprobleme des Vertrags von Hesperingen hinweg zu schlagen versuchte und im Bündnis mit der rheinischen Vormacht Kurköln den inzwischen in einem Bündel von Projekten europäischer Dynastiepolitik verschlungenen Erbstreit um Luxemburg zum Nutzen seiner Landesherrschaft entscheiden wollte.

Bezeichnend für solche „Außenpolitik“ ist, daß eben nicht mehr der Kölner Erzbischof wie in den Vorjahren eine Verstärkung bei den Wettinern und Böhmen im Osten gegen Soest-Kleve und damit Burgund suchte, sondern jetzt Landgraf Wilhelm selbst auf ein politisches Bündnis mit Erzbischof Dietrich drängte. Er bemühte sich im Rahmen gegenseitiger Unterstützung bei territorialpolitischen Entscheidungsgängen auch um Einfluß und Besitztümer im Westen. Das Konzept hier greifbarer außenpolitischer Kooperation zwischen einer westdeutschen und einer ostdeutschen Territorialmacht ist dadurch bestimmt, daß eine Kompensation ihrer unterschiedlich bedingten Stärken und Schwächen zur Durchführung einer tendenziell gleichgerichteten Politik gegenüber einer überlegenen dritten Macht, Burgund, gefunden wurde. Die thüringisch-kurkölnische Koalition weist so die frühe Entwicklung einer Auseinandersetzung, ja Abwehrpolitik, auch eben ostdeutscher Territorialmächte mit jener schließlich so erfolgreichen „penetration pacifique“ Burgunds in westliches Reichsgebiet<sup>53</sup> aus. Demnach liegt das Kriegsbündnis von 1447 in seiner politischen Zielbestimmung auch auf einer Linie mit der 40 Jahre später im Reichskrieg um Neuß 1474/75 gegen Herzog Karl den Kühnen verfochtenen Abwehr der Expansion Burgunds in weitere west- und nordwestdeutsche Territorien. Und in diesem Kontext läßt sich das Interesse ostdeutscher Dynasten am politischen Geschehen in westlichen Reichsgebieten, das auch einen machtpolitischen Zugriff bereits einschloß, nicht erst mit der Lehensanwartschaft der Wettiner am Herzogtum Jülich/Berg (1483/86), also nach der Zeit burgundischer Vormachtstellung im Westen, sondern bereits 40 Jahre früher ausmachen<sup>54</sup>.

Diese politische Wertung gilt unbeschadet der noch Jahrzehnte währenden Suche der Wettiner nach Kapitalisierung ihrer Anrechte auf Luxemburg und damit der

<sup>53</sup> Weiterführend auf der Grundlinie J. Hansens dazu Petri, F.: Die Politik der Burgunderherzöge in Nordwestdeutschland. Westfälische Forschungen 7 (1953/54) 80—100. — Sehr präzise und instruktiv die ähnlich angelegte Studie von Paravicini, W.: Moers, Croy, Burgund. Annalen Histor. Verein Niederrhein 177 (1977) 7—113.

<sup>54</sup> Zum Aufbau der französischen und kurpfälzischen Politik gegenüber Burgund seit 1450 mit maßgeblichem Aktenmaterial Grüneisen, H.: Die westlichen Reichsstände in der Auseinandersetzung zwischen Reich, Burgund und Frankreich bis 1473. Rheinische Vierteljahresblätter 26 (1961) 22—77. — Ferner einzelne Beiträge in: Neuß, Burgund und das Reich. Festgabe der Stadt Neuß zur 500-Jahrfeier der Abwehr der Belagerung durch Herzog Karl den Kühnen 1474/75. Neuß 1975. — Entsprechendes Aktenmaterial bietet die Politische Correspondenz des Kurfürsten Albrecht Achilles. Hrsg. v. F. Priebatsch. Leipzig 1894/98 (Publikationen aus den Preußischen Staatsarchiven 59, 67, 71). — Zur West-Ostverlagerung Steinbach, F.: Geschichtliche Räume und Raumbeziehungen der deutschen Nieder- und Mittelrheinlande im Mittelalter. Annalen Hist. Verein Niederrhein 155 (1954) 9—34, hier 32 zur späteren Entwicklung.

Verfügung über die Mitgift Annas. Beeinflußt zunächst von der Rivalität zwischen Landgraf Wilhelm und Georg von Podiebrad um die Nachfolge Ladislaus' auf dem böhmischen Thron<sup>55</sup> verkaufte der Wettiner seine Rechte an den König von Frankreich<sup>56</sup> (1459) und kam schließlich nach mancherlei Wendungen doch noch zu einem späten, bescheidenen Gewinn. Der Streit um die Auszahlung der Mitgift Annas oder die Herrschaft in Luxemburg belastete fortan die enge böhmisch-thüringische Nachbarschaft nicht mehr<sup>57</sup>.

#### IV. Söldnermentalität und ständische Solidarität

Wenn meine Analyse thüringisch-böhmischer „Außenpolitik“ abweichend von A. Bachmann und J. Hansen gänzlich andere Motive herausstellt, so betrifft das in ähnlicher Weise auch die Einschätzungen, die das böhmische Söldnerwesen im Kontext der gespannten politischen Situation im Reich erfuhr.

A. Bachmann ordnete jenen Zug des böhmischen Söldnerheeres unter Landgraf Wilhelm in die zahlreichen Beispiele der aus Kriegeruhm und ruheloser Kriegs- wie Beutelust motivierten Teilnahme böhmischer Söldner an verschiedensten Kriegen und Fehden zur Jahrhundertmitte ein<sup>58</sup>. Ein eigenständiges politisches Interesse billigte er jenen Zugteilnehmern denn auch nicht zu.

Die Kontakte zwischen dem Königreich Böhmen und dem zusehends in eine Randlage geratenen Herzogtum Luxemburg beinhalten ein noch weitgehend unbekanntes Arbeitsfeld, Motive und Strategien außenpolitischer Möglichkeiten unterschiedlicher und teils rivalisierender Trägergruppen von der Schrumpfung eines

<sup>55</sup> Der Wettiner beanspruchte aufgrund des Ehevertrages von 1439/40 die Regentschaft in Böhmen und Ungarn in der Nachfolge des 1457 verstorbenen Königs Ladislaus. — Weitere Bewerber waren neben den Mitgliedern des Hauses Österreich der polnische König Kasimir IV., Herzog Ludwig von Bayern-Landshut und der französische Königssohn Karl.

Über Zusammenhänge der dabei auch von den böhmischen Ständen berücksichtigten Situation Luxemburgs siehe *Fontes rerum Austriacarum*. Abt. II. Bd. 20, Nr. 121, 124, 137, 159.

Im weiteren *Palacký* V/1 1860, 17 ff. — *Heymann* 1965, 153 ff. — Den Titel eines Herzogs von Luxemburg führten in jenen Jahren König Georg von Böhmen, Landgraf Wilhelm von Thüringen und König Karl VII. von Frankreich. Dies änderte aber nichts an der faktischen Besitzbehauptung des größeren Landesteils seit nunmehr 15 Jahren durch Herzog Philipp von Burgund, der (noch) den Titel Pfandherr trug.

<sup>56</sup> Hierzu grundlegend die zu Unrecht oft übersehenen Arbeiten von *Werveke*, N. v.: Die definitive Erwerbung des Luxemburger Landes durch Philipp, Herzog von Burgund. Das Luxemburger Land NF 4 (1885). — *Ders.*: Der letzte Versuch der Herzöge von Sachsen zur Erwerbung des Luxemburger Landes. *Ons Hémecht* 4 (1898) 131—148, 195—211 mit zumeist sächsischem Aktenmaterial.

<sup>57</sup> *Ermisch*, H.: Studien zur Geschichte der sächsisch-böhmischen Beziehungen in den Jahren 1464—1468. *Neues Archiv f. sächsische Geschichte und Altertumskunde* 1 (1880) 209—266. — *Deutlicher*, insbesondere zur Rolle des Markgrafen Albrecht Achilles, *Kretschmar*, H.: Die Beziehungen zwischen Brandenburg und den wettinischen Landen ... Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte 35 (1923) 21—44, hier der 2. Teil in 37 (1925) 204—244.

<sup>58</sup> *Bachmann*, A. 1881, 101 f.

komplexen Herrschaftsbereichs bis zur Neueinbindung in ein größeres Staatensystem, Burgund - Habsburg - Böhmen, exemplarisch zu verfolgen. Nach der Schlacht von Lipan finden sich in der religionspolitisch noch ungefestigten Situation Böhmens, dem jagellonischen Gegenkönigtum und der umstrittenen Vormundschaft über den unmündigen König Ladislaus vielseitige Bemühungen national bestimmter Ständegruppen um Einflußnahme auch auf den Lösungsweg des Konflikts um Luxemburg gegenüber Burgund. In diese (noch) nicht befriedigend untersuchten politischen Manöver einflußreicher böhmischer Magnaten gehört eben auch der Zug vor Soest.

Bekannt ist, daß die mit fortwährender finanzieller und rechtlicher Einflußnahme der Burgunder, mit Ansprüchen wie Schwächen der Wettiner und mit Hausmachtinteressen König Friedrichs konfrontierte Pfandherrin in Luxemburg, Elisabeth von Görlitz, angesichts ihrer unhaltbaren Situation im Land 1442 Anbindung an einflußreiche böhmische Adelskreise um Alesch von Sternberg und Ulrich von Rosenberg suchte, indem sie einerseits Beistand erbat, andererseits aber auch ihre Erbrechte am Königreich Böhmen ins Spiel brachte<sup>59</sup> — ein diplomatischer Vorstoß, der noch zu lebhaftem Streit um Elisabeth von Ungarn, die Witwe König Albrechts II., führte, an dessen Ende die Sigmundtochter sich rechtlich freilich behaupten konnte<sup>60</sup>.

Dieses Anzeichen politischer Verbindung zwischen den Akteuren in Luxemburg wie Böhmen wird für das folgende Jahr 1443 noch deutlicher. Auf Beschluß des Prager Landtags von Mitte Juni reiste eine namhafte Gesandtschaft aus Mitgliedern des Rosenberger- und Meinhardt-Bundes zu König Friedrich nach Wien, um über Bedingungen ihrer Anerkennung Ladislaus' als König von Böhmen zu verhandeln. Dabei anerkannten sie u. a. zwar gewisse Verbindlichkeiten gegenüber den Wettinern hinsichtlich Luxemburgs, vertraten aber den Wunsch „unserer Krone, ... daß jenes Land kraft uralter Verschreibungen bei unserer Krone erhalten werde“<sup>61</sup>. Aus ihrem Agieren spricht deutlich die Sorge über einen möglichen Verlust Luxemburgs, wenn nicht auch Mißtrauen gegenüber dem Umgang König Friedrichs mit Philipp von Burgund.

Bei den böhmischen Ständen gab es offensichtlich ein lebendiges Bewußtsein ihrer politischen Verbindung zum Stammland ihrer aussterbenden Königsdynastie. Auch auf seiten der luxemburgischen Stände herrschte ein virulentes Zusammengehörigkeitsgefühl gegenüber Böhmen, wie die Vorbehalte gegenüber den wettinischen Herrschaftsrechten in ihrem Land belegen<sup>62</sup>. Beide Seiten sahen ihr poli-

<sup>59</sup> Vgl. Palacký IV, 79 ff.

<sup>60</sup> Zu diesem Konflikt Dietze 1957, 67 ff.

<sup>61</sup> Palacký IV, 99 ff. — Richter, F. 1889, 50.

<sup>62</sup> Die Stände in Luxemburg standen anfänglich den wettinischen Ansprüchen und der kleinen Besetzung in der Stadt Luxemburg sehr zurückhaltend gegenüber — wie sie überhaupt gespalten waren in Parteigänger der verschiedenen auswärtigen Rechtsträger —, anerkannten gleichwohl stets die Besitzrechte von Ladislaus postumus. — Unter dieser Bedingung nahmen sie u. a. die Mambourschaft Philipps von Burgund infolge seiner Rechte aus dem Vertrag von Hesdin mit Elisabeth von Görlitz 1442 an und sprachen sie ihm auch wieder ab. PL 28 (1879) n. 134, 187, 227. — Richter, F. 1889, 42 f.

tisches Ziel in der Sicherung der Herrenrechte von Ladislaus postumus, bzw. der Krone Böhmens, — was faktisch keinen Unterschied bedeutet. In solch lebendiger Solidarität auf beiden Seiten liegt im Zusammenhang des Streits um Luxemburg mit Burgund eine wirkungsstarke politische Voraussetzung dafür, daß sich böhmische Magnaten mit einem Söldnerheer an der Sicherung Luxemburgs in den Jahren nach 1443 auch militärisch beteiligten. Daß sie daneben nicht gänzlich ohne Aussicht auf finanziellen Gewinn das Risiko eines Engagements auf der anderen Seite des Reiches gern auf sich nehmen wollten, kann aufgrund der gesellschaftlichen wie ökonomischen Situation innerhalb Böhmens nicht ausgeschlossen werden, es sind jedoch diese beiden Motive eben unterschiedlich zu gewichten.

Für das Projekt des Jahres 1445, in einer gemeinsamen Aktion mit maßgeblicher militärischer Beteiligung des französischen Königs und den Wettinern die Burgunder aus Luxemburg wieder zu verdrängen<sup>63</sup>, wollte der hier federführende Erzbischof Dietrich von Köln dazu auch die Böhmen gewinnen<sup>64</sup>. Im nachfolgenden Jahr, als der Kölner ein ähnliches Projekt verfolgte, warb er, wie oben gezeigt, wiederum Böhmen für seine Zwecke an und schaltete dazu Friedrich von Meißen, den Bruder des Landgrafen Wilhelm, ein, mit dessen Reichsaufgebot sie nach Westfalen geführt werden sollten. In dem bereits oben näher angesprochenen Brief des Grafen von Schwarzburg an den Herzog von Kleve heißt es nun dazu: „Item hebn die Bemer willen, dairvan se den bissop van Colne nyet (!) gesacht en hebn, gewynnen se Cleve, . . . dat se dan willen trecken in dat lant to Lutzelendorgh, inde hebn bi sich trefflike lude, die se darinne vueren wolden<sup>65</sup>.“ Dieser Nachricht entnehmen wir für die Bereitschaft der Böhmen zu einer Beteiligung an der Fehde des Erzbischofs von Köln ein ihnen eigenes Ziel. In ihrer Absicht einer militärischen Intervention in Luxemburg liegt eine politische Demonstration gegenüber der sich hier festsetzenden Macht Burgunds zum Schutz böhmischer Kronrechte. Darin äußert sich ein dominantes „außenpolitisches“ Motiv territorialer Sicherungspolitik der Stände in Zeiten des Interregnums in Böhmen.

Dasselbe Motiv läßt sich nun auch für die am Kriegszug des Landgrafen Wilhelm 1447 beteiligten böhmischen Magnaten nachweisen, womit eine Kontinuität ihrer „außenpolitischen“ Interessen greifbar wird, in der die Mutmaßungen A. Bachmanns über die Hintergründe dieses Unternehmens gänzlich revidiert wer-

---

Mit der gleichen Einschränkung anerkannten einzelne Städte und Adelige daraufhin die Anrechte der Wettiner im Land. PL 28 (1879) n. 205. Selbst aber nach der Vertreibung der Wettiner und burgundischer Inbesitznahme seit 1443 waren Teile der luxemburgischen Stände im Zusammenspiel mit Plänen einer militärischen Entsetzung des Landes, wie sie der Kölner Erzbischof in Koalition mit den Wettinern, Böhmen und französischen Kräften in den Jahren 1445/46 verfolgte, zu einer jetzt massiven Unterstützung einer wettinischen Herrschaft im Land zwar bereit, erklärten dies aber aus der generellen Absicht, „das lant wol wider in den rechten erben, nemlich konige Laßlar“ bringen zu wollen. Ihr Ziel war es, „je nicht burguendisch sunder bi den rechten erben zu blieben“. RTA XVII, n. 349, S. 722. Ergänzend heranzuziehen: Rheinland u. Westfalen I 1888, n. 136.

<sup>63</sup> E b e n d a.

<sup>64</sup> Vgl. Anm. 42.

<sup>65</sup> Rheinland u. Westfalen II 1890, n. 5.

den. Nach einem Bericht des Landgrafen Wilhelm hat er selbst jene unter Vermittlung und Führung Peters von Sternberg angeworbenen Böhmen nach der Niederlage vor Soest mit dem Argument zum Weitermarsch zu motivieren versucht, daß eine Fortsetzung des Zuges „uns, auch den rottmeistern und der crone zcu Behmen trefflich und merklich gros ere, nucz und frumen“<sup>66</sup> gebracht hätte. Freilich, und dies gilt es zu unterstreichen, politische Ehre kann einem Söldnerheer kein Ersatz für hinreichend Lebensmittel und verbrieften Sold bedeuten. An einer sicheren und genügenden Versorgung mangelte es dem Zug beinahe von Anfang an und versprochene Soldzahlungen des Erzbischofs blieben aus<sup>67</sup>, so daß die Böhmen nicht ohne Grund die Koalition der Fürsten verließen und den Rückweg von Soest aus aufnahmen<sup>68</sup>.

Erst aus der im thüringisch-kurkölnischen Bündnis bekannten Zielvorstellung des thüringischen Landgrafen, mit dem Burgunder zu einer Entscheidung über das Herzogtum Luxemburg oder eine Kapitalablösung seiner Rechte zu kommen<sup>69</sup>, läßt sich aus jenem Argumentieren mit der „Krone Böhmens“ auch ein politisches Anliegen im Engagement der Böhmen im Streit um Luxemburg ableiten. Ähnliche Indizien wie hier mögen denn für eben ein politisches Motiv bei den böhmischen Hauptleuten sprechen.

<sup>66</sup> Die von A. Bachmann dazu in FRA. Abt. II. Bd. 42, Nr. 22 ff. edierten Aktenstücke wurden teils während der Belagerung von Lippstadt und Soest erst angefertigt. Zur Korrektur der Datierung in der Edition vgl. oben Anm. 15.

Abgesehen von dem militärischen Ungenügen, die Stadt Soest im Sturm zu nehmen, scheiterte dieses Unternehmen, ein Massenheer quer durch das Reich einsatzfähig zu halten, an gezielt herbeigeführten logistischen Unzulänglichkeiten. Nachdem nämlich die Teilnehmer auf der Etappe durch erzwungene Schatzungsgelder und Proviantlieferungen verschiedener Städte „versorgt“ worden waren, ließ sich dieses Konzept in Westfalen nicht mehr fortführen, da ein bereits zusehends unwilliges Heer durch die von westfälischen, märkischen und niederrheinischen Städten umfangreich organisierte Sperre von Lebensmittellieferungen aus friesisch-niederländischen Gebieten nach Westfalen seine materielle Grundlage verlor, zumal das Soester Gebiet nach 3 Jahren Fehde kaum zur zusätzlichen Versorgung eines insgesamt mindestens 15 000 Mann starken fürstlichen Aufgebotes leistungsfähig war. Heimann 1982, 239 ff. mit näheren Einzelheiten.

<sup>67</sup> Am 21. Juli 1447 trat das böhmisch-thüringische Heer den Rückweg über Göttingen nach Eisenach an. Hier spaltete sich ein Teil der Böhmen ab und zog unter Führung des Heinrich von Kolowrat über Weimar schließlich nach Prag. Ein anderer Teil zog mit Landgraf Wilhelm und Peter von Sternberg ins fränkische Gebiet und über Eger nach Prag, wo sich beide Teile wieder Anfang August trafen. — Bachmann, A. 1881, 120 ff.

In Franken entstand starke Beunruhigung über einen möglichen Angriff dieses Fürstenheeres auf die Städte des süddeutschen Städtebundes, mit Nürnberg an der Spitze. Deutsche Städtechroniken. Bd. 2 (Nürnberg), 355 ff., 417 ff. — Quirin, H.: Markgraf Albrecht-Achilles von Brandenburg-Ansbach als Politiker. JbFL 31 (1971) 261—301, hier 277 ff., 298 ff. weist darüber das enge politische Einvernehmen mit Landgraf Wilhelm von Thüringen aus. Dazu auch hier Anm. 44.

Über die Gestaltung der Nachrichtermittlung über den Zug und seiner allgemeinen politischen Einschätzung siehe Kapitel IV.

<sup>68</sup> FRA. Abt. II. Bd. 42, n. 23.

<sup>69</sup> Wie Anm. 52.

Während der Söldnerzug in Westfalen seinen Weg nahm, verhandelte in Wien eine burgundische Gesandtschaft um eine reichsrechtliche Anerkennung der von Burgund eingenommenen niederländischen Grafschaften und Luxemburgs<sup>70</sup>. Von hier wurde Ende Juli an Herzog Philipp eine Nachricht gebracht, wonach die thüringischen und böhmischen Kontingente in einem vom französischen Dauphin und den Erzbischöfen von Trier und Köln gemeinsam erwogenen Kriegszug Luxemburg entsetzen wollten. Es heißt auszugsweise wörtlich, „... wie das land von Luczemburg der cronen van Behemen zugehör ... wie das herzog Wilhelm van Sachsen den selben Behemen solich sach zu versten gegeben hat (!) und mit etlichem gelt und gelerten wortn aufpracht hat ... wer es in aber Westvallen ... wolgegangen ... so weren der van Sachsen mit den Behemen und ir hillfer komen ober Reyn in das land van Luczemburg“<sup>71</sup>.

Jenseits des Angebots finanzieller Mittel, was niemals unberücksichtigt bleiben kann, erkennen wir hieraus, daß der thüringische Landgraf wohl mit dem politischen Argument der Zugehörigkeit Luxemburgs zu den Ländern der Krone Böhmens<sup>72</sup> jene Kontingente böhmischer Magnaten anfangs für den Zug nach Westen gewann. Wir können also bedingt auch auf eine politisch begründete Interessengemeinschaft zwischen Landgraf Wilhelm und den führenden Magnaten schließen, selbst wenn im Augenblick dazu Aussagen von böhmischer Seite nicht greifbar sind. Folglich dürfen die Böhmen nicht nur als ein Instrument der Politik des Wettiners angesehen werden, sondern umgekehrt kann genauso gelten, daß jenen böhmischen Magnaten die thüringische Führung wie das Angebot des Erzbischofs von Köln als eine nützliche Hilfestellung zur Wahrung böhmischer Kronrechte erschienen. Für die thüringischen wie böhmischen Unternehmer eines Heeresmarsches von Prag und Weimar ins ferne Luxemburg lag in der Anwerbung des Kölner Erzbischofs eine seltene Chance, ein ohnehin mit vielen Schwierigkeiten behaftetes Unternehmen in den Westen auf sich zu nehmen, dessen Risiko gemeinsam tragbar und politischer Effekt vor allem ernsthaft lohnend erschien. Angesichts solcher Voraussetzungen und Zielvorstellungen wird jene Expedition mit Gegenwirkung auf die konkreten Ansätze der Wiederbegründung eines Königreichs Burgund<sup>73</sup> denn wohl weniger als ein Zug kriegslüsterner Böhmen, sondern vielleicht als ein Handlungsbeispiel eben verbundener Interessenträger zu bewerten sein, bei dem die Motive, Instrumente, Techniken und Grenzen eines „außenpolitischen“ Engagements Rückschlüsse auf Bewegungsmöglichkeiten innerhalb eines territorial noch nicht völlig verfestigten Machtgefüges im Reich zulassen.

<sup>70</sup> Das Aktenmaterial findet sich bis zur erneuten Edition in dem noch ausstehenden Bd. 18 der älteren Reihe der RTA bei Birk: Actenstücke Herzog Philipps von Burgund Gesandtschaft an den Hof des römischen Königs Friedrich IV. 1447/48. In: Der österreichische Geschichtsforscher. Bd. 1/2 (1838) 231—271. Mit der maßgeblichen Auswertung Bonenfant 1935.

<sup>71</sup> Birk 1838, 242.

<sup>72</sup> Zu der „staatsrechtlichen“ Stellung siehe Seibt: Karl IV. 1978 mit spezieller Literatur.

<sup>73</sup> Siehe oben Anm. 50.

## V. Hussiten als Feindbild

Die vorausgegangenen Ausführungen galten gewissermaßen der Innenansicht außenpolitischer Vorgänge. Es bleiben also Ergänzungen zur Außenansicht noch nachzutragen.

J. Hansen konnte sächsisches Aktenmaterial beibringen, aus dem buchhalterisch Auskunft über die Teilnehmer jenes Kriegszuges zu erhalten war<sup>74</sup>. Einen gänzlich andersgearteten Eindruck gewinnt man freilich, wenn man sich das ungewöhnlich weite Echo dieses böhmisch-thüringischen Unternehmens in der städtischen Chronistik und Korrespondenz vor Augen führt und hier die Nomenklatur vergleicht. Für den zeitgenössischen Chronisten der Stadt Erfurt, Hartung Kammermeister, und seinen Landsmann Konrad Stolle waren jene angeworbenen Kräfte schlicht „Behemen“, deren Anzahl sogar beinahe exakt notiert wurde<sup>75</sup>. Solche Nüchternheit erweist sich freilich als die Ausnahme, weil die Heeresteilnehmer ohne große Unterscheidung überwiegend als „Bemer“, „Hussen“, „Kettere“ sowie summarisch als „dravanten“ oder „vremdes volck“ angesprochen werden<sup>76</sup>.

Der Auszug aus der münsterischen Bischofschronik des Arnd Bevergern macht deutlich, welche gedanklichen Verbindungen diesen Wortgebrauch nahelegten: „Durse Dryvanten genant Bemer, weren vreslyke (gierige) lude und em wort alle quaet (böse) to gescreven, wente see weren neophyten . . . Wante do dat gemeyne consilium to Basel was, do worten de Bemer togelaten to den christen geloven. Wante manck de Bemer kam eyn ketter ut Engelant, geheiten Joannes Wyckleyff, und hadde twe tohengers, als Joannes Hus und Jheronimus de Prage. Dusse deden in Bemen grote ketterye und groten iamer, als de moniken to verdriven uth eren

<sup>74</sup> Rheinland u. Westfalen I 1888, n. 267 Anm. 2.

<sup>75</sup> Die Chronik des Hartung Kammermeister. Hrsg. v. d. Historischen Commission d. Provinz Sachsen. Bearb. v. R. Reiche. Halle 1896, 87 ff. (Geschichtsquellen d. Provinz Sachsen 35). — Memoriale thüringisch-erfurtische Chronik v. K. Stolle. Hrsg. s. o. Bearb. v. R. Thiele. Halle 1900, 220 ff. (Geschichtsquellen d. Provinz Sachsen 39).

<sup>76</sup> Zum Ursprung der Bezeichnung „Hussen“ u. ä. m. siehe Seibt, F.: Hussitica. Köln-Wien 1965, 10 ff. — So z. B. im Lübeckischen Urkundenbuch. Abt. 1: Urkunden der Stadt Lübeck. Hrsg. v. Verein f. Lübeckische Geschichte. Bd. 8. Lübeck 1889, Nr. 447; Bd 9, Nr. 441. — Urkundenbuch der Stadt Hildesheim. Hrsg. v. R. Doeber. Bd. 4. Hildesheim 1890, Nr. 664. Regesten zur politischen Geschichte des Niederrheins: Stadtrechnungen von Wesel. Bearb. v. F. Gorissen. Bd. 4. Bonn 1963, 267 ff. — Als Beispiel einer eigenen Art volkskundlicher Rezeption sei die Gleichsetzung von Böhmen und Armagnaken, einer französischen Söldnertruppe, die etwa zur gleichen Zeit im Elsaß ihr Kriegshandwerk „ausübte“, angeführt:

Bischof Dietrich kick ins land

De hefft den Blomberg utegebrand (lippische Stadt)

Mit synen armen Jacken (Armagnaken)

Kümp he wedder in dat land

Wi schlaen em up de Platen.

Ein anderer Merkvers über die Ziffern 1447:

Ein Deckel auf der Taschen (M)

Vier Oer an der Flaschen (CCCC)

Ein X, ein L, sieben I

Da waren die Behemen hie.

kloesteren und de iunckfrowen gengen uht den cloesteren unde de geystliken lude vorden eyn beyslick leven. Und mallick dede in Bemen synen egen wyllen und wat mallike guetht duchte, und leveden na der natuer und nycht na der redelicheit. Und de Bemer en hebbet noch der ketterye nycht vorlaten. Mer dusse ketters worden vorbrant, als vorgescreven steyt. Und daer hadde he medde den herttogen van Sassen . . . <sup>77</sup>“

Solche und inhaltlich ganz ähnliche Beschreibungen finden sich mehrfach, beinahe wortgleich, in Soester oder Göttinger Berichten <sup>78</sup> wie in der Korrespondenz über den aktuellen Verlauf des Kriegszuges <sup>79</sup>. Doch damit greift man nicht etwa eine spezifische Vorstellung städtischer Kreise über den heranziehenden Feind. Auch der Herzog von Kleve z. B. läßt ein ähnliches Feindbild erkennen, wenn er in seinem Hilfesuch an seinen Schwager Herzog Philipp von Burgund angstvoll schreibt, es kämen 12 000 Mann fremdes Volk, darunter „die overste van den Taborgger uit Beheem mit IIII<sup>m</sup> man“ <sup>80</sup>. Zugleich gibt er Berichte über Greuel-taten jener Krieger weiter, in denen Vergehen gegen Kirchengüter und Personen geistlichen Standes beklagt werden, ganz so, wie es sich auch in städtischen Nachrichten findet <sup>81</sup>.

Für alle Zeugnisse dieser Art wird erkennbar, wie sich das Bild von dem erwarteten fremden Feind vor allem aus einer Bewertung seiner Verhaltensweisen nach christlichen Maßstäben bildet. Das Feindbild erweist sich als eine Modulation unterschiedlicher Versatzstücke: vage Kenntnisse der theologischen Entwicklung des Hussitismus, Hinweis auf greuliche Angriffe auf geistliche Männer und Frauen und ein allgemeines Verhalten der Hussiten als außerhalb der herkömmlichen Ordnung. Darin tritt in einer längerfristigen Erscheinung zutage, wie auf unterschiedlichen Ebenen der Bevölkerung die höchst ungenauen Kenntnisse und Vorstellungen von den erschütternden Ereignissen der hussitischen Revolution rezipiert und im Augenblick erwarteter Konfrontation mit diesen Böhmen wieder aktualisiert und zu einem politischen Argument wurden — ein Umstand, der auch erkennen läßt, wie lohnend eine Beschäftigung mit den Reichskriegen gegen die Hussiten „aus der Sicht von unten“ sein könnte.

Diese Art des Feindbildes offenbart neben dem Empfinden von Bedrohung ein eigenartiges Angstgefühl, wofür das von Fürsten gesuchte Bündnis mit den Böhmen der ursächliche Grund ist. Darüber heißt es in einem weiteren Brief des klevischen Herzogs an seinen burgundischen Schwager, es komme der Herzog von Sachsen „myt den Behemen ketteren ind ougeloviden (Ungläubigen), den wail all gueden kristen fursten und herren wederstand doen geboert“ <sup>82</sup>. Der Herzog von Kleve

<sup>77</sup> Münsterische Geschichtsquellen. Bd. 1: Die münsterischen Chroniken des Mittelalters. Hrsg. v. J. F i c k e r. Münster 1851, 249 f.

<sup>78</sup> Siehe oben Anm. 18.

<sup>79</sup> So z. B. Sta Frankfurt RS I. 4317, wo mehrere Briefe in dieser Angelegenheit zusammengefaßt sind.

<sup>80</sup> Rheinland u. Westfalen I 1888, n. 290, S. 286.

<sup>81</sup> Münsterische Urkundensammlung. Bearb. v. J. N i e s e r t. Bd. 3. Coesfeld 1829, Nr. 96. — Deutsche Städtechroniken. Bd. 20 (Dortmund), S. 94; Bd. 21 (Soest), S. 150 f.

<sup>82</sup> Rheinland u. Westfalen I 1888, n. 293.

sieht die Gegnerschaft zum Erzbischof von Köln und den mit ihm verbündeten thüringischen und böhmischen Kontingenten summarisch unter dem Gebot eines Glaubenskrieges, nach dem vorbehaltlos alle rechtläubigen Fürsten zur Abwehr dieses Feindes aufgefordert sind.

Daß der wahrlich unterstützungsbedürftige Herzog Adolf hier nicht nur auf ein bei Herzog Philipp vermutlich gefälliges Argument verfiel, sondern die eben gemeinschaftliche Handlungsweise von Fürsten und Ketzern in weiteren Kreisen Unverständnis, Verunsicherung und Angst um den Zustand und künftigen Bestand auch der politischen Ordnung erzeugte, mögen zwei zeitgenössische Belege aus unterschiedlichen Regionen verdeutlichen. In einer münsterischen Quelle wird die Anwerbung von Böhmen durch den Erzbischof von Köln mit den Worten beklagt, „dat doch neyen (kein) christenen herren boret ketters to halden up christen lude de nyet tegen den christenengloven gedaen en hebbben“<sup>83</sup>. Deutet sich in dieser Passage mit dem Vorwurf unchristlicher Handlungsweise des geistlichen und weltlichen Fürsten der politische Hintergrund nur erst an, so benennt ihn der Lübecker Chronist Detmar präzise: „God vergevet den [Eb. v. Köln], der se [Böhmen] in dat lant brochte. Wenten vor der tijd, do de behemen viende weren . . . do blev da menning umme dot . . . nu worden se darto gebeden und geholt“<sup>84</sup>. Ihm ist der veränderte Umgang des Kölner Erzbischofs mit den Ketzern nicht verständlich, nachdem jener in den Reichskriegen der zwanziger Jahre deutsche Heere gegen die Böhmen führte<sup>85</sup>, jetzt aber zur Durchsetzung eigener Territorialmacht gegenüber den Städten in Westfalen sich der gleichen Ketzern bedient.

Detmar bezeugt uns nicht nur, wie wenig augenscheinlich die kirchenrechtliche Entwicklung des Hussitismus seit der Anerkennung der Kompaktaten allgemein zur Kenntnis genommen und damit das Bild von den insgesamt ketzerischen Böhmen korrigiert wurde. Er bringt auch einen Beleg, wie die Fürsten im zugespitzten Angriff auf die mittelalterliche Autonomie der Städte im Reich sich mit der Wahl ihrer Machtmittel und Politik außerhalb der herkömmlichen Ordnung zu befinden und die traditionellen Rechtsnormen nicht mehr zu akzeptieren scheinen. Furcht vor der Konfrontation mit den Ketzern an ihren Mauern und Angst vor dem machtvollen Zugriff der Fürsten auf die alten Rechte der augenscheinlich schutzlosen Bürger gehen hier eine Verbindung ein.

In dieser Kombination von „Hussitenfurcht“ und „Fürstenangst“ liegt wiederum der eigentliche Grund, warum in Zeiten zahlreich sich verschärfender Städte-Fürstenkriege<sup>86</sup> auch dieses Kriegsunternehmen des thüringischen und kölnischen Fürsten, verstanden als Zug der Böhmen, ein reichsweites Interesse vor allem bei den Städten fand: Frankfurt und Nürnberg an der Spitze fürchteten ob der Unge-  
wißheit über die wirkliche Absicht<sup>87</sup> dieses Gemeinschaftszuges von Fürsten und

<sup>83</sup> Wie Anm. 81.

<sup>84</sup> Deutsche Städtchroniken XXX (Lübeck), 70.

<sup>85</sup> Deutsche Städtchroniken XXI, 11.

<sup>86</sup> In den Zeitraum zwischen 1440—1460 fallen z. B. die Auseinandersetzungen um Berlin-Cölln, Münster, Soest, Bamberg, Nürnberg, Mainz.

<sup>87</sup> An sie ging u. a. die Information aus Erfurt, mit dem Zug wolle man „uber Ryn und das lant zu Lutzelburg innemen — daz ich niet geleüb (sic!). Grotefend, H.: Urkdl.

Böhmen um ihre Sicherheit. Frankfurt drängte erfolgreich den deutschen König schließlich zu einer schriftlichen Anweisung an die Führer jenes Heeres in Westfalen, worin er ihnen zwar glücklichen Verlauf des Krieges wünschte, ihnen aber jeglichen Übergreif auf die Stadt untersagte<sup>88</sup>.

Eigentliches Zentrum des um den Böhmenzug sich entwickelnden Nachrichtengeschehens ist die fränkische Reichsstadt Nürnberg. Der Rat der Stadt suchte auf erste Gerüchte einer Anwerbung von Böhmen Gewißheit und fragte zuerst betreffend in Hof, Bayreuth, Regensburg und auch Eger nach und erkundigte sich in einer zweiten Aktion bei verschiedenen thüringischen Städten sowie in Eger, Pilsen und Prag<sup>89</sup>. Fortan finden sich Nürnberger Informanten im Leinetal bis Hildesheim, sucht man Auskunft beim Rat der Stadt Köln, selbst in Westfalen bei Dortmund und Münster<sup>90</sup>, deren teils unwissende teils informative Rückantworten über Frankfurt nach Nürnberg gelangten und von hier im Bereich des süddeutschen Städtebundes in Abschriften weiter verbreitet wurden. Alle diese Aktivitäten des Nürnberger Rats finden in der Furcht und Vorsicht um die städtische Autonomie und Sicherheit ihren Grund, die sie in der Auseinandersetzung mit den ehrgeizigen landespolitischen Zielen des Markgrafen Albrecht-Achilles von Brandenburg-Ansbach ernsthaft gefährdet sahen<sup>91</sup>.

Bei genauer Analyse dieses Nachrichtenverkehrs von Prag bis Deventer und von Lübeck bis Basel im Zusammenhang mit dem Söldnerzug lassen sich regional verschiedene Nachrichtenzentren überwiegend der Städte erkennen, die wiederum untereinander im Austausch stehen. Verursacht vor allem durch die spektakuläre

Mitteilungen zur Soester Fehde. Zeitschrift d. Historischen Vereins f. Niedersachsen (1870/71) 82. Hier zeigt sich, daß das eigentliche Ziel des Zuges zwar bekannt war, aber als Täuschung interpretiert weitervermittelt wurde.

Der mit den süddeutschen Städten verbündete Bischof Gottfried von Würzburg unterrichtete warnend die Städte, „daz hinder den dingen nemlich der groß anlaß ist der danne vur jar und tag uber gemeinlich des richs stette zu rennen was der sich yetzunt erengt und sunder zwifelt nicht allein uber uns. HSTA München, RL Nördlingen 978 Prod. 32. Ähnlich in einer Nürnberger Korrespondenz, „... so dunket uns, wir bedürfen wol zu unsselbs zu sehen, wan nyemant weiß, wohin solliche dinge gelangen möchten.“ STA Nürnberg, RS Nürnberg, Briefbuch 18 fol. 295 v. Für Frankfurt vgl. Sta Frankfurt RS I. 4317, 20, 28, 35 zu einem potentiellen Bündnis zwischen Frankfurt, Erzbischof von Mainz und Bischof von Würzburg. — Zur weiteren Städtebundpolitik dieser Zeit siehe auch Berthold, M.: Überregionale Städtebundprojekte in der 1. Hälfte des 15. Jahrhunderts. Jahrbuch für die Geschichte des Feudalismus 3 (1979) 141—181.

<sup>88</sup> Rheinland u. Westfalen I 1888, n. 312. Daneben die vorausgehenden Anfragen Sta Frankfurt RS I. 4317, 10—13.

<sup>89</sup> STA Nürnberg, RS Nürnberg, Briefbuch 18 fol. 250 ff., 270 ff.

<sup>90</sup> Eine kölnische Rückantwort ging über Frankfurt nach Nürnberg. Sta Frankfurt RS I. 4317, 32 mit entsprechendem Vermittlungsvermerk. Zu Dortmund und Münster STA Nürnberg, RS Nürnberg, Briefbuch 18 fol. 280. — Nürnberger Augenzeugenbericht der Soester Belagerung in: Rheinland u. Westfalen I 1888, n. 292. — Ergänzend HSTA München, RL Nördlingen 978 Prod. 28, 29 ein Brief mit Nachrichten aus Münster, die über Deventer wiederum nach Süddeutschland gelangten.

<sup>91</sup> Kölb el, R.: Der erste Markgrafenkrieg 1449/53. Nürnberger Mitteilungen 65 (1978) 91—123. — Siehe auch Quirin 1971.

Anwesenheit von Böhmen im Kerngebiet des Reiches und die Ungewißheit der politischen Absicht ihrer fürstlichen Kriegsherren, eignet sich dieser Böhmenzug als ein Barometer für das politische Klima innerhalb des Reichs und als Nachweis von Bedingungsfaktoren politischer Mentalität in städtischen Kreisen während der Phase der Städte-Fürstenkonflikte. Damit deuten sich auch aus Beispielen der „Außenansicht“ des thüringisch-böhmischen Unternehmens neue bemerkenswerte politische Sachverhalte von lokal-, regional- wie eben reichsgeschichtlicher Tragweite an.

### VI. Folgerungen

Im Rückblick kann der hier vorgestellte Themenkomplex für eine Reihe von Aspekten der politischen Geschichte des 15. Jahrhunderts exemplarische Bedeutung erlangen. Insgesamt gesehen handelt es sich dabei um Spätfolgen einer von Karl IV. begründeten und zu seiner Zeit bereits politisch unbewältigten Splitterung des Königsbesitzes in Böhmen und Luxemburg. Der Verlauf des Erbstreits um jenes Stammland der Luxemburger in Böhmen gibt Aufschluß über gegenläufige Strategien, ein offenkundiges Machtvakuum in einem Raum neu „aufzufüllen“, und beweist in der darüber entstehenden Rivalität, wie solchermaßen „offene“ Gebiete eine Anziehungskraft auf politische Operationen auch entlegener Mächte ausüben, die herausgefordert sind, räumliche und politische Distanzen strategisch und diplomatisch zu überbrücken. Der beinahe über 100 Jahre währende Konflikt um das an der Nahtstelle konkurrierender Großmachtbildungen gelegene Herzogtum Luxemburg bietet denn auch Beispiele der Integration von Handlungsteilnehmern unterschiedlicher Regionalität in dieses reichspolitische Geschehnis im Westen wie seiner Verschachtelung mit der ausgreifenden Machtpolitik europäischer Fürstenhäuser. Wird darin eine breite Orientierungslinie auch für diesen Teil der böhmischen Geschichte greifbar, so ergeben sich für sie noch eigene Arbeitsansätze.

Vorrangig bliebe die Frage nach dem ständischen Widerstand in Luxemburg gegen die burgundische Integration einesteils in Beziehung auf die Politik der böhmischen Stände, was hier ansatzweise gezeigt wurde, wie andernteils in Hinblick auf die weitere regionale Auseinandersetzung zwischen Burgund und dem Reich zu behandeln. Angesichts des hier erweiterten Bildes von den Hintergründen und Motiven der Beteiligung böhmischer Magnaten an der Seite des Erzbischofs von Köln an der Soester Fehde und ihren auch politischen Interessen stellt sich die Frage nach vergleichbaren Sachverhalten auch bei anderen Kriegsbeteiligungen der Böhmen, sei es in Preußen, in Österreich, in Ungarn oder anderswo. Zusammen mit der noch weithin ungeklärten prosopographischen, wirtschafts- und vermögensgeschichtlichen Situation des Adels und der ländlichen Bevölkerung in Böhmen bleiben jene Spätererscheinungen zunächst in ihrer Abhängigkeit von den gesellschaftlichen Zuständen der Zeit der Revolution und Hussitenzüge zu prüfen.

Daneben gilt es, analog zum Beispiel „Luxemburg“, nach der „Außenwirkung“ solcher Kriegsunternehmen vergleichend zu fragen. Die sich seit dem Konstanzer Konzil verbreitenden Vorstellungen über „das Wesen der Böhmen“ bieten in einer systematischen Quellenauswertung einen präzisen Befund, nach Regionen und sogar Bevölkerungsgruppen Entstehung und Wirkungsgeschichte von „öffentlicher

Meinung“ zu erfassen. Zugleich liegt darin ein Ansatz, die verschiedenen kommunikativen Strukturen wie das praktische System der Nachrichtenübermittlung und auch Propaganda langfristig zu erkunden. Wie die „Verwirrung“ vorzugsweise in städtischen Kreisen über die Tatsache der Anwerbung von Böhmen für die Territorialfürsten ausweist, liegt in dieser Praxis nicht nur ein Problem für die Bürger, generell scheint es rechtsrelevante Bedenken gegen eine derartige Machtverstärkung gegeben zu haben, wie neben dem Beispiel des Herzogs von Kleve das Verhalten König Friedrichs III. demonstrieren mag<sup>92</sup>. Solche Diskussion allein ist bereits ein deutlicher Hinweis, die Bedeutung des böhmischen Söldnerwesens für die machtpolitische Durchsetzung des frühmodernen Fürstentums auszuleuchten. Dies schließt zugleich ein, hieran die Verquickung von Landesverwaltung und Söldner-Militärfinanzierung zu erfassen<sup>93</sup>.

Insgesamt darf man folgern, daß sich nach dem Beispiel aus jenem der böhmischen Geschichtsforschung oftmals entlegenem Kapitel „Luxemburg“ Fragen zum Wesen böhmischen Söldnertums als vielfache, wenngleich aufwendige Gelegenheit erweisen, die „Zeit der Anarchie“ als ein Forschungsdesiderat der böhmischen, deutschen und europäischen Geschichte aufzuarbeiten.

---

<sup>92</sup> So erklärte König Friedrich gegenüber den Einwendungen des Aeneas Silvio hinsichtlich der Anwerbung von Hussiten, daß er dazu ein päpstliches Einverständnis habe, sofern er keine rechtgläubigen Kräfte anwerben könne. — Siehe Aeneas Silvio: Geschichte Kaiser Friedrichs III. Übers. v. Th. Ilgen. Leipzig 1940, Teil II, 150 f. (Geschichtsschreiber der dt. Vorzeit 89).

<sup>93</sup> Man vergleiche die Arbeiten von K i e r n a n, V. G.: Foreign Mercenaries and Absolute Monarchy. Past and Present 11 (1957) 66—88. — S c h u l z e, W.: Landesdefension und Staatsbildung. Studien zum Kriegswesen des innerösterreichischen Territorialstaates 1564—1619. Wien 1973.

# DIE DEUTSCHE ASTRONOMIE IN BÖHMEN UND MÄHREN IN DEN LETZTEN HUNDERT JAHREN

*Von Karl A. F. Fischer und Peter Hibst*

## *1. Das Astronomische Institut der deutschen Karls-Universität zu Prag*

Nach der Teilung der Prager Universität 1882 kam es zu einem Interregnum, das sich über die Zeit nach dem Tod Professor Hornsteins bis zur Ankunft Professor Weineks erstreckte. Bis dahin war die K. K.-Sternwarte in Prag ein selbständiges Institut. Danach wurde sie zum Übungsinstitut der deutschen Universität, und deren Direktor wurde gleichzeitig Professor der Astronomie an dieser Hochschule.

Ladislav Weinek wurde am 13. Februar 1848 als Sohn eines Staatsbeamten und einer Gräfin von Trauttmansdorf in Pest geboren. Er war Schüler des dortigen Gymnasiums und ab 1865 Student an der Universität in Wien, wo er vor allem an dem von Professor J. Stephan geleiteten physikalischen Institut arbeitete. An diesem Institut hatte er L. Boltzmann zum Mitarbeiter und Kommilitonen, besuchte erste photographische Kurse bei W. Burger und machte sich mit dem Kolloidverfahren bekannt.

Später wirkte Weinek als Erzieher adeliger Kinder. 1870 erhielt er von der ungarischen Regierung ein Stipendium für ein Studium an den deutschen Universitäten Leipzig und Berlin, wo er Schüler der Professoren Förster und Zöllner war. Dort verfaßte er auch erste selbständige Arbeiten. 1873 erhielt er einen Ruf zu Vorbereitungsarbeiten für das Photographieren des Venusdurchgangs nach Schwerin. Nach dem Tode Professor Paschners, des Direktors des Instituts, wurde Weinek mit der Institutsleitung beauftragt. Mit Professor Winnecke aus Straßburg nahm er an der Venusexpedition teil.

Am 20. Juni 1874 begab er sich mit der Kondor-Korvette „Gazelle“ auf die Insel Kergulän. Dort gelang es, den Übergang der Venus am 9. Dezember 1874 einwandfrei zu photographieren. 1875 kehrte Weinek zurück und erhielt die Stelle des Ersten Observators der Sternwarte in Leipzig. Er hat alle Aufnahmen deutscher Expeditionen, die den Venusdurchgang beobachtet und fixiert hatten, gemessen und bearbeitet (von Kergulän, Tschif, Aucland und Isfahan). Von der Privatsternwarte des Barons Engelhard in Dresden aus beobachtete er den zweiten Venusdurchgang am 6. Dezember 1882. Am 1. Oktober 1883 wurde er nach Prag berufen, um den Posten des Direktors der K. K.-Sternwarte zu übernehmen; diese befand sich in dem Zustand, in welchem sie ein Jahrhundert zuvor von den Jesuiten verlassen worden war. Sie besaß viele neue Instrumente von A. David und K. Kreil. Hornstein hatte dafür gesorgt, daß sie in ihren Verpackungen aufbewahrt blieben, und bei Betreten der Sternwarte machte er alle seine Assistenten (u. a. W. Rosický) darauf aufmerksam, daß die Instrumente nicht berührt werden sollten. Nach Horn-

stein hatte Rosický bis zur Berufung Weineks die Sternwarte allein geleitet. Er sorgte für die Instandsetzung und Säuberung aller Geräte, zu denen auch der Meridiankreis von Reichenbach, das Passageinstrument von Schröder und der kleine Meridiankreis von Starke gehörten. Unter Weinek, der astronomische Beobachtungen unterstützte und deshalb Rosický bei seiner Arbeit den entsprechenden Rückhalt gab, wurden Observationen mit dem Äquatorial von Steinheil begonnen. Auch als Rosický aus finanziellen Gründen die Universität verließ und als Gymnasialprofessor ans Gymnasium der Prager Altstadt ging, arbeitete Weinek mit ihm weiter zusammen. Nachdem Weinek eine Renovierung der Sternwarte durchgeführt hatte, begann er mit der Herstellung von Mondzeichnungen, von denen er bis 1900 sechzig vollendete. Daraufhin widmete er seine Aufmerksamkeit den Mondphotographien der Lick- und Pariser Sternwarte. Das Resultat dieser Beschäftigung war der Prager Photographische Mondatlas. Weinek koordinierte seine eigenen Prager Messungen mit denen von Berlin und Potsdam, was ihn dazu veranlaßte, Messungen der Schwankung der Polarhöhe zu unternehmen. Nebenher führte Weinek Beobachtungen magnetischer Phänomene durch. Als Gesamtergebnis seiner Arbeit kamen 29 Buchbände seiner Beobachtungen magnetischer und meteorologischer Phänomene zustande, 8 Bände seiner astronomischen Observationen und 1 Band, der sich mit den historischen astronomischen Uhren im Klementinum befaßte. Weinek überlebte sein dreißigjähriges Jubiläum als Direktor der Sternwarte nicht lange, er starb am 12. November 1913.

Jährlich referierte er in der „Vierteljahresschrift der Astronomischen Gesellschaft“ über den Fortschritt seiner Arbeiten. Das größte Instrument der Sternwarte, der Sechszöllner von Steinheil, konnte nie vollständig ausgenutzt werden. Er war auf der Galerie des Klementinum-Turmes installiert, und die schmale Galerie der Sternwarte hätte nur erlaubt, das Instrument so weit auszuschieben, daß man nur eine halbe Stunde nach Meridian beobachten konnte. 1886 wurde im dritten Stockwerk ein Meridiansaal errichtet, wo das Meridianinstrument von Starke-Fraunhofer gemeinsam mit dem 68 mm-Passageinstrument von Pistor & Martin aufgestellt wurde. Auch zwei Chronographen und eine Uhr Marke „Howü“ wurden installiert. Die wichtigste Aufgabe der Sternwarte war die öffentliche Zeitangabe, die täglich durch Schwenken einer Fahne vom Balkon des Klementinum-Turmes und einen Kanonendonner von der Marienschanze her stattfand.

Bis zum Ende des Wintersemesters 1892/93 wirkte der tschechische Astronom Dr. G. Gruss an der Sternwarte. Er war später Direktor des Astronomischen Instituts der tschechischen Universität. Im Sommersemester 1893 trat Dr. R. Spitaler an seine Stelle, der 1901 zum Extraordinarius der Geophysik und Meteorologie ernannt wurde und damit den Dienst an der Sternwarte quittierte. Er habilitierte sich als Präside des Instituts für kosmische Physik. Sein Nachfolger wiederum wurde Dr. A. Scheller, der die Sternwarte auch nach Weineks Tod bis zur Ankunft Professor Preys führte.

Im Wintersemester 1911/12 wurde das K. K.-Institut für kosmische Physik der deutschen Karls-Universität zu Prag gegründet. Dem Institut stand Professor Dr. Rudolf Spitaler vor, dessen Beobachtungsassistent Dr. F. Löppen war. Ferner gehörten der Institutsdemonstrator L. W. Pollack und ein Diener dem Institut an.

Dieses existierte nur kurze Zeit bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Im Sommersemester 1914 trat ihm als Observator W. Miksch bei. Das Institut besaß seine Dienstzimmer in der Liliengasse 16 in Prag. Nachdem Professor Spitaler Prag verlassen hatte, löste sich das Institut, für das heute keinerlei literarische Aktivität nachzuweisen ist, auf.

Dr. Scheller verließ die Sternwarte nach sechszehn Jahren, Dr. A. Kaiser schon nach zehn. Zu beachten ist auch die Arbeit von Dr. Egon von Oppolzer, der zwei Jahre in Prag wirkte (1898—1900) und sich habilitierte. Obwohl er nicht mehr Mitglied der Sternwarte war, hielt er an der deutschen Universität Vorlesungen über Astronomie. Externer Mitarbeiter war auch Dr. S. Oppenheim, ein Dozent, der seine Vorlesungen in den Jahren 1900 bis 1910 hielt.

Nach dem Umsturz von 1918 beschlagnahmten der tschechische Astronom Professor F. Nußl und Dr. O. Seydl die Klementinum-Sternwarte für den tschechoslowakischen Staat. Den Deutschen wurde der Zutritt verboten und die Sternwarte erhielt den Status der „Staatssternwarte der tschechoslowakischen Republik“. Dagegen protestierte die deutsche Karls-Universität, aber Professor Nußl hielt an dem ursprünglichen Rechtsstatus fest, der die Sternwarte als ein selbständiges Institut auswies und wonach der Professor der deutschen Universität nur „aus Zufall“ die Direktorenstelle innegehabt habe. Und in der Tat führte die Klementinum-Sternwarte einen eigenständigen Briefwechsel mit dem K. K.-Ministerium in Wien, ohne dabei auf das Rektorat der deutschen Universität Rücksicht zu nehmen.

Durch die nationalistischen Tendenzen der tschechoslowakischen Regierung nach 1918 hatten die Ansprüche der Deutschen auf die Klementinum-Sternwarte keine Aussicht auf Erfolg. Auch waren die Voraussetzungen für den Wiedererwerb der verlorenen Instrumente nicht gegeben. Ferner hatten Nußl und Seydl die Tatsache ausgenutzt, daß Professor Gruss, nachdem er Ordinarius der Astronomie an der tschechischen Universität geworden war, für sein Institut die nicht erlaubte Bezeichnung „K. K.-Böhmische Sternwarte in Prag“ verwendet hatte. Infolgedessen gelangten viele durch Austausch erworbene Publikationen aus dem Ausland nicht mehr zum Klementinum, sondern zum Institut von Professor Gruss. Dagegen protestierte Professor Weinek 1896 beim K. K.-Kultusministerium in Wien und erhielt daraufhin vom Prager Statthalterbüro eine Zuschrift mit dem Text: „In der königlichen Hauptstadt Prag existiert bisher weder eine ‚deutsche‘ noch eine ‚böhmische‘ Sternwarte, sondern lediglich eine K. K.-Sternwarte.“ Hieraus geht eindeutig hervor, daß die K. K.-Sternwarte eine selbständige, insbesondere von der deutschen Universität unabhängige wissenschaftliche Institution war. Aus diesem Grunde konfiszierten F. Nußl und O. Seydl die Sternwarte für den tschechoslowakischen Staat, der die Rechte der österreichischen Regierung in Wien übernommen hatte.

Im Jahre 1918 kam Professor Albert Prey von Innsbruck nach Prag. In den ersten Jahren beschäftigte er sich mit der Organisation eines neuen astronomischen Instituts, das es „aus dem Boden zu stampfen“ galt, auch wenn er den Sechszöllner von Steinheil von der Staatssternwarte zurückerworben, ein Universalinstrument mit Kreisen, deren Durchmesser 27 cm betrug, von Satorius gekauft und sich ein Keilphotometer von Toepfer mit künstlichem Stern und einer Registrationseinrichtung nach Gotthard besorgt hatte. Diese Instrumente wurden zunächst in Prag

im Garten des Deutschen Physikalischen Instituts installiert. 1924 bekam die deutsche Universität von dem Großgrundbesitzer Ledeburg ein Grundstück in Telnitz im Sudetengau, wo eine Beobachtungsstation für den Sechszöllner gebaut wurde. Dorthin übersiedelte Dr. J. Mrazek, der an diesem Ort bis zu seinem Tode 1946 wirkte. Er beobachtete besonders die veränderlichen Sterne und bearbeitete auch die Kulminationsobservationen der Jahre 1910 bis 1917.

Die Erste Tschechoslowakische Republik behandelte nicht nur das tschechische Astronomische Institut stiefmütterlich, sondern gerade auch das deutsche. Deshalb gründeten sudetendeutsche Fabrikanten 1929 eine „Vereinigung der Freunde der Sternwarte der deutschen Universität zu Prag“. Sie wirkte bis 1940, als sie vom Reichsprotector aufgelöst und ihr Eigentum dem deutschen Astronomischen Institut übergeben wurde. Diese Gesellschaft hatte dafür gesorgt, daß ein größeres und für astronomische Zwecke besser verwertbares Grundstück in Telnitz gekauft wurde, auf welchem 1929 eine gemauerte Sternwarte für den Sechszöllner und das Meridianinstrument errichtet wurde. Für Beobachtungen magnetischer Phänomene wurde ein Keller eingerichtet und mit Meßinstrumenten versehen, die man aus dem Klementinum als veraltet und unbrauchbar entfernt hatte. Bis 1945 erwiesen diese Instrumente Dr. Mrazek bei der Durchführung seiner Arbeiten an der meteorologischen Beobachtungsstation ausgezeichnete Dienste. Die Geräte konnten nur deshalb für die Telnitzer Sternwarte gewonnen werden, weil Dr. Seydl, Direktor der tschechoslowakischen Staatssternwarte, als bloßer Beamter für astronomische Beobachtungen kein Interesse entwickelte. Weitere Instrumente wurden durch Mittel der oben genannten Vereinigung für Telnitz gekauft.

Im März 1930 ging Professor Prey von Prag nach Wien, um den Lehrstuhl der Theoretischen Astronomie des verstorbenen Professors Oppenheim an der Wiener Universität zu übernehmen. Der Vorstand des Instituts für physikalische Chemie der deutschen Karls-Universität, Professor Dr. C. Wagner, wurde zum Titularverwalter des Astronomischen Instituts ernannt. Die Telnitzer Sternwarte wurde von Dr. Mrazek verwaltet, das Prager Institut leiteten Dr. Rudolf Tschiltschke und Dr. Georg Alter, der dank eines reichsdeutschen Stipendiums eine größere Studienreise zu den Sternwarten in Kopenhagen, Lund, Hamburg, Babelsberg und Potsdam unternehmen konnte. Am 19. Oktober 1933 verstarb unerwartet Dr. Tschiltschke, und seine Assistentenstelle blieb unbesetzt, so daß als einziger Fachmann, der zudem nur als externer Mitarbeiter des Instituts angestellt war, Dr. Alter weiterarbeitete. Wieder kam es zu einem Interregnum von sieben Jahren, das den guten Ruf des Instituts nicht unbedingt zu fördern vermochte.

Am 13. Januar 1937 begann Dr. E. F. Freundlich mit seinen Vorlesungen über Theoretische Astrophysik. Er bekam größtmögliche Unterstützung von den tschechischen Astronomen, da er als Deutscher in der Tschechoslowakei ein Gegner des reichsdeutschen nationalsozialistischen Regimes war. Vor seiner Ankunft in Prag war Professor Freundlich Direktor des Astronomischen Instituts in Istanbul und Mitarbeiter von Einstein gewesen. Der im Anwachsen begriffene Einfluß der Nationalsozialisten in der Türkei verhinderte, daß er an dem von ihm aus dem Nichts geschaffenen Institut weiterarbeiten konnte. Dasselbe Schicksal sollte ihn in Prag ereilen. Ende des Wintersemesters 1938/39, nur wenige Tage vor der reichs-

deutschen Okkupation von Böhmen und Mähren, organisierte der Vater des Mitautors mit Hilfe falscher Pässe die Flucht sowohl Professor Freundlich als auch Dr. Alters über die Slowakei und Jugoslawien nach England.

Gleich nach seiner Ankunft in Prag hatte Professor Freundlich die magnetischen und meteorologischen Beobachtungen in Telnitz eingestellt, wurde jedoch unter dem Druck des Tschechoslowakischen Staatlichen Meteorologischen Instituts gezwungen, die meteorologischen Beobachtungen wieder aufzunehmen. Professor Freundlich arbeitete Pläne für eine größere Sternwarte in Libus bei Prag aus, für welche der Vater des Mitautors ein geeignetes Grundstück stiftete und auch finanzielle Mittel bereitstellte. Unter dem Druck des tschechoslowakischen Kultusministeriums überarbeitete er diese Pläne insofern, als er sie auf eine gemeinsame Sternwarte der tschechischen und der deutschen Karls-Universität zu Prag ausrichtete. Seine Pläne sahen die Installation eines 40 cm-Refraktors von Zeiss und eines 1 m-Spiegelteleskops von Grubb vor. Es gab auch einige tschechische Gegenentwürfe, wie z. B. den von Dipl.-Ing. J. Štych, der ein eigenartiges 1,25-m Coudé-Spiegelteleskop entworfen hatte. Dieser und andere Entwürfe (Ing. J. Záruba-Pfeffermann) waren gänzlich unrealistisch. Durch die nationalistische Eskalation der dreißiger Jahre wurde das deutsche Vorhaben, für das noch im Frühjahr 1938 das Kellergeschoß und Grundmauern errichtet worden waren, von der tschechischen Seite total boykottiert. Die politischen Ereignisse der Jahre 1938/39 haben alle diese Vorhaben zunichte gemacht.

Nach der Flucht der deutschen Astronomen Freundlich und Alter blieb das Astronomische Institut der deutschen Universität erneut verwaist. Die einzige Angestellte war die Putzfrau, die die Verwaltung und Erledigung der Korrespondenz übernahm. Die Prager Zweigstelle des Instituts war in einem Haus in den Königlichen Weinbergen untergebracht, das nur zwei Wohnzimmer und eine Bibliothek besaß, die sich in der Küche befand. Die allgemeine Unordnung beschrieb Dr. Werner Schaub. Nachdem er an der Front verletzt worden war, erhielt er am 21. September 1939 im Berliner Reservelazarett auf Erlaß des Berliner Reichsministers für Schulwesen die Zuweisung der Professur für Astronomie an der Prager Karls-Universität. Im selben Jahr kam er mit seinem Assistenten Dozent Dr. H. Oehler, der vorher wissenschaftlicher Mitarbeiter der Askania-Werke in Göttingen gewesen war, nach Prag. Persönliche Bekanntschaften halfen ihm bei der Ausleihe neuer Instrumente. So liehen ihm die Askania-Werke das modernste photoelektrische Photometer, und die Kieler Sternwarte ließ ihm einen 20-cm-Cassegrain-Aquatorial zukommen. Beide Instrumente sollten der Telnitzer Sternwarte zur Verfügung gestellt werden. Die Einberufung Dozent Oehlers zur Armee verhinderte dieses Vorhaben.

Da dem hölzernen Dach der Telnitzer Sternwarte der Einsturz drohte, war seine Restauration unaufschiebbar. Bis zu dieser Zeit hatte Telnitz keine elektrische Beleuchtung. Die Sternwarte wurde mittels Akkumulatoren beleuchtet, die im entfernten Dorf aufgeladen werden mußten, was zwangsläufig Probleme verursachte. Aufgrund seines großen Einflusses bei der Partei erreichte es Professor Schaub, daß ein selbständiger Transformator von der Netzhochspannung für die Sternwarte installiert wurde. Das von den Askania-Werken ausgeliehene Photometer wurde

gekauft, ebenso ein Koordinatenmeßtisch und ein moderner 100-mm-Meridiankreis. Zusätzlich wurden die neuesten Uhren von Strasser & Rohde angeschafft. Weitere finanzielle Mittel wurden für den Kauf der Bibliothek des verstorbenen Professors Bauschinger verwendet, wobei die fehlenden Jahrgänge der „Astronomischen Nachrichten“ ergänzt wurden. Es wurde mit der Edition einer neuen Reihe der „Veröffentlichungen der Sternwarte der deutschen Karls-Universität zu Prag“ begonnen. Das 20-cm-Cassegrain wurde wieder nach Prag transportiert und kurze Zeit in Kisten aufbewahrt. Im Sommer des Jahres 1942 wandte Professor Schaub sein Interesse der Sternwarte der Gebrüder Frič in Ondřejov zu. Dort wurde das 20-cm-Cassegrain installiert. Es dient seinem Zweck bis heute. Möglicherweise hat Professor Schaub von der Existenz des Astronomischen Instituts der tschechischen Universität, wo ein 21-cm-Askania-Doppelrefraktor in der Schwedengasse in Prag-Smichov bis zum Kriegsende ungestört arbeitete, nichts gewußt oder es eher aufgrund seiner alibistischen Einstellung völlig ignoriert.

Zu Kriegsende 1945 war Professor Schaub in Ondřejov. Nachdem der tschechische Widerstand gegen die deutsche Wehrmacht ausgebrochen war, kam es zwischen dem Dozenten Guth, einem tschechischen Astronomen in Ondřejov, und Professor Schaub abwechslungsweise zu gegenseitigen Festnahmen. Schließlich flüchtete Professor Schaub noch vor dem Eintreffen der russischen Armee mit dem wenigen, was er in Ondřejov besaß — der Besitz in seiner Prager Wohnung ging völlig verloren — mit dem eigenen Automobil zu den Amerikanern in den Westen.

Die Sternwarte in Telnitz blieb von den Kriegs- und Nachkriegswirren verschont. Schon im Herbst 1945 hatten Dozent Link und Dozent Guth alle Instrumente nach Ondřejov gebracht. Auch die Bibliothek des deutschen Astronomischen Instituts blieb, wenn man von einzelnen kleinen Diebstählen der Revolutionsgarden absieht, weitgehend verschont. Sie bildete die Grundlage des Astronomischen Instituts in Ondřejov.

Die Bücherbestände der Klementinum-Sternwarte und des nachfolgenden Tschechoslowakischen Astronomischen Instituts in Prag wurden in ziemlich großen Räumlichkeiten eines Hauses in den Königlichen Weinbergen aufbewahrt.

## 2. Die deutschen Amateurastronomen in Böhmen und Mähren 1918—1945

Die deutsche Amateurastronomie in Böhmen und Mähren konzentrierte sich auf eine Gesellschaft, die sich am 30. Mai 1920 konstituierte und „Vereinigung zur Verbreitung astronomischer Kenntnisse“ nannte. Sie hatte ihren Sitz in Tetschen und umfaßte 1920 66 Mitglieder. Ihre Hauptorganisation wurde von J. Rakowitz aus Tetschen, dem Inspektor der tschechoslowakischen Staatsbahnen, geleitet.

Unter tschechischem Einfluß wies diese Vereinigung sehr bald den typischen Charakter deutscher Landesverbände auf. Zu Anfang ihrer Existenz entwickelte sie sich sehr intensiv. Die Vereinigung hielt Vorträge besonders in Schulen und in der Öffentlichkeit, wie es auch die Tschechische Astronomische Gesellschaft in Prag, die eine Arbeitsgemeinschaft der Prager Liebhaber der Astronomie war, praktizierte. Vortragende der Vereinigung waren nicht nur Professoren und Assistenten der deutschen Karls-Universität zu Prag, sondern besonders auch aus Sachsen.

Die Vereinigung wurde in Fachsektionen und Arbeitsgruppen unterteilt. Ab 1922 schloß sich die Vereinigungszeitschrift der „Astronomischen Zeitschrift“, die in Hamburg herausgegeben wurde, an. Vereinigungsnachrichten und Vorankündigungen wurden dort unter der Rubrik E veröffentlicht.

Die Vereinigung war wie folgt strukturiert:

- I. a) Sektion für Sonnenbeobachtung / E. Horeschi, Böhmisches-Leipa, Besitzer eines 3"-Refraktors;
- b) Sektion für Mondbeobachtung / Dr. med. M. Weber, Sternberg in Mähren, Besitzer eines 3"-Refraktors und Pharm. Mag. et Dr. med. F. Fischer, Prag-Podoli, Besitzer eines 8"-Refraktors;
- c) Sektion für Planetenbeobachtung / Pharm. Mag. A. Krause, Nixdorf bei Rumburg, Besitzer eines 4 1/2"-Refraktors;
- d) Sektion für Stellarbeobachtung / G. Gebert, Oberlehrer in Alt-Zedlisch bei Tachau.

## II. Meteorische Sektion / geführt von Arthur Beer.

Beer war damals Student an der Prager Universität. Gleich nach seiner Promotion Ende der zwanziger Jahre emigrierte er von Prag nach England, wo er zuletzt Professor in Cambridge war. Dr. Arthur Beer initiierte eine „Zentralstelle für Meteormeldungen im Gebiet der Tschechoslowakischen Republik mit Sitz in Reichenberg-Althabendorf“, deren Idee er erstmals in der Reichenberger Zeitung vom 28. September 1919 in dem Artikel „Die große Feuerkugel vom 29. Juni 1917“ vorstellte. Die Zentralstelle, die anfangs von den Herren W. Pfeiffer, A. Geißler und Beer selbst geleitet wurde, war eine Zweigorganisation der „Vereinigung zur Verbreitung astronomischer Kenntnisse“.

Die Zentralstelle hatte die Funktion einer Sammelorganisation für Beobachtungen von Sternschnuppen, Feuerkugeln und atmosphärischen Erscheinungen mit dem Ziel, alle bisherigen Meldungen und Beobachtungen bezüglich solcher Phänomene möglichst vollständig zu erfassen und sie wissenschaftlich auszuwerten. Zu diesem Zweck war Beer an der Einbeziehung von Laien in die Arbeit der Zentralstelle interessiert, an die er als „Naturfreunde“ appellierte, um ein möglichst dichtes Beobachtungsnetz innerhalb des bis 1924 gültigen Kooperationsgebietes der Zentralstelle und der übergeordneten „Vereinigung zur Verbreitung astronomischer Kenntnisse“, das Böhmen, Mähren, Deutschland und Österreich umfaßte, zu knüpfen. Fernziel Beers war es, über die laizistische Integration eine wirklich ultranationale Zentralstelle einzurichten, was Beers Artikel in der Reichenberger Zeitung vom 28. September 1919 sowie 4. April und 5. Mai 1920, wie auch sein Artikel vom 20. April 1920 in der Pilsener Zeitung aufzeigen.

Die Zentralstelle war als loser Interessenverband von Berufs- und Laien-astronomen organisiert. Es wurden Versammlungen und Vorträge abgehalten. Um eine möglichst weite geographische Erfassung der zu beobachtenden Phä-

nomene sicherzustellen, wurden freiwillige Arbeitsgruppen mit verschiedenen Arbeitsbereichen eingerichtet.

Nachweise über diese Information hat Professor A. Beer, Universität Cambridge, selbst geliefert.

III. Sektion für Allgemeine Pädagogik / von Gymnasiallehrer F. Queisser geführt. Außerdem unterteilte sich die Vereinigung in vier Arbeitsgruppen:

1. Tetschen-Bodenbach / Leiter Rakowitz;
2. Nixdorf / Leiter Krause, der seine Privatsternwarte zur Verfügung stellte;
3. Rumburg / wo am 1. Januar 1923 die erste Volkssternwarte in Böhmen und Mähren gegründet wurde, die sich in der Rudolfsgasse 2 befand, von Rumburger Unternehmern finanziert wurde und mit einem Merz-parallaktischen Refraktor 108/1620 mm ausgerüstet war / Leiter waren der Apotheker G. Tomasch und H. Pfeiffer;
4. Pilsen / Leiter Dipl. Ing. E. Ascherl, der seine Sternwarte mit demselben nur von Steinheil hergestellten Fernrohr wie Rumburg zur Verfügung stellte.

Diese Vereinigung arbeitete mit der astronomischen Gesellschaft „Ingedelia“ zusammen, mit welcher sie sich Anfang der dreißiger Jahre liierte. Ihre Mitglieder, und darunter besonders die finanziell starken, organisierten sich dann später in der „Vereinigung der Freunde der Sternwarte der deutschen Universität zu Prag“. Mit der Auflösung dieser Vereinigung durch den Reichsprotector erlosch die deutsche Vereinigungstätigkeit in Böhmen und Mähren. Im Sudetenland entstanden mehrere Privatsternwarten, von denen die des Oberlehrers Gebert am wenigsten bekannt ist. Sie befand sich in Alt-Zedlisch und war mit einem Vierzöllner sowie einer photographischen Einrichtung versehen, mit der Kometen und Galaxien bildlich festgehalten werden konnten. Ob sie katoptrisch oder dioptrisch war, ist heute nicht mehr feststellbar.

Die größte Aktivität entwickelte der Apotheker A. Krause, der in Nixdorf tätig war und einer alteingesessenen Familie entstammte. Schon sein Urgroßvater hatte 1829 die Apotheke gegründet, die er später erbt. Geboren am 17. August 1887 in Nixdorf, war er der letzte Vertreter seines Geschlechts. Er besuchte das Gymnasium in Böhmisches-Leipa und studierte an der deutschen Karls-Universität zu Prag. Dort wurde er 1910 approbiert. Nach einem einjährigen freiwilligen Militärdienst heiratete er Ella-Maria, geborene Nietzsche, Tochter eines reichen Geschäftsmannes in Sebnitz. Im gleichen Jahr erweiterte er sein Geburtshaus um den Westflügel, indem er neben einer modernen Apotheke im Erdgeschoß auf dem Dach einen Rundturm errichtete, der zwei Meter über den Dachfirst ragte und mit einer beweglichen Kuppel versehen war. Da diese Sternwarte keine Tragsäule besaß, mußte der Refraktor von gekreuzten Eisentraversen getragen werden. In den sechziger Jahren besuchte der Autor die Nixdorfer Sternwarte, die sich im Besitz des Nationalkomitees befand und unbeaufsichtigt war.

Im Nationalkomitee war in einem Album die Sternwarte in dem Zustand vor der Renovierung zu sehen. Die Sternwarte war mit einem Vierzöllner-Refraktor mit apochromatischer Optik versehen. Unter der Sternwarte befand sich ein kleines

Zimmer, in welchem Krause ein Passageinstrument installiert hatte und wo in den sechziger Jahren alle Erinnerungsgegenstände an seine Tätigkeit zusammengebracht wurden. 1914 war er an die Front gegangen, aber wegen einer Verletzung 1917 aus der Armee entlassen worden. In einer eigenen Werkstatt hatte er 1923/24 das Fernrohr und alle Geräte renoviert.

Den Schwerpunkt des Fernrohrs setzte er  $\frac{1}{4}$  vom Okular und fertigte ein großes Gegengewicht an, vielleicht durch Maiers Entlastungssystem von Zeiss, das in Mode war, inspiriert. Hiermit erzielte er wesentlich kleinere Bewegungen des Beobachters. Außerdem besaß er ein Petzwall-Objektiv 130/530 mm. Die dazu gehörige Kamera fertigte er in der erwähnten Werkstatt an, ebenso ein Positionsmikrometer, ein Keilphotometer und eine Sonnenkamera mit originalem Zeitverschluß. Einige Bestandteile dieser Ausrüstung waren Fabrikprodukte. 1914 kaufte er einen Sekundenregulator mit Sekundenkontakten und Quarzpendel sowie zwei Sekundenuhren und einen Chronograph. Diese Uhrenausrüstung erwarb nach der Vernichtung der Leipziger Sternwarte durch einen Flugangriff Professor Hopmann. 1917 bis 1922 sendete Krause für die Nordbahn Sekundenintervalle ins Telegraphennetz, der erste Versuch einer Sendung astronomischer Signale. Mit Hilfe von Lautsprechern sendete er zur Mittagszeit auch Sekundenintervalle auf die Straße. Seine astronomische Tätigkeit bestand darin, Photographien der Sonne, besonders ihrer Finsternisse, herzustellen und sie mit einem eigenen Meßapparat auszuwerten. Die Ergebnisse seiner Untersuchungen ließ er der Leipziger Sternwarte und deren damaligem Direktor, Professor Hopmann, zukommen. Krause photographierte auch Planetoiden, zu deren Messung es aber wegen des Luftangriffs, bei dem die Leipziger Sternwarte zerstört und die Photographien vernichtet wurden, nicht mehr kam. In dem obengenannten Zimmer befand sich eine Vielzahl photographischer Platten wie auch das Meßgerät.

Für seine Vortragstätigkeit im Rahmen der VAK schaffte Krause mehrere Hundert Dia-Positive  $6 \times 6$  cm an, von denen aber in den sechziger Jahren nur noch die zu ihrer Aufbewahrung bestimmten Holzgefrästen Schachteln vorhanden waren; nur ein kleines Fragment der Sammlung ist erhalten. Seine Vorträge hielt Krause meist in Rumburg. Er war Mitglied der Astronomischen Gesellschaft, der Ingedelia, des Bundes der Sternfreunde und der Société Astronomique de la France. Unter den Mitgliedern von Orts- und Landesverbänden oder anderer politischer Organisationen war er nicht zu finden, er hielt sich von ihnen fern.

Krause war ein eigentümlicher Mensch. Er hielt an seinem Wohnsitz mit nur wenigen Menschen Kontakt, lebte vom Familieneigentum und dem Gewinn aus seiner Apotheke, die sein Assistent für ihn führte und die ihm nur als Mittel zum Zweck diente.

Im Frühjahr 1935 erlitt er seinen ersten Gehirnschlag, der zur Querschnittlähmung führte. Im Laufe von zwei Jahren erholte er sich zwar soweit, daß er seine Beobachtungen wieder aufnehmen konnte, starb jedoch am 30. Januar 1939 nach seinem zweiten Gehirnschlag. Die Tatsache, daß die örtliche Rumburger Zeitung vom 2. Februar 1939 nur eine kurze Todesanzeige veröffentlichte, zeigt, daß Krause bei den Mitgliedern der Henlein-Partei nicht sehr beliebt war, da anderen, weniger bedeutenden Persönlichkeiten ausführlichere Nekrologe gewidmet wurden. Seine

Mutter Rosa, die 1942 starb, und seine einzige Tochter Eva Elisabeth, die 1944 starb, überlebten ihn. Seine Ehefrau wurde in die Ostzone abgeschoben und lebte noch in den sechziger Jahren in Wittenberg.

Ein 3"-Refraktorobjektiv, das von Welhartzky & Pachner parallaktisch montiert worden war, besaß O. Wolff in Seestadt bei Brüx.

In Nordböhmen existierte noch eine große Sternwarte, die von E. Rolf, einem Fabrikanten für Metzgergeräte in Kotwitz bei Aarau, ausgebaut worden war. Als geschickter optischer Schleifer schuf er sich ein Medialfernrohr 206/2060 mm auf robuster parallaktischer Konstruktion mit Stundenantrieb und astatischem Regulator. Da die Konstruktion relativ hoch war, baute er für sie eine Hebebühne. Außerdem brachte er drei Photokammern an, einen Vierlinser 153/800 mm von Dallmeyer und eine selbstgeschliffene von 153/1380 mm sowie eine von 153/1660 mm. Als Absolvent der Industrieschule in Reichenberg widmete er sich dem optischen Schleifen und richtete sich als Privatier eine große optische Werkstatt ein, in der er zwei Parabolspiegel von 80 cm und 120 cm Durchmesser schliiff, die er der deutschen Universität schenken wollte. 1946 wurde er in die Ostzone abgeschoben, wo er als Hauptingenieur der Optischen Werke VEB - Rathenow bei Berlin arbeitete. 1948 besuchte der Direktor der Volkssternwarte in Königgrätz, Dr. Průša, Kotwitz, um einige Instrumente für die neu errichtete Volkssternwarte zu erwerben; er fand aber nur noch jämmerlich verrosteten Schrott.

Die größte deutsche Privatsternwarte in Böhmen und Mähren, die auch die Revolutionswirren von 1945 überlebte, befand sich in Prag-Podoli. Ihr Begründer war der 1888 geborene promovierte Mediziner und Pharmaziemagister F. Fischer. Schon als Student beschäftigte er sich nebenher mit der Astronomie. Er besaß einen Vierzöllner-Brachyt-Spiegel von Fritsch & Prokesch (Wien). Mit diesem Instrument nahm er besonders Mondbeobachtungen vor.

Während des Ersten Weltkrieges kam er als Gefangener nach Taschkent, wo er die Bekanntschaft J. P. Gultajews, des Direktors der dortigen Sternwarte, und des Astrophysikers A. N. Rosanows machte. Mit ihnen unternahm er 1918 spektroskopische Beobachtungen an der Nova Aquilae. Hier reifte auch der Entschluß, nach der Rückkehr in die Heimat eine eigene private Sternwarte einzurichten. Dazu erwarb F. Fischer einen visuellen Refraktor von 190/3000 mm von Reinfelder & Hertel, der neben dem 1934 angeschafften Spiegel (310/1550 mm) das wichtigste Fernrohr der Sternwarte war.

Der Spiegel kam als ein Produkt G. Irwings aus England. Weitere Geräte von Steinheil und Zeiss wurden zusätzlich beschafft. Die Sternwarte bestand aus einer 5 m-Kuppel auf der Südseite des Daches eines Einfamilienhauses in Prag-Podoli (Länge östlich von Greenwich  $0^{\circ} 57^m 42^s, 25$ ; Breite  $+50^{\circ} 03' 28''$ , 4; Höhe über dem Meer 320,0 m). Während sich die Sternwarte am Anfang ihres Bestehens in einer Gartenlandschaft befand, ist sie heute praktisch im Ortszentrum von Podoli. Alle Räume im zweiten Stock des Hauses gehörten als Arbeitszimmer, Dunkelkammer usw. zur Sternwarte.

Der Gründer der Sternwarte widmete sich besonders den Mond-Beobachtungen. Sehr viel Mühe wandte er für kartographische Arbeiten auf, wobei er auch mit K. Müller aus Wien kooperierte. In jahrzehntelanger Arbeit entstand das Werk

„Die Geschichte der Selenographie“, das noch auf seine Veröffentlichung wartet. Auf der Sternwarte Podoli wurden die ersten Photos von Meteoren in der ČSR gefertigt. Neben stellarphotographischen Arbeiten, Aufnahmen bis zur vierzehnten Größenklasse mit einem Zeiss-Triplet von 140/700 mm, wurden vor dem Zweiten Weltkrieg Kometensuche und Beobachtungen von Sonnen- und Mondfinsternissen betrieben.

Im Zweiten Weltkrieg wurde die Sternwarte kaum genutzt, da F. Fischer leitender Apotheker des SS-Lazaretts in Prag-Podoli und freiwillig fast ausschließlich in Nachtdiensten tätig war. Im Monat wurde höchstens einmal beobachtet, wenn die Witterungsverhältnisse günstig waren. Nach dem ersten Luftangriff auf Prag im Februar 1945 wurde die Sternwarte abmontiert und in dem für diesen Zweck gebauten Luftschutzbunker unter dem Garten aufbewahrt. Dorthin wurde auch der überwiegende Teil des Bibliotheksbestandes (über 10 000 Bände) gebracht, so daß 1945 während der Prager Revolution nur wenig vernichtet wurde.

Nach dem Krieg holte seine Frau Anna, die Enkelin des Lemberger Rabbi, F. Fischer und seinen Sohn, den Mitautor, aus dem Gefangenenlager, und nachdem in einer schriftlichen Erklärung, auf alles Deutsche — auch auf den Gebrauch der deutschen Sprache bei Familienunterhaltungen — zu verzichten, versprochen worden war, erhielt man die tschechische Staatsangehörigkeit. Zwar hat der Mitautor Anfang der sechziger Jahre den Refraktor und alle Geräte in der eigenen und der Werkstatt der Universitätssternwarte überholen lassen, jedoch handelte es sich dabei, gemessen am Zustand der Vorkriegs- und Kriegszeit, nur um ein jämmerliches Überbleibsel. Jegliche Kontakte zum Westen waren verboten oder von den Behörden zu genehmigen. Der Autor wurde für seine erste Veröffentlichung im Bohemia-Jahrbuch 7 (1966) 27 ff. von der Geheimpolizei gefoltert, da diese einen unerlaubten Kontakt zu einer revanchistischen Organisation damit als erwiesen ansah. Nach der Flucht des Autors in die Bundesrepublik Deutschland 1968 „verschenkte“ seine Mutter „freiwillig“ die gesamte Sternwarte. Nach etwa einem halben Jahr wurden alle Geräte in Holzkisten verpackt und mit russischen Militärfahrzeugen abtransportiert, was das Ende der deutschen astronomischen Tätigkeit in Böhmen und Mähren darstellte. Wie der Autor aus englischen Quellen erfahren hat, soll sich sein ehemaliges Inventarium heute auf der Krim bei Simeis befinden.

#### LITERATURVERZEICHNIS

zu 1: Jahresberichte der Prager Sternwarte. Vierteljahresschrift der Astronomischen Gesellschaft. Leipzig ca. 1890—1944.

N u š l, F.: Pražská hvězdárna v Klementinu [Prager Sternwarte im Klementinum]. In: Věstník ČAS 1918/19.

M r a z e k, J.: Zur Geschichte der deutschen Universitätssternwarte in Prag und ihres Zweiges in Telnitz. Die Himmelswelt 49 (1939) 2—6.

Persönliche Erinnerungen des Autors.

zu 2: Sterne und Weltraum. Mannheim 1964/1, 21 f.

Ein Beitrag zur Tätigkeit der deutschen Amateurastronomie in der Tschechoslowakischen Republik von K. Fischer. VdS-Nachrichten (1963) H. 12, 236 f.

Personalstand der K. K. Sternwarte und des deutschen astronomischen Instituts der Karlsuniversität Prag

Jahrgang	Direktor	Adjunkt	Assistenten	Mechaniker/ Uhrmacher	Diener
1883	—	Dr. G. Gruß	Dr. Wenzel Rosický, R. Suchomel	Chr. Vetter	Andr. Neubauer
1883/84	—	„	„ „	„	„
1884	Prof. L. Weinek	„	„ „	„	„
1884/85	„	„	Bern. Schwarz, W. Láška, Alfred Pick	„	„
1885	„	„	„ „ Jos. Kostlivý	„	„
1886	„	„	„ „ „	„	„
1886/87	„	„	„ „ „	„	„
Stand unverändert bis 1889/90					
1890	„	„	Dr. Jos. Kostlivý, Wilh. Beran	„	„
1890/91	„	„	Dr. A. Schlosser, „	„	„
1891	„	„	Rob. Lieblein, „	„	„
1891/92	„	„	„ „	„	„
1892	„	„	„ Carl Pinn	„	„
1892/93	„	„	„ „	„	„
1893	„	Dr. Rud. Spitaler	„ „	„	„
1893/94	„	„	? ?	„	„
1894	„	„	Otto Schally, Ant. Grünwald	„	„
1894/95	„	„	„ Rob. Lieblein	„	„
bis	„	„	„	„	„
1896/97	„	„	„	„	„
1897	„	Priv.Doiz. Spitaler	K. Koeppner, Rud. Beneš	„	„
1897/98	„	„	„ „	„	„
1898	„	„	Dr. E. v. Oppolzer, Arthur Scheller	„	„
1898/99	„	„	„ Victor Hevler	„	Joh. Haureich

1899	„	„	„	„	„	„
1899/900	„	„	Priv.Doz. Oppolzer,	„	„	„
1900	„	„	„	„	„	„
1900/01	„	„	„	„	Jos. Vetter	Jos. Hlavatý
1901	„	„	„	„	„	„
1901/02	„	„	„	„	„	„
1902	„	„	Jos. Dörr,	„	„	„
1902/03	„	Dr. Arthur Scheller	„	Friedr. Hopfner	„	„
1903	„	„	„	„	„	„
1903/04	„	„	„	Ant. Kaiser	„	„
1904	„	„	„	„	„	„
1904/05	„	„	„	„	„	„
1905	„	„	„	„	Vinc. Wiedermann	„
1905/06	„	„	„	„	„	„
bis	„	„	„	„	„	„
1907/08	„	„	„	„	„	„
1908	„	„	„	„	„	„
bis	„	„	„	„	Jos. Audörfer	„
1909/10	„	„	„	„	„	„
1910	„	„	„	„	„	„
bis	„	Priv.Doz. Scheller	„	„	„	„
1913/14	„	„	„	„	„	„
1914	„	„	„	„	„	„
bis	„	„	„	„	„	„
1915/16	„	„	„	Dr. A. Kaiser	„	„
1916	„	„	„	Dr. Ant. Kaiser, Dr. Jos. Mrazek	„	„
1916/17	„	„	„	„	„	„

Für SS 1917 bis WS 1918/19 gibt es im Universitätsarchiv keine Aufzeichnungen.

Klepeřta, Jos. / Seydl, Otto: Dvacet let mezi přáteli astronomie [Zwanzig Jahre zwischen den Freunden der Astronomie]. Prag 1937.

Vohrálík, J. in: Říše Hvězd 14 (1935) 35 ff.

Der Schlußteil des Aufsatzes besteht aus Privataufzeichnungen des Mitautors aus dem Universitätsarchiv der deutschen Karls-Universität zu Prag. Hierzu benötigte er eine Sondererlaubnis des Innenministeriums. Es wurden auch notierte persönliche Erinnerungen des Vaters des Mitautors, der diese Zeit selbst erlebte, verarbeitet.

*Verzeichnis der Vorlesungen am Astronomischen Institut der deutschen Karls-Universität in Prag*

Semester	Dozent	Titel der Vorlesung
SS 1884	Weinek	Theorie der astronomischen Instrumente I. T. Praktische Astronomie
WS 1884/85	„	Sphärische Astronomie Geographische Ortsbestimmung zur See und auf Forschungsreisen
SS 1885	„	Theorie der astronomischen Instrumente II. T. Praktische Beobachtungen
SS 1886	„	Theorie der astronomischen Instrumente III. T. Praktische Beobachtungen Theorie der Finsternisse
WS 1886/87	„	Sphärische Astronomie I. T.
SS 1887	„	Praktische Astronomie Über Sonnenfinsternisse Anleitung zur Beobachtung mit Sextanten und Passageinstrumenten
WS 1887/88	„	Die Lehren der Aberration, Präcession u. Nutation Bahnberechnung der Planeten
WS 1888/89	„	Kometen-Bahnbestimmung
SS 1889	„	Theorie und Praxis des Equatorials
WS 1889/90	„	Sphärische Astronomie
SS 1890	„	Geographische Ortsbestimmung auf Reisen
WS 1890/91	„	Sphärische Astronomie — Aberration, Präcession und Nutation Mond- und Planetenvorübergänge vor der Sonne
SS 1891	„	Theorie des Altazimutes und des Equatorials Übungen in astronomischen Beobachtungen
WS 1891/92	„	Einleitung zur Theorie der Bahnbestimmungen — Kometenbestimmung — Planetenbahnbestimmung
SS 1892	„	Theorie der Passageinstrumente im Meridian und I. Vertikal Übungen in praktischen Beobachtungen
WS 1892/93	„	Sphärische Astronomie I. T.
SS 1893	„	Einleitung in die Theorie der Instrumente
WS 1893/94	„	Sphärische Astronomie II. T.
SS 1894	„	Theorie der Passageinstrumente im Meridian und I. Vertikal
WS 1894/95	„	Bahnberechnung der Kometen und Planeten

Semester	Dozent	Titel der Vorlesung
SS 1895	„	Theorie des Equatorials und seines Mikrometers Übungen in astronomischen Beobachtungen
SS 1895	„	Mond- u. Planetenvorübergänge vor der Sonne
WS 1895/96	„	Sphärische Astronomie
SS 1896	„	Über astronomische Hilfsinstrumente Übungen in astronomischen Beobachtungen Die Bestimmung der Doppelsternbahn Astronomisch-geographische Ortsbestimmung
WS 1896/97	Spitaler	
	Weinek Spitaler	Sphärische Astronomie Meteorologie
SS 1897	Weinek	Theorie der Passageinstrumente im Meridian und I. Vertikal Übungen in astronomischen Beobachtungen Über Satellit-Bahnen-Störungen
	Spitaler	Einleitung in die Astrophysik
WS 1897/98	Weinek Spitaler	Bahnbestimmung der Kometen Klimatologie
	SS 1898	Weinek
WS 1898/99	Weinek	Sphärische Astronomie Bahnbestimmungen der Kometen u. Planeten
	Spitaler	Allgemeine Meteorologie
SS 1899	Weinek	Theorie der Astronomischen Instrumente Übungen in den Beobachtungen Die verschiedenen Methoden der Polhöhebestimmung
	Spitaler	Astrophysik, Spektralanalyse u. Astrophotographie
WS 1899/1900	Weinek	Über Paralaxe, Aberration, Refraktion, Präcession und Nutation
	Spitaler	Allgemeine Meteorologie
	Oppolzer	Die Einleitung in die Störungstheorie Die Sonne
SS 1900	Weinek	Theorie der Passageinstrumente im Meridian und I. Vertikal Übungen in astronomischen Beobachtungen Mond- u. Planetenvorübergänge vor der Sonne
	Spitaler	Astronomisch-geographische Ortsbestimmungen
WS 1900/01	Weinek Spitaler Oppenheim	Bahnbestimmungen der Planeten u. Kometen Allgemeine Meteorologie Theorie der Figur der Himmelskörper
	SS 1901	Weinek
Spitaler Oppolzer		Astronomische u. physikalische Erdkunde Über Strahlenberechnung u. Extinktion in allgemeinen Atmosphären
Oppenheim		Theorie der Ebbe u. Flut, besonders nach Laplace u. Airy
WS 1901/02	Weinek	Sphärische Astronomie
WS 1901/02	Oppenheim	Mechanik des Himmels Geschichte der Astronomie

Semester	Dozent	Titel der Vorlesung
SS 1902	Weinek	Theorie der astronomischen Instrumente Praktische Beobachtungen Über Finsternisse u. Sternbedeckungen
	Oppenheim	Elemente der Mondberechnung
WS 1902/03	Weinek	Sphärische Astronomie
	Oppenheim	Elemente der höheren Geodäsie Geschichte der Astronomie von Newton bis in die jüngste Zeit
SS 1903	Weinek	Theorie der Passageinstrumente im Meridian u. I. Vertikal Übungen in astronomischen Beobachtungen Finsternisse, Sternbedeckungen u. Planetenvorübergänge
	Oppenheim	Präcession, Nutation u. Veränderungen der geographischen Breite
WS 1903/04	Weinek	Ephemeriden-Berechnung
	Oppenheim	Mechanik des Himmels
SS 1904	Weinek	Theorie des Equatorials u. Mikrometers Praktische Beobachtungen Über Doppelstern u. Satelliten-Bahnbestimmung
	Oppolzer	Mechanik des Himmels, Elemente der Mondbewegung
WS 1904/05	Weinek	Sphärische Astronomie
	Oppenheim	Theorie der Figur der Himmelskörper u. der Erde
SS 1905	Weinek	Über astronomische Hilfsinstrumente I. Spiegelsextant Übungen in astronomischen Beobachtungen Grundlagen der mathematischen Selenographie
	Oppenheim	Einleitung in die Theoretische Astronomie in geschichtlicher Entwicklung
WS 1905/06	Weinek	Aberration, Präcession u. Nutation
	Oppenheim	Niedere und Elemente der höheren Geodäsie
SS 1906	Weinek	Theorie der Passageinstrumente im Meridian u. I. Vertikal Übungen in den astronomischen Beobachtungen Ermittlung der Sternschnuppenbahnen
	Oppenheim	Theorie des Geoids
WS 1906/07	Weinek	Bahnbestimmungen der Kometen u. Planeten
	Oppenheim	Gestalt der Himmelskörper
SS 1907	Weinek	Theorie des Equatorials u. seines Mikrometers Übungen in astronomischen Beobachtungen Theorie der Sonnenfinsternisse
	Oppenheim	Wahrscheinlichkeit u. Ausgleichsrechnung in der Astronomie
WS 1907/08	Weinek	Sphärische Astronomie
SS 1908	"	Einleitung in die Theorie der astronomischen Instrumente Übungen in praktischen Beobachtungen Die verschiedenen Methoden zur Ermittlung der Polhöhe
	Oppenheim	Mathematisch-astronomische Geographie
	Spitaler	Kosmische Spektralanalyse
WS 1908/09	Weinek	Refraction, Aberration, Präcession u. Nutation
	Oppenheim	Einführung in die Theorie der Kartenprojection
SS 1909	Weinek	Theorie der Passageinstrumente im Meridian u. I. Vertikal Übungen in astronomischen Beobachtungen Über Doppelstern- u. Satellitenbahnbestimmungen
	Oppenheim	Elemente der Astronomie

Semester	Dozent	Titel der Vorlesung
WS 1909/10	Weinek Scheller	Bahnbestimmung der Kometen u. Planeten Astrophysik
SS 1910	Weinek	Theorie des Equatoreals u. seines Mikrometers Übungen in astronomischen Beobachtungen Theoretische Grundlagen über Vermessung der Mondoberfläche
	Oppenheim	Mathematische Geographie u. astronomische Ortsbestimmung
	Scheller	Astrophysik
WS 1910/11	Weinek Scheller	Sphärische Astronomie Spektralanalyse der Gestirne
SS 1911	Weinek	Über astronomische Hilfsinstrumente — Theorie des Sextanten- u. Prismenkreises Übungen in astronomischen Beobachtungen Theorie der Sonnenfinsternisse
	Oppenheim	Theorie der Abbildung mit Anwendung auf die Lehre der Kartenprojection
	Scheller	Astronomische Ortsbestimmung auf Reisen
WS 1911/12	Spitaler Weinek Scheller	Astrophysik Sphärische Astronomie Physik der Sonne
SS 1912	Weinek	Theorie der Passageinstrumente i. Meridian u. I. Vertikal Übungen in den astronomischen Beobachtungen Ermittlung der Sternschnuppenbahnen
	Scheller	Astrographie
WS 1912/13	Weinek Scheller	Bahnbestimmungen der Planeten u. Kometen Grundzüge der Astrophysik
SS 1913	Weinek	Theorie des Equatoreals u. seines Mikrometers Übungen in astronomischen Beobachtungen Doppelstern- u. Satelliten-Bahnbestimmungen
	Scheller	Grundzüge der Astrophysik
WS 1913/14	Weinek Scheller	Sphärische Astronomie Kometen u. Meteore
SS 1914	Scheller	Refraction u. Extinction
WS 1914/15	Scheller	Astrophotometrie
SS 1915	„	Einführung in den Gebrauch der astronomischen Tafeln
WS 1915/16	„	Grundzüge der Astrophysik
SS 1916	„	Übungen in Beobachtungen auf der Sternwarte
WS 1916/17	„	Grundzüge der Astrophysik
SS 1917	„	Spektroskopische Doppelsterne
WS 1917/18	Prey	Grundlagen der Astronomie Theorie der Finsternisse
	Scheller	Astrophysik
	Spitaler	Kosmische Physik
SS 1918	Prey	Geographische Ortsbestimmung Ausgleichsrechnung
	Scheller	Refraction u. Extinction
WS 1918/19	Prey	Bahnbestimmungen der Planeten u. Kometen Theorie der Kosmogonie

Semester	Dozent	Titel der Vorlesung
SS 1919	Prey	Theorie der astronomischen Instrumente Veränderliche Sterne
WS 1919/20	„	Einführung in die theoretische Astronomie Die Gestalt der Erde u. der Himmelskörper
	Spitaler	Kosmische Physik
SS 1920	Prey	Das System der Finsternisse Theorie der Sonnen- u. Mondfinsternisse Die Bestimmung der Seehöhe
WS 1920/21	„	Geographische Ortsbestimmung Bahnbestimmungen
SS 1921	„	Theorie der Gezeiten Übungen in astronomischem Rechnen
WS 1921/22	„	Mechanik des Himmels Grundlagen der höheren Geodäsie Geschichte der Astronomie
SS 1922	„	Mechanik des Himmels
WS 1922/23	„	Grundlagen der Astronomie Theorie der Astroinstrumente
SS 1923	„	Bestimmung der astronomischen Konstanten Die Figur der Himmelskörper Astronomische Spektralapparate
WS 1923/24	„	Theorie der Kartenprojection Theorie der Finsternisse
SS 1924	„	Bahnbestimmung der Planeten u. Kometen System der Fixsterne
	Spitaler	Astrophysik
WS 1924/25	Prey	Grundlagen der Astronomie Mathematische Geographie u. astronomische Ortsbestimmung
SS 1925	„	Ebbe u. Flut Kartenprojectionen Methoden zur Bestimmung der Seehöhe
WS 1925/26	„	Mechanik des Himmels Geschichte der Astronomie
	Spitaler	Schwere-Messungen und ihre Deutung für Geophysik
SS 1926	Prey	Mechanik des Himmels Methode der kleinsten Quadrate
WS 1926/27	„	Die Grundlagen der Astronomie Theorie der astronomischen Instrumente
	Spitaler	Kosmische Physik
SS 1927	Prey	Geographische Ortsbestimmung Übungen in astronomischem Rechnen
WS 1927/28	„	Bahnbestimmungen der Planeten u. Kometen Figur der Himmelskörper
SS 1928	„	Bestimmung der astronomischen Konstanten Astronomische Photometrie u. veränderliche Sterne
WS 1928/29	„	Grundlagen der theoretischen Astronomie Der innere Aufbau der Sterne
SS 1929	„	Theorie der Sonnen- u. Mondfinsternisse Grundlagen der höheren Geodäsie

Semester	Dozent	Titel der Vorlesung
WS 1929/30	„ Spitaler	Die Bahnbestimmungen der Kometen u. Planeten Astrophysik
SS 1930	Prey	Geographische Ortsbestimmungen
SS 1931	Pollak	Physik der Sonnen- u. Himmelsstrahlung
WS 1934/35	„	dito
WS 1937/38	Freundlich	10 Vorlesungen
SS 1938	„	Aufbau des Sternensystems Theorie der Finsternisse u. ihre Bedeutung in der heutigen Astronomie Übungen auf der Sternwarte
WS 1938/39	„	Himmelsmechanik Einführung in die Astrophysik Übungen auf der Sternwarte
Trimester 1940	Schaub	Einführung in die Astrophysik Astronomische Orts- u. Zeitbestimmung
I. Trimest. 1941	„	Sphärische Astronomie Astronomische u. geodätische Meßgeräte Astronomisches Praktikum
II. Trimest. 1941	„	Sphärische Astronomie Astronomisches Praktikum
WS 1941/42	„	Einführung in die Astrophysik Numerisches Rechnen Astronomisches Praktikum
SS 1942	„	Sphärische Astronomie Theorie u. Praxis der astronomischen Meßgeräte Astronomisches Praktikum
WS 1942/43	„	Sphärische Astronomie Übungen aus der sphärischen Astronomie Astronomisches Praktikum
SS 1944	„	Sphärische Astronomie Astronomisches Anfängerpraktikum Praktikum für Fortgeschrittene
WS 1944/45	„	Sphärische Astronomie Astronomisches Anfängerpraktikum Praktikum für Fortgeschrittene
SS 1945	„	Einführung in die Astrophysik Astronomisches Anfängerpraktikum Praktikum für Fortgeschrittene

*Verzeichnis der Veröffentlichungen der deutschen Karls-Universität in Prag:*

## Publikationen der Sternwarte der deutschen Universität in Prag

- Nr. 1) A. Kaiser: Beobachtungen der Finsternisse u. Bedeckungen  
 Nr. 2) „ Beobachtungen veränderlicher Sterne in d. J. 1910—1914  
 Nr. 3) A. Prey: Über die Laplace-ische Theorie d. Planetenbildung  
 Nr. 4) J. Mrázek: Windverhältnisse in Prag nach der Pilotierung in der Zeit v. November 1916 zu November 1917  
 Nr. 5) A. Prey: Über das System vom 70-Ophiuchi  
 Nr. 6) J. Mrázek: Die Dezimal-Gleichung bei Passage-Beobachtungen nach der Auge-Ohr-Methode  
 Nr. 7) „ Photometrische Beobachtungen rötlicher veränderlicher Sterne  
 Nr. 8) Th. Gula: Über die östliche Grenzkurve der Sichtbarkeitsgebiete einer Sonnenfinsternis  
 Nr. 9) J. Mrázek: Definitive Bahnbestimmung d. Kometen 1918/II / = AN 232  
 Nr. 10) A. Prey: Weiteres über das System 70-Ophiuchi  
 Nr. 11) G. Alter: Über die Unsicherheit bei der Berechnung von Sonnenfinsternissen / = AN 5645  
 Nr. 12) J. Mrázek: Über den Zusammenhang zwischen Radial-Geschwindigkeiten und Lichtwechsel des Veränderlichen R. Lyrae / = AN 5658  
 Nr. 13) R. Tschiltschke: Über das System 70-Ophiuchi / = AN 5664  
 Nr. 14) G. Alter: Kepler und die moderne Naturwissenschaft 1931

*Veröffentlichungen der Sternwarte der deutschen Karls-Universität in Prag:*

- Nr. 1) H. Oehler: Deutung einiger Veränderungen in Spektrum der Nova DQ Herculis 1934 / = AN 271, 145  
 Nr. 2) W. Schaub: Allgemeine Theorie des Universalinstrumentes / = AN 271, 173  
 Nr. 3) H. Oehler: Objektive Zusatzeinrichtung zum Hartmanns Mikrophotometer

## DIE ASTRONOMIE AN DEN HOCHSCHULEN IN BRÜNN

*Von Karl A. F. Fischer und Peter Hibst*

Die deutsche technische Hochschule hat ihre Wurzeln in der Ständeakademie, die 1725 in Olmütz gegründet wurde. Diese wurde durch ein Regierungsdekret vom 13. November 1849 in eine technische Lehranstalt umgewandelt. 1867 wurde aus ihr das Technische Institut und 1873 wurde sie zur Technischen Hochschule erhoben, auf der überwiegend in deutscher, aber auch in tschechischer Sprache unterrichtet wurde. 1899 wurde sie dann in eine deutsche und eine tschechische Hochschule geteilt. Die Astronomie wurde auf der deutschen Technischen Hochschule im Rahmen der Geodäsie vorgetragen. Diese Hochschule besaß im gesamten Zeitraum ihrer Existenz nur zwei Professoren, die Astronomie unterrichteten. Es waren Hofrat Professor Dr. G. Niessl von Mayendorf und Professor Dr. H. Löschner.

G. Niessl von Mayendorf wurde am 26. Januar 1839 in Verona als Sohn eines K. K.-Offiziers geboren. Nachdem er eine private Volksschulausbildung erhalten hatte, besuchte er das Gymnasium erst ab 1851, als seine Eltern nach Wien gekommen waren. Seine Matura absolvierte er an der Wiener Realschule mit Auszeichnung. Sein großes Interesse an den Naturwissenschaften veranlaßte ihn schon als fünfzehnjährigen Schüler zu seiner ersten Publikation auf dem Gebiet der Botanik. 1854 bis 1858 studierte er am Polytechnischen Institut in Wien. Bereits 1857 wurde er Assistent für praktische Geometrie bei Professor Herz. 1859 kam Niessl als Supplent an die Technische Lehranstalt nach Brünn, wo er zeitweise praktische Geometrie lehrte.

Schon im darauffolgenden Jahr, 1860, erhielt er die Ernennung zum Institutsordinarius. Nach der Umwandlung der Lehranstalt in eine Hochschule wurde er zum Hochschulordinarius ernannt und avancierte in den Jahren 1877 bis 1878 sogar zu ihrem Direktor. Er war Mitglied des Landesschulrates der staatlichen Prüfungskommission für Bauingenieure und Geodäten, 1893 deren Vorstand. Die Wiener Akademie wählte ihn 1904 zum korrespondierenden Mitglied. 1908 erhielt er die Ehrendoktorwürde der Deutschen Technischen Hochschule in Bremen. Seiner Mitgliedschaft erfreute sich auch die Internationale Kommission für Geodäsie. Als 1907 seine einzige Tochter starb, beantragte er die vorzeitige Pensionierung. Er übersiedelte nach Wien, wo er am 1. November 1919 starb. Vorlesungsverzeichnisse, aus denen der Umfang seiner astronomischen Tätigkeit an der Technischen Hochschule hervorgeht, sind nicht erhalten. Sein besonderes Interesse auf astronomischem Gebiet galt den Meteoriten. Von 1880 bis 1900 bemühte er sich mit Hilfe der Geodäten um die Organisation systematischer meteorischer Observationen.

H. Löschner wurde am 22. Juli 1877 in Loeben in der Steiermark geboren. Er studierte an der Technischen Hochschule in Graz, wo er 1901 seine Dissertation vorlegte und promovierte. Schon 1897 bekleidete er die Assistentenstelle für Geodäsie. 1898 und 1899 supplierte er für den erkrankten Professor J. Wastler. Als Niessl 1907 in Rente ging, wurde Löschner Ordinarius der Technischen Hochschule zu Brünn. Die ständigen Petitionen zur Unterstützung des Studiums seiner beiden Söhne und seiner Tochter, die alle auf tschechischen Hochschulen studierten, weisen seine finanzielle Situation jedoch als schlecht aus. 1929 wurde er mit einer Reform der Vorlesungen über sphärische Astronomie und astronomische Bestimmungen geographischer Koordinaten beauftragt. Im selben Jahr gründete er ein geodätisches Seminar.

Am 19. Mai 1939 zwang man ihm bis zum September 1939 einen außerordentlichen Urlaub auf. Schon bald aber wurde er zwangspensioniert, weil es ihm nicht gelang, die arische Abstammung seiner Frau nachzuweisen und weil die Nationalsozialisten ihm zur Last legten, seinen Kindern erlaubt zu haben, tschechische Hochschulen zu besuchen.

Auf Wunsch des Rektors der Technischen Hochschule Brünn sandte er 1944 aus Wien, wohin er um 1941 gegangen war, eine Übersicht seiner wissenschaftlichen Tätigkeit. Dieser Bericht weist 95 Referate über verschiedene Arbeiten anderer, 64 selbständige Arbeiten zur Geodäsie und 111 eigene Fachartikel und Bücher aus. Auf dem Gebiet der Astronomie arbeitete er nicht direkt, er hielt nur Vorlesungen im Rahmen seiner Hochschulverpflichtungen. Sein einziges kleineres Werk, das ein Randgebiet der Astronomie berührt, trägt den Titel „Über die Sonnenuhren“ und erschien in Graz 1906 bei Leutschner & Lutensky. Nach Löschners Abschied supplierte 1939 sein Assistent Dr. Konetschny für ihn. Löschners Nachfolger wurde Professor Dr. Koppmayer aus München. Alle Archivalien Konetschnys und Koppmayers sowie die gesamte Institutseinrichtung vernichtete 1945 der Brünner Pöbel.

Die tschechische Astronomie in Brünn besitzt drei Repräsentanten: Dipl. Ing. J. Lička, Dr. A. Semrád und Dr. B. Kladivo.

J. Lička wurde am 13. August 1852 in Paskau in Mähren geboren. Er besuchte die Realschulen in Neutitschein, Troppau und Olmütz, wo er 1870 seine Matura ablegte. In den Jahren 1870 bis 1875 besuchte er die Technische Hochschule in Prag, um sich zum Bauingenieur ausbilden zu lassen. Dann studierte er von 1877 bis 1882 an der Karls-Universität Mathematik und Astronomie.

Mit Hilfe eines Stipendiums der königlich-preußischen Wirtschaftsakademie ging er 1882/83 nach Babelsberg. 1884 reiste er als Volontär der Landwirtschaftlich-Technischen Hochschule und hielt Vorlesungen in sphärischer Astronomie.

1876 bis 1882 wirkte er in Brünn als Assistent der Geodäsie in der tschechischen Sektion der damals noch vereinten Technischen Hochschule. Nachher arbeitete er als privater Zivilgeometer und Mitglied des K. K.-Trigonometrischen Instituts in Wien. Von dort ging er nach Prag, wo er am 6. März 1900 zum Extraordinarius der höheren Geodäsie und Astronomie an der tschechischen Technischen Hochschule zu Prag aufstieg.

A. Semrád wurde am 27. August 1878 in Kutteneberg geboren. Nachdem er an der dortigen Realschule 1896 sein Abitur abgelegt hatte, besuchte er die tschechische

Technische Hochschule in Prag und beendete 1890 sein Studium mit Prädikat. Im selben Jahr trat er eine Studienreise zu den Sternwarten Deutschlands, der Niederlande und Belgiens an. 1904/05 arbeitete er als Volontär am Preußischen Geodätischen Institut in Berlin-Charlottenburg. Nach seiner Rückkehr wirkte er an der tschechischen Technischen Hochschule in Brünn, wo er 1906 Assistent, 1908 Privatdozent, 1910 Extraordinarius und 1913 Ordinarius für Geodäsie war. Diese Funktion übte er bis zu seiner Zwangspensionierung im Jahre 1941 aus. Nach 1945 war er bis zu seiner ordentlichen Pensionierung 1948 Titularprofessor. Ab 1948 lebte er in Prag entweder bei seiner Tochter Milada, die mit Dipl.-Ing. F. Svoboda verheiratet war, oder bei seinem Sohn Dr. J. S. Semrád. Vor der Flucht des Mitautors 1968 aus der ČSR war er noch am Leben.

B. Kladio wurde am 22. Juni 1888 in Krtiny in Mähren geboren. Seine Matura legte er 1907 in Brünn ab. Von 1907 bis 1911 studierte er an der tschechischen Universität zu Prag, wo er im Lehramtsstudiengang die Examina für das Lehramt an Gymnasien in Mathematik und Physik ablegte. 1912 promovierte er im Fach Philosophie. Im selben Jahr bekam er den Lehrstuhl für Geodäsie an der tschechischen Technischen Hochschule in Brünn. Später wirkte er nebenbei noch als Aushilfslehrer für Mathematik und Physik an der tschechischen Lehrerinnen-Bildungsanstalt in Brünn. 1920 avancierte er zum Privatdozenten, 1921 zum Extraordinarius, 1928 zum Ordinarius für höhere Geodäsie der tschechischen Technischen Hochschule. Seine erste astronomische Veröffentlichung, die in den „Berichten der Tschechischen Akademie der Wissenschaften“, II, 1916 erschien, trug den Titel „Über das Suchen von Sternpaaren zur Zeitbestimmung durch die Zinger-Methode“. Die Tatsache einer astronomischen Publikation an sich zeigt schon das große Interesse des professionellen Geodäten an der Astronomie.

Gleich nach seiner Promotion 1912 arbeitete er als Volontär des K. K.-Militärisch-Geographischen Instituts in Wien. Von Juli bis November 1913 wirkte er an der russischen Sternwarte in Pulkava, von November 1913 bis Januar 1914 in Potsdam und von Februar bis Juni 1914 an dem Observatoire de Paris.

Nach seiner Rückkehr aus dem Ersten Weltkrieg heiratete er und hatte zwei Kinder. Nachdem in Brünn die Masaryk-Universität gegründet worden war, wurde Kladio 1922 mit Vorlesungen über Astronomie beauftragt. 1924 wurde er Leiter des provisorischen Astronomischen Instituts in Brünn. Schon 1922 hatte er seine zweite Studienreise nach Potsdam unternommen, um Konstanten von Pendeln zur Bestimmung der Gravitation festzustellen. 1928 reformierte er das Studium der Geodäsie an der tschechischen Technischen Hochschule in Brünn und führte praktische Übungen in der sphärischen Astronomie ein. Da vor dem Zweiten Weltkrieg in Brünn keine Sternwarte existierte, schuf Kladio Ende der dreißiger Jahre eine Sternwarte auf dem Dach der tschechischen Technischen Hochschule, die mittelmäßig ausgebaut war und deren Hauptinstrument aus einem 15-cm-Zeiss-Refraktor mit reichem Zubehör bestand. Fast alle Instrumente wurden in den Kriegswirren vernichtet. Heute ist nur noch eine nicht mehr benutzte vier Meter breite Kuppel auf der jetzigen Militärakademie erhalten. Auch der Refraktor existiert noch, der nach einer großen Rekonstruktion der Volkssternwarte auf der Kraví Hora in Verbindung mit mehreren kurzbrennweitigen Photokammern dort benützt wird.

Professor Kladivo war eine der führenden Persönlichkeiten des antinationalsozialistischen Widerstandes. Schon 1939 wurde er von der Gestapo verhaftet und auf dem Spielberg eingekerkert. Wegen seines hoffnungslosen Gesundheitszustandes (er hatte sich dort eine Nierenkrankheit zugezogen) wurde er entlassen. 1941 wurde ihm eine Niere operativ entfernt. Kurze Zeit später wurde er erneut verhaftet und in gänzlich aussichtslosem Gesundheitszustand Anfang November 1941 wiederum entlassen. Nach kurzer Heimpflege starb er am 11. November 1941.

## DIE MITTELEUROPAISCHE KONZEPTION MILAN HODŽAS<sup>1</sup>

Von *Ladislav Lipscher*

Infolge des Todes des Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses Bohumil Bradáč (1881—1935) kam es zu Umbesetzungen an den höchsten staatlichen Stellen. Der bisherige Ministerpräsident Jan Malypetr (1873—1947) wurde zum Nachfolger Bradáčs gewählt. Am 5. November 1935 ernannte der Präsident der Republik den Ackerbauminister Milan Hodža zum Regierungsvorsitzenden<sup>2</sup>. Die Regierungserklärung Hodžas war hauptsächlich der Innenpolitik gewidmet. In bezug auf die Außenpolitik brachte die Rede keine neuen Aspekte. Als Vorkämpfer einer Handelspolitik der regionalen Präferenzsysteme vermittelte er seine bekannten Ideen von einer mitteleuropäischen Wirtschaftsorganisation. Österreich und Ungarn sollten neben den Staaten der Kleinen Entente die wichtigsten Partner des neuorganisierten Mitteleuropa werden.

Es wurde klar, daß die Nachfolge T. G. Masaryks (1850—1937) im Amt des Staatsoberhauptes noch zu dessen Lebzeiten zu regeln war, denn Eduard Beneš (1884—1948) brauchte für seine Kandidatur unbedingt dessen Autorität. Außer der Burg-Gruppe unterstützte die Kandidatur Benešs überraschenderweise auch Hodža<sup>3</sup>.

Nach der Wahl Beneš zum Staatsoberhaupt hatte die Regierung, gemäß der Verfassungstradition, demissioniert. Am 18. Dezember 1935 ernannte der neue Staatspräsident eine neue Regierung, die die gleiche Zusammensetzung hatte wie die vorangegangene. Hodža übernahm zusätzlich die Verwaltung des Außenministeriums<sup>4</sup>. Somit hatte die Burg für eine Zeitlang auf die unmittelbare Gestaltung der Außenpolitik verzichtet.

Die Ernennung Hodžas zum Regierungsvorsitzenden hatte im Ausland verschiedene Spekulationen ausgelöst. Nach den Berichten des tschechoslowakischen Gesandten in Berlin widmete die Presse des Dritten Reiches diesem Ereignis eine außergewöhnliche Aufmerksamkeit. Unzählige Presseberichte stellten Überlegungen

<sup>1</sup> Milan Hodža (1878—1944) stammte aus einer nationalbewußten slowakischen protestantischen Familie. Vor dem Ersten Weltkrieg war er Journalist und Politiker, nach der Gründung des tschechoslowakischen Staates mehrmaliger Minister und vom 5. 11. 1935 — 22. 9. 1938 Regierungsvorsitzender; Mitglied der obersten Gremien der tschechosl. Agrarpartei.

<sup>2</sup> Stenographische Berichte über die 10. Sitzung des Abgeordnetenhauses (zitiert AbgH) vom 6. 11. 1935. — Prager Tagblatt Nr. 258 v. 6. 11. 1935.

<sup>3</sup> Nähere Erläuterungen zur Annäherung beider Politiker: Gajanová, A.: Dvojí tvář. Z historie předmnichovského fašismu [Das Zwiagesicht. Zur Geschichte des Vormünchner Faschismus]. Prag 1962, 150 f.

<sup>4</sup> Stenogr. Berichte über die 23. Sitzung d. AbgH v. 19. 12. 1935.

über eine mögliche Neuorientierung der tschechoslowakischen Politik an. Es wurde ausdrücklich unterstrichen, daß sich die außenpolitischen Ansichten des neuen Regierungsvorsitzenden von denen Benešs unterscheiden würden<sup>5</sup>.

Die tschechoslowakische Regierung erachtete es als notwendig, diese Behauptungen zu dementieren. Sie tat dies in Form einer Unterredung des Berichterstatters des französischen Blattes „Le Temps“ mit Hodža. Hodža sprach sich gegen die Diktatur aus, und bezüglich außenpolitischer Fragen widerlegte er die Berichte, nach denen es zu irgendwelchen Veränderungen kommen könnte. Zugleich stimmte er der Politik der kollektiven Sicherheit zu, wie sie Beneš ausführte<sup>6</sup>. Bei dieser Gelegenheit hob er jedoch die Bedeutung seines Mitteleuropa-Planes hervor, womit er, wenn auch etwas verschleiert, die Hauptrichtung seiner eigenen diplomatischen Linie andeutete.

Im Hinblick auf die erfolgte Übernahme des Regierungsvorsitzes durch Hodža sandte der österreichische Gesandte in London seiner Regierung einen ausführlichen Bericht. Es ist eine Wiedergabe der Unterredung, die er mit „V“, einer britischen Persönlichkeit, führte<sup>7</sup>. Laut Bericht wurde in England der Bestellung Hodžas eine bestimmte Bedeutung beigemessen. Er galt in England den Einflüssen Frankreichs gegenüber unabhängiger als Beneš. Überdies war Hodža seit jeher für die Verständigung mit Polen eingetreten<sup>8</sup>.

Die Ernennung Hodžas war seitens der Sowjetunion auf Kritik gestoßen. Ihre Vorbehalte wurden in den im Parlament gehaltenen Reden der Vertreter der KPTsch laut, die immer die Meinung der Sowjetunion vermittelten. Sie wiesen darauf hin, daß durch Hodžas bekannte Grundsätze, Konzeptionen und Pläne in erhöhtem Maße Einflüsse zur Geltung kommen würden, die den Kurs der tschechoslowakischen Außenpolitik, namentlich im Verhältnis zu Deutschland und der Sowjetunion, verändern könnten<sup>9</sup>.

In den Berichten des sowjetischen diplomatischen Vertreters in Prag an seine Zentrale scheint dieselbe Kritik an Hodžas außenpolitischer Tätigkeit auf<sup>10</sup>.

Im Gespräch mit dem Vertreter des sowjetischen Regierungsblattes „Izvestija“ am 21. Dezember 1935 bemühte sich Hodža, dem gegen ihn gehegten Mißtrauen entgegenzutreten. Er unterstrich, daß auch die Zusammenarbeit mit dem Osten für den Frieden unbedingt notwendig sei und fuhr fort: „Aus diesem Grund ist das System der Verträge über die gegenseitige Hilfeleistung ein für das europäische Gleichgewicht unentbehrliches System, und die Zusammenarbeit der Tschechoslowa-

<sup>5</sup> Zitiert nach: Lidové noviny Nr. 544 v. 31. 10. 1935.

<sup>6</sup> Le Temps v. 12. 11. 1935; in tschechischer Übersetzung veröffentlicht in: Venkov Nr. 264 v. 13. 11. 1935.

<sup>7</sup> Aus dem Inhalt des Berichtes geht hervor, daß es sich um R. G. Vansittart (1881—1957), Unterstaatssekretär im Foreign Office, handelt.

<sup>8</sup> Bericht v. 10. 11. 1935. Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Neues politisches Archiv (zitiert HHStA, NPA) — Gesandtschaft Prag K. 831, F. 902—04. — Hodža war Vorsitzender der Britisch-Tschechoslowakischen Gesellschaft in Prag.

<sup>9</sup> Rede d. Abg. Kopecký. Stenogr. Berichte über die 28. Sitzung d. AbgH v. 20. 2. 1936, 9 f.

<sup>10</sup> Z. B. Aufzeichnung über die Unterredung mit Beneš v. 8. 1. 1936: Dokumenty a materiály k dějinám československo-sovětských vztahů [Dokumente u. Materialien zur Entwicklung d. tschechosl.-sowjetischen Beziehungen]. Bd. 3. Prag 1979, Dok. 124.

kei mit der Sowjetunion besitzt für den Frieden in Europa die gleiche Bedeutung wie das System der Kleinen Entente und das Bündnis mit Frankreich<sup>11</sup>.“ Hodža entfaltete in seiner neuen Funktion eine sehr rege diplomatische Tätigkeit. Mit großer Hingabe verfolgte er vor allem die Intensivierung der Zusammenarbeit der mitteleuropäischen Staaten.

Die Organisation, die durch die Pariser Vorortefriedensverträge in Mitteleuropa geschaffen wurde, zeigte sich sehr bald als wirtschaftlich und politisch nicht befriedigend. Einerseits war das Selbstbestimmungsprinzip nur teilweise verwirklicht: manche mitteleuropäischen Völker warteten nur auf die Gelegenheit, den gegebenen Zustand zu verändern; andererseits hatte die Zerschlagung der Donaumonarchie, die ein homogenes und geschlossenes Wirtschaftsgebiet gebildet hatte, zur Folge, daß die Nachfolgestaaten von Wirtschaftskrisen heimgesucht wurden. Deshalb machten sich im Zeitraum zwischen 1918 und 1938 Tendenzen für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit im mitteleuropäischen Raum bemerkbar. Es verging kaum ein Jahr, ohne daß ein diesbezüglicher Wirtschaftsplan im Rahmen der europäischen Politik vorgelegt worden wäre.

Bevor die diesbezüglichen Bemühungen und Pläne Hodžas analysiert werden, erscheint es angebracht, die bis dahin getätigten gedanklichen und praktischen Versuche, zu einer neuen wirtschaftlichen Ordnung in Mitteleuropa zu gelangen, in Kürze darzulegen.

Die Wiederanknüpfung engerer Beziehungen wurde seit Kriegsende von verschiedenen Seiten, für verschiedene Gebiete und in verschiedenen Formen erörtert<sup>12</sup>.

Den ersten Versuch zur Wiederanknüpfung alter Beziehungen haben die Friedensverträge (Saint Germain, Art. 222; Trianon, Art. 205) unternommen, als sie eine Ausdehnung des mitteleuropäischen Binnenmarktes durch gegenseitige Begünstigung mitteleuropäischer Provenienzen vorsahen. Ungeachtet der festgesetzten Beschränkungen hätte dieses System, verglichen mit dem Zustand, in dem die besagten Länder seit Friedensschluß verharrten, eine erträglichere Lage geschaffen.

Im Jahre 1930 wurde das bekannte Briand-Memorandum vorgelegt, dessen Ziel es war, im Rahmen des Völkerbundes eine wirtschaftliche Föderation der europäischen Staaten aufzubauen und die zwischen ihnen bestehenden Unstimmigkeiten durch Annäherung — verwirklicht durch die politische Verantwortung der betreffenden Regierungen — zu beheben. Die Idee Aristide Briands (1862—1932) fand zwar einen großen Widerhall, jedoch keine Basis zum weiteren Ausbau.

Als fest stand, daß in der gegebenen Situation mit einer Verwirklichung dieses Planes nicht zu rechnen war, errang der Gedanke regionaler Vereinbarungen, namentlich der wirtschaftlichen Annäherung der mitteleuropäischen Staaten, allgemeine Beachtung. Diesbezügliche Anstrengungen erhielten um so größere Bedeutung, als im Jahre 1930 eine akute Agrarkrise ausbrach, die diese Region besonders in Mitleidenschaft zog.

<sup>11</sup> Izvestija v. 23. 12. 1935; in deutscher Übersetzung in: Prager Tagblatt Nr. 299 v. 24. 12. 1935. — Im gleichen Sinn sprach Hodža mit dem sowjetischen diplomatischen Vertreter am 14. 1. 1936 u. 15. 2. 1937: Dokumenty a materiály III, Dok. 126, 135.

<sup>12</sup> H a n t o s, E.: Der Weg zum neuen Mitteleuropa. Die wirtschaftliche Neugestaltung. Berlin 1933, 20.

In den Jahren 1930—1932 fanden mehrere Agrarkonferenzen statt, an denen der Präferenzgedanke die Hauptrolle spielte, jedoch ohne greifbare Fortschritte<sup>13</sup>.

Größere Beachtung erlangte der französische Donauplan, der sog. Tardieu-Plan (März 1932). Dieser suchte mit handelspolitischen Mitteln die Not des zerstückelten mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes zu lindern. Präferenzzölle und Kontingente sollten den Weg zur wirtschaftlichen Annäherung der fünf Donaustaaten (Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien) ebnen. Deutschland und Italien haben ihre Zustimmung verweigert, auch Österreich stand dem Plan ablehnend gegenüber, was ihn schließlich zu Fall brachte<sup>14</sup>.

Eine weitere Etappe in der Entwicklung der Zusammenschlußbestrebungen bildete der am 16. Februar 1933 in Genf unterzeichnete Organisationspakt der Kleinen Entente, der das bisherige politische Gebilde zu einer ökonomischen Organisation auszugestalten suchte.

Neben dem Ziel, die gemeinsame Politik stärker aufeinander abzustimmen, enthielt der Pakt die Absichtserklärung, unter den Mitgliedstaaten den festen Entschluß reifen zu lassen, die wirtschaftlichen Beziehungen mit allen Staaten schlechthin, aber insbesondere mit denen Mitteleuropas, zu intensivieren.

Die Stellungnahme Beneš als langjährigen Gestalters der tschechoslowakischen Außenpolitik zu den verschiedenen Plänen, die die Neuroganisation Mitteleuropas verfolgten, war sehr vorsichtig formuliert. Die mitteleuropäische Zusammenarbeit, wie sie Beneš sah, würde selbstverständlich die Verständigung mit den anderen interessierten Kreisen erfordern. Die Kleine Entente wäre immer bereit, mit den beiden anderen Donaustaaten wirtschaftlich zusammenzuarbeiten. Sein Land lehne aber jede staatsrechtliche Organisation, jede Konföderation der mitteleuropäischen Staaten ab. Er wäre auch nur bereit, an Verhandlungen teilzunehmen, an denen sich auch Jugoslawien und Rumänien beteiligten<sup>15</sup>.

Hodža hatte weit mehr als Beneš die mitteleuropäische Krise auf wirtschaftliche Tatsachen zurückgeführt. Ihm lag daran, vorerst einen Anschluß an Österreich und Ungarn zu finden. Das Ziel einer engeren wirtschaftlichen Kooperation mit diesen Ländern würde, nach seiner Ansicht, am besten zu erreichen sein, wenn die Länder der Kleinen Entente zunächst einmal versuchen würden, ihre wirtschaftlichen Probleme gemeinsam anzupacken.

<sup>13</sup> Bukarester Agrarkonferenz (24. 6. 1930) mit der Teilnahme Ungarns, Rumäniens u. Jugoslawiens; Warschauer Tagung (August 1930) d. Getreideausfuhrländer u. w.

<sup>14</sup> Zur Frage der verschiedenen Wirtschaftspläne im Donaugebiet bzw. in Mitteleuropa vgl. Hantos, E.: Der Weg zum neuen Mitteleuropa. Die wirtschaftliche Neugestaltung. Berlin 1933. — Ders.: Die Neuordnung des Donauraumes. Mitteleuropäische Wirtschaftsfragen. Berlin-Wien 1935. — Niederle, M.: L'évolution et l'état de la collaboration économique dans le bassin du Danube. Prag 1938. — Kühn, J.: Förderationspläne im Donaauraum und in Mittelosteuropa. München 1958.

<sup>15</sup> Rede Beneš im Abgeordnetenhause am 22. 3. 1932, zitiert nach Strauss, E.: Tschechoslowakische Außenpolitik. Eine geschichtliche Einführung. Prag 1936, 114. — Erklärung Beneš nach der Konferenz von Sinaja (24. 9. 1933), zitiert nach Hantos: Die Neuordnung des Donauraumes 1935, 154. — Vgl. auch: Unterredungen des österreichischen Gesandten in Prag mit Beneš v. 25. 3. u. 7. 4. 1927. HHSStA, NPA — Gesandtschaft Prag, K. 63, F. 612—16, 626—29.

Schon unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg erkannte Hodža die wechselseitigen wirtschaftlichen Beziehungen der Nachfolgestaaten als unerlässlich. Diese Notwendigkeit ergab sich für ihn aus der Forderung nach politischer Nüchternheit und Reife, welche eine der modernen internationalen Politik entsprechende Voraussetzung sei, um zur Verständigung aller Völker zu gelangen<sup>16</sup>.

Aufgrund dieser Einsicht verwarf er ganz entschieden die Pläne des ungarischen Ministerpräsidenten Michael Károlyi (1875—1955), der Ende 1918 die Bildung einer Donauföderation vorschlug<sup>17</sup>. Hodža sah in so einem Gebilde keine „union économique“ (ein von Briand übernommener Begriff, den dieser anlässlich der Ratifikation des Trianoner Friedensvertrages im Pariser Parlament prägte), die für die Tschechoslowakei von Interesse wäre. Die Grundlage eines neuen Mitteleuropa lag für ihn in den politischen und wirtschaftlichen Verträgen seines Landes mit Jugoslawien, Rumänien, Polen und Österreich, unter Umständen auch erweitert auf Bulgarien<sup>18</sup>. Die Kleine Entente sei nicht das Endziel der tschechoslowakischen Außenpolitik, wie Hodža in seinem Pariser Vortrag in der „Société d'études extérieures“ klarmachen wollte, sondern nur der Kern einer neuen mitteleuropäischen Konstellation, deren Hauptaufgabe die friedliche und nachdrückliche Verteidigung der Friedensverträge sein müßte<sup>19</sup>.

Der erste Ausbruch der Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre brachte Hodža dazu, seine Bemühungen um eine engere wirtschaftliche Kooperation der von ihm ins Auge gefaßten Staaten zu intensivieren. Den Ausgangspunkt für seine Überlegungen bildete vor allem die Agrarkrise, mit der er sich auseinandersetzte, und seine Kritik an diesbezüglichen Plänen mit ähnlichen Zielsetzungen.

Die Paneuropa-Idee rief bei ihm nicht viel Sympathie hervor. Paneuropa bezeichnete er als „glänzende Ideologie“, aber wirtschaftliche Widerstände würden eine stärkere Wirkung zeigen als die gedanklichen Konstruktionen. Das überwiegend industrielle Westeuropa verfolge völlig andere wirtschaftlich-politische Interessen als das agrarisch ausgerichtete Mitteleuropa<sup>20</sup>.

Wenig Verständnis zeigte Hodža auch für den Briand-Plan der vereinigten Staaten von Europa, weil dieser nur die Politik und die Diplomatie in Betracht zog, ohne Berücksichtigung von Wirtschaft und Handel. Denselben Vorwurf erhob er auch gegen die Kleine Entente, die „von der Gedanken Blässe der »Nur-Politik« und der »Nur-Diplomatie« — angekränkelt ist“. Für die Kleine Entente propa-

<sup>16</sup> Rede Hodžas. Stenogr. Berichte über d. 78. Sitzung der Nationalversammlung v. 1. 10. 1919, 2366.

<sup>17</sup> „Der Begriff der Donauföderation“, führte einer der besten Kenner dieser Problematik an, „ist nämlich politisch schwer belastet, da er sich in der Vergangenheit immer auf imperialistische Gebilde bezog und auch heute noch machtpolitische Tendenzen vortäuscht.“ — H a n t o s : Der Weg zum neuen Mitteleuropa 1933, 93.

<sup>18</sup> Slovenská politika Nr. 1 v. 1. 1. 1922. — H o d ž a , M.: Články, reči, štúdie [Aufsätze, Reden, Studien]. Bd. 4. Prag 1931, 219 f.

<sup>19</sup> Slovenský denník v. 23. 2. 1922. — H o d ž a : Články IV 1931, 227 Anm. — Vgl.: Zahraniční politika 13 (1934) 664.

<sup>20</sup> Vortrag Hodžas vor den Akademikern der Agrarpartei in Prag am 1. 6. 1930. H o d ž a : Články IV 1931, 162 f. — D e r s.: Paneuropa und Getreidekrise. Der österreichische Volkswirt v. 20. 12. 1930, 321.

gierte er ein konstruktives Programm, das die Organisierung aller gleichartigen oder wenigstens verwandten Kräfte in Mitteleuropa ermöglichen sollte<sup>21</sup>.

Alle Pläne, die eine Annäherung bzw. einen wirtschaftlichen Zusammenschluß der mitteleuropäischen Staaten verfolgten, litten — so die Überzeugung Hodžas — neben der mangelnden Einbeziehung wirtschaftlicher Faktoren, auch noch an den Folgen eines taktischen Fehlers: Man ging zu idealistisch und zu wenig empirisch vor, d. h. den Ausgangspunkt bildete „die allgemeine Idee, und vom Generellen schritt man zum Partiellen“<sup>22</sup>. Der Fehler bei der Analyse der Situation bestand angeblich darin, daß die Hindernisse für eine zwischenstaatliche Verständigung im partiellen Bereich lagen und auch noch zu spät erkannt wurden. Diese abstrakte These konkretisierte Hodža dahingehend, daß diese Hindernisse einer Verständigung in den anscheinend geringen wirtschaftlichen Gegensätzen der mitteleuropäischen Staaten zu suchen seien, die — außer Deutschland und Österreich — alle einen überwiegend landwirtschaftlichen Charakter mit einer überwiegend bäuerlichen Bevölkerung aufweisen würden. Dazu zählt er auch die Tschechoslowakei mit der Begründung, daß, abgesehen von einer bäuerlichen Bevölkerungsmehrheit (ungefähr 40 v. H.), in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre 16—27 v. H. der Gesamtausfuhr auf Agrarprodukte entfielen<sup>23</sup>.

Die angeführte Analyse diente ihm als Basis für seine Untersuchung der Gründe für die sich stets vertiefende Agrarkrise in Mitteleuropa sowie das Aufzeigen von Lösungsmöglichkeiten.

Zwei Ursachen machte Hodža für die prekäre Lage verantwortlich: 1. die langandauernde Disparität zwischen den handelspolitischen Voraussetzungen für die landwirtschaftliche- und industrielle Produktion (Zoll- und Preisbedingungen), 2. die Überproduktion von Agrarerzeugnissen in Übersee, vor allem in den USA und Kanada. Die Krise könnte auf zwei Arten gelöst werden: innerstaatlich und international.

Durch innerstaatliche Maßnahmen müßte die Parität der Zollpolitik zwischen der Landwirtschaft und der Industrie hergestellt werden. Im internationalen Bereich ist es unumgänglich, solche Zoll- und administrativen Verfügungen zu erlassen, um die übermächtige Konkurrenz der sehr billig hergestellten Agrarprodukte aus Übersee, welche Störungen auf dem europäischen Markt verursachten, auszuschalten. Zuletzt wäre ein europäisches Kontingentierungsabkommen, d. h. die Festsetzung der Aus- und Einfuhrmenge — namentlich von Weizen — von einem Staat in den anderen, zu treffen<sup>24</sup>. Bevor Hodžas Pläne für die wirtschaftliche

<sup>21</sup> E b e n d a 321. — Vortrag Hodžas in Brünn am 28. 5. 1931. H o d ž a : Člásky IV 1931, 429. — D e r s.: Federation in Central Europe. Reflections and Reminiscences. London 1942, 106 f.

<sup>22</sup> H o d ž a : Paneuropä u. Getreidekrise 1930, 322.

<sup>23</sup> E b e n d a.

<sup>24</sup> Interview Hodžas. Politika (Belgrad) v. 25. 3. 1930. — H o d ž a : Člásky IV 1931, 291. — Interview Hodžas mit dem Vertreter der Neuen Freien Presse (Wien). H o d ž a : Člásky IV 1931, 303—306. — D e r s.: Zemedelská kríza, družstevníctvo a úprava dovozu [Agrarkrise, Genossenschaftswesen u. Einfuhrregelung]. Slovenský denník Nr. 288 v. 16. 12. 1930.

Annäherung der mitteleuropäischen Staaten erläutert werden können, ist es notwendig, den Begriff „Mitteleuropa“, wie er es verstand, zu definieren.

„Zwischen Deutschland und Rußland wächst ein neues Mitteleuropa mit seiner eigenen konstitutiven Geschichte, mit ähnlichen, manchmal sogar fast gleichen Richtlinien der sozialen Entwicklung, mit gleichen Problemen der nationalen Wiedervereinigung und der nationalen Minderheiten, mit gleicher Zivilisationsaufgabe zwischen West und Ost und — ungeachtet aller Unterschiede — mit unbestreitbaren Zivilisationsaffinitäten“ heran<sup>25</sup>. In geopolitischer Hinsicht erstreckte sich das neue Mitteleuropa, nach Hodžas Meinung, um den Kristallisationskorridor Weichsel — March (Morava) — Waag (Váh) — mittlere Donau — Morava (serbische) — Vardar Furche — Saloniki<sup>26</sup>.

Abgesehen davon, daß er in seinen Reden und Aufsätzen manchmal auch den Begriff „Donaukonföderation“ gebrauchte<sup>27</sup>, verstand er den Begriff „Mitteleuropa“ bald in engerem, bald in weiterem Sinn. In der engeren Definition faßte er nur die Staaten der Kleinen Entente und der Römischen Protokolle zusammen. Ein Mitteleuropa in diesem engeren Sinn war sein unmittelbares Ziel<sup>28</sup>. Sein weiteres Ziel, wie er an mehreren Stellen anmerkte, wäre eine fortschreitende Annäherung folgender elf Staaten gewesen: Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, Österreich, Ungarn, Polen, Bulgarien, Griechenland, Estland, Litauen und Lettland<sup>29</sup>.

Die Verwirklichung des Vorhabens, eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit der mitteleuropäischen Staaten herbeizuführen, stieß jedoch auf große Schwierigkeiten. So nahmen die Handelsbeziehungen zu Jugoslawien und Rumänien eine sehr ungünstige Entwicklung. Die Weizenüberschüsse der Tschechoslowakei waren die Hauptursache der herrschenden Getreidekrise. Jugoslawien und Rumänien drängten aufgrund ihrer passiven Handelsbilanz darauf, ihre Weizenausfuhr in die Tschechoslowakei mengenmäßig auf einen Höchststand zu bringen. Dieses Bestreben hätte jedoch, wie Hodža erläuterte, sehr ungünstige Auswirkungen auf die Preisgestaltung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in der Tschechoslowakei gehabt<sup>30</sup>.

Deutschland dagegen erhöhte seine Importe aus Jugoslawien und Rumänien konstant. Aufgrund dieser Tatsache konnte die wirtschaftliche Kleine Entente nicht zum Kern einer zu entwickelnden Zusammenarbeit aller Donau- und Balkanländer werden.

<sup>25</sup> Vortrag Hodžas im Europäischen Zollverein in Prag am 29. 4. 1931. Venkov v. 30. 4. 1931.

<sup>26</sup> Vortrag Hodžas in der Handels- und Gewerbekammer in Brünn am 5. 3. 1931. Hodža : Články IV 1931, 382. — Ders.: La Tchécoslovaquie et l'Europe Centrale. Revue Economique International (Brüssel), April 1931. — Ders.: Agrární problém střední Evropy [Das Agrarproblem Mitteleuropas]. VČAZ 12 (1936) 129, 433. — Hodža, M.: Články, reči, štúdie [Aufsätze, Reden, Studien]. Bd. 7. Preßburg 1934, 229.

<sup>27</sup> Als Donaustaaten galten: Bulgarien, Jugoslawien, Österreich, Rumänien, Tschechoslowakei und Ungarn.

<sup>28</sup> Hodža : Agrární problém 1936, 129—131.

<sup>29</sup> E b e n d a 129 f.

<sup>30</sup> Hodža, M.: Články, reči, štúdie [Aufsätze, Reden, Studien]. Bd. 5. Prag 1933, 482.

Mit seiner handelspolitischen Durchdringung Südosteuropas verfolgte Deutschland u. a. das Ziel, die Kleine Entente zu sprengen und so die Tschechoslowakei in die Isolierung zu treiben. Der deutsch-jugoslawische Handelsvertrag vom 1. Mai 1934 war ein weiterer bedeutsamer Schritt in diese Richtung, der die Absicht verriet, einen deutschen Stützpunkt innerhalb der Kleinen Entente zu schaffen<sup>31</sup>.

Die tschechoslowakischen Regierungskreise waren sich der drohenden politischen und wirtschaftlichen Gefahr durchaus bewußt. Der ständigen Verschlechterung der internationalen Lage der Tschechoslowakei wollte Hodža entgegenwirken.

In einem Vortrag, den er im Herbst 1935 vor der Internationalen interparlamentarischen Wirtschaftskonferenz in London hielt, führte er seine Gedanken über eine fortschreitende Annäherung zwischen den Staaten der Kleinen Entente, der Römischen Protokolle, des Balkanpaktes und der baltischen Gruppe aus, die eine günstige Voraussetzung für die Sanierung Mitteleuropas schaffen würde. Diese Gedanken sind bekannt geworden unter dem Namen Hodža-Plan<sup>32</sup>.

Hodža plante als ersten Schritt zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit ein Abkommen zwischen den Staaten der Kleinen Entente und der Römischen Protokolle<sup>33</sup>. Die Tschechoslowakei als parlamentarisch-demokratischer und konsolidierter Staat hätte das Recht und die Verpflichtung, die Initiative zu ergreifen<sup>34</sup>. „Es ist vorteilhafter, wenn wir die Initiative ergreifen“, so Hodža schon in seiner Pilsner Rede im Jahre 1928, „weil sonst eine Gruppierung ohne uns, also praktisch gegen uns gerichtet, entstehen könnte. Es erweist sich als unerläßlich, das neue Mitteleuropa zu organisieren, welches uns einzig und allein einen ruhigen Übergang in die ganzeuropäischen Kombinationen ermöglicht“<sup>35</sup>.

Die Kernpunkte des Hodža-Planes könnten so zusammengefaßt werden<sup>36</sup>:

1. Die zusammengeschlossenen Staaten müßten die Verpflichtung übernehmen, die gültigen Präferenzzölle sowie die Einfuhrkontingente nicht herabzusetzen und die existierenden Hindernisse für den internationalen Handel nicht zu vertiefen.
2. Durch bilaterale und multilaterale Abkommen im Rahmen des gemeinsamen Zollverbandes sollten die handelspolitischen Verhältnisse normalisiert werden.
3. Es sei ein zentrales landwirtschaftliches Evidenzbüro zu schaffen, dessen Aufgabe darin bestünde, die Verteilung der Überschüsse an landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu überwachen und Absatzmärkte zu suchen<sup>37</sup>.

<sup>31</sup> Krüger, P.: Das europäische Staatensystem und die deutsche Politik gegenüber der Tschechoslowakei in den 30er Jahren. In: Gleichgewicht — Revision — Restauration. Die Außenpolitik der Ersten Tschechoslowakischen Republik im Europasystem der Pariser Vororteverträge. Hrsg. v. K. B o s l. München-Wien 1976, 235—252, hier 246 f.

<sup>32</sup> Vgl. den Bericht in: The Times v. 4. 10. 1935. — H o d ž a : Federation 1942, 107 f. Anm. 2.

<sup>33</sup> Die Römischen Protokolle v. 17. 3. 1934 dienten als Grundlage für den am 15. 5. 1934 zwischen Italien, Österreich u. Ungarn zustandekommenen Dreierpakt.

<sup>34</sup> H o d ž a : Články IV 1931, 391.

<sup>35</sup> Zitiert nach M a r e č e k, K.: Šťastnější Evropa v Hodžově plánu [Das glücklichere Mitteleuropa im Hodža-Plan]. Prag 1938, 20.

<sup>36</sup> Der vollständige Wortlaut des Vortrages veröffentlicht unter dem Titel: Agrární problém střední Evropy, VČAZ 12 (1936) 129—137.

<sup>37</sup> E b e n d a 137.

4. Die mittel- und osteuropäischen Staaten waren gegenüber Westeuropa hoch verschuldet. Sie hatten große Schwierigkeiten, ihren Verbindlichkeiten nachzukommen, weil ihre Goldreserven einen sehr niederen Stand und ihre Handels- und Zahlungsbilanzen kein kräftiges Aktivum aufwiesen. Deshalb der Antrag Hodžas, den Schuldnerstaaten durch Erhöhung der Ausfuhr, vornehmlich von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die Rückzahlung zu erleichtern. Diese Regelung sei, so meinte Hodža, im eigentlichsten Interesse Westeuropas. So könnte z. B. Großbritannien seine Weizeneinfuhr erhöhen, ohne die Verträge mit Übersee zu verletzen. Deutschland tätigte im Jahre 1933 92 v. H. seiner Weizeneinfuhr, Belgien 86 v. H., die Schweiz 79 v. H., die Niederlande 66 v. H. aus Übersee. Deshalb Hodžas Forderung, Westeuropa sollte sich bereit erklären, 15 Millionen Zentner, also bloß den zehnten Teil seiner gesamten Weizeneinfuhr, aus den Donaustaaten zu decken<sup>38</sup>.

Für Hodža war der schon erwähnte Kristallisationskorridor (Weichsel — Waag — mittlere Donau — Morava — Vardar Furche — Saloniki) nicht nur eine geographische, sondern auch eine zivilisatorische Scheide, wo sich traditionell Katholizismus und Orthodoxie, also Rom und Byzanz, durchdrangen<sup>39</sup>. Man kann sagen, daß Hodža die wirtschaftliche Komponente betonte, um seinen mitteleuropäischen Plänen eine Realisierungschance zu geben. Das schien ihm der leichtere Weg zu einer Verständigung zu sein, weil er die Widerstände, welche sich der Bildung einer politischen Gemeinschaft entgegenstellen würden, für bedeutend größer hielt. Das Bewußtsein der wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit und des Aufeinanderangewiesensein im mitteleuropäischen Raum hielt er für eine objektive Gegebenheit.

Mit diesen Überlegungen verfolgte er aber auch ein eminent politisches Ziel. Er wollte seinen Staat gegen international immer stärker werdende Gefährdung absichern und so eine Rückendeckung gegen das Dritte Reich aufbauen.

Den Prozeß der Annäherung zwischen den Staaten der Kleinen Entente und denen der Römischen Protokolle wollte Hodža unbedingt durch eine enge Zusammenarbeit mit Österreich beginnen, wofür folgende Gründe ausschlaggebend waren:

Zwischen beiden beiden Staaten bestanden vom Gesichtspunkt der internationalen Politik aus keine akuten Reibungsflächen. Beide Staaten waren nicht nur allein geographisch, sondern auch geschichtlich „stark exponierte Mittler zwischen Ost und West“<sup>40</sup>. Außerdem hoffte Hodža durch Vermittlung Österreichs zu einem Ausgleich mit Ungarn zu kommen, oder wenigstens das Klima zu dem südlichen Nachbarn zu verbessern.

Anläßlich eines inoffiziellen Besuchs des österreichischen Bundeskanzlers Kurt

<sup>38</sup> E b e n d a 132 f. — Vgl. H o d ž a : Články V 1933, 482 f.

<sup>39</sup> H o d ž a , M.: Kulturní a hospodářská střední Evropa [Das kulturelle u. wirtschaftliche Mitteleuropa]. VČAZ 12 (1936) 433—437, hier 434. — Teilweise wiedergegeben in: PrP Nr. 76 v. 16. 3. 1936.

<sup>40</sup> H o d ž a , M.: Geistiger Zusammenschluß zwischen Wien und Prag. Neues Wiener Journal Nr. 15 v. 30. 1. 1936, 157, Beilage: Die Tschechoslowakische Republik und Österreich.

von Schuschnigg (1897—1977) in Prag kam es zu einem umfassenden Gedanken-  
austausch zwischen ihm und Hodža <sup>41</sup>.

Nach der Behandlung einiger offener bilateraler Fragen erklärte Hodža, daß er  
eine Annäherung der Kleinen Entente an Österreich in die Wege leiten wolle.  
Schuschnigg wollte von einem Eintritt Österreichs in die Kleine Entente nichts  
wissen, war aber bereit, bilaterale Vereinbarungen mit der Tschechoslowakei zu  
treffen, die aber so abgestimmt werden müßten, daß sie Ungarn nicht als gegen sich  
gerichtet auffassen könne. Hodža zeigte Verständnis für den Standpunkt Schuschnigg's,  
vergaß jedoch nicht hervorzuheben, daß die Tschechoslowakei und Österreich  
in bezug auf Berlin gemeinsame, nahezu identische Interessen hätten. Ein Vertrag  
zwischen einem kleinen mitteleuropäischen Staat und der Großmacht Deutschland  
mußte nach Hodža notgedrungen eine *societas leonina* sein <sup>42</sup>.

Obwohl Hodža mehrere Male zu Schuschnigg nach Wien reiste <sup>43</sup>, gelang es ihm  
nicht, Österreich für seine Konzeption eines mitteleuropäischen wirtschaftlichen  
Zusammenschlusses zu gewinnen, noch dafür, daß es die Funktion einer Brücke  
zwischen den Staaten der Kleinen Entente und denen der Römischen Protokolle  
ausübte. Schuschnigg war durch die fehlende Zustimmung Mussolinis sowie durch  
den aufkommenden Einfluß der Nationalsozialisten in Österreich in seiner Ent-  
schlußfreiheit stark eingeschränkt.

Hodža hoffte bei der Lösung der mitteleuropäischen wirtschaftlichen Probleme  
auf die entscheidende Hilfe der Westmächte. In dem Bestreben, deren Zustimmung  
zu erlangen, führte er zwischen dem 8. und 15. Februar 1936 Gespräche mit den  
verantwortlichen französischen Politikern in Paris, wo er auf Einladung der fran-  
zösischen Regierung der Huldigungsfeier für T. G. Masaryk beiwohnte. Es handelte  
sich darum, die Einstellung Frankreichs zu seinen Plänen in Erfahrung zu bringen.  
Obwohl er von seinen Gesprächspartnern nur unverbindliche Zusagen <sup>44</sup> erhielt,  
zeigte er sich mit den Ergebnissen der Pariser Beratungen zufrieden. Der französi-  
sche Außenminister bemerkte in seinem Exposé vor dem Außenausschuß der Kam-  
mer kurzerhand, daß die Verhandlungen über die Regelung der Verhältnisse in  
Mitteleuropa fortgeschritten seien, ohne aber nähere Erläuterungen hinzuzufügen <sup>45</sup>.

Auch Hodža selbst wurde in seinem Optimismus gedämpft; er mußte feststellen,  
daß noch viele Fragen untersucht und zuerst die notwendigen Vorarbeiten geleistet  
werden müßten, um die auftauchenden Hindernisse zu beseitigen <sup>46</sup>. Anlässlich einer

<sup>41</sup> Schuschnigg hielt sich auf Einladung des Prager deutschen Industriellenklubs am 16. u.  
17. 1. 1936 in Prag auf.

<sup>42</sup> Aufzeichnung über die Unterredung Schuschnigg's mit Hodža. HHStA, NPA — Ge-  
sandschaft Prag K. 479, F. 488—501.

<sup>43</sup> Hodžas letzter Besuch in Wien am 27. 9. 1937 rief den Unwillen Berlins hervor, und  
die reichsdeutsche Propaganda beschuldigte Prag, Wien u. Paris eines Komplotts gegen  
das Dritte Reich. Vgl. K r o f t a, K.: Z dob naší první republiky [Aus der Zeit un-  
serer Ersten Republik]. Prag 1939, 142 f. — ADAP I, 254.

<sup>44</sup> Comment le Président du conseil tchécoslovaque voit la reconstruction de l'Europe Cen-  
trale. Figaro v. 12. 2. 1936. — Le séjour à Paris de M. Milan Hodža. Le Temps v.  
15. 2. 1936. PrP Nr. 43 u. 44 v. 13. u. 14. 2. 1936.

<sup>45</sup> PrP Nr. 43 v. 13. 2. 1936.

<sup>46</sup> Die Aktivbilanz des Besuches. PrP Nr. 44 v. 14. 2. 1936.

Begegnung mit den Mitgliedern der Prager Vereinigung der Auslandspresse erläuterte er, „daß eine bruske Wendung in der Handelspolitik praktisch nicht möglich wäre. Deshalb auch die Zurückhaltung in den Ländern des Westblocks“<sup>47</sup>.

Wie aus den Akten herorgeht, bestanden in Großbritannien ernste Vorbehalte gegen den Hodža-Plan. Der Wirtschaftsexperte des britischen Foreign Office, F. T. A. Ashton-Gwatkin (1889—1976), dem dieser Plan zur Begutachtung vorgelegt wurde, faßte die Einwände so zusammen: Auch wenn es sich bezüglich des Donauraums um einen Sonderfall handle, sei zu erwarten, daß der Board of Trade Einwände gegen die Bevorzugung tschechoslowakischer Waren sowie gegen Vorzugszölle für Italien und Deutschland vorbringen werde, und das „nicht nur aus rein wirtschaftlichen Gründen, sondern aus der Überlegung heraus, daß derartige Vereinbarungen dahin tendieren würden, regionale Zusammenschlüsse, die einer internationalen Grundlage des Handels entgegenstehen, zu verewigen“<sup>48</sup>.

Die offizielle Einstellung der britischen Regierung zum Hodža-Plan war ablehnend, weil ihrer Auffassung nach Mittel- und Südosteuropa in die Einflußsphäre Deutschlands gehörten. Großbritannien hatte kein Interesse daran, Deutschland von diesen Staaten zu entfernen oder es wirtschaftlich zu umzingeln<sup>49</sup>.

Kurze Zeit nach seiner Rückkehr aus Frankreich, besuchte Hodža Belgrad (21.—25. Februar 1936), um die jugoslawische Regierung u. a. genauer über seinen Plan zu unterrichten und ihre Zustimmung zu dessen Verwirklichung einzuholen. Anfang 1936 bestand bereits kein Zweifel mehr über den neuen Kurs der jugoslawischen Regierung, der sich unter Vorsitz von Milan Stojadinović (1888—1961) und des Prinzregenten Paul (1893—1976) in einer allmählich immer stärker werdenden wirtschaftlichen und letzten Endes auch politischen Zusammenarbeit mit dem Dritten Reich ausdrückte.

Hodžas Bemühungen brachten ein sehr kümmerliches Ergebnis. Das Versprechen der Jugoslawen, den von Hodža vorgelegten Plan in allen Einzelheiten zu prüfen, war an die Bedingung geknüpft, daß dieser weder gegen Deutschland noch gegen Italien gerichtete Tendenzen enthalten dürfe. Stojadinović und Hodža einigten sich bloß darauf, daß sich die Experten der Kleinen Entente treffen sollten, um einen konkreten Vorschlag zu unterbreiten, welcher als Basis für Verhandlungen mit den Staaten der Römischen Protokolle dienen sollte; ein genauer Termin wurde jedoch nicht festgelegt<sup>50</sup>.

<sup>47</sup> Geschlossen für die Bündnisse. PrP Nr. 292 v. 25. 10. 1936. — Unterredung des Sonderberichterstatters des Pariser Blattes *Ce Soir* mit Hodža. PrP Nr. 145 v. 29. 5. 1937.

<sup>48</sup> Public Record Office, Foreign Office (zitiert PRO-FO) 371/21139/30—32. — Vgl. Gruner, W.: „British Interest“ in der Zwischenkriegszeit. Aspekte britischer Europa-Politik 1918—1938. In: Gleichgewicht — Revision — Restauration 1976, 139—143.

<sup>49</sup> Antwort des Premierministers Neville Chamberlain (1869—1940) auf die Anfrage des Oppositionsführers Clement Attlee (1883—1967), zitiert nach: Der deutsche Volkswirt 1938, 232. — Vgl.: Reden Anthony Edens (1897—1977) vor der Imperial Conference v. 3. 6. 1937 u. in Leamington u. Bedford. PRO-FO 371/21139/166—167. — Krofta: Z dob naših prvih republiky 1939, 215, 223 f.

<sup>50</sup> Communiqué v. 23. 2. 1936 über das Ergebnis der Beratungen. Zahraniční politika 15 (1936) 165. — Bericht des ungarischen Gesandten in Belgrad an die Zentrale. Diplomáciai iratok Magyarország külpolitikájához 1936—1945. B. 1. A Berlin—Róma tengely kialakulása és Ausztria anejiója 1936—1938 [Diplomatische Akten zur un-

Der dritte im Bunde der Kleinen Entente, Rumänien, nahm dem Hodža-Plan gegenüber einen ähnlichen Standpunkt ein.

Hodža überreichte anlässlich seines Staatsbesuchs in Rumänien (Juni 1937) König Carol (1893—1953) und dem Ministerpräsidenten Gheorghe Tatarescu (1886—1957) eine Abschrift seines Planes.

Was die Einstellung der rumänischen Regierung betraf, so wurde klar, daß sie sich kaum aktiv engagieren würde. Man hielt die von Hodža beantragten Präferenzzölle für undurchführbar: Derartige Maßnahmen seien, selbst im Rahmen der Kleinen Entente, nicht zu realisieren, vor allem deswegen, weil die tschechoslowakischen Agrarier einer Erleichterung der Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten ihrer Verbündeten keine Zustimmung gäben.

Ungeachtet einiger Unstimmigkeiten, die in dem Verhältnis der Tschechoslowakei zu Deutschland entstanden, wiesen die beiderseitigen wirtschaftlichen Beziehungen einen steten Aufwärtstrend auf. An Bukarest richtete das Dritte Reich dieselbe Drohung wie an Jugoslawien. Der rumänische Gesandte in Berlin versicherte darauf am 24. Februar 1936 dem deutschen Außenminister, daß seine Regierung nicht die Absicht habe, einer Übereinkunft der Donauländer beizutreten, an der Deutschland nicht teilnehmen würde<sup>51</sup>.

Polen, mit dessen Mitarbeit Hodža vielleicht in einer fernerer Zukunft rechnete, stand seinem Plan abweisend gegenüber: erstens weil seine bilateralen Beziehungen zur Tschechoslowakei sehr belastet waren<sup>52</sup> und zweitens weil Polen im Hodža-Plan eine Gefährdung der eigenen Bemühungen zwecks Stärkung seiner internationalen Position sah. Unter dem Schlagwort „miedzymorze“ verfolgte Polen die Bildung eines Staatenblocks vom Baltischen bis zum Schwarzen Meer, selbstverständlich unter seiner Führung.

Hodža bezog Bulgarien in seinen von ihm auch Donaukonzeption bezeichneten Plan ein, denn dieses Land gehörte, seiner Auffassung nach, als Donaustaat zum mitteleuropäischen Wirtschaftssystem, da dessen handelspolitische Beziehungen vorwiegend nach Mitteleuropa und über Mitteleuropa hinaus orientiert waren<sup>53</sup>. Hodža informierte Bulgarien über seine Pläne und gab die Versicherung ab, daß selbst Rumänien keine Einwände vorbringen werde. Die bulgarischen offiziellen Stellen sahen zwar in wirtschaftlicher Hinsicht bestimmte Vorteile gegen die wachsende Monopolstellung Deutschlands im bulgarischen Außenhandel, aber aus Furcht vor Vergeltung seitens des Dritten Reiches hatte Bulgarien an der Verwirklichung

---

garischen Außenpolitik 1936—1945. Bd. 1: Entwicklung der Achse Berlin—Rom und die Annexion Österreichs]. Bd. 1. Budapest 1962, Dok. 57, 145—147.

<sup>51</sup> Bericht des österr. Gesandten in Bukarest an die Zentrale v. 17. 6. 1937. HHSStA, NPA — Tschechoslowakei K. 831, F. 106. — Documents on German Foreign Policy 1918—1945, Series C (zitiert DGFP, C) IV, Dok. 581, 1184. — Documents diplomatique français 2, I, Dok. 334, 335.

<sup>52</sup> Im Gespräch mit dem Sonderkorrespondenten des Pariser Petit Journal beantwortete Hodža die Frage nach den Beziehungen beider Länder als wenig hoffnungsträchtig. „Es liegt in der Logik der Geschichte, daß diese zwei Staaten wieder einmal einen praktischen Boden zur Zusammenarbeit finden“, fügte er bei. Abgedruckt in: PrP Nr. 60 v. 1. 3. 1937.

<sup>53</sup> Geschlossen für die Bündnisse. PrP Nr. 292 v. 25. 10. 1936.

des Planes kein Interesse mehr. Jedenfalls beeinflusste diese bedrohliche Lage die wirtschaftlichen Kontakte insofern, als sich Prag der Notwendigkeit bewußt wurde, Bulgarien bestimmte Vergünstigungen zuteil werden zu lassen<sup>54</sup>.

Hodža erklärte mehrmals, daß er Ungarn von einer mitteleuropäischen Zusammenarbeit nicht ausschließen wolle<sup>55</sup>. Im Hinblick auf die Einstellung der Agrarpartei, zu deren führenden Köpfen er selbst gehörte, war diese Äußerung sehr bemerkenswert, denn jede tschechoslowakische Anregung zur Verbesserung der Beziehungen zu Ungarn — mochte sie auch von noch so hoher Position, wie vom Präsidenten Masaryk selbst, ausgegangen sein — wurde von der Agrarpartei aufs heftigste bekämpft<sup>56</sup>. Der Protektionismus, die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse betreffend, den die Agrarpartei mit Verbissenheit verteidigte, wurde so stark, daß es ab 16. Dezember 1930 zum vertragslosen Zustand mit Ungarn kam<sup>57</sup>. Schuschniggs Besuch in Prag und die darauffolgenden Aktivitäten Hodžas riefen den Unwillen Ungarns hervor. Am 21. Januar 1936 empfing Schuschnigg den ungarischen Gesandten in Wien, um ihm erneut zu bestätigen, daß Hodža den Wunsch nach einer wirtschaftlichen Annäherung der Donaustaaten geäußert habe und daß ihm besonders an einem wirtschaftlichen Abkommen mit Ungarn sehr gelegen sei<sup>58</sup>.

Jeder Versuch einer wirtschaftlichen Verständigung beider Länder mißlang, weil in Prag wie in Budapest die Frage in erster Linie vom politischen Standpunkt aus beurteilt wurde. Ungarn hatte zum Hodža-Plan a priori eine negative Einstellung, ganz abgesehen davon, daß es von Anfang an das Sprachrohr des Dritten Reiches und Italiens war, um jeden Schritt zu vereiteln, der in irgendeiner Weise den Status quo und die Hegemonie Frankreichs in dieser Region festigen könnte<sup>59</sup>. Ungarn machte alles von der Revision des Trianoner Friedensvertrages abhängig. Eine politische Annäherung war für den ungarischen Außenminister Koloman Kánya unmöglich. „Man kann von einem Staat, der auf Grund des Friedensvertrages fast drei Viertel seines Territoriums verloren hat, nicht verlangen, daß er die Vergangenheit mit dem Schleier der Vergessenheit verhüllt und mit den einzelnen Nachbarn aufrichtig zusammenarbeitet“<sup>60</sup>.

Die Tschechoslowakei wiederum, die naturgemäß die bestehenden Verträge zu verteidigen trachtete, war Ungarn gegenüber mißtrauisch, dessen extreme Revisions-

<sup>54</sup> Dějiny československo-bulharských vztahů [Die Entwicklung der tschechosl.-bulgarischen Beziehungen]. Prag 1980, 316. — H o d ž a : Federation 1942, 134.

<sup>55</sup> H o d ž a , M.: Aktive Donaupolitik. Wiener Wirtschafts-Woche Nr. 7 v. 19. 2. 1936. — Unterredung mit Schuschnigg am 17. 1. 1936. HHStA, NPA — Gesandtschaft Prag K. 479, F. 491.

<sup>56</sup> So z. B. torpedierte die Agrarpartei den von Beneš angeregten engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß zwischen Österreich und der Tschechoslowakei und Ungarn.

<sup>57</sup> H a n t o s : Der Weg zum neuen Mitteleuropa 1933, 40.

<sup>58</sup> Dipl. iratok I 1962, Dok. 13, 87.

<sup>59</sup> Aufzeichnung über die Beratungen der österreichischen und ungarischen Politiker am 13. u. 14. 3. 1936. Allianz Hitler—Horthy—Mussolini. Dokumente zur ungarischen Außenpolitik (1933—1944). Red. v. L. K e r e k e s. Budapest 1960, Dok. 9, 121.

<sup>60</sup> Unterredung Kányas mit dem Budapester Gesandten Großbritanniens am 4. 3. 1936. Dipl. iratok I 1962, Dok. 59, 148—150.

bestrebungen nicht grundlos Beunruhigung hervorriefen. Hodža war sich bewußt, daß mit der Mentalität Ungarns gerechnet werden mußte; deshalb wollte er geduldig und mit Ausdauer warten, bis die psychologischen Hindernisse aus dem Weg geschafft waren. Durch einen vorübergehenden Mißerfolg wollte er sich nicht abschrecken lassen<sup>61</sup>.

Eine der entscheidenden Voraussetzungen, Hodžas Ziel näher zu kommen, war das Einverständnis Italiens, daher bemühte er sich vielfach, die Zustimmung Benito Mussolinis (1883—1945) zu erlangen. In einem Interview erklärte er dem Berichterstatter des italienischen „Corriere della Sera“, daß er Italien eine Lösung des Konfliktes mit Äthiopien wünschte, die seiner Vergangenheit würdig wäre, so daß es zu seiner großen Sendung zurückkehren könne. Unter dem Begriff der „großen Sendung“ verstand er das aktive Interesse Italiens an Mitteleuropa, „wo wir seine Aufgabe als unerlässlich betrachten“<sup>62</sup>, um Deutschlands Einfluß in dieser Region einzudämmen.

In einem Gespräch mit dem italienischen Gesandten in Prag versicherte er nochmals, daß die künftige mitteleuropäische Kooperation gegen niemanden, und vor allem nicht gegen Italien, gerichtet sei. Mussolini, dem davon berichtet wurde, ließ Hodža wissen, daß der Konflikt mit Äthiopien im Moment seine ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nehme<sup>63</sup>.

Ungeachtet gewisser Versprechungen stieß Hodžas Vorhaben auf Mussolinis entschiedenen Widerstand<sup>64</sup>. Er bestand darauf, daß Italiens Stellung in den Donaufstaaten nicht gefährdet werden dürfe. Obwohl sich nach Hodžas Konzeption die Absatzmärkte für die italienische Industrie erweitert hätten, sollte doch der Hodža-Plan gleichzeitig der tschechoslowakischen Industrie diejenigen Märkte öffnen, welche sich Italien durch die Römischen Protokolle sicherte.

Das Dritte Reich hatte ebenso wie Italien von Anfang an für den Hodža-Plan nicht viel übrig, weil es um seine wichtigen Interessen im Donaauraum fürchtete. Wie schon erwähnt, übte es auf die Donauländer starken Druck aus und überschüttete diese mit massiven Drohungen<sup>65</sup>. Die deutschen diplomatischen Vertreter in Prag und Wien legten sogar gegen das Zustandekommen des tschechoslowakisch-österreichischen Handelsvertrages scharfen Protest ein.

Hodža wiederholte stets die Forderung, den Aufbau des neuen Mitteleuropa ohne Deutschland zu verwirklichen, „denn weder die wirtschaftlich-politischen, noch

<sup>61</sup> Rede Hodžas anlässlich der Grundsteinlegung zum Denkmal für den ungarischen Schriftsteller M. Jókai in Komárno (Südslowakei). PrP Nr. 170 v. 22. 6. 1937.

<sup>62</sup> *Zahraniční politika* 15 (1936) 131.

<sup>63</sup> H o d ž a, M.: Aktive Donaupolitik. Wiener Wirtschafts-Woche Nr. 7 v. 19. 2. 1936. — Vgl. Bericht des Prager ungarischen Gesandten an die Zentrale über die Unterredung mit seinem italienischen Kollegen v. 20. 2. 1936. Dipl. iratok I 1962, Dok. 44, 129—131. — Aufzeichnung über die Unterredung Schuschniggs mit Hodža v. 17. 1. 1936. HHSStA, NPA — Gesandtschaft Prag K. 479, F. 498—99.

<sup>64</sup> Mussolini sprach über diese Frage im Ministerrat in aller Deutlichkeit: „Es erübrigt sich zu wiederholen, daß eine kollektive Regelung im Donaauraum nicht ohne uns erfolgen kann und daß unsere Interessen und jene der mit uns verbündeten Staaten nicht ignoriert werden können.“ Kundgebung Mussolinis. PrP Nr. 64 v. 4. 3. 1936.

<sup>65</sup> DGFP, C, IV, Dok. 558, 1130.

namentlich die national-politischen Gründe sind solcher Art, daß wir eine mitteleuropäische Organisation mit deutscher Hegemonie annehmen könnten“<sup>66</sup>. Auch bilaterale Abmachungen mit Deutschland lehnte er als nicht wünschenswert ab, solange die Tschechoslowakei nicht Mitglied eines Systems sei, das ihre Interessen zu sichern vermöchte<sup>67</sup>.

Als Hodža wahrnahm, daß sich der Unwillen der offiziellen deutschen Stellen immer stärker artikulierte, moderierte er seine diesbezüglichen Ansichten und erklärte, daß die Tschechoslowakei nicht gegen, sondern neben Deutschland arbeiten wolle. So äußerte er sich dem diplomatischen Korrespondenten der „Agence Havas“ gegenüber: „Es wäre ein schwerwiegender Irrtum, wenn man in Deutschland bezüglich der Versuche, die Organisation der Donaustaaten auszubauen, glauben würde, daß sie gegen Deutschland gerichtet seien, oder wenn ein solcher Plan etwa Anlaß zu derartigen Auslegungen bieten würde“<sup>68</sup>.

Die Mehrzahl der einheimischen führenden Politiker hatte am Hodža-Plan ebenfalls keinen großen Gefallen gefunden. Die Vertreter der „Burg“ verfolgten Hodžas Aktivitäten seiner persönlichen Ambitionen wegen mit Sorge und Argwohn, hauptsächlich deshalb, weil die Kleine Entente durch sein Projekt teilweise auf ein Nebengeleise geriet. Beneš hatte sich sehr distanziert und kühl verhalten. Im Gespräch mit dem sowjetischen diplomatischen Vertreter in Prag bezeichnete er diese Pläne als unseriös und Hodža als sehr geschwätzig. Das Problem Mitteleuropa habe keine eigenständige Bedeutung. Es ist, so gibt der Diplomat die Ansicht Benešs wieder, „einfach leichtfertig, sich vorzustellen, daß man unter den gegebenen Verhältnissen die Frage Mitteleuropas von derjenigen des übrigen Europa gesondert behandelt und diese allein löst“<sup>69</sup>.

Hodža fand für seine Pläne auch bei seiner eigenen Agrarpartei, die eine stärkere Beteiligung der Donaustaaten am tschechoslowakischen Außenhandel strikt ablehnte, weder Begeisterung noch Unterstützung. Das durch sie erkämpfte Getreidemonopol blockierte den Zutritt dieser Länder zum tschechoslowakischen Markt.

Nur Karel Kramář (1860—1937) drückte seine Befriedigung mit den Worten aus, daß Hodža „gottlob der zynischen Suggestion des bolschewistischen Feldzuges gegen die faschistische Diktatur nicht unterlegen ist“<sup>70</sup>.

<sup>66</sup> Vortrag Hodžas vor den Akademikern der Agrarpartei in Brünn am 28. 5. 1931. Hodža : Články IV 1931, 430. — Vortrag Hodžas vor der Handels- und Gewerkekammer in Brünn am 5. 3. 1931. E b e n d a 377 f. — Unterredung Schuschniggs mit Hodža am 17. 1. 1936. — Gespräch des Prager deutschen Gesandten mit Hodža. Bericht an die Zentrale v. 7. 2. 1936. PA, AA — Polit. Abt. II b. Tschechoslowakei Po 7. E. 642564.

<sup>67</sup> Unterredung Schuschniggs mit Hodža am 17. 1. 1936. — O československé zahraniční politice v letech 1918—1939. Sborník statí [Über die tschechosl. Außenpolitik 1918—1939. Sammelband von Abhandlungen]. Prag 1956, 298.

<sup>68</sup> PrP Nr. 44 v. 14. 2. 1936. — Vgl.: Rede Hodžas auf der Generalversammlung der Tschechosl. landwirtschaftlichen Akademie am 7. 3. 1937. VČAZ 13 (1937) 154. — PrP Nr. 68 v. 9. 3. 1937, 3.

<sup>69</sup> Bericht des Prager dipl. Vertreters an die Zentrale v. 14. 2. 1936. Dokumenty a materiály k dějinám československo-sovětských vztahů III 1979, Dok. 135, 250—253; Dok. 175, 305 f.

<sup>70</sup> Národní listy v. 8. 3. 1936.

Die tschechoslowakische Industrie stimmte zwar den Bestrebungen nach Schaffung vergrößerter Wirtschaftsräume grundsätzlich zu, „jedoch nur insoweit, als durch derartige Maßnahmen die Tschechoslowakei nicht der sich aus der Meistbegünstigung ergebenden Vorteile im Hinblick auf die übrigen europäischen und überseeischen Staaten verlustig gehe“<sup>71</sup>. Das außenpolitische Ziel der sudetendeutschen Politiker lag in der Zusammenarbeit aller mitteleuropäischen Staaten unter Einbeziehung Deutschlands in einer Zoll- und Wirtschaftsgemeinschaft und in der Abkehr vom damaligen System der Militärbündnisse, die einen ständigen Unruhe- und Gefahrenherd für das friedliche wirtschaftliche Nebeneinander der Völker Mitteleuropas bildeten<sup>72</sup>.

Wie der sudetendeutsche Abgeordnete Franz Bacher (1884—1944), Vertreter der Deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft, zum Ausdruck brachte, war mit der Wende in der Politik des Dritten Reiches auch die Konzeption des neuen Mitteleuropas, die den Kernpunkt der sudetendeutschen Außenpolitik bildete, verdrängt worden<sup>73</sup>. Die Einstellung der sudetendeutschen politischen Parteien zum Hodža-Plan war nicht einheitlich. Die sudetendeutschen Agrarier (Bund der Landwirte) und die Christlichsozialen waren bereit, Hodža zu unterstützen, weil sein Plan ihren außenpolitischen Vorstellungen nicht widersprach. Franz Spina (1868—1938), tschechoslowakischer Minister und führende Persönlichkeit des Bundes der Landwirte, schrieb dem Hodža-Plan historische Bedeutung zu<sup>74</sup>.

Erwin Zajicek (1890—1976) stellte fest, daß Hodža, ein Mann von Weitblick, unermüdlich für ein neues Mitteleuropa werbe<sup>75</sup>.

Robert Mayr-Harting (1874—1948), Minister und führender christlich-sozialer Politiker, war von der Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Organisation der Donauländer fest überzeugt und stellte weiter fest, daß gerade die Tschechoslowakei als Exportstaat an der Realisierung dieses wichtigen Konzepts ein besonderes Interesse haben sollte. Es vertrat jedoch die Meinung, daß diese Frage nicht ohne Zusammenarbeit mit den beiden Großmächten, deren politische und wirtschaftliche Interessensphäre sich in die Donauländer erstreckte, nämlich Deutschland und Italien, zu lösen sei. Zugleich war er sich der großen Schwierigkeiten bewußt, die sich der Lösung dieses Problems in den Weg stellten, doch „die tschechoslowakische Außenpolitik hat hier eine große und verantwortungsvolle Aufgabe, um die anhaltenden Gegensätze überbrücken und ausgleichen zu helfen“<sup>76</sup>.

<sup>71</sup> Janovský, K.: Die tschechoslowakische Industrie und die südosteuropäischen Agrarblöcke. Der österreichische Volkswirt v. 20. 12. 1930, 323.

<sup>72</sup> Rede des sudetendeutschen Nationalsozialisten Rudolf Jung (1882—1945). Stenogr. Berichte über die 241. Sitzung d. AbgH v. 1. 2. 1933, 121. — Vgl. Jesser, F.: Probleme der Schutzarbeit. Altvaterbote 8 (1931) 170. — Senator Franz Jessers Rückblick auf die sudetendeutsche Politik. Der Weg 4 (1932) 580—584, hier 583.

<sup>73</sup> Prager Tagblatt Nr. 230 v. 2. 10. 1934.

<sup>74</sup> Spina, F.: Hodža jako politik a státník [H. als Politiker u. Staatsmann]. VČAZ 14 (1938) 136 f.

<sup>75</sup> Vortrag in d. Gesellschaft für Außenpolitik in Wien am 28. 4. 1937. PrP Nr. 118 v. 29. 4. 1937.

<sup>76</sup> Němci v Československé republice o sobě [Die Deutschen in der Tschechosl. Republik über sich]. Prag 1937, 31 f.

Der sudetendeutsche Sozialdemokrat Wenzel Jaksch (1896—1966) stimmte dem Hodža-Plan insofern zu, als er ein von Berlin beherrschtes Mitteleuropa unmöglich machen würde. „Daher sei auch vom deutschen demokratischen Standpunkt aus die Schaffung eines *wirtschaftlichen Donaubundes* vorzuziehen, der den europäischen Großmächten als gleichberechtigter Partner gegenüberstehen kann“<sup>77</sup>.

Die Koalitionspartner haben Hodža gegenüber den Vorwurf erhoben, daß sein starkes Engagement in der Außenpolitik erhebliche Verzögerungen bei der Lösung innenpolitischer Fragen, die keinen Aufschub duldeten, verursachte<sup>78</sup>. Einerseits übte man im Beamtenstab des Außenministeriums Kritik an seiner außenpolitischen Unerfahrenheit und seiner etwas sprunghaften Art, andererseits klagte der faktische Leiter des Außenressorts Kamil Krofta (1876—1945), daß sich Hodža aufgrund seiner starken Inanspruchnahme durch die Innenpolitik nicht genügend um die Außenpolitik kümmere<sup>79</sup>.

Zuletzt mußte Hodža selbst einsehen, daß die doppelte Belastung durch das Amt des Ministerpräsidenten und das des Leiters des Außenministeriums eine Überforderung darstellte. Auf eigenen Wunsch enthob ihn der Staatspräsident am 29. Februar 1936 seiner Funktion als Außenminister und ernannte Krofta zu seinem Nachfolger<sup>80</sup>.

Von der Idee her war Hodžas Konzeption der erste Versuch seitens der Kleinen Entente, ohne politische Vorbedingungen auf rein wirtschaftlicher Ebene eine enge Zusammenarbeit vorerst der Staaten der Kleinen Entente mit Österreich und Ungarn, möglicherweise auch mit Bulgarien, mit dem Ziel anzustreben, „to create one single great economic unit in Central Europe“<sup>81</sup>. Auf dieser Grundlage wäre nicht mehr jeder einzelne Staat dieser Gemeinschaft von einer großen Wirtschaftsmacht, nämlich insbesondere von Deutschland, abhängig — so die Vorstellung Hodžas —, sondern hätte als Mitglied einer starken Wirtschaftsgruppe, die alle Verhandlungen mit Drittländern führen würde, eine stabile Position erlangen können<sup>82</sup>.

Die Auffassung, daß Mitteleuropa nur auf wirtschaftlicher Grundlage gestärkt werden könnte, weil auf diesem Gebiet Gemeinsamkeiten vorhanden waren und die wirtschaftliche Krise Sieger und Besiegte auf einen gemeinsamen Nenner brachte, schien theoretisch einleuchtend, aber die Wirklichkeit sah ganz anders aus. Anfang 1936 waren die wirtschaftlichen und politischen Positionen des Dritten Reiches in den Donauländern so stark, daß die Konzeption eines Blockes der sechs erwähnten Staaten, die als gleichwertige Partner mit Deutschland zusammenarbeiten und zugleich als Konkurrenten auftreten sollten, als illusorisch betrachtet werden mußte.

<sup>77</sup> Vortrag in der Sommerschule für das Studium mitteleuropäischer Fragen in Tatranská Lomnica (Slowakei) am 20. 8. 1937. PrP Nr. 288 v. 21. 8. 1937.

<sup>78</sup> Nová Doba (Pilsen) Nr. 54 v. 23. 2. 1936.

<sup>79</sup> Bericht des Prager österreichischen Gesandten über die Unterredung mit Krofta an die Zentrale v. 30. 12. 1935. HHStA, NPA — Gesandtschaft Prag K. 831, F. 3—6, hier 5.

<sup>80</sup> PrP Nr. 60 v. 29. 2. 1936. — Stenogr. Berichte über die 31. Sitzung d. AbgH v. 5. 3. 1936, 4.

<sup>81</sup> Hodža : Federation 1942, 133.

<sup>82</sup> Hodža, M.: Planmäßiger Aufbau. PrP Nr. 23 v. 24. 1. 1936. — Das Ergebnis von Paris. PrP Nr. 45 v. 15. 2. 1936.

Das Scheitern des Hodža-Planes kündigte sich bereits bei seinem ersten Schritt auf dem Wege zur Realisierung an. Die bilaterale Kontaktaufnahme zwischen der Tschechoslowakei und Österreich, der Schlüssel zur weiteren Ausdehnung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in dieser Region, fand in keinem der beiden Blöcke, der Kleinen Entente und der Römischen Protokolle, Zustimmung.

## Beilage

Tabelle 1: Anteil Deutschlands an der Ein- und Ausfuhr in die Donauländer in Prozent

Staat	A. Einfuhr							
	1929	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937
Bulgarien	22,2	23,3	25,9	38,2	40,1	53,5	61,6	54,8
Jugoslawien	15,6	19,3	17,7	13,2	13,9	16,2	26,8	32,8
Rumänien	24,1	29,6	23,7	18,6	15,5	24,4	37,0	29,8
Ungarn	20,0	24,4	22,4	19,7	18,3	22,6	25,8	26,2
Österreich	20,8	21,9	20,0	18,7	17,1	17,4	16,9	16,3
Staat	B. Ausfuhr							
	1929	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937
Bulgarien	29,9	29,5	26,0	36,0	42,7	48,0	47,9	43,1
Jugoslawien	8,5	11,3	11,3	13,9	15,4	18,7	23,7	21,7
Rumänien	27,6	11,5	12,3	10,6	16,6	16,5	23,7	20,1
Ungarn	11,7	12,7	14,8	11,2	22,2	23,9	23,1	24,1
Österreich	15,7	15,6	16,5	15,1	15,8	16,2	16,1	14,9

Tabelle 2: Anteil der Tschechoslowakei an der Ein- und Ausfuhr in die Donauländer in Prozent

Staat	A. Einfuhr							
	1929	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937
Bulgarien	9,0	9,3	8,4	4,8	3,8	9,8	3,9	2,6
Jugoslawien	17,5	18,2	15,6	12,1	11,7	14,0	15,4	11,1
Rumänien	13,6	12,2	12,3	9,8	9,9	10,3	11,5	10,1
Ungarn	21,5	9,1	10,3	10,1	7,0	4,8	5,1	6,2
Österreich	18,1	16,9	15,3	13,7	13,7	12,8	11,4	11,0
Staat	B. Ausfuhr							
	1929	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937
Bulgarien	4,8	4,6	3,1	3,5	3,6	6,9	3,3	5,6
Jugoslawien	5,4	15,5	13,2	10,8	11,3	13,4	12,3	7,9
Rumänien	6,2	7,0	7,0	4,8	5,4	5,9	7,0	8,4
Ungarn	16,4	4,2	6,8	7,3	5,0	4,5	4,0	3,5
Österreich	13,5	11,6	10,6	7,8	7,4	7,3	7,3	7,1 <sup>82</sup>

DIE BRITISCHE LABOUR PARTY UND DIE  
SOZIALISTISCHEN PARTEIEN OSTMITTELEUROPAS  
1944 — 1948

Von Peter Heumos

Der vorliegende Bericht soll in knapper, auf die wesentlichen Fragestellungen beschränkter Form einige Forschungsergebnisse zu den Beziehungen zwischen der britischen Labour Party und den sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien Ostmitteleuropas 1944—1948 zusammenfassen; von diesen werden hier nur die Polnische Sozialistische Partei (PPS), die Sozialdemokratische Partei Ungarns und die Tschechoslowakische Sozialdemokratische Partei berücksichtigt<sup>1</sup>.

I

Es ist oft betont worden, daß die Außenpolitik der Labour-Regierung nach 1945 ein hohes Maß an Kontinuität mit der Außenpolitik der Konservativen Partei wahrte, personell und in der Sache; zu dieser gehörte eine traditionell antisowjetische Orientierung, die in den Leitvorstellungen Bevins ebenso großes Gewicht gehabt habe wie in den Strategien des Foreign Office vor 1939 und während des Zweiten Weltkrieges<sup>2</sup>. Angesichts dieser Einschätzung fällt auf, daß selbst Spezialstudien zur Europapolitik von Labour in den ersten Nachkriegsjahren<sup>3</sup> keinen Versuch unternahmen, die These von der prinzipiell antisowjetischen Fundierung britischer Außenpolitik an einem territorialen Bereich zu exemplifizieren, der hierfür besonders geeignet erscheint: Ostmitteleuropa, an der Nahtstelle zwischen Ost und West, nahm eben deshalb in der Bewegungsmechanik des Kalten Krieges und im Tauziehen der Großmächte um territoriale Einflußsicherung einen herausragenden Platz ein<sup>4</sup>. Hier müßte sich nicht nur die Reichweite der vermuteten antisowjetischen Eindämmungsstrategie der Labour-Regierung und damit das Ausmaß des „British Interest“ in Europa nach 1945 zeigen lassen; zu erwarten wäre darüber hinaus eine

<sup>1</sup> Das in dieser Zusammenfassung nur in einem kleinen Ausschnitt vorgestellte Quellenmaterial konnte während eines mehrwöchigen Forschungsaufenthalts in London im April und November/Dezember 1981 gesammelt werden. Für die Förderung des Projekts durch den Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen sei hier nochmals gedankt.

<sup>2</sup> Wagnleitner, R.: Die Kontinuität der britischen Außenpolitik nach dem Wahlsieg der Labour Party im Juli 1945. *Zeitgeschichte* 5 (1977/78) 273 ff.

<sup>3</sup> Lipgens, W.: Labour und Europa 1945/46. In: *Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt.* Hrsg. v. U. Engelhardt u. a. Stuttgart 1976, 713 ff.

<sup>4</sup> In der Frage, wann dieses Tauziehen begonnen habe, gehen die Meinungen weit auseinander. Einen sehr frühen Beginn nimmt an Davis, L.: *The Cold War begins. Soviet-American Conflict over Eastern Europe.* Princeton 1974.

inhaltliche Präzisierung von „antisowjetisch“ bzw. „antikommunistisch“, und zwar insofern, als sich die ostmitteleuropäischen Staaten im Zuge ihrer antikapitalistischen Strukturreformen nach 1945 wesentlich weiter von bürgerlich-demokratischen Systemen entfernt hatten als das westliche Europa, das britische Engagement in Ostmitteleuropa daher auch Auskunft darüber geben könnte, was die Labour Party mit ihrer eigenen Sozialismus-Konzeption noch oder nicht mehr für vereinbar hielt.

Es mag sein, daß die Ostmitteleuropa-Politik der Labour-Regierung in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg bisher auch deshalb nicht ins Blickfeld geraten ist, weil sie — wie die der französischen Regierung — in diesem Teil Europas im Schatten der amerikanischen Politik stand, obwohl Ostmitteleuropa aus der Sicht des State Department an der Peripherie amerikanischer Weltpolitik lag und ein Gebiet „not of essential interest“ darstellte<sup>5</sup>. In jedem Falle waren die Möglichkeiten der britischen Politik — gemessen an den amerikanischen — von vornherein beschränkt: Die schwierige wirtschaftliche Lage Großbritanniens nach dem Kriege<sup>6</sup> erlaubte es nicht, oder nur in sehr geringem Maße, die Außenpolitik auf ein vergleichbares ökonomisches und speziell außenwirtschaftliches Potential zu stützen und ihr dadurch größeres Gewicht zu verschaffen<sup>7</sup>.

Daß die Labour-Regierung nach 1945 den eingefahrenen Bahnen und konventionellen diplomatischen Handlungsmustern britischer Außenpolitik folgte, bedeutete auch den weitgehenden Verzicht auf den im Wahlkampf 1945 zu einem wesentlichen Programmpunkt künftiger Labour-Politik stilisierten sozialistischen Charakter der äußeren Politik; Bevin selbst hat das schon im August 1945 unumwunden festgestellt<sup>8</sup>.

Was für die Aktionsebene von Labour-Regierung und Foreign Office zutraf, galt jedoch nicht für die Ebene der internationalen Beziehungen der Labour Party, die über das National Executive Committee und das International Sub-Committee der Partei organisiert wurden. Hier war das zentrale Problem der Versuch, die internationale Gemeinschaft der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien, die Sozialistische Internationale, wiederaufzubauen; dabei kam der Labour Party als Partei von großem internationalem Gewicht, die als einzige europäische Arbeiterpartei während des Krieges intakt geblieben war, eine Schlüsselfunktion zu<sup>9</sup>. Angesichts der Dominanz, die der politischen Linken in Europa nach der Niederwerfung des Faschismus zugefallen war, stellte sich in diesem Zusammenhang auch die Frage nach einer sozialistisch begründeten Außenpolitik in europäischem Maßstab<sup>10</sup>.

<sup>5</sup> Dies die Quintessenz von Lundestad, G.: *The American Non-Policy towards Eastern Europe 1943—1947*. Oslo-New York 1975.

<sup>6</sup> Vgl. Herring, G.: *The United States and British Bankruptcy, 1944—1945*. *Political Science Quarterly* 86 (1971) 260 ff.

<sup>7</sup> Für die Tschechoslowakei hierzu Ullmann, W.: *The United States in Prague, 1945—1948*. New York 1978, 36, 38, 45.

<sup>8</sup> Wagleitner 1977/78, 278.

<sup>9</sup> Steininger, R.: *Deutschland und die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg*. Bonn 1979, 2 (Archiv für Sozialgeschichte. Beiheft 7).

<sup>10</sup> Vgl. Healey, D.: *The International Socialist Conference 1946—1950*. *International Affairs* 26 (1950) 363 ff.

Es ist müßig darüber zu streiten, ob die internationale Politik auf Parteiebene unter „Außenpolitik“ subsumiert werden kann. Faktisch ist auf dieser Ebene von führenden Funktionären der Labour Party Außenpolitik betrieben worden, obwohl die Labour-Regierung für diesen Bereich ausschließliche Kompetenz beanspruchte; das zeigt u. a. ein Brief Attlees an Laski vom 20. August 1945, in dem der Premier den Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Partei nachdrücklich darauf hinwies, er habe „no right whatever to speak on behalf of the Government. Foreign Affairs are in the capable hands of Ernest Bevin“<sup>11</sup>. Andererseits ließ sich Healey, der das International Sub-Committee leitete, vor offiziellen Reisen ins Ausland vom Foreign Office stets über die Sprachregelungen zu aktuellen Problemen der internationalen Politik unterrichten<sup>12</sup>. In bezug auf Ostmitteleuropa unterschieden sich die Einschätzungen auf beiden Ebenen der Außenpolitik offenbar von Anfang an. Während zumindest der mittlere Apparat des Foreign Office spätestens seit 1946 auch nichtkommunistische Kräfte und politische Bewegungen in Ostmitteleuropa nur noch in der „Iron Curtain“-Perspektive wahrnahm<sup>13</sup> und jede nicht eindeutig antikommunistische Orientierung als „well sold to the Communists“ abqualifizierte<sup>14</sup>, verfolgte die Labour Party gegenüber den sozialistischen Parteien Ostmitteleuropas eine Strategie, die den komplizierten politischen Bedingungen in diesem Raum doch eher Rechnung trug.

## II

Das im März 1945 auf einer internationalen sozialistischen Konferenz in London vorgelegte Programm der Labour Party zum „International Post-War-Settlement“<sup>15</sup> und die von der Konferenz verabschiedete Deklaration<sup>16</sup> sind in mehrfacher Hinsicht charakteristisch für die Situation der internationalen sozialistischen Bewegung am Vorabend des Sieges über den Faschismus; innerhalb dieses größeren Rahmens verwiesen sie auch auf die spezielle Problematik der osteuropäischen Sozialisten, von denen in London die PPS, die Tschechoslowakische Sozialdemokratische Arbeiterpartei und der polnisch-jüdische Bund vertreten waren<sup>17</sup>.

Insbesondere die Überlegungen zum Post-War Settlement sind geprägt von der allgemeinen Erwartung des bevorstehenden sozialistischen Aufbaus und zugleich der völligen inhaltlichen Unbestimmtheit des Begriffs „Sozialismus“. Dieser erscheint vor allem in loser Assoziation mit Vorstellungen über Weltfrieden, weltweite wirtschaftliche Kooperation, allgemeine Abrüstung und internationale politi-

<sup>11</sup> Zit. nach Williams, F.: A Prime Minister remembers. London 1961, 169.

<sup>12</sup> PRO London. FO 371 — 67169. R 310/11/21.

<sup>13</sup> PRO London. FO 371 — 56707. N 15502/—/55.

<sup>14</sup> PRO London. FO 371 — 59007. R 10026/256/21.

<sup>15</sup> LPA London. International Department. LSI 27/5/9. Es handelt sich dabei um die erweiterte Fassung eines Programms, das zuvor auch in den in London exilierten Sozialistengruppen diskutiert worden war; eine erste Fassung lag der Jahreskonferenz der Labour Party im Frühsommer 1944 vor.

<sup>16</sup> Declaration issued by the Conference of European Socialist Parties, held in London, 3rd, 4th, 5th March, 1945. LPA London. Internat. Dpt. LSI 27/2.

<sup>17</sup> Steinger 1979, 40.

sche Zusammenarbeit. Diese Perspektive wurde zwar von der europäischen Linken nach 1945 weithin geteilt<sup>18</sup>, dürfte aber besonders für die sozialistischen Gruppen typisch gewesen sein, die — wie die meisten Teilnehmer der Londoner Konferenz — den Krieg im Exil verbracht hatten: Ohne direkte Teilhabe an den Erfahrungen der Massen in Faschismus und Krieg, ihrer Basis in den Heimatländern unsicher und daher oft mit vagen Einheitspartei- oder Volksfrontkonzeptionen operierend, wie u. a. die tschechoslowakische Sozialdemokratie<sup>19</sup>, lag für diese parteipolitischen Eliten der Versuch nahe, ihren Führungsanspruch und ihre Legitimation auf Rückversicherungen im internationalen Raum zu gründen; zu den Kristallisationspunkten dieser Rückversicherung zählten insbesondere UNRRA, Dumbarton Oaks, Bretton Woods und die Atlantik-Charta — Organisationen und Namen für globale Ordnungsprinzipien, mit denen sich vage Annahmen über die Möglichkeit sozialistischer Weltpolitik verknüpften<sup>20</sup>.

Es ist kein Zufall, daß derartige Tendenzen bei den ostmitteleuropäischen Sozialisten am stärksten zutage traten, wie das Memorandum des tschechoslowakischen Sozialdemokraten Bělina zeigt, das dieser in die Londoner Konferenz einbrachte<sup>21</sup>. Bělinas Plädoyer für die feste Einbeziehung der Tschechoslowakei in einen gesamt-europäischen und weltweiten Wirtschaftszusammenhang, für die Stärkung der Kompetenzen der UNO, für die Errichtung und den Ausbau von Organisationen zur internationalen Regelung der Rohstoff- und Nahrungsmittelverteilung, und sein dringender Aufruf zur engen politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Großmächte machen überaus klar, daß die ostmitteleuropäischen Sozialisten die europäische Nachkriegsordnung in erster Linie unter dem Aspekt kollektiver Sicherheit begriffen, die — vor allen Überlegungen zur gesellschaftlichen Neuordnung nach der faschistischen Periode — als entscheidende Voraussetzung für die eigene unabhängige staatlich-nationale Existenz angesehen wurde. Die künftige internationale Stellung der Tschechoslowakei, so erklärte Nečas im Dezember 1943 für die tschechoslowakischen Sozialdemokraten im Londoner Exil, „must be founded on the basis of collective security“<sup>22</sup>.

Diese Forderungen kamen nicht nur aus den jüngsten Erfahrungen der faschistischen Aggression, sondern auch aus Befürchtungen hinsichtlich des im weiteren Kriegsverlauf zu erwartenden und 1943 schon absehbaren Vordringens der Sowjetunion nach Mitteleuropa. Auf einer von der Labour-Führung einberufenen Konferenz der sogenannten alliierten Sozialisten, die am 10. Dezember 1943, zwei Tage vor der Unterzeichnung des sowjetisch-tschechoslowakischen Freundschafts- und Beistandspaktes, stattfand, stellte derselbe Nečas fest, daß die Tschechoslowakei

<sup>18</sup> Für Frankreich wird dies deutlich herausgearbeitet von L o t h, W.: Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940—1950. Stuttgart 1977.

<sup>19</sup> Vgl. Cesta ke Květnu. Vznik lidové demokracie v Československu [Der Weg zum Mai. Der Anfang der Volksdemokratie in der Tschechoslowakei]. Bd. I/1. Prag 1965, Dok. Nr. 122.

<sup>20</sup> Vgl. L o t h 1977, 46 ff.

<sup>21</sup> LPA London. International Department. LSI 27/3/15.

<sup>22</sup> E b e n d a LSI 27.

nicht der Osten, sondern Zentraleuropa sei, und sein Parteigenosse Bělina verlangte nachdrücklich „no division of Europe into spheres of influence“<sup>23</sup>.

Wenn die Konturen des erwarteten sozialistischen Aufbaus auf der Londoner Konferenz wie überhaupt in der von British Labour gegen Kriegsende intensivierten Diskussion um den Wiederaufbau der Sozialistischen Internationale blaß blieben, dann lag das nicht nur daran, daß a) eine Einigung der Sozialisten über allgemeine Grundsätze internationaler Zusammenarbeit auf staatlicher Ebene müheloser erzielt werden konnte als über konkrete Probleme der Gesellschaftspolitik mit ihren von Land zu Land wechselnden strukturellen Voraussetzungen und b) die ostmitteleuropäischen Sozialisten vorab an Fragen der staatlich-nationalen Existenzsicherung interessiert waren. Darüber hinaus ist klar, daß die unübersichtliche Situation in Europa und die nichtrepräsentative Zusammensetzung der Londoner Konferenz<sup>24</sup> keine genaueren Festlegungen gesellschaftspolitischer Konzeptionen erlaubten. Ebenso deutlich ist aber, daß das Fehlen solcher Festlegungen mit dem bewußten Ausklammern einer Konfliktmaterie zusammenhing, die zunächst mit der spezifischen Situation der PPS verknüpft war, im Kern aber eine Frage von viel allgemeinerer Bedeutung berührte.

Einige Wochen vor der Londoner Konferenz, am 24. Januar 1945, hatte das Auslandskomitee der PPS in London dem damaligen Leiter der internationalen Abteilung der Labour Party, Gillies, eine Erklärung übersandt, die in äußerst scharfer Form gegen die unter sowjetischem Druck vollzogene Reorganisation der PPS in Polen protestierte, insbesondere gegen die demokratisch nicht legitimierte Besetzung von Spitzenpositionen der Partei mit Funktionären, die zu keiner Zeit in den Führungsgremien der PPS tätig, teils nie Mitglieder der PPS gewesen waren<sup>25</sup>. Ebenso scharf wandte sich die Erklärung gegen die mit Unterstützung Moskaus in den Sattel gehobene prosowjetische „Provisorische Polnische Regierung“<sup>26</sup>, der einige der illegitim an die Macht gelangten neuen Spitzenfunktionäre der PPS angehörten. „All those would-be representatives of the Polish Socialist Party“, heißt es abschließend in der Stellungnahme des Auslandskomitees, „are usurpers whom the Polish Working Class, organised by the Polish Socialist Party, did not authorise to speak on their behalf. The reference by the so-called ‚Provisional Government‘ in Lublin to support given to them by the Polish Socialist Party and their participation in this Government is a mystification and abuse which we stigmatise, and of which we warn the Socialist and Labour Movements in the whole world...“

Eine Thematisierung dieser Problematik durch die Labour Party lag offensichtlich völlig außerhalb ihres außenpolitischen Konzepts, und zwar gerade aufgrund der Verflechtung des PPS-Komplexes in Polen mit der polnischen Frage als einem

<sup>23</sup> E b e n d a.

<sup>24</sup> Es fehlten die sogenannten „Enemy Alien Socialists“, also vor allem die deutschen Sozialdemokraten und die österreichischen Sozialisten; aus Osteuropa fehlten die Ungarn, Rumänen und Bulgaren.

<sup>25</sup> LPA London. International Department. Poland. Correspondence 1932—1946. Die Erklärung erwähnt namentlich Drobner, Osóbka-Morawski und Matuszewski.

<sup>26</sup> Vgl. Polonsky, A. / Drukier, B.: *The Beginnings of Communist Rule in Poland*. London 1980, 14 ff.

zentralen Gegenstand der Kriegsdiplomatie der Anti-Hitler-Koalition. Die britische Regierung hatte schon im November 1944 der wichtigsten Forderung des Lubliner Komitees, der Westverschiebung Polens, prinzipiell zugestimmt; auch die USA ließen erkennen, daß sie gegen diese Forderung keine grundsätzlichen Einwände erheben würden. Anfang Januar 1945 war die Lubliner Regierung zudem durch die Sowjetunion diplomatisch anerkannt worden<sup>27</sup>. Die PPS-Problematik stand daher — weil sie unauflöslich mit der Frage nach der Legitimität der Lubliner Regierung verknüpft war — längst vor einem diplomatischen *fait accompli*. Daß die Labour Party nicht bereit war, die anglo-amerikanisch-russische Kriegsallianz durch Kritik an der Sowjetunion zu belasten, hatte sie in den Jahren zuvor schon zu verstehen gegeben<sup>28</sup>. Die Überlegungen des National Executive Committee zur Nachkriegsordnung bestätigten noch einmal ausdrücklich die Priorität der Aufrechterhaltung der Kriegsallianz: „... Our first aim, therefore, must be to continue the closest possible Anglo-American-Russian co-operation. If we three hold together, all will be well; if we fall apart, all will be dark and uncertain ...“<sup>29</sup>.

Mit der Erklärung des PPS-Auslandskomitees war — in extremer Form — die Frage nach den Modalitäten der Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialisten im Nachkriegseuropa aufgeworfen. Obwohl sie sich quer durch den Kontinent stellte und im westlichen Europa, zumal in Frankreich und Italien, erhebliches praktisch-politisches Gewicht besaß, kam ihr im östlichen Europa zweifellos die weitaus größte Bedeutung zu. Hier bildete die sozialistisch-kommunistische Kooperation nicht nur ein tragendes Element der neuen volksdemokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung, sondern auch eine wichtige innenpolitische Bedingung der außenpolitischen Anbindung der ostmitteleuropäischen Länder an die Sowjetunion.

In der Labour Party war das Problem der Zusammenarbeit mit den Kommunisten umstritten; gegen die innerparteiliche Linke formulierte vor allem Price im Februar 1945 eine klare prinzipielle Ablehnung<sup>30</sup>. Im Blick auf die europäischen Verhältnisse und die beabsichtigte Rekonstruktion der Sozialistischen Internationale — in welcher Form auch immer — gab es jedoch keine Entweder-Oder-Lösung, wenn man die Internationale nicht von vornherein als Torso konzipieren wollte. Es überrascht somit nicht, daß die Frage der Kooperation oder Aktionseinheit mit den kommunistischen Parteien weder im Post-War Settlement noch in der Londoner Deklaration vom März 1945 erwähnt wird.

Im Falle der PPS hat sich die Labour Party in dieser Frage gegen die unzweifelhaft größere demokratische Legitimität des Auslandskomitees<sup>31</sup> entschieden, zu-

<sup>27</sup> Vgl. Roos, H.: Geschichte der polnischen Nation 1918—1978. Von der Staatsgründung im Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Stuttgart 1979, 195 ff.

<sup>28</sup> Beispielsweise durch zurückhaltende Kommentare zur Hinrichtung der beiden polnisch-jüdischen Sozialistenführer Erlich und Alter durch sowjetische Behörden Ende 1941. Einiges Material hierzu: LPA London. International Department. Poland. Correspondence 1932—1946.

<sup>29</sup> The International Post-War Settlement 3.

<sup>30</sup> Steininger 1979, 38 f.

<sup>31</sup> Das Zentrale Exekutivkomitee der PPS, das während der nationalsozialistischen Okkupation in Polen im Untergrund operierte, hatte das Auslandskomitee mit der Ver-

gunsten der im britischen Staatsinteresse liegenden Verständigung mit Moskau. Auch in der Folgezeit zeigte Labour keine Bereitschaft, durch Parteinahme im polnischen Problem die in dieser Hinsicht ohnehin nicht konfliktfreien britisch-sowjetischen Beziehungen mit zusätzlichen Spannungsmomenten zu belasten. Die der Labour Party übersandten Memoranden des PPS-Auslandskomitees vom 15. Mai 1945 zur Verhaftung führender PPS-Funktionäre<sup>32</sup> sowie zur unrechtmäßigen Eingliederung der polnischen Ostgebiete in die Sowjetunion<sup>33</sup>, dann vor allem die von Ciolkosz verfaßte Denkschrift über „The present situation of the Socialist Movement in Poland“<sup>34</sup> vom 16. Mai 1946 blieben ohne erkennbare Rückwirkung auf die Haltung, die Labour gegenüber der Polnischen Sozialistischen Partei in Polen selbst eingenommen hat. Die Argumente des Auslandskomitees, daß die prokommunistische PPS-Führung in Polen „does not enjoy the confidence of the rank and file“, daß das Gros der Parteimitglieder „remains faithful to the ideals of democratic Socialism and loyal to the genuine leaders of the PPS“ und daß „the leadership of the ‚official‘ PPS is in no way entitled to represent the genuine democratic Socialists of Poland“<sup>35</sup>, haben die faktische und formelle Anerkennung der „offiziellen“ PPS als legitime Vertretung der polnischen Sozialisten durch die Labour Party nicht verhindert. Durch die Aufnahme der PPS in die Internationale Sozialistische Konferenz als deren vollberechtigtes Mitglied<sup>36</sup> wurde der Partei außerdem bestätigt, wenn auch nur unausdrücklich, daß ihr Programm den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus entsprach; schon dem „Socialist Preparatory Committee“, das im März 1945 mit den Vorarbeiten zum Wiederaufbau der Internationale betreut worden war, gehörten nur Vertreter von Parteien mit demokratisch-sozialistischer Orientierung an<sup>37</sup>.

Das Gegenbeispiel zur PPS war in gewisser Hinsicht die bulgarische Sozialdemokratie. Ihrem prokommunistischen Flügel unter Nejkov, der sich — nicht anders als in Polen — mit z. T. illegitimen Mitteln und dank sowjetischer Rückendeckung gegen die traditionell sozialdemokratischen Gruppierungen um Lulčev durchgesetzt hatte, wurde auf den internationalen sozialistischen Konferenzen nach 1945 nicht mehr als ein Beobachterstatus konzedierte<sup>38</sup>, zweifellos auch unter dem Einfluß der

---

tretung der PPS beauftragt. Von den PPS-Funktionären, die in die Lubliner Regierung eintraten, hatte vor 1939 keiner dem Zentralen Exekutivkomitee der Partei angehört; demgegenüber waren im Auslandskomitee 11 Mitglieder des Nationalrates und 4 Mitglieder des Zentralen Exekutivkomitees der PPS nach dem Stand des Jahres 1939 vertreten. Nachweis wie Anm. 25.

<sup>32</sup> LPA London. International Department. Poland. Memoranda/Correspondence 1940—1948.

<sup>33</sup> E b e n d a.

<sup>34</sup> E b e n d a.

<sup>35</sup> The present situation of the Socialist Movement 10.

<sup>36</sup> Bis zur Konferenz in Clacton im Mai 1946 wurde die PPS im Rahmen dieser Konferenz durch Mitglieder des Auslandskomitees vertreten, insbesondere durch Ciolkosz, Grosfeld und Stańczyk. In Clacton erschienen erstmals Repräsentanten der „offiziellen“ PPS, u. a. Cyrankiewicz.

<sup>37</sup> Steininger 1979, 40 Anm. 158.

<sup>38</sup> E b e n d a 47, 53 Anm. 219.

Labour Party, die sich im Falle Bulgariens der Notwendigkeit enthoben sah, auf übergeordnete außenpolitische Erwägungen Rücksicht nehmen zu müssen<sup>39</sup>.

Zwischen diesen beiden Polen, dem bulgarischen und dem polnischen, läßt sich eine Argumentationslinie der Labour Party gegenüber den sozialistischen/sozialdemokratischen Parteien in Ostmitteleuropa verfolgen, die — knapp skizziert — so aussah: Die Aktionseinheit der Sozialisten/Sozialdemokraten mit den Kommunisten wurde als solche nicht zum Gegenstand prinzipieller politischer Kritik gemacht. Das Interesse konzentrierte sich vielmehr auf die Frage, ob und wie weit die ostmitteleuropäischen Parteien in den Aktionsbündnissen bzw. Koalitionen mit den kommunistischen Parteien vom Typus der Nationalen, Patriotischen oder Vaterländischen Front ihre organisatorische und programmatisch-ideelle Selbständigkeit bewahrten, ob ihre politischen Initiativen aus eigenen Antrieben kamen oder bloß denen der Kommunisten folgten, welchen Beitrag sie zur Aufrechterhaltung traditioneller demokratischer Strukturen leisteten und wie ausgeprägt ihre „westliche“ Orientierung war.

Liest man unter diesem Blickwinkel die Berichte führender Labour-Politiker, die als Mitglieder offizieller Parteidelegationen Ostmitteleuropa zwischen 1945 und 1947 bereisten, so ergibt sich ein differenziertes, um Verständnis bemühtes Bild der sozialistischen Bewegung in der Tschechoslowakei, in Ungarn und Polen, das die Politik der Labour Party jedenfalls nicht als bloße abhängige Variable von Regierung und Foreign Office erscheinen läßt.

Generalsekretär Phillips, der im Oktober 1945 zusammen mit dem Abgeordneten Williamson die Partei auf dem ersten Nachkriegskongreß der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei in Prag repräsentierte<sup>40</sup>, bezeichnete diesen Kongreß in seinen Berichten<sup>41</sup> als „emphatic re-affirmation of the belief of the Party in democracy, and of its determination to preserve it as a cardinal principle of both State and party policy“. Insofern schien ihm auch der Hauptzweck des Kongresses erfüllt, nämlich „to demonstrate the independence of the Party, and to make it clear that it was not merely an appendage of the Communist Party“. Die von der tschechoslowakischen Sozialdemokratie selbst anerkannte Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Kommunisten relativiert Phillips durch die Feststellung, die politischen Zielsetzungen der tschechoslowakischen Kommunisten seien „quite different from those pursued in the inter-war period“; die kommunistische Partei stehe nun „in the forefront of the demand for the maintenance of a free democracy“. Überdies habe sich gezeigt, daß die Initiative in den revolutionären Aktionen nach dem Kriege — Phillips führt das Beispiel der Nationalisierung der Industrie an — bei der Sozialdemokratie liege, vor allem bei ihrem linken Flügel, den

<sup>39</sup> Das geringe Interesse der britischen Außenpolitik an Bulgarien war offenbar taktischer Natur. Durch Zurückhaltung in Bulgarien wollte das Foreign Office Konflikte mit der Sowjetunion vermeiden, die Rückwirkungen auf das starke britische Engagement in der griechischen Frage hätten haben können. Vgl. L u n d e s t a d 1975, 264.

<sup>40</sup> LPA London. International Department. International Sub-Committee 1944—1949. Minutes No. 2, 1945/46.

<sup>41</sup> E b e n d a. Minutes & Documents 1944—1949. Czechoslovakia.

Phillips als „the most revolutionary force in Czechoslovakia at the moment“ bezeichnet<sup>42</sup>.

Trotz aller prokommunistischen Orientierung der tschechoslowakischen Sozialdemokratie fand der Generalsekretär der Labour Party in der Partei „abundant evidence of a desire to lean to the West“. Die Rede Phillips' vor dem Parteikongreß und seine Versicherung, daß die Labour Party enge freundschaftliche Beziehungen zu den demokratischen Sozialisten in der Tschechoslowakei herstellen wolle, fand „an almost embarrassing reception“.

Kontrovers war in der Labour Party die Einschätzung der Situation der Sozialisten in Ungarn, das Phillips im November 1946 und Healey als Vorsitzender des International Sub-Committee der Partei im Januar/Februar 1947 besuchten. Ausgangspunkt der Lagebeurteilung beider Labour-Politiker<sup>43</sup> war das für die gesamtgesellschaftliche und -politische Entwicklung in Ungarn zentrale Problem der Kleinlandwirte-Partei, die von Sozialisten und Kommunisten als konterrevolutionäre Bewegung betrachtet und bekämpft wurde. In einer Unterredung mit Premierminister Nagy bezweifelte Phillips, daß die Gefahr konterrevolutionärer Bestrebungen durch die Kleinlandwirte gegeben sei; diese Gefahr sei vielmehr von kommunistischer Seite überdimensional dargestellt worden, um die Sozialdemokratie in ein Aktionsbündnis mit der eigenen Partei hineinzumanövrieren. In diesem Bündnis habe die Sozialdemokratie ihre Selbständigkeit weitgehend verloren und werde von der Kommunistischen Partei dazu benutzt, über die gemeinsam betriebene Zerschlagung der Kleinlandwirte-Partei hinaus die Grundlagen der parlamentarischen Demokratie in Ungarn zu zerstören. Phillips sah seine Aufgabe in Budapest daher vor allem darin, die Führung der Sozialdemokratie — dem galten insbesondere seine Gespräche mit ihrem Generalsekretär Szakasits — zu einer Politik der größeren Unabhängigkeit von den Kommunisten zu veranlassen; es sei „vitally important to the British Labour Party that Social Democratic Parties everywhere should resist subordinating themselves to the Communists“<sup>44</sup>.

Healey, der sich Ende Januar und Anfang Februar 1947 aus Anlaß des Parteikongresses der ungarischen Sozialdemokraten mehrere Tage in Budapest aufhielt, schloß dagegen die Möglichkeit eines konterrevolutionären Putsches durch die ungarischen Agrarier nach dem Muster der Gegenrevolution von 1918/19 nicht aus; insofern und deshalb, weil Ungarn „has never known real democracy“, hielt er das kommunistisch-sozialistische Bündnis für grundsätzlich gerechtfertigt. Entscheidend war für ihn die Tatsache, daß die Sozialdemokratie trotz ihrer engen politischen Zusammenarbeit mit den ungarischen Kommunisten von einer Einheitspartei nichts wissen wollte. „A recent Communist suggestion for fusion of the two parties“,

<sup>42</sup> Aus dem Zusammenhang geht hervor, daß Phillips hier nicht den prokommunistischen Flügel der Partei meint. Tatsächlich ging die Einbeziehung der Nationalisierung der Industrie in das Regierungsprogramm der Nationalen Front vom 5. April 1945 auf eine Forderung der Sozialdemokraten zurück.

<sup>43</sup> Für Phillips: PRO London. FO 371 — 59008. R 17167/256/21; für Healey: LPA London. International Department. International Sub-Committee. Minutes & Documents 1944—1949. Report on Hungary by Denis Healey.

<sup>44</sup> FO 371 — 59008. Protokoll der Unterredung Nagy — Phillips.

notierte Healey in seinem Bericht über den Budapester Parteikongreß, „was so emphatically rejected that the possibility is not now considered“.

Angesichts dessen, daß die Sozialisten in Ungarn in die Defensive gedrängt wurden, zog Phillips auch die Möglichkeit in Betracht, daß die Labour Party — um die parlamentarische Demokratie in Ungarn aufrechtzuerhalten — zu einer Politik der Stützung konservativer gesellschaftlicher Gruppen in Ungarn übergehen könne. Diese Überlegung lag ganz auf der Linie des Foreign Office und der Britischen Politischen Mission in Budapest, die im November 1946 ihre Hoffnungen auf das Zustandekommen einer antikommunistischen Koalition aus Kleinlandwirten und Sozialdemokraten setzten<sup>45</sup>. Healey wollte von solchen Strategien nichts wissen; die Labour Party, so erklärte er schon Anfang 1946 auch in bezug auf das ungarische Problem, könne reaktionäre politische Kräfte nicht nur deshalb unterstützen, weil ihr der Kommunismus nicht behage<sup>46</sup>.

Unter Healeys Vorsitz hat sich das International Sub-Committee der Partei in seiner ostmitteleuropäischen Politik an diesen Grundsatz gehalten und die prinzipiellen Bedingungen dieser Politik — wie das Beispiel der tschechischen nationalen Sozialisten verdeutlicht — sogar sehr eng definiert. Die Führung der nationalen Sozialisten, einer Partei, die sich nicht an marxistischer Programmatik, sondern an den in der tschechischen Arbeiterbewegung traditionell stark ausgeprägten genossenschaftssozialistischen Vorstellungen orientierte und klassenkämpferische Strategien ablehnte, schlug der Labour Party im Herbst 1946 mehrfach vor, intensive Beziehungen zwischen beiden Parteien herzustellen. Healey war hierzu nicht bereit und begnügte sich in seiner Stellungnahme mit einem kurzen Hinweis auf die marxistisch fundierte internationale Politik der Labour Party im Rahmen der „informal Socialist International“<sup>47</sup>.

Auf die Ratio dieser Strategie von Labour wird unten noch einzugehen sein. Die weitere Entwicklung der sozialistischen Bewegung besonders in der Tschechoslowakei und in Polen machte es aus der Sicht Labours in der Tat überflüssig, das Aktionsfeld der ostmitteleuropäischen Politik zu erweitern, um die sozialistischen Parteien in diesen Ländern machtpolitisch zu stützen. Als Marksteine dieser Entwicklung interpretierte Healey den Brünner Kongreß der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei vom 14. bis 16. November 1947 und den 27. Kongreß der PPS in Breslau vom 14. bis 16. Dezember 1947.

Nach der in Brünn vollzogenen Abwahl Fierlingers als Parteivorsitzenden der tschechoslowakischen Sozialdemokratie und damit der Entmachtung des wichtigsten Repräsentanten der prokommunistischen Gruppen in der Partei sah Healey die tschechoslowakischen Kommunisten „faced with an almost impossible task if they wish to obtain 51 % in the general election next May without open terrorism . . .“<sup>48</sup>. Die Gefahr, daß die Sozialdemokratie in das Fahrwasser der Kommu-

<sup>45</sup> E b e n d a. Kommentar der Britischen Politischen Mission in Budapest zum Phillips-Besuch.

<sup>46</sup> S t e i n i n g e r 1979, 49.

<sup>47</sup> PRO London. FO 371— 65802. N 12557/351/12 und N 13414; das Zitat nach einem Brief Healeys an Bevin vom 20. November 1947, e b e n d a.

<sup>48</sup> Report on the visit of Mr. Denis Healey, International Secretary of the Labour Party,

nisten geraten könnte, die sich zumal nach dem Einheitspakt vom September 1947 abgezeichnet hatte, war nun offenbar endgültig gebannt, da der in Brünn gewählte Exekutivausschuß der Partei über eine klare Mehrheit von Gegnern des Einheitspaktes verfügte. Das ursprüngliche Prinzip der Nationalen Front, die breite Kooperation von bürgerlichen Parteien, Sozialisten und Kommunisten, war zu Lasten der engeren sozialistisch-kommunistischen Aktionseinheit wiederhergestellt. Mit dieser Wende erhielt der Begriff „Demokratie“ eine deutlich antikommunistische Stoßrichtung, wie Healey in seinem Bericht konstatiert, vor allem in der Reaktion auf den wachsenden kommunistischen Terror gegenüber der Arbeiterschaft.

Auch für Polen führte Healey die sich 1947 häufenden Versuche der Kommunisten, die Sozialisten für die Einheitspartei zu gewinnen, darauf zurück, daß die Sozialisten — in Polen also die PPS — einen kontinuierlichen Machtzuwachs verzeichneten, auch und gerade in der Arbeiterschaft. Healeys Analyse des Breslauer Kongresses der PPS<sup>49</sup> stellt ganz auf diese Entwicklung ab; durch die Ausschaltung führender Funktionäre, deren Machtstellung im Apparat der PPS nur durch kommunistische Intervention zustande gekommen war<sup>50</sup>, durch das Amnestieangebot an die Mitglieder der noch im Untergrund kämpfenden Résistance<sup>51</sup> und durch ihre konsequent demokratisch-sozialistische Politik „the Party itself grew considerably in membership“ und „retained the confidence of the majority of its pre-war supporters“. Parteichef Cyrankiewicz erklärte daher auf dem Breslauer Kongreß „clearly and unequivocally that the PPS considered it had a unique and indispensable function to perform in the development of the Polish State. This statement was received by the Congress as an answer to Gomulka's demand for fusion. There was cheering for several minutes, followed by the singing of the Red Flag . . .“<sup>52</sup>.

Healeys Auffassung, daß sich die sozialistischen Parteien Ostmitteleuropas im Jahre 1947 gegenüber 1945 ein gutes Stück von den Kommunisten abgesetzt hätten und auf einer Grundlage zu konsolidieren begännen, die eher ihren Vorkriegstraditionen entsprach, ist aus zwei Gründen wichtig. Erstens vertrat die Mehrheit der westeuropäischen sozialistischen Parteien auf dem Boden der Internationalen Sozialistischen Konferenz und des COMISCO die gegenteilige Auffassung und ließ sich von dieser auch praktisch-politisch leiten<sup>53</sup>. Zweitens ist diese gegenteilige Auffassung, daß also die ostmitteleuropäischen sozialistischen Parteien nach 1945 in immer stärkere Abhängigkeit von den kommunistischen Parteien geraten seien, von

---

to the biennial Congress of the Czechoslovak Social Democratic Party at Brno, 14—16 November 1947. PRO London. FO 371 — 65802. N 13414.

<sup>49</sup> Report on the 27th Congress of the Polish Socialist Party in Wrocław, December 14—16, 1947, by Mr. Denis Healey; LPA London. International Department. International Subcommittee 1944—1949.

<sup>50</sup> Healey erwähnt Osóbka-Morawski und Matuszewski, die aus führenden Positionen im Parteiapparat entfernt worden waren. Vgl. oben, Anm. 25.

<sup>51</sup> Hier handelte es sich vor allem um Einheiten der „Armia Krajowa“, die im Zweiten Weltkrieg gegen die deutsche Besatzungsmacht gekämpft hatten und sich nach 1945 im Untergrund gegen die Kommunisten formierten.

<sup>52</sup> Gomulka hatte diese Forderung in seiner Rede auf dem Breslauer Kongreß erhoben.

<sup>53</sup> Vgl. Steininger 1979, 83 und passim.

der Literatur unbesehen übernommen worden; auch in neuesten Darstellungen dient sie als entscheidende Erklärung für das Scheitern der Integration der ostmitteleuropäischen Parteien in die Sozialistische Internationale<sup>54</sup>.

### III

Hinter dieser Einschätzung stand und steht die Vermengung zweier gegenläufiger Prozesse: der innen- und der außenpolitischen Entwicklung in Ostmitteleuropa. So zutreffend Healeys Urteil über die allmähliche Emanzipation der ostmitteleuropäischen Sozialisten von den kommunistischen Parteien dieser Länder ist, so wenig Zweifel bestehen andererseits daran, daß sich die ostmitteleuropäischen Staaten — parallel zu diesem Vorgang — außenpolitisch in wachsendem Maße sowjetischen Interessen unterordnen mußten; auch in dieser Hinsicht erscheint 1947 als ein Wendepunkt, wenn man an die durch Moskau erzwungene Ablehnung des Marshallplans seitens der ostmitteleuropäischen Regierungen denkt<sup>55</sup>.

Diese zunehmende außenpolitische Abhängigkeit war für die Wahrnehmung der ostmitteleuropäischen Problematik durch die westeuropäischen sozialistischen Parteien maßgebend: In dieser Perspektive schien alles, was die Sozialisten in Prag, Budapest oder Warschau taten und dachten, nur zu bestätigen, daß sich diese Parteien am „Gängelband Moskaus“ befanden<sup>56</sup>. Einige der Probleme, die sich daraus insbesondere im Rahmen des Wiederaufbaus der Sozialistischen Internationale ergaben, sollen im folgenden kurz gestreift werden. Dabei interessiert — angesichts dessen, daß sich die Literatur durchweg einseitig auf die Darstellung des Standpunktes der westeuropäischen Sozialisten beschränkt, dieser Standpunkt somit hinlänglich bekannt ist — in erster Linie die Sicht der ostmitteleuropäischen Sozialisten.

Bereits auf der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Clacton im Mai 1946 zeichnete sich die west-östliche Trennlinie in der internationalen sozialistischen Bewegung deutlich ab, als die tschechoslowakischen, polnischen, ungarischen und rumänischen Vertreter den Vorschlag einbrachten, eine Arbeiterinternationale aufzubauen, der — wie dem Weltgewerkschaftsbund — Sozialisten und Kommunisten angehören sollten<sup>57</sup>. Nur mit der Feststellung, daß diese Initiative „wohl kaum realistisch gemeint“ gewesen sei<sup>58</sup>, wird man ihrer Bedeutung nicht gerecht, so richtig es ist, daß sie in Clacton nicht die geringsten Aussichten auf Verwirklichung hatte.

Cyrankiewicz, der Generalsekretär der PPS, hat auf dem erwähnten Breslauer Kongreß den größeren Zusammenhang entwickelt, in dem der in Clacton unterbreitete Vorschlag der sozialistischen Parteien Ostmitteleuropas zu sehen ist; was Cyrankiewicz in Breslau speziell im Blick auf die PPS erläuterte, galt ohne Einschränkung auch für die anderen sozialistischen Parteien in Ostmitteleuropa.

<sup>54</sup> E b e n d a 83.

<sup>55</sup> Für Ostmitteleuropa insgesamt hierzu L u n d e s t a d 1975, 397 ff.

<sup>56</sup> S t e i n i n g e r 1979, 83.

<sup>57</sup> LPA London. International Department. Clacton 1946/47, International Socialist Conference.

<sup>58</sup> S t e i n i n g e r 1979, 47.

Es mußte der PPS — Cyrankiewicz zufolge — daran gelegen sein, daß die Zusammenarbeit von Sozialisten und Kommunisten in der internationalen sozialistischen Gemeinschaft auch und gerade im Westen so weit wie nur irgend möglich vorangetrieben wurde, da allein auf diese Weise Polens eigener Weg zum Sozialismus und die staatliche Unabhängigkeit des Landes gewahrt werden konnten. Eine breite revolutionäre Front im Westen war die Voraussetzung für eine gesamt-europäische, Polen einschließende gesellschaftspolitische Interdependenz und die sicherste Garantie gegen die sich abzeichnende west-östliche Blockbildung. „The Polish way towards socialism“, referiert Healey die Ausführungen des PPS-Politikers, „must be a bridge between the Russian Revolution and a future social revolution in the West. While admitting the multiplicity and diversity of revolutionary ways towards socialism, Poland cannot ever be a bridge between capitalism and revolution or between reformism and revolution“<sup>59</sup>. Ein weiteres grundsätzliches Argument warf der Wirtschaftstheoretiker der PPS, Lange, in die Debatte, als er in bezug auf den Marshallplan und dessen gesellschaftspolitische Zielrichtung feststellte, „that the counter offensive from the United States was directed as much against socialism as against communism“, und eben dieser fundamentale Sachverhalt erfordere die Zusammenarbeit von Sozialisten und Kommunisten und mache verständlich, daß die PPS „opposed the reconstruction of fractional Internationals, whether Socialist or Communist“<sup>60</sup>.

Daß es der PPS darum ging, durch die Kooperation von Sozialisten und Kommunisten im Westen einen hohen revolutionären Pegelstand, damit eine Ost und West verbindende gesellschaftliche Bewegung herzustellen, die wiederum eine Garantie für die unabhängige Entwicklung des Sozialismus in Ostmitteleuropa und — in letzter Instanz — für die staatliche Souveränität der Länder Ostmitteleuropas bilden sollte — dies hatte Rusinek als Vorsitzender des Präsidiums der PPS bereits Anfang Dezember 1946 auf einer Konferenz der sozialistischen Parteien Zentral- und Osteuropas in Prag klar zum Ausdruck gebracht. Noch deutlicher als bei Cyrankiewicz und Lange tritt bei Rusinek die grundsätzliche Überlegung hervor, daß die Weiterentwicklung des demokratischen Sozialismus und die Sicherung der nationalen Unabhängigkeit nur auf der Grundlage entspannter Ost-West-Beziehungen denkbar seien, diese letzteren jedoch nicht — und das ging an die Adresse der westeuropäischen Sozialisten — in der Frontstellung gegen die kommunistischen Parteien realisiert werden könnten. In der Tat ist Rusineks Referat in Prag ein geradezu flammendes Bekenntnis zur Unabhängigkeit der Völker und Staaten und vor dem Hintergrund bedrohlich wachsender sowjetischer Vormachtansprüche in Osteuropa sicherlich auch kein Beleg für die gängige Behauptung der Literatur, die Politik der PPS gegenüber Moskau habe in fortgesetzten Kottaus bestanden<sup>61</sup>. „Nations qui désirez l'indépendance et la souveraineté de vos états“, heißt es bei Rusinek in Abwandlung eines bekannten Wortes von Marx, „qui aimez la liberté, la

<sup>59</sup> Report on the 27th Congress 3.

<sup>60</sup> E b e n d a.

<sup>61</sup> Steininger 1979, 87.

paix et la démocratie, qui combattez pour la justice commune et pour le socialisme, unissez-vous<sup>62</sup>!“

Aus der Sicht der PPS-Führung bewies vor allem die innenpolitische Entwicklung in Frankreich seit dem Frühjahr 1947 die Richtigkeit ihrer Annahme, daß die Sozialisten ohne Unterstützung durch die kommunistischen Parteien der Gegenoffensive der politischen Rechten nicht standzuhalten vermochten. „They feel that the course of events in France justifies them in their criticisms of the line followed by the French Socialist Party“, referiert Healey<sup>63</sup>. Es spricht für die prinzipielle Gleichartigkeit der internationalen Orientierung der ostmitteleuropäischen Sozialisten, daß die von der SFIO verfochtene Konzeption der „Troisième Force“ auch in der tschechoslowakischen Sozialdemokratie keine Resonanz fand<sup>64</sup> — mit Sicherheit vor allem deswegen, weil die Europapolitik der französischen Sozialisten seit dem zweiten Halbjahr 1947 unverkennbar auch auf Strategien kommunistischer Eindämmung setzte<sup>65</sup> und im Grunde bereits von der Zugehörigkeit der ostmitteleuropäischen Staaten zu einem Ostblock ausging<sup>66</sup>.

Sowohl für die PPS als auch für die tschechoslowakische und die ungarische Sozialdemokratie kam daher als Adressat der Zielvorstellung einer gesamteuropäischen sozialistischen Integration nur die Labour Party in Betracht; die Belege hierfür sind noch 1947 zahlreich und völlig eindeutig.

Auf dem Breslauer PPS-Kongreß legte Lange seinen Ausführungen zur internationalen Politik zwar im großen und ganzen das vom Kominform entworfene Bild „of a divided world threatened by a capitalist American offensive“ zugrunde, betonte aber, daß er „Labour Britain“ nicht mit Amerika in einen Topf werfen wolle<sup>67</sup>. Die PPS-Spitze habe in der Tat „envious respect for the achievements of the British Labour Party“, schrieb Healey nach dem Breslauer Parteitag, und sei entschlossen, „to take risks and court embarrassment to maintain friendly relations with the Western Socialist Parties and particularly with the Labour Party“<sup>68</sup>.

In den Führungsgremien der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei nahm die Diskussion über die Rolle der Labour Party in der internationalen Politik und der sozialistischen Bewegung einen gewichtigen Platz ein; vor allem zum Jahresende 1947 und Anfang 1948 bildete sie hier das beherrschende Thema. Die scharfen Gegensätze, welche in diesem Punkt zwischen dem prokommunistischen Fierlinger-Flügel und der Mehrheit von Parteivorstand und Exekutivkomitee bestanden, trieben den schon vorher in Gang gekommenen innerparteilichen Klärungs- und Differenzierungsprozeß bis zur faktischen Abspaltung des linken Flügels voran.

<sup>62</sup> LPA London. International Department. Hungary 1947—51. Danube Conferences, Prague.

<sup>63</sup> Report on the 27th Congress 5.

<sup>64</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Vorstandes der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei am 8. 1. 1948. IGA Bochum. Fasz. „Čsl. sociální demokracie 1945—1948“; zur Strategie der „Dritten Kraft“. — Vgl. die schon zit. Darstellung von L o t h 1977, 156 ff.

<sup>65</sup> E b e n d a 138.

<sup>66</sup> E b e n d a 159.

<sup>67</sup> Report on the 27th Congress 3.

<sup>68</sup> E b e n d a 5.

Während Fierlinger und seine Anhänger bestritten, daß die Labour Party eine sozialistische Partei sei, die im Wiederaufbau befindliche Sozialistische Internationale unter dem maßgeblichen Einfluß Labours zu einer „Vereinigung zum Schutz der kapitalistischen Wirtschaft“ degenerieren sahen und den Austritt der tschechoslowakischen Sozialdemokratie aus der Internationale forderten, trat die Mehrheit des Vorstandes mit der gleichen Schärfe für die Labour Party ein. Sie war nicht nur der Auffassung, daß Labour „konsequent einen sozialistischen Weg beschreitet“, sondern plädierte auch für eine weitere Beteiligung der tschechoslowakischen Sozialdemokratie an den Konferenzen des COMISCO, „da gerade die sozialdemokratische Bewegung der Idee der internationalen Verständigung einen großen Dienst erweisen kann“ (Majer). Es entspreche nicht den Tatsachen, „daß die Labour Party die anderen sozialistischen Parteien ungünstig beeinflusst und in eine antisowjetische oder antikommunistische Front drängt“. Die Konferenzen des COMISCO seien „Versuche mit dem Ziel, den demokratischen Sozialismus zu einem Faktor der Weltpolitik und für die Sache des Friedens nutzbar zu machen“ (Bernard). Auch Fierlingers entschiedene Ablehnung der (bereits vollzogenen) Wiederaufnahme der SPD in die Sozialistische Internationale wurde von der Mehrheit des Parteivorstandes nicht geteilt. „Wenn in Deutschland überhaupt jemals gesunde Kräfte heranwachsen, mit denen wir reden können“, erklärte Majer für die Mehrheit, „dann ist dies allein die Sozialdemokratie. Auch als Staat und Nation müssen wir uns wünschen, daß dort solche positiven Kräfte entstehen und an Bedeutung gewinnen“.<sup>69</sup>

Für Ungarn fließen die Quellen spärlich. Es ist aber deutlich, daß die Labour Party in der sozialdemokratischen Partei des Landes eine solche Popularität genoß, daß selbst Szakasits, der als Generalsekretär der Partei wegen seiner prokommunistischen Orientierung stark umstritten war<sup>70</sup>, aus seinen guten Kontakten zur Labour Party erheblichen Legimitätsgewinn zu ziehen vermochte<sup>71</sup>.

Das Ausmaß der Hoffnungen und positiven politischen Einschätzungen, das die ostmitteleuropäischen Sozialisten der Labour Party entgegenbrachten, muß insofern überraschen, als Labour den ostmitteleuropäischen Parteien auf dem Boden der Sozialistischen Internationale weder in der zentralen Frage der Aktionseinheit mit den kommunistischen Parteien noch in bezug auf die Wiederaufnahme der SPD, gegen die vor allem die polnischen und tschechoslowakischen Sozialisten heftig protestierten<sup>72</sup>, entgegengekommen ist.

Nun ist zumindest der SPD-Komplex auch ein Beispiel dafür, daß die Frontbildungen zwischen den ostmitteleuropäischen und den westeuropäischen Sozialisten nicht überschätzt werden dürfen: Was zwischen beiden Gruppierungen auf internationaler Ebene zum Streitfall wurde, war in der inneren Entwicklung der sozia-

<sup>69</sup> Vgl. dazu die in Anm. 64 zit. Quelle.

<sup>70</sup> Vgl. S u n d h a u s s e n, H.: Die Vorbereitung der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Ungarn 1945—1948. JbGO 28 (1980) 547—589, hier 553.

<sup>71</sup> PRO London. FO 371 — 59008. R 17167/256/21.

<sup>72</sup> Vgl. S t e i n i n g e r 1979, Dok. Nr. 12. — Ferner K o n ě l í k, Z.: Československá sociální demokracie v mezinárodním socialistickém hnutí v letech 1945—1948 [Die tschechosl. Sozialdemokratie in der internationalen sozialistischen Bewegung von 1945—1948]. In: K dějinám Československé sociální demokracie. Prag 1968, 258 ff.

listischen Parteien Ostmitteleuropas keineswegs in gleichem Maße konfliktträchtig. So hatte sich — wie oben gezeigt — in den internen Beratungen der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei über die SPD-Problematik seit dem Spätherbst 1947 eine mehrheitlich positive Einstellung zur deutschen Sozialdemokratie herausgebildet. Zur gleichen Zeit nahmen aber die tschechoslowakischen Vertreter auf der Internationalen Sozialistischen Konferenz eine alles andere als versöhnliche und kompromißbereite Haltung in der SPD-Frage ein <sup>73</sup>.

Die Gründe für diese „gespaltene“ Argumentation liegen auf der Hand; sie charakterisieren das ganze Ausmaß der Schwierigkeiten, mit denen die internationale Politik der ostmitteleuropäischen sozialistischen Parteien zu rechnen hatte, nicht nur, soweit es um die SPD ging.

Da der SPD-Komplex als Teil der „deutschen Frage“ unmittelbar und in hohem Maße Interessen und Strategien der sowjetischen Außenpolitik berührte, konnte die tschechoslowakische Sozialdemokratie in internationalen Verhandlungen keine Position beziehen, die sie dem „westlichen Lager“ integriert hätte; in diesem Falle wären Gegenreaktionen Moskaus zu befürchten gewesen, die den Ost-West-Konflikt verschärft und damit wiederum den internationalen Bewegungsspielraum eingeengt oder gar zunichte gemacht hätten, der den Sozialisten Ostmitteleuropas wenigstens ein gewisses Maß an „Westintegration“ gestattete. In diesem Verhalten wird man umso weniger bloß einen „Kotau“ vor Moskau sehen können, als außenpolitische Rücksichtnahmen auf die Sowjetunion den ostmitteleuropäischen Sozialisten auch dazu dienten, sich innenpolitisch den Handlungsspielraum zu erhalten, der die oben dargelegte vorsichtige Absetzbewegung von den kommunistischen Parteien überhaupt erst ermöglichte. In diesen Zusammenhang gehört beispielsweise das oben erwähnte Kooperationsangebot der tschechischen nationalen Sozialisten an die Labour Party.

Labour hat dieses Angebot zweifellos auch deshalb nicht aufgegriffen, weil die nationalen Sozialisten der entschiedenste und bedeutendste politische Gegner der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei waren <sup>74</sup>, die Zusammenarbeit mit ihnen daher das innenpolitische Konfliktpotential externalisiert und dadurch Moskau und den tschechoslowakischen Kommunisten umso mehr eine Handhabe geliefert hätte, die inneren Auseinandersetzungen zu verschärfen <sup>75</sup>.

Ihre prekäre Lage zwischen Ost und West hat die ostmitteleuropäischen Sozialisten schon im ersten Nachkriegsjahr veranlaßt, die Initiative zu einer stärkeren Integration der ostmitteleuropäischen Länder zu ergreifen, die vor allem auf eine engere wirtschaftliche, dann aber auch politische Zusammenarbeit zielte. Wie in keinem zweiten Ereignis der frühen Nachkriegsgeschichte Ostmitteleuropas spiegelt sich in diesen Integrationsbestrebungen, die zu den in der Literatur so gut wie unbekannteren Konferenzen von Prag (1946) und Budapest (1947) führten, die ganze historische und aktuell-politische Problematik „Zwischeneuropas“ als eines Spiel-

<sup>73</sup> E b e n d a 307 ff.

<sup>74</sup> Eben deshalb trat das Foreign Office für ihre Unterstützung ein.

<sup>75</sup> Präzedenzfälle gab es in dieser Hinsicht schon, etwa die Verschärfung der innenpolitischen Situation im Zusammenhang mit dem Auftreten der ukrainischen Bandera-Gruppen in der Slowakei.

balls der Großmächte und Kampffeldes west-östlicher Antagonismen. Bemerkenswert sind diese Bestrebungen — im Hinblick auf den vorliegenden Zusammenhang — auch deshalb, weil die Labour Party dabei offensichtlich eine wichtige Rolle spielte; allerdings liegt hier noch vieles im Dunkeln <sup>76</sup>.

Sowohl in Prag als auch in Budapest waren alle sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien Ostmitteleuropas vertreten: Neben der PPS, der tschechoslowakischen, ungarischen, rumänischen und bulgarischen Sozialdemokratie hatte auch die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) eine Delegation zu den mehrtägigen Beratungen über wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit in Ostmitteleuropa entsandt <sup>77</sup>. Schon auf der Prager Konferenz, die vom 6. bis 9. Dezember 1946 stattfand, wurde deutlich, daß die Motive für eine ökonomische Integration Ostmitteleuropas aus unterschiedlichen Beurteilungen der aktuellen und langfristig zu erwartenden europäischen und weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung kamen und in vielen Fällen unauflöslich mit politischen Erwägungen verknüpft waren, welche die spezifische Stellung Ostmitteleuropas im Ost-West-Konflikt reflektierten.

Weitgehende Übereinstimmung bestand in Prag wie auch in Budapest zunächst hinsichtlich der „deutschen Frage“ als ökonomischen Problems: Ostmitteleuropa mußte wirtschaftlich fest integriert sein, bevor das zerstörte Deutschland seine Wirtschaftskraft wiedererlangt hatte, und abermals gegen Ostmitteleuropa richten konnte. Während aber die Furcht vor der Wiederauferstehung des deutschen ökonomischen Imperialismus auf der Konferenz in Prag die meisten Delegierten bewog, sich für die enge wirtschaftliche Anlehnung an die Sowjetunion auszusprechen, eine Orientierung, die nicht zuletzt durch die Annahme von der relativen Krisenfestigkeit der sowjetischen Planwirtschaft begünstigt wurde, hatte sich dieser Argumentationszusammenhang in Budapest, wo die ostmitteleuropäischen Sozialisten vom 16. bis 19. Mai 1947 zu erneuten Verhandlungen zusammenkamen, z. T. wieder aufgelöst. Zwar verstärkten die sich nun deutlich abzeichnende kapitalistische Restauration in Westeuropa und der Vorstoß der amerikanischen Wirtschaft nach Europa Befürchtungen darüber, wie die ostmitteleuropäischen Volkswirtschaften unter solchen Voraussetzungen ihrer sozialistischen Aufgabenstellung gerecht werden könnten, doch wuchs andererseits offensichtlich die Abneigung, sich ökonomisch allzusehr auf die Sowjetunion festzulegen.

Das gilt für die tschechoslowakischen Sozialdemokraten, deren Wirtschafts- und Planungsexperten von der in Prag noch betonten Konzeption der Tschechoslowakei als der „Maschinenfabrik Osteuropas“ abzurücken begannen. Die PPS-Delegierten befürchteten offenbar, daß die wachsende wirtschaftliche Verflechtung Polens mit der Sowjetunion nicht ohne Rückwirkung auf die politische Entwicklung des Lan-

<sup>76</sup> Das Folgende ist nur ein knapper Aufriß der mit den Konferenzen von Prag und Budapest zusammenhängenden Problematik. Ausführlich dazu demnächst Heumos, P.: Die Konferenzen der sozialistischen Parteien Zentral- und Osteuropas in Prag und Budapest 1946 und 1947. Anmerkungen und dokumentarische Materialien zu einem unbekanntem Kapitel osteuropäischer Nachkriegsgeschichte, erscheint in: JbGO 31 (1983) H. 2.

<sup>77</sup> Das Folgende nach: LPA London. International Department. Hungary 1947—51. Danube Conferences, Prague & Budapest.

des bleiben würde. Am klarsten läßt sich der antisowjetische Impetus in der ungarischen Sozialdemokratie nachweisen. Ihr in die Budapester Beratungen eingebrachtes Memorandum zur „Organisation der wirtschaftlichen Kooperation der Donauländer“ lief unmißverständlich auf die Forderung nach Eingliederung der ostmitteleuropäischen Volkswirtschaften in die Weltwirtschaft hinaus; zu diesem Zeitpunkt befand sich die ungarische Wirtschaft bereits in vollständiger Abhängigkeit vom sowjetischen Wirtschaftssystem<sup>78</sup>.

Während die Mehrheit der Sozialisten in Budapest mit einigen Vorbehalten für eine Wirtschaftspolitik plädierte, die Ostmitteleuropa in den gesamteuropäischen Wirtschaftszusammenhang integrierte, versuchten die prokommunistischen Gruppierungen ohne Erfolg, den avisierten Wirtschaftsverbund in eine ostmitteleuropäische Föderation in enger Anlehnung an die Sowjetunion umzuwandeln<sup>79</sup>. Politische und wirtschaftliche Zielsetzungen ließen sich in dieser Phase immer weniger voneinander trennen; das zeigte wenige Monate später die Initiative Cyrankiewicz, der als Antwort auf die Gründung des Kominform die wirtschaftlichen Integrationsbestrebungen der ostmitteleuropäischen Sozialisten zu forcieren suchte<sup>80</sup>.

Die Labour Party hat sich für die in Prag und Budapest formulierten Zielvorstellungen der ostmitteleuropäischen Sozialisten stark engagiert und nach Kräften die Gruppen unterstützt, denen an einer gesamteuropäischen wirtschaftlichen Integration gelegen war. Healeys Gespräche in Ungarn<sup>81</sup>, seine Rede vor dem SPÖ-Kongreß im Oktober 1947<sup>82</sup> und auf dem Parteitag der polnischen Sozialisten im Dezember 1947<sup>83</sup> sind nur einige Belege für dieses Engagement zu einer Zeit, als die Masse der westeuropäischen Sozialisten Ostmitteleuropa bereits abgeschrieben hatte.

<sup>78</sup> Ausführlich zu dieser Abhängigkeit S u n d h a u s e n 1980, passim.

<sup>79</sup> D e u t s c h, J.: Ein weiter Weg. Lebenserinnerungen. Zürich-Wien 1960, 401.

<sup>80</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Vorstandes der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei am 9. Oktober 1947. IGA Bochum. Fasz. „Čsl. sociální demokracie 1945—1948“.

<sup>81</sup> Vgl. J e m n i t z, J.: A magyarországi szociáldemokrata párt külpolitikai irányvonalának alakulásához 1945—1948 [Die Grundlegung der Außenpolitik der ungarischen sozialdemokratischen Partei 1945—1948]. In: Történelmi Szemle 1965, 133—197.

<sup>82</sup> Vgl. Protokoll des dritten Parteitages der SPÖ. Wien 23.—26. Oktober 1947. Wien 1947, 30 ff.

<sup>83</sup> Vgl. Report on the 27th Congress 2.

## DIE ANERKENNUNG DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN AUSLANDSREGIERUNG 1940—1942

*Von Johann Wolfgang Br ü g e l*

Die Anerkennung einer tschechoslowakischen Exilregierung erfolgte keineswegs automatisch nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, sondern zu einem späteren Zeitpunkt und nur stufenweise, weil eine sofortige Anerkennung zu viele und zu komplizierte Probleme aufgeworfen hätte, an die in diesem Augenblick heranzutreten, die kriegführenden Mächte — Frankreich und Großbritannien — nicht bereit waren. Es war nicht im Bereich der Möglichkeiten, einen noch so verklausulierten Anerkennungsakt von Neville Chamberlain und Edouard Daladier zu erwarten, den noch im Amt befindlichen Repräsentanten ihrer Länder, die ein Jahr zuvor das Abkommen von München unterschrieben hatten. Im ungewissen Anfangsstadium des Krieges zeigten sie keine Lust, sich in irgendeiner Form auf die Wiederherstellung eines im März 1939 von der Landkarte verschwundenen Staates festzulegen, den zu zerstückeln sie mitgeholfen hatten. Erst nach dem Ausscheiden aus ihrer politischen Machtposition, aber auch da nur unter dem Druck politischer Notwendigkeiten, konnte eine von Großbritannien anerkannte Auslandsregierung ins Leben treten.

Eng verknüpft mit den politischen Schwierigkeiten war das persönliche Problem Edvard Beneš — Außenminister seines Landes von 1918 bis 1935 und auch dann in der Funktion des Präsidenten der Republik der eigentliche Leiter der tschechoslowakischen Außenpolitik. Darum war die Entscheidung von München sowohl seine politische als auch seine persönliche Niederlage, die einen Amtsverzicht (5. Oktober 1938) auch ohne einen von Berlin in dieser Richtung ausgeübten Druck unausweichlich gemacht hätte. Beneš hat dann, abgesehen von einer mehrmonatigen Tätigkeit als Universitätsprofessor in Chicago in der ersten Hälfte 1939, als Privatmann in London gelebt. Einerseits war er der einzige international bekannte Repräsentant seines Landes im Ausland, dessen Nichtberücksichtigung bei einer Regierungsbildung schwer zu erklären gewesen wäre, andererseits war er den damals an der Macht befindlichen Politikern und ihren Diplomaten schon deshalb ein Dorn im Auge, weil man wußte, daß er, einmal anerkannt, um einen Widerruf der Entscheidung von München kämpfen würde.

Um die Situation seines Nachfolgers im Präsidentenamte Emil Hácha und der Prager Regierung nicht zu erschweren, enthielt sich Beneš bis zum 15. März 1939 jeder öffentlichen Erklärung. Nach der Besetzung Prags durch deutsche Truppen verkündete er in Ansprachen an Tschechen und Slowaken in Amerika die These, die Entscheidung von München sei seinem Land durch Gewaltandrohung aufgezwungen worden, weshalb alles, was auf ihr beruhe (also auch sein Amtsverzicht), rechtlich

nicht wirksam sei und — im Gegensatz zur „Zweiten Republik“ zwischen München und dem 15. März — die „Erste Republik“ rechtlich weiterbestehe. Diese Erklärungen blieben ebenso wie die Protesttelegramme, die Beneš, der sie als „Zweiter Präsident der Tschechoslowakischen Republik“ unterschrieb, nach den Märzereignissen an Chamberlain, Daladier und Präsident Roosevelt gesandt hatte, ohne jedes Echo. Unter diesen Umständen war es ein ungewöhnlicher Erfolg, daß Beneš dann 1940 stillschweigend und 1941 in aller Form von Großbritannien wieder als Staatsoberhaupt — gleichermaßen wie die Königin der Niederlande oder der König von Norwegen (beide als Flüchtlinge in London lebend) — anerkannt wurde. Aber das war weniger das Ergebnis einer geschickten Verhandlungsführung als vielmehr die Erfüllung einer Forderung der politischen Kriegsführung.

### *Absagen aus Paris und London*

Nach Kriegsausbruch schickte Beneš Telegramme an Chamberlain und Daladier, in denen er sie „tschechoslowakischer Solidarität mit den Kriegszielen Großbritanniens und Frankreichs“ versicherte. Daladier reagierte überhaupt nicht<sup>1</sup>. Chamberlain sandte ein in ganz unverbindlichen Wendungen gehaltenes Antworttelegramm, das nur von den „sufferings of the Czech people“ sprach und auf die slowakische Seite der Frage nicht einging<sup>2</sup>. (Chamberlains ursprünglicher und ohnehin schon ziemlich vorsichtig formulierter Entwurf war vom Außenminister Lord Halifax noch weiter „gemildert“ worden<sup>3</sup>.) Eine Ende September an den britischen Gesandten in Budapest geschickte Weisung sollte wohl weniger einen offiziellen Standpunkt darlegen, als dem Adressaten einen Fingerzeig geben, wie er auf ungarische Beschwerden wegen einer Zusammenarbeit britischer Stellen mit tschechoslowakischen Politikern reagieren sollte. Wörtlich wurde dort gesagt<sup>4</sup>: „We avoid to commit ourselves to the resurrection of old Czechoslovakia . . . We have also asked the Ministry of Information to secure that the press should speak as little about ‚Czecho-Slovakia‘ and ‚Czecho-Slovaks‘ as possible.“

In einem internen Meinungsaustausch waren sich die Beamten des Foreign Office darin einig, daß „Czech military help“ zwar willkommen wäre, daß aber dafür keinerlei politische Verpflichtungen eingegangen werden sollten<sup>5</sup>. (Es handelte sich um die freiwillige Meldung von Flüchtlingen zum militärischen Einsatz. Dem britischen Außenministerium war entgangen, daß die Mehrheit der im Lande lebenden Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei deutscher Nationalität war und daß es in ihren Reihen Diskussionen darüber gab, ob man sich in eine zu bildende „Tschecho-

<sup>1</sup> Taborský, Edward: Exilpolitik 1939—1945. In: Geschichte der Tschechoslowakischen Republik 1918—1948. Hrsg. v. Victor S. Mamaty und Radomír Lužá. Wien 1980, 344 (Taborský war während des Krieges Sekretär Benešs).

<sup>2</sup> Wortlaut des Telegramms und der Antwort: The Times v. 5., bzw. 11. 9. 1939.

<sup>3</sup> Ursprünglicher und definitiver Wortlaut der Antwort Chamberlains in: FO 371, Volume 22899 (Dieser und folgende Hinweise dieser Art beziehen sich auf die im Public Record Office, London, zugänglichen Originalakten des Foreign Office nach der Zahl des Bandes — Volume —, in den sie aufgenommen wurden).

<sup>4</sup> Sargent (Foreign Office) an O'Malley (Budapest), 26. 9. 1939, FO 371, Vol. 22899.

<sup>5</sup> E b e n d a.

slowakische Armee“ oder zum britischen Pionierkorps melden sollte, das nur Hilfsdienste leistete.) Zu den Befürchtungen, überflüssigerweise polnischen oder ungarischen Argwohn zu wecken, kam das Bedenken, daß man nicht wußte, wie man sich zu der in Prag amtierenden Protektoratsregierung stellen sollte, in der zu diesem Zeitpunkt manche noch den Keim einer späteren Regierung eines befreiten Landes zu sehen bereit waren. Merkwürdigerweise war es gerade Neville Chamberlain, der — wahrscheinlich aus Versehen — in seiner durch den Rundfunk verbreiteten Antwort an Hitler vom 12. Oktober 1939 den Ausdruck „Czechoslovakia“ gebrauchte und sogar über die „rights of the Czecho-Slovak nation“ sprach — in einer internen Aufzeichnung des Foreign Office wurde dies „very unfortunate“ genannt<sup>6</sup>. Der erste zaghafte und überhaupt nicht verlautbarte Akt einer Anerkennung war die Entscheidung von Lord Halifax (14. September), den Schriftsteller und früheren Diplomaten Robert Bruce Lockhart zum „liaison officer with the Czechs“ zu bestellen<sup>7</sup>.

In seiner ersten Unterredung mit Lord Halifax nach Kriegsausbruch (19. September) stellte Beneš drei Fragen<sup>8</sup>. War Großbritannien bereit, die Wiederherstellung der Tschechoslowakei zu einem ihrer Kriegsziele zu machen? (Vorsichtigerweise unterließ es Beneš, anzudeuten, ob er die Tschechoslowakei vor oder nach München im Sinne hatte.) Die naheliegende Antwort war, daß „all our efforts must be concentrated upon the first task of beating the Germans“. Die zweite Frage betraf die Anerkennung. Wieder war Beneš vorsichtig und sprach nicht von der Anerkennung einer Exilregierung, sondern „of some central organ, acting on behalf of Czechoslovakia“. Halifax versprach die Prüfung dieser Frage, die jedoch niemals erfolgte. Die dritte Frage betraf britische Hilfe „in the organisation and equipment of Czech units“, welche Angelegenheit Halifax ans Kriegsministerium abtreten wollte. Die britische Regierung nahm das Ergebnis dieser Aussprache am nächsten Tag zur Kenntnis<sup>9</sup>. Dem Kriegsministerium wurde vom Außenministerium am 5. Oktober geraten<sup>10</sup>, „to go slow with any of our own plans for enrolling Czechs in this country“, denn der Vorschlag Benešs sei „clearly designed to imply a political promise“.

In einer zweiten Unterredung (29. September)<sup>11</sup> gab Beneš neuerlich der Hoffnung nach britischer Anerkennung einer „Central Organisation“ Ausdruck. Die Frage von Halifax, ob eine solche Organisation wirklich die Repräsentantin der „Czech Nation“ wäre, beantwortete Beneš nicht nur in bejahendem Sinn, sondern betonte darüber hinaus, daß er von der Protektoratsregierung in Prag voll, und das auch finanziell, unterstützt werde.

Einigermaßen im Widerspruch zu seinen Erklärungen vom 29. September ließ Beneš am Tage darauf dem Foreign Office eine in Form einer Note gehaltene und „The Czechoslovak provisional government“ betitelte Zuschrift zugehen<sup>12</sup>. Danach

<sup>6</sup> Aufzeichnung v. 19. 10. 1939, e b e n d a.

<sup>7</sup> Aufzeichnungen Cadogan und Halifax v. 14. 9. 1939, e b e n d a.

<sup>8</sup> Aufzeichnung Halifax v. 20. 9. 1939, e b e n d a.

<sup>9</sup> War Cabinet Conclusions 21 (39) v. 20. 9. 1939 (PRO).

<sup>10</sup> Makins (Foreign Office) an McCandlish (War Office), 5. 10. 1939, FO 371, Vol. 22899.

<sup>11</sup> Aufzeichnung Halifax v. 29. 9. 1939, e b e n d a.

<sup>12</sup> Beneš an Sargent, 30. 9. 1939, e b e n d a.

bestehe das „internally constituted Czechoslovak Cabinet of Ministers“, wie der französischen Regierung berichtet worden sei, aus Beneš als Premierminister, Stefan Osuský (Gesandter in Paris) als Außenminister, General Sergej Ingr als Verteidigungsminister und Eduard Oustrata als Finanzminister. Die Zuschrift ist dadurch bemerkenswert, daß sie von der Absicht spricht, die Regierung durch einen den Reihen der deutschen Politiker entnommenen Minister zu ergänzen. Weiter ist von der Schaffung einer Art Parlamentsersatz in Form eines Staatsrates oder Nationalrates die Rede, der aus Parlamentariern und anderen im Ausland lebenden Persönlichkeiten „of Czech, Slovak and German nationality“ bestehen solle.

Es ist nicht ganz klar, worauf sich die Behauptung stützt, daß intern bereits eine Regierung gebildet und deren Zusammensetzung der französischen Regierung schon mitgeteilt worden sei. (Das Foreign Office traf auf die Zuschrift hin überhaupt keine Maßnahmen.) Wenige Tage vor Kriegsausbruch hatte Osuský — die tschechoslowakischen Gesandtschaften in Paris, Moskau, London, Warschau und Washington funktionierten nach dem 15. März weiter — den Quai d'Orsay um Bewilligung der Vorbereitung der Mobilisierung der in Frankreich lebenden tschechoslowakischen Bürger ersucht, die in einer tschechoslowakischen Armee dienen sollten, welche im Kriegsfall unter der Führung der „verfassungsmäßigen, provisorischen tschechoslowakischen Regierung“ stehen würde<sup>13</sup>. Ob Osuský in diesem Schriftstück etwas über die Zusammensetzung dieser Regierung gesagt hat, ist nicht klar. Andererseits überrascht es, daß Beneš in dem erwähnten Schriftstück (vom 30. September) die Frage des Staatsoberhauptes überhaupt nicht berührt hat, das nach der Verfassung allein zur Ernennung einer Regierung befugt war. Ohne es auszusprechen, hatte er wohl die Verfassungsbestimmung im Sinne, wonach mangels eines gewählten Präsidenten die Regierung dessen Funktionen übernimmt. Als Premierminister hätte er wahrscheinlich auch die Funktion des interimistischen Staatsoberhauptes ausgeübt, so daß die durch seinen Rücktritt vom Präsidentenamt geschaffene komplizierte Situation keine Rolle gespielt hätte.

In seiner Funktion als Außenminister unterzeichnete Daladier am 2. Oktober 1939 zusammen mit Osuský, der namens einer nicht existierenden „provisorischen Regierung“ auftrat, ein Übereinkommen über die Bildung der tschechoslowakischen Armee in Frankreich, die „du point de vue politique . . . sera placée sous l'autorité du Gouvernement provisoire tchécoslovaque“<sup>14</sup>. Das wurde im britischen Außenministerium mit Mißbehagen aufgenommen, da die französische Regierung ihren britischen Verbündeten in dieser Sache weder konsultiert noch nachträglich ins Bild gesetzt hatte. Das Foreign Office erfuhr von der Sache nur durch Beneš. Aufgrund einer vom britischen Botschafter in Paris im Außenministerium diesbezüglich überreichten Note<sup>15</sup> gab Hoppenot, der Leiter der Europäischen Abteilung des Quai d'Orsay, die Versicherung ab, daß „no contact would be entered with Dr. Beneš

<sup>13</sup> K ř e n, Jan: V emigraci [In Emigration]. Prag 1969, 56 (Der Autor beruft sich auf unveröffentlichte Aufzeichnungen Hubert Ripkas).

<sup>14</sup> Wortlaut in: Czechoslovak Yearbook of International Law (im folgenden: Yearbook). London 1942, 232—234. — Documents on International Affairs 1939—1946. Bd. 2: Hitler's Europe. London 1954, 308—312.

<sup>15</sup> Phipps (Paris) an Halifax, 6. 10. 1939, FO 371, Vol. 22899.

during his forthcoming visit (to Paris) and that no decision would be taken except in full consultation with His Majesty's Government". Beneš konnte auch tatsächlich während seines Besuches in Paris im Oktober 1939 mit keinem im Amt befindlichen französischen Politiker Kontakt aufnehmen. Die einzige Erklärung, die von französischer Seite als Begründung für die Unterzeichnung eines Abkommens mit dem Vertreter einer nicht-existierenden Regierung gegeben wurde, kam von Hoppenot, der dem britischen Botschafter sagte, man habe klarmachen wollen, daß man eine „Czechoslovak Army“ und nicht eine „Osusky-Army“ im Sinne habe. Hoppenot betonte, daß den französischen Stellen keine Mitteilung über die Bildung einer provisorischen Regierung zugegangen ist. Er persönlich würde es vorziehen, „that Dr. Benes should remain in the shade and that the Cabinet should be composed of technicians — for example a general, an administrator and a financier, etc.“. Das hätte auch Osuský von jeder Teilnahme an einer Regierung ausgeschlossen, doch dieser legte das von ihm unterzeichnete Abkommen ganz anders aus. „J'incarne actuellement les droits de ce pays“, dessen Souveränität „n'a jamais cessé d'exister legalement“, sagte er in einem am 7. Oktober veröffentlichten Interview<sup>16</sup>. (Unmittelbar nach der Besetzung von Prag hatte Osuský in einem anderen Interview erklärt, er verbleibe „le seul detenteur de la souveraineté tchéco-slovaque“<sup>17</sup>. Im Gespräch mit dem französischen Politiker Edouard Herriot hatte Alexis Leger, der leitende Beamte des französischen Außenministeriums, bestätigt, daß man französischerseits weder Beneš noch Osuský als Mitglieder einer Regierung haben wolle<sup>18</sup>. Eine von Hoppenot versprochene schriftliche Darstellung erreichte das Foreign Office nicht.

#### *Nationalkomitee als Regierungersatz*

Angesichts des britisch-französischen Widerstandes wurde dann der Gedanke der Bildung einer provisorischen Regierung zugunsten der Schaffung eines bloßen „Tschechoslowakischen Nationalkomitees“ fallengelassen, das aus fünf tschechischen und zwei slowakischen Mitgliedern bestand. Das Komitee wurde am 14. November von der französischen Regierung als „qualifié pour représenter le peuple tchéco-slovaque“ anerkannt<sup>19</sup>. Seine nahezu einzige Aufgabe war der Aufbau von bewaffneten Einheiten im Süden Frankreichs. (Die von Osuský verlangte Formel „représenter l'Etat tchécoslovaque et particulièrement le peuple . . .“ wurde französischerseits nicht angenommen<sup>20</sup>. Beneš war eines der Mitglieder des Ausschusses, aber nicht primus inter pares. Zwar wurde er intern am 29. November zum Vorsitzenden gewählt<sup>21</sup>, doch hat man diese Entscheidung weder der französischen noch der britischen Regierung zur Kenntnis gebracht, und der in London lebende Beneš

<sup>16</sup> Petit Parisien v. 7. 10. 1939.

<sup>17</sup> Le Temps v. 3. 4. 1939.

<sup>18</sup> Phipps an Halifax, 20. 10. 1939, FO 371, Vol. 22899.

<sup>19</sup> Wortlaut der französischen und britischen Anerkennungsnoten in: Yearbook 1942, 229—231.

<sup>20</sup> Siehe Aufzeichnung Cadogan über eine Unterredung mit Beneš v. 11. 11. 1939, FO 371, Vol. 22900.

<sup>21</sup> K ř e n 1969, 276.

war auch in keiner Weise mit der täglichen Arbeit des Komitees verbunden, das seinen Sitz in Paris hatte. Dessen Vorsitz führte Mgr. Jan Šrámek, der bis 1938 Führer der (katholischen) Volkspartei gewesen war.

Mit seinem Bemühen, daß in die britische Anerkennung des Nationalkomitees der Satz aufgenommen werde, der Ausschuß habe die Aufgabe „to carry on the struggle for the liberation of the Czechoslovak Republic“, hatte Beneš kein Glück<sup>22</sup>. Das Foreign Office ersetzte den Ausdruck „le peuple tchécoslovaque“ in dem französischen Anerkennungsbrief durch die Mehrzahl („this Committee will be qualified to represent the Czechoslovak peoples“), wodurch offenbar eine Unterscheidung zwischen Tschechen und Slowaken im Gegensatz zu der von Beneš vertretenen These ausgedrückt werden sollte, daß Tschechen und Slowaken Bestandteile einer einheitlichen tschechoslowakischen Nation bildeten. Sollte Beneš gegen die Verwendung des Plurals Einspruch erheben, war man im Foreign Office bereit, nicht auf der Sache zu beharren. Beneš erhob aber gegen die Verwendung des Ausdrucks „Czechoslovak peoples“ keinen Einspruch, möglicherweise deshalb, weil er darin eine geringe Chance sah, den Ausdruck später einmal als eine Anerkennung des multinationalen Charakters der Tschechoslowakei bezeichnen zu können. Bei diesem Stand der Dinge mußte ihm auch eine noch so schwache Möglichkeit willkommen sein, die sich dahin auslegen ließ, daß Deutsche und Ungarn immer noch zu dem Staat gehörten.

Ein gewisser Erfolg in dieser Richtung war die Zustimmung der französischen Regierung dazu, daß das Nationalkomitee eine Mobilisierung aller auf französischem Boden lebenden Bürger der Tschechoslowakei nach dem Stande vom September 1938 verkündete. Es war zweifellos zumindest eine Abweichung von der in München getroffenen Entscheidung, die erst von de Gaulles Nationalkomitee in London im Jahre 1942 für ungültig, und das von Anbeginn an, erklärt wurde<sup>23</sup>. Infolgedessen hatten sich nicht nur in Frankreich lebende Deutsche aus den in München abgetretenen Gebieten, sondern auch Ungarn und Polen, soweit sie tschechoslowakische Staatsbürger gewesen waren, zur Mobilisierung für die tschechoslowakische Armee zu melden. (Wegen der damaligen Neutralität Ungarns wurde aber im Fall von Ungarn aus dem nach dem ersten Wiener Schiedsspruch an Ungarn gefallenem Gebiet der Tschechoslowakei eine Ausnahme gemacht, falls sie sich den französischen Behörden gegenüber als ungarische Staatsbürger bezeichneten.) Eine ähnliche Situation ergab sich in Großbritannien nicht, weil dort zu diesem Zeitpunkt keine Mobilisierung von Ausländern erwogen worden war.

Da die Anerkennung einer Auslandsregierung nicht in Frage zu kommen schien, versuchte Beneš andere Wege zur Verbreiterung seiner politischen Basis. Am 12. Mai 1940 übermittelte er dem Foreign Office ein Memorandum „Draft Proposals for the setting up of a Czechoslovak National Council as a substitute Parliamentary body“. Dieses Organ hätte die Aufgabe, Vorbereitungen zu treffen „for the recognition at a given suitable future moment of a real Czechoslovak Provisional

<sup>22</sup> Aufzeichnung Cadogan v. 13. 11. 1939, FO 371, Vol. 22900.

<sup>23</sup> Wortlaut der Erklärung de Gaulles v. 29. 9. 1942 in: *Memoirs of Dr. Eduard Beneš* (im folgenden: *Memoirs*). London 1954, 232.

Government. That would be the final step in our entire organisation“<sup>24</sup>. Beneš sagte dann, daß er in diese Körperschaft auch Deutsche berufen wolle. In bezug auf die Kommunisten, von denen eine größere Zahl als Flüchtlinge in Großbritannien und einige wenige in Frankreich lebten, sagte er, er werde sich diesbezüglich von den Wünschen der britischen und der französischen Regierungen leiten lassen. Die Berufungen würden von ihm „as a representative acknowledged at home of our entire movement abroad“ vorgenommen werden. Obwohl Neville Chamberlain als Regierungschef inzwischen durch Winston Churchill ersetzt worden war, einen erklärten Gegner der Entscheidung von München, war die Antwort des Foreign Office<sup>25</sup> auf die Initiative Benešs wieder ausweichend und im Grund negativ: einer weiteren Erwägung der Sache sollte, hieß es, „a clear and public demonstration of the unity of the Czecho-Slovak action abroad“ vorausgehen. Das war eine Anspielung auf die Differenzen, die Beneš sowohl mit Osuský als auch mit dem slowakischen Politiker Milan Hodža (Regierungschef von 1935—1938) hatte. Osuský hatte sich von der Arbeit im Nationalkomitee zurückgezogen und Hodža hatte in Paris ein eigenes „Conseil National Slovaque“ gegründet, das er dann zu einem „Conseil National Tchéco-Slovaque“ erweiterte, das aber keinerlei diplomatische Anerkennung fand. (Der Konflikt mit Osuský wurde später durch dessen Berufung in die Auslandsregierung vorläufig beigelegt, flammte jedoch erneut auf, nachdem Osuský 1942 aus dieser ausgeschieden war. Hodža nahm zwar 1940 von Beneš die Ernennung zum Vizepräsidenten des Staatsrates an, trat aber dieses Amt nicht an und zog sich nach Amerika zurück.)

Im Juni 1940 legte Bruce Lockhart, wohl von Beneš dazu gedrängt, dem Foreign Office eine Empfehlung vor, mit Beneš in Verhandlungen über die Anerkennung einer Regierung zu treten. „Whatever his defects may be“, schrieb er, „I consider him the only possible leader of a pro-ally government among the Czechs and Slovaks“<sup>26</sup>. Beneš entwickelte dann in einer Denkschrift vom 21. Juni<sup>27</sup> seine Vorstellungen von der anzuerkennenden Regierung. Für sich nahm er den Titel „Präsident der Republik“ in Anspruch und nannte die Mitglieder der beabsichtigten Regierung, deren Vorsitz Monsignore Jan Šrámek übernehmen sollte. Über einen von ihm als Parlamentsersatz zu erstellenden „Nationalrat“ sagte er: „All Deputies and Senators as well as other important political personalities of Czech, Slovak and Sudeten German nationality can be members of this body.“ Der Vorsitz in dieser Körperschaft sollte einem Tschechen zufallen, der als Stellvertreter einen Slowaken und „one German Deputy“ haben würde.

#### *Anerkennung einer provisorischen Regierung*

Eine Aufzeichnung von Roger Makins, Abteilungsvorstand im Central Department (jetzt Lord Sherfield), deutete ein erstes Abweichen des Foreign Office von

<sup>24</sup> Memorandum Beneš, dem Foreign Office von Bruce Lockhart am 16. 5. 1940 vorgelegt, FO 371, Vol. 24288.

<sup>25</sup> Cadogan an Beneš, 25. 5. 1940, e b e n d a.

<sup>26</sup> Bruce Lockhart an Strang (Foreign Office), 14. 6. 1940, e b e n d a.

<sup>27</sup> Memorandum Beneš, 21. 6. 1940, FO 371, Vol. 24389.

der früheren starren Ablehnung an: Man könne Diskussionen mit Beneš mit dem Ziel der Anerkennung „of a government of a Czechoslovak State without specific mention of particular frontiers“<sup>28</sup> beginnen. Für diese Sinnesänderung findet sich keine schriftliche Begründung in den Akten, sie ist aber wohl auf die Anwesenheit anderer Exilregierungen (Norwegen, Niederlande, Polen) in London zurückzuführen, denen man im Falle der Tschechoslowaken etwas Gleichartiges zur Seite stellen wollte. Sir William Malkin, der Kronjurist des Foreign Office, war dagegen, den tschechoslowakischen Staat in dem Anerkennungsschreiben zu erwähnen, weil dies automatisch die Grenzfrage aufwerfen würde; er empfahl die Anerkennung eines „Provisional Czechoslovak Government“<sup>29</sup>. Seine Empfehlung wurde verwirklicht. Ein internes Memorandum<sup>30</sup> besagt, daß sich die Situation insofern geändert habe, als man auf französische Bedenken und ungarische Befürchtungen keine Rücksicht mehr nehmen müsse. Bemerkenswerterweise wurde schon zu diesem frühen Zeitpunkt, ein Jahr vor Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges, ausgeführt, daß die Gefahr bestehe, falls Beneš keine britische Unterstützung erhalte, daß die Tschechen und Slowaken ihren Blick auf Moskau richten würden. Ohne auf den Anspruch Benešs, als Staatsoberhaupt anerkannt zu werden, einzugehen, wurde gesagt, die Anerkennung könne unter der Voraussetzung erfolgen, daß sich Großbritannien auf keine Nachkriegsgrenzen der Tschechoslowakei verpflichte. Beneš wurde in diesem Sinne mit Zuschrift vom 6. Juli informiert<sup>31</sup>, worauf er seine Vorschläge vom 21. Juni in einem offiziellen, an den Außenminister Lord Halifax gerichteten Schreiben am 9. Juli wiederholte<sup>32</sup>.

Die Antwort von Lord Halifax vom 18. Juli<sup>33</sup> war immer noch mit der Anrede „Dear Dr. Beneš“ versehen und nahm auf die Frage der Anerkennung als Präsident der Republik überhaupt keinen Bezug, was Beneš als stillschweigende Zustimmung empfunden haben dürfte. Großbritannien sei bereit, eine Provisorische Regierung „as a representative of the Czech and Slovak peoples“ (also nicht als Vertretung der Tschechoslowakei als Land) anzuerkennen. Er meldete dann den britischen Vorbehalt wegen der Grenzen einer künftigen Tschechoslowakei an und sprach aus, daß die britische Regierung die These Benešs über die Rechtskontinuität der Ersten Republik nicht anzunehmen in der Lage sei. (Nichtsdestoweniger wurde es Beneš ermöglicht, diese These in der tschechischen Sendung der BBC zu verkünden<sup>34</sup>.) Alle übrigen offenen Fragen würden in späteren Verhandlungen geregelt werden.

Am 21. Juli zeigte William Strang, der damalige Leiter des Central Department, Beneš den vorbereiteten Anerkennungsbrief und sagte dazu in einer Aufzeichnung<sup>35</sup>:

<sup>28</sup> Aufzeichnung Makins v. 24. 6. 1940, e b e n d a.

<sup>29</sup> Aufzeichnung Malkin v. 25. 6. 1940, e b e n d a.

<sup>30</sup> Foreign Office Memorandum v. 1. 7. 1940, e b e n d a.

<sup>31</sup> Strang an Beneš, 6. 7. 1940, e b e n d a.

<sup>32</sup> Beneš an Halifax, 9. 7. 1940, FO 371, Vol. 24389. — Durch Rückübersetzung aus dem tschechischen Original der Memoiren (B e n e š, Edvard: Paměti [Erinnerungen]. Prag 1947) leicht veränderter Wortlaut in: *Memoirs 1954*, 107—109.

<sup>33</sup> Halifax an Beneš, 18. 7. 1940, FO 371, Vol. 24389. — Halifax an Beneš, 21. 7. 1940. *Documents on Internat. Affairs II 1954*, 312. — Siehe auch: *Memoirs 1954*, 109 ff.

<sup>34</sup> Siehe: *Memoirs 1954*, 114 f.

<sup>35</sup> Aufzeichnung Strang v. 21. 7. 1940, FO 371, Vol. 24389.

„We had some discussion about Dr. Benes's title. He said, he was quite willing, if we wished, to avoid altogether the use of the word Czechoslovak in the proceedings of the Provisional Government and in his own title. He would call himself ‚President of the Republic‘. Where it was necessary to be more precise he would say ‚President of the Czechoslovak Republic‘ or, Czechoslovak President.“

Das Foreign Office, das eine interne Diskussion über die Stellung Beneš als Staatsoberhaupt erst 1941 führte<sup>36</sup>, sprach damals keinerlei Wünsche in dieser Richtung aus. Eine gewisse de facto-Anerkennung kann darin gesehen werden, daß Lord Halifax zum Unterschied von früher in der offiziellen Note vom 21. Juli Beneš mit „Your Excellency“ adressierte und daß kurz nachher in der ‚Times‘ berichtet wurde: „The Czechoslovak President and Madame Benes visited the King and Queen and remained to luncheon“<sup>37</sup>.

Als Geoffrey Mander, ein Abgeordneter der Liberalen Partei, im Unterhaus die Frage stellte, ob die rechtliche Stellung der neu anerkannten tschechoslowakischen Regierung identisch sei mit der polnischen Exilregierung, wies das Foreign Office intern auf den Unterschied hin, daß die polnische Regierung Rechtskontinuität mit dem polnischen Vorkriegsregime behaupten könne, und empfahl Churchill, an den als Regierungschef die Anfrage gerichtet war, sie in dem Sinne zu beantworten, daß „certain technical distinctions“ bestehen. Churchill ging über diese Empfehlung hinweg und sagte am 23. Juli 1940 im Unterhaus: „there is no difference“<sup>38</sup>.

Tatsächlich war aber die Stellung einer provisorischen Regierung, die keinen bestimmten Staat vertrat, nicht die gleiche wie die der andern damals in London amtierenden Exilregierungen. Beneš drängte Churchill darauf, die noch bestehenden Unterschiede durch Fallenlassen des ‚provisorischen‘ Charakters der Regierung zu beseitigen, und gab ihm bei passender Gelegenheit eine Denkschrift, in der seine wichtigsten Wünsche niedergelegt waren. Churchill leitete sie an Anthony Eden, der inzwischen wieder die Leitung des Außenministeriums übernommen hatte, am 20. April 1941 mit folgenden Worten weiter<sup>39</sup>: „President Benes handed to me the attached yesterday, I see no reason why we should not give the Czechs the same recognition as we have given to Poles and encourage the Allies to follow our example. In neither case should we be committed to territorial frontiers.“

Obwohl Eden das Schriftstück mit der Bemerkung „My view on this question is similar to Prime Minister's“ versehen hatte, dauerte es noch bis zum 18. Juli 1941, ehe die volle Gleichstellung der tschechoslowakischen mit den andern Exilregierungen ausgesprochen wurde<sup>40</sup>, und es hätte wahrscheinlich ohne das Dazwischentreten der Sowjetunion noch länger gedauert.

Hier müssen einige Bemerkungen über die Haltung der Sowjetunion zu der Pro-

<sup>36</sup> Foreign Office Memorandum „Personal status of President Eduard Benes of Czechoslovakia“ v. 12. 2. 1941, FO 371, Vol. 26394.

<sup>37</sup> The Times v. 14. 8. 1940.

<sup>38</sup> Aufzeichnung Frank Roberts (Foreign Office) v. 22. 7. 1940, FO 371, Vol. 26394. — The Times v. 24. 7. 1940.

<sup>39</sup> Prime Minister's Personal Minute, Serial No M 450/I, 20. 4. 1941, FO 371, Vol. 26394.

<sup>40</sup> Cabinet Conclusions 69 (1941) v. 14. 7. 1941 (PRO). — Eden an Jan Masaryk, 18. 7. 1941, FO 371, Vol. 26394. — Memoirs 1954, 125—126 (durch Rückübersetzung leicht verändert).

blematik eingeschaltet werden. Während es der britischen Diplomatie schwer fiel, einmal eingenommene Positionen neuentstandenen politischen Notwendigkeiten anzupassen, hatte man in Moskau keine Skrupel, die bis dahin verkündeten Parolen über Nacht in ihr Gegenteil umzukehren. Nachdem die Westmächte in Protestnoten vom 17. März 1939 erklärt hatten, die Besetzung von Böhmen und Mähren als Verletzung des Münchner Abkommens nicht anerkennen zu wollen, folgte die Sowjetunion einen Tag später mit einer eigenen Protestnote<sup>41</sup>. Die tschechoslowakische Gesandtschaft in Moskau mit Zdeněk Fierlinger als Gesandten blieb zunächst weiter bestehen. Nach Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsabkommens vom 23. August und des Grenz- und Freundschaftsvertrags vom 28. September 1939 anerkannte die Sowjetunion im Dezember 1939 die am 14. März des Jahres ausgerufene Slowakische Republik und tauschte Gesandte mit ihr aus. Gleichzeitig wurde der tschechoslowakischen Gesandtschaft die Anerkennung entzogen, worauf Fierlinger das Land verließ. Unmittelbar nach dem 22. Juni 1941 kam es zu einem vorläufigen Übereinkommen zwischen Jan Masaryk, dem Außenminister der Exilregierung, und Ivan Maiski, dem sowjetischen Botschafter in London, über die Aufstellung tschechoslowakischer militärischer Einheiten auf sowjetischem Boden. Gleichzeitig gab die Sowjetunion<sup>42</sup> ihre Bereitschaft bekannt, Beneš als Präsidenten der Republik, die Exilregierung als Regierung der Tschechoslowakischen Republik und überdies auch noch die Vor-Münchner Grenzen des Staates anzuerkennen. (Was die Sowjetunion aber 1944/45 nicht hinderte, sich die Karpato-Ukraine, Bestandteil der Vor-Münchner Tschechoslowakei, mit Gewalt anzueignen.)

#### *Definitive Anerkennung in London*

Diese Anerkennung wurde am 18. Juli 1941 ausgesprochen, und um hinter Moskau nicht allzuweit zurückzubleiben, beeilte sich die britische Regierung, am gleichen Tag ihren Anerkennungsakt zu vollziehen. Er ging nicht so weit wie der sowjetische, sprach aber die ausdrückliche Anerkennung Benešs als Präsident der Republik aus und erkannte die von Šrámek geführte Regierung als Regierung der Tschechoslowakischen Republik an<sup>43</sup>. Gleichzeitig wurde die Entscheidung des Königs bekanntgegeben, einen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Dr. Beneš als dem Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik zu bestellen.

In den folgenden Jahren wurden nach und nach alle britischen Vorbehalte fallengelassen, einige ausdrücklich, einige stillschweigend. Die Frage des Münchner Abkommens wurde im August 1942 durch einen Notenwechsel zwischen Eden und Jan Masaryk geregelt<sup>44</sup>. Die britische Regierung erklärte sich wegen der Nichteinhaltung

<sup>41</sup> Wortlaut der britischen, französischen und sowjetischen Noten in: Yearbook 1954, 226—228. — Documents on International Affairs 1939—1946. Bd. 1. London 1951, 71—75.

<sup>42</sup> Bruce Lockhart an Eden, 26. 6. 1941, FO 371, Vol. 26394.

<sup>43</sup> Memoirs 1954, 125—126.

<sup>44</sup> Notenwechsel Eden - Masaryk, 5. 8. 1942, Command Paper No 6379. — Siehe auch Edens Erklärungen im Unterhaus, 5. 8. 1942, Hansard (House of Commons). Bd. 382,

dieses Abkommens durch Deutschland — also nicht von Anbeginn — jeder Verpflichtung in dieser Sache ledig; sie werde bei der endgültigen Regelung der Grenzen bei Kriegsende von der in München getroffenen Entscheidung unbeeinflusst sein. Schließlich hat die britische Regierung Anfang 1945 einer Formel zugestimmt, derzufolge „the Czechoslovak Government should exercise full political authority from the date of the unconditional surrender of Germany throughout the area bounded by the frontiers of Czechoslovakia as these existed before the 31st December 1937“<sup>45</sup>.

#### *Anerkennung durch die Vereinigten Staaten*

Nicht weniger verwickelt als in London war der Prozeß der Anerkennung der tschechoslowakischen Exilregierung in Washington. Die Vereinigten Staaten hatten sich in keiner Weise bezüglich der durch die Entscheidung von München herbeigeführten territorialen Änderungen ausgesprochen<sup>46</sup> und hatten die Zustimmung zur Besetzung von Böhmen und Mähren im März 1939 ausdrücklich verweigert<sup>47</sup>. Auch nachher wurde Vladimír Hurban als tschechoslowakischer Gesandter von den Vereinigten Staaten weiterhin anerkannt. Diese Tatsache stand aber im späteren Verlauf der Ereignisse der Anerkennung eines Exilregimes eher im Wege. Als Hurban die Frage einer Anerkennung des Nationalkomitees durch die USA im Februar 1940 im State Departement zur Sprache brachte, wurde ihm von Pierrepont Morgan, dem Vorstand der Europa-Abteilung, geraten, die Sache nicht zum Gegenstand eines offiziellen Schrittes zu machen, weil ein solcher zu einer Ablehnung führen würde<sup>48</sup>. Wiewohl das State Departement vom Botschafter in London über die britische Anerkennung der provisorischen Regierung informiert worden war<sup>49</sup>, beantwortete das State Departement Vorschläge, dem britischen Beispiel zu folgen, mit der Behauptung, von der Existenz einer solchen Regierung nichts zu wissen<sup>50</sup>: „The question of extending any particular form of recognition to the so-called Czechoslovak National Committee in London to which you refer has not arisen.“ Anfang 1941 wurde Anthony J. Drexel Biddle zum Vertreter der Vereinigten Staaten bei den in London bestehenden Exilregierungen, nicht aber zum Vertreter bei der tschechoslowakischen Exilregierung, bestimmt, was vom State Departement mit dem „lack of continuity“ im tschechoslowakischen Falle begründet wurde, „a

Sp. 1004 f. — Einzelheiten bei Brügel, J. W.: Tschechen und Deutsche 1939—1946. München 1974, 47 ff.

<sup>45</sup> War Cabinet, Czechoslovak Frontiers, Memorandum by the Secretary of State for Foreign Affairs v. 20. 3. 1945, W. P. (45) 180. CAB 66/63 (PRO).

<sup>46</sup> Anfragen in dieser Richtung wurden vom State Department in dem Sinne beantwortet, die Vereinigten Staaten hätten „accepted as a fact the incorporation of the Sudetenland into the territory of the German Reich“. — Siehe z. B. Hackworth (State Department) an Kingston National Bank, 14. 2. 1940. National Archivs (im folgenden: N. A.), Washington, 860 F. 01/312.

<sup>47</sup> Wortlaut der Note von Sumner Welles, 21. 3. 1939, in: Yearbook 1954, 228.

<sup>48</sup> Undatiertes Memorandum R. D. Coe „The question of recognition of the ‚Czechoslovak Provisional Government‘ in London“, N. A. 860 F. 01/461.

<sup>49</sup> Kennedy (London) an State Department, 24. 7. 1940, N. A. 860 F. 01/345.

<sup>50</sup> Robert T. Pell (Stellvertreter des Chefs der Europa-Abteilung), an M. Watson, Calais, Maine, 29. 7. 1940, N. A. 860 F. 01/347.

condition which did not exist in connection with our relations to the other Governments to which Mr. Biddle is accredited". Monate nach der Ersetzung des Nationalkomitees durch die Provisorische Regierung in London wurde einem Beamten der tschechoslowakischen Gesandtschaft im State Departement gesagt: „This Government is not at the present time willing to change its position regarding the Czechoslovak National Committee“<sup>51</sup>. Die Lage war voll von Widersprüchen: Das State Departement begründete seine Weigerung, die Exilregierung anzuerkennen, teils mit dem Hinweis auf die weitere Anerkennung Hurbans in seiner Stellung als Gesandter, teils damit daß infolge der Nichtanerkennung des Münchner Abkommens durch die Vereinigten Staaten „the Government of Czechoslovakia as constituted previous to the Munich Agreement remains the Government of Czechoslovakia today“<sup>52</sup>. Aber die zu diesem Zeitpunkt in Prag amtierende Regierung war nicht eine der Tschechoslowakischen Republik, sondern eine des Protektorats Böhmen/Mähren, dessen Schaffung und Eingliederung in „Großdeutschland“ von den Vereinigten Staaten nicht anerkannt worden war. Hurban erhielt seine Aufträge jetzt von der Exilregierung in London. Hácha, der am 30. November 1938 zum Präsidenten der Republik gewählt worden war und nach dem 15. März 1939 den Titel ‚Staatspräsident‘ führte, war in den ersten Kriegsjahren, wie die meisten Mitglieder der Prager Regierung, in geheimer Verbindung mit Beneš in London.

Die ablehnende Haltung des State Departements erfuhr eine weitere Unterstützung durch George Kennan, der im Februar 1941 über eine Unterredung berichtete, die er in Berlin mit František Chvalkovský gehabt hatte. Chvalkovský, Außenminister der Zweiten Republik und dann Vertreter der Protektoratsregierung in Berlin (ohne diplomatischen Status), sprach sich in einer Unterredung mit dem amerikanischen Diplomaten, ohne sich dabei auf einen Auftrag Háchas zu berufen, gegen eine Anerkennung der Exilregierung aus. In seinem Bericht über diese Unterredung unterstützte Kennan Chvalkovskýs Empfehlung<sup>53</sup>.

Inzwischen hatte die Exilregierung einen wichtigen Helfer in der Person John Winants gewonnen, der Anfang 1941 die Leitung der US-Botschaft in London übernahm. Vom April 1941 an sprach sich Winant in Berichten an das State Departement zugunsten einer Anerkennung aus. Im Gespräch mit dem britischen Außenminister Anthony Eden sagte Winant, Präsident Roosevelt habe ihn gefragt, warum Beneš nicht überzeugt werden könne, ein Organ zu bilden „representing the four nationalities in Czechoslovakia“, das dann von den Vereinigten Staaten und Großbritannien anerkannt werden könnte<sup>54</sup>. Es ist nicht klar, ob Roosevelt die Ungarn oder die Ukrainer als die vierte Nationalität der Tschechoslowakei betrachtete, aber seine Formulierung war sicher so zu verstehen, daß er eine Vertretung der Deut-

<sup>51</sup> Aufzeichnung über die Unterredung Cervinka - Atherton v. 18. 2. 1941, N. A. 860 F. 01/374.

<sup>52</sup> Aufzeichnung über die Unterredung Hurban - Staatssekretär Hull v. 13. 3. 1941, N. A. 860 F. 01/367. — Siehe dazu Hulls Brief an Senator Lee v. 12. 6. 1941, abgedruckt in: *Memoirs* 1954, 188.

<sup>53</sup> Memorandum George Kennan v. 5. 2. 1941, N. A. 860 F. 461 1/2.

<sup>54</sup> Winant an State Department, 24. 7. 1941, N. A. 860 F. 01/403. — Makins an Halifax (Washington), FO 371, Vol. 26394.

schen in der Exilregierung im Sinne hatte. Eden antwortete Winant, daß „this was in fact what we had already done“. Der Gedanke wurde nicht weiter verfolgt.

Die Bemühungen Winants waren Ende Juli 1941 erfolgreich, aber die Anerkennung durch die Vereinigten Staaten wurde zunächst in einer Form ausgesprochen, die die Exilregierung eher in Verlegenheit brachte. Die britische Regierung hatte bereits dem Verzicht auf den „provisorischen“ Charakter der Exilregierung zugestimmt. Nichtsdestoweniger anerkannten die Vereinigten Staaten jetzt „the provisional government established in London . . . under the presidency of Dr. Benes“<sup>55</sup> an. Biddle, der von nun an auch als Vertreter bei der tschechoslowakischen Exilregierung akkreditiert war, berichtete noch ein Jahr später<sup>56</sup>, wie enttäuscht Beneš darüber gewesen sei, daß die Vereinigten Staaten ihm und der Exilregierung nicht das gleiche Maß an Anerkennung zuteil werden ließen, wie es die britische Regierung am 18. Juli 1941 getan hatte. Die Angelegenheit wurde schließlich durch ein Telegramm Roosevelts an Beneš geregelt, das ihm Glückwünsche zum tschechoslowakischen Staatsfeiertag (28. Oktober) übermittelte und ihn als „President of the Republic of Czechoslovakia“<sup>57</sup> ansprach. Von diesem Augenblick an gab es keinen Unterschied mehr zwischen der britischen und der amerikanischen Haltung: Sowohl London als auch Washington betrachteten Beneš als den Präsidenten der Tschechoslowakei und die von ihm ernannte Regierung als die Regierung der Tschechoslowakischen Republik.

Wie immer man die Ergebnisse der politischen Wirksamkeit der Exilregierung beurteilt — was nicht der Zweck der vorstehenden Betrachtungen war —, das eine ist sicher, daß es ihr gelungen ist, die durch die Ereignisse der Jahre 1938—1939 untergegangene Existenz eines tschechoslowakischen Staates neuerlich in die politische Begriffswelt einzufügen.

---

<sup>55</sup> Winant an J. Masaryk, 21. 7. 1941, abgedruckt in: *Memoirs* 1954, 178; *Department of State Bulletin*, 2. 8. 1941, 88; *Documents on Internat. Affairs II* 1954, 316.

<sup>56</sup> Biddle an State Department, 21. 9. 1942, N. A. 860 F. 01/456.

<sup>57</sup> Hull an Biddle, 22. 10. 1942, N. A. 860 F. 01/463<sup>1/2</sup>.

## AUFBAU UND ANLIEGEN DES SUDETENDEUTSCHEN WÖRTERBUCHS\*

*Von Heinz Engels*

Es ist eine Binsenwahrheit, daß eine Sprache aus der Summe der in ihr geltenden Lautungen, Wörter, Sätze und satzwertigen Äußerungen besteht. Dabei spielen vor allem die Wörter eine herausragende Rolle, so daß man lange Zeit hindurch glaubte, die Summe der Wörter allein stelle die Sprache adäquat dar.

Aus diesem Grunde hat die Wörterbucharbeit zunächst in Italien und Frankreich, dann, vor allem in der Zeit des Barock, der Aufklärung und der Romantik, auch in Deutschland eine besondere Rolle gespielt, während man sich um Syntax und sprachliche Äußerung weniger bemühte.

Die Sprachgesellschaften des 17. Jahrhunderts im deutschsprachigen Raum eiferten ihren Vorbildern nach, vor allem der *Academia de la Crusca* in Florenz und der *Academie Francaise* in Paris. Die beiden genannten Akademien sahen ihr Ziel darin, ein für ganz Italien bzw. für ganz Frankreich verbindliches Wörterbuch zu erstellen, um sich durch die Sprache als Nation nach außen hin zu dokumentieren. Auch die deutschen Sprachgesellschaften, deren erste und bedeutendste, nämlich die „Fruchtbringende Gesellschaft“, schon 1617 gegründet wurde, wollte letztlich ein solches deutsches Wörterbuch schaffen. Aber in Deutschland waren die politischen Verhältnisse anders als in seinen westlichen Nachbarstaaten.

Deutschland war im 17. Jahrhundert eher ein gedankliches Gebilde als ein Staatsgebilde. Es gab keine wirkliche zentrale Macht, es gab keine Stadt im deutschsprachigen Raum, die man als Hauptstadt bezeichnen konnte. Noch für das Jahr 1789, das Jahr des Beginns der Französischen Revolution, kann der Historiker Golo Mann sagen, daß es um diese Zeit im deutschsprachigen Raum fast ebenso viele einzelstaatliche Gebilde gab, wie es in der Jahreszahl zum Ausdruck kommt. Dennoch machte man sich im 17. Jahrhundert Gedanken darüber, wie eine einheitliche, von allen verstandene deutsche Sprache zu schaffen sei. Dazu bedurfte es einer Norm, und man fand diese Norm, oder glaubte sie gefunden zu haben, in der Sprachgebung der Lutherschen Bibelübersetzungen, d. h. also im obersächsisch-meißnischen Dialekt. Es liegt auf der Hand, daß diese willkürlich gesetzte Norm, das Obersächsisch-Meißnische auf der Grundlage der Sprache Luthers, nicht in allen deutschsprachigen Gebieten Anklang fand: nicht in Bayern, nicht in den katholischen Rheinlanden und auch nicht in Österreich.

Im übrigen ging es ja denen, die Grammatiken und Wörterbücher im 17. Jahrhundert schrieben, darum, eine allgemeinverbindliche deutsche Hochsprache zu

\* Vortrag, der am 20. Mai 1983 anlässlich des Sudetendeutschen Tages in Wien gehalten wurde.

schaffen, wobei die Dialekte offiziell aus der Hochsprache ausgeschlossen wurden. Das führte schon damals zu der Befürchtung, daß die Dialekte zum Untergang verurteilt wären.

Im 18. Jahrhundert wurden diese Befürchtungen noch stärker. Im niederdeutschen Sprachgebiet hatte sich das Hochdeutsche weithin durchgesetzt, zu einem großen Teil auch im Rheinland. Nur das südliche Deutschland weigerte sich, die von dem Sprachmeister des 18. Jahrhunderts, von Gottsched, geforderte Norm anzunehmen. Immerhin aber gelang es Gottsched, auch in Wien etwa, eine Deutsche Gesellschaft ins Leben zu rufen. Und Gottsched ist es auch, der das erste gewichtige vierbändige Wörterbuch, den „Versuch eines vollständigen grammatisch-kritischen Wörterbuchs der hochdeutschen Mundart“, anregte, das dann von Johann Christoph Adelung, der aus Pommern stammte, 1774—1786 verifiziert wurde (zweite Auflage: 1793—1801). Wieland benutzte das Wörterbuch, Goethe besaß es, Schiller lieb es sich bei Goethe aus, E. T. A. Hoffmann beklagte sich über die „frisierete Adelunge“.

Adelungs Wörterbuch ist das eigentliche Wörterbuch der Aufklärung. Es steht ganz in der Tradition des 17. Jahrhunderts, und es schließt alle Idiotismen und Dialektismen aus. Ähnlich verhält sich dann Jacob Grimm, der auch nur sogenanntes hochsprachliches Material verwendet, weil er die Mundarten als eine verderbte Form der Hochsprache betrachtet. Aber nun nahm der Widerstand gegen solche normierten Wörterbücher auch erheblich zu.

Schon Leibniz hatte gefordert, sich auch mit den Mundarten zu befassen, und vor allem ein Schüler Klopstocks, der Niederdeutsche Johann Hinrich Voß, setzte sich seit etwa 1773 intensiv dafür ein, daß in einem allgemeinen deutschen Wörterbuch auch die Dialekte des deutschsprachigen Raumes angemessene Berücksichtigung finden sollten. Es dauerte dann auch nicht lange, bis Johann Andreas Schmeller dem auf die Hochsprache ausgerichteten Grimmschen Wörterbuch sein „Bayerisches Wörterbuch“ entgegensetzte, das zwischen 1827 und 1837 erschien. Schmeller schuf sein Mundartwörterbuch aus der Erkenntnis heraus, daß die bisherigen, auf eine postulierte Hochsprache ausgerichteten Wörterbücher nur einen Bruchteil dessen erfaßten, was man insgesamt als den Wortschatz des deutschsprachigen Raumes zu bezeichnen hätte.

Nach dem Vorbild Schmellers erschien dann im Laufe des späteren 19. und des 20. Jahrhunderts eine ganze Reihe von Wörterbüchern der verschiedenen Mundarten (oder sie wurden doch wenigstens begonnen). So entstanden, um nur einige hier zu nennen, das Bairisch-Österreichische, das Schwäbische, das Ostfränkische, das Rheinische, das Südheßische Wörterbuch und andere mehr (insgesamt etwa 20 Mundartwörterbücher). Mit den Mundartwörterbüchern wuchs das Interesse an den Mundarten selbst, auch im sudetendeutschen Gebiet. Seit 1858, so hat Hertha Wolf-Beranek in der Zeitschrift für Dialektologie und Linguistik (1976) nachgewiesen, wird das Interesse an den sudetendeutschen Mundarten immer stärker, und es kommt auch schon zu ersten Wortsammlungen mit beigefügten Erklärungen, die freilich noch nicht den Rang von Wörterbüchern erreichen, die aber für uns heute von erheblicher Bedeutung sind.

Es dauerte dann noch etwa 70 Jahre, bis um das Jahr 1930, angeregt von Theodor Frings, dem damaligen Leiter des Leipziger Germanistischen Instituts, mit den Vor-

arbeiten zu einem wirklichen Wörterbuch der sudetendeutschen Mundarten begonnen werden konnte. Das Ansuchen zur Erstellung eines solchen Wörterbuchs richtete sich an die beiden Germanisten der Prager Karls-Universität: Erich Gierach und Ernst Schwarz. Getragen wurde das damals so genannte Sudetendeutsche Mundartenwörterbuch von der Deutschen Gesellschaft der Wissenschaft und Künste in Prag und von der Deutschen Akademie in München. Gefördert wurde es darüber hinaus auch von der Deutschen Notgemeinschaft in Berlin. Leiter des Unternehmens wurde Prof. Dr. Ernst Schwarz, dem es dann auch gelang, die Sammelarbeit für das Wörterbuch bis gegen Ende des Krieges 1945 im großen und ganzen abzuschließen.

Es waren 15 Fragelisten in die verschiedenen Bezirke des deutschsprachigen Sudetenlandes versendet worden, und daraus ergaben sich bis zum Ende des Krieges 1 200 000 Belegzettel und etwa 800 Verbreitungskarten. Dem Beginn der weiteren Ausarbeitung des Materials, und damit dem Beginn der Publikation eines Sudetendeutschen Mundartenwörterbuchs hätte eigentlich nichts mehr im Wege gestanden. Aber dann kamen eben das Kriegsende, und, damit verbunden, die Aussiedlung der Sudetendeutschen, die, man kann es wohl so ausdrücken, in alle Winde verstreut wurden. Man fand sie nach dem Krieg etwa in Österreich und in den verschiedensten deutschen Bundesländern, vor allem etwa in Bayern und Hessen oder auch in den Rheinlanden. Ortsverbände, ja sogar Familienverbände wurden auseinandergerissen und in unterschiedlicher Weise sprachlich in ihre neue Umgebung integriert.

Prof. Schwarz, der letzte Betreuer des Sudetendeutschen Mundartenwörterbuchs, wurde nach Erlangen berufen. Prof. Franz Joseph Beranek verschlug es mit seiner Frau, Dr. Hertha Wolf-Beranek, nach Gießen.

Das Material des 1930 begonnenen Wörterbuchs blieb trotz intensiver Nachforschungen verschollen und muß heute wohl als verloren gelten.

Das schien zunächst das Ende des Sudetendeutschen Wörterbuchs zu bedeuten. Aber Schwarz und Franz J. u. Hertha Beranek gaben nicht auf. Es dauerte allerdings bis zum Jahre 1957, bis ein neues Sudetendeutsches Wörterbuch gegründet werden konnte. Vorsitzender der neuen Wörterbuchkommission wurde Prof. Ernst Schwarz, zum Leiter wurde Prof. Beranek berufen, der die Vorarbeiten zu einem neuen Wörterbuch zunächst in seiner Privatwohnung betrieb, bis ihm 1959 die Justus Liebig-Universität in Gießen kostenlos Räume für das sich allmählich häufende Wörterbuchmaterial zur Verfügung stellte.

Schwarz, Franz J. Beranek und seine Frau mußten nun mit der Wortsammlung ganz neu beginnen, und zwar unter erheblich ungünstigeren Bedingungen als früher.

Die Sudetendeutschen waren, wie schon gesagt, über alle Lande verstreut. Und es galt nun, Gewährsleute zu gewinnen, und zwar möglichst viele und solche, die aus den verschiedensten Landesteilen des ehemals deutschsprachigen Sudetenlandes stammten, damit ein möglichst dichtes Belegnetz geschaffen werden konnte.

Es ist ein bleibendes Verdienst der verantwortlichen Leiter des neuen Sudetendeutschen Wörterbuchs, daß es ihnen gelang, sich rasch — denn die Zeit drängte ja — einen Stamm von durchschnittlich 650 Gewährsleuten zu schaffen, die auf die neu entworfenen Fragelisten zuverlässig antworteten. Gerade diesen Gewährsleuten gilt unser besonderer Dank.

Leiter des Sudetendeutschen Wörterbuchs in Gießen war bis zu seinem Tod 1976

Prof. Dr. Franz J. Beranek. An seine Stelle trat dann seine Frau Dr. Hertha Wolf-Beranek. Verantwortlicher Mitarbeiter wurde Dr. Horst Kühnel, der seit 1967 am Wörterbuch tätig ist und nach dem Tod von Frau Wolf-Beranek allein die Verantwortung übernehmen mußte. Vorsitzender der Wörterbuchkommission im Auftrag des Collegium Carolinum blieb bis 1978 Prof. Dr. Ernst Schwarz, der aus Altersgründen als Wissenschaftlicher Oberleiter dann zurücktrat und mir die Verantwortung überließ. Ende 1980 war dann die Sammlung im wesentlichen abgeschlossen, und es konnte mit den Vorbereitungen zur Herausgabe des Wörterbuchs begonnen werden.

Bis 1969 hatte das Wörterbuch insgesamt 120 Fragelisten und etliche Ergänzungslisten an die erwähnten 650 Gewährsleute geschickt, die auch fast ausnahmslos beantwortet wurden, so daß man sagen kann, daß kaum ein anderes vergleichbares Wörterbuch über ein so lückenloses Belegnetz verfügt wie das Sudetendeutsche. Hinzu kommt umfangreiches Material aus freien Einsendungen und von Mitarbeitern des Freundeskreises sudetendeutscher Mundarten. Weiterhin wurde sämtliches dialektologische Schrifttum, das in den letzten Jahren erschienen ist, in das Wörterbuch integriert, z. B. Dissertationen, Heimatbücher und -zeitschriften. Allein 1980 konnten mit Hilfe studentischer Mitarbeiter rund 1500 Jahrgänge der nach 1945 erschienenen sudetendeutschen Heimatzeitschriften und -jahrbücher exzerpiert werden.

Außerdem wurde nach dem Tode Hertha Wolf-Beraneks das Material des Sudetendeutschen volkskundlichen Archivs, das sich vorher im Privatbesitz von Frau Dr. Beranek befand, dem Sudetendeutschen Wörterbuch angegliedert.

Dem unermüdlichen Einsatz von Prof. Ernst Schwarz, der am 15. April dieses Jahres verstorben ist und uns nun nicht mehr mit seiner Erfahrung zur Seite stehen kann, dem selbstlosen Bemühen Franz J. Beraneks und seiner Frau also ist es letztlich zu verdanken, daß das Sudetendeutsche Wörterbuch unter der Ägide des Collegium Carolinum und mit enormer finanzieller Hilfe der Deutschen Forschungsgesellschaft, der Gießener Universität und vieler anderer interessierter Organisationen seine Arbeit wieder aufnehmen konnte.

Wie das Prager Wörterbuch von 1930—1945 hat sich auch das Gießener Sudetendeutsche Wörterbuch zum Ziel gesetzt, nicht nur das deutsche Wortgut aus Böhmen und Mähren und das der Sudetenschlesier zu erfassen. So weit es noch möglich war, wurden auch die Dialekte der Karpatenukrainer in der Slowakei und in anderen Sprachinseln berücksichtigt.

Nach Abschluß der Fragelistenaktion lagern nun in dem neu geschaffenen Archiv des Sudetendeutschen Wörterbuchs etwa 60 500 ausgefüllte Fragelisten; dazu kommen etwa 12 000 Ergänzungslisten. Am Ende gingen daraus 1 350 000 lemmatisierte Karteizettel hervor, Stichwortzettel also, die trotz der erschwerten Umstände, mit denen das neue Sudetendeutsche Wörterbuch zu kämpfen hatte, erheblich mehr Material umfassen als das ehemalige Prager Wörterbuch.

Die Gießener Kanzlei des Sudetendeutschen Wörterbuchs hat damit eine fast unglaubliche Leistung erbracht, und sie hat es mit Hilfe der Deutschen Forschungsgemeinschaft und im Einklang mit dem Collegium Carolinum auch verstanden, dieses überaus umfangreiche Material in einer relativ kurzen Zeit zu ordnen und

publikationsfähig zu machen. Das ist nicht zuletzt — und hier müssen einmal die Namen der derzeit verantwortlichen Mitarbeiter genannt werden — das Verdienst von Dr. Kühnel, Dr. Englisch und Frau Rottländer, die auch dann, wenn sie einmal für den einen oder sogar für zwei Monate nicht bezahlt werden konnten, ihre Arbeit unverdrossen weitergeführt haben. So konnte im Dezember 1982 die erste Lieferung des Sudetendeutschen Wörterbuchs erscheinen.

Die einzelnen Fortschritte der umfangreichen Arbeiten am Sudetendeutschen Wörterbuch, das durch das Collegium Carolinum 1957 neu begonnen wurde, lassen sich an den Jahresberichten über das Wörterbuch, die seit 1958 Jahr für Jahr erschienen sind, im einzelnen ablesen.

Aus diesen Jahresberichten wird deutlich, welche Anstrengungen es bedurfte, das neue Sudetendeutsche Wörterbuch zu erstellen und weiterzuführen. Das Sudetendeutsche Wörterbuch, das jüngste der deutschsprachigen Wörterbücher, befindet sich in einer ganz besonders schwierigen Situation. Andere Mundartwörterbücher im deutschsprachigen Bereich werden zumeist von den Ländern getragen, für die solche Wörterbücher erstellt werden. Sie haben in der Regel einen festen Mitarbeiterstab, für den die Kosten vom jeweiligen Land getragen werden, ebenso die Sachkosten. Das gilt nur mit großen Einschränkungen für das Sudetendeutsche Wörterbuch, für das wir Jahr um Jahr darum bangen mußten, ob wir es auch weiterführen könnten. Immer wieder mußten neue Anträge gestellt werden, um die nötigen finanziellen Mittel aufzutreiben. Hinzu kam, daß die Zahl unserer Gewährsleute allmählich immer mehr zurückging. Rückfragen bei einzelnen Gewährsleuten waren oft nicht mehr möglich.

So lag uns etwa daran, nicht nur das isolierte Wort mit seiner genauen Lautung und seiner Bedeutung festzuhalten. Wir wollten es nach Möglichkeit auch in seinem Redezusammenhang aufnehmen, um die manchmal vielseitige Bedeutung eines solchen Wortes möglichst umfassend darstellen zu können. Ich kann glücklicherweise behaupten, daß uns das auch in den meisten Fällen gelungen ist, aber zuweilen war es eben, vor allem nach dem Untergang der sudetendeutschen Umgangssprache, nicht mehr möglich, und so müssen wir uns mit dem begnügen, was wir jetzt im Archiv des Sudetendeutschen Wörterbuchs erfaßt haben.

Das Material ist, wie gesagt, bedeutend genug und für den Zeitraum, in dem es erfaßt wurde, auch außerordentlich umfangreich. Wir können in das im Entstehen begriffene Wörterbuch der sudetendeutschen Mundarten längst nicht alles aufnehmen, was seit 1957 gesammelt wurde, denn hinter jedem Stichwort verbergen sich noch umfangreiche Einzelbelege. Ein wirklich vollständiges Wörterbuch der sudetendeutschen Mundarten würde viele Bände füllen und viele Jahre in Anspruch nehmen.

Wir wollen andererseits aber auch kein sudetendeutsches Idiotikon erstellen, d. h. ein Wörterbuch, in dem nur die allein dem Sudetendeutschen eigentümlichen Wörter, die sonst in keiner anderen deutschen Mundart verzeichnet sind, aufgeführt werden, denn damit würden wir unserem Anspruch, ein wirkliches sudetendeutsches Wörterbuch herauszugeben, das auch für den sprachwissenschaftlich nicht ausgebildeten Laien gedacht ist, nicht gerecht.

So wollen wir also ein sudetendeutsches Wörterbuch schaffen, das, bei aller wissenschaftlichen Gründlichkeit, sowohl für die Sprachwissenschaft als auch für die an

der sudetendeutschen Mundart interessierten Laien relevant ist. Alle Dialekte, die bis 1945/46 in den deutschsprachigen Gebieten Böhmens und Mähren-Schlesiens gesprochen wurden, sind in gleichem Maße erfaßt.

Nach den Vorarbeiten von Ernst Schwarz und seinen Schülern, die — soweit sie nicht schon publiziert waren — uns von der Prager Universität in Kopien großzügig zugänglich gemacht wurden, wofür ich auch an dieser Stelle herzlich zu danken habe, unterscheiden wir für das Gesamt-Sudetendeutsche fünf mundartliche Großlandschaften:

- das Mittelbairische (Südmährische und Böhmerwäldische)
- das Nordbairische oder Westböhmisches
- das Ostfränkische oder Nordwestböhmisches
- das Obersächsische oder Nordböhmisches
- und das Schlesische in Ostböhmen und Nordmähren.

Dazu kommen die sogenannten Mischmundarten in den Sprachinseln, etwa in der Iglauer Sprachinsel oder im Schönhengst, wo oberdeutsches und mitteldeutsches Sprachgut ineinander übergegangen sind.

Aus allen genannten Bereichen steht uns, wie schon angedeutet, genügend Wortmaterial zur Verfügung, aus dem wir für unser Wörterbuch eine durchaus repräsentative Auswahl treffen können. Das Wörterbuch wird, wenn wir es zu Ende bringen, schließlich aus etwa fünf bis sechs Bänden bestehen, und damit ist, wie ich meine, dem Ansuchen von Theodor Frings aus dem Jahre 1930 Genüge getan, um so mehr, als ja dem wissenschaftlich interessierten Sprachforscher über das publizierte Material hinaus immer noch das umfangreiche Wörterbucharchiv zur Verfügung steht, an das er sich in bezug auf Einzelfragen jederzeit wenden kann.

Damit ist, wie ich meine, über den wissenschaftlichen Stellenwert des Sudetendeutschen Wörterbuchs das Wesentliche schon gesagt. Die Herausgabe des Wörterbuchs wird von der Fachwelt erwartet, denn von ihm sind aufgrund des einstmals zusammenhängenden Sprachgebiets, in dem Ostoberdeutsches, Ostmitteldeutsches, konservative Sprachinselmundarten und slawische Mundarten aufeinandertrafen, ergänzende, wenn nicht gar völlig neue Erkenntnisse zu erwarten, etwa über die ostdeutschen Kolonialmundarten oder über den deutsch-slawischen Lehnwortaustausch.

Dazu kommt noch etwas anderes. Der Wortschatz der sudetendeutschen Mundarten enthält eine Fülle von Wörtern, die im Hochdeutschen und auch in den benachbarten Mundarten kein Äquivalent mehr haben. Die Mitarbeiter an dem Sudetendeutschen Wörterbuch schätzen — und ich meine selbst, daß das nicht zu hoch gegriffen ist —, daß etwa 20 Prozent der von uns gesammelten Wörter weder in der Hochsprache noch in den benachbarten Mundarten heute noch erscheinen.

Es ist ein Faktum, daß etwa die deutsche Hochsprache, aber auch die Dialekte im deutschsprachigen Raum seit der althochdeutschen Zeit keine sogenannten Stammwörter mehr hervorbringen. Wir müssen uns in aller Regel mit Zusammensetzungen behelfen.

Die Gründe für diesen Wandel im einzelnen aufzuzählen, würde die Grenzen dieses Vortrages überschreiten. Sie sind, wie man heute vereinfachend sagt, allgemein

gesellschaftlicher Natur, d. h. der Übergang von einer vorwiegend agrarisch ausgerichteten Gesellschaft zu unserer modernen Industriegesellschaft spiegelt sich in dem Verschwinden der sogenannten Stammwörter, die oft einsilbig waren, wider.

Die Mundarten, und gerade auch die sudetendeutsche Mundart, haben noch viele dieser Stammwörter bewahrt, in Einzelwörtern, Sätzen und Redensarten. Aber auf diese Bewahrung allein kommt es nicht an. Wenn man ein modernes Wörterbuch aufschlägt, den Duden oder das Wörterbuch von Gerhard Wahrig, bemerkt man gerade in unserer Zeit, die wieder anfängt, sich auf die Werte der Vergangenheit zu besinnen, daß öfter Wörter aus dem Bereich der verschiedensten Dialekte in das Hochdeutsche eindringen, wenn auch manchmal in neuer Bedeutung.

Und damit ist eines der Anliegen des Sudetendeutschen Wörterbuchs genannt: wir stellen mit unserem vielschichtigen Wörterbuch auch der Hochsprache etwas zur Verfügung, das sie anderswo nicht gewinnen kann.

Wir verwalten nicht nur untergehendes oder zum Untergang verurteiltes Kulturgut, wir können auch mit unserem Wörterbuch dazu beitragen, daß die nicht dialektal gebundene sogenannte deutsche Hochsprache bereichert wird. Wir sind mit unserem Wörterbuch auch nicht nur Verwalter eines bedeutenden Teilgebietes des sudetendeutschen Kulturerbes — auch das wollen wir freilich sein —, aber unser Ziel ist doch weiter gesteckt.

Es geht nicht an, daß ein so großes und vielschichtiges Mundartengebiet, wie es das Sudetendeutsche als Sprachlandschaft und intakter Sozialverband nun einmal war, aus der deutschen Sprachgeschichte schlicht ausgeklammert wird. Alle Sudetendeutschen, die „Erlebnissgeneration“ oder die „Bekennnisgeneration“, wie sie in einem Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 25. Mai 1982 genannt werden, haben, wie ich meine, ein legitimes Interesse daran, daß ihre Dialekte im Rahmen des noch Möglichen wissenschaftlich untersucht werden. Das hat, und ich glaube, das ist auch im Laufe meines kleinen Vortrags deutlich geworden, nichts mit Politik im engeren Sinne zu tun. Es muß einfach im Interesse aller Menschen liegen, daß geschichtlich Gewordenes untersucht werden kann, ohne daß man dabei von der einen oder anderen Seite behindert würde.

Doch zurück zu unserem Sudetendeutschen Wörterbuch. Mehr als sechzig wissenschaftliche Arbeiten (Dissertationen, Staatsexamensarbeiten, Zeitschriftenbeiträge und Einzelartikel) sind aufgrund des Materials des Sudetendeutschen Wörterbuchs bereits erschienen. Sie sind im 20. Bericht über das Sudetendeutsche Wörterbuch, S. 6—27, im einzelnen aufgeführt. Die Arbeiten wurden nicht nur von ehemaligen Sudetendeutschen angefertigt, sondern auch von solchen Studenten, die einfach daran interessiert waren, herauszufinden, welchen Stellenwert das Sudetendeutsche in der deutschsprachigen Dialektologie hat.

Dabei hat sich herausgestellt, daß das Sudetendeutsche Wörterbuch gegenüber den anderen z. T. schon abgeschlossenen Wörterbüchern oder den noch im Entstehen begriffenen einen ganz besondern Wert hat, weil das im Archiv des Sudetendeutschen Wörterbuchs gesammelte Material in vielen Fällen zum Aufschluß der benachbarten ostoberdeutschen und ostmitteldeutschen Mundartenwörterbücher beitragen kann. Das zu leisten ist eines unserer Anliegen.

Es ist nur natürlich, daß sich der Sinn eines Sudetendeutschen Wörterbuchs in

diesem Anliegen nicht erschöpft. Das Sudetendeutsche Wörterbuch ist, wie schon angedeutet, kein Wörterbuch der üblichen Art. Wir haben sowohl aus den positiven wie auch aus den negativen Ergebnissen der bisher vorhandenen Wörterbücher viel gelernt und, wie ich meine, uns das Gelernte auch zunutze gemacht. Ernst Schwarz vor allem hat uns gezeigt, daß es, weil das Sudetendeutsche in einem Grenzgebiet des deutschen Sprachraumes gesprochen wurde, nötig war, auch das Slawische, soweit es in unmittelbarem Kontakt mit dem Sudetendeutschen auftrat, in unsere Bemühungen mit einzubeziehen. So wurden etwa, um nur ein Beispiel zu nennen, die Fachsprachen, d. h. etwa die Sprachgebung der Schuster, Jäger oder Töpfer, in unsere Untersuchungen mit einbezogen, stärker als es in den bisher bekannten Mundartwörterbüchern der Fall ist. Vollständig erfaßt sind auch die Rufnamen, die Tier- und Pflanzennamen, daneben auch sehr zahlreiche Orts- und Flurnamen, wenn sie in semantischer oder sachlicher Hinsicht bedeutsam schienen.

Auch auf die Einbeziehung historischen Wortgutes konnte nicht ganz verzichtet werden, wenn das auch in dem ausgedruckten Wörterbuch nicht immer ganz deutlich zum Ausdruck kommt. Ich sagte ja schon, das Sudetendeutsche Wörterbuch hat, zumal auch unter finanziellem Aspekt, gewisse Grenzen, die wir nicht überschreiten können. Aber ich verweise auch noch einmal darauf, daß neben dem gedruckten Wörterbuch das Gießener Wörterbucharchiv zur Verfügung steht, an das man sich in Zweifelsfällen wenden kann.

Ich komme damit zum Ende meiner kurzen Vorstellung des vom Collegium Carolinum betreuten Sudetendeutschen Wörterbuchs.

Man fragt sich ständig, wenn man an einem Mundartenwörterbuch arbeitet: Warum macht man so etwas überhaupt? Was hat die Arbeit an einem Mundartenwörterbuch letztlich für einen Sinn? Wen interessiert eigentlich die unendliche Mühe der verantwortlichen Mitarbeiter? Wer begreift den nicht unerheblichen finanziellen Aufwand, mit dem ein solches Wörterbuch erstellt wird?

Der Sprachwissenschaft stellen sich da kaum Probleme. Aber gerade das Sudetendeutsche Wörterbuch ist ja nicht nur für die Sprachwissenschaftler gedacht, sondern vor allem auch für diejenigen Menschen, die bis 1945 in fünf gegliederten mundartlichen Großlandschaften des Sudetenlandes zu Hause waren, die dort seit Generationen gelebt haben und dann nach einem barbarischen Krieg ausgesiedelt worden sind. Ihre Mundart muß einfach bewahrt werden, um auch den jüngeren Sudetendeutschen klar machen zu können, daß in Böhmen und Mähren, in den einstigen Sprachinseln, eine wirklich funktionierende, auch übergreifende sudetendeutsche Mundart vorhanden war, die keiner der angrenzenden Mundarten im deutschsprachigen Bereich etwa unterlegen, sondern in bezug auf den Wortschatz sogar in manchen Fällen überlegen war.

Warum macht man nun überhaupt heute, in einer Zeit, in der alle Spracherziehung auf die Hochsprache abzielt, noch Mundartwörterbücher?

Ein Argument habe ich Ihnen schon vorweg gegeben: weil die sogenannte deutsche Hochsprache aus sich selbst heraus offensichtlich nicht mehr imstande ist, neue Grundwörter oder Stammwörter zu schaffen: sie muß sich mit Zusammensetzungen, Entlehnungen und Fremdwörtern „begnügen“, wenn ich diesen Ausdruck einmal mit Anführungszeichen benutzen darf. Damit, und darüber müssen wir uns gerade

auch im Zusammenhang mit dem Sudetendeutschen Wörterbuch klar sein, wird zwar einiges gewonnen, aber vieles und auch Entscheidendes geht auch ein für allemal verloren.

So kann ich schließlich das Anliegen des Sudetendeutschen Wörterbuchs noch einmal zusammenfassen:

- Es geht uns einmal um die Erhaltung und Konservierung einer vom Aussterben bedrohten Mundart, einer Mundart, die für die deutschsprachige Dialektforschung enorm wichtig ist.
- Es geht uns zum anderen darum, diese Mundart in ihren Wörtern und Redensarten zu erfassen, weil gerade diese sudetendeutschen Mundarten für die Sudetendeutschen selbst von großer Bedeutung sind, damit sie sich, wenigstens auf sprachlichem Gebiet, an ihre Heimat immer wieder erinnern können,
- und es geht uns schließlich nicht nur um einen in sich unterteilten und vielfältigen Dialekt, sondern um die Erforschung der deutschen Sprache insgesamt.

Zu Beginn meines Vortrags hatte ich gesagt, daß sehr viel im Bereich des deutschen Wortschatzes nur noch aus dem Sudetendeutschen wiedergewonnen werden könnte. Und das ist wirklich so. Wir brauchen die Mundarten in ihren Wörtern und Redewendungen, weil gerade auch von ihnen Anregungen für das Hochdeutsche kommen, die sonst nicht mehr zu gewinnen sind.

Lassen Sie mich als einen Germanisten zum Schluß noch einmal auf Goethe hinweisen.

Goethe wurde aus Frankfurt am Main seinerzeit nach Leipzig geschickt, um dort das wahre Hochdeutsche zu lernen. Und er sagt dazu im 6. Buch von *Dichtung und Wahrheit* das, was ich jetzt gleich zitieren werde. Sie wissen sicher, daß Goethe, als er in Leipzig ankam, zuerst wegen seiner nicht der Mode entsprechenden Kleidung angegriffen wurde. Das ließ sich, wie er sagt, leicht abstellen, aber, so heißt es dann wörtlich weiter: „Nach dieser überstandenen Prüfung sollte abermals eine neue eintreten, welche mir weit unangenehmer auffiel, weil sie eine Sache betraf, die man nicht so leicht ablegt und umtauscht. Ich war nämlich in dem oberdeutschen Dialekt geboren und erzogen, und obgleich mein Vater sich stets einer gewissen Reinheit der Sprache befließ und uns Kinder auf das, was man wirklich Mängel jenes Idioms nennen kann, von Jugend an aufmerksam gemacht und zu einem besseren Sprechen vorbereitet hatte: so blieben mir doch gar manche tiefer liegende Eigenheiten, die ich, weil sie mir ihrer Naivität wegen gefielen, mit Behagen hervorhob, und mir damit von meinen neuen Mitbürgern jedesmal einen strengen Verweis zuzog.“ Goethe aber verteidigt seinen Dialekt, wenn er dann sagt: „Jede Provinz liebt ihren Dialekt: denn er ist doch eigentlich das Element, in welchem die Seele ihren Atem schöpft.“

Meine Damen und Herren, „das Element, in welchem die Seele ihren Atem schöpft“, wollen wir mit unserem Sudetendeutschen Wörterbuch so getreulich wie möglich bewahren.

Sie haben als Motto Ihrer Tagung gewählt:

*Recht wahren — Brücke sein*

Ins Sprachliche übertragen verstehen wir dieses Motto so: Wir wahren das Recht, indem wir anhand des Sudetendeutschen Wörterbuchs aufzeigen, daß sich in einem außerhalb des deutschen Staatsgebiets gelegenen Nachbarland ein bedeutender deutschsprachiger Dialekt herausgebildet hat — und wir wollen Brücke sein, indem wir unseren Nachbarn in der Tschechoslowakei zeigen, daß zwei Nationen in ihrer Eigenart viele Jahrhunderte hindurch durchaus friedlich, auch in sprachlicher Trennung, nebeneinander leben konnten.

ERNST MACHS BEZIEHUNGEN  
ZU SEINEM HEIMATORT CHIRLITZ (CHRLICE)  
UND ZU MÄHREN

Von Josef Sajner

Der Physiker und Philosoph Ernst Mach, 1864—1867 Professor der Physik in Graz, 1867—1895 Professor der Physik in Prag und 1895—1901 Professor der Philosophie in Wien, untersuchte als Physiker vor allem akustische und optische Probleme. Er verbesserte das stroboskopische Verfahren und wandte die Toepplersche Schlierenmethode erfolgreich auf die Untersuchungen fliegender Geschosse an. Nach Mach ist der Machsche Kegel benannt, die von der Spitze eines sich mit Überschallgeschwindigkeit bewegendem Körper ausgehende kegelförmige Kopfwelle. Vielfältig und umfangreich ist sein Werkverzeichnis, zahlreich sind die Veröffentlichungen über ihn.

Ernst Mach ist durch seine Herkunft und Abstammung mit Mähren verbunden; wir können in seiner Entwicklung jene seltsame Mischung von Geist und Menschentum erkennen, die für das Kulturleben im mährisch-schlesischen Lande schon einige Male so bedeutungsvoll war. Ich erinnere nur an die großen Erzieher der Menschheit und an die Gelehrten wie Johann Amos Comenius, Johann Gregor Mendel, Sigmund Freud und viele andere, die das mährische Land der Menschheit geschenkt hat.

Schon aus der frühesten Jugend stammende Erlebnisse und Impressionen haben oft zusammen mit Umwelteinflüssen die Psyche eines Gelehrten oder Künstlers für das ganze Leben eigenartig, ja charakteristisch vorgezeichnet und geprägt.

Ernst Mach wurde am 18. Feber 1838 geboren. Als Geburtsort wird in der Fachliteratur irrtümlich immer noch Turas bei Brünn (Tuřany u Brna) angegeben<sup>1</sup>. Diese falsche Angabe ist darauf zurückzuführen, daß Mach selbst in seinen Personalakten Turas als seinen Geburtsort angab<sup>2</sup>. In Wirklichkeit ist also Chirlitz —

<sup>1</sup> Cohen, R. S. / Seeger, R. J.: Ernst Mach physicist and philosopher. Dordrecht/Niederlande 1970 (Boston Studies in the Philosophy of Science 6). — Haubelt, J.: K Machově žádosti o profesuru na pražské polytechnice [Zu Machs Professurgesuch an das Prager Polytechnische Institut]. Dějiny věd a techniky 5 (1972) 52—55. — Heller, K. D.: Ernst Mach, Wegbereiter der modernen Physik. Mit ausgewählten Kapiteln aus seinem Werk. Wien-New York 1964. — Henning, H.: Ernst Mach als Philosoph, Physiker und Psychologe. Eine Monographie. Wien-Leipzig 1915. — Lampa, A.: Ernst Mach. Deutsche Arbeit (Prag) 1918. — Ratliff, F.: Mach Bands. Quantitative studies on neural networks in the retina. San Francisco-London-Amsterdam 1965.

<sup>2</sup> Herneck, F.: Über eine unveröffentlichte Selbstbiographie Ernst Machs. Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Math.-Naturwiss. Reihe 6 (1956/57) 208—219. — Ders.: Ernst Mach. Eine bisher unveröffentlichte Autobiographie. Physik. Bl. 14 (1958) 385—390.

dem Pfarrsprengel von Turas, etwa 1,5 km nordöstlich von Chirlitz, zugeteilt — der richtige Geburtsort Ernst Machs.

Mach verbrachte in Mähren insgesamt nur fünf Jahre seines Lebens: die ersten zwei Jahre und dann drei Jahre nach seinem 15. Lebensjahr (1853—1856). Es waren aber auf jeden Fall diejenigen Jahre, denen mit vollem Recht große Bedeutung für die weitere Entwicklung seiner Persönlichkeit und seines Charakters, für seine Berufswahl und seine Lebensanschauung beigelegt wird.

Machs Kinder- und Jugendjahren und dem Einfluß des mährischen Milieus auf seine Entfaltung war bislang wenig Aufmerksamkeit gewidmet worden, und wenn, so sind die Angaben auch in den neueren Fachbüchern ungenügend oder sogar falsch. Ihre beste Beschreibung findet man in der hervorragenden Monographie über E. Mach von J. T. Blackmore, in der sich übrigens Hinweise auf meine Informationen, die ich dem Autor vor Jahren übergab, finden<sup>3</sup>.

Machs Herkunft und Abstammung ist von K. Kühn<sup>4</sup> erforscht worden. Der Vater Ernst Machs, Johannes (1805—1879), trat nach Abschluß seines philosophischen Studiums an der Prager Universität in den Piaristenorden ein, der sich ausschließlich dem Unterricht widmete, und bekleidete die Stelle eines Professors im piaristischen Gymnasium. Hier hatte er den Sohn des erzbischöflichen Rentmeisters W. Lahnhaus aus Chirlitz, Emmerich, als Schüler, mit dem er sich offenbar anfreundete. Er wurde im Jahre 1826 von Emmerich sogar zum Weihnachtsfest nach Hause eingeladen, wobei er am Weihnachtsabend zum erstenmal die Schwester Emmerichs, Josephine, traf. Er soll sich damals seinem Freund gegenüber geäußert haben: „Wenn ich je heirate, so habe ich heute meine zukünftige Frau gesehen.“ Wahrscheinlich hat ihn dies bewogen, aus dem Orden auszutreten. Er ging mit 40 Gulden in der Tasche nach Wien, um sich dort an der medizinischen Fakultät einzuschreiben. Als er aber eines Abends einem Bettler seine letzten Gulden spendete, ohne zu wissen, wie er am nächsten Tag seinen Lebensunterhalt bestreiten würde, erhielt er vom Freiherrn Klaudius Waldfried von Bretton eine Einladung zum Mittagessen und wurde von diesem als Erzieher seiner zwei Söhne angestellt. Er nahm an und ging zu Bretton nach Zlin (heute Gottwaldov, ČSSR), wo sein Brotgeber seit 1804 Eigentümer der Herrschaft Zlin war. In dieser Stellung heiratete Johannes Mach. Nach allem, was über ihn bekannt ist, war Johannes Mach ein eigenartiger, aber sehr begabter Sonderling. Er widmete sich später, dem Beispiel seines Dienstherrn folgend, der Seidenraupenzucht, experimentierte mit den japanischen Seidenspinnern, die sich von Eichenblättern nährten, und publizierte sogar einige Studien über die Ergebnisse seiner Zucht in Fachzeitschriften<sup>5</sup>.

Die Mutter Ernst Machs war eine Tochter des Rentmeisters des erzbischöf-

<sup>3</sup> Blackmore, J. T.: Ernst Mach. His work, life and influence. Berkeley-Los Angeles-London 1972. — Siehe auch Daviděk, L.: Arnošt Mach — omyly, nedorozumění, skutečnost [Ernst Mach — Irrtümer, Mißverständnisse, Wirklichkeit]. In: Chrlice ve vzpomínkách a dokumentech 1918—1968 [Chirlitz in Erinnerungen und Dokumenten 1918—1968]. Chirlitz 1968.

<sup>4</sup> Kühn, K.: Ernst Machs Herkunft und Abstammung. Heimatbildung 19 (1938) 268—269.

<sup>5</sup> Blackmore 1972.

lichen Gutes in Chirlitz, dessen Verwaltung im dortigen Schlößchen untergebracht war, wo die Familie Lahnhaus auch eine Amtswohnung besaß.

Nach den Erinnerungen von Machs Schwester waren „beide Eltern ideal veranlagte, weltfremde Menschen. Der Vater, ein seinerseits berühmter Pädagoge, wollte nie die Gelegenheit ergreifen, sich ein Vermögen zu erwerben. ‚Ich habe mein Leben lang das Geld immer mit Füßen von mir gestoßen‘, sagte er oft. Die Mutter war eine Künstlernatur, der nur die Ausbildung fehlte. Sie war für Musik, Zeichnen und Poesie begabt. In der Einsamkeit des Landlebens wurden beide in ihren Ansichten, die so grundverschieden von denen der Welt waren, nur bestärkt. Der Vater unterrichtete uns drei Geschwister selbst <sup>6</sup>.“

Wir wissen aus dem Trauungsbuch des Pfarramtes Turas, daß am 18. Oktober 1836 der 32jährige ledige „Johann Mach, Erzieher bei H. Baron Bretton in Zlin, Sohn des Joseph Mach bürgerlichen Webermeisters in Liebenau in Böhmen, Bunzlauer Kreis, und der Johanna geborenen Joseph Hürbe dessen Gattin“, die 23jährige ledige „Josepha, Tochter des Wenzel Lahnhaus, herrsch. Chirlitzer Rentmeisters und der Frau Theresia geborenen Joseph Markl dessen Gattin“ in der Pfarrkirche zu Turas heiratete. Wegen der Minderjährigkeit der Braut ist in der Ehematrikel noch folgende Bemerkung eingetragen: „Zu dieser Ehe meiner Tochter gebe ich meine väterliche Einwilligung, Lahnhaus als Vater <sup>7</sup>.“

In der bescheidenen landwirtschaftlichen Gemeinde Chirlitz, 6 km südöstlich von Brünn, in einer faden, aber fruchtbaren Ebene gelegen, steht inmitten eines Gartens das einstöckige Gebäude des obrigkeitlichen Schlosses, der Sitz der Verwaltung des erzbischöflichen Gutes daselbst. Es ist ein gewöhnliches, ohne Stil und Prunk gebautes Haus, in dessen Nähe ein Bräuhaus nebst anderen Wirtschaftsgebäuden stand. Das Schlößchen ist bis heute — von kleineren Umbauten und Adaptionen abgesehen — im damaligen Zustand erhalten und diente vor Jahren als Blindenanstalt, jetzt als Altersheim.

In diesem Schloß erblickte Ernst Mach das Licht der Welt, weil seine Mutter offenbar von Zlin zur Entbindung ihres ersten Kindes in das Elternhaus gekommen war.

Die Eintragung im Chirlitzer Geburtsbuch informiert uns genau, daß am 18. Februar 1838 Ernst Waldfried Josef Wenzel Mach geboren und denselben Tag in der Pfarrkirche Turas getauft worden ist. Die Taufnamen Ernst und Waldfried erhielt er nach seinen Paten, den Dienstherrn seines Vaters (die sich durch die Eltern der Frau bei der Taufe vertreten ließen); es waren dies „Frau Ernestine Freyin von Brethon von der Herrschaft Zlin“ und ihr Gatte Klaudius Waldfried. Die Namen Joseph und Wenzel erhielt er nach seinen beiden Großvätern, den ersten väterlicher-, den zweiten mütterlicherseits <sup>8</sup>.

Zum 100jährigen Geburtsjubiläum von Ernst Mach wurde beim Eingang zum Schloß am 13. Februar 1938 in Anwesenheit von Repräsentanten des öffent-

<sup>6</sup> M a c h, E.: Erinnerungen einer Erzieherin. Nach Aufzeichnungen von \*\*\* mit einem Vorwort hrsg. v. Ernst M a c h. Wien-Leipzig 1912.

<sup>7</sup> Trauungsmatrikel der Pfarre Brünn-Turas, Abt. Chirlitz. Bd. 3, S. 122. Archiv Města Brna.

<sup>8</sup> Geburtsmatrikel der Pfarre Brünn-Turas, Abt. Chirlitz. Bd. 5, S. 119. Archiv Města Brna.

lichen und wissenschaftlichen Lebens Brünns und Mährens sowie der Staatsregierung aus gemeinsamem Anlaß des Tschechoslowakischen elektrotechnischen Verbandes und der Deutschen Gesellschaft für Wissenschaft und Kunst in Brünn eine Gedenktafel enthüllt.

An der Tafel — ihr Autor war der Professor der Deutschen Technischen Hochschule in Brünn Karl Korschmann (1872—1943) — lautete die Inschrift beiderseits des Basreliefs von E. Mach in tschechischer und deutscher Sprache: „In diesem Hause wurde E. Mach, der große Naturforscher und Philosoph, geboren<sup>9</sup>.“ Die Tafel wurde im Zweiten Weltkrieg von den Nazis entfernt.

Offenbar ist die junge Mutter auch nach der Geburt von Ernst noch bei ihren Eltern geblieben; höchstwahrscheinlich weil Ernst „ein schwaches, elendes Kind, das sich sehr langsam entwickelte, war“<sup>10</sup>. Mach schreibt darüber Näheres in seiner Selbstbiographie, die eine wichtige Informationsquelle für sein Leben, auch für seine Kinderjahre, darstellt. Es handelt sich bei dieser Selbstdarstellung um 13 Seiten Maschinenschrift mit handschriftlichen Ergänzungen, die Ernst Mach am 18. Juni 1913 an Wilhelm Ostwald schickte. Mach schreibt darin: „Eine ältere Frau, Stiefgroßmutter der Mutter des Kindes, war mit der Ernährung durch die Mutter nicht zufrieden und fütterte in momentaner Abwesenheit der letzteren das Kind dermaßen reichlich an, daß dies die schlimmsten Folgen hatte. Als sich diese zeigten und das Kind aufgegeben war, tauchte der Vater, ein Fanatiker der Prießnitzschen Wasserkur, das Kind in möglichst kaltes Wasser, und rettete, wie man behauptet, diesem das Leben. Diesem glücklichen Durchschlüpfen zwischen den Folgen zweier Fanatismen verdanke ich also mein Leben“<sup>11</sup>.

In Chirlitz hat Mach seine ersten Eindrücke gewonnen und sich die Existenz seiner selbst und der Umwelt vergegenwärtigt, wie aus seiner Schilderung hervorgeht: „Aus der Zeit vor dem Ende meines zweiten Lebensjahres habe ich viele lebhaftere, namentlich visuelle Erinnerungen. Es sind natürlich nur Bruchstücke, deren Richtigkeit ich jedoch durch Angaben charakteristischer Einzelheiten in bezug auf Großvater, Großmutter und jüngste Schwester meiner Mutter durch Fragen konstatieren konnte. Später wurden die Erinnerungen spärlicher, obwohl ich durch die Übersiedlung meiner Eltern in eine neue Umgebung kam, nämlich in das niederösterreichische Marchfeld ... Die erste Fahrt mit der Eisenbahn machte mir nur einen geringen Eindruck, dagegen sehe ich viele Männer mit schweren Reisepelzen hin- und hergehen, wahrscheinlich ein Bild aus dem Wartesaal in Lundenburg“ (heute Břeclav, ČSSR)<sup>12</sup>.

Ernst Mach verließ seinen Geburtsort Chirlitz endgültig in seinem dritten Lebensjahr, als seine Eltern nach Untersiebenbrunn, östlich von Wien, wo sie ein landwirtschaftliches Gut kauften, übersiedelten<sup>13</sup>.

<sup>9</sup> Iltis, H.: Ernst Mach. Tagesbote (Brünn) v. 13. 2. 1938. — Ders.: Ernst Mach — ein Helfer unseres Lebens. Die Gedenkfeier im Geburtsort Chirlitz. Tagesbote (Brünn) v. 15. 2. 1938.

<sup>10</sup> Herneck: Selbstbiographie 1956/57.

<sup>11</sup> E b e n d a.

<sup>12</sup> E b e n d a.

<sup>13</sup> E b e n d a.

Mach kam in seinem 15. Lebensjahr zum zweitenmal nach Mähren, und zwar für drei Jahre, um in Kremsier (Kroměříž) das Gymnasium zu besuchen. Diese drei Jahre waren für seine geistige Entwicklung von größter Bedeutung, denn hier empfingen sein Geist und sein Wissensdurst die besten Impulse. Nachdem er im Jahre 1847 mit fast zehn Jahren die unterste Gymnasialklasse des Benediktinerstiftes in Seitenstetten westlich von Wien „passierte“ — die Patres fanden ihn „sehr talentlos“ —, wurde er zu Hause von seinem Vater in den Vormittagsstunden privat in den Gymnasialgegenständen: Latein, Griechisch, Geschichte, Elemente der Algebra und Geometrie unterrichtet; am Nachmittag mußte er verschiedene Feldarbeiten ausführen. Später erlernte er über zwei Jahre lang jede Woche zwei Tage bei einem Schreinermeister das Schreinerhandwerk, denn er hegte den Wunsch, als Handwerker nach Amerika auszuwandern. Außerdem wurde er, ebenfalls unter der Führung seines Vaters, mit der Obstkultur und der Pflege der Obstbäume, aber auch mit der Flora und namentlich der Insektenfauna gut vertraut<sup>14</sup>.

Mach trat also im Jahre 1852 „nach einer Aufnahmeprüfung in die sechste Klasse des öffentlichen Piaristengymnasiums zu Kremsier ein“<sup>15</sup>. Die alte und schöne Stadt Kremsier, wegen ihres Reichtums an Baudenkmalern Mährisch-Athen genannt, in einer fruchtbaren weiten Ebene an der March (Morava), in der Mitte der Markgrafschaft Mähren gelegen, ist ein altes Kulturzentrum. Die weiträumigen Plätze, aber auch die engen krummen Gassen, zahlreichen Kirchen, Parkanlagen in französischem und englischem Stil, deren Schönheit durch zahlreiche Architekturen — Kolonaden, Rotunden, Denkmäler — betont wird, ansehnlichen öffentlichen Gebäude, von denen besonders das Schloß aus dem 16. Jahrhundert, eine herrliche Sommerresidenz der Olmützer Bischöfe und Erzbischöfe mit einer einzigartigen Bildergalerie mit Werken der berühmtesten Meister der Renaissance — Bassano, Breughel, Cranach, Dürer, Rubens, Tizian u. a. —, die Aufmerksamkeit auf sich lenkt, haben den jungen schlichten Provinzler tief beeindruckt, umso mehr, als er von seinem Vater über Vitruv gut informiert war<sup>16</sup>. Selbst das im Jahre 1687 errichtete Gymnasium war in einem imposanten Barockgebäude untergebracht. Die piaristische Kirche des heiligen Johannes des Täuflers — erbaut 1737—1768 —, gegenüber dem Gymnasium gelegen, gehört mit ihren kostbaren Gemälden und Skulpturen zu den schönsten Barockkirchen Mährens<sup>17</sup>.

Mach schildert seine Erlebnisse im Kremsierer Piaristengymnasium folgendermaßen: „Anfangs machte der Junge keinen guten Eindruck, da er alle hiezu nötige Schulgewandtheit und Schuleschlaueit erst erwerben mußte. Im allgemeinen waren die Piaristen keine großen Gelehrten, doch einiger derselben erinnert sich Mach mit Vergnügen, Hochachtung und mit inniger Dankbarkeit. Ein besonders liebenswürdiger Mann war F. X. Wessely, der Lehrer der Naturgeschichte, der nicht nur selbst von Begeisterung für sein Fach erfüllt war, sondern diese auch seinen Schülern mitzuteilen wußte. Er teilte uns die Lamarcksche Entwicklungslehre

<sup>14</sup> E b e n d a.

<sup>15</sup> E b e n d a.

<sup>16</sup> E b e n d a.

<sup>17</sup> S t ö c k l, J.: Zur Geschichte der Stadt und des Piaristengymnasiums in Kremsier. Festschrift aus Anlaß des 200jährigen Bestandes des Gymnasiums. Kremsier 1887.

und ebenso die Kant-Laplacesche Kosmogonie mit, ohne ein Wort über die Unvereinbarkeit dieser Lehren mit jenen der Bibel zu verlieren. Mach blieb in Verbindung und brieflichem Verkehr mit ihm bis zu seinem in hohem Alter vor wenigen Jahren erfolgtem Tode<sup>18</sup>.

Franz Xaver Wessely, geboren am 7. Jänner 1819 in Rainochowitz in Mähren, trat nach Absolvierung der sechs Klassen des Gymnasiums in Kremsier in den Piaristenorden ein und wurde nach Beendigung der philosophischen Studien in Leitomyšl (Litomyšl) 1841—1843 als Lehrer an der Hauptschule eingesetzt. Inzwischen legte er die Lehramtsprüfung für Gymnasien ab. Obwohl die Gymnasialstudien jener Zeit humanistisch ausgerichtet waren, trachtete er aus eigener Vorliebe und Neigung danach, sich während seiner theologischen Studien an der Prager Universität in den Jahren 1844—1847 auch auf das realistische Lehrfach vorzubereiten, wozu ihm in seiner Stellung als Studienpräfekt im Konvikt zu Prag 1848 und in der Theresianischen Akademie in Wien 1849 ausgiebig Gelegenheit geboten wurde. Er mußte aber, da jüngere Lehrkräfte fehlten, zunächst den Unterricht in den Normal-Schulen in verschiedenen Städten übernehmen. Im Jahre 1851 definitiv ans Gymnasium in Kremsier berufen, lehrte er in allen Klassen Naturgeschichte, von 1856 bis 1861 aushilfswise Geographie und Weltgeschichte und von 1861 bis 1880 Physik. Im Jahre 1873 wurde er als k. k. Professor in den Staatsdienst übernommen und im August 1881 krankheitshalber in den Ruhestand versetzt. Er ist am 15. Juli 1904 in Kremsier in seinem 85. Lebensjahr gestorben. Wessely war ein ausgezeichnete Pädagoge, der auch wissenschaftlich in Botanik und Mineralogie arbeitete und grundlegende Studien auf diesen Gebieten publizierte. Es war sein großes Verdienst, daß er außer bei E. Mach auch bei anderen seiner Schüler — z. B. bei dem Geologen Ferdinand Stolička (1838—1874) und dem Botaniker Franz Gogel (1854—1922) — Interesse für die wissenschaftliche Arbeit weckte<sup>19</sup>.

Weiter erwähnt Mach: „Der Lehrer der Physik war H. Philipp, ein hervorragender Didaktiker, welcher das Interesse für seinen Gegenstand aufs höchste zu spannen wußte; leider war er von einer beispiellosen Ungeduld, so daß er dennoch kein erfolgreicher, guter Lehrer sein konnte. Dem Lehrer des Griechischen, Fabian Mathia, einem Enthusiasten für griechische Kultur, deren schöne Seiten er allein zeigen wollte, blieb Mach besonders dankbar, weil er durch die billige Nachsicht gegen sprachlich nicht begabte diesen sein Fach erträglich machte. Mach, mit schlechtem Gedächtnis begabt und ohne Interesse für Dynastie- und Kriegsgeschichte, stand nie auf besonders gutem Fuß mit dem Lehrer der Geschichte I. Dostal. Doch während dieser die trockene Chronologie nach dem Lehrbuch von Pütz einpaukte, las er durch Stunden aus umfangreichen Quellschriften vor und niemand, der diese Vorlesung hörte, konnte den Eindruck gewinnen, daß die weltlichen und geistlichen Führer der Menschen nur das ihnen ‚von Gott anvertraute‘ Wohl ihrer Untertanen allein im Sinne gehabt hätten. In den höheren Klassen hatten die

<sup>18</sup> Herneck: Selbstbiographie 1956/57.

<sup>19</sup> Svátek, J.: Zapomenutý přírodovědec F. X. Veselý (1819—1904) [Der vergessene Naturforscher F. X. Veselý (1819—1904)]. Olmütz 1963 (Zprávy vlastivědného ústavu v Olomouci 108).

Schüler auch Gelegenheit Dinge kennen zu lernen, wie sie Max Kemmerich in dem Buche ‚Kulturkuriosa‘ erzählt. Obwohl das gymnasiale Erziehungswesen damals im ganzen klerikal-reaktionär angelegt war, gab es damals doch Männer genug, an welchen die Spuren der liberalen Ära Kaiser Josef II. nicht spurlos vorbei gegangen waren und welche in diesem Sinne ihren Lehrberuf auffaßten. Das einzig unangenehme waren die ewigen religiösen Exerzitien, welche übrigens das Gegenteil von dem erzielten, was sie beabsichtigten. Das österreichische Gymnasium, welches Mach besuchte, war übrigens nicht mehr die mittelalterliche bornierte einseitige Lateindrillschule; es war schon lebensfrische Exner-Bonitzsche Reformbewegung eingetreten . . . Man gewann wirklich viele neue Ideen, hatte Zeit mit diesen herumzulaufen und sie zu klären. Dasselbe Glück hatte Mach schon in früher Jugend während seines Landaufenthaltes durch den Privatunterricht seines Vaters genossen. Wenn er sich nun über die Kremsierer Schule nicht zu beklagen hatte und doch nur ein mäßiger Schüler blieb, so hatte dies wohl den Grund, daß sein Beruf schon entschieden war, als er in diese Schule eintrat <sup>20</sup>.“

Konfrontieren wir jetzt diese Erinnerungen mit den bis heute unbekanntem Tatsachen, die in den Katalogen des Gymnasiums in Kremsier eingetragen sind <sup>21</sup>.

Im Jahr 1853, als Mach in die 6. Klasse eintrat, waren in der Klasse 40 Schüler, welche in den zehn obligaten Gegenständen von sieben Professoren unterrichtet wurden. Der Direktor des Gymnasiums war P. Cäsarius Leister, der gleichzeitig Rektor des Piaristenkollegiums und Lehrer der griechischen Sprache war.

Als Machs Vaterland und Geburtsort sind Mähren und Turas N. 37 eingetragen. Er zahlte das Schulgeld und wohnte in Kremsier bei Johann Mauer, fürsterzbischöflichem Burggraf. Machs „Sittliches Betragen“ war im 1. und 2. Semester „musterhaft“, seine Aufmerksamkeit „stets theilnehmend“ und sein Fleiß „ausdauernd“.

Der Fortgang der Studenten wurde im Katalog am Ende jedes Semesters kurz aber möglichst präzise eingetragen, und zwar auf je zwei, nur einem Schüler gewidmeten, vorgedruckten Seiten. Nach der damaligen Organisation unterschied man folgende Fortgangsklassen: I. Klasse mit Vorzug, I. Klasse, II. Klasse und III. Klasse.

Mach hatte in der 6. Klasse folgende Charakteristika seines Fortganges eingetragen: In Religionslehre (Lehrer Alexander Nick): 1. Sem.: Ein sehr geregelter Fleiß bewirkte eine viel umfassende Kenntnis. 2. Sem.: Verwendete sich sehr fleißig und besitzt gründliche Kenntnis. — In lateinischer Sprache (Lehrer Athanas Mayer): 1. Sem.: Mehr gewandt im Übersetzen als im schriftlichen Aufsätze. 2. Sem.: Größere Gewandtheit im Übersetzen als im Aufsätze. — In der griechischen Sprache (Lehrer Caesarius Leister): 1. Sem.: Dem Erlernten steht eine feste Grundlage der Grammatik. 2. Sem.: Hat bei schwankender Kenntnis der Grammatik den Autor zur Befriedigung übersetzt. — In deutscher Sprache (Lehrer Anton Wiltsek): 1. Sem.: Die Leistung kann in jeder Beziehung eine befriedigende genannt

<sup>20</sup> Herneck: Selbstbiographie 1956/57.

<sup>21</sup> Schülerkataloge des Piaristengymnasiums Kremsier und „Verzeichnis der Gymnasial-Schüler, welche sich der Maturitätsprüfung unterzogen haben (1854—1861)“. Die Schülerkataloge befinden sich im Okresní archiv Kroměříž v Holešově, Fond B—e 189 Inv. Nr. 75.

werden. 2. Sem.: Der Vortrag ist ruhig, das Erklären gut, der Aufsatz klar und bündig in der Darstellung. — In der böhmischen Sprache (Lehrer Richard Luksche): 1. Sem.: Gut aufgefaßte Grammatik nebst korrekten Aufsätzen erwarben ihm die Zufriedenheit. 2. Sem.: Seine Vorliebe zu dieser Sprache und ausharrender Fleiß erwarben ihm die Zufriedenheit. — In Geographie und Geschichte (Lehrer Bertholdus Dostal): 1. Sem.: Leistete in dem Gegenstande Befriedigendes. 2. Sem.: Hat sich eine wohl befriedigende Kenntnis des Gegenstandes zu eigen gemacht. — In Mathematik (Lehrer Athanas Mayer): 1. Sem.: Verband mit dem klaren Verständnis eine regelrechte Beweisführung. 2. Sem.: Verband mit klarem Verständnis eine regelrechte Beweisführung. — In Naturwissenschaften (Lehrer Heliodor Philipp): 1. Sem.: Faßte die Tatsachen sehr richtig und leicht auf und begründete sie bei etwas langsamem Vortrage vollkommen genau. 2. Sem.: Verband mit klarem Verständnis eine regelrechte Beweisführung. — In Kalligraphie in beiden Semestern „Gut“, die äußere Form der schriftlichen Aufsätze war „rein“. Seine allgemeine Zeugnis-klasse war „Erste Klasse“ und seine Lokations-Nummer des Fortganges war 14 im 1. Semester, bzw. 16 im 2. Semester.

Im Schuljahr 1853/1854, in dem Heliodorus Philipp Direktor des Gymnasiums war, besuchte Mach die 7. Klasse. Die 35 Schüler unterrichteten in acht Gegenständen acht Lehrer. Sein „Sittliches Betragen“ war in beiden Semestern „vollkommen gut“, seine Aufmerksamkeit „teilnehmend“, sein Fleiß „befriedigend“. Seine Noten waren: In Religionslehre (Lehrer Alexander Nilz): 1. Sem.: Langsamem Vortrages aber gründlicher Kenntnis. 2. Sem.: Hat einen sehr langsamen Vortrag jedoch hinreichende Kenntnis. — In lateinischer Sprache (Lehrer Athanas Mayer): 1. Sem.: Die Übersetzung dem Sinne des Autors gemäß, der Aufsatz einfach, doch grammatisch richtig. 2. Sem.: Die Übersetzung dem Sinne des Autors gemäß, der Aufsatz einfach. — In griechischer Sprache (Lehrer Fabianus Mathia): 1. Sem.: Das grammatische Verständnis mit Ausnahme der Accentation wohl allseitig aber nicht gründlich genug; die Übersetzung langsam und etwas ungenau. 2. Sem.: Übersetzt bei einer gerade noch nicht ganz genauen Kenntnis der Grammatik nur beziehungsweise, auf das hinreichende Vokabularium eben genügend. — In deutscher Sprache (Lehrer Anton Wiltschek): 1. Sem.: Vortrag, Auffassung und Erklärung gut; im einfachen Aufsätze ist mehr Konzision wünschenswert. 2. Sem.: Verständnis und Erklärung der Klassiker gut; der Aufsatz ist sprachrichtig und zusammenhängend. — In böhmischer Sprache (Lehrer Ildeforus Wawra): 1. Sem.: Eben genügend bei mühsamer Anwendung der Sprachformen in Wort und Schrift. 2. Sem.: Entsprechend, ringt mit den Sprachschwierigkeiten, löblich im Aufsätze und beim Übersetzen. — In Geographie und Geschichte (Lehrer Bertholdus Dostal): 1. Sem.: Entsprach zur Zufriedenheit. 2. Sem.: Die Leistungen waren bei seinem matten Vortrage zufriedenstellend. — In Mathematik (Lehrer Athanas Mayer): 1. Sem.: Hat den Lehrstoff aufgefaßt, Aufgaben durch Anwendung der Lehrsätze gelöst, ohne dabei einen sicheren Gang zu beobachten. 2. Sem.: Die Leistungen waren bei seinem matten Vortrage zufriedenstellend. — In Naturwissenschaften (Lehrer nicht angegeben): 1. Sem.: Bei langsamem Vortrage waren die Begriffe oft unrichtig. 2. Sem.: Verband mit einem richtigen Verständnis eine regelrechte Anwendung. — Die äußere Form der schriftlichen Aufsätze war „rein“. Mach

wurde in der 7. Klasse wieder in der allgemeinen Zeugnisklasse in die „erste Classe“ nominiert, und seine Lokationsnummer war im 1. Semester 18, im 2. Semester 23.

Die letzte, achte Klasse besuchte Mach im Schuljahre 1854/55. Es waren 36 Schüler eingeschrieben, die acht Gegenstände unterrichteten neun Lehrer. Seine Noten waren wie folgt: In Religionslehre (Lehrer Alexander Nilz): 1. Sem.: Langsam im Vortrage hat er in der Angabe der Tatsachen in chronologischer Ordnung entsprochen. 2. Sem.: Hat durch einen langsamen Vortrag eine noch befriedigende Kenntnis dargetan. — In lateinischer Sprache (Lehrer Athanas Mayer): 1. Sem.: Die Übersetzung bei unzureichender Vorbereitung mehr wörtlich, der Aufsatz einfach. 2. Sem.: Die Übersetzung dem Sinne des Autors gemäß, der Aufsatz einfach. — In griechischer Sprache (Lehrer Fabian Mathia): 1. Sem.: Die Formen- und Satzkenntnisse oberflächlich, das Vocabularium etwas dürftig, die Übersetzung langsam, aber wegen fleißiger Präparation dem Verständnisse nach noch fast genügend. 2. Sem.: Meist gewandt in analytisch-ästhetischer Interpretation, anständig im korrekten Aufsätze, gut in der Deklamation und Literaturkenntnis. — In deutscher Sprache (Lehrer Anton Wiltschek): 1. Sem.: Auffassung und Erklärung der Klassiker gut, der Aufsatz ist in der Anlage, Sprache und Durchführung genügend. 2. Sem.: So hinreichend bei einiger Fertigkeit im Übersetzen und Aufsätze, mehr dem Gedanken als deren Einkleidung nach. — In böhmischer Sprache (Lehrer Ildelfonsus Wawra): 1. Sem.: Eben genügend in der Übersetzung und etwas zu simplen Aufsätze, ringt noch mit den Sprachformen. — In Geographie und Geschichte (Lehrer Bertoldus Dostal): 1. Sem.: Bei ununterbrochenem Fleiße hat er am Ende doch entsprochen. 2. Sem.: Besitzt bei etwas schwerfälligem Vortrage doch gute Kenntnisse. — In Naturwissenschaften (Lehrer der Physik Heliodor Philipp, Lehrer der Naturgeschichte Franz Xaver Wessely): 1. Sem.: Auffassung und Verständnis der Erscheinungen waren richtig. 2. Sem.: Kennt die Tatsachen genau und weiß sie richtig zu erklären. — In philosophischer Propädeutik (Lehrer Valerius Mattel): 1. Sem.: Das Verständnis des propädeutischen Lehrstoffes ziemlich richtig, die Darlegung matt. 2. Sem.: Hat den wohl aufgefaßten propädeutischen Lehrstoff recht gut einstudiert und dargelegt. — Die äußere Form der schriftlichen Aufsätze war stets rein. Er erhielt ein Zeugnis der ersten Klasse, seine Lokalisationsnummer war im 1. Semester 24, im 2. Semester 18.

Dank dem erhaltenen „Verzeichnis der Gymnasialschüler, welche sich der Maturitätsprüfung unterzogen haben (1854—1861)“ sind wir über die Leistungen in den einzelnen Gegenständen vor der Prüfungskommission informiert. Sie sind sorgfältig und wie folgt eingetragen: Religion: Die abgelegte Prüfung bewies eine klare Auffassung und ein richtiges Verständnis der einzelnen Religionswahrheiten. — Lateinische Sprache: Die Übersetzung dem Sinne des Autors gemäß, der Aufsatz einfach. — Griechische Sprache: Übersetzt bei einer genügenden Kenntnis der Grammatik wohl noch langsam aber dennoch meist richtig. — Deutsche Sprache: Auffassung und Interpretation gut, im Aufsätze folgerichtig und einheitlich bei gutem Ausdrucke. — Geschichte und Geographie: Hat bei seinem matten Vortrage notdürftig entsprochen. — Mathematik: Vollkommen gut. — Naturgeschichte: Hatte die naturwissenschaftlichen Objekte genau beobachtet und dieselben auch

gründlich und ausführlich beschrieben. — Physik: Zeigte richtige Auffassung und recht kleines Verständnis der Erscheinungen. — Philosophische Propädeutik: Hat den Lehrstoff in allen Teilen gut aufgefaßt und bei selbsttätiger Einübung sich eine richtige Kenntnis erworben. — Böhmisches Sprach: Die Übersetzung hinreichend, der Aufsatz auch. — Das sittliche Betragen war ausgezeichnet gut. — Das Urteil der Prüfungskommission lautete: reif.

Mach verließ nach der Maturitätsprüfung Kremsier und inskribierte sich an der Universität Wien für Mathematik und Physik. Die Lehrjahre in Kremsier waren für Mach und seine weitere Entfaltung wichtig und außerordentlich befruchtend. Er lernte dort durch seinen geliebten Lehrer Franz X. Wessely die Ideen der Evolution der lebenden Materie und der Kant-Laplaceschen Kosmogonie, die Evolution des Weltalls, kennen. Die überwiegend tschechischsprachige Stadt Kremsier mit einer deutschen Minderheit, vor allem in der Bürokratie und im höheren Klerus (im Jahre 1900 z. B. 12 316 Tschechen und 1460 Deutsche), ganz besonders aber die weite tschechische Umgebung übte infolge ihrer günstigen Konfrontation des böhmisch-mährischen und des deutsch-österreichischen Elementes und Kultureinflusses den denkbar besten Einfluß auf Mach aus.

Während seiner Studienjahre in Kremsier wurde er stark durch Kants „Prolegomena zu jeder Metaphysik, welche künftighin als Wissenschaft wird auftreten können“ beeindruckt. Das Studium dieses Werkes war eine wichtige Anregung für ihn, die aber nicht von der Schule ausging. Er fand das Buch in der Bibliothek seines Vaters und ließ sich damit zum naturwissenschaftlichen und psychologischen Denken anregen. Er mußte oft und intensiv über die Grundgedanken des Buches nachdenken und kam so bald vom Kantschen kritischen Idealismus ab. „Das Ding an sich erkannte er noch als Knabe als eine unnütze metaphysische Erfindung, Illusion.“ Er blieb Kant wegen seiner Anregung verbunden, wenngleich er seine Gedanken nicht festhalten konnte; denn sie führten ihn zur historisch-kritischen Bearbeitung der Mechanik, der Akustik und der Optik<sup>22</sup>.

Wußten das seine Lehrer? Hätten sie ihn besser verstehen oder ihm sogar Rat geben können? Wir können heute nur wohlwollend über das Urteil der Prüfungskommission bezüglich seiner Kenntnisse in Physik bei der Reifeprüfung lächeln, daß er zwar richtige Auffassung, aber „ein recht kleines Verständnis der Erscheinungen zeigte“. Andererseits erkannten seine Lehrer, wie gut er in den Naturwissenschaften beschlagen war, „daß er die Tatsachen sehr richtig und leicht auffaßte“ und „eine regelrechte Beweisführung mit klarem Verständnis verband“. Wurde vielleicht Mach darum von manchem seiner Lehrer als „matt“ beurteilt, weil er mit seinen Gedanken weit abwesend war? Ganz bestimmt können wir sagen, daß Mach offenbar nicht ehrgeizig war, denn sonst hätte er bei seinen geistigen Fähigkeiten leicht die Note: „I. Klasse mit Vorzug“ erreichen können.

Es ist nicht bekannt, ob Mach später Mähren noch einmal besuchte. Er blieb aber mit Tschechen in guter Verbindung, besonders als er in Prag wirkte. Als Professor der Prager Universität gab er wesentliche Anregungen zur Entwicklung der tschechischen Physik<sup>23</sup>. Sein erster Assistent war der tschechische Physiker Vincent

<sup>22</sup> Herneck: Selbstbiographie 1956/57.

<sup>23</sup> Novák, V.: Mach. Vědec, učitel a člověk [Mach. Gelehrter, Lehrer und Mensch].

Dvořák (1848—1922), später Hochschulprofessor in Agram; mit seinem Assistenten Václav Rosický (1850—1929) gab er eine gemeinsame Studie heraus; Anregungen empfangen der Astronom Gustav Gruß (1854—1922), der Elektrotechniker Stefan Doubrava (1857—1897) und viele andere. Den besten Beweis für Machs Aufgeschlossenheit gegenüber der tschechischen Nation und ihrem Kulturleben war aber auch die Tatsache, daß er in seinem Institut der eben gegründeten „Vereinigung der tschechischen Mathematiker“ ein Heim gab <sup>24</sup>.

Mach stand mit vielen Tschechen auf vertrautem Fuße und es wurde ihm von tschechischer Seite Unrecht getan, als man vermutete, daß er im Schuljahr 1879/1880 als Rektor der Prager Universität aus Unverstand gegen die Errichtung der selbständigen tschechischen Universität, den innigen Wunsch der Tschechen, votierte. Er tat dies nicht aus nationaler Voreingenommenheit, sondern weil er befürchtete, daß aus einer ungenügend dotierten und recht ärmlich ausgestatteten Universität zwei noch ärmlichere entstehen könnten. Sein Standpunkt setzte sich übrigens nicht durch, und die Prager Universität wurde 1882 in eine deutsche und eine tschechische geteilt.

Für die Beurteilung der Persönlichkeit E. Machs ist noch eine Tatsache wichtig, auf die auch Albert Einstein in seinem Nachruf hingewiesen hat <sup>25</sup>. Im Gegensatz zu einigen namhaften Gelehrten in Deutschland und Österreich ist Ernst Mach nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges nicht dem „nationalen Fanatismus“, der „Zeitkrankheit“ jener Jahre, erlegen. Seine „gütige, menschenfreundliche und hoffnungsfrohe Gesinnung“ schützte ihn davor. Man darf annehmen, daß Ernst Mach diese Eigenschaften im mährischen Milieu, in dessen Umwelt und durch dessen Einfluß erwarb.

Elektrotechnický obzor 27 (1938) 102—104. — Ders.: Oslavy Machovy [Mach-Feier]. Elektrotechnický obzor 27 (1938) 105—107. — Ders.: Vzpomínky a paměti [Erinnerungen und Memoiren]. Brünn 1939.

<sup>24</sup> F o l t a, J. / T ě š í n s k á, E.: Čeněk Strouhal a česká fysika jeho doby [Vinzenz Strouhal und die tschechische Physik in seiner Zeit]. Dějiny věd a techniky 12 (1979) 1—8.

<sup>25</sup> E i n s t e i n, A.: Ernst Mach. Physik. Ztschr. 17 (1916) H. 7.

## BERTHOLD BRETHOLZ (1862—1936)

*Von Johann Wolfgang Brügel*

Berthold Bretholz wurde am 9. Juli 1862 — wie vor ihm Sigmund Freud — in Freiberg in Mähren geboren und besuchte das deutsche Gymnasium in Bielitz (heute Bielsko in Polen), an dem er 1881 die Reifeprüfung ablegte. Er studierte dann an der Wiener Universität Philosophie und Geschichte und erlangte 1885 den Grad eines Dr. phil. Nach Archivstudien in Wien unter Theodor von Sickel legte er 1887 die archivalische Staatsprüfung ab und widmete sich dann Rechtsstudien, die er 1889 in Wien mit der rechtshistorischen Staatsprüfung abschloß. In Wien war er von 1887—1892 als Mitarbeiter von Professor Friedrich Maassen bei der Herausgabe der Konzilakten in den Monumenta Germaniae historica tätig. 1892 wurde er nach Brünn, welche Stadt bis zu seinem Tode seine Heimatstadt und das Zentrum seiner wissenschaftlichen Arbeit sein sollte, ins mährische Landesarchiv berufen, nachdem er ein damaliges Erfordernis zur Aufnahme in den öffentlichen Dienst durch Aufgabe des jüdischen Glaubens seiner Väter zugunsten eines christlichen (protestantischen) erfüllt hatte. 1898/99 arbeitete er ein halbes Jahr in Rom im vatikanischen Archiv an der Aufnahme der Bestände für die mährische Geschichte, hauptsächlich für die Hussitenzeit. 1899 wurde ihm die Leitung des mährischen Landesarchivs übertragen, die er — seit 1909 mit dem Titel eines Landesarchivdirektors — bis zur Pensionierung 1926 innehatte; in seiner Amtszeit wurden die Archivbestände „wohl um das Zehnfache“ vermehrt, wie er in seinem Buch „Das mährische Landesarchiv“ (1908) sagte.

Zu dieser die Arbeitskraft eines Menschen voll ausfüllenden Aufgabe war ihm 1895 auch noch die Leitung des Brünnner Stadtarchivs übertragen worden, welche Funktion 1918 durch den staatlichen Umsturz und die Umwandlung der früher führenden Stellung der Brünnner Deutschen in eine Minderheitsposition ein Ende fand. Auch das Brünnner Stadtarchiv hat er gänzlich neu geordnet und stark erweitert, und ähnliche Reformen in den Stadtarchiven von Olmütz, Iglau, Ung. Hradisch und Mähr. Ostrau sind vorzüglich auf seine Initiative zurückzuführen. 1909 wurde Bretholz überdies mit dem Titel eines „außerordentlichen Professors“ als Honorarprofessor mit Vorlesungen über österreichische Geschichte und geschichtliche Hilfswissenschaften an der Deutschen Technischen Hochschule in Brünn beauftragt. Seiner hier nur in den Umrissen verzeihenbaren überaus reichen fachlichen, publizistischen Tätigkeit steht eine nicht minder reiche Leistung als Volksbildner sowie als Mitarbeiter von Zeitungen und Zeitschriften gegenüber. Von Anfang an gehörte er dem Lehrkörper der 1920 von Professor Hugo Iltis gegründeten Deutschen Masaryk-Volkshochschule in Brünn an, wo seine Vorlesungen sowohl zur Heimatgeschichte wie auch zur Weltgeschichte ihn einer größeren Gemeinde bekannt machten.

Bretholz hat sich nie parteipolitisch exponiert, war aber sein ganzes Leben lang ein fortschrittlich gesinnter Liberaler. Die Entwicklung in Deutschland nach dem 30. Januar 1933 bedrückte das Gemüt des über 70 Jahre alten und immer noch tätigen Gelehrten, und er empfand insbesondere das Schicksal der Juden im Dritten Reich als grausames Unrecht. Die hilflose Verzweiflung darüber mag dazu beigetragen haben, daß sich Bretholz in einem Anfall von Geistesverwirrung am 27. November 1936 das Leben nahm. Über das Schicksal seiner Witwe Lina ist nichts bekannt, doch kann angenommen werden, daß sie vor dem 15. März 1939 (der Besetzung Brünns durch deutsche Truppen) eines natürlichen Todes starb. Eine Tochter, Hertha, ist in jugendlichem Alter nach dem Ersten Weltkrieg einer Grippe-Epidemie erlegen. Der Sohn Dr. Wolfgang Bretholz (1904—1969) war als politischer Journalist zuerst in Berlin („Berliner Tageblatt“) und dann in Prag („Prager Presse“) tätig, von wo ihm 1939 die Flucht ins Ausland gelang. Er lebte dann meist in der Schweiz und ist vor allem als Reiseschriftsteller hervorgetreten. Sein Sohn Dr. Alexander Bretholz ist Arzt in Lausanne.

Manche der Geschichtswerke Berthold Bretholz' sind ein Torso geblieben, wenn auch die fehlenden Kapitel in anderen seiner Veröffentlichungen später noch Behandlung fanden. Das gilt vor allem für seine „Geschichte Mährens“, von der nur die ersten beiden, zeitlich bis 1179 reichenden Bände 1893, bzw. 1895 (in tschechischer Übersetzung 1896) erschienen sind. 1895 erschien auch seine Beschreibung der Schwedenbelagerung Brünns im Dreißigjährigen Krieg („Der Vertheidigungskampf der Stadt Brünn gegen die Schweden 1645“). Von einer beabsichtigten „Geschichte der Juden in Mähren im Mittelalter“ liegt nur (1934) der erste, die Entwicklung vom Anbeginn bis 1350 darstellende Band vor; die fertiggestellte Ergänzung „Quellen zur Geschichte der Juden in Mähren“ blieb ungedruckt und ist wohl verloren, ebenso wie ein im Manuskript vollendetes Buch „Von Versailles bis Hitler“. Posthum ist in Brünn 1938 auf Grund mitstenographierter Vorlesungen in der Volkshochschule eine sich an eine breitere Leserschicht wendende Geschichte der Stadt bis 1848 erschienen („Brünn, Geschichte und Kultur“) — die politischen Verhältnisse haben diese Breitenwirkung verhindert. Das Hauptwerk von Bretholz ist aber die vierbändige, bis in die zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts reichende „Geschichte Böhmens und Mährens“, die zwischen 1920 und 1924 erschienen ist.

Es war dieses Werk, das die heftigsten, stark ins Politische übergreifenden Auseinandersetzungen ausgelöst hat, wiewohl Bretholz seine Theorie, die Deutschen Böhmens, Mährens und Schlesiens seien nicht Nachkommen der Einwanderer des Mittelalters, sondern der germanischen Ureinwohner (Markomannen und Quaden), schon 1912 in seiner bis 1306 reichenden „Geschichte Böhmens und Mährens“ ausgesprochen hatte. Alles spricht dafür, daß Bretholz aus rein wissenschaftlichen Erwägungen und nicht, um den Deutschen des Landes ein „Erstgeburtsrecht“ zu schaffen, seine Ansichten verfochten hat, die sich, in wenigen Worten ausgedrückt, auf seine Behauptung stützten, es gebe keinen positiven Beweis für eine Kolonisierung. Das oft zitierte „Deutschenprivileg“ des Herzogs Soběslav (1173—1178), das von der „vocatio in Boemian“ (Berufung nach Böhmen) der Deutschen rede, gebrauche in einem anderen Exemplar die Wendung „vocatio in Boemia“ (Berufung in Böhmen); ein Original existiere nicht mehr. Es handelte sich um einen Gelehrten-

streit über viele hundert Jahre zurückliegende Dinge, doch die „Antikolonisationstheorie“ von Bretholz wurde von dem führenden tschechischen Historiker Josef Pekař (1870—1973) zu fulminanten und politisch zugespitzten Attacken gegen den nur mit wissenschaftlichen Ausführungen auftretenden Bretholz benützt. Ohne den Schatten eines Beweises dafür vorlegen zu können, ging Pekař so weit, Bretholz anzudichten, „die Hoffnung liege ihm wohl nicht ferne, die tschechische Politik möge zu einem neuen 1620 führen“, d. h. zum Verlust der Freiheit.

Auch die „zünftige“ deutsche Geschichtswissenschaft, vertreten vor allem durch die Inhaber der zuständigen Lehrkanzel an der Deutschen Universität in Prag Professor Adolf Zycha (1871—1948) und nach ihm Professor Wilhelm Wostry (1877—1951), lehnte die Theorie von Bretholz ab. Ihre Motive waren sicher wissenschaftlicher Natur, aber man wird den Verdacht nicht los, daß die Absicht ein wenig mit-spielte, einen vermeintlichen Außenseiter, der überdies ein „Nichtarier“ war, nicht aufkommen zu lassen. Für sie war Bretholz „nur ein Archivist“ und daher kein „richtiger“ Historiker, der es bloß zu einer Dozentur gebracht hatte. Im Dritten Reich berief man sich entweder zur Begründung eines für die Deutschen günstiger scheinenden Standpunkts auf Bretholz, in Unkenntnis seiner „anstößigen“ Abstammung, oder vertrat seine Theorie, ohne ihren Autor zu nennen. Aber auch folgendes konnte man 1941 von einem Historiker hören: „Sie (die Antikolonisationstheorie) wird nicht dadurch besser, daß der Jude Bretholz sie als erster vertreten hat . . .“ Heute wird die Theorie von Bretholz von niemandem mehr vertreten, aber er ist über den Verdacht erhaben, daß er sich von anderen als rein wissenschaftlichen Impulsen leiten ließ.

(Die obigen biographischen Angaben stützen sich auf das von Professor Anton Altrichter geschriebene „Lebensbild“ in dem posthumen Buch von Bretholz „Brünn, Geschichte und Kultur“ sowie auf die persönliche Bekanntschaft des Autors mit der Familie Bretholz.)

#### *Bibliographie von Berthold Bretholz*

- 1885 Der römische Schriftsteller Curtius Rufus. Ungedruckte Dissertation.
- 1887 Die Urkunden der Herzoge Albrecht III. und Leopold III. von Österreich aus der Zeit ihrer gemeinsamen Regierung. Ungedruckte Prüfungsarbeit im Institut für österreichische Geschichtsforschung.
- 1891 Studien zu den Traditionsbüchern von St. Emmeram in Regensburg. *MIÖG* 12, 1—45.
- 1892 Die Unterschriften in den gallischen Concilien des 6. und 7. Jahrhunderts. *NA* 18.
- 1893 Geschichte Mährens. Bd. 1. Abt. 1 (bis 906). Brünn XII u. 120 S. (tschech. Übersetzung 1896).
- Die Übergabe Mährens an Herzog Albrecht V. von Österreich im Jahre 1423. Beiträge zur Geschichte der Husitenkriege in Mähren. *AÖG* 80, 2. Hälfte: 249—349.

- *Concilia aevi Merovingici. Monumenta Germaniae historica. Leges III. Tom. I.* Bearb. v. F. Maassen und B. Bretholz. Hannover-Leipzig, XVII u. 281 S.
- 1895 *Geschichte Mährens. Bd. 1. Abt. 2 (bis 1197).* Brünn XVIII u. 123—360 S. (tschech. Übersetzung 1896).
- *Catalog der historischen Ausstellung der Stadt Brünn.* Brünn.
- *Handschriften und Urkunden des Franzensmuseums. Museum Franciscum. Annales 1,* 91—130.
- *Mähren und das Reich Herzog Boleslavs II. von Böhmen.* AÖG 82, 137—180.
- *Das neue Brünner Stadtarchiv. Mährisch-schlesischer Correspondent Nr. 264 v. 16. 11. 1895.*
- *Über das 9. Capitel der pannonischen Legende des hl. Methodius.* MIÖG 16, 342—349.
- *Urkunden, Briefe und Actenstücke zur Geschichte der Belagerung der Stadt Brünn in den Jahren 1643 und 1645 durch die Schweden.* Brünn, XVII u. 143 S.
- *Der Verteidigungskampf der Stadt Brünn gegen die Schweden. 1645.* Brünn, X u. 86 S., Taf.
- 1896 *Eine Bevölkerungsziffer der Stadt Brünn aus dem Jahre 1466.* ZSWG 5, 174—184.
- *Die Cerronische Manuscriptensammlung des Franzensmuseums. Museum Franciscum. Annales. Dějiny Moravy.* Brünn, 360 S.
- *Ein päpstliches Schreiben gegen Kaiser Otto IV. von 1210, Oct. 30.* NA 22.
- *Regesten der Originalurkunden im Archiv des Franzensmuseums. Museum Franciscum. Annales 2,* 139—184.
- *Urkundliche und handschriftliche Mitteilungen aus dem Stadtarchiv in Brünn. Notizenblatt der hist.-statist. Section 11—16; 48—50.*
- 1897 *Brünns Stadtbilder bis zum Jahre 1750.* Museum Franciscum. Annales 2, 157—180; Sonderdruck Brünn 1898, 24 S.
- *Neue Beiträge zur Geschichte der Belagerung Brünns durch die Schweden im Jahre 1645,* ZDVGMS 1.
- *Die Tataren in Mähren und die moderne mährische Urkundenfälschung.* ZDVGMS 1, 1—65.
- *Urkundliche und handschriftliche Mitteilungen aus dem Stadtarchiv in Brünn.* ZDVGMS 1.
- 1897—1914 *Bericht über die Tätigkeit des Stadtarchivs für die Jahre 1897—1914. Die 1914 Gemeindeverwaltung der Landeshauptstadt Brünn.* Brünn 1897—1914.
- 1898 *Brünn.* Brünn, 24 S.
- *Die Handschrift „Iura maioris civitatis Pragensis“ in der Bibliothek des Olmützer Domcapitels.* ZDVGMS 2, 380—391.

- Papyrus, Pergament, Papier. Mitteilungen des Mährischen Gewerbemuseums in Brünn, 65—69; 73—78.
- Regesten neuer Urkunden im Archiv des Franzens-Museums. Museum Francisceum. Annales 4, 143—170.
- 1899 Listina daná klášteru sv. Klary O. S. F. v Olomouci z r. 1442. ČMM 23, 379—381.
- Ein neuer Bericht über die Belagerung der Stadt Brünn durch die Schweden im Jahre 1645. ZDVGMS 3, 1—55.
- Zur Biographie des Markgrafen Jodok von Mähren. ZDVGMS 3, 207—265.
- 1900 Das alte Landhaus in Brünn. Geschichtliche Skizze. Brünn, 8 S.
- Bischof Paul von Olmütz über den Abschluß der Basler Compactaten. MIÖG 21, 674—678.
- Einige Brünnener Rechtssprüche für Heinrichs-Bitesch aus dem 15. Jahrhundert (1419—1464). ZDVGMS 4, 406—411.
- 1901 Die Pfarrkirche St. Jakob in Brünn. Brünn, IX u. 206 S.
- Die Grafen Vetter von der Lilie. Eine genealogische Studie. Brünn, 11 S.
- Johannes Rosanensis „Tabula monasteriorum Ord. Cist.“. Studien und Mitteilungen aus dem Benedictiner- und Cistercienser-Orden 22, 418—427; 599—610.
- „Mocran et Mocran“. Zur Kritik der Goldenen Bulle König Friedrichs II. für Mähren vom J. 1212. MIÖG Erg.-Bd. 6, 235—253; zugl. ZDVGMS 5, 305—320.
- Neue Aktenstücke zur Geschichte des Schwedenkrieges in Mähren und Schlesien. ZDVGMS 5, 1—92.
- 1902 Der Bau des Brünnener Rathausturmes i. J. 1577. Zeitschr. d. Mährischen Landesmuseums 2, 3—27 u. 1 Taf.
- Das Schlußblatt des „Granum catalogi praesulum Moraviae“. Festschr. d. Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen 17—21.
- 1902—1933 Mitarbeit an Meyers Großem Konversationslexikon, 6. und 7. Aufl.; Kleinem Konversationslexikon, 7. Aufl.: Artikel über Geschichte Österreichs, Böhmens und Mährens, Biographien von Historikern und Politikern.
- 1903 Christian d'Elvert. ADB Bd. 47, 653—655.
- Christian d'Elvert. Nachruf. ZDVGMS 7, 402—403.
- Codex diplomaticus et epistolaris Moraviae. Urkundensammlung zur Geschichte Mährens. Bd. 14/15. Bd. 14 (1408—1411). Brünn, XIII u. 194 S.; Bd. 15 (Nachträge), XLIII u. 440 S.
- Die fürstlich Dietrichstein'sche Bibliothek in Nikolsburg und ihr neuer Katalog. ZDVGMS 7, 383—386.
- Johannes von Gelnhausen. Krit.-hist. Studie mit 2 Anhängen: 1. Unedierte Iglauer Rechtssprüche für Kuttenberg. 2. Das Iglauer deutsche Bergrechts-

- buch in der Übersetzung Johannes' von Gelnhausen. ZDVGMS 7, 1—76; 205—281.
- Theodor Mommsen. Deutsche Stimmen. 613—618.
- 1904 Neueste Literatur über Pseudochristian. NA 29.
- Über die Gelnhausen-Handschrift im Brüner Stadtarchiv. NA 29, 490—494.
- Böhmen, Mähren und Schlesien bis zu ihrer Vereinigung mit Österreich i. J. 1526. Leipzig, 463 S. (Weltgeschichte 5. Hrsg. v. H. F. Helmolt); 2. Aufl. 1921.
- 1905 Cosmas und Christian. I. ZDVGMS 9, 70—121.
- 1906 Cosmas und Christian. II. ZDVGMS 10, 1—81.
- Lateinische Paläographie. Leipzig, VI u. 112 S. (Grundriß der Geschichtswissenschaft); 2. Aufl. 1912; 3. Aufl. 1926.
- Die Compilatio super Cantica canticorum. Ein unbekanntes Werk des Olmützer Bischofs Robert (1201—1240). ZDVGMS 10, 293—297.
- Zur Lösung der Christianfrage. ZDVGMS 10, 1—81. Theodor R. von Sichel. Zum 80. Geburtstag. ÖR 9, 282—286.
- 1907 Historische periodische Literatur Böhmens, Mährens und Österr.-Schlesiens. MIOG 28, 676—687.
- 1908 Das mährische Landesarchiv. Seine Geschichte, seine Bestände. Brünn, VII u. 161 S., 15 Taf.
- Moravský zemský archiv. Brünn, 160 S., 14 Taf.
- Katalog der archivalischen Ausstellung im Mährischen Landesarchiv. Sonderdruck aus: Das mährische Landesarchiv. Brünn, 119—161.
- 1909 (Gemeinsam mit L. Masur) Jahresbericht über die städtischen Sammlungen. Brünn, 3 S.
- Studien zu Cosmas von Prag. I. NA 34, 653—679.
- Theodor von Sichel. Nachruf. ZDVGMS 13, 1—24.
- 1910 Studien zu Cosmas von Prag. II. NA 35, 677—704.
- 1911 Geschichte der Stadt Brünn. Bd. 1: bis 1411 (mehr nicht erschienen). Brünn, XIII u. 445 S., 9 Taf.
- Libri citationum et sententiarum seu Knihy puhonné a nálezové. Bd. 7 (1490—1503). Brünn.
- Die führenden historischen Zeitschriften in Böhmen. Zeitschr. f. osteuropäische Geschichte 2, 86—93.
- Stadt- und Gemeindearchive in Mähren. Mittheilungen der III. (Archiv-) Section der k. k. Central-Commission zur Erforschung der Kunstdenkmäler 8, 95—100.
- 1912 Geschichte Böhmens und Mährens bis zum Aussterben der Přemysliden (1306). München-Leipzig, X u. 550 S.

- Aus der Geschichte des Bucheinbandes. Graphische Revue Österreich-Ungarns, H. 6.
- Führer durch die Ausstellung historischer und moderner Bucheinbände. Brünn, 30 S.
- 1913 Das fürstlich Dietrichsteinsche Schloßarchiv in Nikolsburg. Archivalien zur neueren Geschichte Österreichs. Bd. 1, 98—113 (Veröffentl. d. Kommission f. neuere Geschichte Österreichs 4). Enthalten sind noch von Bretholz Beiträge über Schloßarchive in Pirnitz, Blauda, Namiest, Biskupitz, Austerlitz, Jaromeritz, Holleschau, Teltsch, Teschen u. a.
- K mému VII. svazku „Libri citationum et sententiarum“. ČMM 37, 477—487.
- König Wenzel II. von Böhmen — ein Minnesänger? ZDVGMS 17, 251—258.
- Liechtensteiniana im mährischen Landesarchiv. Zeitschr. f. osteuropäische Geschichte 3, 559—567.
- Notiz zur Geschichte Mährens und Schlesiens aus reichsdeutschen historischen Zeitschriften 1912. ZDVGMS 17, 174—178.
- Der Schulmeister auf der Zeil (ehemalige der Brüner Propstei von St. Peter untertänige Vorstadt von Brünn) in der Zeit der Kaiserin Maria Theresia. ZDVGMS 17, 410—411.
- Zur Geschichte des mährischen Archivwesens. Entwicklung, Zustand, Aufgaben. Mitteilungen des k. k. Archivrates 1, 15—38.
- 1914 Meine „Geschichte Böhmens und Mährens“ und ihre Kritiker. ZDVGMS 18, 85—101.
- Olmütz 1758. ZDVGMS 18, 170—171.
- Zur Geschichte der Kaiserl. Akademie der Wissenschaften in Wien. Ein Gutachten des Grafen Kaspar von Sternberg, Präsidenten der böhmischen Gesellschaft der Wissenschaften in Prag, über den Gründungsplan vom 18. III. 1837. Wien, 19 S. (Sitzungsberichte der K. Akademie der Wissenschaften in Wien. Phil.-hist. Klasse. Bd. 176, Abh. 8).
- 1915 Kleine chronistische Nachrichten und Urkunden zur Geschichte Brünns. 1. Die Vertreibung des am 24. Juli 1499 in das Kloster Raigern eingedrungenen Jeschek von Boskowitz durch die Brüner. 2. Kurze Schilderung der Huldigung der Mährer von K. Ladislaus als Herrn und Markgrafen von Mähren in Brünn am 18. Juli 1453. 3. Beziehungen Cuspinians zu Brünn (1499). 4. Beziehungen der Fugger zu Brünn (1530 und 1534). 5. Ein altes Brüner Liebeslied. ZDVGMS 19, 114—119.
- 1916 Alexander von Peez, ein österreichischer Vorläufer des mitteleuropäischen Gedankens. Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung (München) v. 27. 4. 1916.
- Ein Brüner Brief vom 21. Februar 1807 mit Bemerkungen über die Schlacht bei Austerlitz vom 2. Dezember 1805. ZDVGMS 20, 236—238.

- (gemeinsam mit P. Maurus Kinter) Die Korrespondenz P. Gregor Wolnys. ZDVGMS 20, 87—140; 379—395. — 21 (1917) 105—136; 290—319; 386—410. — 22 (1918) 74—96.
- Zur Zychaschen Kritik meiner „Geschichte Böhmens und Mährens“. ZDVGMS 20, 1—13.
- 1917 Antwort an die Universitätsprofessoren Ottokar Weber und Adolf Zycha. ZDVGMS 21, 206.
- Kaiser Franz Joseph I. Vortrag, gehalten am 9. Januar 1917 aus Anlaß des Todes des Kaisers. ZDVGMS 21, 1—21.
- Der Kauf des Marktes Raußnitz durch die Stadt Brünn im Jahre 1417. ZDVGMS 21, 416—423.
- Nepomuk Hausperskys von Fanal, Herrn auf Rossitz, Annalen von Mähren 1767—1790. Zeitschr. d. Mährischen Landesmuseums 16, 34—116.
- 1918 Martin Luther. Vortrag, gehalten am 4. November 1917. ZDVGMS 22, 1—14.
- Moravica im Egerer Stadtarchiv. ZDVGMS 22, 97—110.
- Prof. Alfons Dopsch' neuestes Werk („Wirtschaftliche und soziale Grundlagen der europäischen Kulturentwicklung aus der Zeit von Caesar bis auf Karl d. Gr.“). ZDVGMS 22, 279—296.
- Über einen verlorenen Zyklus von Abbildungen der mährischen Markgrafen in der Olmützer bischöflichen Residenz. ZDVGMS 22, 397—398.
- 1920 Neuere Geschichte Böhmens. Bd. 1: Der politische und religiöse Kampf zwischen Ständen und Königtum unter Ferdinand I. (1526—1564) und Maximilian II. (1564—1576). Gotha, XI u. 391 S. (Allgemeine Staaten-geschichte. Hrsg. v. H. Oncken. I. Abt. 40. Werk. Bd. 1).
- Zur böhmischen Kolonisationsfrage. MIOG 38, 213—240.
- 1921 Böhmen, Mähren und Schlesien bis 1526. Leipzig, 286—330 (Weltgeschichte 6. Hrsg. v. A. Tille).
- 1921—1924 Geschichte Böhmens und Mährens. Bd. 1—4. Bd. 1: Das Vorwalten des Deutschtums. Bis 1419. Reichenberg 1921, V u. 237 S.; Bd. 2: Hussitentum und Adelherrschaft. Bis 1620. 1922, 261 S.; Bd. 3: Dreißigjähriger Krieg und Wiederaufbau. Bis 1792. 1924, 241 S.; Bd. 4: Das 19. Jahrhundert. 1792—1914. 1924, 279 S.
- 1922 Zur Entstehungsgeschichte meiner „Geschichte Böhmens und Mährens“. Heimatbildung 3, 237—243.
- Der Kampf um die Siedlungsfrage der Deutschen in Böhmen und Mähren. Brünn, IV u. 44 S.
- Ein mittelalterliches Denkmal des deutschen Handwerks (in Znaim). Znaimer Tagblatt, Beilage zu Nr. 291 v. 22. 12. 1922. Palackýs „Kolonisationstheorie“. ZDVGMS 24, 27—49.
- 1923 Cosmas Pragensis. Chronica Boemorem libri tres. Die Chronik der Böhmen des Cosmas von Prag. Berlin, XCVIII u. 295 S. (Monumenta Germaniae

- historica. *Scriptores rerum Germanicarum. Series nova. Tom. III.*); 2. Aufl. Neudruck 1955.
- Kolonisationspolemik. ZDVGMS 25, 1—43.
- Rück- und Ausblick in der Kolonisationsfrage. *Deutsche Hochschulwarte* 3, 227—230.
- 1924 Das böhmisch-mährische Deutschtum. *Die Kolonisationsfrage. Politik und Geschichte* Bd. 2, S. 351—372.
- Der Gang der Cosmasforschung. *NA* 45, 32—47.
- Die geschichtliche Entwicklung des böhmisch-mährischen Deutschtums. Bericht über die 14. Versammlung deutscher Historiker zu Frankfurt/M., 24—28.
- Übersicht über die Literatur zur böhmisch-mährischen Kolonisation 1912—1914. *Jahresberichte für Kultur und Geschichte der Slaven* Bd. 1, S. 9—32.
- Woodrow Wilson. *Memoiren und Dokumente. ZDVGMS* 26, 53—66.
- 1925 Reparationen. *Freie Welt* 6, H. 138, S. 5—12.
- 1926 Abriß der Geschichte Österreich-Ungarns. München, 110 S. (*Geschichtswerk für höhere Schulen. Hrsg. v. Arnold Reimann. T. 4, H. 5.*)
- Beschreibung der Handschriften im Glatzer Ratsarchiv. Glatz, 168 S. (*Geschichtsquellen der Grafschaft Glatz. Bd. 6, H. 1.*)
- Die Einführung der Straßenbeleuchtung in Brünn. Nach den Akten und Protokollbüchern des Stadtarchivs. ZDVGMS 28, 37—53.
- Michael — Michel. *Freie Welt* 7, H. 152, S. 7—13.
- Das neue Polen. *Freie Welt* 7, H. 146, S. 5—12.
- Schriften zur Minderheitenfrage. *Freie Welt* 7, H. 150/151, S. 8—15.
- 1927 Lese- und Quellenbuch zur böhmisch-mährischen Geschichte. Augsburg, 391 S. (*Sudetendeutsche Sammlung.*)
- Beschreibung der Urkunden im Glatzer Ratsarchiv. Glatz, III u. 105 S. (*Geschichtsquellen der Grafschaft Glatz. Bd. 6, H. 2.*)
- Archivalien zur Stadtgeschichte Neu-Titscheins im mährischen Landesarchiv. *Festschrift Kuhländler Heimatfest in Neu-Titschein* 48—51.
- Die „deutsche Kolonisation“ Böhmens und Mährens im 13. Jahrhundert. *Vergangenheit und Gegenwart* 17, 6—21.
- Eduard VII., König von England. *Freie Welt* 8, H. 161, S. 10—17.
- Emil Ludwigs Bismarck. *Archiv für Politik und Geschichte* 9, H. 10, S. 326—337.
- Geschichte des 19. Jahrhunderts. *Freie Welt* 8, H. 158, S. 4—10.
- Johann Frh. von Chlumecky. *Neue österreichische Biographie. Bd. 4, S. 73—91.*
- Das mährische Landesarchiv. *Archiv für Bibliographie und Buchwesen* 2, 26—37.

- 1928 Der Brünner Ritt vom 26. Juni 1293. ZDVGMS 30, 141—147.
- Das Bürgerverzeichnis der Stadt Neu-Titschein aus der Mitte des 17. Jahrhunderts. Das Kuhländchen 9, F. 6/7, S. 90—100.
- Johann Georg, Herzog von Jägerndorf. Schlesische Lebensbilder Bd. 3, S. 19—27.
- Die Quaden in Mähren. Deutsche Heimat 4, 67—70.
- Der Ursprung der Hussitenkriege und ihr Übergreifen auf die Grafschaft Glatz. Glatzer Heimatblätter 14, 122—131.
- 1929 Versailles. Freie Welt 9, H. 224, S. 263—266.
- Erinnerungen und Mahnungen an Deutsch-Südwest-Afrika. Freie Welt 9, 260—263.
- Gustav Landauer. Freie Welt 9, 357—362.
- H. G. Wells, Die Weltgeschichte. Freie Welt 9, 171—184.
- Die Stadt Glatz in přemyslidischer Zeit. Glatzer Heimatblätter 15, 53—61.
- Zur Reorganisation des österreichischen Archivwesens. Aus Th. von Sickels Nachlaß. MIOG Erg.-Bd. 11, 795—799.
- 1930 Aktenmäßiger Bericht über Kaiser Joseph II. Pflügung eines Ackerstückes beim Dorfe Slawikowitz am 19. August 1769 und Errichtung eines Denkmals daselbst. ZDVGMS 32, 79—93; 185—198.
- Bismarck und seine Zeit. Freie Welt 10, H. 236, S. 261—265.
- Brünn. Geschichtliche Skizze. Deutsche Heimat 6, 14—21.
- Deutsche Technische Hochschule Brünn. Das akademische Deutschland Bd. 1, S. 491—498.
- Europa und Bismarcks Friedenspolitik 1871—1890. Freie Welt 10, 358—363.
- Der Gewitscher Judenrichter Joseph David (1731—1735). Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte der Juden in der čechoslowakischen Republik 2, 185—240; dass. in: Ročenka společnosti pro dějiny židů v českosl. Republice.
- Johannes von Gelnhausen. Sudetendeutsche Lebensbilder Bd. 2, S. 67—69.
- Die Judenschaft einer mährischen Kleinstadt. Markt Pirnitz im 18. Jh. Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte der Juden in der čechoslowakischen Republik 2, S. 403—455; dass. in: Ročenka společnosti pro dějiny židů v českosl. Republice.
- Tiger (Georges Benj. Clemenceau). Freie Welt 10, 103—108.
- Das Urbar der Liechtensteinschen Herrschaften Nikolsburg, Dürnholz, Lundenburg, Falkenstein, Feldsberg, Rabensburg, Mistelbach, Hagenberg und Gnadenberg aus dem Jahre 1414. Reichenberg-Komotau, CXIX u. 451 S. (Sudetendeutsche Geschichtsquellen 3).
- 1931 Danton. Freie Welt 11, 168—172.
- Fremde Archivalien in deutschen Archiven (Hinweis auf eine 1901 vom mährischen Landesarchiv übernommene Sammelhandschrift unklarer Her-

- kunft aus dem 18. Jh.). Archivstudien. Zum 70. Geburtstag von Woldemar Lippert. Dresden, 56—60.
- Die sogenannte Deutschenkolonisation in Böhmen und Mähren im 13. Jh. Sudetendeutsche Akademiker-Zeitung F. 1, S. 3—4.
- Unsere mährische Heimat. Fünfzig Jahre „Moravia“. Festschr. d. Deutschen Alpenvereins „Moravia“ in Brünn (1881—1919 Sektion des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins). Brünn, 118 S.
- 1932 Deutschland und Frankreich. Freie Welt 12, 6—10.
- Die Judengemeinde in Ungarisch-Brod und ihr Streit mit dem Grundherrn Grafen Leo Wilhelm von Kaunitz, gest. 1655. Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte der Juden in der čechoslov. Republik 4, 107—182; dass. in: Ročenka společnosti pro dějiny židů v českosl. Republice.
- (gemeinsam mit A. Glaser) Ein auf Mähren bezügliches rabbinisches Gutachten aus dem 13. Jahrhundert (Austerlitz). Zeitschr. f. d. Geschichte der Juden in der Tschechoslowakei 3 (1932/1933) 25—34.
- 1933 Geschichte des Deutschtums in den Sudetenländern (über Kolonisationsfrage). ZDVGM 35, 1—8.
- Rezension von K. Berger: Die Besiedlung des deutschen Nordmährens im 13. und 14. Jh. ZDVGM 35, 44—59.
- 1934 Die Bergstadt Iglau. Igel-Land. Mitteilungen für Volkskunde in der Iglauer Sprachinsel 2. Buch. F. 54, S. 215—217.
- Brünn. Eine geschichtliche Skizze. Sudetendeutsche Akademiker-Zeitung F. 9/10, S. 9—11.
- Christian d'Elvert. Sudetendeutsche Lebensbilder Bd. 3, S. 291—300.
- Geschichte der Juden in Mähren im Mittelalter. T. 1: Bis zum Jahre 1350. Brünn, 163 S.
- Johann Freiherr von Chlumecky. Sudetendeutsche Lebensbilder Bd. 3, S. 305—310.
- Peter Ritter von Chlumecky. Sudetendeutsche Lebensbilder Bd. 3, S. 265—270.
- 1935 Quellen zur Geschichte der Juden in Mähren vom 11. bis zum 15. Jh. (1067—1411). Prag, LXXVI u. 308 S. (Schriften der Gesellschaft für Geschichte der Juden in der čechosl. Republik 1).
- 1938 Brünn. Geschichte und Kultur. Aus dem Nachlaß hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Wissenschaft und Kunst in Brünn. Brünn, VII u. 326 S., 26 Taf. (enthält S. 322—326 Schriftenverzeichnis von Berthold Bretholz in Auswahl).
- B. Bretholz hinterließ als Manuskript: Von Versailles bis Hitler.

(Zusammengestellt von Rudolf Hemmerle)

LADISLAV PRAČKA  
EIN TSCHECHISCHER ASTRONOM  
IN DEUTSCHEN DIENSTEN\*

*Von Karl A. F. Fischer*

Ladislav Pračka wurde am 27. März 1877 in Malá Čermná (Dolní Jelení) bei Pacov geboren. Sein Vater Julius (1847—1909) war Inspektor der Österreichischen Staatsbahnen. 1895 machte Pračka seine Matura auf dem Real-Gymnasium in der Gerstengasse in Prag II., und im selben Jahre begann er sein Studium an der tschechischen Karls-Universität in Prag, das er 1900 beendete. Fehlendes Wohlwollen von seiten Professor J. Láskas verhinderte seine Dissertation in der Astronomie. 1900—1902 lehrte er als Supplent am Gymnasium in Valašské Meziříčí, anschließend absolvierte er seinen einjährigen Militärdienst als Freiwilliger. 1904 arbeitete er wieder an einer Dissertation, diesmal in Philosophie, worin er das Hauptrigorosum ablegte. Das Nebenrigorosum machte er 1905 in der Astronomie bei Professor Gruss und in Physik bei Professor Strouhal. Als er den Dokortitel erworben hatte, ging er nach Potsdam, wo er bei den Professoren Vogel und Hartmann als Volontär arbeitete. Im April 1905 begann er als Volontär an der Bischofsheimer (Remeis-)Sternwarte in Bamberg, wo er ab Juli als bezahlte wissenschaftliche Kraft tätig war.

Wahrscheinlich begann er nach seiner Ankunft in Bamberg über eine eigene Sternwarte nachzudenken. Sonst kann man sich schwer vorstellen, warum er schon 1906 eine eigene astronomische Uhr kaufte, obwohl die Sternwarte drei perfekte Uhren besaß. Seine Uhr hatte er selbst entworfen, und sie wurde vom Uhrmacher Ort in Nürnberg als No. VIII. angefertigt. Es handelte sich um eine Vakuumuhr mit einer Glasglocke, mit einem Pendel mit Quecksilber-Kompensation, mit Sekundenkontakten, elektrischer Aufzugeinrichtung der Gewichte in einem 10-Stunden-Intervall, mit einem Quecksilber Vakuummesser und einer elektrischen, automatischen Vakuumpumpe.

Auf der Remeis-Sternwarte widmete sich Pračka mehreren Aufgaben. So arbeitete er an dem Repsolds Passagegerät für den Zeitdienst. Weiter widmete er große Aufmerksamkeit dem Heliograph, mit dem er im Laufe eines Jahres 241 Aufnahmen machte. Von den Veränderlichen widmete er seine Aufmerksamkeit dem SS Cygni,

---

\* Dieser Artikel ist zusammengestellt aus den Jahresberichten der Sternwarten Bamberg und Nischburg (Veröffentlicht in der Vierteljahrschrift der Astronomischen Gesellschaft), aus den Nachrichten in „Živa“ und aus persönlichen Erinnerungen des Vaters des Autors, der Pračka und Nischburg gekannt hatte. (Es ist interessant, daß Pračka in seinen deutschen Veröffentlichungen nur den tschechischen Namen Nižbor und nie den deutschen Nischburg benutzt hat.)

UZ Cygni und U Geminorum. Zu diesen Beobachtungen benutzte er am liebsten einen 6-Zöllner Kometensucher, den er nach eigenen Plänen mit einem Stuhl bauen ließ.

1906 machte er wegen der ungünstigen Witterung nur 92 Aufnahmen mit dem Heliograph und in 99 Nächten machte er 958 Beobachtungen von Veränderlichen im Vergleich mit zwei anderen Fixsternen. Im selben Jahr begann er mit der Auswertung der Beobachtungsdiarien von Adalbert Šafařík, da er sah, wie diese wertvollen Ergebnisse von den tschechischen Astronomen boykottiert wurden. An der Sternwarte gründete er eine Sammlung von Diapositiven und fertigte selbst davon 116 Stück, teils Reproduktionen aus Büchern, teils aus den Negativen der Pariser Sternwarte, teils aus eigenen Aufnahmen. Aufgrund seiner Beobachtungen verwarf er die Ansicht von H. M. Parkhurst, daß es sich bei Y-Bootes um eine neue Veränderliche des Typus von Algol handle.

1907 ließ er nach eigenem Entwurf von der mechanischen Anstalt der Gebrüder Nasser einen Chronograph anfertigen, mit automatischem Aufziehen der Antriebsgewichte. Im selben Jahr kaufte er von der Firma Merz in Pasing bei München einen eigenen Refraktor (135/1950) mit einem Aluminium-Tubus, was für damalige Zeiten sehr progressiv und gar nicht billig war. Der Stundenantrieb des Refraktors war ein astatischer Regulator nach Grubb, dessen Gewichte nur einen Weg von 20 cm hatten und sich elektrisch aufzogen. Dazu kam eine Sekundenkontrolle, die von der Ort'schen Uhr geregelt wurde. Der Stundenantrieb und die Sekundenkontrolle befanden sich außerhalb des Refraktors und die Bewegung wurde durch Transmission auf die Stundenachse übertragen. Erst als die Remeis-Sternwarte die Vorteile dieser Konstruktion erkannte hatte, bestellte sie bei Merz und Nasser einen Refraktor derselben Konstruktion.

1907 machte Pračka mit dem Heliograph 42 Aufnahmen, sechs Tage arbeitete er an der Messung der Venus-Scheibe. In dem Bereich der Veränderlichen machte er in 130 Nächten 1744 Beobachtungen an dem 10-Zöllner Refraktor und zwar mit der Methode von Argelander. Er benutzte auch das neu angeschaffte Keil-Photometer, mit dem er 349 Messungen machte. Mit einem Lamellenmikrometer und eigenem Chronograph machte er 24 Positionsmessungen von Fixsternen und den Kometen 1907-D und 1907-E. Seine Beobachtungen machte er selten am Abend, seine beliebteste Beobachtungszeit waren die frühen Morgenstunden.

Ende 1907 begann er eine Studienreise zu den mechanischen und optischen Werkstätten, die astronomische Geräte im Programm hatten, und zu den großen Elektrofirmen. Ein Resultat der Reise war der Umbau der elektrischen Ausrüstung der Remeis-Sternwarte, die automatische Nachführung der Kuppel-Bewegungen und der Einbau der Sekundenkontrollen für alle paralaktischen Montagen. Im selben Jahr bestellte er bei der Firma Voigtländer ein UV-photographisches Triplet-Objektiv. Die Firma hat es nicht geschafft, die gegebenen Maße einzuhalten. Statt dem bestellten Öffnungsverhältnis 1 : 6 wurde 1 : 9 geliefert (160/1450 mm), bei Entfernung der letzten optischen Fläche von der Brennweite 1150 mm.

1908 widmete sich Pračka mit einem neuen Voigtländer-Objektiv 130/300 mm vor allem der Stellarphotographie und machte schöne Aufnahmen des Kometen 1908-C und 52 Stellaraufnahmen. Weniger arbeitete er mit dem Passageinstrument

(7 Tage) und mit dem Heliograph (8 Tage). Dafür widmete er sich den Veränderlichen. Nach Argelander-Methode machte er in 81 Nächten 1328 Beobachtungen und mit dem Keilphotometer in 12 Nächten 152 Messungen. In diesem Jahr schränkte er seine Beobachtungstätigkeit aufgrund seines schlechten Gesundheitszustandes (Herzfehler) sowie wegen der Teilnahme am IV. Kongreß der tschechischen Naturwissenschaftler und Ärzte in Prag ein.

1909 arbeitete Pračka in Bamberg auf dem Passagegerät für Zeitdienst und in 45 Nächten machte er Hunderte von Beobachtungen der Veränderlichen. Er beschäftigte sich mit Berechnungen der Ephemeriden der Veränderlichen und der Auswertung eigener Beobachtungen. Im selben Jahr gründete er in Nischburg an der Berounka eine eigene Privatsternwarte. Hierher brachte er aus Bamberg seinen Fünfzöllner, die Astronomische Uhr, den Chronograph, den 6-Zöllner UV-Triplet und die Grundausrüstung seiner Bibliothek. Die Sternwarte wurde nach seinen eigenen Plänen von der Firma Sikyta unter der Leitung des Baumeisters F. Kurz gebaut. Die 5-m Kuppel war eine Arbeit von Franz Holý aus Nová Huť nad Berounkou. Die Kuppel hatte eine Döppelwand, die mit zermahltem Kork aufgefüllt war, wodurch Temperaturschwankungen und ihr ungünstiger Einfluß auf die Instrumente verhindert werden sollten. Die Kuppel war auch mit Elektromotoren zur automatischen Nachführung ausgestattet. Im Keller befand sich ein eigenes Kraftwerk mit einem Dieselmotor. Im ersten Stockwerk der Villa waren die Arbeitsräume der Sternwarte, die Photokammer und die Bibliothek, die im Jahre 1914 über 5000 Bände zählte. Pračka gewann sie durch Ankäufe in deutschen Antiquariaten sowie durch Austausch eigener Publikationen. Die Astronomische Gesellschaft in Leipzig/Berlin hatte ihm die Bearbeitung der Veränderlichen 0-5<sup>h</sup> AR zugeteilt. Für die Tätigkeit der Sternwarte erhielt er eine Dotation des Wiener Kultusministeriums und Unterstützung aus der Stiftung von Frau E. Thompson.

Anfang 1911 war der Bau fertig und Pračka begann mit Beobachtungen. Er beschäftigte als Assistenten einen gewissen Herrn Lang; dem Autor ist es nicht gelungen, mehr über diese Person ausfindig zu machen. Für AG-Katalog bearbeitete er definitiv über 100 Objekte. Außerdem beobachtete er in 102 Nächten mit der Argelandermethode 1480 Veränderliche. Er verschaffte sich auch ein kleineres 3'' paralaktisches Fernrohr, mit dem er auf der Terrasse beobachtete. Das königlich-preußische Recheninstitut in Berlin hat ihm für die Jahre 1910 und 1911 die Bearbeitung der Veränderlichen und der slawischen Literatur für den „Astronomischen Jahresbericht“ zugeteilt. Durch diese Tätigkeit wurde seine Bibliothek sehr erweitert. 1910 gab er den ersten Teil der Beobachtungen von Adalbert Šafařík heraus. Weiter wurde von dem Prager Mechaniker J. Hořejšek nach einem Entwurf Pračkas eine Sonnenkamera gebaut, mit der er mehrere Sonnenaufnahmen machte.

1913 machte er in der tschechischen naturwissenschaftlichen Zeitschrift „Živa“ den Vorschlag zur Gründung einer tschechischen astronomischen Gesellschaft. In diesem Artikel zeigt sich seine Mißstimmung wegen der kleinbürgerlichen Verhältnisse und wegen der Zerstrittenheit der tschechischen professionellen Astronomen. Er konstatierte, daß es mehrere Astronomen in Böhmen und Mähren gebe, die imstande wären, Beobachtungen von Veränderlichen zu machen, die er dann später auswerten könnte. Aus diesem Artikel ist auch seine schlechte finanzielle Lage ersichtlich, auf-

grund deren er später, trotz seines Fleißes und seines beneidenswerten Elans, die Tätigkeit an seiner Sternwarte einstellen mußte.

1912 baute er in der Sternwarte eine elektrische Heizung, die durch ein eigenes Wasserkraftwerk im Tal ermöglicht wurde. Diese Heizung war eine der ersten in Böhmen; die Kapazität des Kraftwerkes war so groß, daß es das ganze Dorf mit Strom versorgte.

1913 begann er mit der Bearbeitung 5—24<sup>h</sup> AR der Beobachtungen von Šafařík. Aber eine schwere Kopfverletzung (Schädelbruch) hinderte ihn, die Arbeit fortzusetzen. Eine weitere Unterbrechung der Arbeit bedeutete seine Einberufung zur Armee, aus der er allerdings im Sommer 1916 wegen seines schlechten Gesundheitszustands wieder entlassen wurde. Im selben Jahr gab er den zweiten Teil der Beobachtungen von Šafařík zum Druck. Die Vorrede ist schon in Prag datiert.

Im Frühjahr 1916, als er noch im Militärdienst war, liquidierte seine Frau, die nie Verständnis für Arbeiten ihres Mannes gehabt hatte, die Sternwarte. Sie verkaufte die Villa in Nischburg samt der Sternwarte und der Bibliothek bis auf ihr Lieblingsstück, die Uhr. Dafür kaufte sie ein Haus in Prag-Holeschowitz (Simáčekgasse 20). Die Bibliothek kam teils in ein Antiquariat in Prag-Letná, teils in Bočánek's Antiquariat in der Myslik-Gasse. Dort kaufte die später gegründete Tschechische Astronomische Gesellschaft etwa 1500 Bände davon, womit sie den Grundstein zu ihrer Bibliothek legte. Es handelte sich aber um zweitrangige Literatur, meistens um Fragmente. Wohin der Kern der Bibliothek kam, ist unbekannt; er muß wohl ins Ausland verkauft worden sein. Als der Vater des Autors im Herbst 1921 aus russischer Gefangenschaft zurückkehrte, konnte er keine Spur davon finden. In Bočánek's Antiquariat kaufte er nur den handschriftlichen Katalog der Pračka-Bibliothek. Er diente ihm als Leitfaden zur Anschaffung einer eigenen Sternwarte-Bibliothek. Auch der Refraktor ist wie vom Boden verschwunden. Im Jahre 1923 erwarb die Tschechische Astronomische Gesellschaft bei einem jüdischen Trödler den 6-Zöllner UV-Triplet. Vor der Gründung der Volkssternwarte auf dem Laurenziberg in Prag (1928) wurde dieses Objektiv dem Vater des Autors für seine Privatsternwarte geliehen, der dazu die Photokammer bauen ließ, und einige Sternaufnahmen machte. Das Objektiv war aber schon von schlechter Qualität, die Linsen dezentriert und verkratzt, vielleicht aufgrund unfachmännischer Reinigung durch Professor Nušl.

Erbittert über die Liquidation seiner Sternwarte, die das Ziel seiner Träume und für die damalige Zeit etwas Großartiges war, gab Pračka seine Beschäftigung mit der Astronomie auf. Nach Kriegsende verkaufte er das Haus in Holeschowitz und erwarb einen Bauernhof in Starov bei Volyně. Eine akute Nephritis, zu spät eingeholte ärztliche Hilfe und ein lang andauerndes Herzleiden machten am 9. Dezember 1922 seinem Leben ein Ende.

An der Tätigkeit Pračkas wird die (Un-)Möglichkeit einer systematischen astronomischen Arbeit in tschechischen Kreisen am Anfang des 20. Jahrhunderts deutlich. Weil er mit den professionellen Astronomen zerstritten war, erhielt er keine Arbeit in einem öffentlichen Institut, wo jeder mit seinem Sand spielte. Er war auch zu stolz, um eine Aufnahme in ein Institut zu erbitten. Doch durch seine persönliche Opferbereitschaft schuf er sich eine eigene wissenschaftliche Forschungsstelle, in der er einen Beitrag zur Entwicklung der Astronomie leistete.

*Bibliographie der Arbeiten Ladislav Pračkas:*

1. Beobachtungen von langperiodischen veränderlichen Sternen. Berichte der Naturwissenschaftlichen Gesellschaft Bamberg 19 (1906). — Kurznachricht in AN 175 (1907) 329—331.
2. Sonnenaufnahmen auf der Sternwarte Bamberg. Berichte d. Naturw. Ges. Bamberg 19 (1906).
3. Meteorologische Ergebnisse des Zeitraumes 1874—1903 für Bamberg. Ebenda 20 (1907).
4. Untersuchungen über die Giltigkeit des Expositionsgesetzes im infraroten und ultravioletten Spektralgebiete. Archiv für Optik (1907).
5. Über die Aufnahmen mit einem lichtstarken (1 : 2,2) Objektiv. Ebenda (1908).
6. Untersuchungen eines 6-Zöllnerschen Objektivs. Ebenda (1909).
7. Pozorování změn světlosti hvězd proměnných I., II/1., II/2, III [Beobachtungen des Lichtwechsels der veränderlichen Sterne]. Rozpravy Akademie Františka Josefa pro vědy a slovesnost, Klasse VI, 17 (1908), 18 (1909), 19 (1910), 21 (1912).
8. První studie o hvězdě 122—1906 (RR Ceti) [Erste Studie über den Stern RR Ceti]. Ebenda 17 (1908) Nr. 21.
9. Erste Studie über den Lichtwechsel des Sternes 122—RR Ceti (deutsche Version). Bulletin International de l'Academie des Sciences de Bohême 14 (1909).
10. Beiträge zur Untersuchung des Lichtwechsels der veränderlichen Sterne. Ebenda I—III, 14, 15, 17 (1909, 1910, 1912) (deutsche Version von 7).
11. Untersuchung über die Bahn des photographischen Doppelsternsystems RZ Aurigae. Ebenda 15 (1910).
12. Vyšetřování dráhy fotografického dvojsystemu RZ Aurigae (wie Anm. 11 in tschechischer Sprache). Rozpravy, Klasse II, 19 (1910) Nr. 51.
13. Beobachtungen von veränderlichen Sternen. AN 184 (1910) 57—62.
14. Bemerkung zur Frage der Veränderlichkeit von 60 B Canum Venaticum. Ebenda 186 (1910) 349.
15. Šafaříks Beobachtungen von veränderlichen Sternen. Ebenda 186 (1910) 45—48.
16. Mitteilungen über den Stern RZ Aurigae. Ebenda 185 (1910) 289—292.
- 17a. Untersuchungen über den Lichtwechsel älterer veränderlicher Sterne. Nach den Beobachtungen von Prof. Vojtěch Šafařík. Bd. 1. Prag 1910, 132 S.
- 17b. Untersuchungen über den Lichtwechsel älterer veränderlicher Sterne. Nach den Beobachtungen von V. Šafařík in Prag. Bd. 2: Sterne des AG-Kataloges von 5<sup>h</sup> 21<sup>m</sup> bis 24<sup>h</sup> AR. Prag 1916, III + 180 S.
18. Beobachtungen von veränderlichen Sternen. AN 176 (1907) 345.
19. Die „180—1907“ Aurigae. AN 176 (1907) 385.
20. Beobachtungen von veränderlichen Sternen. AN 177 (1908) 285—287.

21. Über das Maximum von RV Andromeda im August 1907. Ebenda 395.
22. Algol-Veränderlicher 29. 1907 = RZ Aurigae. Ebenda 75.
23. Über den Lichtwechsel von U-Ursae Maioris. Ebenda 75 f.
24. Příručka praktické astronomie I [Handbuch der praktischen Astronomie] (das 1. Heft als Beilage der tschechischen naturwissenschaftlichen Zeitschrift). Příroda 7 (1909).
25. O dispersi světla v prostoru světovém [Über die Lichtdispersion im Himmelsraum]. Věstník IV. kongresu českých přírodovědců a lékařů 6—10. června 1808 [Bericht vom IV. Kongress der tschech. Naturforscher und Ärzte vom 6.—10. Juni 1908] 456 ff.
26. O V. Šafaříkovi a jeho pracech astronomických [Adalbert Šafařík und seine astronomischen Arbeiten]. Ebenda 453—456.
27. Titel unbekannt Ref.: AJB 11 (1909) Kap. II, § 59, Pos. 1499: Über Lichtausbrüche vom 8. Okt. 1908 (tschechisch). Příroda 7 (1909) Nr. 4.
28. Beobachtungen von veränderlichen Sternen. AN 181 (1909) 37—41.
29. Zur Frage des Lichtwechsels des Sternes BD + 36°, No 3243 (Lyrae). Ebenda 225.
30. Über den Lichtwechsel von 122. 1906 RR Ceti. Ebenda 239—243.
31. Gamma Pegassi 1885. AN 182 (1909) 163.
32. Hvězdy proměnné [Veränderliche Sterne] (tschechisch). Příroda 7 (1909) Nr. 3—6.
33. Halleyova Kometa [Halleys Komet]. Ebenda 8 (1910) 180 ff.
34. Zur Frage des Lichtwechsels des Sternes T-Persei. AN 185 (1910) 291—294.
35. Kurze Mitteilung über u-Herculis. Sitzungsberichte der kgl. böhm. Ges. der Wissenschaften Prag (1911) 4 S.
36. 51.1911 Andromedae. 1900:  $23^{\text{h}} 59^{\text{m}}, 4 + 34^{\circ} 06'$  als kurzperiodischer Veränderlicher. AN 190 (1911) 107.
37. Der Stern 6.1907 als ein Veränderlicher. Ebenda 190 (1912) 318.
38. Der Stern 32.1912 Andromedae 1855:  $23^{\text{h}} 31^{\text{m}} 32^{\text{s}} + 34^{\circ} 44'$  ein Algol-Stern  $9^{\text{m}}, 7-10^{\text{m}}, 2$ . Ebenda 193 (1912) 89.
39. Pozorování zatmění Slunce dne 17. IV. 1912 [Beobachtung der Sonnenfinsternis am 17. April 1912]. Věstník české akademie věd Frant. Jos. I 21 (1912) 239—251.
40. Vyšetřování doby oběhu a měny světlosti cepheidy 76—1907 — SU Aurigae. Rozpravy, Klasse II, 21 (1912) Nr. 22, dazu deutsche Übersetzung.
41. Mitteilungen über die Art des Lichtwechsels der Cepheide 76—1907 — SU-Aurigae. Bulletin international . . . Prag 17 (1912) 187—195.
42. Mitteilung über Veränderliche. AN 193 (1912) 319—322.
43. Jahresberichte der Sternwarten für 1909: Nischburg. Vierteljahrsschrift der Astronomischen Gesellschaft 45 (1910).

44. Jahresber. d. Sternwarten f. 1910: Nischburg. Ebenda 46 (1911).
45. Jahresber. d. Sternwarten f. 1911: Nischburg. Ebenda 47 (1912).
46. Příspěvek k fysice měsíčního povrchu [Ein Beitrag zur Physik der Mondoberfläche]. Živa 21 (1911) 46—49.
47. Hvězdárna v Nižboru [Die Sternwarte in Nischburg]. Ebenda 22 (1912) 218—221.
48. Výzva k založení české organisace astronomů amaterů [Aufruf zur Gründung einer Organisation der tschechischen Amateur-Astronomen]. Ebenda 23 (1913) 29 f.
49. Zpráva hvězdárny v Nižboru za rok 1912 [Bericht der Sternwarte in Nischburg f. das Jahr 1912]. Ebenda 23 (1913) 96.

GEDENKWORTE AM SARGE  
VON PROF. ERNST SCHWARZ/ERLANGEN

\* 19. Juni 1895 in Haida † 13. April 1983 in Erlangen

Das Collegium Carolinum, Forschungsstelle für die böhmischen Länder zu München, hat mich beauftragt, Worte des Abschieds, der Verehrung und des Dankes am Sarge des Altprager Professors Dr. Ernst Schwarz, eines bedeutenden Germanisten und Slawisten, zu sagen. Ernst Schwarz zählte zu den Gründungsmitgliedern unserer Forschungsstelle, der er diente und die er förderte, solange seine Lebenskräfte ausreichten. Er liebte die Heimat und das goldene Prag und war ebenso stolz darauf, dort Professor gewesen zu sein wie in Erlangen; aber er verwechselte Politik nicht mit Wissenschaft, war unerbittlich und kritisch in seiner wissenschaftlichen Aussage; darum haben seine Landsleute zu wenig von ihm Notiz genommen, der sich des höchsten Gutes, das ein Volk in der „Fremde“ besitzt, seiner Sprache, annahm und nach dem Verlust seines Materials in der Vertreibung noch ein zweites Mal die Initiative zu einem „Sudetendeutschen Wörterbuch“ ergriff, dessen Material jetzt vollständig gesammelt ist. Für das geistig-mentale Überleben seiner Volksgruppe hat damit dieser große Germanist und Slawist mehr getan als die vielen, die nur davon reden. Das Collegium Carolinum hat in sechs stattlichen Bänden sein böhmisches und sudetendeutsches Gesamt-Oeuvre gedruckt und seine Forschungen und Erkenntnisse nicht nur für eine sudetendeutsche, sondern eine gesamtdeutsche Zukunft griffbereit gehalten und bewahrt. Angefangen von seinem großen Erstlingswerk „Die Ortsnamen der Sudetenländer als Geschichtsquelle“, das den Philologen auch als bedeutenden Siedlungshistoriker auswies, reicht seine wissenschaftliche Leistung über „Sudetendeutsche Sprachräume“ zu einem grundlegenden Werk über böhmische und mährische „Volkstumsgeschichte“ in zwei Bänden, die eine unendliche Fülle von (Quellen-)Material aufarbeitete und das Standardwerk aller wissenschaftlichen Forschung zur „Ethnogenese“ der Sudetendeutschen und ihrer Vorgeschichte bleiben wird. Als 6. Band des als „Handbuch der sudetendeutschen Kulturgeschichte“ zusammengefaßten Gesamtwerkes schenkte er seinen Landsleuten noch ein Buch „Sudetendeutsche Familiennamen des 15. und 16. Jahrhunderts“, das den deutschen Namenbestand vom tschechischen abgrenzte. Schwarz war als Germanist und Slawist besonders befähigt und berufen, Wesen, Ausmaß und Grenzen von Symbiose und Nationalisierung von Tschechen und Deutschen zu ermessen. Und das setzte ihn auch instand, sich in der neuen Heimat sofort am wissenschaftlichen Disput über ethnogenetische Probleme der bayerisch-fränkischen Geschichte zu beteiligen, so über die frühmittelalterlichen Romanen des Regensburger Umlandes, über slawische Grundsubstanzen im Volkstum Frankens und der Oberpfalz. Durch sein bedeutendes Buch über „Sprache und Siedlung in Nordostbayern“ hat Ernst Schwarz sich nicht nur die bayerische Siedlungs- und Volkstumsgeschichte

verpflichtet, sondern sich selber ein philologisch-historisches Monument von bleibender Wirkung gesetzt.

Das Collegium Carolinum kann als Editionsort des großen Werkes von Ernst Schwarz und als Stätte tätiger, erfolgreicher Zusammenarbeit mit dem großen Gelehrten, dessen Rat und dessen herber Humor, dessen unbestechlicher und kritischer Geist viel zum Aufbau und Erfolg des Institutes beigetragen haben, diesen Gelehrten nie vergessen. Seine Landsleute werden in nachzuholender Dankbarkeit das Werk dieses bedeutenden Altprager Professors der Deutschen Karls-Universität umso öfter zur Hand nehmen, je mehr sich die Erinnerung an die alte Heimat verflüchtigt und die gelichteten Reihen fernab aller Ideologie ein realistisches, wirklichkeitsnahes Bild der böhmischen Länder sich bewahren wollen. Wieviel dieser Mann auch der germanischen und deutschen Philologie zu geben hatte, ist mir in dem Streit um die Heimat des großen Minnesängers Walther von der Vogelweide klar geworden. Als ich die sachlich begründete Feststellung traf, daß die Heimat des großen Dichters die Vogelweide bei Feuchtwangen sei, antwortete er spontan, er habe schon vor fünfzig Jahren erklärt, daß der Dialekt des Dichters ostfränkisch sei. Der verehrten Frau Gemahlin und der Tochter des Gelehrten wendet sich unsere besondere Anteilnahme zu. Ihm aber bleibt unsere Verehrung und unser Dank.

Karl Bosl

## ZUM TODE VON BRANISLAV ŠTEFÁNEK

\* 22. Dezember 1923 in Preßburg † 2. Oktober 1983 in Landsberg

Am 2. Oktober 1983 starb Dr. phil. Branislav Štefánek im Alter von 59 Jahren an den Folgen eines Verkehrsunfalls in Landsberg. Er zählte zu den Gründungsmitgliedern der tschechoslowakischen Redaktion des Senders Freies Europa, wo er u. a. einige Jahre lang die Programme der „Radio Universität“ betreute; er war ein führendes Mitglied der Tschechoslowakischen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft (SVU) in den Vereinigten Staaten; und er war auch seit Mitte der siebziger Jahre regelmäßiger Mitarbeiter dieser Zeitschrift. Braňo Štefánek war geprägt von den Erfahrungen im Elternhaus. Sein Vater war der bekannte protestantische slowakische Journalist, Politiker (Agrar-Partei) und Universitätsprofessor Anton Štefánek. Dessen Tschechoslowakismus und hlasistisch-populistisch beeinflusste Soziologie waren richtungweisend für Branislav Štefánek. Diese Tendenz bestimmte bereits seine im Jahre 1947 vorgelegte Preßburger Dissertation, eine soziologische Untersuchung von drei isolierten slowakischen Dörfern in der Nähe von Miskolc in Ungarn, die den von seinem Vater gebrauchten Begriff des idealtypischen isolierten Dorfes weiterentwickelte. Darüber hinaus war ein zentrales Thema seiner Arbeiten die Auseinandersetzung mit dem Nationalismus, welche in seiner letzten größeren Arbeit „Über die ideologischen Quellen der Hlinka-Bewegung“ im Oktober-Heft 1982 der „Premeny“, der Vierteljahresschrift der SVU, einprägsam zusammengefaßt ist. Durch sein Bekenntnis zur Tradition Max Webers und nicht zuletzt aufgrund seiner langen persönlichen Erfahrungen im gemischtnationalen Raum und mit dem kommunistischen System wurde Štefánek zu einem entschiedenen Gegner sowohl marxistischer als auch nationalistischer Auffassungen. Seine Beiträge in der der Demokratischen Partei nahestehenden Zeitschrift „Nova Generacia“ waren erste Versuche in dieser Richtung. Nach der Machtübernahme durch die Kommunisten im Februar 1948 konnte er nicht länger in seiner Heimat bleiben. Seit 1951 lebte er in München.

Auch im Exil blieb Štefánek ein Widersacher jeglicher Bestrebungen seiner Landsleute, an die Traditionen des kurzlebigen klerofaschistischen slowakischen Nationalstaates anzuknüpfen. Seine bereits erwähnte Arbeit in „Premeny“ wurde aufgrund ihres zusammenfassenden Charakters gleichsam zum politischen Vermächtnis, ungeachtet der Tatsache, daß er das slowakische Problem nie isoliert, sondern als Teilaspekt der Auseinandersetzung mit dem Generalthema des Nationalismus betrachtete. Štefánek wertete den Nationalismus — allgemein und in der Slowakei — als defensives Phänomen. Im slowakischen Bereich interpretierte er den Nationalismus als Reaktion auf die während der ersten Republik von Tschechen getragene Urbanisierung und Säkularisierung des Landes. Wie in der Sudetendeutschen Partei gab es seiner Meinung nach in der Slowakischen Volkspartei (HSL'S) nebeneinander auto-

nomistische und separatistische Tendenzen. In diesem Zusammenhang wies Štefánek stets auf die inneren Widersprüche der HSL'S hin: sie wollte eine nationale Sammlungsbewegung sein, verweigerte sich aber den Liberalen, Marxisten, Protestanten und Juden; Träger der Bewegung war nicht das Bürgertum, sondern die quantitativ verhältnismäßig noch schwächere Intelligenz (Pfarrer und Lehrer), die das Traditionelle zu konservieren suchte, ohne die moderne Technik abzulehnen; schließlich wollte die HSL'S zugleich christlich-westlich sein als auch nach innen gerichtet, an der eigenen Scholle orientiert, antitschechisch.

Štefánek war optimistisch bezüglich der Zukunft des tschechoslowakischen Staates seit der Föderalisierung im Jahre 1969. Er hatte jedoch keine hohe Meinung von westlichen Kollegen, die das nationale Selbstbestimmungsrecht als Bedrohung des sowjetischen Hegemonieanspruches in Osteuropa und Zentralasien interpretierten. Štefánek warnte in diesem Zusammenhang immer wieder vor Illusionen, da seiner Meinung nach der moderne Nationalismus weniger gegen das sowjetische System als gegen die Nachbarnation gerichtet sei und daher traditionelle nationale Gegensätze begünstige.

Branislav Štefánek hatte umfangreiche Pläne für die Zeit nach seiner Pensionierung. Er plante u. a. eine größere Untersuchung des gesellschaftlichen Rollenverhaltens, und er wollte sich weiter mit den — wie er es nannte — destruktiven Tendenzen des modernen Nationalismus beschäftigen. Sein allzu früher Tod ist ein großer Verlust für seine Familie, seine Kollegen und Landsleute, und für die Wissenschaft.

Martin K. Bachstein

## BUCHBESPRECHUNGEN

*Guido Kisch, Forschungen zur Rechts- und Sozialgeschichte der Juden in Deutschland während des Mittelalters. 2. erweiterte Auflage.*

Jan Thorbecke Verlag, Sigmaringen 1978, 336 S., DM 119,— (Ausgewählte Schriften 1).

Der aus Prag gebürtige Rechtshistoriker Guido Kisch legt hier einen unveränderten Nachdruck der Ausgabe von 1955 vor. Erweitert wurde das Werk durch eine zusätzliche Bibliographie zum Thema für die Jahre 1949 bis 1969. Die Neuerscheinung des vergriffenen Buches ist sehr zu begrüßen; einmal deswegen, weil das Interesse an der Geschichte der Juden im Mittelalter wieder gestiegen ist, zum zweiten, weil die Arbeiten Kischs nach wie vor Grundlage und Ausgangspunkt der Beschäftigung mit dieser Materie darstellen. Dies gilt, obwohl ein Teil der 1955 aufgenommenen und überarbeiteten Aufsätze schon in den dreißiger Jahren erschienen ist — meist in englischsprachigen Publikationen.

Im ersten Teil wird ein Überblick über die Rechtsstellung der Juden im Mittelalter gegeben, im zweiten Teil werden Einzelprobleme behandelt: die Rechtsstellung der Wormser Juden, das jüdische Hehlerrecht und der Judeneid. Im dritten und vierten Teil sind Beiträge zu methodischen Fragen und ausführliche weiterführende Rezensionen zusammengefaßt, der fünfte Teil umfaßt die Bibliographien.

Guido Kisch ist der klassischen Rechtsgeschichte verpflichtet. Es bedeutet keine Abwertung seiner großen Leistungen, wenn man feststellt, daß sich eine moderne mittelalterliche Geschichte der Juden nicht mit der eher abstrakten und schematischen Denkweise der alten Rechtsgeschichte begnügen kann. So stellt sich die dreiphasige Gliederung bei der Entwicklung des Judenschutzes (privilegierte Vorrechte, Judenschutz in den Landfrieden, Kammerknechtschaft) im Sinne der Periodisierung und Orientierung als nützlich dar, aber der Realität wird sie nicht ganz gerecht. Weder lösen die jüngeren Formen des Rechtsschutzes die älteren ganz ab, sie laufen nebeneinander her; noch kann etwa die erstmalige Nennung der Juden als *servi camere nostre* im Judenprivileg Friedrichs II. (1236) als Beleg für die „Neuregelung des Judenschutzes“, für die Einführung des „Instituts der Kammerknechtschaft“ gelten. Schon das Verhältnis des böhmischen Herzogs zu den Prager Juden, wie es Cosmas von Prag († 1125) über 100 Jahre vorher darstellt (z. B. II, 45; III, 5), müßte als fürstliche Kammerknechtschaft angesehen werden. Ob die Kammerknechtschaft, die nach Kisch „die vollständige Zugehörigkeit der Juden mit Leib und Vermögen zur kaiserlichen Kammer“ bedeutet, überhaupt inhaltlich hinreichend beschrieben und rechtlich definiert werden kann?

Auch die eigentlichen Dokumente des Judenschutzes hatten wohl als solche nur geringe geschichtsverändernde Wirkung, sie sind eher ein Reflex auf die sich ändernde wirtschaftliche und soziale Position der Juden, in diesem Sinne allerdings

noch immer wichtige Quellen. Die (insgesamt gesehen) allmähliche Verschlechterung des Judenstatus seit dem 11. Jahrhundert ist als ein zusammenhängender Prozeß zu sehen, in dem die rechtlichen Verhältnisse nur als ein Faktor neben anderen zu sehen sind.

Tübingen

Peter Hilsch

*Ilpo Tapani Piirainen, Das Iglauer Bergrecht nach einer Handschrift aus Schemnitz. Untersuchungen zum Frühneuhochdeutschen in der Slowakei.*

Heidelberg 1980.

*Ilpo Tapani Piirainen, Das Stadt- und Bergrecht von Kremnica/Kremnitz. Untersuchungen zum Frühneuhochdeutschen in der Slowakei.*

Heidelberg 1983.

Die Untersuchung der Urkunden- und Kanzleisprache ist für die Erkenntnis der Sprache für den Zeitraum, den die frühneuhochdeutsche Epoche umfaßt (etwa 1350 bis 1650), von zentraler Bedeutung. Um Entwicklungslinien und regionale Abgrenzungen besser und genauer beurteilen zu können, sind jedoch viele der existierenden Quellen bislang nur unzureichend aufgearbeitet worden, vor allem, was die sprachwissenschaftliche Seite angeht. Die beiden vorliegenden Arbeiten des Finnen Piirainen stellen insofern Mosaiksteine auf dem Weg zur Erforschung der Entstehung der neuhochdeutschen Schriftsprache dar; sie tragen, da sie neue Quellen untersuchen, zur Vervollständigung der Erfassung von Urkunden des 16. Jahrhunderts für den gesamten deutschen Sprachraum bei. Für die Bearbeitung der mittelalterlichen Urkunden- und Kanzleisprache im Gebiet der heutigen Tschechoslowakei hat sich so etwas wie eine Arbeitsteilung ergeben: Emil Skála befaßt sich vornehmlich mit den böhmischen Quellen, Zdeněk Masařík mit dem mährischen Raum; Piirainen war es möglich, die Handschriften aus dem slowakischen Raum zu edieren und zu analysieren, weil die Projekte in die Kulturabkommen zwischen Finnland und der ČSSR für die Jahre 1976 bis 1978, 1979 bis 1981 sowie 1982 bis 1984 aufgenommen wurden.

Die beiden Untersuchungen zur Schemnitzer Handschrift und dem Stadt- und Bergrecht von Kremnitz gleichen sich im Aufbau, in der Methode und auch im Ergebnis weitgehend. Nach Erläuterungen zu den Städtegründungen im slowakischen Raum sowie der Kodifizierung der Rechte folgt eine Beschreibung der neu gefundenen Quellen. An die Edition der Texte schließt sich ein Glossar an, das wichtige rechtsgeschichtliche Termini erläutert; hierbei eröffnen sich neue Bedeutungen einzelner Begriffe, die in den einschlägigen Wörterbüchern bislang nicht zu finden waren (Beispiel: Flötzer = Bergarbeiter für den Abbau von Flötzen). Die semantische Analyse der aus dem 16. Jahrhundert stammenden Schemnitzer Handschrift führt zu dem Ergebnis, daß der Text im wesentlichen der ersten Redaktion des deutschsprachigen Iglauer Bergrechtes entspricht. Das im Jahre 1492 aufgezeichnete und im 16. Jahrhundert erweiterte Stadt- und Bergrecht von Kremnitz weist gegen-

über den Handschriften von Schemnitz und von Iglau unterschiedliche Bedeutungen bergbaulicher Termini auf und deutet somit auf eine besondere lokale Rechtstradition hin. Die Analyse der Grapheme ergibt für beide Quellen ein relativ homogenes System, das auf ein überregional vereinheitlichtes Frühneuhochdeutsch schließen läßt. In beiden Städten zeigen sich deutlich Einflüsse des nahegelegenen bairisch-österreichischen Raumes, mitteldeutsche Eigenheiten treten nur in Ansätzen für Kremnitz auf.

Einer der Grundfragen für die Beurteilung mittelalterlicher Texte kommt bei den Ausführungen Piirainens relativ wenig Bedeutung zu, obwohl „nach der soziokulturellen Schicht des Autors, Schreibers oder Druckers unterschiedliche Formen des Frühneuhochdeutschen“ (Das Stadt- und Bergrecht von Kremnitz, S. 81) durchaus als Faktum gesehen werden: Der Frage nach der Herkunft der Schreiber, ihrer Kanzleitradition und der Qualität ihrer Ausbildung wird nicht weiter nachgegangen — was freilich für den bearbeiteten Zeitraum oft ein schwieriges, wenn nicht unmögliches Unterfangen ist, weil biographische Daten fehlen und sich auch nur schwer rekonstruieren lassen —; Piirainen sieht vielmehr den Text, der ein System von schriftlichen Zeichen bildet, als einzige objektive Tatsache an. Gerade für die frühneuhochdeutsche Epoche, die vom Wunsch nach einer einheitlichen Schriftsprache gekennzeichnet ist, darf der Unterschied zwischen Schreib- und Sprachdialekt einerseits und dem Einfluß des Schreibers, der oft aus einer anderen Sprachlandschaft stammte, andererseits nicht außer acht gelassen werden. Zur Aufhellung des Grades der Durchmischung des Mitteldeutschen und des Oberdeutschen wäre auch ein erweiterter sprachgeographischer Aspekt zu begrüßen.

Die Eröffnung neuer Quellen, wie Piirainen sie vorlegt, ermöglicht den Blick auf neue Schreiborte und -regionen, denn das deutsche Sprachgebiet hat sich in Ostmitteleuropa bereits vor 1350 ausgebildet. Die Untersuchungen sind für den Sprachwissenschaftler, aber auch für den Historiker eine wertvolle Bereicherung.

Gießen

Norbert Englisch

*Karel Malý, Trestní právo v Čechách v 15.—16. století [Strafrecht in Böhmen im 15.—16. Jahrhundert].*

Univerzita Karlova, Prag 1979, 262 S.

Für das Strafrecht des böhmischen Ständestaates in der Zeit zwischen den Hussitenkriegen und der Schlacht auf dem Weißen Berg ist die ständische Aufspaltung der Rechtsordnung kennzeichnend; jeder lebt nach dem Recht seines Standes, der Adel — geteilt in den Herren- und den Ritterstand — nach dem Landrecht, die Bürger nach dem Recht ihrer Stadt. Die vorliegende Arbeit stellt aus der Perspektive des Klassenkampfes die strafrechtlichen Bestimmungen dieser unterschiedlichen Rechtskreise einander gegenüber, auf der einen Seite der Adelskodifikationen, der Böhmisches Landesordnung von 1500 und ihrer späteren Änderungen und Ergänzungen, auf der anderen Seite der auf deutsche Wurzeln zurückgehenden Stadtrechte, die während dieses Zeitraums weitgehend durch den Versuch einer Rechtsverein-

heitlichung des Briccius von Ličko und schließlich durch die Kodifikation Koldins, das Rudolfinische Stadtrecht (1579), verdrängt wurden. Die Regelung des grundherrlich-bäuerlichen Verhältnisses, die auf das Kapitel „De potestate baronum in homines ipsorum“ der von Karl IV. geplanten *Majestas Carolina* zurückging, hat die aktive wie die passive Rechtsfähigkeit der Untertanen stark eingeschränkt. Der Grundsatz, daß das Landrecht vor den Stadttoren haltmachen mußte, wurde durch die Kollisionsnormen des zwischen dem Adel und den Städten 1517 abgeschlossenen St.-Wenzels-Vertrages durchbrochen, der jene Fälle regelte, in denen sich Adel und Bürger gegenüberstanden und ausnahmsweise das Landrecht oder das königliche Hofgericht auch für Bürger der königlichen Städte zuständig war. Die Arbeit beschränkt sich aber nicht nur auf eine Synthese der zahlreichen verstreuten — schriftlich niedergelegten oder gewohnheitsrechtlichen — strafrechtlichen Bestimmungen dieser auf die einzelnen Stände beschränkten und mit unterschiedlichem räumlichen Geltungsbereich ausgestatteten Rechtsquellen, sie bietet darüber hinaus eine Konfrontation mit der Rechtsprechung durch Auswertung umfangreichen Archivmaterials, vor allem der Judikatur des seit 1549 bestehenden Prager Appellationsgerichts, das auf die Gerichtspraxis der städtischen Gerichte vereinheitlichend gewirkt hat, und der Landrechtserkenntnisse des Prager Landrechts, während etwa das Magdeburger Stadtrecht, das im 16. Jahrhundert seine Bedeutung weitgehend eingebüßt hatte, nur in geringem Umfang herangezogen wird. Durch diese mosaikartige Zusammenstellung der Normen und Entscheidungen ist es dem Verfasser gelungen, die Fülle der erhaltenen kasuistischen Rechtsquellen zu einem systematisch angeordneten, geschlossenen Bild des Strafrechts der böhmischen Ständemonarchie zusammenzufügen. Allerdings bleibt die Darstellung auf das materielle Strafrecht beschränkt, Verfahrensbestimmungen werden nur gelegentlich geboten. Die einzelnen Straftaten werden vom Verfasser zu fünf Kapiteln zusammengefaßt. Das erste handelt von den Delikten gegen die Staatsordnung und die Religion; hier sind vor allem die Bestrafung des *Crimen laesae majestatis* (im Buch beharrlich „laese“ geschrieben), die Bestimmungen über die Beamtenhaftung oder das Verbot des Güterverkaufs an Ausländer von Interesse, desgleichen die Aspekte, die sich aus der Koexistenz zweier Kirchen, der katholischen und der *utraquistischen*, ergeben. Zum zweiten Kapitel werden die Delikte gegen die Rechtsordnung, die Sicherheit und die öffentliche Ordnung vereinigt. Kapitel III, das vom Schutz des feudalen Eigentums handelt, untersucht auch die Vorschriften zur Unterdrückung von Bauernaufständen und die Strafen für die Unterstützung von Hörigen gegen ihre Herrschaft. Ein weiteres Kapitel hat die Delikte gegen Gesundheit und Leben und ein letztes die strafbaren Handlungen gegen die persönlichen Rechte zum Inhalt. Grundsatzfragen, wie sie unsere modernen Strafgesetzbücher im allgemeinen Teil behandeln, werden vom Verfasser aus den einzelnen Strafvorschriften herausgeschält und im Einleitungskapitel dargestellt, etwa Vorsatz und Fahrlässigkeit, Versuch und Anleitung, Straflosigkeit bei Notwehr oder die vom Landrecht wie vom Stadtrecht getroffene Unterscheidung zwischen erschwerenden und mildernden Umständen. Deutlich erkennbare Entwicklungstendenzen während des dargestellten Zeitraums sind die Verdrängung des archaischen Privatstrafrechts, das durch Blutrache, Fehde, Bußen und Schadenersatz gekennzeichnet ist, zugunsten der öffent-

lichen Strafe und der wachsende staatliche Einfluß auf den Verlauf des Gerichtsverfahrens, wobei sich der Adel erfolgreicher durchsetzt als der König. Räumlich ist die Untersuchung auf Böhmen beschränkt, die Situation in den übrigen Ländern der böhmischen Krone wird kaum jemals zum Vergleich herangezogen, völlig unberücksichtigt bleibt das Recht der übrigen Nachbarländer; auch der naheliegenden Frage nach eventuellen Einflüssen der *Constitutio Criminalis Carolinae* des Jahres 1532 wird nicht nachgegangen. Malýs Erforschung des böhmischen feudalen Strafrechts füllt eine deutlich empfundene Lücke in der rechtsgeschichtlichen Literatur. Die bisher unzureichende Beschäftigung mit der Strafrechtsgeschichte Böhmens hat ihre Ursache offenbar darin, daß die österreichischen und später auch die tschechoslowakischen Studien- und Prüfungsordnungen für Juristen sich auf die Geschichte des Verfassungs- und Verwaltungsrechts sowie die Rechtsquellen beschränkt haben und die Entwicklung des Privat- und vor allem des Strafrechts unberücksichtigt ließen. Die Arbeit macht aber auch deutlich, welche Bereiche der Strafrechtsgeschichte Böhmens noch der Bearbeitung harren: In erster Linie das Strafrecht der Verneueren Landesordnung und ihr Vergleich mit der früheren Rechtsordnung, denn erst eine solche Untersuchung ließe eine Aussage darüber zu, wie weit Bestimmungen des böhmischen Strafrechts Eingang in die *Constitutio criminalis Thesiana*, die erste gesamtösterreichische Strafrechtskodifikation, gefunden haben.

Dem Buch sind 5 Reproduktionen gut ausgewählter zeitgenössischer Abbildungen beigegeben. Randmarginalien erleichtern das Auffinden der gesuchten Stellen, leider führen aber die zahlreichen Verweisungen nicht die genaue Fundstelle an, sondern begnügen sich mit allgemeinen Formulierungen (wie bereits erwähnt, hierüber näheres an anderer Stelle). Der Arbeit ist eine Zusammenfassung in deutscher Sprache (S. 253—258) beigegeben, hier wäre der Ausdruck Landesrecht durch Landrecht zu ersetzen; „*Náprava*“ ist im Zusammenhang mit einer Ehrenbeleidigung nicht mit Besserung, sondern mit Abbitte zu übersetzen (vgl. V. Brandl: *Glossarium illustrans bohemicomoravicae historiae fontes*, S. 170), *smilstvo* (stuprum) ist Unzucht, nicht Notzucht, die „*zrádné cedule*“ wären im deutschen Text als Schandbrief oder Schmähbrieft (libellus famosus) zu bezeichnen, „*nález*“ ist nicht Befund, sondern Spruch oder Erkenntnis des Gerichts.

Linz

Helmut Slapnicka

*Heinrich Kramm, Studien über die Oberschichten der mitteldeutschen Städte im 16. Jahrhundert. Sachsen. Thüringen. Anhalt. 1. Teilband: Text; 2. Teilband: Anmerkungen, Literaturangaben, Register.*

Böhlau Verlag, Köln-Wien 1981, Bd. 1: S. 1—575, Bd. 2: S. 576—942 (Mitteldeutsche Forschungen 87/II. Hrsg. v. R. Olesch, W. Schlesinger, L. E. Schmitt).

Die stattliche, höchst instruktive, ergebnisreiche, problemgesättigte und stoffgeladene gesellschaftsgeschichtliche Monographie über die Oberschichten der mitteldeutschen Städte im 16. Jahrhundert, die sich „Studien“ nennt, macht dem Unternehmen der mitteldeutschen Forschungen Ehre und zeugt von einer eindrucksvollen

Beherrschung des Stoffes und der Literatur durch den gelehrten Verfasser, macht aber auch Umfang und Breite landes- und stadtgeschichtlicher, auch prosopographischer und detaillierter Einzelforschung im mitteldeutschen Bereich während des ganzen 20. Jahrhunderts deutlich. Diese städtereiche Landschaft mit ihren vielen, großen Figuren, Kaufleuten, Unternehmern, Großbürgern, Patriziern, Humanisten, Reformatoren, Künstlern, Ärzten, Gelehrten und Beamten, mit ihrer blühenden Wirtschaft in verschiedensten Formen von Produktion, Handel, Verkehr, mit Verlag und Einzelbetrieb, mit Buchdruck, Buchbinderei, Buchhandel, mit ihren bedeutenden Universitäten (Erfurt, Wittenberg, Leipzig), mit ihren weitreichenden Beziehungen, mit ihren Künstlern und Musikern wird durch die Feder des Verfassers und gerade im Blick auf das höchst detaillierte Thema der bürgerlichen Oberschichten im bedeutsamen 16. Jahrhundert mit seinen Vor- und Ausblicken zu einem Muster deutscher Stadtgeschichte und Stadtgeschichtsforschung in der ganzen Fülle ihres stoff- und zeitbegrenzten Themas, zu einem gesellschaftsgeschichtlichen Modell über die einzelnen Städte, Territorien und Herrschaften hinweg. Dazu hat es keiner intensiven quantitativen Aufschlüsselung und Analyse mit vielen Tabellen und Diagrammen bedurft, die ich keineswegs gering schätze; aber der kritische, überlegen urteilende Verfasser hat selbst immer wieder betont, daß es noch viele tatsächliche Lücken gibt, die durch Einzel- und Vergleichsforschung erst geschlossen werden müssen; er ist sich stets der Grenzen seiner Aussage bewußt und macht sich dadurch sehr verdient, daß er auf die noch anstehenden Probleme seines Themas überall hinweist und überall das Unfertige seiner Einzelergebnisse betont. Die „Studien“, die die ganze zeitraubende Fülle der Arbeit ermessen lassen, die hinter dem Werke steckt, bauen nicht auf unveröffentlichten Quellen auf, sondern bieten eine virtuose und staunenswerte Zusammenfassung der Literatur zu dem großen Thema; sie behandeln alle wesentlichen Detailfragen in ihrer ganzen Problematik, sie zeugen von einer starken Beherrschung auch der allgemeinen Problematik von Patriziat, Adel, Lehngut, Rittergut, Humanismus, Universität, Bildungsgeschichte, Elite, Bildungs- und Intelligenzschichten, Generationsproblem, Sprachgeschichte (hochdeutsch), Braugeschichte, Mühlengewerbe, Harzproduktion, Amts- und Standesgeschichte, Kapitalismus, Handwerk, Weinproduktion und -handel. Damit sei zugleich auch der Reichtum des Werkes an Einzelfragen und -ergebnissen betont, zu deren besonderen Reiz ich Themen wie den gesellschaftlichen Aufstieg von Künstlern des 16. Jahrhunderts, wie Lukas Cranach d. Ä., oder den Vergleich mit Albrecht Dürer zähle oder Bemerkungen über Nürnberg und seine Gesellschaft im 16. Jahrhundert im Zusammenhang mit der Auswanderung vieler Nürnberger nach Mitteldeutschland. Das Werk ist in dieser Zeitschrift auch deshalb anzuzeigen, weil die wirtschaftlichen (Bergbau) und geistigen Beziehungen zwischen dem böhmischen Erzgebirge und Mitteldeutschland so vielfach zur Sprache kommen und neue Erkenntnisse auch dem Bohemisten vermitteln, auch einen Beitrag zur gemeinsamen religiösen Geschichte darstellen. Bei allem großen Lob, das diese Monographie durchweg verdient, kann ich nicht verleugnen, daß ich etwas enttäuscht bin über die Unschärfe der Grenzen zwischen Patriziat und Oberschicht, über die oft unexakte gesellschaftliche Begrifflichkeit trotz höchster Anerkennung des Ringens um historische Begriffe, etwas enttäuscht auch, daß zu wenig über Mittel- und Unterschichten gesagt wird, die auch

zu diesem Thema gehören. Aber ich vermute, daß mir der Verfasser, dem es um keine Theorie, sondern um die historische Pragmatik der (groß-)bürgerlichen Oberschichten geht, antworten wird, daß der Stand der Forschung und Literatur keine genaueren Angaben zuläßt. Und diese nüchterne Erkenntnis schätze ich allerdings mehr, als alle Spekulation oder den Versuch einer immer unvollständigen Quantifizierung.

Zum Schluß verweise ich auf zwei besondere Ergebnisse und Inhalte dieser vorzüglichen gesellschafts- (nicht sozial-)geschichtlichen Studien. Da sind einmal die vielfachen Beziehungen zur Bürgerwelt Oberdeutschlands, vor allem zu Nürnberg, zu nennen, die in vielen Bezügen richtungweisend und förderlich waren, was natürlich die Verbindungen nach Westdeutschland nicht übersehen läßt. Eingehende Strukturvergleiche würden das Gesamtbild sowohl differenzieren als auch universalisieren, bei aller Beachtung des Wandels und der Besonderheit der einzelnen Situationen. Wenn ein solches Gesamtbild der mitteldeutschen Stadt und ihres Bürgertums nicht möglich sein sollte, dann muß man versuchen, mit Modellen, mit Ideal- und Realtypen zu arbeiten. Im Lutherjahr weist dieses Buch vor allem auf das Herkommen und den gesellschaftlichen Aufstieg Martin Luthers, seiner Familie und auf seine regionalen Beziehungen, auch auf die Besonderheit Wittenbergs hin; es zeigt den gesellschaftlichen Ort dieser Familie im Rahmen von Stadt und Bürgertum auf und läßt den Reformator als Sohn seiner mitteldeutschen Heimat erkennen. Deshalb haben Bürgertum, Stadt, Land in dieser Großregion einen besonderen Platz in der deutschen Geschichte und werden ihn behalten. Das Buch sei allen empfohlen, besonders denen, die sich mit den Problemen schichtenspezifischer Gesellschaftsgeschichte in landesgeschichtlichem Rahmen befassen und bestrebt sind, ein reiches Material, das in vielen Studien schon aufbereitet ist, zu ordnen und zu Gesamtanalysen und vergleichenden Strukturen zusammenzubinden.

München

Karl Bosl

*Gottfried Ferdinand Buckisch, Schlesische Religions-Akten 1517 bis 1675. Teil I: Einführung. Bearbeitet von Joseph Gottschalk, Johannes Grünwald, Georg Steller.*

Böhlau Verlag, Köln 1982 (Forschungen und Quellen zur Kirchen- und Kulturgeschichte Ostdeutschlands im Auftrag des Institutes für ostdeutsche Kirchen- und Kulturgeschichte 17/I. Hrsg. v. Bernhard Stasiewski).

Den schlesischen Religions-Akten 1517 bis 1675 kommt auch für die böhmische Geschichte besondere Bedeutung zu. Das rührt nicht nur aus dem politischen Gesamtverband der böhmischen Krone her, dem Schlesien damals noch angehörte, sondern hat im besonderen Maße auch Bezug zum böhmischen Ständeaufstand von 1618, an dem sich die schlesischen Stände bekanntlich beteiligten. Der vorliegende erste Band eröffnet auf 145 Seiten die Publikationsreihe. Er bringt eine Lebensbeschreibung des Verfassers jener umfassenden, auf Aktenmaterial gegründeten schlesischen Kirchengeschichte, mit einem Literaturverzeichnis von 90 Seiten, das allein schon für die Erschließung der schlesischen Religionsgeschichte des 16. und

17. Jahrhunderts drei Sterne in der Bibliographie verdient. Gottfried Ferdinand Buckisch war zeitweise Assessor am Burggrafenamnt in Prag, später für ein paar Jahre Professor an der Ritterakademie von Wien, habsburgfreundlich, ehe ihn verfehlte Pläne und vielleicht auch ein unvorsichtiges Paktieren in Verruf bei den Jesuiten brachten, während ihn die Protestanten mit dem Vorwurf der Apostasie bedachten. Seine schlesische Kirchengeschichte ist sein letztes, zugleich sein umfangreichstes Werk. Das noch ungedruckte Manuskript umfaßt 10 Bände. Buckisch hatte schließlich in mühsamer Verhandlung eine Professur in Mainz erworben, als er 1598 unvermutet starb. Seine Hinterlassenschaft ist nicht nur eine willkommene Quelle zur schlesischen, sondern aufgrund der lebhaften Verbindungen namentlich um den Ständeaufstand von 1618 auch wichtig für die böhmische Geschichte der Protestanten und ihres Widerstandes.

Bochum

Ferdinand Seibt

*Hubert Rösel, Wörterbuch zu den tschechischen Schriften des J. A. Comenius.*

Verlag Aschendorff, Münster 1983, X + 895 S. (Studia slavica et baltica. Supplementband 1. Hrsg. v. Gerhard Ressel, Hubert Rösel u. Friedrich Scholz).

Hubert Rösel, emeritierter Ord. Professor der Universität Münster, hat in fast zehnjähriger Forschungstätigkeit die 50 bedeutendsten Schriften des großen tschechischen Pädagogen, Philosophen und Bischofs der Böhmisches Brüdergemeinde, Johannes Amos Comenius (1592—1670), oder wie die Tschechen sagen, Jan Amos Komenský, intensiv studiert, mit seinen Mitarbeitern auf etwa 120 000 Karteikarten exzerpiert und daraus ein Wörterbuch mit rund 22 000 Stichwörtern geschaffen. Für die Erstellung dieses rein wissenschaftlichen Werkes hat Rösel durch seine fundamentalen Kenntnisse der slawischen Sprachen, insbesondere der tschechischen Sprache, die besten Voraussetzungen mitgebracht.

Das Wörterbuch schließt die Lücke zwischen dem viersprachigen Lexikon „Silva quadrilinguis“ des Daniel Adam von Veleslavín (1598) und dem „Slovník česko-německý“ (Böhmisch-deutsches Wörterbuch 1835—1839) von Josef Jungmann aus der Zeit der sogenannten tschechischen Wiedergeburt. Erwähnenswert dürfte in diesem Zusammenhang auch sein, daß in Jan Gebauers „Slovník staročeský“ (Alttschechisches Wörterbuch 1903—1916) der Wortschatz des Comenius nicht erfaßt ist.

Comenius selbst, der zu den besten Vertretern seines Volkes zählt, hatte in seiner Studienzeit in Herborn und Heidelberg (1611—1614) begonnen, Materialien für ein ausführliches Wörterbuch der tschechischen Sprache (Thesaurus linguae bohemicae) zu sammeln, doch leider wurden diese beim großen Brand von Lissa (Leszno) im Jahre 1656 ein Raub der Flammen.

Der Verfasser des vorliegenden Wörterbuches hatte zunächst — wie er in seinem Vorwort vermerkt — an ein Lexikon gedacht, das lediglich die Unterschiede zwischen dem Tschechisch des Comenius und dem von heute festhalten sollte („od nové spřisované češtiny rozdílné“). Da ein solches aber den vollständigen Wortschatz nicht hätte erfassen können, entschloß sich Rösel zu diesem umfassenden Werk. Das

Lexikon umfaßt nun den gesamten tschechischen Wortschatz des 17. Jahrhunderts, vor allem der geistigen Elite der Tschechen, und es repräsentiert eine ganze, und zwar sehr wichtige Epoche der tschechischen Sprachentwicklung.

Rösel hat die Lemmata definiert, ins Deutsche übertragen und jedes Stichwort mit einem Sigel versehen, das auf Seite und Zeile der Quelle verweist. Dabei werden auch Wörter untersucht, die Comenius aus anderen europäischen Sprachen entlehnt hat. Verwendet werden 42 Buchstaben der bestehenden tschechischen Sprache. Liegen bei einem Lemma im Original mehrere Schreibweisen vor, so werden diese im Lexikon nebeneinander zitiert, z. B. alebrž/ale brž, míle/mile, zůstati/zustati usw.

Mit diesem Wörterbuch, das mit unwahrscheinlichem Fleiß und vorbildlicher Detailarbeit erstellt wurde, hat der Verfasser der Bohemistik einen unschätzbaren Dienst erwiesen. Es ist einmalig in der Geschichte der Bohemistik des 20. Jahrhunderts, daß ein deutscher Wissenschaftler ein so bedeutendes Werk geschaffen hat. Die tschechischen Slawisten werden Hubert Rösel für dieses Standardwerk gewiß dankbar sein, aber auch seitens der deutschen Bohemisten ist dem Verfasser zu danken, der mit diesem Lexikon zu einem breiten Ansehen der slawischen Sprachforschung im deutschen Sprachraum beigetragen hat.

Mönchengladbach

R u d o l f M. W l a s c h e k

*Zacharias Theobald, Hussitenkrieg. Mit einem Vorwort von Erich Beyreuther und einer Einleitung von Alfred Eckert.*

Georg Olms Verlag, Hildesheim-New York 1981, XVIII + 430 S. (Nikolaus Ludwig von Zinzendorf, Materialien und Dokumente. Hrsg. v. Erich Beyreuther, Gerhard Meyer und Amedeo Molnár. Reihe 1: Quellen und Darstellungen zur Geschichte der böhmischen Brüder-Unität. Hrsg. von Amedeo Molnár. Ergänzungsband 2).

Die Edition dieser Ergänzungsreihe zu den Dokumenten und Materialien des Grafen Zinzendorf muß man sehr begrüßen. Sie entspricht den Fundamenten des Lebenswerkes dieses bedeutenden Organisators protestantischer Frömmigkeit und führt folgerecht zurück bis in die hussitischen Wurzeln. Der „Hussitenkrieg“ des lutherischen Magisters und Predigers Zacharias Theobald steht als ein wichtiges Mittelglied im Traditionsgefüge. Seine 1609 in erster Auflage, 1621, schon im Nürnberger Exil, in zweiter Auflage und gleichzeitig auch lateinisch erschienene Hussitengeschichte gilt als die erste Darstellung mit der gehörigen Aufmerksamkeit für Quellengrundlagen, wie sie die barocke Historiographie allmählich pflegte. Sie ist aber auch bezeichnend für den Geist des Luthertums am Vorabend des Dreißigjährigen Krieges, nicht nur durch die vielzitierte Einschätzung der hussitischen Reformation als ein „Dämmerlicht“, aus dem der helle Tag des Luthertums erwachsen sei.

Der Faksimiledruck benützt die erste Wittenberger Ausgabe von 1609, das Exemplar der Egerland-Bücherei. Sehr nützlich ist die Einführung von Alfred Eckert mit umsichtiger Bibliographie und den wichtigsten Angaben zur Forschungslage.

Bochum

F e r d i n a n d S e i b t

*Deutsche Katechismen der Böhmisches Brüder.*

Georg Olms Verlag, Hildesheim 1983, XIV + 542 S., Ln. DM 128,—.

Erst in den letzten Jahren (1979/80) hat die an der Comenius-Fakultät in Prag wirkende Forscherin Noemi Rejchrtova zwei wichtige Arbeiten über die „Kinderfrage im Hussitentum“ vorgelegt. Daraufhin dürfte Professor Amedeo Molnár für die Materialien und Dokumente der Nikolaus-Zinzendorf-Reprint-Gesamtausgabe als ersten Ergänzungsband die längst vergriffenen „Deutschen Katechismen der Böhmisches Brüder“ von Josef Müller von 1887 und die „uralte christliche katholische Religion“ des Johann Amos Comenius von 1661 vorgeschlagen haben. Wie Molnár selbst sagt, hat die Pionierleistung J. Th. Müllers trotz seiner späteren, bis heute unvergleichlichen „Brüderforschungen“ die „bleibende Bedeutung“ behalten, so daß eine Neuauflage längst fällig war und jederzeit gerechtfertigt ist.

Das schnelle Aufblühen und — durch die Gegenreformation — ebenso rasche Verwelken der ersten Brüderschulen hatte nur wenige Schulbücher gekannt. Josef Jireček gliedert sie bereits 1878 in: Katechismen, Sittenbücher und Gesangbücher in seinem „Böhmische Schulbücher an den öffentlichen Schulen vor Comenius“, — pädagogisch ausgedrückt: „lerne fleißig die Fragen, Sitten und geistlichen Lieder“. Die „Fragen“, die von den Brüdern stammende ältere Bezeichnung für Katechismus — welcher Begriff von Luther im Zusammenhang mit seinen Augustin-Studien stammt —, waren der eigentliche Kern der brüderischen Schulbuchliteratur. Aus der beigedruckten Wortkunde lernten die Schüler ihr Deutsch, Latein, Tschechisch und Griechisch, wie es ein viersprachiger, im Reprint als Beispiel abgedruckter Katechismus beweist. Für die Utraquisten, die den Begriff „Fragen“ wohl aufgebracht und eingeführt hatten, sind die „böhmischen Fragen“ von 1580 noch ebenso wie die 1582 erschienenen „Christlichen Fragen für die Jugend und das gemeine Volk“ vom katholischen Priester Johannes Laetus unmittelbare Nachfolger der „Kinderfragen“ der Böhmisches Brüder.

J. Th. Müller beweist auf S. 338—339 an dem „Büchlin für die Kinder Deutsch lesen zu lernen“, daß für den Kern des brüderischen Schulbuches, aus dem Deutsch, Latein und Böhmisch gelernt werden sollten, der „Katechismus“ Pate gestanden hat. Die verschiedenen „Katechismen der Böhmisches Brüder“ von 1522/23 bis zur bereits genannten „uralten, christlichen katholischen Religion in kurtze Frag und Antwort verfasset Vor allen Christenmenschen, Alt und Jung, seliglich zu gebrauchen“ des Jan Amos Comenius von 1661 beweisen uns, daß im Erziehungswesen die Brüder ganz anders „dachten und sprachen“ — wie es Molnár im Vorwort bezeugt — als die damaligen Humanisten, die ja Adels- und Kaiserhöfe und auch das Bürgertum geistig bestimmten. Für die Brüder waren die Katechismen existenznotwendige Bekenntnis- und ihre Gemeinschaft bestimmende unerläßliche Mittel, ihren Glauben zu erfahren, zu vertiefen und zu tradieren. In diesen Büchern hatten die auf waldensischer Grundlage in volkstümlicher Gemeinschaft von den Mächtigen der Welt immer nur geduldeten, stets Frieden bereitenden Bekenner Christi den Anschluß zur Urkirche aufrecht erhalten. Sie wußten sich auch in noch so kleiner Zahl als ungetrennter Teil der allgemeinen Kirche Jesu Christi und hofften in ihrem Pochen und Beharren auf der Taufe beispielhaft das endzeitliche

Ideal der christlichen Kirche in einer Art „Christuspädagogik“ zu einer bereits auf Erden realisierbaren Lebensgemeinschaft in jüngerer Glaubensverantwortung bringen zu können. So versuchte schon Comenius in seiner christozentrischen Erziehungslehre die Glaubensgrundlagen in der Rechtfertigungslehre und dem neuen Gehorsam für alle Bereiche, gerade auch des politischen Zusammenlebens, aus dem Heilswerk Jesu Christi abzuleiten und für den Alltag bestimmend sein zu lassen.

Daß J. Th. Müllers vergriffene „Brüderkatechismen“ für den deutschen Forscher in Theologie, Pädagogik und Geschichte durch A. Molnárs Reprint-Neuaufgabe wieder zur Verfügung stehen — soweit die Institute und Seminarbibliotheken sie anbieten —, sollte gerade im Lutherjahr 1983 von Herzen begrüßt werden. Denn kein Volk verdankt einem Theologen seiner Sprache mehr als wir Deutschen dem „Katechismusprediger“ von Wittenberg, der bei den „Kinderfragen“ der Böhmisches Brüder seine Katechismustreue gelernt haben mag. Zeitlich früher waren die „Kinderfragen“ der Brüder, wie ungewiß auch die eigentliche „Katechismus-Urheberschaft“ sei, der Dialog Luthers mit den Brüdern begann jedenfalls bei der „Paedagogica Christiana“ und führte von seiner einstigen Mißbilligung zur folgerichtigen Anerkennung beiderseitigen echt evangelischen Bekennens.

Hersbruck

Alfred Eckert

*Quellen zur Geschichtsschreibung der Böhmisches Brüder. Zwei Darstellungen von Comenius und Camerarius (Johann Amos Comenius, Kurtzgefaßte Kirchen-Historie der Böhmisches Brüder. Schwabach 1739. — Joachim Camerarius, Historica narratio de fratrum orthodoxorum ecclesiis, in Bohemia, Moravia et Polonia. Heidelberg 1605). Neudruck.*

Georg Olms Verlag, Hildesheim 1980, LIX + 1124 S., Ln. DM 158,—.

Von den vier in den letzten zehn Jahren bei Olms/Hildesheim - New York in Reprint erschienenen Gesamtdarstellungen der Geschichte der Böhmisches Brüder in lateinischer und deutscher Sprache: J. A. Comenius, Joachim Camerarius (lateinisch), J. A. Bengel (vgl. Rezension) und D. Cranz (vgl. Rezension) ist die letzte die ausführlichste, wenn auch nach des Verfassers Urteil „friedlichste“, da sie alle Kontroversen und etwa den Gegner belastende Argumente wegzulassen beabsichtigt und auch durchgehalten hat (vgl. Vorrede des Verfassers).

Hat Joachim-Ludwig Camerarius in seiner „Historica narratio“ aus dem Jahre 1605 gegenüber „dem späteren comenischen Universalprogramm“ in Sympathie und humanistischer Geschichtsbewältigung aus rein wissenschaftlicher Wahrheitsliebe heraus „Brüdergeschichte“ geschrieben und die Lehre der bedrängten Brüder dabei gegenüber lutherischen Angriffen zu verteidigen versucht — nicht ohne den politischen Zweck, in Böhmen eine starke calvinistische Koalition zu evangelischem Protest zu bringen —, so beabsichtigt J. A. Comenius in seiner „Kurtzgefaßten Kirchenhistorie“ eine „vollkommene Reformation“ zu charakterisieren, nach der die Brüderunität als „sterbende Mutter“ ein Vermächtnis hinterläßt, das auf die kommenden Generationen als „fortschreitendes Evangelium“ zu wirken hat. Obwohl sich „pädagogische Mittel und theologischer Zweck“ verbinden, ja gar verschränken,

so kommt doch in der Geschichte der Brüderkirche die „Geschichtlichkeit der Wahrheit selber zum Ausdruck“ (Einleitung Jakobsmeier S. 13), und zwar als eschatologische Dimension.

Die „Historiola“ wollte die „ratio disciplina“ besser verständlich machen, als Kompilat aus bereits vorliegender Darstellung (Einleitung S. 21) wie der Brüdergeschichte des Lasitius und Regenvolscii „Geschichte der slawischen Kirchen“ von 1652, die teils wörtlich übernommen wird.

Als „Glaubensgeschichte“ zählt sie „zu den anziehendsten und bedeutendsten Schriften böhmischen Ursprungs“ (wie Krofta in seiner „Brüdergeschichtsschreibung“ 1946, S. 194 urteilt) und will „Ausdruck des Glaubens an eine von der göttlichen Vernunft durchwaltete Geschichte“ des bedeutendsten Brüderbischofs Comenius sein (Einleitung S. 22).

Hersbruck

Alfred Eckert

*Johann Albrecht Bengel, Abriß der so genannten Brüdergemeinde. Stuttgart 1751. Neudruck.*

Georg Olms Verlag, Hildesheim 1972, XXII/XVI/550/(10) S., 2 Taf., Ln. DM 78,—.

Gegenüber Comenii „Glaubensgeschichte“ der Böhmisches Brüder und Camerarii objektiv wissenschaftlich bleiben wollender Historiographie der Brüder ist Bengels „Abriß“ aus der 18 Jahre dauernden Kontroverse mit dem Reichsgrafen Nikolaus Ludwig von Zinzendorf geschrieben, ja findet diese Meinungsverschiedenheit beider großen „evangelisch-lutherischen Kirchenväter“ öffentlich Ausdruck.

Bengel nennt im „Abriß“ seinen vollzogenen Trennungsstrich zu Zinzendorf und den Seinen, ja startet ein Jahr nach Abbruch des persönlichen Kontaktes 1746 diese Zusammenfassung nicht als Generalabrechnung (vgl. Vorwort Erich Beyreuther, S. VII\*), sondern als Kritik am kirchlichen Wirken der „Brüder“ und an der theologischen Lehre ihres Leiters Zinzendorf.

Echt lutherisch-schwäbischer Beweggrund Bengels im vertraulichen Gutachten an seine Kirchenbehörde ist die Tatsache der Vorherrschaft einer Persönlichkeit in der Brüdergemeinde, die er „entmonarchisiert“ oder „aristokratisiert“ sehen möchte, aber nicht „bischöflich geleitet“ wissen will. Die Brüdergemeinde scheint ihm auch ekklesiologisch gesehen eine „ecclesiola in ecclesia“. Bibelwissenschaftlich und exegetisch waren sich beide Männer völlig einig. Sie trafen sich 1733 erstmals, als Bengels „gereinigter Urtext“ zum griechischen Neuen Testament fast vollendet vorlag und Zinzendorf ihn vollinhaltlich bejahte. Theologisch aber korrigierten sich beide „Bibelväter“, weshalb wir den „Abriß“ die „einzige systematische Darstellung der eigenen Theologie“ Bengels nennen können (Beyreuther Vorwort S. X\*).

Zinzendorf erkannte die gewaltige „Vision“ an, die Bengel in der Offenbarungsdeutung für Kirche und Wissenschaft zu bringen vermochte, und worin er im System an den reformierten Bundestheologen Coccejus anknüpfte, der ebenfalls die Heilsgeschichte als „Schlüssel der Schrift“ erkannte, ebenso wie auch Luther!

Der Bischof der Brüder lehnte jegliches Systemdenken gegenüber dem christlichen Kerygma ab, wohl aufgrund des Studiums der Schriften Pierre Bayles (vgl. Erich

Beyreuther: Die Paradoxie des Glaubens — Zinzendorfs Verhältnis zu Pierre Bayle und der Aufklärung. In: Studien zur Theologie Zinzendorfs. Gesammelte Aufsätze. Neukirchen 1962, S. 201 ff.). Die lutherische und nachfolgende Orthodoxie schlossen logische heilsgeschichtliche und apokalyptische Berechnungen nicht aus, wenn sie „bündig“ waren und eine „Schriftharmonie“, wie Bengel sie zum Ausgangspunkt hatte, anerkannten. Auch Zinzendorf hat sich auf Luthers Schriftdeutung berufen können, wenn nicht *expressis verbis*, so doch in den Ergebnissen, nur lehnt er die Verbalinspirationslehre ab (nicht so die Missouri-Lutheraner). Wohl als erster erkennt er eine Lehrentwicklung innerhalb des Neuen Testaments (auch den Entwicklungsgedanken im religiösen Bereich selbst) und verurteilt deshalb Bengels apokalyptische Berechnungen in dessen heilsgeschichtlicher Auslegung des letzten Buches der Bibel. Damit mißbilligt er schon jegliche „fromme Selbstisolierung“ und die daraus resultierende Introvertiertheit, die erst später in der Erweckungs- und Missionsbewegung aufgehoben wurde (um 1800). Bengels Kritik und Vorwurf an Zinzendorfs Schrifterkenntnis, theologischen Begriffshülsen, christlichen Dogmen und sich daraus ergebendem Handeln bis zum „theologischen Dilettantismus“ trifft jedoch nicht, wenn auch der Willkür des „Querfeldeintheologisierens“ des Grafen Einhalt geboten wurde. Sobald aber die Zinzendorfsche „Theologia crucis“ als berechtigte Nachfolgerin von Luthers Theologie in ihrer Dialektik von Schriftharmonie oder Bengelscher „Zentralschau“ (Vorwort XIX) in Frage gestellt zu werden droht, ist dem Verfasser des „Abriß“ Einhalt zu gebieten, denn seine Fehlschlüsse aufgrund von Einzelbeobachtungen in Gemeindeleben und Verfassung der Herrnhuter gehen zu weit, so daß sich auch seine Schüler später, wenn auch gelinde, davon absetzen mußten. Den Standesunterschied zwischen „Graf Zinzendorf“ und „Bürger Bengel“ sehe ich für die theologische Kontroverse als irrelevant an (gegen Beyreuther und Wettach).

In doppelter Hinsicht ist die Reprint-Ausgabe des „Abriß“ von 1972 besonders gerechtfertigt, wenn auch jetzt erst — mehr als 10 Jahre nach Erscheinen — rezensiert werden kann:

1. als Quelle für Bengels, des Verfassers, orthodox lutherische Theologie und als dessen letztes Werk sowie als Quellensammlung von „Brüderschriften“,
2. als unverlierbarer Zeuge und kritischer Begleiter von Zinzendorfs Theologie, Persönlichkeit und seiner Interrelation zur Brüdergemeinde.

Hersbruck

Alfred Eckert

*David Cranz, Alte und neue Brüder-Historie, oder kurzgefaßte Geschichte der Evangelischen Brüder-Unität in den älteren Zeiten und insonderheit in dem gegenwärtigen Jahrhundert. Barby 1772. Neudruck.*

Georg Olms Verlag, Hildesheim 1973.

Waren die kritischen Auseinandersetzungen mit Johann Georg Walch, Johann Adam Steinmetz, Karl Gottlob Hofmann und Johann Albrecht Bengel in der „Sichtungszeit“ zwischen 1743 und etwa 1750 nach Zinzendorfs Rückkehr aus

Amerika erfolgt, in der Bengel seinen 1751 abgeschlossenen kritischen „Abriß“ vollendet hatte, so entstand die „Alte und Neue Brüderhistorie“ von David Cranz nach seiner 1770 erschienenen 3-bändigen „Grönlandbrüdergeschichte“ im Jahre 1771 in Barby.

Dieses als beste Gesamtdarstellung (vgl. RE 21, Artikel Zinzendorf) in friedlicher „unpartheyischer“ Absicht (vgl. drittletzte Seite der Vorrede) erfolgte Geschichtswerk über die Böhmisches und Herrnhuter Brüder war von der Brudersynode in Auftrag gegeben worden und sollte das „Ceremonienbüchlein“ ablösen, das — ebenfalls von Cranz 1757 zusammengestellt — besten Anklang gefunden hatte. Noch lassen sich die Synodaldokumente vom 23. August 1764 dazu nachweisen, ebenso wie der am 30. Juli 1767 vorliegende Revisionsentwurf des Verfassers an das Unitäts-Direktorium (vgl. Vorwort Gerhard Meyer XI\*) mit Begleitschreiben an Spangenberg. Unbekannt ist, warum erst 1769 die neue Unitäts-Ältesten-Konferenz von der Synode davon Kenntnis und Auftrag zur Weiterbehandlung erhielt. Cranz selbst mußte 1770 nochmals an seine Überarbeitung erinnern und verlangte Entscheid über die Drucklegungsbewilligung. Die Drucklaubnis der ganzen „ziemlich weitläufig“ (vgl. Vorwort XI\*) geratenen Schrift wurde gleichzeitig mit Angabe des eigentlichen Verfassers (nicht als Unitäts-Edition!) beschlossen.

Die wesentliche Erweiterung konnte Cranz dann ganz persönlich gestalten (wie er in der „Vorrede“ bezeugt). Somit ist eine umfangreiche „Kirchenkunde“ der „Brüder“ entstanden, die innerhalb der Brüderforschung nicht unkritisiert blieb und zu Unrecht als Fortsetzung von Gradins Brüderhistoriographie gewertet wurde (Meyer, Vorrede XIII\*).

In einem Punkt — der Auseinandersetzung Zinzendorfs mit dem Halleschen Pietismus — muß man Cranz fehlende Stellungnahme oder „Verschweigen der Tatsachen“ ankreiden, an anderer Stelle gibt er nicht zu, daß die „Mährischen Streiter“ das Missionswerk der Brüder — auch unter den Indianern — aufgebaut haben.

Seinem eigenen Vorwort entsprechend hat Cranz sich — wie schon gesagt — den Rahmen selbst gesteckt, innerhalb dessen er sachlich und objektiv Historiographie trieb, die nicht zu „erbaulich“ oder gar „erwecklich“ wurde. Der „sorgfältige Geschichtsschreiber“ (wie Gerhard Meyer ihn im Vorwort XVIII\* nennt) hat lokale Quellen benutzt und verarbeitete früheste Monographien, so daß infolge von Quellenverlusten seine „Brüdergeschichtsdarstellung“ bleibenden Wert behält und Cranz als Augenzeuge wie als Sachkenner in dieser Reprint-Auflage nicht genug gelesen und beachtet werden kann.

*Kleines Brüdergesangbuch. Hirten-Lieder von Bethlehem. Zum Gebrauch für alles, was arm ist, was klein und gering ist. 2. Teil: Der Gesang des Reigens zu Saron als des kleinen Bruder-Gesang-Buchs Anderer Theil. London 1754. Neudruck.*

Georg Olms Verlag, Hildesheim 1978, 607 S., Ln. DM 98,—.

Ein Jahr vor dem 1754 im Druck erschienenen „Kleinen Brüdergesangbuch“ war 1753 das weit berühmtere „Londoner Gesangbuch“ der Böhmisches Brüder herausgegeben (Olms-Reprint 1980). Ersteres ist unter die „Gesangbücher der Deutschen Brüderunität“ wie das Herrnhuter Gesangbuch oder das Gesangbuch Christoph Gregors und das Gnadauer Gesangbuch von 1870 zu rechnen, wobei es noch 1778 ein Basler und 1868 ein St. Petersburgs Brüdergemeinde-Gesangbuch der gleichen Gattung geben sollte. Schon 1742 waren „Hirtenlieder“ als Auszüge des Herrnhuter Gesangbuches in Germantown gedruckt worden, die neben dem 1736 erschienenen „Der Pilger“ nur Teile des Herrnhuter Originals enthielten. Unser „Kleines Brüdergesangbuch“ übernahm nun die Germantowner Edition und fügte noch als zweiten Teil den „Gesang des Reigens zu Saron“ hinzu. Bereits nach Verlauf eines Jahres, also 1755, war das „Kleine Brüdergesangbuch“ vergriffen, und mehrere Jahre hatte die Brüdergemeinde kein „offizielles“ Gesangbuch in Gebrauch (J. Th. Müller, Hymnologisches Handbuch zum Gesangbuch der Brüdergemeine, S. 41). Die Warnung Zinzendorfs 1757 vor Nachdrucken und zugleich sein Versprechen, eine neue „genau übersehene und durchaus geänderte Herausgabe“ zu liefern, mögen Ursache zur so häufigen Verbreitung gerade des „Kleinen Brüdergesangbuches“ gewesen sein, war ja sein Vorläufer 1739 ohne eigentlichen Titel erschienen. Erst nach Zinzendorfs Tod erfolgte die 2. Auflage (1761 Barby). Diese 2. Auflage brachte erstmals das Register zu allen Strophen, was für alle späteren Gesangbücher beibehalten wurde. Die 2396 Lieder auf 476 Seiten sind inhaltlich aus mehreren Strophen zusammengebaut, die verschiedenen Liedern entnommen sind. Das „Singstundenprinzip“ ist beibehalten, d. h. wo ein verzierter Anfangsbuchstabe erkennbar ist, da beginnt eine neue Singstunde neuen Inhalts bis zum nächsten Zierbuchstaben.

Das — wie bereits gesagt — in zwei Teile gegliederte Gesangbuchwerk hat für die ersten 360 Lieder 111 Seiten bestimmt, während die weiteren 19 Teile — mit jeweils eigener Seitenzählung — 668 Seiten umfassen. Nimmt man alles zusammen, so kann man feststellen, daß die „Hirtenlieder“ und der „Gesang des Reigens zu Saron“ keine vollständigen Lieder enthalten, sondern auf Zinzendorfs für die jeweilige Singstunde inhaltlich bestimmte Zusammenstellung zurückgehen. Man könnte auch sagen, es sind ab- und eingeteilte kalligraphisch getrennte Singstunden, wie es ähnlich auch Spangenberg in Zinzendorfs Biographie „Zinzendorfs Leben“ S. 1973 betont. Strophenlänge und -gruppe sind sehr unterschiedlich. Die Strophengruppen sind nicht gezählt, auch im Register nicht ausgewiesen, ja ein Wegweiser durch das ganze „Kleine Gesangbuch der Brüdergemeinde“ müßte erst erarbeitet werden. Klar und deutlich ist jedoch die Benutzungsart erkennbar, wobei das Thema die Strophenzusammenstellung bestimmte.

Der deutschen Reformation haben die Brüder in doppelter Weise eine Bereicherung gebracht, sowohl durch ihren Katechismus, von dem schon 1891 Kawerau in

„Theologische Studien und Kritiken“ S. 197 sagen konnte: „Es ist von nicht geringem Interesse zu erkennen, in welchem Umfang das Bedürfnis nach einem Kinderkatechismus in den ersten Jahren der Reformation durch Verbreitung des Brüderkatechismus befriedigt worden ist. Gerade auf dem Gebiet des Niederdeutschen scheint er gute Pionierdienste geleistet zu haben.“

Eine weitaus größere und stärkere Wirkung hatten die Lieder der Böhmisches Brüder, die aus ihren deutschen Gesangbüchern gesungen wurden. Nicht nur das von Johannes Horn 1544 immer wieder auch im 16. Jahrhundert in Ulm und Nürnberg nachgedruckte, bei den Brüdern selbst schon überholte Gesangbuch fand in vor allem lutherischen Gesangbuchsammlungen Aufnahme, sondern das 1501 mit einem lateinischen Kalender erschienene und die nachfolgenden Ausgaben von 1505, 1519 und 1531, die verloren scheinen, ja die von 1615 und 1659 von Comenius zusammengestellten Ausgaben haben ihre Verbreitung im Bekenntnisliedgut der evangelischen Kirche bis heute beibehalten. Das deutsche Brüdergesangbuch von Michael Weiße, 1531 erschienen, und das eben genannte von Johann Horn (von 1544) mit dem von Comenius endgültig abgeschlossenen Brüdergesangbuch sind für unser zu besprechendes, von Zinzendorf zusammengestelltes „Kleines Brüdergesangbuch“ mit den „Hirtenliedern von Bethlehem zum Gebrauch für alles, was arm ist, was klein und gering ist“ von bleibender Bedeutung geblieben, so daß die Gemeinden der „Brüder“ in ihrem hingebungsvollen Singen ihr Bekenntnis gegenüber jedem bedrohenden Zeitgeist und Herrschaftswchsel unerschütterlich bezeugen konnten.

Hersbruck

Alfred Eckert

*Evangelický zpěvník. Synodní rada českobratrské církve evangelické [Evangelisches Gesangbuch. Synodalrat der evangelischen Kirche der böhmischen Brüder].*

Prag 1978.

*Joseph Theodor Müller, Hymnologisches Handbuch zum Gesangbuch der Brüdergemeine. Herrnhut und Gnadau 1916. Neudruck.*

Georg Olms Verlag, Hildesheim 1977, XIII + 254 S.

1978 erschien mit Hilfe des Gustav-Adolf-Werkes und Unterstützung verschiedenster deutscher lutherischer Landeskirchen ein Neudruck des „Evangelischen Brüdergesangbuches“ und wurde der Kirche der Böhmisches Brüder, stellvertreteten durch ihren Präsidenten, zum 130. Jahresfest des Badischen Gustav-Adolf-Werkes in Schluchsee durch Landesbischof Hans-Wolfgang Heidland übergeben. Im Vorwort dazu ist auf die jahrelange Vorbereitungsarbeit dieser Ausgabe hingewiesen, an der alle bedeutenden Theologen der Brüderkirche in der Generation nach dem Zweiten Weltkrieg mitgearbeitet haben, von denen nur Professor Miloš Bič und Professor Rudolf Řičan sowie Karel Trusina genannt sein mögen.

Diese Neuauflage, die insgesamt 586 Lieder enthält (darunter 150 neue Choräle) kann sich in ihrem historischen Überblick (S. 887—898) auf die bedeutendsten

früheren Ausgaben des „Brüdergesangbuches“ berufen, unter ihnen das Hussitengesangbuch von 1512 und das „Gesangbuch der Böhmisches Brüder“ von 1531, an dem Michael Weiße hauptverantwortlich mitgearbeitet hat. In den Quellen zum „Brüdergesangbuch“ halten sich deutsche und tschechisch-sprachige Vorläufer in etwa das Gleichgewicht, wobei für die Lutherzeit die deutschen Hauptquellen zu nennen sind, die etwa mit Nikolaus Selneckers 1587 erschienenen „Christliche Psalmen, Lieder und Kirchengesenge“ einen Abschluß finden. Johann Hermann Scheins 1627 erschienenenes „Cantional oder Gesangbuch Augspurgischer Confession“, das auf Michael Praetorii 1609 in Wolfenbüttel herausgekommenes „Musae Sioniae“ zurückweist und seinen Niederschlag 1636 in Tranoscii „Cithera sanctorum Apoc. 5“ gefunden hat, muß hier ebenso genannt sein wie Comenii „Praxis pietatis“ und des gleichen Verfassers „Amsterdamer Cantional“ von 1659.

Im 18. Jahrhundert sind vor allem das „Kleycher Cantional“ von 1717 und die „Cithara Sanctorum“ (von 1737) — als Leipziger Cantional bekannt — für maßgebliche Texte des „Neuen Brüdergesangbuches“ von 1978 zu berücksichtigen.

Die Geschichte dieser einzelnen frühen Brüdergesangbücher und besonders die Wirkungsgeschichte der einzelnen Lieder — nach dem Alphabet geordnet — hat das von Josef Theodor Müller 1916 in Druck gebrachte „Hymnologische Handbuch zum Gesangbuch der Brüdergemeinde“ — Olms Reprint 1977 in: Nikolaus Ludwig von Zinzendorf, Materialien und Dokumente, Reihe 4, Band 4 — in unnachahmlicher Weise aufgezeigt. Beide Teile des Werkes (I. Die Gesangbücher der alten und der erneuerten Brüderkirche, II. Die Lieder des Gesangbuches der evangelischen Brüdergemeinde) sowie auch das abschließende Namenregister verraten meisterhafte Akribie und bringen erstmals „eine vollständige Aufzählung, Beschreibung und — soweit möglich — Geschichte sämtlicher Gesangbücher der alten und der erneuerten Brüderkirche“ (Vorwort V) neben der „alphabetischen Reihenfolge“ der einzelnen Lieder, wobei hauptsächlich über Dichter, Veranlassung und Vorkommen jedes Liedes in den verschiedenen Brüdergesangbüchern möglichst erschöpfende Auskunft gegeben werden soll“ (Vorwort VI). Der Hymnologe und ausgezeichnete Historiker und Theologe der Brüdergemeinde um die Jahrhundertwende, J. Th. Müller, gibt auch genaueste Angaben über die „außerbrüderischen Lieder“ und weist auf das handgeschriebene Verzeichnis Isaak Lelongs für die „Brüderischen Lieder“ zurück. Severin Lintrups verlorengegangenes Verzeichnis der Lieder der böhmischen Brüder und Ranzaus von Spangenberg korrigierte Aufstellung von Zinzendorfs Liedern sind ebenso erwähnt wie die handschriftliche Vorarbeit des im Jahre 1861 in Gnadenberg verstorbenen Pfarrers Emil Bauer. J. Th. Müller beabsichtigte, dem Leser die ursprüngliche Gestalt jedes einzelnen Liedes und seine verschiedenen späteren Veränderungen erkennen zu lassen, und wollte nicht die Aufnahme des Liedes in das jeweilige von Generationen und Zeitströmungen bestimmte Brüdergesangbuch begründen.

Wie dem Reprint kein Vorwort zum Geleit mitgegeben ist, so halte auch ich es für das beste, das Werk in seinem „einmaligen Guß“ als Quellen- und Nachschlagemeisterleistung selbst wirken und durch seine Überzeugung sprechen zu lassen.

R. J. W. Evans, *The Making of the Habsburg Monarchy 1550—1700. An Interpretation.*

Oxford University Press, Oxford 1979, XXIII + 531 S.

Die historische Forschung hat sich seit Leopold von Ranke hinsichtlich der Frage nach den Gründen des Aufstiegs des österreichischen Hauses Habsburg zur europäischen Großmacht immer wieder mit politisch-militärischen Entwicklungen und Ereignissen beschäftigt, die etwa mit Namen wie Raimondo Graf Montecuccoli, Karl von Lothringen, Prinz Eugen von Savoyen verbunden sind. Der Verfasser der vorliegenden hochinteressanten und diskussionswürdigen Studie sieht in dieser Schwerpunktsetzung einen Fehlgriff und kommt deshalb zu der These, „none has ever seriously investigated the causes of its rise“ (S. VIII). Da die moderne Forschung sich längst nicht mehr ausschließlich mit politisch-militärischen Fakten beschäftigt, sondern den Konnex von Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur, Recht, Politik usw. behandelt, betrachten wir Evans These weniger als Feststellung denn als Programm. Er sieht in der Durchsetzung und Etablierung der Gegenreformation den Wesenskern habsburgischer Machtbildung. Unter diesem Gesichtspunkt wird nicht nur die innere Entwicklung der habsburgischen Erbländer des 16. Jahrhunderts, sondern auch der gesamte Verlauf des 17. Jahrhunderts einschließlich der leopoldinischen Epoche betrachtet und analysiert. Der Verfasser wertet sehr sorgfältig eine enorme Fülle von Literatur aus. Man darf sich von der angesichts der ungeheuren Zahl von Forschungsarbeiten zum späten 16. und zum 17. Jahrhundert relativ klein erscheinenden Bibliographie (S. 465—485) nicht täuschen lassen. Hier ist nur eine Auswahl der benutzten Quellenwerke, Aufsätze und Abhandlungen in Buchform angegeben; in der Regel sind es jene Forschungen, die mehrmals zitiert werden. Die Hauptfülle der verwendeten Werke ist im ausführlichen und zum Teil mit kritischen Bemerkungen versehenen Anmerkungsapparat angegeben. Wer somit z. B. im Literaturverzeichnis J. Pekařs bekannte Wallensteinstudie vermißt, findet diese auf S. 75 Anm. 80. Dies ein Beispiel für viele.

Die Analysen des Verfassers beruhen auf der Auswertung der österreichischen, tschechoslowakischen, ungarischen sowie der sonstigen internationalen Literatur. Außerdem wurden, insbesondere zur leopoldinischen Epoche, Archivstudien betrieben. Geschichte von Einzelpersonen einschließlich der Kaiser, deren Charakteristik mit knappen Strichen gezeichnet wird, tritt völlig zurück hinter Zustandsbeschreibungen (Kap. 1: The general evolution mit Schwerpunkt der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts) und Analysen von Land und Leuten (Kap. 2: The Centre and the regions). Dabei wird (auch umfangmäßig) die Trias der habsburgischen Erbländer — Böhmen/Mähren, das bis zu den Großen Türkenkriegen dreigeteilte Ungarn, die österreichischen Territorien — sozusagen gleichberechtigt dargestellt, wobei sowohl die gemeinsamen wie vor allem die unterschiedlichen und spezifischen Entwicklungen berücksichtigt werden. Im Mittelpunkt steht dabei stets die Frage nach Reformation und Gegenreformation, letztlich das Problem, warum sich die Reformation, der der größte Teil der Stände und der Bevölkerung der verschiedenen Territorien angehörte, nicht durchsetzen konnte, warum sich die evangelischen Bewegungen der verschiedenen Erbländer nicht zu einer großen kraft-

vollen Einheit zusammenzuschließen vermochten und welche gesellschaftlichen, herrschaftlichen, geistig-religiösen und kulturellen Kräfte (insbesondere Kap. 3) entscheidend für die zum Teil gewaltsame Durchsetzung der Gegenreformation waren. Allerdings wird der Problembereich „Barock“ ausgeklammert bzw. tritt er in den Hintergrund. Unabhängig davon stellt die vorliegende Studie einen wichtigen Beitrag zur Mentalitätsforschung dar. Die Bedeutung der katholischen Orden und der Kirchenorganisation wird dabei nicht weniger beachtet als das katholische Erziehungssystem und das, wie der Verfasser ausführlich darstellt, „magische Weltbild“ des späten 16. und des 17. Jahrhunderts im Rahmen der europäischen Geistes- und Kulturgeschichte. Veränderungen und Entwicklungen werden ebenso erörtert wie die Bedeutung von Minderheiten, die es trotz aller gegenreformatorischen Bemühungen gegeben hat. Die viel diskutierte These von der Krise des 17. Jahrhunderts auf religiösem und politischem, gesellschaftlichem und geistig-intellektuellem Gebiet findet in der vorliegenden geistvoll und stilistisch vortrefflich geschriebenen, umfangreichen Studie erneut eine Bestätigung. Der „Ereignishistoriker“ wird zwar den machtpolitischen Faktor politischer, diplomatischer und militärischer Geschehnisse (so finden sich z. B. kaum Darlegungen über den Verlauf des Dreißigjährigen Krieges, der Türkenkriege und der Kriege mit Frankreich) vermissen, doch wurde diese Frage vom Verfasser bewußt ausgeklammert. Auch die Beziehungen zum Reich treten (trotz Abschnitt II, 8) angesichts der konzentrierten Fragestellung nach Reformation und Gegenreformation innerhalb der habsburgischen Erblande in den Hintergrund.

Die bemerkenswerte und diskussionswürdige Arbeit verdient Beachtung.

Köln

L u d w i g H ü t t l

*Thomas M. Barker, Doppeladler und Halbmond. Entscheidungsjahr 1683. Übersetzt und bearbeitet von Peter und Gertraud Broucek.*

Verlag Styria, Graz-Wien-Köln 1982, 423 S., 12 S. Reproduktionen zeitgenössischer Stiche.

Das vorliegende umfangreiche und differenziert gegliederte Werk ist die deutsche Übersetzung von „Double Eagle and Crescent. Vienna's Second Turkish Siege and Its Historical Setting“, das 1967 bei State University of New York Press erschienen war und in der wissenschaftlichen Diskussion eine bemerkenswerte Resonanz fand. Angesichts des 300jährigen Jubiläums der zweiten Türkenbelagerung Wiens im Jahre 1683, das seit etwa 1980 mit zahlreichen Neuerscheinungen gewürdigt wurde und wird, entschloß sich der Styria Verlag, das vorliegende Werk in Übersetzung und Neubearbeitung herauszubringen. Das „Türkenjahr 1983“ und die dazu erschienene wissenschaftliche wie auch populäre Literatur stand und steht unter dem Zeichen gesamteuropäischer Auspizien sowie des West-Ostverhältnisses. Barkers Werk ordnet sich in diesen Zusammenhang und internationalen Horizont ein, obgleich die erste Fassung bereits vor eineinhalb Jahrzehnten erschienen war. Die damalige Studie wurde in ihrer Grundstruktur auch in der Übersetzung und Neubearbeitung beibehalten. Wichtige Erkenntnisse der in der Zwischenzeit erarbei-

teten Forschungen wurden, soweit es dem Autor und den Übersetzern (Peter und Gertraud Broucek) notwendig erschien und innerhalb des vom Verlag bestimmten Umfangs der Publikation möglich war, teils in den Text, teils in den Anmerkungsapparat eingearbeitet, so daß der Stand der wissenschaftlichen Forschung vor Erscheinen der unmittelbar zum Türkenjahr publizierten Werke und Aufsätze im wesentlichen erreicht ist. Der Schwerpunkt von Barkers Darstellungen liegt auf narrativer Ereignisgeschichte und resultiert aus der Frage, was sich 1683 ereignet hat und wie es angesichts der Entwicklung seit 1648 in Europa zu dieser zweiten Türkenbelagerung kommen konnte. Diese Probleme werden stets unter gesamt-europäischem Aspekt erörtert, und damit wird auch sekundär der strukturelle Zusammenhang involviert. Die Tatsache, daß sich so verstandene Ereignisgeschichte und Strukturgeschichte keineswegs zu widersprechen brauchen, sondern in diesem Zusammenhang einander sinnvoll ergänzen, wird durch diese Studie, auch wenn sie sich nicht als genuin sozialwissenschaftliche Untersuchung versteht, belegt. Die beteiligten Einzelpersönlichkeiten, welche in Kurzbiographien dargestellt werden (Kaiser Leopold I., Ludwig XIV. von Frankreich, Großwesir Kara Mustafa, Jan III. Sobieski, Karl von Lothringen etc.), werden demnach nie individuell oder isoliert, sondern stets im Geschehenszusammenhang auf europäischer Ebene betrachtet. Von Spanien bis nach Rußland und bis zum osmanischen Reich, vom Kirchenstaat bis zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation werden die entscheidenden Strukturelemente und die führenden Persönlichkeiten herausgearbeitet. Besonders ausführlich werden außerdem, dem Thema entsprechend, die militärischen Aktionen, der Aufbau der beteiligten Armeen (der kaiserlichen und Reichsarmee, der polnischen und osmanischen und ihrer Verbündeten) sowie deren Führung, Organisation, Strategie und Taktik abgehandelt und veranschaulicht. Auch die Entwicklung der Belagerung Wiens und die Aktionen der in höchster Bedrängnis endlich erscheinenden christlichen Entsatzarmee werden in lebendiger Sprache detailreich beschrieben, wobei auch die mit dem jeweiligen Gegenstand verbundenen Forschungsprobleme und wissenschaftlichen Fragestellungen nicht unerwähnt bleiben.

Das Werk Barkers beruht neben eigenen Forschungen vornehmlich auf der exakten Auswertung der wissenschaftlichen Literatur, zahlreicher gedruckter und teilweise auch ungedruckter Originalquellen. Sie zeigen, daß das Jahr 1683 den Tiefpunkt des leopoldinischen Zeitalters, gleichzeitig aber auch den Wendepunkt und den Beginn des künftigen österreichisch-ungarischen Großreiches bildete.

Köln

Ludwig Hüttl

*Miroslav Hroch und Josef Petráň, Das 17. Jahrhundert — Krise der Feudalgesellschaft?*

Hoffmann und Campe, Hamburg 1981, 253 S. (Historische Perspektiven 17).

„Über die Krise des 17. Jahrhunderts wurde während der letzten dreißig Jahre schon soviel geschrieben, daß man damit eine kleine Handbibliothek füllen könnte — eine Bibliothek voller höchst widersprüchlicher und oft kategorisch formulierter und unversöhnlicher Ansichten.“ Dieses, von den Verfassern der hier anzuzeigenden

Studie auf S. 49 gezogene Resümee ist die Frucht einer chronologischen Überschau, die der Erörterung des Phänomens einer europäischen Krise im 17. Jahrhundert gilt. Der Widerspruch setzt schon am Beginn der Krisendiskussion in den fünfziger Jahren ein, mit den kontroversen Erklärungsmustern von Hobsbawm und Mousnier; er setzt sich durch alle Phasen der Diskussion hindurch fort, Phasen, die durch eine generelle Akzeptanz des Krisenbegriffs durch die Geschichtswissenschaft Westeuropas Ende der sechziger Jahre und Kontroversen auf dem Moskauer Historikerkongreß von 1970, wo sich „die Diskussion zum offenen weltanschaulichen und methodologischen Grundsatzstreit“ (S. 33) auswuchs, ihre besonderen Akzente erhalten. Ein wichtiges Anliegen ist den Verfassern die Problematisierung des Krisenbegriffs, was angesichts der Tatsache, daß „die meisten Autoren . . . kein Interesse daran zu haben [scheinen], ihre Konzeption verständlich zu machen“ (S. 49), nur zu berechtigt erscheint. So wird Krise einmal mit „Depression“ und „Verfall“ gleichgesetzt — vor allem in der westeuropäischen Historiographie — zum anderen als „zyklische Schwankung“ begriffen, oder aber schlechthin als Systemkrise interpretiert, dies vor allem bei marxistischen Historikern. Als originelle Variante erscheint in diesem Zusammenhang die von dem Amerikaner Rabb vorgelegte, an der medizinischen Bedeutung des Krisenbegriffs orientierte Interpretation von Krise als „Moment . . . , dem eine bestimmte Entscheidung zu folgen hat“ (S. 46), mit der Folge, daß sich lediglich das Ende einer Krise, nicht jedoch deren Beginn genau bestimmen lasse. Wie der Überblick über drei Jahrzehnte Krisendiskussion zeigt, wurde das Phänomen zunächst vorwiegend partiell angegangen — als wissenschaftliche (Hobsbawm), als agrarische (Abel), als demographische (Hekscher) oder klimatische (Utterström) Krise, aber auch als Krise nichtökonomischer Natur (Trevor-Roper). Um der Versuchung, aus Teilaspekten generelle Schlüsse zu ziehen, gegenzusteuern, war es ein dringendes Erfordernis, gewonnene Einsichten an regionalen Befunden (so Goubert) oder abgegrenzten Bereichen, wie etwa der Entwicklung des Handels (so Chaunu) zu überprüfen. Eine Differenzierung von Bedingungen, Erscheinungsformen und Lösungsversuchen der „Krise des 17. Jahrhunderts“, wie sie Hille 1966 versuchte, war gleichfalls geeignet, auf den Boden historischer Realitäten zurückzuführen. Daß sich die Verhältnisse in Nordwesteuropa (England, Niederlande), Skandinavien (wo zwischen Dänemark und Schweden zu differenzieren ist), Frankreich und den Ländern Ostmittel- oder aber auch Südeuropas sehr unterschiedlich darstellen, daß die Gestaltung der politischen und wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse in den verschiedenen Regionen Europas nicht die gleiche Richtung einschlug, darf inzwischen als festzuschreibender Ertrag der Beschäftigung mit dem Krisenphänomen gelten, ebenso wie auch die Rolle, die übernationale Handelsverflechtungen für Entstehung und Verlauf von „Krisen“ gespielt haben. Befruchtend für die Diskussion erwies sich auch die Wiederaufnahme der bereits von Labrousse getroffenen Unterscheidung in Krisen „alten“ und „neuen“ Typs, d. h. in aus Unter- bzw. Überproduktion resultierenden Krisen. Angesichts eines vertieften, differenzierenden Krisenverständnisses ist es nicht erstaunlich, daß die Vorstellung einer allgemeinen Krise des 17. Jahrhunderts immer mehr ins Wanken geriet; gerade sowjetrussische und Historiker anderer osteuropäischer Länder haben zu dieser Sicht nicht unerheblich beigetragen und darüber hinaus auch auf die aus Krisen her-

vorgehenden Stabilisierungsmomente hingewiesen. Schwierig bleibt freilich schon jeder Versuch einer globalen Erfassung, geschweige denn Interpretierung des Phänomens; hier wird zweifellos mit Recht beklagt, daß — neben der Neigung, aus willkürlich gewählten Indikatoren zu weitreichende Schlüsse zu ziehen — häufig die unzureichende Kenntnis fremder Forschungsansätze den Blick verstellt, dies nicht zuletzt als Folge der (vor allem gegenüber in slawischen Sprachen publizierten Forschungsergebnissen wirksamen) Sprachbarriere. Hroch und Petráň, „Autoren . . .“, die in einem der wenigen europäischen Länder leben, in denen von den Historikern erwartet wird, daß sie sowohl die slawischen als auch germanische und romanische Sprachen lesen, so daß sie die Entwicklung der historischen Produktion in beiden Teilen des getrennten Europas verfolgen können“ (S. 8), verstehen sich hier in einer Vermittlerfunktion.

Sehr unterschiedlich stellt sich auch die Beteiligung der Geschichtswissenschaft der einzelnen Länder an der Krisendiskussion dar. Französische, englische, amerikanische und skandinavische Namen erscheinen häufig — den „Annales“ und „Past and Present“ kommt dabei als Diskussionsforum eine besondere Rolle zu —, dies teils im Kontext marxistischer, oft aber auch nicht-marxistischer Forschungsansätze. Der Anteil der deutschen Forschung erscheint minimal — ein Befund, den auch H. G. Koenigsberger in der Zeitschrift für Historische Forschung 9/2, 1982, S. 143 anlässlich seiner Betrachtung der „Krise des 17. Jahrhunderts“ bestätigt. Bei der seit den frühen sechziger Jahren rege einsetzenden Erörterung des Problems in der Historiographie der sozialistischen Länder fällt neben der Vielgestaltigkeit im Angehen dieses Fragenkreises immer wieder ein gutes Maß an Unbefangenheit bei der Erhebung und Deutung des Tatsachenmaterials auf, ein sich Distanzieren von Modellen genereller Zwangsläufigkeit historischer Entwicklung. Dies bedeutet freilich nicht, daß in der Studie von Hroch und Petráň keine, mehr oder weniger deutlich artikulierten, Präferenzen zu erkennen wären. Das Konzept der „Systemkrise“, der „Formationskrise“, im Zusammenhang mit dem übergreifenden Phänomen des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, erscheint letztlich doch als das allein Annehmbare, den „inneren Widersprüchen“ des Systems wird ein herausragender Stellenwert beigemessen. Nicht zufällig wird gegen die abwägende Darstellungsart der Autoren der „New Cambridge History“ (vor allem Cooper und Spooner) der Vorwurf des „ängstlichen Objektivismus“, „blassen Eklektizismus“ und „verwässerter Kompromißformulierungen“ erhoben (S. 35). Gravierender noch erscheint jedoch die weitgehende Ausklammerung der Bereiche von Politik, Verfassung, Konfession, Kultur- und Geistesgeschichte und die damit einhergehende Fixierung auf wirtschaftliche und soziale Kausalreihen.

Den Positionen eines Elliot, Engberg, Mousnier oder Trevor-Roper wird, auf das Ganze gesehen, nur eine marginale Rolle zugewiesen. Kommen politische Gesichtspunkte wenigstens fallweise auch in den Blickwinkel der marxistischen Geschichtsbetrachtung, so muß doch die nahezu vollständige Abstinenz von Konfessions-, Kultur- und Geistesgeschichte konstatiert werden. Gab es etwa im Verhältnis der Konfessionen zueinander, aber auch innerhalb der einzelnen Konfessionen, keine krisenträchtigen Erscheinungen? Läßt sich etwa die spanische Inquisition (von dem hier nur in anderem Kontext erwähnten Kamen 1965 monographisch behan-

delt) nicht auch als Reflex auf Krisenphänomene deuten? Kündigt sich die „Krise des europäischen Geistes“ nicht bereits schon vor dem von Paul Hazard beschriebenen Zeitraum an? Sind die Krisen des absolutistischen Staates, von Skandinavien bis zur Iberischen Halbinsel, nicht auch Ausdruck eines kontroversen Staats- und Herrschaftsverständnisses? Wie fügen sich schließlich Tatbestände wie die siegreiche Durchsetzung der Gegenreformation in weiten Teilen Europas oder die kulturelle Blüte des 17. Jahrhunderts in dieses Szenarium ein? Fragen, die zweifellos für ein Gesamtpanorama des 17. Jahrhunderts relevant, darüber hinaus aber auch geeignet sind, den Stellenwert von „Krise“ und „Krisen“ neu zu bestimmen. Von all dem ist hier freilich nicht die Rede. Daß die Verfasser diese Bereiche „eingeweihteren Kennern“ zu überlassen gedenken, wie in der Einleitung S. 9 ausgeführt wird, erscheint für deren eigenständigen Forschungsbeitrag in Kapitel II und III dieses Bandes durchaus akzeptabel, nicht aber für die Behandlung der wissenschaftlichen Erörterung des Krisenproblems.

War das erste Kapitel des Bandes der Entwicklung der internationalen Krisendiskussion gewidmet, bemüht sich das zweite um den Aufweis von Krisenphänomenen. Die zur Demonstration herangezogenen Felder sind, so die Überschriften der Unterkapitel, mit „Konflikte in den internationalen Beziehungen“, „Klassenkämpfe und innenpolitische Konflikte“, „Der technische Wandel“, „Die Landwirtschaft“, „Die Handwerks- und Manufakturproduktion“, „Die demographischen Verhältnisse“, „Umfang und Struktur des europäischen Handels“, „Preise und Bilanzen als Indikatoren der Handelskonjunktur“ und „Feudalstaat und Handelskapital“ umschrieben. Zweifellos entgegen dem theoretisch-ideologischen Ansatz überwiegt hier die deskriptive Darstellung; mit dem durchgehenden Aufweis von „Widersprüchen“ tut man sich vielfach schwer. So muß schon der Dreißigjährige Krieg weniger aus dem Antagonismus von Bürgertum (Niederlande) und Feudalmächten (spanische und deutsche Habsburger) erklärt werden, sondern eher als Ausdruck „eines verschärften Widerspruchs innerhalb der herrschenden Feudalklasse“ (S. 65) — ist das aber, trotz der Ausuferung des kriegerischen Geschehens, etwas so Neues und für das 17. Jahrhundert Typisches? Auch bei den inneren Konflikten, die von Spanien bis Skandinavien, von Portugal und Neapel-Sizilien bis Oberösterreich und Rußland verfolgt werden, ist kaum ein gemeinsamer Nenner im Sinne klarer „Klassen“-Fronten zu finden, wenn auch jeder Hinweis auf „Klassenkonflikte“, und sei es um den Preis der Vernachlässigung anderer Momente, dankbar aufgenommen zu werden scheint. Auch bei der Darstellung von technischem Wandel, Landwirtschaft und Handwerk bzw. Manufaktur fallen zwar mannigfache Erkenntnisse für Wandlungs- und Umschichtungsprozesse ab, inwieweit aber „Widersprüche“ im Sinne marxistischer Geschichtsinterpretation vorliegen, mag dahingestellt bleiben. Selbst da, wo Widersprüche manifest sind, wie bei dem Gegensatz zwischen Zünften und Manufakturen, stellt sich die Frage, inwieweit diese eher in Tradition, Mentalität und überlieferten Rechtsverhältnissen wurzeln, nicht aber klassenbedingt sind. Die Ausführungen zur demographischen Entwicklung heben in erster Linie auf die Interdependenz von wirtschaftlicher Konjunktur und Bevölkerungsbewegung (verstanden sowohl als Nativität/Mortalität wie auch als Wanderungsbewegung) ab; auch hier wäre zu fragen, ob das Problem der Nativität, vor

allem bei den Unterschichten, allein aus dem Auf und Ab ökonomischer Lebensbedingungen erklärt werden darf und nicht auch von konfessioneller Sexualmoral und rigoroser Sittenkontrolle des erstarkenden absolutistischen Staates her seine Erklärung findet. Breiter Raum wird dem Problemkreis des Handels eingeräumt, gemäß der Einsicht von der Rolle von Handelsverflechtungen als Vehikel von Krisenphänomenen und -bewußtsein. Auch hier läßt sich das differenzierte Bild, wie es gezeichnet wird, nur mit Mühe in das Korsett von „Widersprüchen“ zwängen. Wohl bestanden gewisse Widersprüche zwischen den Interessen von Staat und Handelskapital, doch wäre zu fragen, ob der absolutistische Staat des 17. Jahrhunderts, der hier gemeint ist, noch zu Recht als Feudalstaat bezeichnet werden kann, fällt doch gerade immer wieder das Bemühen auf, den Verhältnissen des 17. Jahrhunderts eine veränderte Qualität zuzusprechen, um sie aus der Kontinuität mit vorangegangenen Entwicklungen herauszulösen und, im Sinne eines „verschärften Widerspruchs“, ihre Krisenträchtigkeit darzutun. Dem Krieg wird übrigens im Kontext der hier behandelten Aspekte von „Krise“ ein verhältnismäßig hoher Stellenwert eingeräumt, ganz im Gegensatz zu der untergeordneten Rolle, die etwa der Dreißigjährige Krieg in der internationalen Krisendiskussion gespielt hatte.

Der dritte Teil der Studie sucht am Beispiel eines begrenzten Raumes — mit Böhmen, Mähren, Schlesien, den österreichischen Alpenländern, Polen, Bayern, der Oberpfalz, Sachsen, hier in einer etwas eigenwilligen Definition unter dem Begriff „Mitteleuropa“ subsumiert — Elemente der sozialen, wirtschaftlichen und staatlichen Entwicklung unter dem Leitgedanken der „Krise“ zu analysieren. „Spätfeudale Grundherrschaft“, „Rolle des absolutistischen Staates“, „Produktion und Markt“ sowie „Das technische Niveau“ stellen die leitenden Gesichtspunkte der Betrachtung dar. Im Zusammenhang der Grundherrschaft wird vor allem deren Übergreifen in die Sphäre von Produktion und Handel herausgestellt, dies unter Ausnutzung privilegierter Rechtsstellung, aber auch kriegerischer und politischer Konjunkturen. Der absolutistische Staat wird in erster Linie als Zwanganstalt, als sein vornehmliches Interesse die fiskalische Ausbeutung der Untertanen durch Steuern, Zölle und Monopole gesehen, wobei sein Druck vielfach mit dem von den Grundherren ausgeübten parallel gehe — dies trotz in anderen Bereichen (Ständekonflikte!) unterschiedlicher Interessenlage. Erst unter dem Einfluß kameralistischer Ideen beginne er von dieser Linie abzurücken und den Schutz der leibeigenen Adelsuntertanen zu seinem Anliegen zu machen. Ausführlich werden, bei der Behandlung von „Produktion und Markt“, Handelsströme und -modalitäten, Produktions- und Kapitalverhältnisse, sowie die im 17. Jahrhundert eintretenden vielfältigen Wandlungsprozesse analysiert, so im einzelnen Ochs-, Wein- und Salzhandel, Erzeugung und Verschleiß von Tuch und Leinen sowie Gewinnung, Verarbeitung und Vertrieb von Metallen. Betrachtungen über das Wechselverhältnis zwischen der Entwicklung des technischen Niveaus und ökonomisch-sozialen Gegebenheiten (Ausnutzung leibeigener Arbeitskraft!) runden das Bild ab. Im Rahmen der Ausführungen dieses Kapitels kommen, dies sei ausdrücklich vermerkt, auch verschiedentlich konfessionelle und kulturgeschichtliche Momente in das Blickfeld — dies freilich unter dem abwertenden Vorzeichen, daß für Bauten, Mäzenatentum, Prunkentfaltung erhebliche Mittel dem ökonomischen Kreislauf entzogen, gleichsam un-

produktiv eingesetzt würden. Die Verknüpfung zahlreicher Einzelelemente und -strömungen, wie sie hier geleistet wird, verdient uneingeschränkte Anerkennung; das hier entrollte Panorama hat etwas durchaus Imponierendes, der hier eingeschlagene Weg einer Synthese erscheint zweifellos zukunftsfruchtig. Beeinträchtigt wird dieses Bild freilich durch ein fast durchgängiges Raster plakativer Wendungen in Gestalt von Begriffen wie „Ausbeutung“, „parasitäre Methoden“ etc. Der absolutistische Staat und die „Feudalherren“ verfallen diesem Verdikt gleichermaßen — man wird sich in diesem Zusammenhang zu fragen haben, inwieweit es berechtigt ist, den Staat — auch einen solchen, dem ausdrücklich „Klassencharakter“ (S. 143) attestiert wird — auf eine Stufe mit einem adeligen Grundherrn zu stellen.

Das Fazit der vorgelegten Untersuchungen besteht für die Autoren darin, daß die Häufung partieller Krisenphänomene kein Zufall ist, daß man von einer „allgemeinen Krise“, von „der Krise des feudalen Systems als Ganzes“ mit Recht sprechen darf; diese wird in den umfassenderen Kontext einer „absteigenden Phase“ der „Feudalgesellschaft“ (S. 208) eingebettet und als Kennzeichen der „Feudalgesellschaft in Europa“ (ebenda) begriffen. Sie gilt, der ideologischen Position der Autoren entsprechend, letztlich als Folge, die sich aus dem „Widerspruch zwischen der beschleunigten Entwicklung der Produktivkräfte und dem feudalen Charakter der Produktionsverhältnisse“ (S. 203) ergeben hat, oder, wie es an anderer Stelle, am begrenzteren Beispiel der Handelsbeziehungen, in einer dem nicht-marxistischen Betrachter geläufigeren Sprache, expliziert wird, als Antagonismus zwischen einem sich entwickelnden „freien Markt“ und außerökonomischen Kontrollmechanismen. „Krise“ in diesem Sinne ließe sich auch als das Resultat einer durch bürokratische Bevormundung gebremsten Spontanität definieren.

Das von E. und R. Melville sachgerecht übersetzte Buch vermittelt einen guten Einblick in den Diskussionsstand der „Krisen“-Problematik, zeigt darüber hinaus aber auch mögliche Forschungsstrategien auf und stellt seinen Verfassern das Zeugnis ausgebreiteter Detailkenntnisse und eindringender Behandlung der Materie aus. Für ein Werk, das man sich gerade auch in der Hand von Studenten wünscht, wäre es freilich angezeigt gewesen, von seiten des Verlags bzw. der Herausgeber in einer kurzen Einführung Position und Sichtweise der Autoren, die, wie sie ausführen, in erster Linie für ein „tschechisches Fachpublikum“ (S. 7) geschrieben haben, deutlich zu machen.

Köln

Günter Christ

*Günter Wollstein, Das Großdeutschland der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49.*

Droste Verlag, Düsseldorf 1977, 388 S., DM 58,—.

Die Kölner Habilitationsschrift von 1977 greift ein Thema auf, das lange vernachlässigt bzw. als nicht geschichtsrelevant nicht berücksichtigt wurde. Vor dem Hintergrund einer gerade in jüngster Zeit erneut aufgeflammt Diskussion über nationale Identität und Formen nationaler Staatlichkeit, vielfach losgelöst aus ihrem historischen Bezugsrahmen, kann Wollsteins Arbeit manche interessante Einsichten

vermitteln, die am Beispiel der deutschen Frage 1848/49 zeigen können, warum unsere europäischen Nachbarn vom „deutschen Problem“ sprechen und im Grunde an einer Wiederherstellung des deutschen Nationalstaates von 1871, der 1945 auseinandergebrochen ist und für dessen Verfassung die Paulskirche die Basis lieferte, nicht interessiert sind.

Ziel der Untersuchung Wollsteins ist es, „die nationalen Konzeptionen der Repräsentanten der deutschen Nationalbewegung in den Jahren 1848/49, vor allem der Parlamentarier der Paulskirche, in ihrer Entwicklung, in ihrer Vielschichtigkeit und ihren Schwerpunktsetzungen aufzuzeigen und die konkreten Ziele, die angestrebten Konturen eines deutschen Reiches, klar vorzustellen und zu analysieren“ (S. 15), um so zu einer ausgewogenen Gesamtbeurteilung der Revolution von 1848/49 und ihrer kurz- und langfristigen Wirkung beizutragen. Die gewählte Fragestellung bedingte es, daß verschiedene wichtige Aspekte der Revolutionszeit in Deutschland nur am Rande behandelt, oder vollkommen ausgeblendet wurden.

Für seine Studie hat der Verf. erstmals in umfassender Weise Materialien aus einem Archiv benutzt, dessen Bestände von der historischen Forschung bislang viel zu wenig herangezogen und ausgewertet wurden; dies gilt gleichermaßen für die Zeit der Paulskirche wie für die gesamte ‚Lebenszeit‘ des Deutschen Bundes 1815—1866: Das Bundesarchiv mit seiner Außenstelle Frankfurt am Main. Ausgewertet hat Wollstein die dort aufbewahrten zahlreichen Nachlässe und Nachlaßfragmente, die Akten zu Vorparlament und Fünfziger-Ausschuß, die Akten der Reichsministerien (Äußeres, Handel, Finanzen, Marine), die Protokolle des Gesamtreichsministeriums sowie die Papiere verschiedener Ausschüsse. Ergänzt wurde diese Materiallage durch die Korrespondenz von Parlamentsgruppierungen und die Flut von zeitgenössischen Flugschriften, die weit verstreut sind. Für die Benutzbarkeit der Wollsteinschen Arbeit durch den Historiker und den interessierten Laien, für den diese Arbeit im Gegensatz zu manchen anderen Darstellungen der historischen Zunft sprachlich zumutbar ist, wäre es sehr hilfreich gewesen, wenn der Verf. die ausgewerteten Flugschriften nach Bibliotheks- und Archivfundorten und nicht alphabetisch aufgelistet hätte. Hilfreich für die Untersuchung wäre es sicherlich auch gewesen, Material aus anderen Archiven des In- und Auslandes heranzuziehen, u. a. als Ergänzung.

Als Gliederungsprinzip seiner Studie hat Wollstein nationale Einzelprobleme gewählt, die aber nicht unverbunden nebeneinandergestellt werden: Auf die Darstellung der Schleswigproblematik, die für die Erfolgchancen eines konstitutionellen deutschen Reiches 1848/49 von zentraler Bedeutung werden sollte, folgt die Erörterung der Themen Posen, Böhmen, Oberitalien und Limburg. Der Begründung einer deutschen Flotte, die insbesondere Großbritannien, das einer engeren politischen Zusammenfassung Mitteleuropas aufgeschlossen gegenüberstand, irritieren mußte, mit ihrem Bündel von aufgeworfenen Fragen folgt als letztes Großkapitel das über Österreich.

Aus vielfältigen Gründen bedeutete die Schleswigfrage für die Paulskirche das zentrale außenpolitische Einzelproblem. Die Darstellung und Erörterung dieser Frage verdeutlicht das 1848/49 vorhandene Spannungsverhältnis zwischen den Kräften, die eine deutsche Nationalstaatsgründung in Übereinstimmung mit der

Interessenlage der anderen europäischen Staaten anstrebten, und denjenigen, die politisch-territorialen, machtpolitischen Utopien nachjagten. Mit der Entscheidung der Nationalversammlung vom 9. Juni 1848, die Schleswigfrage zu einer Frage der deutschen Nation zu machen, wurde eine Weichenstellung in die letztgenannte Richtung vollzogen. Es zeigte sich hier u. a. ein fataler Trend. Die Paulskirche war nur allzu bereit, „in der Schleswigfrage die nationale Ehre Deutschlands über alles andere zu stellen und die Politik von der Hoffnung auf das Parlament als Mittel der elementaren Machtentfaltung Deutschlands und auf einen Krieg als innenpolitischen Integrationsfaktor bestimmen zu lassen“ (S. 97). Zu Recht bezeichnete daher der Bremer Kaufmann und Reichsminister für Handel und Marine in der provisorischen Reichsgewalt rückblickend „diese Schwärmerei für ganz Schleswig und Holstein ungetrennt“ als „Todesstoß für die deutsche nationale Bewegung“ 1848/49. In der Schleswigfrage waren auch romantisch-irrationale Strömungen im nationalen Denken sichtbar geworden. In der Argumentation für die Zugehörigkeit ganz Schleswigs zu Deutschland berief man sich auf eine verklarte Reichs- und Hansetradition.

Die Posenfrage 1848 eignet sich sehr gut, um den erschreckend schnellen Wandel von einer pro-polnischen Grundstimmung aus der Zeit des „Völkerfrühlings“ ab 1830 zu einer Politik des nationalen, deutschen Egoismus zu demonstrieren, der die deutsche Minderheit bevorzugte. In Posen zunächst favorisierte Ansätze, die durchaus im Sinne der Verwirklichung des Polenprotokolls vom Februar 1815 waren, wurden zurückgedrängt und damit eine Chance für ein friedliches, harmonisches Mit- und Nebeneinander unterschiedlicher ethnischer Gruppen vertan.

Während die beiden ersten politisch-territorialen Komplexe Gebiete betrafen, die außerhalb der alten Bundesgrenzen lagen, traf dies für Oberitalien, Limburg und Böhmen nicht zu. Hier konnte es nur um Besitzstandwahrung gehen. Das Gegensatzbewußtsein war hier nicht so stark entwickelt und emotionalisiert worden. Die Bereitschaft zum Ausgleich der Nationalitäten überwog, und nur von extremen Gruppen wurde einer Germanisierung der nichtdeutschen Bevölkerung das Wort geredet. In der Frankfurter Nationalversammlung wurde davon ausgegangen, daß diese Gebiete zum Deutschen Reich gehören würden, so daß bei der Mehrzahl der Abgeordneten die Bereitschaft zu einer toleranten Minderheitenpolitik überwog.

Eine Politik des Ausgleichs zwischen den Nationalitäten bot sich vor allem in Böhmen an, wo die staatliche Selbständigkeit schon lange zurück lag und sich bei der Bevölkerung, unabhängig von der ethnischen Zuordnung, ein gesamtböhmischer Patriotismus entwickelt hatte, zumal gerade diese Faktoren den schlagartigen Ausbruch von Feindseligkeiten verhindern konnten. Dennoch wurde auch in Böhmen schließlich die Wendung vom „Völkerfrühling“ zum elementaren Konflikt ebenso scharf vollzogen wie in Posen. Ausgangspunkt waren die wachsenden Spannungen zwischen dem deutschen Parlament in Frankfurt und dem in Prag tagenden Slawenkongreß. Sehr bald wurden die Begriffe „Frankfurt“ und „Panslawismus“ zu Chiffren im politischen Kampf, die wechselseitig Bedrohung oder Hoffnung versprachen. Sie wurden „zum Symbol für die Einigung und Machtzusammenballung der deutschen oder germanischen beziehungsweise der slawischen Völker“ (S. 319). Für die Paulskirche bedeuteten Slawenkongreß und Palackýs slawische Legende, wie es Karl Bosl formuliert hat, keine ernst zu nehmende konkurrierende Kraft.

Die Furcht vor einer antiliberalen, russisch geführten panslawistischen Allianz schuf in Frankfurt ein emotionales Klima, das in Böhmen einem deutsch-tschechischen Ausgleich immer weniger Erfolgsaussichten beließ. Verschiedene Abgeordnete bezeichneten die Slawen als Feinde Deutschlands, nannten Böhmen den „slawischen Keil in der deutschen Eiche“ und ermutigten Radikale wie Kerst und Jordan, offen für eine Germanisierung fremder Volksteile zu plädieren. Der gemäßigten Haltung der böhmischen Abgeordneten in der Paulskirche und den gesamtpolitischen Konstellationen war es zu verdanken, daß für Böhmen ein großzügiger Minderheitenschutz proklamiert wurde und auftretende Konfliktsituationen durch eine Politik der „aufklärend-pädagogischen Schritte“ entschärft werden sollten. Dennoch hinterließen hier wie auch in den anderen Konfliktregionen nationale Überheblichkeit und machtpolitische Ambitionen der Deutschen tiefe Spuren im historischen Bewußtsein der betroffenen Völker.

Das Österreichkapitel bringt bereits ein erstes Resümee der nationalen Leitvorstellungen und Einzelfragen. Dabei hebt Wollstein insbesondere hervor, daß die Konzeption der kleindeutschen Lösung der nationalen Frage der Deutschen in den Verfassungsdiskussionen des Oktober 1848 keine Rolle spielte und auch später lediglich als Teilprogramm für die politisch-territoriale Struktur Deutschlands galt. Die Debatten um die Lösung des „Österreichproblems“ gleichzeitig mit der deutschen Staatsgründung führten mit „einiger Zwangsläufigkeit zur Entwicklung einer Anzahl von Modellen, deren Realisierung Deutschland zu einer klar hegemonialen Stellung verholfen und den nationalen Charakter des Reiches deutlich gesprengt hätte“ (S. 330). Es ist die Rede von Kolonialplänen in Südosteuropa, deutschen Stützpunkten im Schwarzen Meer, Annexionen an der Adria, einem von Deutschland geführten „organischen Verband“ germanischer Staaten, einem Völkerbund mit deutschem Kern. Von Bedeutung wurde vor allem der Plan eines deutschen Mitteleuropa — wobei, wie im Falle Deutschland, auch hier der Begriff nicht klar durch einen geographischen Raum definiert wird —, das bereits als „Großdeutschland“ bezeichnet wird „und dessen Kraft — bei unterschiedlicher Schwerpunktsetzung — auf seiner territorialen Basis sowie der Wahrnehmung seiner Interessen im Westen, im Nordosten, im Südosten, am Mittelmeer und in Übersee beruhen sollte“. Es klingen hier in den Diskussionen Töne und Gedanken an, die im Verlauf der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts in unterschiedlichen historischen Situationen und Konstellationen wiederkehren sollten. Allerdings wäre es problematisch, hier durchgängige Kontinuitätslinien von der Paulskirche über das wilhelminische Deutschland und die Weimarer Republik zum nationalsozialistischen Deutschland zu ziehen. Hier ist Wollstein auch vorsichtig.

Es ist das Verdienst der Arbeit Wollsteins, gezeigt zu haben, welche national- und territorialpolitischen Vorstellungen im breiten Spektrum der deutschen Nationalbewegung vorherrschten. Er stützt damit die These, daß auch 1848 eine „Radikallösung“ für Europa geworden wäre. Damit wird das Interesse auf Alternativlösungen für die deutsche Frage im 19. Jahrhundert gelenkt und somit auf ein weithin unbeackertes Feld für die historische Forschung.

*Brigitte Hamann, Elisabeth. Kaiserin wider Willen.*

Amalthea Verlag, Wien-München 1982, 619 S., DM 44,—.

Über die Kaiserin Elisabeth liegen bereits umfassende Lebensbilder vor, man denke an die Arbeiten J. Haslips oder E. Conte Cortis. Was die Biographie Hamanns besonders lesenswert macht, ist neben der sehr anschaulichen und lebensvollen Darstellung die breite archivalische Basis, auf der das Buch aufgebaut ist. Die Verfasserin, durch ihre Forschungen über Kronprinz Rudolf bekannt, konnte, was besonders hervorgehoben werden muß, den literarischen Nachlaß der Kaiserin, der in der Schweiz deponiert ist und gesperrt war, erstmalig benützen und damit die Persönlichkeit der kapriziösen Gemahlin Franz Josephs aus Selbstzeugnissen besser erfassen. Zur „Kaiserin wider Willen“ wird man sie aber nicht rundweg erklären können, trotz ihrer Aversionen gegenüber dem Wiener Hof und der herrschenden Hofkamarilla. Sie hat doch an den vielen Repräsentationspflichten ihres Gemahls nicht nur nolens volens Anteil gehabt und erfreute sich nicht bloß in Ungarn einer weitverbreiteten Beliebtheit. Sicherlich hat die Kaiserin, als in den achtziger Jahren der Zerfall der Monarchie zu befürchten war und als dann das schreckliche Ende des Kronprinzen die Hoffnungen auf eine Lösung der innenpolitischen Krisen zerstörte, auch den Glauben an den Fortbestand von Reich und Dynastie verloren. Seit Jahren war sie ihren privaten Neigungen nachgegangen, politischen Einfluß nahm sie nur selten; eigentlich besaßen, wie durch Briefwechsel aus ihrer Umgebung bewiesen wird, lediglich die ungarischen Politiker um Andrassy ihre Sympathien. Ihre Stellungnahme zugunsten des Ausgleichs von 1867 half dem Kaiser bei der Beilegung des alten Konflikts mit der ungarischen Revolutionspartei von 1848 und begründete ihre große Popularität als Königin von Ungarn. Nach dem Tode ihres Sohnes zog sie sich noch mehr als bisher aus dem Hof- und Familienleben zurück, ohne sich noch viel um ihre Aufgaben zu kümmern.

Ihre Versuche auf dem Gebiete der Dichtkunst (unveröffentlicht aus dem Nachlaß) reichten kaum über Mittelmäßigkeit hinaus, ihre Vorliebe für Reitkunst und Sport erinnert an die Extravaganzen der herzoglichen Familie des Hauses Wittelsbach. Hamann bezeichnet sie mit Recht als insgeheime Republikanerin. Charakteristisch für sie ist, daß sie einen großen Teil ihres Vermögens im Ausland anlegte. Man könnte hinzufügen, auch Franz Joseph selbst habe nicht mehr an den Fortbestand des Reiches geglaubt und seinerseits ähnliche Verfügungen treffen wollen. Trotzdem hielt der Kaiser im Gegensatz zu seiner Gemahlin in gewohnter Pflichterfüllung aus. — Leider vermißt man in dem Anhang ein ausführliches Literaturverzeichnis.

*Eugenie Trützschler von Falkenstein, Der Kampf der Tschechen um die historischen Rechte der böhmischen Krone im Spiegel der Presse 1861—1879.*

Verlag Otto Harrassowitz, Wiesbaden 1982, 237 S.

Die Forderung nach Anerkennung und Beachtung der verfassungsrechtlichen Eigenständigkeit der böhmischen Länder, vornehmlich des Königreichs Böhmen selbst, war lange Zeit die wichtigste Einzelheit im tschechischen Nationalprogramm. Dieser Anspruch, der mit dem Weitergelten des vorhabsburgischen böhmischen Staatsrechts begründet wurde, blieb letztlich unerfüllt, obwohl sich die Tschechen sogar auf das Vorbild des dualistischen Ausgleichs von 1867 berufen haben: die damals festgelegte innenpolitische Unabhängigkeit Ungarns, die eben aus dem unverändert fortbestehenden Staatsrecht dieses Königreichs abgeleitet wurde, bedeutete auch einen nationalen Vorteil für die Madjaren. Daß die analogen Bemühungen im böhmischen Fall zugunsten der Tschechen keinen Erfolg hatten, ist darauf zurückzuführen, daß die Länder der St.-Wenzels-Krone als Teil von Mitteleuropa und wegen ihrer Zugehörigkeit zum Deutschen Reich und später zum Deutschen Bund viel fester in den von den Deutschen bestimmten habsburgischen Herrschaftsbereich integriert waren als Ungarn am geopolitischen Rand des Kontinents, für das es überdies wegen der fortdauernden Bedrohung durch das Osmanische Reich für mehrere Jahrhunderte im Süden und Osten nicht einmal eindeutige Grenzen gab. Durch die Verwirklichung des tschechischen Nationalpostulats vom böhmischen Staatsrecht wäre aber nicht nur die Verbindung eines politisch wie wirtschaftlich gleich bedeutenden Teils der Donaumonarchie mit dem Gesamtstaat gelockert worden, sondern auch der Zusammenhang der Deutschen in den böhmischen Ländern mit ihren Nationsgenossen in deren nichtböhmischem Siedlungsgebiet gefährdet gewesen: sie wären aus einer bloß statistischen zu einer staatsrechtlichen Minderheit geworden.

Die Tschechen haben vor allem in den ersten beiden Jahrzehnten nach der Einführung des Konstitutionalismus in Österreich (1859/61) wiederholt versucht, durch die Wiederbelebung der historischen Rechte Böhmens ein wirkungsvolles nationales Instrument zu gewinnen. Welche Rolle die Auseinandersetzung um das böhmische Staatsrecht in der tschechischen und deutschen Tagespublizistik gespielt hat, wird in der hier anzuzeigenden Münchner Dissertation untersucht, in der allerdings weder der akademische Lehrer, der sie angeregt und betreut hat, noch die approbierende Fakultät genannt werden.

Die von T. gewählte Quellenbasis ist hinreichend breit: neben den führenden tschechischen und deutschen Zeitungen aus Böhmen („Národní listy“, „Politik“, „Tagesbote aus Böhmen“, „Bohemia“) wurden auch einige deutsche Zeitungen ausgewertet, die außerhalb der böhmischen Länder erschienen sind: „Die Presse“ (Wien), „Allgemeine Zeitung“ (Augsburg) und „Kreuzzeitung“ (Berlin). Die Einleitung enthält die wichtigsten publizitätshistorischen Angaben: Auflagenhöhe und (national)politische Richtung des Blattes sowie Biographisches über Herausgeber und Mitarbeiter.

Nach einem knappen, aber zutreffenden Bericht über die Anfänge der tschechischen Nationalbewegung wird für die sechziger und siebziger Jahre durch wörtliche

Zitate oder in zusammenfassender Wiedergabe präzise und ausführlich vorgestellt, wie die großen Linien und die vielen jeweils nur für den Tag bedeutsamen Einzelheiten der tschechischen Nationalpolitik sowie der Reaktionen auf deutscher Seite und auf Seiten der im Prinzip nationalen Institutionen des Staates in diesen Zeitungen kommentierend begleitet wurden. Dabei wird den großen Zäsuren in der damaligen Entwicklung des Nationalitätenproblems in den böhmischen Ländern besondere Aufmerksamkeit zugewendet: Austritt der tschechischen Reichsratsabgeordneten aus dem Zentralparlament (1863), Böhmisches Deklarationsgesetz (1868), Ausgleichsverhandlungen (1870/71), Fundamentalartikel (1871), Spannungen zwischen Alt- und Jungtschechen, Rückkehr der Tschechen in den Reichsrat (1879). Im Schlußwort werden die Ergebnisse der Studie in den übergreifenden Zusammenhang des altösterreichischen Nationalitätenproblems und im besonderen in den der Geschichte der böhmischen Länder eingeordnet.

An diesen Ergebnissen ist dreierlei wichtig, was unseren Kenntnisstand bestätigt, vertieft oder erweitert. Einmal wissen wir jetzt, wie sehr nicht allein in den großen Denkschriften und Parlamentsdebatten der Zeit, sondern gerade auch in der nationalpolitischen Kleinarbeit Tag für Tag das Argumentieren aus der Geschichte dominierend gewesen ist. Es fällt auf, daß zu dem Zeitpunkt, an dem durch die innenpolitische Liberalisierung in Österreich eine offene publizistische Diskussion möglich geworden ist, das tschechische, eben historisch geprägte Nationalbewußtsein offensichtlich schon eine solche Mächtigkeit entwickelt hat, daß dieses Instrumentalisieren der Geschichte in nationaler Absicht den Tschechen bereits sehr vertraut war, denn es mußte nicht mehr gerechtfertigt oder erläutert werden. Den Deutschen, die hier wie auch sonst in der Habsburgermonarchie von Wesen und Richtung solcher nationaler Tendenzen überrascht wurden, blieb nichts anderes übrig, als auf die Veränderungen im Staatsrecht zu verweisen, die durch die neuen, aus der Machtvollkommenheit des Herrschers erlassenen Grundgesetze bewirkt worden waren, und damit die Gültigkeit des böhmischen Staatsrechts zu bestreiten. Gegenüber dem lange Zeit einmütigen und unter Beachtung von stets neuen Aspekten vertretenen tschechischen Programm wurde aber dieser deutsche Einspruch auch durch seine ständige Wiederholung nicht überzeugender. Wer diese böhmische Auseinandersetzung nicht isoliert sehen, sondern in parallelisierende Beziehung zu analogen Erscheinungen in anderen nationalen Konflikten setzen will, wird bei der Lektüre der hier mitgeteilten Quellenauszüge an das Argumentationsschema in der nationalpolitischen Diskussion zwischen den historischen Ansprüchen der Deutschen in Schleswig-Holstein und den auf moderneren staatsrechtlichen Vorstellungen beruhenden Einwänden der Dänen erinnert.

Die zweite interessante Einzelheit ist der Nachweis, daß in dem hier untersuchten Zusammenhang die Bedeutung der Zeitungen nicht so sehr im Ankündigen und Erläutern des nationalen Programms lag als vielmehr in ihrem instrumentalen Einsatz für die Sache des eigenen Volkes: die tagespolitische Information war immer auch ein nationaler Appell. Vergleicht man dies mit der soeben erwähnten, bereits selbstverständlich gewordenen historischen Fundierung der tschechischen Politik, so zeigt sich deutlich, wie erfolgreich die nationalpädagogischen Bemühungen der Tschechen gewesen sind. Drittens schließlich ist die Beobachtung bemerkenswert, daß die aus-

gewerteten nichtösterreichischen Zeitungen häufig mit mehr Verständnis für die tschechischen Forderungen und Ansprüche über das böhmische Problem berichtet haben, als dies bei den deutschen Blättern in der Habsburgermonarchie der Fall war. Ein solcher Hinweis ist um so wichtiger, als wir bis heute nicht wissen, wie die Deutschen außerhalb des Kaiserstaates auf die Entfaltung des habsburgischen Nationalitätenproblems reagiert haben. Es wäre sehr lohnend, hier weiterzuforschen.

Irrtümer und Druckfehler erschweren leider die Lektüre in ärgerlicher Weise. So war die dritte Kurie des Landtags nicht ständisch, sondern städtisch (S. 32), für Böhmen war die Wiener „Presse“ keine ausländische Zeitung (S. 43), Schmerling ist niemals Graf gewesen (S. 132), Polen und Slovenien waren keine Länder, die durch Abgeordnete in irgendeinem habsburgischen Parlament vertreten gewesen wären (S. 41), und so wie es im Jahr 1865 kein Deutsches Reich gegeben hat (S. 223), so gab es ein Jahr später auch keine Krise und keinen Krieg zwischen Deutschland und Österreich (S. 58, 92), und im Juli 1870 hat Frankreich nicht Deutschland, sondern Preußen den Krieg erklärt (S. 117). Fürst Jabkowitz (S. 199, 236) heißt in Wirklichkeit Lobkowitz, die Bicarzialbezirke aus der böhmischen Landtagswahlordnung von 1848 waren in Wirklichkeit die — kirchlichen — Vikariatsbezirke (S. 107), und für eine Arbeit, die sich mit der böhmischen Geschichte beschäftigt, ist die Behauptung besonders schlimm, das Symbol Böhmens sei eine St.-Veits-Krone (S. 54; richtig aber — St.-Wenzels-Krone —: S. 112, 125). Für sich genommen sind das und ähnliches Schnitzer, ihre große Zahl aber zeigt, daß das Manuskript wenig sorgfältig geschrieben und die Korrekturen wenig aufmerksam gelesen wurden. Es besteht deshalb die Gefahr, daß der Leser mißtrauisch wird und auch sonst den Inhalt des Buches nur mit Vorsicht zur Kenntnis nimmt.

Köln

Peter Burian

*Paul Roubiczek, Über den Abgrund. Aufzeichnungen 1939/40. Herausgegeben von Jörg-Ulrich Fechner, mit einem Vorwort von Werner Heisenberg.*

Verlag Fritz Molden, Wien-München-Zürich-Innsbruck 1978.

*Paul Roubiczek, Across the Abyss. Translated by George Bird, with an Introduction by Erich Heller.*

Cambridge University Press, Cambridge-London-New York 1982, 325 S., £ 15,—.

Paul Anton Roubiczek wurde 1898 in Prag geboren. Der einzige Sohn wohlhabender jüdischer Eltern ging als Einjährig-Freiwilliger in den Krieg und erlebte die Isonzo-Schlachten. Das Kriegserlebnis bestimmte ihn später zu einem Philosophiestudium. Er lebte in Berlin, als sein erstes Buch, *Der mißbrauchte Mensch*, 1933 der nationalsozialistischen Zensur zum Opfer fiel. Seitdem in Paris, gründete er den Verlag „Europäischer Merkur“, in dem neben seinem eigenen Erstlingswerk Bücher von Heinrich Mann, Franz Mehring, Peter de Mendelssohn, Lion Feuchtwanger, Louis Golding und Ernst Glaeser erschienen, teils in Frankreich, teils in der Tschechoslowakei gedruckt und dem Kampf gegen den Nationalsozialismus gewidmet. 1935

in Wien in leitender Stellung im Zeitbild-Verlag, floh er drei Jahre später vor Hitlers Einmarsch nach Prag und konnte im Juli 1939 nach Cambridge emigrieren. Dort wirkte er bis 1965. Seinen Lebensabend verbrachte er in Gmund am Tegernsee, wo er 1972 verstarb. In englischer Sprache erschien dann auch eine Reihe von Büchern: Eine Hus-Biographie, Thinking in Opposites, The Misinterpretation of Man, Existentialism for and against, Ethical Values in the Age of Science, die Übersetzungen ins Französische, Spanische, Dänische, Schwedische, Norwegische und auch ins Hindi erfuhren. Deutsch ist bisher nur sein „Denken in Gegensätzen“ (Frankfurt 1961) und eben das vorliegende Tagebuch des ersten Kriegsjahres zu lesen.

Roubiczeks Kriegstagebuch ist eine Quelle von eigenartigem Reiz und besonderem Wert. Von eigenartigem Reiz, weil hier der Denker in Gegensätzen sich um das Verständnis der politischen Lage und seiner eigenen Position darin bemüht. Reift doch während dieses Kriegstagebuches der unmittelbare Entschluß für die folgende philosophische Arbeit. Und es geht dabei um Gesellschaftsphilosophie. So wird man nicht verwundert sein, daß Roubiczek den Kriegsbeginn als kritischer Gesellschaftsphilosoph kommentiert: „Die Nazis hätten die restlichen Marxisten ruhig hinrichten, sie hätten die Juden an Spießern braten, sie hätten sogar die Tschechen annektieren können — wenn sie sich außenpolitisch gemäßigt hätten, wenn sie hätten glaubhaft machen können, daß sie jetzt endlich Ruhe geben würden, so hätte man sich gerne mit ihnen geeinigt und ihnen vielleicht noch Kolonien nachgeschmissen. Der Krieg ist nicht entstanden, weil die Gerechtigkeit mit Füßen getreten wird, weil die abendländische Kultur im Herzen Europas vernichtet wird; er ist nicht entstanden, weil das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzt wird — er ist nur der Kampf gegen den Versuch, die Hegemonie über Europa zu erringen und die Weltherrschaft . . .“ Der Krieg: Der jüdische Emigrant aus Berlin überlegt in seinem Londoner Asyl, noch kaum gesichert in seiner persönlichen Existenz, was dieser Krieg zu bedeuten habe. Denn nun, da er ausbrach, wird er zweifellos doch auch als Kampf für Gerechtigkeit „mehr als ein bloßer Vorwand“ sein. Und er sieht richtig, daß es darüber erst noch zu einer großen Probe kommen muß, wenn die ersten Engländer gefallen sind, wenn Frankreich nicht standhält (am 3. September 1939!), wenn die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion um die Vorherrschaft dieser oder einer künftig zu ordnenden Welt beginnt. „Wenn Rußland den Krieg im Osten gewonnen hat — bedeutet das nicht auch, daß England ihn im Osten verloren hat? Und gerade wenn Rußland versteht, weiter der lachende Dritte zu bleiben — drohen dann nicht weitere und viel schwerer wiegende Siege Rußlands?“ (3. Oktober 1939).

Aber worum geht dieser Krieg letzten Endes? Was manifestiert das christliche Abendland, wie es gerade da, auch nach Roubiczeks Zeugnis, im England der ersten Kriegstage immer wieder beschworen wurde? Das Problem sieht Roubiczek zunächst einmal, am selben dritten Oktober 1939, auf außenpolitischem Feld: „... falls Deutschland niedergeworfen wird, wird Rußland dafür umso größere deutsche Gebiete verlangen. Damit sind wir in allen unlösbaren Problemen der Nachkriegszeit wieder mittendrin, mitten im Selbstbestimmungsrecht der Völker, mitten im Nationalismus, der nur zerstören, aber nicht aufbauen kann. Gewiß: zur Freiheit

des Menschen gehört auch die Freiheit seines Volkes. Also haben die Tschechen ein Recht auf einen eigenen Staat. Wenn dieser Staat lebensfähig sein soll, muß er die Gebiete des alten Böhmen erhalten. Auf diesem Gebiet aber wohnen Deutsche, die nicht unter die tschechische Herrschaft kommen wollen, und man muß auch ihnen das Selbstbestimmungsrecht einräumen — wie aber läßt sich dieses Selbstbestimmungsrecht mit dem der Tschechen in Einklang bringen? Es läßt sich nicht in Einklang bringen, solange nicht neue, aufbauende Ideen für das Zusammenleben der Völker gefunden sind, die den Nationalismus überwinden! Hat England solche Ideen — hat es auch nur eine klare Vorstellung davon, wie der Friede, den es erkämpfen will, aussehen soll?“

Man kann ein Buch nicht in einer Rezension zitieren. Aber man ist, als Leser dieser von Tag zu Tag aufregenderen Lektüre, in der größten Versuchung dazu. Und da hinein, in außenpolitische Betrachtungen von einem Scharfsinn, den wahrscheinlich kaum die führenden Politiker jener Tage besaßen, muß Paul Roubiczek seine eigenen Fragen mengen, muß er sich überlegen, ob er, der 42jährige, sich in diesem Krieg freiwillig melden soll, in der schmerzlichen Erkenntnis, daß dieser Krieg zunächst einmal mehr Berechtigung hat, weil er gegen etwas, und weit weniger, weil er für etwas geführt wird.

Er entscheidet sich, ohne Rücksicht darauf, daß er kaum mehr als Soldat Verwendung fände, für die Philosophie; für die Mitarbeit an einer neuen Idee, damit die Kriegszeit des Westens mit Inhalt gefüllt würde. Aus dieser Idee sind ein halbes Dutzend Bücher geworden, aber man mag mit dem Autor darüber resignieren, welcher Erfolg ihnen beschieden war. Nun hat freilich unser emigrierter Philosoph in den 350 ersten Tagen des letzten Krieges weit größere Niederlagen miterlebt, mitgedacht, mitkommentiert: „Die Deutschen sind in Paris einmarschiert. Kann man diesen Gedanken noch ertragen? Die marschieren und marschieren, hinein in die Hauptstädte Europas, nach Wien und nach Prag, nach Warschau und Kopenhagen, nach Oslo, Amsterdam und Brüssel — und nun sind sie in Paris . . . Denn das Schreckliche ist doch, wie diese westliche Welt einfach zusammenbricht, wie gar kein Widerstand mehr möglich scheint . . . Zwei Tage in London: Stärker hat man dort den Eindruck einer sterbenden Welt . . .“ (14./15. Juni 1940). Und drei Tage später: „Heute wurde auch bekanntgegeben, daß England Frankreich den Vorschlag gemacht hat, die beiden Länder in eins zu verschmelzen, um dem gemeinsamen Kampf die letzte Kraft und innere Sicherheit zu verleihen. Ist es nicht schrecklich, daß alles Gute, das geschieht, zu spät geschieht?“ 26. Juni: „An einzelnen Menschen zweifle ich nicht, sie haben eine ganz andere Sicherheit, als in Deutschland möglich war — aber die Macht ist auch in den Demokratien eine merkwürdige Sache!“

Der kluge Kommentator, der grübelnde, mit seinen politischen Einsichten, aber auch mit seinem Willen zum christlichen Leben ringende Paul Roubiczek verläßt uns am ersten Jahrestag des Kriegsbeginns mit Gedanken über Kirche und Christentum. Die „Luftschlacht um England“ ist zu dieser Zeit eigentlich schon geschlagen — gewonnen von der englischen Defensive. Er weiß es nicht. Aber er hat es mit ein paar klugen Bemerkungen eigentlich schon festgehalten. Sein Trost nach den ersten aufrüttelnden Erfolgen der Armeen Hitlers ist gerade dieses englische Stand-

halten und die Vorstellung, daß alles doch noch nicht entschieden ist. Und so kehrt er mit den letzten Zeilen zurück zu der Frage nach der Bedeutung des Christentums für unsere Kultur, für die Kirche, in jeder Form, für die persönliche Ethik. Auch wenn, das meditiert er nach einem englisch-deutschen Gottesdienst an jenem 1. September 1940, die Kirche in vielfacher Form starre Regeln anbietet statt der lebendigen Wahrheit des Christentums, sie scheint ihm unentbehrlich: „Heute gilt es zu retten, was von der europäischen Kultur noch zu retten ist, damit eine Grundlage für den Neubau übrigbleibt. Das Christentum ist eine, vielleicht die wichtigste dieser Grundlagen — auch die Kirche kann es bewahren helfen, wenn man sich in ihr bewußt bleibt (und so vielen wie möglich bewußt macht), was Christentum im Gegensatz zur Kirche wirklich bedeutet.“

Diese Worte müßten nicht schon am 1. September 1940 geschrieben sein. Vieles andere dazu: der beklagte Mangel an einer Idee des Westens, den Roubiczek im ersten Kriegsjahr aussprach, hat uns inzwischen in Jahrzehnten im Streit der Parteien nicht verlassen; die Notwendigkeit eines europäischen Zusammenschlusses ist in unübersichtlichen Formalitäten versandet, immer wieder durchkreuzt von wirtschaftsorientiertem Nationalegoismus. Die Hoffnung auf den Bestand in der Fragilität angesichts einer totalitären Bedrohung, wie sie Paul Roubiczek sich schließlich abrang, sollte nicht als Trost erscheinen. Sie muß als Devise gelten.

Bochum

Ferdinand Seibt

*Václav Černý, Paměti [Erinnerungen].*

Sixty-Eight Publishers Corporation, Toronto 1982, 483 S.

Was F. X. Šalda als Praeceptor der tschechischen Literatur bis in die ersten dreißiger Jahre war, das wurde in der Folge der tschechische Bohemist und Professor für vergleichende Literatur an der Karlsuniversität, Václav Černý, durch seine tiefen Kenntnisse der tschechischen philosophischen, politischen und literarischen Szene, seine eigene literarische Tätigkeit, seine präzisen Analysen und seine kritischen Urteile.

Černý läßt im ersten Kapitel seines Buches „Erinnerungen“ die Eindrücke und Erlebnisse von seinem Aufenthalt in Dijon Revue passieren. Der im Jahre 1905 in Nordostböhmen geborene Autor kam bereits mit 16 Jahren als überdurchschnittlich begabter Gymnasiast mit weiteren 19 Mittelschülern auf Einladung der französischen Regierung in ein Internat nach Dijon. Hier wurde das Fundament für sein überbetontes frankophiles Verhalten, für seinen „vive-la-France-Enthusiasmus“ gelegt. Seine zweite geistige Bindung fand der junge Idealist in der Person von Masaryk. Wenn er sich auch in unwesentlichen Dingen zu Masaryk negativ äußert, für ihn bleibt der Mann vom Hradschin Symbolfigur aller humanistischen Tugenden und Vater eines demokratischen Staatswesens.

Eingehend berichtet Černý, der seine Muttersprache meisterhaft beherrscht, in den weiteren Kapiteln über seine Studienzeit an der Prager Universität, seine ersten literarischen Schritte und seine Tätigkeit als Übersetzer. Besonders ausführlich geht

er dabei auf die verschiedenen literarischen Strömungen und die Personen ein, die die Intellektuellen-Szene bestimmten. Černý unterlag, wie ein Großteil der jungen tschechischen Intelligenz jener Zeit, einer politischen Sinnestäuschung, indem er als Humanist nationalistischer Prägung glaubte, daß durch den Kommunismus die ideale Weltordnung geschaffen werden könnte.

In den Jahren seiner Tätigkeit in der Heimat, ob als Redakteur der literarischen Zeitschrift „Host“ (1929), der Zeitung „Lidové noviny“ (1938), des Monatsblattes „Kritický měsíčník“ (1945—1948) oder in vielen anderen Schriften, immer vertrat er seine kritischen Anschauungen, aber auch immer auf höchstem Niveau.

Man mag distanziert zu Černýs nationalistischem Schwelgen oder zu seiner mangelnden Objektivität stehen, wenn er über die Deutschen in Böhmen schreibt, als tschechischer Literat ist er eine Größe, wie sie ihresgleichen in der heutigen Generation kaum noch zu finden sein dürfte.

Das vorliegende Werk ist ein hochinteressantes Zeugnis über die tschechische Literatur und die gesamte kulturpolitische Bühne der zwanziger und dreißiger Jahre. Es ist zugleich eine Gesellschaftsgeschichte, in der der Autor alle sozialen Spannungen und Konflikte, die die Erste Republik bewegten, aufzeigt.

Černý, der zu den führenden nichtkommunistischen Intellektuellen zählt, führt mit diesem Band seine „Erinnerungen“ bis zum Jahre 1938 (über die Jahre der Okkupation hat er bereits 1977 berichtet). Es darf erwartet werden, daß auch der Band über die Nachkriegszeit eine solche Fülle kultur- und gesellschaftspolitischer Informationen enthalten wird.

Mönchengladbach

Rudolf M. Wlaschek

Die weiteren Bände werden hier demnächst besprochen. Die Schriftleitung.

*Edward Taboraky, President Edvard Beneš Between East and West 1938—1948.*

Hoover Institution Press, Stanford/California. 1981, 299 S., \$ 19.—.

Die Zahl der Publikationen über Edvard Beneš ist Legion. Selten hat ein zeitgenössischer Politiker schon zu Lebzeiten eine solche Fülle hagiographischer Lobpreisungen und vernichtender Verdammungsurteile ausgelöst wie der tschechoslowakische Präsident; auch heute noch, 35 Jahre nach seinem Tod, halten sich in der Historiographie in Ost und West unbeschadet unterschiedlicher ideologischer Ausgangspositionen die zustimmenden und die ablehnend-kritischen Stimmen in etwa die Waage. Eine wissenschaftlich überzeugende, der Persönlichkeit und dem Politiker Beneš gleichermaßen gerecht werdende Würdigung steht bis heute aus — nicht zuletzt deshalb, weil der Zugang zu den in den tschechoslowakischen Archiven lagernden Materialien versperrt bleibt. Der langjährige Außenminister (1918—1935) und zweite Präsident (1935—1938/39—1948) hat selbst dazu beigetragen, seine politischen Aktionen zu verschleiern und je nach Opportunität zu interpretieren: So gibt es allein vier unterschiedliche Fassungen seiner Darstellung der zum

Münchener Abkommen von 1938 führenden Ereignisse, deren letzte schließlich als *Mnichovské dny* 1968 in Prag publiziert wurde. Sein stets loyaler Kabinettschef Jaromír Smutný hat sich deshalb veranlaßt gesehen, Beneš als einen „herausragenden Taktiker und Strategen, den größten Macchiavelli der Gegenwart“ zu bezeichnen, dem es nicht gegeben war, bei anderen Vertrauen zu erwecken, und dessen „Charakter alles Menschliche abgeht“ — „Er ist eine Maschine zum Denken und Arbeiten, ohne menschliche Gefühle, aber mit menschlichen Schwächen“. Der dem Präsidenten persönlich sehr nahestehende britische Diplomat Sir Robert Bruce Lockhart, der Beneš bereits sehr früh eine äußerst anerkennende Biographie gewidmet hat, konnte sich der bitteren Einsicht nicht entziehen, daß dieser „ohne einen wirklichen Freund in der Welt dastand“.

Edward Taborsky bringt die besten Voraussetzungen mit, Benešs nicht unumstrittene politische Aktionen im zweiten Exil und nach der Wiedererrichtung der ČSR zu erläutern, denn er wirkte von 1939 bis 1945 als enger Mitarbeiter des Präsidenten, so vor allem als sein Berater in Rechtsangelegenheiten; danach war er bis 1948 als Botschafter in Stockholm akkreditiert. In mehreren Aufsätzen, die zwischen 1949 und 1978 in den Zeitschriften *Foreign Affairs*, *Journal of Central European Affairs* und *Svědectví* erschienen sind, hat er bereits wichtige Aspekte von Benešs politischem Handeln dargestellt und in seinem Erinnerungsband *Prezidentův sekretář vypovídá* (Der Sekretär des Präsidenten sagt aus, Zürich 1978) auch sein persönliches Verhältnis zu seinem Chef offengelegt. Seine hier zu besprechende Studie ist praktisch eine Zusammenfassung und teilweise eine Neubewertung seiner früheren Aussagen, die sich in manchen Passagen (z. B. im Kapitel „Beneš and Stalin“ oder „From Triumph to Disaster“) als fast wortidentische Übernahmen aus seinen Zeitschriftenbeiträgen erweisen. Dennoch ist dieses neue Beneš-Buch eine wichtige Publikation, die Aufschlüsse über den Menschen Beneš, über seine politischen und ideologischen Vorstellungen, über seine Einschätzung der weltpolitischen Vorgänge während des Zweiten Weltkriegs und über das Urteil des Präsidenten über die Staatsmänner und Militärs vermittelt, mit denen er sich auseinanderzusetzen hatte.

Taborsky, der lange an der University of Texas in Austin Politische Wissenschaft gelehrt und respektable Publikationen (u. a. *Communism in Czechoslovakia, 1948—1960*. Princeton/N. J. 1961) vorgelegt hat, tritt Beneš mit unverhüllter Sympathie entgegen und ist sichtlich bemüht, das tragische Scheitern des Präsidenten mit großem Verständnis und mit Nachsicht zu schildern. Dennoch besaß er genügend kritische Distanz und wissenschaftliche Redlichkeit, um Benešs menschliche Schwächen und politische Fehleinschätzungen nicht zu verschweigen sowie die Auswirkungen von dessen übergroßem Optimismus, dem grenzenlosen Selbstvertrauen und der Eitelkeit, der Anfälligkeit für Schmeicheleien und dem mangelnden Beharrungsvermögen in Stresssituationen auf die schwer nachvollziehbaren Beschlüsse des Präsidenten offenzulegen. Deshalb auch gehören das Eingangskapitel „The Man, the Diplomat, the Statesman“ (S. 1—29) und die abwägend-kluge Schlußbeurteilung „Beneš: An Assessment“ (S. 245—254) zu den eindrucksvollsten Passagen, die ich bisher über Beneš gelesen habe. Auch wenn gewisse alibistische Tendenzen in der Studie nicht zu leugnen sind, so überzeugt Taborskys Interpretation gerade durch

seine nicht verschwiegene Loyalität und Verehrung, aber auch durch seine Fähigkeit, unbeschadet seiner persönlichen Zuneigung sein Urteil über die Unzulänglichkeiten des „Realpolitikers“ Beneš nicht wesentlich beeinträchtigen zu lassen.

Gestützt auf seine persönlichen Aufzeichnungen und auf die von ihm während seiner Tätigkeit in der Umgebung des Präsidenten gesammelten Unterlagen erhellt der Verf. zahlreiche Aspekte der tagespolitischen Maßnahmen, ohne dabei aber wesentlich neue Erkenntnisse vermitteln zu können. Er setzt sich lange mit dem Trauma „München“ auseinander, das Beneš Politik im Londoner Exil so entscheidend geprägt und vor allem seine Kontakte zu den Westmächten so verhängnisvoll beeinflusst hat. Die abschätzigen Urteile, die Beneš leichtfertig schon nach kurzen Kontakten über Churchill und Roosevelt, über Eden und Sumner Welles gefällt hatte, bestimmten seine Maßnahmen ebenso stark wie die Vorurteile, die er über Italiener und Franzosen, Polen und Jugoslawen hegte. Trotz der Enttäuschung über das Verhalten der Sowjets im September 1938 und über das Zustandekommen des Molotow-Ribbentrop-Abkommens im August 1939 setzte Beneš dagegen auch während der Hochzeit der deutsch-russischen Zusammenarbeit konsequent auf Stalin und die UdSSR als den einzigen Ordnungsfaktor, der die nationalsozialistische Expansion auf dem Kontinent wirkungsvoll aufhalten und den Status quo ante, also die Wiederherstellung der ČSR in ihren Vor-Münchener-Grenzen, gewährleisten konnte. Nach Hitlers Überfall auf die Sowjetunion sah sich Beneš in seiner Auffassung bestätigt und hielt trotz der seit Jahresmitte 1944 sich alarmierend häufenden Enttäuschungen über den sowjetischen Partner starrsinnig an dem einmal eingeschlagenen und dann für die ČSR so folgenschweren Kurs der engen Kooperation mit Moskau fest. Gerade die Herausarbeitung dieses Aspekts, die Aufhellung der Hintergründe und der von Beneš in diese Politik gesetzten Erwartungen sind in Taborskys Studie von besonderer Überzeugungskraft.

Weniger geglückt sind die Abschnitte, die sich mit dem Scheitern der tschechoslowakisch-polnischen Konföderationspläne oder der — vom Verfasser ja weitgehend nur aus dem fernen Schweden miterlebten — Entwicklung in der ČSR zwischen 1945 und 1948 beschäftigen. Hierbei fällt auf, daß Taborsky den detaillierten Untersuchungen (so u. a. von K. Kaplan, J. Opat, M. Klimeš)<sup>1</sup> überhaupt keine Aufmerksamkeit geschenkt hat und sich mit — unzulänglichen und eher verschleiernenden — summarischen Angaben begnügt, die der Problematik und ihrer historischen Bedeutung keinesfalls gerecht werden. Auch die Diskrepanz zwischen Benešs verbaler Unnachgiebigkeit den kommunistischen Pressionen gegenüber und der tatsächlichen Schwäche, sich gegen Druck und Drohungen zu behaupten, erfahren nur eine wenig überzeugende Erklärung, die Taborsky einerseits in Beneš

<sup>1</sup> Kaplan, K.: *Utváření generální linie vystavby socialismu v Československu* [Gestaltung der Generallinie des Aufbaus des Sozialismus in der Tschechoslowakei]. Prag 1966. — Jetzt ders.: *Der kurze Marsch. Kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei 1945—1948*. München-Wien 1981 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 33). — Opat, J.: *O novou demokracii* [Für eine neue Demokratie]. Prag 1966. — Klimeš, M. u. a.: *Cesta k květnu. Vznik lidové demokracie v Československu* [Der Weg zum Mai. Die Entstehung der Volksdemokratie in der Tschechoslowakei]. 2 Bde. Prag 1965.

Gesundheitszustand, andererseits in seinem Wunsche verankert sieht, die Einheit der Nation zu wahren und einen Bürgerkrieg, der eine Intervention der UdSSR hätte nach sich ziehen müssen, zu vermeiden. Der Hinweis auf Benešs Schlaganfall am 7. März 1945, vor der zweiten Reise nach Moskau, kann die Hilflosigkeit, mit der den Personalwünschen der Kommunisten und ihrem Regierungsprogramm entsprochen wurde, alleine nicht entschuldigen; auch ein weiterer Schlaganfall in der Nacht vom 9./10. Juli 1947 kann isoliert nicht als Begründung für das schwächliche Taktieren im Herbst und Winter 1947/48 herangezogen werden. Da Beneš es nie fertiggebracht hatte, Verantwortung abzugeben und uneingeschränktes Vertrauen in die Fähigkeiten seiner engsten politischen Mitarbeiter zu setzen, ist es nicht verwunderlich, daß eine Lähmung des gesamten demokratischen Abwehrmechanismus immer dann eintrat, wenn der Präsident indisponiert und nicht voll arbeitsfähig war — oder wenn er glaubte, über den Parteien und Interessengruppen stehen zu müssen.

Es ist erschreckend, mit wieviel Menschenverachtung Beneš die Politiker der demokratischen Parteien beurteilte und selbst Jan Masaryk, den er in seinem ersten politischen Testament vom 5. Mai 1943 als Nachfolger vorgeschlagen hatte, nicht von dieser beizenden Kritik ausnahm. Am Premier seiner Exil-Regierung Jan Šrámek schätzte er vor allem, daß dieser wenig tat und deshalb kaum etwas falsch machen konnte. Selbst Hubert Ripka und Prokop Drtina, denen ein besonders enges Verhältnis zu Beneš nachgesagt wurde, fanden nicht seine ungeteilte Zustimmung. Andererseits konnte er Präsident Klement Gottwald eine gewisse Hochachtung nicht versagen, dem er immerhin Aufrichtigkeit und Patriotismus unterstellte — nur auf Grund dieser Fehleinschätzung ist es zu verstehen, daß er sich trotz aller Enttäuschung und Erniedrigung im Juni 1948 veranlaßt sah, seinem Nachfolger nach der Wahl in das höchste Staatsamt telegraphisch Glück zu wünschen. Über Benešs Verhältnis zu Stalin ist bereits viel spekuliert und geschrieben worden — hier vertritt Taborsky mit ganz bescheidenen Nuancierungen die Linie, die er bereits in seinen beiden Aufsätzen „Beneš and the Soviets“ (1949) und „Beneš and Stalin: Moscow, 1943 and 1945“ (1953) eingeschlagen hatte.

Vereinzelt Passagen läßt sich auch entnehmen, wie leichtfertig Beneš der Besetzung Ost-Polens und Ostpreußens sowie Ungarns durch die Sowjets das Wort geredet hat und mit welcher wilden Entschlossenheit er die Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa verfolgte (S. 125, 155 f., 161 f.). Die von Stalin erzwungene Abtretung der Karpaten-Ukraine an die UdSSR hingegen sowie die Eingriffe der Roten Armee zugunsten der Kommunisten war er — notgedrungen — zu akzeptieren bereit, hoffte er doch, durch die Dokumentation seines guten Willens und einer vorurteilsfreien Kooperation langfristig der ČSR die Eigenentwicklung gewährleisten zu können. Den Triebkräften der slowakischen Politik, sowohl im deutschen „Schutzstaat“ als auch im erneuerten Einheitsstaat, stand der Präsident mit weitgehendem Unverständnis gegenüber, was den Kommunisten die Ausschaltung der slowakischen Demokraten im Herbst 1947 wesentlich erleichterte und erst die Weichenstellung für den „Coup de Prague“ im Februar 1948 schuf. Leider schweigt sich Taborsky über dieses Kapitel in Benešs Karriere weitgehend aus.

Nicht ganz geglückt erscheint der Aufbau des Buches, da der Verf. anfangs

themenbezogen vorgeht und sich bei der Darstellung des Verhältnisses zu den Westmächten, zur Sowjetunion, zu Roosevelt und zu Stalin oder der Schilderung des Scheiterns der tschechoslowakisch-polnischen Föderationspläne Überschneidungen, zahlreiche Rückverweise und Wiederholungen ergeben; der ausschlaggebende Besuch Beneš im Dezember 1943 in der UdSSR wird gleich in vier Kapiteln unter unterschiedlichen Gesichtspunkten abgehandelt. Auch im stärker chronologisch gegliederten zweiten Teil gibt es lange Einschübe, deren Relevanz für die Gesamtausgabe des Buches unbestritten ist, deren Platzierung aber im Kontext der thematischen Entwicklung nicht sogleich hervortritt. Ein klärendes Wort über Umfang und Bedeutung privater Aufzeichnungen, auf die der Verf. häufig zurückgreift, so auf die in der Lehman Collection der Columbia University in New York liegenden Papiere von J. Smutný, oder über den Charakter und den Umfang des eigenen „Archivs“ wäre notwendig und hilfreich gewesen. Auch fiel es schwer, Taborskys Argumente (S. 130 f.) in der Zurückweisung der von Ladislav Feierabend<sup>2</sup> geäußerten vorsichtigen Kritik an der während des USA-Aufenthalts im Frühjahr 1943 von Beneš verfolgten politischen Linie nachzuvollziehen.

Unbeschadet der hier geäußerten Einwände ist Taborsky ein lesens- und nachdenkenswertes Buch gelungen, das — getragen vom persönlichen Erleben und der Loyalität für den Präsidenten — tiefere Einblicke in die menschlichen und politischen Hintergründe des Handelns von Edvard Beneš vermittelt. Auch wenn das Zustandekommen und die Bedeutung der geschilderten Ereignisse bereits zuvor weitgehend bekannt waren, so gewinnen sie im Lichte der persönlichen Erfahrungen des Verf. eine neue, emotional ansprechende Qualität. Dieser Interpretationsversuch wird dem widerspruchsvollen Politiker und schwierigen Menschen Beneš sicher noch nicht in allen Facetten seines hingebungsvollen Arbeitens und seines weitgehend gescheiterten Lebens gerecht, doch er stellt immerhin einen bedeutsamen Schritt zu einer gründlichen Neubewertung und umfassenden Würdigung des zweiten Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik dar.

<sup>2</sup> Feierabend, L.: Prag — London vice-versa. Erinnerungen. Bonn usw. 1971, 1973 (Dokumente und Kommentare zu Osteuropa-Fragen 14 u. 15).

Saarbrücken

Jörg K. Hoensch

*Klaus Hildebrand, Das Dritte Reich.*

R. Oldenbourg Verlag, München-Wien 1979, <sup>2</sup>1980, 244 S. (Grundriß der Geschichte 17).

*Andreas Hillgruber, Europa in der Weltpolitik der Nachkriegszeit 1945—1963.*

R. Oldenbourg Verlag, München-Wien 1979, 184 S. (Grundriß der Geschichte 18).

Die in der Reihe Grundriß der Geschichte des Oldenbourg Verlages erscheinenden Bände verfolgen die Absicht, Studenten, Lehrern und interessierten Laien, aber auch den Fachgenossen in gut lesbarer Form ein vielseitig verwendbares Hilfsmittel vorzulegen, das unmittelbar an die aktuellen Forschungsprobleme heranführt. Aus

dieser Intention ergeben sich auch die Gliederungsprinzipien, die nach den Idealvorstellungen der Herausgeber jeweils etwa ein Drittel des Umfanges einnehmen sollen: Auf eine mehr narrative, aber dennoch problemorientierte Darstellung folgt ein Kapitel über aktuelle Probleme der Forschung und die geführten Kontroversen. Ergänzt werden beide Kapitel durch eine ausführliche Zeittafel und eine nach Sachbereichen gegliederte Bibliographie. Die Orientierung in den Bänden wird dem Leser durch an den Seitenrändern ausgeworfene Stichworte sehr erleichtert.

Der von dem heute in Bonn lehrenden Historiker Klaus Hildebrand vorgelegte Band über die Zeit des Dritten Reiches 1933—1945, der inzwischen als zweite Auflage vorliegt, setzt mit der sog. „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten ein und unterteilt die Darstellung in die von der Forschung allgemein akzeptierten Phasen Machtergreifung bis Vierjahresplan (1933—35), Vierjahresplan bis Kriegsausbruch (1936—1939), Kriegsausbruch bis Kriegswende (1939—1942) und schließlich die Jahre 1943—1945, an deren Ende die totale Niederlage Deutschlands und die Zerschlagung des deutschen Nationalstaates bismarckscher Prägung standen. Abgerundet wird die Darstellung durch ein Resümee über das Dritte Reich in der deutschen und europäischen Geschichte. Im zweiten Hauptteil befaßt sich Hildebrand mit den Grundproblemen der Forschungsdiskussion, ausgehend von zeitgenössischen Deutungen über das Dritte Reich. Im einzelnen werden die Problemkreise das „Phänomen Hitler“ und der europäische Faschismus, Wirtschaft - NSDAP - Drittes Reich, Herrschaftsgefüge, Außen- und Rassenpolitik, deutscher Widerstand und Drittes Reich und Geschichtswissenschaft diskutiert. Hier wie bereits in der Darstellung wird die eigene Position, die Klaus Hildebrand in der Forschungsdebatte einnimmt und die mit den Stichworten „Hitlerismus“ statt deutschem Faschismus und Dominanz einer außen- und rassenpolitischen Programmatik in der Politik des nationalsozialistischen Deutschlands groß skizziert werden kann, überdeutlich. Es wäre daher wünschenswert gewesen, wenn die Gegenpositionen bzw. „Brückenpositionen“ stärker zu Wort gekommen wären, nicht allein aus Überlegungen des akademischen Unterrichts oder einer Verwendung des Bandes als „Textbook“ in der gymnasialen Oberstufe. Der Argumentation des Verfassers, für die sich gute Gründe finden lassen, hätte dies keinen Abbruch getan. Auch in der Bibliographie werden zahlreiche Beiträge aus einer Perspektive des Primates der Innenpolitik und der stärkeren Betonung einer strukturellen Betrachtungsweise vermißt. Möglicherweise wurde dieser Mangel in der Neuauflage behoben. Trotz dieser kritischen Anmerkungen, verdient die — auch von der Gestaltung eines derartig komplexen Themas her schwierig — historische Darstellung höchstes Lob und Anerkennung. Klaus Hildebrand hat ein gut lesbares und übersichtliches Buch zur Geschichte des Dritten Reiches vorgelegt, das als Hilfsmittel und Einstieg in ein Thema gerne zur Hand genommen wird. Allerdings hat der Preis eigentlich schon die studentische „Schallgrenze“ überschritten.

Andreas Hillgrubers Darstellung der europäischen — vor allem aber deutschen — Nachkriegszeit bietet auf knappem, vielleicht zu knappem Raum eine gute Grundlage für das Verständnis der Nachkriegszeit. Das Darstellungskapitel widmet sich nach einigen allgemeinen Grundüberlegungen und der Besprechung der Ausgangslage insbesondere dem Prozeß der Spaltung Europas, den Phasen des „Kalten

Krieges<sup>6</sup> (1949—1955, 1955—1961), um abschließend die Anfänge der sog. Politik der „Entspannung“ und den „Generationswechsel“ in Europa zu skizzieren. Im Mittelpunkt des Kapitels über Grundprobleme und Kontroversen der Forschung steht eine Diskussion der gegenwärtigen Quellenlage, die ganz entscheidend den Stand und die Qualität der Forschung beeinflusst. Als kontroverse Themen der Fachliteratur sieht Hillgruber vor allem die Diskussion über die Wurzeln des „Kalten Krieges“ (Revisionisten/Antirevisionisten) sowie die Kontroversen über den Marshallplan und die Stalinnote von 1952. Diesem etwas zu kurz geratenen Kapitel — dies mag mit an der Forschungslage liegen — folgt eine ausgezeichnete Bibliographie, die auch zahlreiche an entlegenem Ort publizierte, interessante Beiträge erfaßt.

Insgesamt gesehen bietet Hillgrubers Studie, die von einer „Einheit der Epoche von 1945 bis 1963/65“ ausgeht und sich der Interdependenzen zwischen den verschiedenen Handlungsräumen und Handlungsebenen stets nicht nur verbal bewußt ist, einen guten Einstieg in ein weitgefächertes Thema. Bei einer Neuauflage würde sich der Leser sicherlich freuen, wenn verschiedene Problemkreise eingehender behandelt werden könnten; dies gilt gleichermaßen für die ausgehenden fünfziger Jahre und den „Generationswechsel“ in den sechziger Jahren, aber auch für die nationale und internationale Einbettung der deutschlandpolitischen Möglichkeiten.

Hamburg

Wolf D. Gruner

*Leopold Grünwald (Hrsg.), Sudetendeutsche — Opfer und Täter. Verletzungen des Selbstbestimmungsrechtes und ihre Folgen 1918—1982. Beiträge von John Bunzl, Leopold Grünwald, Rudolf Hilf, Karel Kaplan, Willy Jäger, Zdeněk Mlynář, Bohemus (Prager Forscherteam).*

Verlag Junius, Wien 1983, 117 S.

Das Ziel, das L. Grünwald, Autor der grundlegenden dreibändigen Untersuchung und Dokumentation zum sudetendeutschen Widerstand gegen Hitler, mit der Herausgabe dieses schmalen Bandes verfolgt, ist ein zweifaches: Zum einen wird die sudetendeutsche Frage, einst brisanter Zündstoff auf dem Weg in den Zweiten Weltkrieg, als lehrreiches Paradigma für die „ungelösten nationalen Fragen in der Welt von heute“ vorgeführt; zum andern soll die Sehweise vor allem der europäischen Linken revidiert werden, die das „sudetendeutsche Problem jahrzehntelang mißverstanden, unterschätzt oder ignoriert hat“. Die Verwirklichung bzw. Nichtverwirklichung von Demokratie und nationaler Selbstbestimmung in der Tschechoslowakei seit 1918 bis hin zur Gegenwart bildet ein Kriterium, in dem explizit oder implizit alle hier zu Wort kommenden Autoren sudetendeutscher, tschechischer und österreichischer Provenienz übereinstimmen. Die ansonsten recht unterschiedlich gewichteten und ausgerichteten Beiträge verbindet eine weitere These: die Zurückweisung der Kollektivschuld sowohl als Prinzip als auch als historisches Faktum — und dies im Blick auf die Sudetendeutschen wie auch auf die Tschechen. Vor diesem Hintergrund umkreisen die einzelnen Texte unter verschiedenen Gesichtspunkten die Problematik der Sudetendeutschen als Opfer und Täter, wobei — wie nicht

allein aus den aus tschechischer Feder stammenden Stellungnahmen zur *Aussiedlung* ersichtlich wird — das Schwergewicht eindeutig auf ersterem Aspekt liegt. Daß es in letzter Instanz der janusköpfige Prozeß der Demokratisierung und Nationalisierung, d. h. gerade der Vorgang der nationalen und nationalstaatlichen Selbstverwirklichung war, der die in den böhmischen Ländern unter besonders komplexen Bedingungen zusammenhängen lebenden Menschen in der Dynamik seiner Eigengesetzlichkeit in die wechselseitige Doppelrolle von Opfern *und* Tätern trieb, wird nirgends als zentraler Punkt thematisiert. In Umrissen jedoch angedeutet wird diese Problematik in dem von einem Prager Forscherteam unter dem Pseudonym Bohemus publizierten Beitrag ‚Ein Wort zur Aussiedlung‘, der in nuce eine Gesamtübersicht des Mit- und Gegeneinanders, des Zusammen- und Auseinanderlebens von Tschechen und Deutschen von přemyslidischer Zeit an zu geben sucht. Die Bohemus-Thesen, 1978 erstmals in dem sozialdemokratischen Exilblatt *Právo Lidu* erschienen, stellen eines der bedeutendsten Dokumente der geschichtlichen Selbstbesinnung und politisch-moralischen Selbstkritik auf tschechischer Seite dar, wie sie seit einiger Zeit unter der versteinerten Oberfläche — nicht nur vom herrschenden Regime — streng gehüteter Tabus sich vollzieht. Die komprimierte Bestandsaufnahme Karel Kaplans zur ‚Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei‘ sowie der Diskussionsbeitrag Zdeněk Mlynářs zum Thema ‚Tschechoslowakische Stellungnahmen zur Aussiedlung‘ artikulieren diese kritische Selbstverständigung gleichfalls. Sie manifestieren, um den aus der deutschen Nachkriegsgeschichte geläufigen Terminus anzuwenden, den Versuch, die eigene Vergangenheit und damit vor allem auch Gegenwart zu bewältigen, wobei jedoch nicht von den Daten 1938/39 bzw. 1945/48 als einem imaginären Jahr Null ausgegangen wird, sondern von den konkreten gesellschaftlichen, politischen und moralischen Deformationen der ČSSR in ihrem gegenwärtigen Zustand.

Der von Rudolf Hilf vorgelegte Abriss über ‚Das sudetendeutsche Problem in der Zwischenkriegszeit und die Position der Linken‘ sowie das Resümee Leopold Grünwalds über den ‚Sudetendeutschen Widerstand gegen Hitler (1938—1945)‘ beleuchten ihren Gegenstand aus der Perspektive des Opfers, des von der Geschichte getriebenen und geschlagenen Objekts. Hilf konzentriert seine Betrachtungen auf die Konfrontation der durch den Ausgang des Ersten Weltkrieges auf den Status einer *ewigen Minderheit* reduzierten Sudetendeutschen mit dem tschechischen Nationalstaat, wie ihn die aus der Erbmasse der multinationalen Donaumonarchie hervorgegangene Tschechoslowakische Republik in ihrer ebenso einseitigen wie a priori konfliktträchtigen Grundkonzeption verkörperte. Grünwald setzt das Mosaik des sudetendeutschen Widerstandes zusammen, dessen mit Abstand gewichtigste Formation, die sudetendeutsche Sozialdemokratie, in der kämpferischen Auseinandersetzung mit dem diktatorischen und rassistischen Hitler-Deutschland das eigene Konzept demokratischer und damit sozialer und nationaler Selbstbestimmung unter extrem schwierigen Voraussetzungen konsequent verteidigte und deren aktive Anhänger sich im Augenblick der *nationalen Befreiung* entweder in die Emigration vertrieben sahen oder wie die sei es kommunistischen, katholischen oder auch nationalen Regimegegner in das unbarmherzige Räderwerk der NS-Gewaltherrschaft gerieten.

Dem Text ist außerdem eine geraffte Übersicht des aus der Seliger-Gemeinde kommenden Journalisten Willi Jäger über ‚Die Verbände der Sudetendeutschen in der Bundesrepublik Deutschland‘ eingefügt. Insgesamt ist die Publikation für eine breitere Öffentlichkeit bestimmt, eher die geschichtlich und politisch Betroffenen und Engagierten als eine historisch im fachspezifischen Sinne interessierte Leserschaft ansprechend. So sehr ein solcher den exklusiv wissenschaftlichen Rahmen sprengender Versuch zu begrüßen ist und welche positive Qualität den Beiträgen im einzelnen auch zukommt: das hochgesteckte Ziel einer Darstellung der Sudetendeutschen als *Opfer* und *Täter* vermag der Sammelband, wie schon angedeutet, nicht zu erreichen. Indem die thematische Schwerpunktsetzung die Rolle der Sudetendeutschen als Täter bzw. Mittäter weitgehend als terra incognita ausspart, bleibt die Darstellung jener Opfer-Perspektive verhaftet, die für das geschichtliche Selbstverständnis sowohl der Sudetendeutschen als auch der Tschechen seit jeher in besonderem Maße bestimmend gewesen ist.

Aus dem Bewußtsein des von der Geschichte gezeichneten Opfers haben Sudetendeutsche und Tschechen seit je die stärksten Impulse emotionaler, ideologischer und politischer Legitimierung und Mobilisierung bezogen. Für die Dominanz dieser Opfer-Perspektive und des damit verbundenen jeweiligen geschichtlichen Opfer-Monologs hat die in immer neuen Formen bestätigte kollektive Erfahrung der durch Historie und Geographie so eng miteinander verbundenen und gleichzeitig so diametral auseinanderstrebenden Sudetendeutschen und Tschechen wahrhaftig Anlaß genug gegeben. Doch demonstriert die beiden Partnern und Kontrahenten gemeinsame und zugleich so gegensätzlich sich auswirkende Geschichte in ihrem Gesamtverlauf ebenso anschaulich, wie eng die Rollen von Opfer und Täter ineinander verwoben sind und wie drastisch schnell — bezogen auf welche Seite auch immer — verletzte Selbstbestimmung in verletzende Fremdbestimmung umschlagen kann. Die Frage kollektiver Schuld und Schuldauflösung erweist sich vor diesem Hintergrund in der Tat als sekundär, wenn nicht gar irrelevant, und bildet eher das eklatante Moment einer bedenklichen Instrumentalisierung der Opfer-Perspektive.

In das Zentrum des Erkenntnisinteresses rückt hingegen der Bedingungs-zusammenhang, der die diversen nationalen und ethnischen Gruppen zu Opfern und Tätern werden ließ bzw. läßt — und zwar in der Komplexität der gesamten in ihm wirkungsmächtig gewordenen Realität. Die strukturellen Gemeinsamkeiten wie vor allem aber auch Unterschiede der ko-existierenden und konkurrierenden nationalen bzw. ethnischen Kollektive im Koordinatensystem dieses vielschichtigen Bedingungs-zusammenhangs aufzuzeigen und auf ihre jeweiligen Konsequenzen hin zu untersuchen, scheint die grundsätzliche Voraussetzung für den Entwurf eines Gesamtbildes; d. h. nicht nur eines einseitig beleuchteten Teilbildes, das nur allzu leicht dazu dient, daß nach ebenso traditionellem wie unheilvollem Muster die Rollen von Opfer und Täter je nach Optik und Interesse gegeneinander ausgespielt werden.

Falls der von L. Grünwald für seine Publikation beanspruchte paradigmatische Charakter zu Recht besteht, so heißt das freilich, über die Analyse dieses vieldimensionalen Kontexts hinaus auch die zentrale Kategorie des Selbstbestimmungsrechtes einer kritischen Würdigung zu unterziehen; d. h. wenn nämlich die Fehler und Fehlkonstruktionen der Vergangenheit wie die evidenten Gebrechen der

Gegenwart nicht einfach rekapituliert und ritualisiert werden sollen. Belegt doch das konkrete Exempel des so langwierigen und z. T. so dramatischen Konflikts zwischen Sudetendeutschen und Tschechen um Verwirklichung ihres jeweiligen Anspruchs auf Selbstbestimmungsrecht sehr nachdrücklich, wie wenig sich dieses in ethnisch komplizierten Gemengelagen als eindeutiges Patentrezept für die Lösung konkurrierender Ansprüche eignet und wie gerade dieses Konzept aufgrund der ihm innewohnenden Dynamik mechanisch-gewaltsamer nationaler und nationalstaatlicher Separierung und Bereinigung in letzter Konsequenz zu jenem so verhängnisvollen *Circulus vitiosus* von Opfern und Tätern führt. Die bittere Erkenntnis der sudetendeutschen Geschichte von 1918 an besteht darin, daß das a priori demokratische Recht auf Selbstbestimmung als scheinbar so einfaches und klares politisch-normatives Konstruktionsprinzip wie legitimes und zugkräftiges Postulat praktischer Politik keinen Generalschlüssel, kein absolutes Kriterium zur Lösung nationaler bzw. ethnischer Konflikte darstellt. Wenn die mit den Jahreszahlen 1918/19, 1938/39 und 1945 ff. hinreichend markierten Erfahrungen die elementare Lehre förmlich aufdrängen, daß mit dem Selbstbestimmungsrecht als quasi weltrichterlich oberstem Prinzip das Maß aller Dinge nicht gewonnen ist, so relativiert sich damit notwendigerweise auch die Relevanz seiner ‚Verletzungen‘ als des entscheidenden Gradmessers historischer und politischer Beurteilung. Ist es doch der, den Anspruch auf Selbstbestimmung allseitig hervortreibende, so komplexe und widersprüchliche Doppelprozeß fundamentaler demokratischer und nationaler Emanzipation, der diese ‚Verletzungen‘ durch jeweils partikular ausschließliche und damit ausschließende Anwendung bzw. Nichtanwendung gerade dieses Rechtes auf Selbstbestimmung immer wieder heraufbeschwört. Vor diesem Hintergrund mag allenfalls dessen pragmatische und kreative Modifikation eine Richtschnur bilden. Als konfliktlösend und friedentiftend erscheint in diesem Verständnis nicht dessen in national bzw. ethnisch gemischten Zonen augenscheinlich deformierende und kontraproduktive Applikation im Sinne eines kategorisch einzufordernden Prinzips, sondern dessen, den spezifischen Umständen jeweils angemessene, die Idee des von den Voraussetzungen her nicht einlösbaren Nationalstaates transzendierende, produktive Realisierung. Es ist dies eine Auffassung, die als *conditio sine qua non* politisch-institutionelle Phantasie und Innovation sowie Bereitschaft zum Kompromiß erfordert und die gerade in der von Karl Renner und Otto Bauer herkommenden sudetendeutschen Sozialdemokratie bekanntlich eine große Tradition hat. Patentrezepte vermag freilich auch ein solchermaßen relatives, dafür offenes und dynamisches Konzept des Rechts auf Selbstbestimmung nicht anzubieten, vielleicht aber weist es den einzig gangbaren Weg aus einer ansonsten ausgeweglosen Situation stetig wiederkehrender wechselseitiger ‚Verletzungen‘.

Mit diesen kritischen Einwendungen soll das Verdienst der von L. Grünwald besorgten Zusammenstellung von Diskussionsbeiträgen gewichtiger Autoren in keiner Weise geschmälert werden. Auch wenn die Veröffentlichung dem selbstgesetzten, anspruchsvollen Ziel nicht gerecht wird, so stellt sie doch einen bedeutsamen Schritt nach vorn dar auf dem steinigen Weg einer Verständigung zwischen Sudetendeutschen und Tschechen. Aus den Bemerkungen, mit denen John Bunzl den Text ‚statt eines Vorwortes‘ einleitet, ist abzulesen, welch dunkle Schatten aus der Ver-

gangenheit und Gegenwart auf dem Versuch lasten, aus der Sackgasse des wechselseitigen Opfer-Monologs herauszufinden zu einem in jedem Fall schwierigen, aber freien, offenen und selbstkritischen Dialog.

München

Roland J. Hoffmann

*Günter Böddeker, Die Flüchtlinge. Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. München 1980.*

Bastei-Verlag Gustav H. Lübbe, Bergisch Gladbach 1982, 496 S. (Taschenbuch 65043).

Die Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Mitteleuropa in den Jahren 1945 und 1946 wurde in einer weiteren Arbeit (vgl. die Besprechung Grube/Richter: Flucht und Vertreibung. BohZ 22 (1981) 472 ff.) für einen breiten Leserkreis behandelt. Böddekens (Taschen-)Buch behandelt etwa den gleichen Sachverhalt, gliedert jedoch geographisch: Abschnitten über Ostpreußen, Pommern und Schlesien folgen u. a. „Prag: Scheiterhaufen“ und „Sudetenland I: Euer Haus — Unser Haus“ (S. 254—299) sowie „Sudetenland II: Ein Volk in Güterzügen“ und „Slowakei: Massengrab“ (S. 412—442). In die verbale Darstellung sind einige dokumentarische Fotos und (wenige, nicht besonders ausgeführte) Karten eingebaut. Eine Zeittafel (S. 482); die mit dem „28. 9. 1938 — Münchener Abkommen“ beginnt, ein Literaturverzeichnis und ein Personen- und Ortsregister schließen die Arbeit ab.

Im Nachwort macht der Verfasser deutlich (S. 480), daß er „ausschließlich die Berichte der Menschen, die [das Vertreibungsschicksal] selbst erfahren und erlitten, zur Grundlage für das Vorhaben [machte,] zu erzählen, was damals im einzelnen geschah“. Er stützte sich dabei auf die umfangreiche, von Prof. Schieder betreute „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ (5 Bände, 3 Beihefte; Bonn 1955—1960) und auf zahlreiche Zuschriften Betroffener, nachdem ein Vorabdruck des Textes in der Wochenzeitung „Welt am Sonntag“ erschienen war.

Man wird an die Arbeit keine wissenschaftlichen Anforderungen stellen dürfen und daher einfach zur Kenntnis nehmen, daß an vielen Stellen erinnernde Aussagen der Betroffenen und kommentierende Bemerkungen der Wissenschaftlichen Kommission im Interesse des Darstellungsflusses gekürzt wurden, ohne dies durch übliche Auslassungszeichen deutlich zu machen.

In einer an sich gut gelungenen knappen Darstellung der böhmisch-mährischen Geschichte findet man dann jedoch zweimal „Tschechische Republik“ (S. 256). Für den Zeitraum 1939—1941 wird notiert: „Gestapo, SS und Sicherheitsdienst überzogen das Land mit Terror . . . In Böhmen und Mähren aber formierte sich jedoch auch nachhaltiger und wirksamer Widerstand“ (S. 257). Ähnlich undifferenziert erfolgt die Darstellung der Zustimmung der Alliierten zur Vertreibung der Sudeten-deutschen (S. 275 f.). Einfach falsch ist es, das Münchner Abkommen nicht auf den 29./30. September 1938 zu datieren (siehe oben), in einem Zitat des ČSR-Präsidenten Dr. Beneš aus dem Jahre 1944 die Kurzform „ČSSR“ zu verwenden und General Ingr zu Ingres (S. 259) zu machen.

In lobenswertem Bemühen um Bildhaftigkeit gelingen dem Autor z. B. bei der Darstellung der Erfolge der sowjetischen Sommeroffensive 1944 die einprägsamen, aber nichtssagenden bzw. falschen Sätze: „Fast anderthalb Jahre hatten die Sowjets gebraucht, um von Stalingrad nach Witebsk zu kommen — tausend Kilometer weit. Für die nächsten tausend Kilometer aber benötigten sie nur sechs Wochen“ (S. 12). Zwei Blicke in jeden Schulatlas und etwas Allgemeinwissen machen deutlich, daß einmal die Linie Stalingrad—Witebsk weit von der direkten Richtung Stalingrad—Deutschland/Berlin wegführt und die Sowjets für die nächsten 1000 Kilometer von Witebsk nach Westen (d. h. bis etwa zur Linie Kolberg—Breslau) mindestens (nämlich bis etwa Ende Januar 1945) fünf Monate brauchten. Eine weniger spektakuläre, aber exaktere Aussage hätte die Dimension des sowjetischen Erfolges ebenso plastisch gemacht: In zwei Monaten waren die sowjetischen Truppen aus dem Raum Smolensk/Witebsk über 700 km in Richtung auf Berlin vorgestoßen. Von der Reichshauptstadt waren sie nunmehr nur noch etwa 500 km entfernt — von Königsberg, der Hauptstadt Ostpreußens, rund 150 km.

Diese und ähnliche Unzulänglichkeiten sollten in künftigen Auflagen auszuräumen sein. Dann wird Böddeckers „Die Flüchtlinge“ über den jetzt bereits vermittelten deutlichen Eindruck der Vertreibung der Deutschen aus dem Osten auch das geographische und historische Umfeld dieses furchtbaren Vorgangs prägnanter werden lassen.

Grafing

Fritz Peter Habel

*Franz J. Bauer, Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945—1950.*

Klett-Cotta, Stuttgart 1982, 444 S., DM 84,— (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 3).

„Die Flüchtlinge (von 1945/46) sind — und das nicht erst seit gestern — integriert, das Flüchtlingsproblem, soweit es die Aufnahmeländer anging, ist ohne Rest gelöst. Auch haben Flüchtlinge und Einheimische, von residualen, meist regional- und schichtenspezifischen Animositäten abgesehen, im großen und ganzen längst ihren Frieden miteinander gemacht . . .

Dennoch darf aber auch die heute zu beobachtende, auf weitgehende Kongruenz der gesellschaftspolitischen Leit- und der außenpolitischen Feindbilder beruhende Entente Cordiale zwischen der bayerischen Staatsregierung und den Organisationen und Verbänden der Vertriebenen — allen voran der Sudetendeutschen Landsmannschaft als der Vertretung des nunmehr ‚vierten Stammes‘ Bayerns — nicht die historische Tatsache vergessen lassen, daß in dem hier untersuchten Zeitraum von 1945 bis 1950 der offenkundigen Feindseligkeit der einheimischen Bevölkerung gegenüber den ‚Eindringlingen‘ auf allen Ebenen der Verwaltung bis hinauf in die Arcana der Staatsregierung eine breite Tendenz der Reserviertheit gegenüber den nur assertorisch zu ‚Neubürgern‘ Erklärten korrelierte.

Der Zustrom so vieler Hunderttausender von Flüchtlingen unmittelbar nach dem Zusammenbruch war eine Belastung, die . . . den bayerischen Politikern als an den

Existenznerv des Landes gehend erscheinen mußte. Diese ungerufenen Gäste einzugliedern, war den bayerischen Regierungen der Nachkriegszeit kein Bedürfnis, kein selbstgewähltes Ziel, dem man sich aus innerer Überzeugung verschrieben hätte, sondern eine dem Land von außen, von den Siegern auferlegte, harte Pflicht. Man tat also — zögernd und nicht selten auch widerwillig —, was die akute Not und die amerikanische Militärregierung verlangten, aber man tat es stets mit dem tief-sitzenden Gefühl der Sinnlosigkeit und Vergeblichkeit: Die fatalistische Überzeugung, daß Bayern und auch Deutschland das Flüchtlingsproblem niemals allein würden lösen können, war ... auf allen Ebenen des bayerischen Regierungsapparates anzutreffen.“

Diese Feststellungen sind der Schlußbetrachtung (S. 381 ff.) der Arbeit Bauers entnommen. Der Autor hat seine Dissertation bei Prof. Ritter (München) um ein Kapitel ergänzt und damit ein in mancher Hinsicht bemerkenswertes Buch vorgelegt.

In geraffter Form nachgezeichnet, gliedert Bauer sein Thema inhaltlich in vier größere Abschnitte. Im ersten Teil wird in drei Kapiteln das bayerische Flüchtlingsproblem nach 1945 zunächst zahlenmäßig umrissen, nach seinen numerischen Auswirkungen für städtische und ländliche Gebiete sicher strukturiert und dann vorrangig von seiten des Freistaates dargestellt. Die Flüchtlinge trafen auf eine sich trotz aller historischen Determinanten gerade erst neu formende bayerische Politik. Der Handlungsspielraum dieser Politik und der sie tragenden Politiker war gering. Eingeklemmt zwischen der großen Not aller Menschen und dem Fehlen selbst primitiver Verwaltungshilfsmittel sowie dem ständigen Druck einer zunächst durchaus als Besatzer auftretenden Militärregierung konnten die Regierungen Schäffer (bis 28. September 1945) und Hoegner auf die Herausforderung des Flüchtlingszustroms keine befriedigende Antwort geben. Mehr der nackten Not als den Bedürfnissen ordentlicher Verwaltung folgend, entstand die Flüchtlingssonderverwaltung mit ihrer „Diktatur der Kommissare“. 1946/47 waren rund 170 Flüchtlingskommissare sehr mächtige Faktoren in der bayerischen Politik: Um die einströmenden Flüchtlingsmassen unterzubringen, konnten sie nämlich ab 9. Dezember 1946 (S. 81 f.) auch die Bewirtschaftung des gesamten bayerischen Wohnraumes bis hin zur Beschlagnahme und Neuvergabe durchführen. Diese Aufgabenzuweisung an einen „bürokratischen Spezialapparat“, der aus gutem Grund von der normalen Verwaltung abgesetzt blieb, mußte vielfältige Reizungen hervorrufen. Den Kommissaren standen vor allem die im Frühjahr 1946 von den damals (d. h. vor dem Einströmen der Flüchtlingsmassen) Wahlberechtigten gewählten Bürgermeister und Landräte gegenüber. In den mit Flüchtlingen rasch überfüllten Dörfern konnten auch die örtlichen Funktionäre des Bauernverbandes, die 1946 bereits über 200 000 Mitglieder vertraten, auf ein demokratisch legitimierendes Mandat verweisen. Diese Instanzen hatten mit den lediglich ernannten, meistens regional unbekanntem, gelegentlich wenig qualifizierten, aber von ihnen unabhängigen und über das heißbegehrte Gut Wohnraum verfügenden Flüchtlingskommissaren zwangsläufig regelmäßig negative Berührungspunkte. Auf der Ebene der Staatsregierung gab es ähnliche Spannungen. Hier befand sich der Staatskommissar an der Spitze der Flüchtlingssonderverwaltung zunächst faktisch zwischen Arbeits- und Innenministerium. Nachdem bis zum Frühjahr 1947 das Arbeitsministerium seinen Anteil an der Be-

treuungshoheit vor allem durch Übergabe der Wohnungsbewirtschaftung verloren hatte, stand nunmehr das Innenministerium der Flüchtlingssonderverwaltung gegenüber. Das Innenressort konzentrierte sich dann auf die Einverleibung der Flüchtlingsverwaltung, die bis Ende 1950 abgeschlossen werden konnte. Dabei spielten Person, Haltung und Verhalten des Staatskommissars Wolfgang Jaenicke, der dieses Amt in seiner entscheidenden Zeit (Dezember 1945 — Dezember 1950) prägte, eine wichtige Rolle; Jaenicke wird in Bauers Arbeit ausgiebig dargestellt und gewürdigt.

In einem zweiten Teil (S. 239—340) zeigt der Autor dann die andere Seite auf: Wichtige Versuche zur Organisation der Flüchtlinge in den Jahren 1945—50 werden einzeln nachgewiesen und zueinander in Beziehung gebracht. Dazu gehört z. B. die durch Eigeninitiative der Betroffenen im Sommer 1945 entstandene „Sudeten-deutsche Hilfsstelle“ bis zu ihrem Verbot im April 1946 durch die Besatzungsmacht (S. 267). Als die Amerikaner dann am 11. Juli 1946 befahlen, „to ensure that refugees and expellees are directly represented on committees related to refugee affairs“ (S. 281), gab dies den Anstoß zum „Hauptausschuß der Flüchtlinge und Ausgewiesenen“. Mit zunächst 8 und später 15 von den politischen Parteien benannten und vom Ministerpräsidenten ernannten Mitgliedern sowie mit seiner vom Staat finanzierten Arbeit wurde der Hauptausschuß als „Einrichtung eigener Art“ (S. 286) bzw. „janusköpfiger Eigenart“ (S. 300) zum „Akteur und Instrument der Flüchtlingspolitik“ (S. 280). Darüber hinaus war es seit 1945 möglich und seit 1946 vorgeschrieben, daß die Flüchtlingskommissare zu ihrer Unterstützung bis zu jeweils 12 Flüchtlings-Obleute ernannten. Noch 1948 gab es über 1100 derartige von oben bestimmte staatliche Amtsträger (S. 154, 296, 97). Parallel zu ihnen wurden ab 1947 aber auch gewählte Personen tätig: Das Flüchtlingsgesetz vom 19. Februar 1947 verpflichtete die Gemeinden dazu, nur von je 1000 Flüchtlingen einen Flüchtlings-Vertrauensmann wählen zu lassen (S. 301 ff., S. 295 f.). Je Land- und Stadtkreis und je Regierungsbezirk wurden Flüchtlingsausschüsse berufen, jedoch nur zur Hälfte mit Flüchtlingen besetzt (S. 284).

Die Jahre 1947 und 1948 machten die eigentlichen Bestimmungsgrößen deutlich: Am materiellen Tiefpunkt aller Menschen in Bayern und speziell der Flüchtlinge (hierzu bietet der Autor interessante Einblicke, S. 182 ff.) ist zu erkennen, daß die Eingliederung der Flüchtlinge unter den damaligen Bedingungen (d. h. vor z. B. Währungsreform und Marshall-Plan) objektiv unmöglich war. Zugleich wurde die Notwendigkeit dieser Eingliederung sehr viel deutlicher; hier ist die Sprache durch Begriffswahl und -wandel ein empfindlich reagierendes und daher wohl zu beachtendes Indiz: Zunehmend verbreitete sich nämlich die Erkenntnis, daß die Flüchtlinge keine Evakuierten und eigentlich auch gar keine Flüchtlinge, sondern Ausgewiesene, Heimatvertriebene, Vertriebene waren: Sie würden mindestens längere Zeit in Bayern bleiben. (Auf diese Zeitkomponente wird noch zurückzukommen sein.)

Durch Zusammenführung dieser Bestimmungsgrößen ist dann die vom Autor beschriebene weitere Entwicklung erklärbar: Sie wird gekennzeichnet durch „Unzufriedenheit und wachsende Radikalisierung“ (S. 292) in größeren Flüchtlingslagern, aber auch durch das „wie ein Vulkan“ (S. 297) aufbrechende Bedürfnis der Ver-

triebenen, über eigene politische Vertreter z. B. auf einen Lastenausgleich zu drängen. „Notgemeinschaften“ (S. 292) entstanden und ein eigenes „Notparlament“ (S. 295) wurde überlegt. Ihren gesetzlichen Auftrag recht extensiv interpretierend, wählten die Flüchtlingsvertrauensleute Ende 1948 eine Landesvertretung (S. 297), aus der im Frühjahr 1949 einige Personen in den Hauptausschuß eintraten (S. 299).

Damit ist dann jener Zeitraum der Eingliederungsentwicklung erreicht, in dem diese einerseits durch den entstehenden Staat Bundesrepublik, die Partei BHE (S. 272) und die beginnenden Landsmannschaften (S. 270) gekennzeichnet und darüber hinaus objektiv überhaupt denkbar wurde. Dem Autor ist hier durchaus zuzustimmen, wenn er qualifiziert (S. 388): „Der ungeahnt rasche wirtschaftliche Wiederaufstieg Westdeutschlands . . . in den 50ern ermöglichte die Absorption der Vertriebenen, da er die materiellen Lebensgrundlagen so stark vermehrte, daß auch den Flüchtlingen ihr Teil daran gegeben werden konnte, ohne daß er aus der Substanz der einheimischen Bevölkerung genommen werden mußte. Nur auf diese Weise konnte sich die Eingliederung binnen eines Jahrzehnts völlig ohne jene tiefgehenden politisch-sozialen Erschütterungen in der aufnehmenden Gesellschaft vollziehen, die noch zu Beginn der 50er Jahre von vielen befürchtet worden waren.“

Der dritte Teil von Bauers „Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945—1950“ ist in der Buchausgabe der Dissertation zugefügt worden. Unter der Überschrift „Flüchtling und Bauer: Die Begegnung der Antipoden“ untersucht (S. 341—380) der Autor die Konsequenzen aus der eingangs aufgezeigten starken Belastung ländlicher Gebiete durch die einströmenden Vertriebenenmassen. In Verbindung mit einer weiteren Arbeit Bauers (Bayerischer Bauernverband, Bodenreform und Flüchtlingsproblem. VfZ 21 (1983) 443—482) erhält man einen interessanten „Beitrag zur ländlichen Sozialgeschichte Bayerns“ (S. 16).

Methodisch sind alle drei Teile der Arbeit stark auf zeitgenössisches Aktenmaterial aufgebaut. Bauer hat die Archive verschiedener Ministerien, des Bayerischen Bauernverbandes und des Hauptausschusses sowie die Nachlässe Hoegner, Schäffer und Jaenicke durchgesehen. Hierin liegt der besondere Reiz der Arbeit, aber auch die Gefahr, das Rohmaterial der Akten nicht ausreichend zu qualifizieren („quot non est in litteris, tot non est in mundo!“) und andererseits der Aktenstruktur den Vorrang vor der Problemstruktur zu geben.

Inhaltlich wird man Bauers Arbeit als einen interessanten Beitrag bezeichnen können. Die Dissertation von Otto Eckmeier (Die Flüchtlinge in Bayern) erschien schon 1949 und der Bericht von Martin Kornrumpf (In Bayern angekommen. Die Eingliederung der Vertriebenen. München 1979) deckt die Zusammenhänge zwischen der bayerischen Ministerialbürokratie und dem Flüchtlingsproblem nicht annähernd so weit ab, wie dies Bauers Arbeit tut. Bauer bringt darüber hinaus auch einige neue Forschungsergebnisse. Bereits vor Karl Hefter gab es als Sonderbeauftragten/Staatskommissar für das Flüchtlingswesen Franz von Brentano (den Bruder Heinrich von Brentanos, Außenminister der Bundesrepublik Deutschland von 1955 bis 1961), der etwa von Juli bis November 1945 amtierte (S. 42 ff.). Es war zwar bekannt, daß die österreichischen Behörden im Sommer 1945 in vielen Fällen sowohl sog. Reichsdeutsche als auch Sudetendeutsche nach Vier-Zonen-Deutschland auswiesen, nicht aber, daß die darüber empörte Regierung Hoegner im November 1945

im Gegenzug eine Verordnung zur Ausweisung von Österreichern erließ, die erst am Einspruch der Militärregierung scheiterte (S. 32 f.). Generell hat Bauer den Akten viele Details entnommen, die das bisherige Bild der Jahre 1945—1950 abrunden und ergänzen.

Man hätte sich jedoch eine zweckmäßigere Materialgliederung gewünscht, um die zentralen Probleme bayerischer Flüchtlingspolitik 1945—1950 besser ablesen zu können. Diese liegen zunächst im Zeitablauf selbst. Die Jahre 1945 und 1946 sind von 1950 in vieler Hinsicht viel weiter entfernt als andere vier oder fünf Jahre (etwa zwischen 1955 und 1960). In den wenigen Jahren nach 1945 vollzog sich eine enorme Änderung sowohl in der Bewußtseinslage der betroffenen Bayern und Vertriebenen über die Dauer ihres Zusammenseins als auch in den materiellen Voraussetzungen der Eingliederung und schließlich im Verhältnis dieser beiden Faktoren zueinander. Bauer legt z. B. interessantes Material über Ansiedlungswünsche einzelner und Gruppen von Sudetendeutschen in Bayern von Ende 1945/Anfang 1946 vor (z. B. S. 332) und leitet daraus ab, daß alle Flüchtlinge seit ihrer Einweisung nach Bayern von der Dauerhaftigkeit ihrer Anwesenheit überzeugt waren, bzw. hätten sein müssen. Bauer dokumentiert gelegentlich Vorgaben der Besatzungsmacht aus den Jahren 1945 und 1947 (z. B. S. 44, 75), alle Flüchtlinge auf Dauer einzugliedern. Es fehlen jedoch die etwa gleichzeitigen Reden bzw. Vorschläge der US-Außenminister Byrnes und Marshall (6. September 1946 in Stuttgart, bzw. 9. April und 27. November 1947 in Moskau und London). Diese Äußerungen fanden damals durchaus Beachtung und konnten so interpretiert werden, daß über die offen gehaltene Frage der deutschen Ostgrenze mindestens die Zahl der auf Dauer in Bayern verbleibenden Flüchtlinge offen war.

Diese Überlegung gewinnt an Bedeutung, wenn der Zusammenhang zum materiellen Eingliederungsaspekt hergestellt wird. Wenn es rund 7,3 Millionen Bayern bis Ende 1946 auch gelang, über 1,7 Millionen Flüchtlinge (S. 26) notdürftig aufzunehmen und zu verpflegen, war trotz dieser damals und heute fast unvorstellbaren Leistung unter den wirtschaftlichen Bedingungen des Jahres 1947 für die Möglichkeit dauernder Eingliederung dieser Menschen überhaupt nichts bewiesen. Wenn eine für Bayern so wichtige und über Bayern so informierte Persönlichkeit wie Kardinal Faulhaber noch 1948 in einem Hirtenbrief als „einzige Lösung für das Flüchtlingsproblem“ in Bayern die Auswanderung ansah (S. 386), sollte dies auch heute noch zu denken geben. Wechselwirkungen zwischen der aus dem politischen Rahmen erwachsenden Bewußtseinslage der Betroffenen und den materiellen Möglichkeiten kehren sich nach etwa 1950 um: Nunmehr ist Eingliederung möglich und erfolgt — damit ist weder eine Grenzrevision noch eine Auswanderung erforderlich.

Eine Arbeit über „Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945—1950“ entspricht dem Anspruch ihres Titels nur dann, wenn sie inhaltlich mindestens in groben Zügen jenen zeitlich differenzierten Strukturierungsprozeß nachzeichnet, der die Flüchtlinge aus den Massenlagern 1945/46 mit zwangsläufig „gepackten Koffern“ im wirtschaftlichen Ruinenfeld 1946—1948 bis zu jener Eingliederung in eine neue Struktur Bayerns führte, die erst im wirtschaftlichen Umfeld nach 1948/50 erfolgen konnte. Bauers Arbeit ist, so gewertet, trotz oder gerade wegen ihrer Schlußbetrachtung (siehe oben) lediglich ein Beitrag zum Thema.

Die Arbeit Bauers beeindruckt neben ihrem Anspruch auch durch einen sehr persönlichen Stil. Bereits im Inhaltsverzeichnis heißt es z. B. „Exposition des Problem-aspekts . . . Ein Exkurs“ (S. 7). Dann stößt man auf „Problempertzeption“ (S. 8, 19, 239), „Apperzeptionsdefizit“ (S. 53) und „Perzeptionsbarrieren“ (S. 263), auf „asser-torisch“ (S. 382), „stanta-pede-Participation“ (S. 383), „genuin“ (S. 97, 263, 269) und „Arcana“ (S. 382). Man möchte zwar niemandem einen „Tort antun“ (S. 129), „vagierte“ (S. 44) jedoch in „ernste Bredouille“ (S. 294), und bleibt „ohne Präzedens“ (S. 314) bei der nachdenklichen Frage, was wohl „Licet der Militärregierung“ (S. 267) bedeuten mag; In den Sachzusammenhang paßt sowohl Placet wie Lizens.

Darüber hinaus sind noch einige Anmerkungen angebracht. Ob die Sudeten-deutsche Hilfsstelle der Jahre 1945/46 „offenbar umgehend“ bzw. „offensichtlich noch am Tage der Antragstellung“ (so Bauer S. 253) oder „später“ (so Kornrumpf S. 299) von den Amerikanern genehmigt wurde, ist fast belanglos. Ob sie aber „Hilfsstelle für Flüchtlinge aus den Sudetengebieten“ (so Bauer S. 252 und Korn-rumpf S. 299) oder „Hilfsstelle für die Flüchtlinge aus den Sudetengebieten“ (so Bauer S. 253 und im Register S. 443) hieß, ist schon interessanter. Man wird auch mit einer „Landsmannschaftlichen Vereinbarung der Ostsudetendeutschen“ (S. 270) konfrontiert, die natürlich Vereinigung heißen muß.

In einem Klammereinschub (S. 180) wird als von der Besatzungsmacht diktierte „Priorität“ für die Aufnahme der Ausgewiesenen „möglichst breite Streuung über ganz Bayern“ erwähnt. Da Kornrumpf hierzu nichts aussagt, folgt man mit Interesse Bauers Verweis auf eine andere Stelle seiner Arbeit (S. 75 f.). Dort findet man dann das (im Abkürzungsverzeichnis, S. 389, nicht enthaltene) Kürzel RGCO, keine Sachaussage, wohl aber die textliche Wiederholung der Erstbehauptung (S. 180). Sog. „Protektoratsdeutsche“ erhielten die deutsche Staatsbürgerschaft nicht durch den „Führer“-Erlaß vom 16. März 1939, sondern durch Verordnung vom 20. April 1939: Hier wird lediglich aus Unterlagen zitiert (S. 326), ohne die erforderliche Korrektur aus dem wenige Zeilen später angeführten Staatsangehörig-keitsgesetz vom 22. Mai 1955 anzubringen. Die Verteilung der Flüchtlinge auf die Länder der US-Zone erfolgte (S. 313) ab 5. November 1946 nach dem Wohnraum-bestand. Bayern hatte diesen bereits im Dezember 1945 erhoben und „auch Kam-mern unter 6 qm Fläche noch als Wohnräume gewertet“, die bei den Zählungen in Württemberg-Baden und Hessen „als wohnunwürdig ausgeschieden worden“ waren. Kornrumpf (S. 109) gibt das Gutachten von Prof. Zwiedeneck-Südenhorst zu dem daraus entstandenen Streit wieder; hier liegt die Grenze aber bei 10 m<sup>2</sup>.

Die Arbeit hat auch unterschiedlichen Deutlichkeitsgrad. So wird dem Leser zur Dissertation von Frau Brigitte Bötzer (Das Vertriebenenproblem in der Münchener Tagespresse 1945 bis 1953. 1957) mitgeteilt, daß diese sich nicht auf archivalisches Material stütze und deshalb einige ihrer Urteile „weitgehender Revididierung oder zumindest Differenzierung bedürfen“ (S. 317). Dabei bleibt offen, was gemeint ist. Man hätte sich auch gewünscht, zur berühmten Äußerung des BP-Politikers Jakob Fischbacher Anfang 1947 aus dem vom Autor durchgesehenen Sitzungsprotokoll vom 15. April 1947 (S. 373) Klarheit zu erhalten: War die Heirat zwischen bay-rischen Bauern und Flüchtlingsmädchen nach Fischbachers Ansicht eine „Blutschande“ oder (nur) eine „bluatsschand“?

Beachtenswert auch die Behandlung eines anderen Vorgangs: Im Zusammenhang mit dem oben erwähnten Problem der Wohnraumzählung wurde auch eine Denkschrift bedeutsam, die einem CSU-Abgeordneten „anonym ... zugespielt“ wurde (so Kornrumpf, S. 108) bzw. die sich dieser „verschaffte“ (so bei Bauer, S. 170, aus Archivmaterial zitiert). Bauer nennt als Bearbeiter der von ihm in den Akten gefundenen Denkschrift einen Dr. Korherr und vermutet einen Schreibfehler. („Mit ziemlicher Sicherheit handelte es sich bei dem Verfasser um den Statistiker und Bevölkerungswissenschaftler Dr. Richard Korherr. Für seine Werke vgl.: Gesamtverzeichnis des deutschsprachigen Schrifttums 1911—1965. München 1978, S. 170). Zu diesen Werken gehört auch jene Arbeit, die Dr. Korherr weltberühmt machte: Die im Frühjahr 1943 vom „Inspektor für Statistik“ dem Reichsführer SS Heinrich Himmler vorgelegte „Endlösung der europäischen Judenfrage“, eine „hieb- und stichfeste Bilanz über die zahlenmäßige Entwicklung des Judentums“. Den Verfasser der „Endlösungsstatistik“ im Hintergrund der bayerischen Flüchtlingspolitik aufzufinden, hätte Bauer einige Druckzeilen wert sein sollen. An anderer Stelle hätte man einen Beleg für die pauschale Aussage erwartet, daß die „Ausblendung des Flüchtlingsproblems aus der Geschichtsschreibung zur Zeit nach 1945“ auch darauf zurückzuführen sei, daß „ganz offensichtlich ... die Flüchtlingsproblematik ... unzweideutigen Dogmatisierungstendenzen von seiten der Vertriebenenorganisationen ausgesetzt“ (S. 11) gewesen war. Dieser Beleg sollte freilich besser sein, als der für die „maliziösen Unterstellungen und Anwürfe“ gegen die von Professor Schieder betreute „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ durch „einige verbandspolitische Sprecher der Vertriebenen“. Die angegebene Belegstelle (Schieder, Theodor: Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten als wissenschaftliches Problem. VfZ 8 (1960) 14 f.) führt zu Zeitschriften und Personen, denen diese Qualifikation nicht zukommt.

Generell wird man daher Bauer bescheinigen können, daß er einen in einzelnen Abschnitten interessanten Beitrag zum größten Strukturwandel, den die moderne Geschichte Bayerns bis heute kennt, erarbeitet hat. Die Darstellung „Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945—1950“ wird dem Kenner manches Nachdenkenswertes bieten. Den Anspruch des Titels erfüllt sie nicht; diese Arbeit, die auch Bauers Material auswerten und zeitentsprechend gewichten sollte, bleibt noch zu schreiben.

Grafing

Fritz Peter Habel

*Rudolf M. Wlaschek, Vertriebenenbeiräte in der Verantwortung. Hrsg. v. d. Stiftung „Haus des Deutschen Ostens“. Düsseldorf 1983.*

Den Anstoß zum Abfassen des vorliegenden Buches gaben die im Zusammenhang mit den Kriegshandlungen an der Ostfront sich vollziehenden Geschehnisse und die mit den Ergebnissen der Potsdamer Konferenz vom August 1945 verbundenen Beschlüsse, wie sie Mitteleuropa in seiner gesamten Geschichte bislang nicht erlebt hatte: die Flucht großer deutscher Bevölkerungsteile vor der rasch heran-

nahenden Front im Osten, die Vertreibung weiterer deutscher Bevölkerungsteile unmittelbar nach der Kapitulation des Deutschen Reiches sowie die nahezu vollständige Aussiedlung (= Vertreibung) der noch verbliebenen deutschen Bevölkerung im Zuge des Potsdamer Abkommens aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und der ČSR. Mit diesem sog. Transfer (die Tschechen gebrauchten den Ausdruck *odsun* ‚Abschub‘) der Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße (aus Ostpreußen, Schlesien, Pommern), der ČSR sowie aus Gebieten Südosteuropas gewannen unsere slawischen Nachbarn (Polen und Tschechen) Gebiete, in denen seit Jahrhunderten Deutsche gesiedelt hatten und ein Recht auf Heimat besaßen, das in früheren Zeiten nie in Frage gestellt worden war. Die deutsch-polnische Staatsgrenze war durch Jahrhunderte hindurch eine der stabilsten Grenzen in Europa, und die Deutschen in Böhmen und Mähren lebten, die Hussitenkriege ausgenommen, mit den Tschechen friedlich nebeneinander, zum gegenseitigen Vorteil. Mit der auf der Potsdamer Konferenz abgegebenen Erklärung wurde die Vertreibung der Deutschen aus den östlichen Gebieten fest beschlossen. Die Folge war, daß sich ein Strom von mehr als zwölf Millionen Deutschen vom Osten nach dem Westen ergoß. Die Geschichtsforschung wird noch zu befinden haben, ob das Terrorsystem des NS-Staates einen Transfer von so gewaltigem Ausmaß rechtfertigte oder ob der Transfer nicht auch ein Akt der Hybris und Menschenverachtung nach dem schrecklichen Kriege war, ob es rechtens war, Deutsche zu vertreiben, um eine national homogene slawische Bevölkerung in neuen Staatsgrenzen erwachsen zu lassen.

Millionen deutscher Flüchtlinge, Vertriebenen und Ausgewiesener wälzten sich demzufolge ab Januar 1945 vom Osten nach dem Westen, in die nach dem Kriege errichteten Besatzungszonen. Es ist eine einmalige Tat, wie man damals der unbeschreiblichen Not, der größten Katastrophe deutscher Geschichte, Herr wurde, nachdem die vier Militärverwaltungen der Besatzungsmächte der ansässigen Bevölkerung und den Flüchtlingen die Aufgabe übertrugen, Eingliederung und Integration der Vertriebenen zu vollziehen. Wie diese Aufgabe bewältigt worden ist, wie die Verwaltungen sich der Mithilfe der Flüchtlinge und Ausgewiesenen bedienten, wie Flüchtlingsausschüsse, Vertriebenen- und Flüchtlingsbeiräte ins Leben gerufen wurden und wie sie schließlich funktionierten, darüber gibt die vorliegende Dokumentation Aufschluß.

Herr Dr. jur. R. M. Wlaschek hat hier einen straffen Überblick über die nahezu 35jährige Arbeit des Landesbeirates für das Vertriebenen- und Flüchtlingswesen im Lande Nordrhein-Westfalen vorgelegt. Hierfür hat er mehr als 20 000 Seiten „aus Protokollen, Kurz- und Rechenschaftsberichten, aus Grundsatzreferaten, aus Entwürfen, Entschließungen und Eingaben, aus Informationsschriften und Rundschreiben, aus Stellungnahmen und Änderungsvorschlägen zu Gesetzesvorlagen, Durchführungsbestimmungen, Satzungen und Geschäftsordnungen“ (S. 213) durchgearbeitet und, obwohl selbst Heimatvertriebener, emotionslos eigene Analysen und Werturteile vorgelegt. Die aus 258 Seiten bestehende Dokumentation gliederte er in 24 Abschnitte (Grußwort des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen und das Vorwort des Ehrenvorsitzenden des Landesbeirates für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen eingeschlossen), in denen u. a. vorgestellt werden: Anweisungen und Erlasse zur Organisation des Flüchtlingswesens

in Nordrhein-Westfalen, das Flüchtlingsgesetz von Nordrhein-Westfalen, das Lastenausgleichsgesetz, das Bundesvertriebenengesetz, die verschiedenen Ausschüsse und Tätigkeiten des Landesbeirates, S. 219—239 werden chronologisch Anordnungen, Gesetze, Erlasse, Bekanntmachungen und Entschlüsse aufgezählt. Die folgenden Seiten bringen ein Quellen- und Literaturverzeichnis, ein Personen- und ein Abkürzungsverzeichnis. Statistiken, Gliederungspläne und Abbildungen runden die sorgfältig erstellte und gediegene Publikation ab, die Aufschluß gibt über die Tätigkeit eines relevanten Organs bei der Eingliederung der oben genannten Bevölkerungsguppe in das Land Nordrhein-Westfalen. Wlascheks Buch stellt daher eine sehr solide Grundlage zum Kennenlernen des Flüchtlingsproblems und dessen Bewältigung dar.

Münster in Westfalen

Hubert Rösel

*Hans Lemberg und Ferdinand Seibt (Hrsg.), Deutsch-tschechische Beziehungen in der Schulliteratur und im populären Geschichtsbild.*

Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung, Braunschweig 1980, 222 S. (Studien zur Internationalen Schulbuchforschung 28).

Geschichte ist in einer Gesellschaft so gegenwärtig und politisch wirksam, wie sie meinungsbildende Instanzen und Medien vermitteln; eine besondere Rolle kommt dabei der Schule zu. Deshalb hat die Beschäftigung mit dem offiziell geprägten Geschichtsbild für die Bemühungen um Verstehen und Verständigung zwischen West und Ost fraglos eine Zukunftsbedeutung.

Da sich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakei eine Einrichtung wie die deutsch-polnischen Schulbuchgespräche bisher nicht entwickelt hat, ist die von Ferdinand Seibt angeregte Bestandsaufnahme von deutscher Seite eine verdienstvolle Initiative auf einem schwierigen, politisch sensiblen Gebiet. Gerade weil sie „ganz ohne offiziellen Auftrag und Anspruch“ rein wissenschaftlich im Rahmen der Historischen Kommission der Sudetenländer durchgeführt und zugleich mit der Veröffentlichung in der Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts in dessen beharrliche internationale Vermittlungsarbeit eingebunden wurde, kann sie Annäherung durch Information leisten.

Die Herausgeber leiten den Band mit einem Überblick über die Quellen und den Kontext des Themas ihres Bandes ein. Hans Lemberg zeigt durch eine Periodisierung der tschechischen Schulbücher seit 1948 die Abhängigkeit der Schule von der Politik. Ferdinand Seibts dichte Skizze über „den langen Weg in die Katastrophe“ geht der Polarisierung der historisch so eng verbundenen Deutschen und Tschechen nach, in der ein ideologisiertes Geschichtsbild die Geschichte überwältigt hat.

In einem ersten Abschnitt werden von Walter Schamschula und Irena Raithel-Živsa das Bild der Deutschen in der tschechischen historischen Erzählkunst bis 1939 sowie Böhmen in der deutschen Dichtung von der Aufklärungszeit bis zum Ersten Weltkrieg untersucht. Die Literatur, vor allem der im 19. Jahrhundert zur Haupt-

gattung gewordene Roman, spiegelt und fördert zugleich die Nationalisierung der bürgerlichen Gesellschaft mit ihren zum Teil bis heute verbreiteten Stereotypen; aber sie deutet auch die alltägliche Nachbarschaft von Deutschen und Tschechen an. Drastisch zugespitzt zeigt die nationalen Ressentiments, die sich mit sozialen verbinden, die Karikatur mit ihren „publizistisch lancierten Fremd- und Feindbildern“; Rudolf *Jaworski* analysiert sie für die besonders konfliktreiche Zeit zwischen 1891 und 1907.

Der folgende Abschnitt führt dann zum engeren Thema des Bandes und fragt, „was Vätern und Großvätern auf der Schulbank lag“. Adalbert *Langer* berichtet, wie in den Geschichtslehrbüchern des alten Österreichs im späten 19. Jahrhundert die gemeinsame Geschichte Böhmens zunehmend in den Sog der aktuellen Konfrontation geriet. Daß freilich der politische Wandel nicht immer voll auf den Geschichtsunterricht durchschlagen muß, zeigt eindringlich Hans *Lemberg* am Beispiel des Oberklassenlehrbuchs aus der Feder des bedeutenden Historikers Josef Pekař, der sich vor dem Ersten Weltkrieg in der Auseinandersetzung um eine Konzeption der tschechischen Nationalgeschichte gegen Thomas Masaryk profiliert hatte. Dieses 1914 erstmals erschienene und in der Ersten Tschechoslowakischen Republik offenbar meist verbreitete Gymnasiallehrbuch vertrat auch nach 1918 die These „von der Wichtigkeit und Geschichtsmächtigkeit der deutschen Nachbarschaft für die tschechische Nation“ in einer Weise, die wenig in das grobschlächtige Bild einer nur deutschfeindlichen ČSR paßt. Verzerrt wurde die böhmische Geschichte von diesem Buch erst in der letzten, unter dem Druck der Protektoratszeit veränderten Auflage — im Sinn des deutschen Nationalismus. Offen tschechenfeindlich und konzentriert auf die ‚Martyrerrolle‘ der Sudetendeutschen indoktrinierten die zwischen 1938 und 1945 auch im Sudetenland eingeführten nationalsozialistischen Geschichts- und Erdkundebücher, wie Joseph *Heinrich* zeigt.

Nach dieser Vorgeschichte, die unter verschiedenen Aspekten die Ausgangspositionen am Ende des Zweiten Weltkriegs absteckt, werden die seit 1945 verwendeten Schulbücher aller Schulgattungen vergleichend analysiert. Die Autoren des dritten Abschnitts verfolgen das Geschichtsbild in den tschechischen und den bundesdeutschen Schulbüchern vom Mittelalter „bis zum Schicksalsjahr 1848“: Heidrun *Dolezel* die Zeit Großmährens und des Frankenreiches, Karl *Richter* den Landesausbau in Böhmen und Mähren, Peter *Hilsch* übergreifend das Verhältnis zwischen den böhmischen Ländern und dem Reich, Winfried *Eberhard* und Alfred *Eckert* die Epoche der böhmischen Reformation von 1400 bis 1620, Anna M. *Drabek* das Bild der Habsburger als böhmische Könige in der tschechischen Schule und Peter *Burian* unter den Leitaspekten nationale Wiedererweckung, Aufklärung und Frühindustrialisierung die böhmische Geschichte, besonders das deutsch-tschechische Verhältnis, vom späten 18. bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts. Dabei ergibt sich übereinstimmend, daß auf beiden Seiten Informationsauswahl und Interpretation nach wie vor von den Prinzipien aus der Zeit der Polarisierung bestimmt werden, daß „das alte nationale Geschichtsbild immer noch weitgehend in Kraft ist“ (P. *Hilsch*). Hinter ihm tritt in den tschechischen Büchern auch der Marxismus zurück. Allerdings gelingt es Erich *Hubala* in einer subtilen Auswertung der Kunstgeschichte in der tschechischen Schule, am Beispiel des für die böhmischen Länder so

bedeutsamen Barock einen Rückgang nationaler Identitätsvermittlung unter dem Sozialismus aufzuzeigen.

Wesentlich stärker prägen der Marxismus wie die Prinzipien der westlichen Demokratie dann das Bild des späten 19. und des 20. Jahrhunderts, des Industriezeitalters, dem der vierte Abschnitt gewidmet ist. Doch der nationale Blickwinkel bleibt in den Schulbüchern beider Länder in allen Themenbereichen dominant — mit Stereotypen und auch mit Schuldvorwürfen, vor allem aber dadurch, daß die andere Seite oft überhaupt nicht erscheint. Gerade im Bereich der Zeitgeschichte ignorieren sich Deutsche und Tschechen. Für die Zeit der nationalen Spaltung, Industrialisierung und Arbeiterbewegung bis 1918, die Harald *Bachmann* behandelt, trifft das erst teilweise zu. Weitgehend gilt es dann jedoch, wie Hans *Lemberg* zeigt, für die inneren Verhältnisse in der Ersten Tschechoslowakischen Republik, für die Beziehungen zwischen diesem Staat und der Weimarer Republik, die Manfred *Alexander* beschreibt, für die von Stefan *Dolezel* untersuchte Zeit zwischen 1938 und 1945 sowie besonders für die ‚deutsche Frage‘, die in der Tschechoslowakei nach 1948 praktisch ein Tabu bleibt, was Reiner *Franke*, über die Schule hinausgreifend, mit wenigen knappen Strichen deutlich macht.

Heinrich *Bodensieck* in einer längeren, textnahen Studie und Walter *Sperling* entfalten schließlich in einem letzten Abschnitt die wechselnden Entstehungsbedingungen des schulischen Vergangenheitsbilds und entwickeln aus dem Befund Revisionsvorschläge für den Geschichts- und Geographieunterricht.

In den Schulbüchern der Bundesrepublik wie der ČSSR findet sich zwar manches Bekenntnis zur gemeinsamen Geschichte, aber vorherrschend ist die Distanz — durch nationale Optik oder Informationsversagung —, wobei allerdings das deutsche Geschichtsbild insgesamt offener sein kann als das in den 1970ern wieder verhärtete tschechische. Einstellungen einer verhängnisvollen Vergangenheit werden noch immer so reproduziert, daß Wissenschaft und Schule zu einem Wandel dringend aufgefordert sind. Doch allein daß er dieses wenig bewußte Thema weit ausholend beleuchtet, das Bild des „Nachbarn in der Fibel“, wie es Ferdinand *Seibt* zusammenfassend formuliert, differenziert vorstellt, ist bereits eine wichtige Leistung des vorliegenden Bandes. Herausgeber und Autoren stellen sich der politischen Verantwortung von Wissenschaft, wenn sie, nüchtern unterrichtend, einst eng verflochtene, inzwischen tief getrennte Lebenswelten einander vergegenwärtigen. Dem Band ist daher über das Echo in der Zukunft hinaus auch die intendierte Wirkung, zur deutsch-tschechischen Kommunikation beizutragen, sehr zu wünschen.

Bamberg

Werner K. Blessing

*Gerhard Gesemann, Gesammelte Abhandlungen. 2 Bde.*

Hieronymus Verlag, Neuried 1981—1983, 627 und 694 S. (Selecta Slavica 4. 8).

Gesemann, von 1922 bis zur vorzeitigen Emeritierung auf eigenen Wunsch 1944 Slavist an der Deutschen Universität Prag, hat vor allem im Bereich der südslavischen Literaturgeschichte und der balkanischen Volkskunde Wesentliches geleistet

und sich als Herausgeber der Prager „Slavischen Rundschau“ bemüht, das Kultur- und Geistesleben der slavischen Völker einem deutschsprachigen Lesepublikum nahezubringen (vgl. die Bibliographie seiner Veröffentlichungen in Gesemann: *Germanoslavica*: ‚Geschichten aus dem Hinterhalt‘. Fünf balkanische und eine Prager Novelle aus dem Nachlaß. Frankfurt a. M. 1979, S. 116—122). Bd. 1 der jetzt im Nachdruck vorgelegten Beiträge behandelt „russische Literatur“ und „Südslavische Volksdichtung“, Bd. 2 umfaßt Veröffentlichungen über „Serbokroatische und bulgarische Literatur“, „Balkanische Kultursoziologie“ und „Varia“, darunter drei eindrucksvolle Skizzen zur Situation der Slavistik in der ČSR in ihrem Verhältnis insbesondere zur Bohemistik als Nationalphilologie.

Gesemann kannte den Balkan aus mehrfacher eigener Anschauung, und was er darüber veröffentlicht hat, ist einschließlich seiner hier ebenfalls nachgedruckten „Serbokroatischen Literatur“ (1930) in vielem das kenntnisreichste, was wir bis heute haben; seine Abhandlungen zur russischen Literatur neigen sehr stark zur Psychologisierung, doch stets erweitert Gesemann, sprachlich ein Stilist erster Güte, die Sicht um literarische, künstlerische und personale Bezüge. Leider bleiben die Beiträge unkommentiert und sind auch nicht durch ein Register erschlossen.

„Was uns — Slavisten in slavischen Ländern — nicht not tut: Das Fortwursteln im alten Betriebe der Slavistik an den Universitäten [. . .]. Slavistik als Konzeption und Programm ist heute ein Komplex von früher ungeahnter Weite, aber den zehn Jahren der Verbreiterung sollte jetzt billigerweise die Vertiefung folgen“, schrieb er 1929 (Bd. 2, S. 649), und vieles von dem, was hier zu lesen ist, wirft ein Schlaglicht auf die kulturelle Situation (insbesondere der Slavistik) in der Ersten Tschechoslowakischen Republik (vgl. H. Lemberg: *Die Slavistik in der Tschechoslowakischen Republik — Wissenschaft im politischen Spannungsfeld*. In: *Kultur und Gesellschaft in der Ersten Tschechoslowakischen Republik*. Hrsg. v. K. Bosl und F. Seibt. München 1982, S. 289—301, insbes. S. 292 f.). Den politischen Hintergrund — 1932 wurde Gesemann Dekan der Philosophischen Fakultät, 1933/34 Rektor der Deutschen Universität und unter seinem Rektorat wurde der Insignienstreit neu entfacht — erschließt ansatzweise der kurze Lebensabriß, den der Sohn Wolfgang Gesemann den erwähnten „*Germanoslavica*“ beigegeben hat. Die Zusammenstellung der verstreut erschienenen Beiträge erleichtert nicht nur den Zugang zu einem vor allem für die Kulturgeschichte des Balkans noch immer wesentlichen Werk (die „*Heroische Lebensform*“ ist 1979 als Bd. 1 derselben Reihe nachgedruckt worden), sondern wirft auch ein Schlaglicht auf die Wissenschaftsgeschichte der Tschechoslowakischen Republik und bezeugt, auch wenn es sich um eine „*Slavistik ohne Hinterland*“ (S. 669) gehandelt hat, die Leistungsfähigkeit der Prager Deutschen Universität.

Božena Němcová, *Großmutter. Bilder aus dem ländlichen Leben. Aus dem Tschechischen übertragen und mit einem Nachwort versehen von Josef Mühlberger.*

dtv, München 1981, DM 8,80.

Božena Němcová gilt als die Begründerin der tschechischen Prosa. Ihre Erzählung „Großmutter“ gehört seit ihrem Erscheinen im Jahre 1855 zu den beliebtesten und meistübersetzten Werken der tschechischen Literatur. Ihr unvergänglicher Reiz liegt in der einfachen Schönheit und Harmonie der dargestellten bäuerlichen Welt. Kurzum, eine biedermeierliche Idylle, die in ihrer gehaltlichen Konzeption auf deutsche Vorbilder zurückgeht und in ihrem nationalen Charakter mit Goethes „Hermann und Dorothea“ zu vergleichen ist.

Die Erzählung besteht zunächst aus der idealisierten Lebensbeschreibung der Magdalena Novotná, der frommen, lebensklugen und herzenguten Großmutter der Autorin. Im schlichten und gefühlvollen Erzählton wird keine spannungsvolle Handlung dargestellt, sondern eine die Leserphantasie anregende, lebendig-bunte Bilderfolge aus dem tschechischen Dorfalltag in Nordostböhmen aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Darin verwoben sind biographische Reminiscenzen aus Božena Němcovás unbeschwerter Kindheit in Ratibořice, ethnographische Skizzen von Sitten und Bräuchen der altschechischen Bauern und kleine Episoden um die zahlreichen Nebenfiguren.

Dem natürlichen, geordneten Leben der Bauern wird die vornehme, gekünstelte Schloßwelt gegenübergestellt. Dieser Kontrast führt jedoch zu keinerlei Spannungen, insbesondere weil auch die weltgewandte Fürstin Wilhelmine von Sagan die kluge und herzliche Großmutter bewundert und wie alle Dorfbewohner auf ihren Rat hört.

Die tragische Episode um die von der Liebe enttäuschte Viktorka gehört zu den Höhepunkten der Erzählung. Nur noch in der stillen Natur findet die Kindesmörderin, die das Vertrauen zu Menschen verloren hat, die letzte Zuflucht. Mitgefühl und Verständnis findet sie vor allem bei der Großmutter, die jedem zu helfen weiß.

Nächstenliebe, Naturverbundenheit und Vaterlandsliebe stellen nicht nur die festen Glaubensprinzipien der Protagonistin dar, sie demonstrieren vielmehr bleibende ethische Grundwerte. Stärke und Zuversicht schöpft die Autorin nicht aus der Hoffnung auf politische Umwälzungen, sondern aus dem Glauben an die Liebe der Menschen.

Der deutschböhmisches Dichter und Autor zahlreicher literaturwissenschaftlicher Werke Josef Mühlberger hatte sicherlich keine leichte Aufgabe. Obwohl die „Großmutter“ schon mehrmals ins Deutsche übertragen wurde, galt es doch, gerade dem heutigen Leser die volkstümliche Sprache des vorigen Jahrhunderts zu vermitteln. Durch die Verwendung von österreichischen Dialektizismen (z. B. sakrisch hübsch, Schmetten, Kukuruz, Salettel, Schweinernes, Jause u. ä.) und altertümlichen Ausdrücken (sich abhärmen, Robot, Mahr) ist es ihm durchaus gelungen. Legitim ist auch seine wortgetreue Wiedergabe der teilweise fehlerhaften Syntax des Originals. Die Autodidaktin beherrschte die tschechische Schriftsprache nicht perfekt. (z. B.

S. 36: Nicht nur die Frau Müllerin, mehr Leute scheuten sich, von den Kudrnas etwas anzunehmen . . .)

Manchmal entbehren jedoch die wortgetreuen Übertragungen jeglicher deutscher Idiomatik und widersprechen dem flüssigen, harmonischen Stil der Autorin (z. B. S. 41: Goldherrchen — zlatý panáčku; S. 54: Nun aber allons und hinaus — A teď alou ven; S. 93: Jeder Brief, sei er von wem immer — Každý takový list, buď si od kohokoliv . . .).

Zum Nachwort wäre noch anzumerken, daß die „Großmutter“ keinen Roman, sondern eine Erzählung darstellt. Dafür spricht nicht so sehr ihr Umfang als die Tatsache, daß die Charaktere nicht in ihrer Entwicklung gezeigt, sondern von vornherein auf typische Eigenschaften festgelegt werden.

Marburg

Olga Poštulková

## KURZANZEIGEN

*B a c h m a n n , Harald: Franz Spina. In: Lebensbilder zur Geschichte der böhmischen Länder. Bd. 2. Hrsg. v. Karl Bosl. München-Wien 1976, S. 169—185.*

Zu den führenden Politikern der Sudetendeutschen während der 1. ČSR zählte der aus Markt Türnau (Schönhengstgau) stammende Agrarier Spina, dessen wissenschaftliche und politische Laufbahn bereits in der Monarchie begann. Das Lebensbild versucht die Entwicklung Spinis im Rahmen seiner amtlichen Laufbahn als Gelehrter unter Berücksichtigung seiner Werke nachzuzeichnen und gibt einen zusammenfassenden Überblick zur Thematik seiner politischen Bestrebungen nach literarischen Quellen und Berichten von zeitgenössischen Gewährsleuten.

*B a c h m a n n , Harald: Briefe Constantin von Höflers an Ludwig Pastor aus den Jahren 1877—1896. Archiv für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien 4 (1976) 205—242.*

Höfler, der Begründer der deutschböhmischen Historiographie in Prag und langjährige Ordinarius der Geschichte, gilt als einer der namhaften katholischen Gelehrten, die noch aus dem Münchner Görreskreis stammten. In seinen Briefen an den jungen Historiker der Päpste, Ludwig Pastor, dessen wissenschaftliche Laufbahn er förderte, finden sich zahlreiche bemerkenswerte Erinnerungen an seine Prager Jahre und die innenpolitische Entwicklung Böhmens wie auch der Monarchie. Auch für die katholische deutsche Geschichtsschreibung im 19. Jahrhundert bieten die Briefe aus dem Nachlaß Pastors im Vatikanischen Archiv aufschlußreiche Einzelheiten.

*B a c h m a n n , Harald: Joseph Maria Baernreither (1845—1925). Ein altösterreichischer Staatsmann als Sozialpolitiker. Der Donauraum 22 (1977) 1—24.*

Der namhafte Parlamentarier der Franz-Joseph-Zeit aus dem deutschliberalen Lager wandte sich auf intensive Weise der Sozialreform zu und versuchte auf der Grundlage englischer Vorbilder die Arbeiterfrage in Zisleithanien einer Lösung näherzubringen. Seine Mitarbeit an der Sozialgesetzgebung vom Zeitalter des Ministeriums Graf Taaffe (1879—1893) bis zum Kriegsende 1918 verdient eine eingehendere Würdigung in hohem Maße.

*B a c h m a n n , Harald: Kaiser Karl IV. — Ein Reichstag in Nürnberg (1356). Unterrichtshilfe für ein Stundenbild. Sudetendeutscher Erzieherbrief 25 (1978) 248—255.*

Die Erinnerung an das 620. Jubiläum des Reichstags in Nürnberg (1356) führte auch im schulischen Bereich zu eingehender Beschäftigung mit dem Reichsgrundgesetz des Spätmittelalters. Eine Zusammenfassung der wesentlichen Bestimmungen und Auswirkungen soll als Leitfaden für die pädagogische Arbeit in der Sekundarstufe der Gymnasien dienen.

*B a c h m a n n , Harald: Die sudetendeutsche Geschichtsschreibung von Höfler bis Wostry mit Berücksichtigung der südböhmischen Heimatforschung. Informationsbrief für sudetendeutsche Heimatarchive und Heimatmuseen 17 (1979) 3—18.*

Die Berufung Constantin Höflers nach Prag 1851 war der Ausgangspunkt einer deutschböhmischen Historiographie an der Prager Universität. Höfler wurde bald in wissenschaftliche Kontroversen mit F. Palacký verwickelt, bei denen es um nationale Standpunkte, aber auch um die Erhaltung des österreichischen Gesamtstaates ging. Die böhmische Heimatforschung vertraten Julius Lippert und Wilhelm Wostry, in Südböhmen Matthias Pangerl und Valentin Schmidt, Gelehrte, die den Anteil des Deutschtums an der Entwicklung des Landes darzustellen wußten.

*B a c h m a n n , Harald: Bismarcks Zweibund (1879). Der Versuch einer mitteleuropäischen Integration vor 100 Jahren. Der Donaauraum 25 (1980) 15—25.*

In dem Aufsatz wird der Versuch einer politischen Integration zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn 1879 erörtert. Der Vertrag wurde unter dem Gesichtspunkt beiderseitiger Unterstützung gegen einen Angriff Rußlands vorbereitet und abgeschlossen. Auch bei dem Angriff einer anderen Macht sollte der Vertragspartner wohlwollende Neutralität bewahren.

*B a c h m a n n , Harald: Nationale Spaltung, Industrialisierung und Arbeiterbewegung in den böhmischen Ländern (1848—1918). In: Deutsch-tschechische Beziehungen in der Schulliteratur und im populären Geschichtsbild. Hrsg. v. Hans Lemberg und Ferdinand Seibt. Braunschweig 1980, S. 149—153 (Studien zur internationalen Schulbuchforschung 28).*

Die Schulbuchanalyse bietet Aufschluß über die Behandlung des Zeitraums von 1848—1918 in den einzelnen Schulstufen. Während in den bundesdeutschen Schulbüchern die böhmische Entwicklung nur lückenhaft und vereinzelt Erwähnung findet, sind die tschechoslowakischen Werke, abgesehen von ihrer ideologischen Tendenz, faktographisch im Hinblick auf den ökonomischen Unterbau gründlich gearbeitet. Die Herausbildung der nationalen Spaltung in den böhmischen Ländern wird jedoch fast völlig ignoriert.

*Balcárek, Pavel: Poddanské stížnosti před manským soudem v Kroměříži v letech 1591—1618 [Die Beschwerden der Untertanen vor dem Lehensgericht in Kremsier 1591—1618]. ČMM 99 (1980) 52—74.*

Der Beitrag zur Erforschung der sozio-ökonomischen Entwicklungen im gegebenen Zeitraum beruht auf der Untersuchung der Lehensbücher im Kremsierer Archiv, mit denen sich der Autor schon in seinen vorhergehenden Arbeiten beschäftigte. Die Ergebnisse weisen auf zunehmende Spannungen in Mähren in den letzten drei Jahrzehnten vor der Schlacht am Weißen Berge hin, hervorgerufen durch die wachsende Tendenz zu einer festen Schollenbindung der Grunduntertanen.

*Berwid-Buquoy, Jan N.: Das Attentat auf den stellvertretenden Reichsprotektor von Böhmen und Mähren Reinhard Heydrich. Offene Fragen in den Publikationen tschechischer Autoren. BobZ 22/2 (1981) 413—423.*

In dem Aufsatz werden neue Erkenntnisse und Fragestellungen zu dem Attentat auf den stellvertretenden Reichsprotektor von Böhmen und Mähren Reinhard Heydrich in Prag vom 27. 5. 1942 aufgeworfen, die in den bisherigen Publikationen in der Tschechoslowakei entweder als Fragestellungen ignoriert oder als Erkenntnisse verschwiegen werden.

*Brandes, Detlev: Die tschechoslowakischen National-Sozialisten. In: Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat. Hrsg. von Karl Bosl. München 1979, S. 101—153.*

Die čs. National-Sozialisten standen zwischen den Liberalen und den Sozialdemokraten. Unter ihrem Vorsitzenden, Václav Klofáč, orientierten sie sich vor 1918 an den Liberalen, besonders mit ihrem Eintreten für das böhmische Staatsrecht, ihrem Neoslawismus und Antisemitismus. Nach der Entstehung der Republik und der Aufnahme von Anarchisten und Freidenkern betonten sie die sozialistische und antiklerikale Komponente ihres Programms.

*Charvatová, Kateřina: Hospodářství oseckého kláštera v první polovině 14. století [Die Wirtschaft des Klosters Ossegg in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts]. ČSČH 28 (1980) 239—258.*

Anhand einiger weniger noch erhaltener Dokumente aus der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts wird ein zwar unvollständiges, doch kennzeichnendes Bild von der wirtschaftlichen Struktur eines spätmittelalterlichen Klosters, der Zisterzienserabtei Ossegg bei Dux, entworfen. In erster Linie bestanden die Einkünfte aus den Abgaben der zugehörigen Dörfer. Weiterhin unterhielt das Kloster eigene Wirtschaftshöfe. Ein Teil des erhaltenen oder erwirtschafteten Getreides wurde nach Sachsen ausgeführt. Über Handwerker im Klosterdienst und über den Handel sind kaum Angaben vorhanden. Aus Umbauten in dieser Zeit lassen sich Rückschlüsse auf die finanzielle Lage des Klosters ziehen.

*Codex diplomaticus et epistolaris Slovaciae. Tomus I. Inde ab A. DCCCCV usque ad A. MCCXXXV. Ad edendum praeeparavit Richard Marsina. Preßburg 1971. 472 S., 25 Tab.*

Der erste Band des Urkundenbuches der Slowakei enthält 460 Urkunden aus den Jahren 805—1235 mit Beziehung auf das Territorium der Slowakei in ihren heutigen Grenzen. Für den zweiten Band sind Urkunden von 1235—1260, für den dritten von 1261—1272 vorgesehen. Die anspruchsvolle wissenschaftliche, paläographisch-diplomatisch-historische Würdigung der Quellen reiht das Urkundenbuch zu den bedeutenden Editionsunternehmungen von Quellen für die Entwicklung des Hochmittelalters.

*Čornej, Petr / Felcman, Ondřej: Rozvrstvení feudální třídy v severovýchodních Čechách v letech 1603—1656 [Die Schichtung der feudalen Klasse in Nordostböhmen 1603—1656]. ČSČH 28 (1980) 559—589.*

Die Niederwerfung des Ständeaufstandes von 1620 brachte Verschiebungen im Grundbesitz sowohl in den Dominien des Hochadels (Familien Smiřický, Trčka, Vartenberk) wie auch in den Gütern des Ritterstandes in den ehemaligen Kreisen Königgrätz und Jungbunzlau mit sich. Die Konzentration von Grundbesitz in den Händen von Einzelpersonen wie Wallenstein und Trčka wurde 1634 wieder rückgängig gemacht und der Grundbesitz an die Angehörigen des neuen ausländischen Adels aufgeteilt. Grundsätzlich blieb in diesem Gebiet die Tendenz zu Großgrundbesitz auf Kosten der kleinen Güter bestehen.

*Dokoupil, Blahoslav: Čeněk Kramoliš a jeho místo ve vývoji české historické prózy [Čeněk Kramoliš und seine Stelle in der Entwicklung der tschechischen historischen Prosa]. ČMM 99 (1980) 101—114.*

Der seinerzeit viel gelesene Autor populärhistorischer Belletristik (1862—1949) wird durch den vorliegenden Aufsatz aus der Vergessenheit herausgeholt und sein Werk im literarhistorischen Kontext der modernen tschechischen Literatur mit geschichtlicher Thematik analysiert und bewertet.

*Dolezel, Stephan: „Schicksalswende“ und „Der ewige Jude“. Antisemitische Filmpropaganda am Anfang der NS-Ostexpansion (1939—1940). In: Die Juden in den böhmischen Ländern. Hrsg. von Ferdinand Seibt. München 1983, S. 281—296.*

Ein wesentliches Glied in der propagandistischen Rechtfertigung der NS-Ostexpansion war — wie an zwei „Dokumentarfilmen“ des Dritten Reichs demonstriert wird — das Feindbild „Jude“: „Westjuden“ waren laut „Schicksalswende“ die „Nutznießer“ am Elend der Sudetendeutschen, „Ostjuden“ unterwanderten laut „Der ewige Jude“ die zivilisierte Welt, um sie auszubeuten und zu zerstören. Die filmischen Praktiken der Publikumstäuschung stehen im Mittelpunkt der Analyse.

*Eberhard, Winfried: Konfession, Stände und Nation 1400—1620. In: Deutsche-tschechische Beziehungen in der Schulliteratur und im populären Geschichtsbild. Hrsg. v. Hans Lemberg und Ferdinand Seibt. Braunschweig 1980, S. 110—117 (Studien zur internationalen Schulbuchforschung 28).*

In den besprochenen tschechischen Schulbüchern wird für die Epoche der böhmischen Reformation die Ausbildung von Konfessionen als neue, die Gesellschaft differenzierende Gruppen stark unterbewertet, während andererseits der nationale Aspekt über seine wirkliche Bedeutung hinaus akzentuiert ist. Trotz des großen Gewichts der politischen Stände als oppositionelles Forum findet sich diese ihre Qualität kaum erwähnt; gegenüber den sozialen Bewegungen scheinen ihre „Machtkämpfe“ historisch unerheblich.

*Flodr, Miroslav: K problematice studia dějin zvonařství v českých zemích [Zur Problematik der Erforschung des Glockengießens in den böhmischen Ländern]. ČMM 99 (1980) 75—100.*

Der Autor zieht Bilanz der bis heute vernachlässigten Erforschung des einmal bedeutenden Handwerks der Glockengießer und stellt ein Programm für künftige Arbeiten auf, in dem einzelne Schritte von der Erfassung des Glockenbestandes in den böhmischen Ländern bis hin zu vergleichenden Studien im gesamteuropäischen Rahmen entworfen werden.

*Grycová, Vladimíra: Společenský život horníků na Kladensku koncem 19. století [Das gesellschaftliche Leben der Bergleute im Gebiet von Kladno am Ende des 19. Jahrhunderts]. ČSČH 28 (1980) 536—558.*

Die einheimischen und zugewanderten Bergleute von Kladno schlossen sich zu einer „Standesgruppe“ zusammen und pflegten nach außen hin ein eigenes Standesbewußtsein. Sie führten ein eigenes kulturelles Leben (Bildungs-, Gesangs-, Theater- und BÜchervereine) und entwickelten eine rege kulturpolitische Tätigkeit. Allmählich überwandern sie ihre Exklusivität und schlossen sich der allgemeinen Arbeiterbewegung an.

*Havránek, Jan: Konstantin Jireček na pražské univerzitě [Konstantin Jireček an der Prager Universität]. Slavia 51 (1982) 372—383.*

Anhand von Archivalien der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften in Sofia wird ein lebendiges Bild vom Wirken K. Jirečeks an der Prager Universität geboten, beginnend mit seiner Habilitation 1877 im Alter von 23 Jahren und endend mit seiner Übersiedlung nach Wien 1892/93, unterbrochen von den Jahren in Bulgarien 1879—84. Er hatte Auseinandersetzungen mit Hattala, Kvičala, war gegen die Professur Masaryks, promovierte gegen Widerstände Lubor Niederle. Die Universität Wien wurde für den stillen, unpolitischen Gelehrten zur begehrten Wirkungsstätte.

*Hergemöller, Bernd-Ulrich: Die Verfasserschaft der „Goldenen Bulle“ Karls IV. BobZ 22/2 (1981) 253—299.*

Der Autor versucht, Grundgedanken Konrad Burdachs zur kulturellen Bedeutung der Prager Kanzlei Karls IV. wiederaufzunehmen und durch stilistische und inhaltliche Vergleiche den Anteil des Hofkanzlers an der Abfassung der „Goldenen Bulle“ herauszustellen. Damit wendet er sich vor allem gegen Karl Zeumer (1908), der jede Beteiligung Johanns von Neumarkt in Abrede gestellt hat. Durch Beiziehung des Codex Iuris Canonici, Codex Iuris Civilis und des Schwabenspiegels wird der hohe Grad der inneren Geschlossenheit des Textensembles belegt.

*Huber, Kurt A.: Eduard Winter (1896—1982). Ein Nachruf. Archiv für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien 6 (1982) 7—37.*

Eduard Winter, bekannt als überaus produktiver Erforscher der Geistesgeschichte Ostmitteleuropas — mit den Schwerpunkten Josephinismus, Bolzano, „deutsch-slawische Wechselseitigkeit“ — wird hier vor allem als geistiger Führer eines sehr regsamen Teils der katholischen studentischen Jugend der Sudetengebiete kritisch gewürdigt. Es wird versucht, die innere und äußere Entwicklung mit ihren Wandlungen bzw. Brüchen (1940, 1946) dieser anregenden und umstrittenen Persönlichkeit aufzuzeigen.

*Huber, Kurt A.: Italienische Kulteinflüsse im Barock der böhmischen Länder. Archiv für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien 6 (1982) 103—131.*

Innerhalb der allgemein kulturellen Einflüsse aus Italien in Renaissance und Barock spielten die auf religiös-kirchlichem Gebiet eine wichtige Rolle. Der Loreto-Kult, die Weihnachtsskrippe und das Passionstheater sind die bekanntesten. Eine umfassende Übersicht, die bisher fehlte und die hier versucht wird, bringt eine Fülle von Motiven in Erinnerung: marianische Gnadenbilder und Kulte, Heiligenpatronate, Sodalitäten u. dgl. Träger dieser Vermittlung waren in der Hauptsache Orden und Adel. Die große Aufnahmefähigkeit für fremde Kulte forderte jedoch auch die Besinnung auf die landeseigene sakrale Überlieferung heraus (Balbín SJ u. a.).

*Huber, Kurt A.: Bischöfliche Visitationen in Mähren unter Kaiser Franz I. (1792—1835). Archiv für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien 6 (1982) 132—155.*

Die im Österr. Staatsarchiv vorhandenen Visitationsberichte bilden trotz längerer Jahreslücken (durch Kriegszeiten u. a.) eine wichtige Quelle für die seelsorgliche Situation der Gemeinden. Infolge der staatskirchlichen Struktur erfahren wir auch viel über das Volksschulwesen, einiges über die sozialen, nationalen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Darüber hinaus tragen sie zur besseren Kenntnis der visitierenden Bischöfe (Kardinal Trautmannsdorf/Olmütz, die Brüner Bischöfe Schrattenbach und Stuffer) bei.

Huber, Kurt A.: Anton Ohorn (1846—1924). Ein Beitrag zum Priesterproblem im 19. Jahrhundert. *Archiv für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien* 6 (1982) 271—282.

Am Lebensschicksal des um die Jahrhundertwende als nationalen Bekenntnisdichters bekannten Anton Ohorn wird die Problematik nicht weniger Priesterberufe im 19. Jahrhundert sichtbar: das Motiv der Standeserhöhung bzw. des Einstiegs in das Akademikertum bei der geistlichen Berufswahl und der damit verbundenen Gefahren. Ohorn, Abiturient des Gymnasiums in Böhm. Leipa, trat in das als vornehm geltende Stift Tepl ein in der sicheren Erwartung, als Gymnasiallehrer literarisch wirken zu können. Das Freiheitsbedürfnis des sehr empfindsamen jungen Mannes führte jedoch bald nach der Priesterweihe dazu, sich der eingegangenen Bindung zu entledigen.

Huber, Kurt A.: Die Besetzung einer Leitmeritzer Domherrenstelle im Jahre 1910. *Archiv für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien* 6 (1982) 283—288.

Bei der 1910 fälligen Ernennung eines tschechischen Kanonikers in Leitmeritz durch den Landesherrn gab das Votum des neuernannten Bischofs, Josef Groß, den Ausschlag. Dieser gab einen in der Seelsorge, insbesondere im Organisationswesen, bewährten Priester, der zudem das volle Vertrauen seiner deutschen Pfarrangehörigen besaß, den Vorzug vor einem mehr bürokratischen Typ. Der Unterlegene rächte sich in der Umsturzeit 1918/19, indem er sich auf die Seite der tschechisch-nationalen Opposition gegen Bischof Groß stellte.

Huber, Kurt A.: Die Denkschrift des Episkopates Böhmens aus dem Jahre 1848 über das Verhältnis von Kirche und Staat. *Archiv für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien* 6 (1982) 297—307.

Wenige Wochen nach der sehr umfangreichen Denkschrift des mährischen Episkopates für den Reichstag übergaben auch die Bischöfe Böhmens eine solche der Öffentlichkeit. Sie beruft sich auf das mährische Dokument und beschränkt sich daher auf wesentliche Punkte. Es ging um die Ablösung des josephinischen Staatskirchentums. Innere Gründe deuten auf die Verfasserschaft des Leitmeritzer Theologieprofessors Joseph August Ginzel (1804—1876) hin.

Ivanov, Ju. F.: Jan Gus v sovetskoj poslevoennoj istoriografii [Jan Hus in der sowjetischen Geschichtsschreibung der Nachkriegszeit]. *Sovetskoe slavianovedenie* (1983) Heft 5, S. 97—106.

Die verhältnismäßig wenigen sowjetischen Arbeiten zu Jan Hus und seinem Werk werden vom marxistischen Standpunkt kritisch beleuchtet. In chronologischer Abfolge werden die Thesen der Forscherinnen A. G. Sazonova (1952), I. R. Fischer (1956) und G. P. Belaeva (1958) — im wesentlichen Hus als Vertreter einer im

Feudalismus entstehenden bürgerlichen Bewegung — referiert und für nicht ausreichend befunden. Als weiterführende Arbeiten werden jene von Klíbanov (1944) und Ozolin (1963, 1981) angeführt. Die sowjetische Geschichtsschreibung hat sich demnach noch wenig mit Hussens Einfluß auf die Reformation befaßt.

*Jahn, Egbert: Die parteipolitische Vertretung der Deutschen in der Slowakei. In: Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat. Hrsg. von Karl Bosl. München 1979, S. 203—216.*

Nach einer Darstellung der Siedlungsstruktur, der wirtschaftlichen und sozialen Gliederung der rund 150 000 Deutschen in der Slowakei wird der allmähliche Übergang vom ungarischen Patriotismus der Slowakeideutschen, der noch 1918 vorherrschte, zu deutschnationalen Positionen geschildert. Überdurchschnittlich viele Deutsche erwarteten aber in der Weltwirtschaftskrise auch von der KPTsch eine Lösung ihrer sozialen Probleme, wie ihr Wahlverhalten zeigt.

*Janák, Jan: Snahy o zřízení strojních přádelen vlny v Trebiči v první polovině 19. století [Bemühungen um die Errichtung von Maschinenwebereien in Trebitsch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts]. ČMM 99 (1980) 261—284.*

Anhand von detaillierten Untersuchungen der lokalen Archivalien legt der Autor einen Beitrag zur Erforschung der frühen Geschichte der Tuchmacher- und Wollindustrie in der Trebitscher Gegend vor.

*Kiškin, Lev Sergeevič: Češko-russkie literaturnye i kulturno-istoričeskie kontakty. Razyskanija, issledovanija, soobščeniya [Tschechisch-russische literarische und kulturgeschichtliche Kontakte. Entdeckungen, Forschungen, Mitteilungen]. Moskau 1983, 365 S., 44 Abb.*

Aus den kulturellen Wechselbeziehungen zwischen den böhmischen Ländern und Rußland vom 12. bis zum 20. Jahrhundert werden einzelne Momente beleuchtet. Auf eine allgemeine Übersicht dieser Beziehungen folgt ein Beitrag über dynastische Verbindungen der Kiewer Rus' mit Böhmen, dargestellt an der Frau des Fürsten Vsevolod von Vladimir Marija Vsevoložaja. Der nächste Aufsatz befaßt sich mit dem „Aufklärer“ und Gouverneur von Irkutsk Franz Klička aus Klattau. Im weiteren geht es teils um literargeschichtliche Fragen, die Comenius-Rezeption in Rußland, Puschkín und die tschechische Literatur, P. A. Vjazemskij's Aufenthalt in den westböhmisches Bädern, Svatopluk Čech und Lermontov, das Werk J. Sladeks, teils um den Bereich der bildenden Künste: Mikulaš Aleš, Václav Kafka und Gustav Franke in ihrem Verhältnis zu Rußland.

Bemerkenswert sind die Abhandlungen über den „tschechischen“ Dekabristen Václav, alias Vasilij Vranickij, und über die Hinterlassenschaft der Gräfin Darja Ficquelmont, einer Enkelin Kutuzovs, im Schloß von Teplitz.

*K r á l , Václav: Die Regierungskoalition und das Münchner Diktat im Jahre 1938. Historica 20 (1980) 177—238.*

Der zum „Verrat der herrschenden Klasse an den Interessen des Volkes“ erklärte Entscheidungsprozeß der tschechoslowakischen Regierung im Herbst 1938 wird hier anhand britischer, französischer, deutscher, tschechischer und anderer Archivalien eingehend dargestellt und dabei vor allem Milan Hodža, der „in die Sammlung der abscheulichsten Verräterkreaturen in unserer Geschichte gehört“, aber auch andere Beteiligte der schärfsten Verurteilung unterzogen.

*K r e m p a , Ivan: Prisoedinenie Zakarpatskoj Ukrainy k Českoslovakii [Der Anschluß der Karpatenukraine an die Tschechoslowakei]. Historica 20 (1980) 135—175.*

Die Grenzziehung von 1919, hier interpretiert als Versuch, den Sieg der sozialistischen Revolution und den damit verbundenen Anschluß des damals als Karpatorußland bekannten Gebietes an die Sowjetukraine zu verhindern, wird hier anhand der tschechischen und russischen Literatur untersucht, die politischen Auseinandersetzungen der ersten Jahre der Zugehörigkeit dieser Gebiete zur ČSR dargestellt, ebenso die Einstellung der KPTsch zu diesem Problemkreis.

*K ř í ž e k , Juri: Some Problems of the Birth of Czechoslovakia. Historica 20 (1980) 95—134.*

Der Autor legt hier eine Zwischenbilanz seiner langjährigen Forschungen zu Fragen der politischen Entwicklungen in Böhmen zwischen 1848—1918 vor, die er nicht nur als maßgebend für den Zerfall der Habsburger Monarchie betrachtet, sondern auch als Vorstufen der weiteren, zur sog. sozialistischen Revolution in den meisten Nachfolgestaaten führenden Entwicklungen ansieht. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, wird hier versucht, die allgemeinen sozio-ökonomischen Entwicklungen im Zusammenhang mit der weltpolitischen Situation jener Zeit als erklärende Faktoren darzustellen und zu erläutern.

*K u b ů , František: Rozklad chebské ministeriality a její zápas s městem Chebem [Der Zerfall der Ministerialität im Egerland und deren Kampf mit der Stadt Eger]. ČSČH 30 (1982) 76—99.*

Bis zum Jahre 1322, als das Egerland an die böhmische Krone verpfändet wurde, hat sich dort die Ministerialität behaupten können, wenn auch intern bereits der Verfall eingesetzt hatte, der sich in der Titulierung ausdrückte (milites, nobiles, cives oder deren deutsche Äquivalente). Die Zahl der Ministerialenfamilien, 44 zur Blütezeit der Staufer, ging rapide zurück, ein Teil starb aus (15), ein Teil ging im niederen Adel auf (15) oder reihte sich ins Patriziat ein (5), ein Teil wanderte aus (16). Damit ging auch die Abhängigkeit vom Reich zurück. Seit Karl IV. nahm das Egerland die Form eines Stadtstaates an.

*Kurfürst, Pavel: Untergegangene Instrumente des Volksmusikinstrumentariums in den böhmischen Ländern (Handbaßl, Pläpp'n und Dünngeigchen). In: Časopis moravského muzea v Brně. Vědy společenské LXIV, Ethnographica XIII. Brünn 1979, S. 259—268, 9 Abb.*

Drei heute aus dem Gebrauch gekommene Streichinstrumente werden in ihrer Form, ihren klanglichen Möglichkeiten und ihrer Geschichte vorgestellt und musikwissenschaftlich gewürdigt.

*Malíř, Jiří: Opoziční politické hnutí inteligence a maloburžoazie na Moravě v letech 1896—1909 [Die oppositionelle politische Bewegung und das Kleinbürgertum in Mähren 1896—1909]. ČSČH 28 (1980) 828—862.*

Die sog. mährische fortschrittliche Bewegung wird im Hinblick auf ihre Organisationsstruktur, Presse, fraktionelle Entwicklung und soziale Zusammensetzung, wie auch auf ihre programmatische und praktisch-politische Einstellung hin analysiert. Die Mitgliederzahl nahm bis 1904 ab. 1906/07 bildeten radikale Fortschrittler und Realisten die mährische Fortschrittspartei, die sich 1909 mit der Volkspartei zur volksfortschrittlichen Partei zusammenschloß.

*Marék, Pavel: Ke sporu o prostějovskou německou zemskou reálku [Zum Streit um die Proßnitzer deutsche Landesrealschule]. ČMM 99 (1980) 250—260.*

Nach der Übernahme der Stadtverwaltung von Proßnitz durch tschechische Politiker 1892 entflammte in dieser drittgrößten mährischen Stadt ein nationaler Kampf um das dortige Schulwesen. Im Jahre 1902 spitzten sich insbesondere die Konflikte zwischen dem nun in seiner Mehrheit tschechischen Stadtrat und der deutschen Realschule zu, die 1906 mit der Verstaatlichung dieser Schule endeten. Anhand bisher unbenützter Archivalien stellt der Autor detailliert den Verlauf dieser weithin als Exempel beachteten nationalpolitischen Auseinandersetzung dar.

*Matějka, František: Lánová soustava na západní a střední Moravě [Das Lahnensystem im westlichen und mittleren Mähren]. ČMM 99 (1980) 297—317.*

Eine Auswertung des zweiten mährischen Landeskatasters im Hinblick auf die Größen und Fruchtbarkeitsverhältnisse einzelner Güter in zahlreichen mährischen Gemeinden in der Zeit unmittelbar nach dem Dreißigjährigen Krieg gibt zugleich auch Einblick in die Tätigkeit der Ausmessungskommissionen. Das Ergebnis wird in tabellarischer Form für das Iglauer und Brünnner Land präsentiert.

*Mates, Pavel: Brněnské obecní volby v roce 1935 [Brünnner Gemeindewahlen im Jahre 1935]. ČMM 99 (1980) 231—249.*

Kommentierte Darstellung der Wahlergebnisse und eine Übersicht der zeitgenössischen Berichterstattung sowie einiger Pressekommentare.

*Meľníkov, G. P.: Gorodskoe zemlevladienie v Prage v pervoj polovine XVI veka [Der städtische Grundbesitz in Prag in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts]. Sovetskoe slavjanovedenie (1983) Heft 3, S. 53—58.*

Der Verfasser sucht anhand von 738 von ihm selbst entdeckten und statistisch ausgewerteten Testamenten, die zum größten Teil noch nicht ediert sind und im Archiv der Stadt Prag aufbewahrt werden, die Struktur des Grundbesitzes der Prager Bürger in nachhussitischer Zeit aufzuzeigen. Er unterscheidet dabei zwei Formen von Grundbesitz: Dörfer, Höfe und Felder auf dem Lande und Weinberge in unmittelbarer Nähe der Stadt. Weiterhin wird nach privatem Grundbesitz der einzelnen Stände, Patrizier, Kaufleute, Mitglieder des Magistrats und Handwerker, und kommunalem Besitz unterschieden. Ein wachsender Wohlstand und eine größere sozialpolitische Bedeutung der Bürger wie der Städte werden festgestellt.

*Mencl, Václav: Lidová architektura v Československu [Die Volksarchitektur in der Tschechoslowakei]. Prag 1980, 632 S., 927 Fotos, 485 Zeichnungen im Text, 32 farbige Bildtafeln.*

Dieses posthum erschienene Werk des bekannten tschechischen Architekten, Kunsthistorikers und Pädagogen V. Mencl (1905—1978), der auch politisch im Denkmal- und Umweltschutz tätig war, kann als Standardwerk der Volksarchitektur bezeichnet werden. Es ist das Ergebnis jahrzehntelanger Sammelarbeit und Feldforschung (seit 1925). In acht Kapiteln werden die einzelnen Hausformen nach Gebieten geordnet und der strukturellen sowie historischen Entwicklung folgend beschrieben: Das Lehm- und Steinhaus des Donauraums in der Südslowakei, in Mähren, Böhmen und den Grenzzonen, das Fachwerkhaus im nordwestlichen Böhmen (als fränkisch bezeichnet), das Blockhaus in Böhmen, Mähren und im schlesischen Grenzgebiet, das Blockhaus des Karpatenbogens und dessen Grenzzonen, das Haus der Zipser Deutschen und dessen Einfluß in der Mittelslowakei, das Alpenhaus im Böhmerwald, das Haus der Habaner im mährisch-slowakischen Grenzgebiet und das Berghaus im Gebiet um Kremnitz, schließlich neuzeitliche Dachformen in Böhmen.

Die beiden letzten Kapitel tragen synthetischen Charakter: Das neunte stellt mehr statisch die Verbreitungsgebiete der Hausformen und deren Beziehungen zu den europäischen Kulturen dar, während im zehnten dynamisch von der Entwicklung der Volksarchitektur und deren Sinn die Rede ist.

*Minárik, Jozef: Stredoveká literatúra. Svetová, Česká, Slovenská [Die mittelalterliche Literatur der Welt, Böhmens und der Slowakei]. Preßburg 1980, 353 S., 31 Abb.*

In diesem für das Selbststudium und den Unterricht gedachten Lehrbuch wird zunächst versucht, in skizzenhafter Form die altslawische Kultur und Literatur (vor 800) sowie die mittelalterliche Literatur vom 5.—15. Jahrhundert in ihrem ideologischen und künstlerischen Charakter zu umreißen, um vor diesem Hintergrund dann die slowakische Literatur (800—1500) in kirchenslawischer und latei-

nischer Sprache sowie im slowakisierten Tschechischen ausführlich darzustellen, wobei besonderer Nachdruck auf die Entwicklung der literarischen Genera und deren ästhetische Realisierung gelegt wird. Berücksichtigt wird auch die sog. mündliche Dichtung, die Volksdichtung. Jedem Kapitel sind ausführliche Verzeichnisse der Texteditionen, Übersetzungen und der wichtigsten Sekundärliteratur angefügt, in denen auch die neuere westliche Forschung entsprechend berücksichtigt wird. In den mehr ins einzelne gehenden Anmerkungen erscheinen bibliographische Angaben zu den Originalen und zu den einzelnen Codices. Durch ein Register der Autoren und Werke ist das Buch gut erschlossen.

*M o r a w a , Georg J.: Karel Havlíček im Zeugnis der süd- und nordtiroler Archiven 1851—1855. BobZ 21/2 (1980) 249—287.*

1978 gelang es dem Autor, im Staatsarchiv Bozen und im Tiroler Landesarchiv in Innsbruck eine bislang unbekannte amtliche Korrespondenz über Havlíčeks Verbannung in Brixen zu entdecken. Er präsentiert eine Auswahl der wichtigsten Dokumente.

*M o r a w , Peter: Kaiser Karl IV. 1378—1978. Ertrag und Konsequenzen eines Gedenkjahres. In: Politik, Gesellschaft, Geschichtsschreibung. Gießener Festausgabe für František Graus zum 60. Geburtstag. Hrsg. von H. Ludat und Chr. Schwinges. Köln-Wien 1982, S. 224—317.*

Der Beitrag bringt im Rahmen einer gründlichen Bibliographie *raisonnée* die Auseinandersetzung eines besonderen Sachkenners mit Problemen der Spätmittelalterforschung, wie sie das Gedenkjahr Karls IV. unter biographischem Prätext so reichlich anregte. Von besonderem Wert ist die Stellungnahme Moraws zu den beiden umfangreichen Karls-Biographien aus diesem Zusammenhang von Spěváček und Seibt, wobei den oft gegenstandslosen Invektiven in der tschechischen Arbeit fachlich fundiert entgegnet wird.

*M y l' n i k o v , Aleksandr Sergeevič: Českkoe barokko kak istoriko-kul'turnyj fenomen. Problematika i zadači izučeniya [Der böhmische Barock als kulturgeschichtliches Phänomen. Problematik und Aufgaben der Forschung]. In: Slavjanskoe barokko. Istoriko-kul'turnye problemy epochi. Moskau 1979, S. 99—131.*

Die Diskussion über den Barock in den slawischen Ländern wird auf Böhmen ausgedehnt, wobei die ältere Auffassung, es handle sich dabei um eine ausgesprochen katholische Richtung, zurückgewiesen wird. Untersucht wird in seinen wichtigsten Entwicklungsphasen die „regionale Eigenart“ oder die „nationale Variante“ (D. S. Lichačev) des „Barock in den böhmischen Ländern“, der zu einem typisch „böhmischen (tschechischen?) Barock“ wird. Der Autor hat dafür den Terminus der ideologischen Vieldeutbarkeit der böhmischen (tschechischen?) Kultur (*idejnaja polisemantičnost' češskoj kul'tury*) geprägt.

*M y l' n i k o v , Aleksandr Sergeevič: Kul'tura češskogo v o z r o ž d e n i j a [Die Kultur der tschechischen Wiedergeburt]. Leningrad 1982, 175 S., 7 Abb.*

In diesem populärwissenschaftlichen Taschenbuch, das jedoch gewisse Ansprüche an den Leser stellt und im Rahmen der Serie „Aus der Geschichte der Weltkultur“ erschienen ist, wird versucht, die Entwicklung der tschechischen Kultur von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zum Jahr 1848 anhand eigener archivalischer Studien des Verfassers kulturtypologisch darzustellen. Sie vollzieht sich für ihn auf dem Hintergrund des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, wird jedoch nicht um jeden Preis in das Schema marxistischer Kategorien gepreßt.

Alle Bereiche des geistigen Lebens werden in die Betrachtung einbezogen: Wissenschaft, Literatur, Theater, Musik, die bildenden Künste. Es wird gezeigt, wie wissenschaftliches Denken in die künstlerische Weltsicht eingedrungen ist, wie die Kunst den Charakter, die Problematik und selbst die darstellenden Mittel der Wissenschaft geprägt hat. Die Wiedergeburt wird in den europäischen Kontext gestellt, wobei die Verbindungen zu der Erfahrung der slawischen Völker hervorgehoben werden. Bemerkenswert und originell ist das Urteil über den Barock, der einen „eigenartigen sozialen und ideologischen Polysemantismus“ zeige (S. 11).

*N e n a š e v a , Z. S.: Ideja slavjanskoj obščnosti v sovremennoj sovetskoj i čechoslovackoj istoriografii. (Nekotorye terminologičeskie i teoretičeskie aspekty) [Die Idee der slawischen Gemeinsamkeit in der zeitgenössischen sowjetischen und tschechoslowakischen Historiographie. (Einige terminologische und theoretische Aspekte)]. In: Issledovanija po istoriografii slavjanovedenija i balkanistiki. Moskau 1981, S. 78—96.*

Dargestellt wird die Diskussion über bestimmte in der Geschichtsschreibung und Slawistik häufig wiederkehrende und oft unterschiedlich verwendete Begriffe wie „slawisches Bewußtsein“, „slawische Wechselseitigkeit“, „slawische Gemeinsamkeit“, „Slawismus“ und „slovanství“ zunächst unter den sowjetischen und dann ausführlicher unter den tschechoslowakischen Forschern. Schwierigkeiten ergeben sich dabei aus der Konfrontation dieser zum Teil übernommenen Begriffe mit der marxistischen Geschichtsauffassung.

*N i k o l' s k i j , Sergej Vasil'evič: Češskaja literatura v kontekste slavjanskich literatur epochi nacional'nogo v o z r o ž d e n i j a [Die tschechische Literatur im Kontext der slawischen Literaturen während der Epoche der nationalen Wiedergeburt]. In: Literatura epochi formirovanija nacii v central'noj i jugovostočnoj Evrope. Prosvěšćenie. Nacional'noe v o z r o ž d e n i e. Moskau 1982, S. 97—121.*

Der Verfasser versteht es, in konzisem Stil die Entwicklung der tschechischen Literatur zur Zeit der „nationalen Wiedergeburt“ — der Begriff wird von ihm selbst relativiert — als eine zentripetale Synthese darzustellen, die er auch in der Kunst, der Wissenschaft und in anderen Bereichen des geistigen Lebens nachweist.

Dabei wird auf Analogien und Unterschiede im russischen und südslawischen Raum verwiesen. Von einer Synthese der Nationalsprache, der nationalen Geschichte und Volkskunde sind die Vertreter der Wiedergeburt geprägt, die in einer Person den Historiker, Philologen und Volkskundler vereinigen. Weiterhin wird die Entwicklung von der Aufklärung zur Frühromantik und Romantik auch im sozialen Engagement aufgezeigt.

*Nikol'skij, Sergej Vasil'evič: Dvě épochy české literatury [Zwei Epochen der tschechischen Literatur]. Moskau 1981, 299 S.*

Der inzwischen 60jährige Verfasser, Leiter der Abteilung für slawische Literaturen am Institut für Slawenkunde und Balkanistik der Akademie der Wissenschaften der UdSSR gilt als bedeutender Bohemist und erfreut sich auch in der Tschechoslowakei eines guten Rufes. In diesem Buch behandelt er in verschiedenen kleineren Aufsätzen zwei entscheidende Epochen im Verlauf der tschechischen Literatur, die Zeit der nationalen Wiedergeburt und die „Literatur großer Probleme“ in der Zwischenkriegszeit. Neben rein historischen Untersuchungen stehen detaillierte Analysen von Stil und Komposition. So werden im ersten Teil verschiedene Entwicklungsstadien am Schaffen von V. Hanka und J. Linda, F. L. Čelakovský und K. H. Mácha dargestellt und russisch-tschechische Beziehungen in der Rezeption von Volksdichtung aufgedeckt. Im zweiten Teil werden die Werke von J. Hašek, K. Čapek, J. Wolker, V. Nezval u. a. in stilistischer und philosophischer Hinsicht analysiert, wobei Spannungen zur marxistisch geprägten Weltanschauung des Verfassers zu spüren sind.

*Opelík, Jiří: Josef Čapek. Prag 1980, 361 S. (Melantrich: Odkazy pokrokových osobností naší minulosti).*

Der Prager Literaturhistoriker legt eine umfangreiche biographische und literaturhistorische Studie über den nach seiner Meinung bei weitem noch nicht genügend gewürdigten Maler und Schriftsteller Josef Čapek vor. Eher als Bruder von Karel Čapek als wegen seines eigenen Werkes bekannt, hinterließ Josef Čapek sechzehn Titel eigener, erzählender Werke sowie Lyrik, deren Entstehung und Stellenwert in der tschechischen und gesamteuropäischen Literatur hier dargestellt werden. Anhand der detaillierten Untersuchung der Lebenswege des im April 1945 tragisch nach über fünfjähriger KZ-Haft umgekommenen Künstlers legt der Autor besonderen Wert auf die umfassende Analyse seiner intellektuellen Entwicklung, in der eine intensive Auseinandersetzung zwischen der tiefen Verbundenheit mit den tschechischen kulturellen Traditionen und der Aufgeschlossenheit für die neuesten westeuropäischen und besonders die deutschen Tendenzen im literarischen und künstlerischen Schaffen die Hauptrolle spielten. Eine Auswahl aus Čapeks literarischem Werk sowie eine umfangreiche Bilddokumentation ergänzen die Studie.

*O p i t z , Alfred: Der tschechische Nationalstaat im Jahre 1919. Nachrichten und Kommentare aus den Berichten der sächsischen Gesandtschaft in Wien zu innerstaatlichen, national- und außenpolitischen Problemen seines Aufbaus. BohZ 22/1 (1981) 43—78.*

Die Lage in der neu entstehenden Tschechoslowakei wurde, wie dies auch sonst für die ‚Nachfolgestaaten‘ geschah, in den Berichten der bis Ende 1919 noch amtierenden alten sächsischen Gesandtschaft in Wien aus dem aktuellen Stand der Dinge heraus umsichtig und z. T. recht eingehend beleuchtet; wovon hier in ungefährer chronologischer Folge, bei Zusammenfassung einiger wesentlicher Themenbereiche und unter Hinzufügung des nötigen verbindenden Textes einiges Wichtige ausgebreitet wird — ein unverfälschter zeitgenössischer Fakten-, Problem- und Meinungsspiegel aus unmittelbarer täglicher Beobachtung heraus.

*O t r u b a , Gustav: Die Familie Leitenberger. In: Lebensbilder zur Geschichte der böhmischen Länder. Bd. 4. Hrsg. von Ferdinand Seibt. München 1981, S. 91—117.*

Die Familie Leitenberger zählte zu den bedeutendsten böhmischen Textilfabrikanten. Sie war führend in der Mechanisierung der Branche und leitete die industrielle Revolution in Böhmen ein. Ausgehend von den Kattundruckereien und -webereien in Wernstadt, Neu-Reichstadt, Kosmanos-Josefsthal erlangte die aus einer Lewiner Färberfamilie entstammende Familie Leitenberger europäische Bedeutung durch Exporte in die Türkei, nach Polen und Rußland.

*O t r u b a , Gustav / B r o u s e k , Karl M.: Bergbau und Industrie Böhmens im Zeitalter des Neoabsolutismus und Liberalismus 1848 bis 1875. 2 Tle. BohZ 23 (1982) 51—91, 318—369.*

Die vom erstgenannten Autor seit Jahrzehnten betriebene Industriegeschichte Böhmens auf topographischer Grundlage und nach Wirtschaftszweigen gegliedert, wobei größere Betriebe seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts namentlich genannt und durch Kennzahlen in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung erfaßt wurden, findet durch diese Veröffentlichung mit der „Großen Depression“ in dieser Methodik seinen Abschluß. Die „Handelskammerberichte“ ermöglichen letztmalig eine topographische Aufarbeitung, wobei deren Daten anhand der Ergebnisse der jüngeren tschechischen Forschung ergänzt wurden.

*O t r u b a , Gustav: Der Anteil der Juden am Wirtschaftsleben der böhmischen Länder seit dem Beginn der Industrialisierung. In: Die Juden in den böhmischen Ländern. Hrsg. von Ferdinand Seibt. München 1983, S. 209—268.*

Es wird hier erstmals der Versuch unternommen, anhand des amtlichen und erreichbaren privaten statistischen Materials sowie der Branchenadreßbücher die vermutlich den Juden zuzuordnenden Industriellen und sonstigen Wirtschaftler zu

ermitteln und deren Einfluß in den einzelnen Wirtschaftszweigen herauszuarbeiten. Obwohl ein mit der Thematik vertrauter Genealoge kritisch mitwirkte, ist das Ergebnis im Einzelfall anfechtbar; in der Gesamtwertung aber kommt den Ergebnissen eine hohe Verlässlichkeit zu.

*Otruba, Gustav: Statistische Materialien zur Geschichte der Juden in den böhmischen Ländern seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts. In: Die Juden in den böhmischen Ländern. Hrsg. von Ferdinand Seibt. München 1983, S. 323—351.*

Es wird das vielfältige statistische Material über die Juden in den böhmischen Ländern zusammengestellt. Seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts (Volkszählungen unter Maria Theresia und Joseph II.) bis in die Zwischenkriegszeit wird in den amtlichen Statistiken und deren privaten Auswertungen immer die Frage nach der Religion gestellt. Relativ früh erscheinen Kombinationen mit der nationalen Zugehörigkeit (Muttersprache), recht spät mit den ausgeübten Berufen, der Zugehörigkeit zu Wirtschaftszweigen und dem sozialen Stand. Wegen der laufend geänderten Erhebungskriterien wird die Vergleichbarkeit der älteren mit den jüngeren Statistiken sehr erschwert.

*Palacký, František (1798—1876). A Centennial Appreciation. East European Quarterly 15 (1981) Nr. 1, 152 S.*

Eine ganze Nummer der Zeitschrift wurde dem Palacký-Jubiläum gewidmet. Sie bringt 12 Beiträge von einem internationalen Symposium, das am 14. August 1976 in der Georgetown University in Washington stattfand. Amerikanische und tschechische Historiker legen hier Aufsätze vor, in denen die neueste Forschungslage, viele Aspekte von Palackýs Leben und seines Werkes erläutert werden. Palackýs Rolle für die Entwicklung des tschechischen Nationalismus und die Politik des 19. Jahrhunderts, seine Beziehung zum tschechischen kulturellen und wissenschaftlichen Leben sowie seine persönlichen Lebensschicksale kommen hier insbesondere zur Sprache.

*Pánek, Jaroslav: Zápas o charakter české stavovské opozice a sněm roku 1575 [Das Ringen um den Charakter der böhmischen Ständeopposition und der Landtag von 1575]. ČSČH 28 (1980) 863—887.*

In der Durchsetzung der gemeinsamen Interessen der Feudalherren auf Kosten des Herrschers, der königlichen Städte und untertänigen Bevölkerung geht die Ständegemeinschaft (die weitere Opposition) als einziger Garant für die Eigenständigkeit des böhmischen Staates gegenüber dem habsburgischen Zentralismus einheitlich vor. In der Erörterung ideologischer Fragen ist sie in eine radikalere Mehrheit der Neoutraquisten und Böhmisches Brüder (die engere Opposition) und eine loyalere katholisch-altutraquistische Minderheit gespalten, was weitreichende Bedeutung haben sollte.

*Parallel Politics: Essays from Czech and Slovak Samizdat.* Hrsg. von H. Gordon Skilling und Vilém Prečan. *International Journal of Politics* XI, No. 1 (Spring 1981) 103 S. (Sondernummer der genannten, auf Übersetzungen spezialisierten Zeitschrift).

Die Schrift setzt sich zum Ziel, einen Überblick über verschiedene Strömungen nicht konformen politischen Denkens in der Tschechoslowakei der siebziger Jahre zu ermöglichen. Zu diesem Zweck werden sechs Aufsätze von Autoren verschiedenen Alters und verschiedenen Denkansatzes in englischer Übersetzung mitgeteilt. In der Tschechoslowakei gehen diese Aufsätze lediglich als maschinenschriftliche Samizdatvervielfältigungen von Hand zu Hand.

Am Ende werden kurz die Personalien der sechs Autoren — Jan Patočka, Milan Šimečka, Miroslav Kusý, Jakub Trojan, Rudolf Battěk, Jan Tesař — angeführt.

*Paul, David W.: Czechoslovakia: Profile of a Socialist Republic at the Crossroads of Europe.* Boulder, Col., Westview Press 1981, XIV + 196 S. Mit einer Karte, Fotografien und Tabellen.

Nach einer Einführung in den historischen Hintergrund werden in fünf Kapiteln die gegenwärtigen politischen und außenpolitischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen und bildungspolitischen Strukturen, Institutionen und Probleme der sozialistischen Tschechoslowakei detailliert und übersichtlich dargestellt und diskutiert.

*Pernes, Jiří: Česká buržoazie a dělnické hnutí na Moravě v 80. letech 19. století [Tschechische Bourgeoisie und die Arbeiterbewegung in Mähren in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts]. ČMM 99 (1980) 19—39.*

Eine Darstellung der Arbeiterfrage in den führenden mährischen Zeitungen jener Zeit, ergänzt durch die Analyse der Einstellungen Karel Adámeks, Adolf Stránskýs und eigene Stellungnahmen sowie Handlungen der mährischen Arbeiterorganisationen.

*Petrášová, Markéta: Rodinné obrady a obyčeje Ukrajinců-Rusinů na Tachovsku [Riten und Bräuche des Familienlebens bei den Ukrainern-Rusinern im Gebiet von Tachau]. Český lid 68 (1981) 214—222.*

Im Jahre 1947 kamen Ukrainer aus den Karpaten in dieses Gebiet. Sie wiesen ein niedrigeres kulturelles Niveau als das tschechische Ethnikum auf. Unter dem Druck ihrer Umgebung haben sie viele ursprüngliche Bräuche aufgegeben. Im familiären Rahmen (Geburt und Taufe, Hochzeit, Beerdigung) wird an jenen Bräuchen, die mit kirchlichen Zeremonien verbunden sind (offensichtlich sind sie griechisch-katholisch), festgehalten, aber auch an jenen, die mit materiellen Funktionen zusammenhängen. Der nichtreligiöse Teil nimmt deshalb an den kirchlichen Zeremonien teil, weil sie einen wichtigen gesellschaftlichen Integrationsfaktor darstellen.

*Plch, Jaromír (Hrsg.): Antologie z české literatury národního obrození [Anthologie aus der tschechischen Literatur der Nationalen Wiedergeburt]. Prag 1978, 425 S., 80 Abb. auf Tafeln.*

Dieses Handbuch ist von seinem Herausgeber als Hilfsmittel für ein breites und vielseitiges Studium des literarischen Prozesses in der Zeit der Wiedergeburt gedacht. Die Textbeispiele, die sich meist auf kritische Ausgaben, aber auch auf die Originale stützen, sind in vier Gruppen zusammengefaßt, die folgendermaßen charakterisiert werden können: Die Volksdichtung und die Anfänge der Dichtung, der erzählenden Prosa und der Dramatik, das literarische Schaffen von der Mitte des ersten Jahrzehnts bis in die dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts, wozu auch die problematischen „Handschriften“ gehören, die dreißiger und vierziger Jahre, die Romantik und die Abschlußphase mit der Entscheidung der politischen Publizistik. Deutlich werden sollen u. a. gewissermaßen als Einleitung in die Literaturwissenschaft grundlegende Entwicklungstendenzen des literarischen Schaffens, die Entfaltung der literarischen Genera, der Wandel in der Beziehung zur Volksdichtung, aber auch der Beitrag der Wissenschaft zum literarischen Prozeß, Geschichte und Funktion des Verses sowie die Problematik der Literatursprache (Normierung und Kodifizierung, Wortschatz).

*Pokstefl, Josef: Verfassungs- und Regierungssystem der ČSSR. München 1982, 355 S. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 42).*

Die Arbeit enthält zunächst eine Darstellung des geltenden tschechoslowakischen Verfassungs- und Verwaltungsrechts einschließlich der Verfassungs- und Rechtswirklichkeit und damit der Frage der faktischen Machtstruktur sowie einen historischen Überblick über die Entwicklung auf diesem Gebiet seit 1945. So entstand eine systematische Darstellung des bestehenden Herrschaftssystems in der Tschechoslowakei. Ein umfangreicher Dokumententeil (ca. 250 Seiten) verfolgt den Zweck, dem deutschen Leser die grundlegenden Gesetzgebungsakte, welche die Rechtsbasis des Verfassungs- und Regierungssystems darstellen, zugänglich zu machen. Hier finden sich die wichtigsten Bestimmungen über die Rechtsstellung und die Befugnisse der Träger der Gesetzgebungs-, Exekutiv- und Kontrollgewalt sowie der richterlichen Gewalt, ferner das Statut der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.

*Pop, I. I.: Sovetsko-čechoslovackij dogovor 1943 g. i. formirovanije novogo vnešopolitičeskogo kursa Čechoslovakii [Der sowjetisch-tschechoslowakische Vertrag von 1943 und die Ausbildung eines neuen außenpolitischen Kurses der Tschechoslowakei]. Sovetskoe slavjanovedenie (1983) Heft 6, S. 27—31.*

Durch den am 12. Dezember 1943 in Moskau von Beneš unterzeichneten sowjetisch-tschechoslowakischen Freundschaftsvertrag, von dem die beiden anderen Großmächte, Großbritannien und die USA, auf dem Treffen der Außenminister im Oktober in Kenntnis gesetzt worden waren, erfuhr die Außenpolitik der Tschechoslowakei ihre entscheidende Wende, das Konzept eines Cordon sanitaire zerfiel, und der Weg, der zum Februar 1948 führen sollte, war betreten.

*Prečan, Vilém: Die sieben Jahre von Prag 1969—1976. Briefe und Dokumente aus der Zeit der „Normalisierung“. Frankfurt am Main 1978, 254 S.*

Anhand eigener Korrespondenzen, Tagebucheintragen, Notizen aufgrund von Polizeiverhören sowie anderer persönlicher Dokumente bietet der Verfasser Einblicke in die Verhältnisse tschechoslowakischer Intellektueller seit dem Beginn der „Normalisierung“ nach der Invasion im August 1968.

Im Mittelpunkt steht das sog. Prager Schwarzbuch, zu dessen Autoren der Verfasser gehörte. Das „Schwarzbuch“ ist eine Dokumentation über den gewaltlosen Widerstand in Prag während der Tage vom 21.—27. August 1968; die Veröffentlichung bot Anlaß zur Diskriminierung und strafrechtlichen Verfolgung der Verfasser. Unter diesbezüglichen Dokumenten wird im Buch u. a. eine offizielle Note der Sowjetregierung an die Regierung der ČSSR vom 27. Dezember 1968 zum ersten Mal publiziert, deren Abschrift sich der Verfasser während seiner Verhöre in den Akten des Staatssicherheitsdienstes beschafft hat.

*Prečan, Vilém: Probleme des tschechischen Parteiensystems zwischen München 1938 und dem Mai 1945. In: Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat. Hrsg. von Karl Bosl. München 1979, S. 529—552.*

Es handelt sich um den ausgearbeiteten Beitrag zu einer Tagung des Collegium Carolinum (April 1978). Schwergewicht wird gelegt auf die Bedeutung des Zusammenbruchs von 1938 für die Entwicklung von dem partei- und nationalpolitischen Pluralismus der Ersten Tschechoslowakischen Republik zur späteren partei- und nationalpolitischen Uniformität. München 1938 wird als die größte Zäsur in der vorwiegend kontinuierlichen Entwicklung der modernen tschechischen Nationalgeschichte betrachtet.

*Prečan, Vilém: Politika a taktika KSČ 1945—48 [Politik und Taktik der KPTsch 1945—48]. In: Únor očima vítězů i poražených o třicet let později [Februar 1948 mit den Augen der Sieger und der Besiegten dreißig Jahre danach gesehen]. Hrsg. von Pavel Tigrid. Köln 1979, S. 49—66 (Doba 6).*

Der Vortrag wurde auf einem Symposium des tschechoslowakischen Exils 1978 gehalten, das unter dem Thema der Publikation abgehalten wurde. Der Beitrag richtet sein Augenmerk besonders auf den Unterschied zwischen der KPTsch als revolutionärer Kader- und Massenpartei, abhängig von der KPdSU, und gewöhnlichen Parteien in einem demokratischen Nationalstaat.

*Prečan, Vilém (Hrsg.): „O vývoji a situácii na Slovensku.“ Rozbor pripravený pro šmidkeho moskevskou misi v létě 1944 [„Über die Entwicklung und Lage in der Slowakei.“ Die für die nach Moskau im Sommer 1944 entsandte Mission Šmidke vorbereitete Analyse]. Svědectví 58 (1979) 361—382.*

Dies ist die erste wortgetreue Wiedergabe des viel besprochenen parteiinternen Dokuments der illegalen slowakischen KP vom 7. Juli 1944, das G. Husák ver-

faßt hat. In diesem Dokument wird u. a. der Anschluß der Slowakei an die UdSSR als sauberste Lösung vorgeschlagen. Die Publikation ist mit einer eingehenden Einführung versehen.

*Prečan, Vilém: Historik proti násiliu [Ein Historiker widersteht der Gewalt]. In: Zborník o Slovenskom národnom povstaní [Sammelschrift den slowakischen Nationalaufstand 1944 betreffend]. Bd. 2. Toronto 1980, S. 5—14.*

Es wird versucht darzustellen, wie der slowakische Historiker Jozef Jablonický in ungleichem Kampf versucht, seine Berufung gegenüber einem Staat durchzusetzen, der ihn zu Konformität zwingen und, wenn das nicht geht, brechen will. Es handelt sich um das Vorwort zu zwei Arbeiten von Jablonický zum Thema der Sammelschrift, die nur außerhalb der Tschechoslowakei veröffentlicht werden konnten.

*Prečan, Vilém (Hrsg.): Acta creationis. Unabhängige Geschichtsschreibung in der Tschechoslowakei 1969—1980 (Independent Historiography in Czechoslovakia, 1969—1980). Hannover 1980, LX + 252 S.*

Die Schrift wurde für den XV. Internationalen Kongreß für Geschichtswissenschaften (Bucharest, August 1980) vorgelegt. Sie besteht aus vier Abschnitten, die mit Ausnahme des dritten zweisprachig — deutsch und englisch — geboten werden.

Der erste Abschnitt führt in die Probleme unabhängiger Geschichtsschreibung in der „normalisierten“ ČSSR nach 1968 ein; der zweite bringt ein bibliographisches Verzeichnis erfassbarer Arbeiten (insgesamt 182 Titel, mit Anotationen versehen), die im Ursprungsland nicht veröffentlicht werden durften. Der dritte Abschnitt bringt Inhaltszusammenfassungen von einer Reihe solcher Arbeiten. Der letzte Abschnitt ist ein Anhang, der zwei Aufsätze, die je einen tschechischen und einen slowakischen Historiker betreffen, bietet.

*Prečan, Vilém: Kultivační a průzkumný význam Charty 77 [Charta 77 als Stoßtrupunternehmen in Richtung auf humanere politische Verhältnisse]. In: Vývoj Charty [Die Entwicklung der Charta]. Hrsg. von Pavel Tigríd. Köln 1981, S. 7—29 u. 150—176 (Doba 9).*

Der Aufsatz sucht nach vier Jahren der Aktivität der Charta 77 eine Bilanz ihres Wirkens nach innen und außen zu ziehen. Es wird gefragt, inwieweit Charta 77 praktische und theoretische Anstöße zu einer zukünftigen Regeneration des gesellschaftlichen und politischen Lebens in der Tschechoslowakei gegeben hat. — In einem Anhang ist dem Aufsatz eine Auswahl einschlägiger Texte der Charta 77 beigefügt.

*Prečan, Vilém: H. Gordon Skilling — 70 let [H. Gordon Skilling zum 70. Geburtstag]. Listy 12/1 (1982) 35—42.*

Der Festsatz für den hervorragenden kanadischen Slawisten, Politologen und Historiker zeichnet ein Bild von dessen Lebenswerk. Im besonderen wird dabei auf seine Begegnungen mit und die weitere Entwicklung seines Verhältnisses zur Tschechoslowakei eingegangen, auf deren Zeitgeschichte sich Skilling während der letzten 15 Jahre, auch in seinen Publikationen, spezialisiert hat.

*Prečan, Vilém: Svědectví a Československo do roku 1968 [„Svědectví“ und die Tschechoslowakei bis zum Jahre 1968]. In: Svědectví Pavla Tigrida [Pavel Tigrids „Svědectví“]. Hrsg. von Jiří Lederer. München 1982, S. 81—98.*

Der Beitrag wurde im Rahmen eines Symposiums anlässlich des 25jährigen Bestehens der tschechoslowakischen Exilzeitschrift *Svědectví* (Zeugnis) vorgebracht. Seine Grundlage bildet eine bei Lesern der Zeitschrift, die damals in der Tschechoslowakei lebten, angestellte Enquete. Im Mittelpunkt der Betrachtungen steht die Frage der Wirkung und des Einflusses der Zeitschrift in der Tschechoslowakei der Jahre 1956—1967.

*Procházka, Roman Frhr. v.: Die staatsrechtliche Stellung und kulturpolitische Bedeutung des historischen böhmischen Herrenstandes. BohZ 22/1 (1981) 112—122.*

Eine erweiterte Neubearbeitung der Abhandlung des Verfassers in dem im Jahre 1973 erschienenen „Genealogischen Handbuch erloschener böhmischer Herrenstandsfamilien“ mit staats- und privatrechtlichen Privilegien derselben sowie mit besonderer Berücksichtigung der kulturpolitischen Bedeutung dieser Geschlechter in Geschichte und Gesellschaft der historischen Länder der böhmischen Krone.

*Procházka, Roman Frhr. v.: Das echte „Prager Deutsch“ der Kleinseite. Prager Nachrichten (München) 32/4 (1981) 5—6.*

Polemische Abhandlung über die Eigenheiten und maßgeblichen Kriterien des wirklichen alten „Prager Deutsch“, wie es bis ins 20. Jahrhundert hinein in Prag von Adel und eingesessenen Altprager Familien gesprochen wurde, und das zufolge mangelnder Geschichtskennntnisse in tendenziöser Literatur und verantwortungslosen öffentlichen Kommunikationsmitteln mit dem sogenannten „Kuchel-Böhmisch“ und dem vulgären „Böhmakeln“ verwechselt wird.

*Procházka, Roman Frhr. v.: Verzeichnis der noch existierenden historischen staatsrechtlich böhmischen Adelsgeschlechter. BohZ 23/2 (1982) 399—403.*

Eine möglichst vollkommene Liste aller noch existierenden, zum staatsrechtlich böhmischen Adel gehörenden Geschlechter aus böhmischem Uradel sowie derjenigen, die das Inkolat in den Ländern der böhmischen Krone erworben haben, mit Anführung der Verleihungsdaten sowie Abhandlung über die staatsrechtliche Stellung dieser nunmehr zahlenmäßig abgeschlossenen Familiengruppe, mit einschlägigen Literaturangaben.

*Procházková, Roman Frhr. v.: Belange der Familienforschung. Heidelberg-Eltville 1983, S. 1—27. (Flugschriften zur Familienkunde und Familienpflege 17. Hrsg. vom Bund der Familienverbände e. V.).*

Referat über die berechtigten Belange der Familienforschung, mangelhafte Wiedergabe alter deutscher Orts- und Familiennamen in den Ländern der böhmischen Krone, der altböhmischen sogenannten Wappenvetterschaften und der persönlichen Titel kirchlicher Würdenträger in Böhmen, Mähren und Schlesien sowie der Kumulierung der Familiennamen des Ehegatten mit dem Prädikate ihres Geburtsnamens verheirateter Frauen in böhmischen Landtafeleintragungen.

*Rejchrtová, Noemi: Dětská otázka v husitství [Die Kinderfrage im Hussitismus]. ČSČH 28 (1980) 53—77.*

In der Zeit des Hussitismus wandelt sich die Einstellung gegenüber dem Kind, das nicht mehr wie im Mittelalter nur in seiner passiven Rolle oder als Miniatur des Erwachsenen gesehen wird. Dies wird anhand der Chronik des Vavřinec von Březová und Liedern mit Kinderthematik aufgezeigt. Säuglingen wird — anders als im Katholizismus — bereits die Eucharistie gespendet. Die Taboriten verschonen im Unterschied zu ihren Gegnern, Sigismund und die Chiliasten, Frauen und Kinder in den kriegerischen Auseinandersetzungen. Die pädagogischen Bemühungen um das Kind in der Brüderunität, vor allem dann bei Comenius, werden hier grundgelegt.

*Riedl, Alfred / Eckert, Alfred: Sebastian Span. In: Lebensbilder zur Geschichte der böhmischen Länder. Bd. 4. Hrsg. von Ferdinand Seibt. München 1981, S. 549—569.*

Mit Sebastian Span, zugleich Bergjurist, Politiker und Laientheologe von Format, Emigrant, ja Glaubensflüchtling, wird erstmals eine evangelische Bekennergestalt Deutsch-Böhmens in echt ökumenischem Sinne vorgestellt und charakterisiert. Seine Werke sind für das künftige europäische Montanrecht wie für die ökumenische Gebetsliteratur Pionierleistung, die von der Forschung in beiden Bereichen bisher vernachlässigt wurde.

*Rösel, Hubert: Paul Josef Šafařík. In: Lebensbilder zur Geschichte der böhmischen Länder. Bd. 4. Hrsg. von Ferdinand Seibt. München 1981, S. 137—163.*

P. J. Šafařík, geb. 1795 in der Ostslowakei, gest. 1861 in Prag, zählt neben Dobrovský, Jungmann, Palacký zu den führenden Persönlichkeiten des tschechischen kulturellen Lebens in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Mit seinem Namen verbunden sind bedeutende Werke über die Slawen im allgemeinen, die slawischen Altertümer, die slawische Ethnographie. In deutscher Sprache verfaßte er ein Werk über die Geschichte der slawischen Sprachen und Literaturen. Er ist Träger des Ordens Pour le mérite.

R ö s e l, Hubert: *Wörterbuch zu den tschechischen Schriften des J. A. Comenius. Münster 1983, X + 895 S. (Studia slavica et baltica. Supplementband 1).*

Das vorliegende Wörterbuch mit seinen über 22 000 Stichwörtern umfaßt den tschechischen Wortschatz des J. A. Comenius (1592—1670), des Pädagogen, Philosophen und Theologen von Weltruf, der, zu den besten Vertretern seines Volkes zählend, eine ganze Epoche der tschechischen Sprachentwicklung repräsentiert. Für das Studium des Sprachwandels im Tschechischen, für vergleichende Analysen der Sprachdenkmäler des böhmischen Raumes kommt Comenius' Gesamtwerk entscheidende Bedeutung zu. Das Wörterbuch fußt auf Exzerpten von 50 Schriften des C., wobei es um eine vollständige Erfassung seines Wortschatzes ging. Die Lemmata sind mit deutscher Übersetzung versehen, kurze Annotationen sind angefügt und jedes Lemma ist durch ein kurzes Zitat veranschaulicht, wobei mit einem Signum auf Seite und Zeile der Quelle verwiesen wird.

Das Werk zählt zu den Standardwerken bohemistischer Lexikographie.

R o s s o s, Andrew: *Czech Historiography. Canadian Slavonic Papers 24 (1982) 246—260, 359—385.*

Eine informative Übersicht über die Entwicklung der tschechischen Geschichtsschreibung seit den ältesten Zeiten bis 1948, die in der englischsprachigen Literatur eine wichtige Lücke füllt. Der Autor schöpft vorwiegend aus der tschechischen und deutschen Sekundärliteratur, in seinen Darstellungen der älteren Geschichtsschreibung detaillierter auf einzelne Werke eingehend, während er für die Neuzeit kurzgefaßte Grundinformationen über eine größere Anzahl bedeutender tschechischer Historiker bietet.

Š a t a v a, Leoš: *Valyňští Češi na Podbořansku a Žatecku [Die wolhynischen Tschechen im Gebiet von Podbořany und Saaz (Žatec)]. Český lid 68 (1981) 195—203.*

Ab Heft 4 des Jahrgangs 1981 befaßt sich die genannte Zeitschrift mit den bisher wenig beachteten volkskundlichen Problemen des sog. Grenzgebiets, das bis 1945 überwiegend von Deutschen besiedelt war. Hier geht es um jene Tschechen, die zu Ende des Zweiten Weltkriegs aus Wolhynien reemigriert waren. Noch immer werden sie an Sprache, Kost und Konfession — sie sind orthodox — von der übrigen Bevölkerung als eigene Gruppe wahrgenommen. Der Verfasser rechnet noch mit zwei bis drei Jahrzehnten bis zu einer völligen Integration.

Š a t a v a, Leoš: *Die Sorben in Nordböhmen als kleine ethnische Gruppe der Gegenwart. Lětopis. Jahresschrift des Instituts für sorbische Volksforschung, Reihe C — Volkskunde 26 (1983) 80—90.*

Nach der Aussiedlung der Deutschen sind 1945 in das Gebiet um Warnsdorf (sorbisch: Warnočicy), Schluckenau, Georgswalde und Rumburg Sorben aus der Lausitz eingewandert und haben dort Verbände, Schulen, Schulzweige und eine Druckerei gegründet. Um 1950 setzt dann eine Rückwanderung in die DDR ein,

so daß heute in Nordböhmen nur noch eine kleine, zum Aussterben verurteilte Minderheit, überwiegend in Mischehen lebende Frauen, existiert, die aber durchaus noch Beziehungen zum Mutterland pflegt.

*Schamschula, Walter: Der „Ackermann aus Böhmen“ und „Tkadleček“. Ihr Verhältnis in neuer Sicht. BohZ 23/2 (1982) 307—317.*

Ein Vergleich der Texte des alttschechischen Tkadleček und des frühneuhochdeutschen Ackermann aus Böhmen in der uns erhaltenen Textgestalt führte in letzter Zeit zu neuen Datierungsversuchen. Die Tatsache, daß der Tkadleček die Zusammenhänge eines „Urackermann“ ungebrochener reflektiert als alle uns erhaltenen Ackermann-Texte, die ausnahmslos jüngeren Datums sind, führt zu der These, daß das Ackermann-Volksbuch eine grundlegende Neubearbeitung des Textes darstellt, den Johannes von Tepl um 1400 verfaßte.

*Schamschula, Walter: Lyrik und Prosa der Tschechen 1918—1928. In: Kultur und Gesellschaft in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Hrsg. von Karl Bosl und Ferdinand Seibt. München 1982, S. 51—62.*

Der Beitrag bringt einen Überblick über das literarische Schaffen bei den Tschechen im ersten Jahrzehnt des Bestehens der Tschechoslowakischen Republik. Als entscheidender Faktor kann in dieser Zeit das allgemeine Streben nach Internationalismus angesehen werden, das nicht nur die linksintellektuellen Autoren, sondern auch die Vertreter der katholischen Erneuerung und Schriftsteller des Kreises um Masaryk (z. B. die Brüder Čapek) auszeichnet.

*Schamschula, Walter: Aspekte des Biedermeier in der tschechischen Literatur. In: Die österreichische Literatur. Ihr Profil im 19. Jahrhundert (1830—1880). Hrsg. von Herbert Zeman. Graz 1982, S. 107—124.*

Die in letzter Zeit vieldiskutierte Frage, ob auch die Slawen Ostmitteleuropas eine Biedermeierepoche erlebt hätten, wird hier anhand von Beispielen aus der tschechischen Literatur des Vormärz erörtert. An die germanistische Biedermeier-Diskussion anknüpfend, untersucht der Beitrag Werke von Tyl, Erben, Němcová und Mácha. Er weist nach, daß die Verhältnisse in der tschechischen Literatur eine Dichtung der Resignation und des stillen Lebensgenusses, wie er im deutschen Biedermeier manifestiert ist, nicht hervorgebracht haben.

*Schamschula, Walter: Sprachreform und Sprachpflege bei den Tschechen im Zeitalter des Josephinismus. Zeitschrift für Ostforschung 31 (1982) 200—207.*

Die 80er Jahre des 18. Jahrhunderts entschieden über den Fortbestand der tschechischen Sprachnation. Teilweise als Reaktion gegen die Sprachenpolitik Josephs II. bildeten sich im tschechischen Volk die Abwehrkräfte gegen die Germanisierung des Landes. Es wurden jedoch auch durch Dobrovský, Pelzel u. a. die Grundlagen der sprachlichen Erneuerung erarbeitet, die die tschechische Literatursprache auf den historischen Zustand des Sprachgebrauchs im 16. und 17. Jahrhundert festlegte.

*Schamschula, Walter: The Contemporary Czech Historical Novel and Its Political Inspiration. In: East European Literature. Selected Papers from the Second World Congress for Soviet and East European Studies. Hrsg. von Evelyn Bristol. Berkeley 1982, S. 57—68.*

Die Gattung des historischen Romans erlebte bei den Tschechen als Reaktion auf die Unterdrückung der tschechischen Kultur in der Protektoratszeit eine Wiederauferstehung. Diese „Orientierung an der Vergangenheit“ hat unterschiedliche Funktionen. Meist soll durch eine literarische Gestaltung der nationalen Geschichte das Nationalbewußtsein gestärkt werden, oft jedoch werden durch den historischen Roman Gegenwartsbezüge hergestellt.

*Schamschula, Walter: Zur Genese der alttschechischen Ständesatire der Königgrätzer Handschrift. In: Studia Slavica in honorem viri doctissimi Olexa Horbatsch. Hrsg. von Gerd Freidhof u. a. Teil 4: Beiträge zur west- und süd-slawischen Philologie. München 1983, S. 129—141.*

Der Beitrag setzt sich kritisch mit den Versuchen auseinander, die alttschechische Ständesatire als direkte Antwort auf soziale Mißstände in Böhmen in der Umgebung der Vorläufer des Jan Hus zu deuten. Aufgrund von vergleichenden Analysen mit ähnlichen Texten im deutschen Sprachbereich wird dagegen die These aufgestellt, daß der erwähnte Text ursprünglich Bestandteil einer „Höllenszene“ eines Osterspiels gewesen sei.

*Schamschula, Walter: Die tschechische und polnische Literatur. In: Neues Handbuch der Literaturwissenschaft. Bd. 20: Zwischen den Weltkriegen. Hrsg. von Thomas Koebner. Wiesbaden 1983, S. 539—552.*

Gemäß der Zielsetzung des Neuen Handbuchs der Literaturwissenschaft wird ein vergleichender Überblick über die wichtigsten literarischen Leistungen der Zwischenkriegsjahre bei Polen und Tschechen geboten. Einzelne charakteristische Werke — Gedichte von Nezval und Tuwim, Prosa von Hašek — werden auszugsweise zitiert und untersucht. Gemeinsamkeiten der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung führen bei Tschechen und Polen zu einer vergleichbaren Bewußtseinslage.

*Schier, Bruno: Bemerkungen über die Herkunft des Familiennamens Gierach. Zur 100. Wiederkehr des Geburtstages von Prof. Dr. Erich Gierach (1881—1943). BohZ 22/1 (1981) 123—125.*

Zur 100. Wiederkehr des Geburtstages von Prof. Dr. Erich Gierach wird sein Familienname erklärt, zu dessen Herkunft sich Gierach selbst nie geäußert hat. Der Autor hält diesen Namen für ein besonders schönes Beispiel abendländischer Kulturverflechtung, da an seiner Entstehung Griechen und Römer sowie Deutsche und Polen beteiligt sind. Die Ausgangsform des Namens ist das griechische Appellativum *georgós* „Landbebauer“, „Landmann“, aus dem im Lateinischen der

Eigenname Georgius hervorging. Im deutsch-polnischen Grenzgebiet erstarrte der Name zu der Schriftform Gierek, der in dieser Gestalt als Bezeichnung für Volkpölen aber auch als Gierke für Volksdeutsche üblich wurde.

*Schier, Bruno: Ein volkstümlich-biblisches Weibespiel von 1725 für den barocken Neubau der Wallfahrtskirche von Haindorf in Böhmen. BohZ 23/1 (1982) 92—99.*

Ein schönes Beispiel für das Zusammenwirken ober- und unterschichtlicher Kräfte stellt das volkstümlich-biblisches Weibespiel von 1725 beim barocken Neubau der Wallfahrtskirche von Haindorf dar, der von den berühmten Barockmeistern Fischer von Erlach, Vater (1656—1723) und Sohn (1693—1747), 1723—1729 ausgeführt wurde. Dabei kommt es zur Darbietung eines Weibespiels über die Gründungssage des Klosters mit der Auffindung des wundertätigen Marienbildes. Den Text des Spieles schrieb der Pater Johann Josef Rößler aus Reichenberg, der zwischen 1724 und 1728 zur Friedländer Rosenkranzbruderschaft gehörte. Es wurde durch den Wundarzt und Stadtschreiber Johann Friedrich Posselt (1680—1746) in dem Friedländer Stadtbuch Q überliefert, das jetzt als Nr. 100 der Friedländer Stadtbücher im Landesarchiv zu Prag aufbewahrt wird.

*Schroubek, Georg R.: Regionalismus und Nationalismus in der deutschsprachigen Literatur 1918—1938. In: Kultur und Gesellschaft in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Hrsg. von Karl Bosl und Ferdinand Seibt. München 1982, S. 63—77.*

Die deutschböhmisches (ohne Deutschprager) Literatur hatte zunächst überwiegend Darstellungen der Heimatlandschaften zum Inhalt. In den zwanziger Jahren bekam ‚Heimat‘ einen verstärkten politischen Akzent. Folgerichtig werden die Eigengruppe, ihr Lebensraum (Heimat), ihre Kulturäußerungen (Folklore) idealisierend geschildert, die andersnationalen Nachbarn mit Negativstereotypen belegt. Agrarromantik, Blutmystik und irrationale Stadtfeindschaft charakterisieren viele dieser (Bauern-, Grenzland-, Studenten-)Romane.

*Schroubek, Georg R.: Die böhmische Köchin. Ihre kulturelle Mittlerrolle in literarischen Zeugnissen der Jahrhundertwende. In: Dienstboten in Stadt und Land. Vortragsreihe zur Ausstellung „Dienstbare Geister“ im Museum für Deutsche Volkskunde Berlin. Redaktion Heidi Müller. Berlin 1982, S. 59—72.*

Für die Volkskunde sind städtische Dienstboten interessant als Träger von Kulturbeziehungen zwischen Stadt und Land. Die „böhmische“ Köchin oder das mährische Mädchen in andersnationalen Familien z. B. Wiens oder Prags spielten aber auch eine Rolle bei anderen Vermittlungsprozessen: Erinnerungsberichte und Romane (Werfel!) belegen, daß eine verständnisvolle Haltung gegenüber Menschen anderer nationaler oder sozialer Herkunft nicht selten durch Dienstboten grundgelegt wurde.

*Schroubek, Georg R.: Beletage und Hinterhof. Gemeinsames Wohnen in einer geschichteten Gesellschaft. In: Dona Ethnologica Monacensia. Leopold Kretzenbacher zum 70. Geburtstag. Hrsg. von Helge Gerndt, Klaus Roth und Georg R. Schroubek. München 1983, S. 309—320.*

Wohnen ist ein Vitalbedürfnis, es ermöglicht aber auch die Repräsentation des eigenen wirklichen oder angemaßten Standes. Wo man wohnt, und ob „zu ebener Erde oder im ersten Stock“, ist nicht gleichgültig. Daß es auch innerhalb einzelner Wohnungen ein Sozialgefälle gab, wird am Beispiel eines „gutbürgerlichen“ Mietshauses in Prag um 1930 dargelegt. Seine Hintenhinaus-Räume mündeten in einen Hof, dessen eigengeprägtes Sozialklima (von jenem in den Vornehinaus-Zimmern wesentlich unterschieden) beschrieben wird.

*Schulze, Winfried: Bäuerlicher Widerstand und feudale Herrschaft in der frühen Neuzeit. In: Neuzeit im Aufbau. Darstellung und Dokumentation. Hrsg. von Richard van Dülmen, Jörn Rüsen und Winfried Schulze. Stuttgart 1980.*

Das Buch umfaßt bäuerlich-grundherrliche Auseinandersetzungen nach dem sogenannten deutschen Bauernkrieg bis an die Schwelle des 19. Jahrhunderts. Der Autor versucht in einer thesenhaften Darstellung auf 160 Seiten die Entwicklung insgesamt zu erfassen, er geht den Voraussetzungen und Bedingungen nach und definiert die besonderen Formen des Widerstands. Dabei findet der Reformdruck aus latenten und offenen Widerstandsbewegungen sein besonderes Interesse. Es scheint ihm wesentlich, „daß bäuerlicher Widerstand nicht abstrakt mit der für die feudale Ordnung grundlegenden Produktionsweise verknüpft wird“, sondern vielmehr mit der Entwicklung der staatlichen Ordnung. Damit wird die Auseinandersetzung auf ein anspruchsvolleres Niveau der Mehrkausalität gehoben, das ältere Ansätze in der Forschung mitunter vermissen lassen, und das Schulzes Buch auch für vergleichende Betrachtungen der böhmischen Bauernaufstände im 17. und 18. Jahrhundert interessant macht. Böhmisches Verhältnisse sind im übrigen hier nur mit einer Stellungnahme zum Reformprojekt des Freiherrn von Raab berücksichtigt.

*Sedlmeyer, Karl: Der italienische Einfluß im Stadtbild von Budweis. Glaube und Heimat (Eichstätt) 28 (1976) 371—375.*

Der erste Türkenvorstoß bis an die Stadtmauern von Wien gab den Anstoß, daß in der Stadt Budweis ein Turm errichtet wurde, der nicht allein als Campanile, mit Kirchenglocken, diente, sondern auch als Burgfried einen Ausblick über das Budweiser Becken ermöglichte. Der Bau wurde von italienischen Baumeistern durchgeführt, die zuvor in Prag und später in Wien tätig waren. Ihre verwandtschaftlichen Beziehungen führen bis nach Mainz. Sie waren auch mit dem Ausbau der Befestigungsanlagen der Stadt beschäftigt und verliehen der Stadt ein renaissanceartiges Aussehen.

*Sedlmeyer, Karl: Adalbert Lanna (23. April 1805 — 15. Januar 1866). Informationsbrief für sudetendeutsche Heimatarchive 14 (1977) 37—47.*

Adalbert Lanna war ein bedeutender Mann der Stadt Budweis, der weit über die Grenzen der Stadt und des Landes Böhmen wirkte. Mit dem Ausbau der Flußschifffahrt Moldau-Elbe bis Hamburg und der Abzweigung bis nach Berlin förderte er zunächst den Handel mit Holz und Salz, später widmete er sich auch der Verwirklichung des Pferdebahnprojektes zwischen Budweis und Linz a. d. Donau. Sein verkehrsgeographisches Ziel erreichte er in der Erweiterung des Eisenbahnnetzes in Böhmen und Mähren. Doch blieb sein Streben nicht auf Handel und Verkehr beschränkt. Er förderte den Bau von Schulen, einer Taubstummenanstalt, er errichtete Sparkassen, unterstützte Kunst und Wissenschaft. Sein Hauptverdienst ist die Entwicklung des Industriegebietes zwischen Prag und Kladno, das bis in die Gegenwart seine Bedeutung nicht verloren hat.

*Sedlmeyer, Karl: Die Kulturlandschaft Südböhmens. Informationsbrief für sudetendeutsche Heimatarchive 16 (1978) 22—37.*

Die Kultstätten Südböhmens, wie sie sich in Opferstätten, Gräbern und Grabhügeln zeigen, spiegeln sich nicht nur als Landschaftsformen sondern auch in Landschaftsnamen. Aus deren Wandel in Form und Namen kann auf einen religiösen Glaubenswandel der vorchristlichen Bevölkerung geschlossen werden und dessen Auswirkung auf die Veränderung der geographischen Landschaft selbst.

*Sedlmeyer, Karl: Budweis, Budweiser und Stritschitzer Sprachinsel. Miesbach 1979, 581 Seiten, mit zahlreichen Abbildungen, Plänen und Diagrammen sowie mit einer Bibliographie.*

Diese Stadtgeographie behandelt die Stadt Budweis als geographisches, kulturelles und wirtschaftliches Zentrum Südböhmens. Sie umfaßt auch die deutschen Siedlungen im Umkreis der Stadt und ergänzend die Dörfer in der Stritschitzer Sprachinsel. Budweis als Grenzstadt des deutschen Volkstums in Böhmen in der Paßlandschaft Südböhmens spiegelt nicht nur die geopolitischen Spannungen innerhalb der böhmischen Länder, sondern auch die der österreichischen Kaisermonarchie bis zu deren Zusammenbruch. Dann beginnt ihr wirtschaftlicher und kultureller Verfall, den sie in der Gegenwart vollendet hat.

*Sedlmeyer, Karl: Rudolf Perner, dem Glockengießer von Budweis und Passau zum 80. Geburtstag. Informationsbrief für sudetendeutsche Heimatarchive 17 (1979) 78—80.*

Das Glockengießergeschlecht Perner stammt aus Brixen in Südtirol. Seit 1760 ist das Geschlecht der Perner in Budweis tätig gewesen und konnte nach der Vertreibung in Passau Fuß fassen. Aus dieser Offizin stammen nicht allein in Böhmen zahlreiche Kirchenglocken, sondern sie gingen in alle Teile Europas und sogar nach Übersee, wie in die Vereinigten Staaten, nach Brasilien, Neuguinea und Afrika.

*Sedlmeyer, Karl: Das Kartenbild Böhmens im Wandel der Jahrhunderte. Sudetenland 22 (1980) 91—96.*

Die kartographische Darstellung der Sudetenländer beginnt im 16. Jahrhundert, im Jahre 1518. Im Laufe der Zeit wechselt nicht nur der Karteninhalt, sondern auch die Methode der Darstellung, entsprechend dem allgemeinen kartographischen Fortschritt. Die erste Karte ist ein Holzschnitt. Ihr Karteninhalt diente einem religionspolitischen Zweck. Danach stehen die Verkehrswege im Vordergrund, dann werden die administrativen Grenzen betont. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erfolgen zum Zwecke der militärischen und steuerlichen Belange staatliche Landesaufnahmen. Als Epigonen dieser Landesaufnahmen sind die zahlreichen Landkarten für das Büro, für Wanderungen und für das Verkehrswesen zu betrachten.

*Serapionova, E. P.: Proekty sozdanija poslevoennoj čechoslovakko-pol'skoj konfederacii (1939—1941) [Projekte zur Schaffung einer tschechoslowakisch-polnischen Konföderation für die Nachkriegszeit (1939—1941)]. Sovetskoe slawjanovedenie (1983) Heft 3, S. 24—35.*

Die Beziehungen zwischen der tschechoslowakischen und polnischen Exilregierung während der ersten Kriegsjahre werden im Hinblick auf eine Konföderation anhand gedruckter Materialien und neuerer Darstellungen untersucht. Innere Widersprüche auf dem Gebiet der Außenpolitik, die Beziehungen zu Ungarn, vor allem aber zur Sowjetunion, wie auch der Innenpolitik, die von neun gemeinsamen Kommissionen beraten wurde, ließen das Projekt scheitern. Nicht zuletzt haben sich demnach die tschechoslowakischen und polnischen Kommunisten dagegen gewandt, da sie den „reaktionären Charakter“ dieser Pläne durchschaut hätten.

*Šimeček, Zdeněk: Půjčovny knih a čtenářské společnosti v českých zemích a jejich působení do roku 1848 [Die Leihbüchereien und Lesegesellschaften in den böhmischen Ländern und ihr Wirken bis zum Jahre 1848]. ČSČH 29 (1981) 63—88.*

Die Gründungsjahre des böhmischen Bibliothekswesens sowie der Lesegesellschaften werden hier anhand einer zum Teil neuen Quellenforschung untersucht. Eine Analyse der erhaltenen Kataloge öffentlicher Leihbüchereien ermöglicht dem Autor eine Übersicht über die Bücherbestände und über den Lesestoff seit den siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts sowohl in den bürgerlichen Kreisen der größeren Städte als auch im ländlichen Dorfmilieu. Er geht dabei besonders auf die nationalen Gemeinsamkeiten und Eigenarten ein.

*Slapnicka, Helmut: Neue presserechtliche Bestimmungen in der Tschechoslowakei. WGO Monatshefte für Osteuropäisches Recht 23 (1981) 71—75.*

Seit 1. Januar 1981 besteht in der ČSSR ein Bundesamt für Presse und Information, dem die Registrierung und Ermächtigung zur Verbreitung periodischer Druckschriften obliegt. Es hat ferner die Verbreitung von Nachrichten in Massen-

Informationsmitteln zu unterbinden, die zu wichtigen staatlichen Interessen in Widerspruch stehen. Schließlich entscheidet es über die Einfuhr und Verbreitung ausländischer Zeitungen und Zeitschriften.

*Slapnicka, Helmut: Die Kirchenbeiträge in den sudetendeutschen Gebieten 1939—1945. Archiv für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien 6 (1982) 206—256.*

Am 1. Mai 1939 trat eine Verordnung des Reichsstatthalters im Sudetengau in Kraft, die einen Umsturz der kirchlichen Bedarfsdeckung herbeiführte. Die staatliche Besoldung des Klerus und die Zuschüsse der öffentlichen Hand an die katholische, evangelische und altkatholische Kirche wurden eingestellt, die Kirchen waren auf die Einhebung von Beiträgen ihrer Mitglieder angewiesen. Als Anhang werden die staatlichen und kirchlichen Vorschriften abgedruckt.

*Slapnicka, Helmut: Die Grundrechte des geistigen Lebens und die Zensur. In: Kultur und Gesellschaft in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Hrsg. von Karl Bosl und Ferdinand Seibt. München 1982, S. 151—162.*

Die Verfassungsurkunde aus dem Jahr 1920 hat das Grundrecht der freien Meinungsäußerung garantiert und die Präventivzensur verboten. Das österreichische Pressegesetz von 1862 blieb in der westlichen Staatshälfte in Kraft, wurde aber wiederholt abgeändert und die Verbreitung von Büchern, Zeitschriften und Zeitungen durch Kolportageverbote und Entzug des Beförderungsrechts durch Post und Eisenbahn spürbar eingeschränkt.

*Slapnicka, Helmut: Kaiser Josephs II. Plan einer Böhmisches Kanzlei. Zeitschrift für Ostforschung 31 (1982) 178—190.*

Der Plan einer Verwaltungsreform Kaiser Josephs II. aus dem Jahr 1781, der in seiner Gesamtheit nicht verwirklicht wurde, sah eine trialistische Lösung und eine Zusammenfassung der inneren Verwaltung, Finanzverwaltung und Rechtsprechung in den Länder- und Hofstellen der österreichischen und der böhmischen Ländergruppe vor. Der Kaiser war bereit, die von seiner Mutter 1749 durchgeführte Trennung der Justiz von der Verwaltung rückgängig zu machen.

*Sopko, Július: Stredoveké rukopisy na Spiši. In: Spišské mestá v stredoveku. Košice (Kaschau) 1974, S. 101—127.*

Der Beitrag über den mittelalterlichen Handschriftenbestand aus der Zips, eines der kulturhistorisch hervorragendsten Gebiete des damaligen Ungarn (heute: Slowakei), behandelt hauptsächlich die Handschriften der einstigen Bibliothek des Zipser Kapitels (*Spišská kapitula*), die Handschriftensammlungen des Zipser Kartäuser-Ordens und der Pfarrbibliothek in Leutschau (*Levoča*). Die Codices befinden sich heute bis auf ein Bruchstück in Rumänien (*Alba Iulia*) und in Ungarn (*Budapest*).

*Součková, Milada: Baroque in Bohemia. Postscript by Roman Jakobson. Ann Arbor 1980, X + 216 S. (Michigan Slavic Materials 17. Michigan Slavic Publications, University of Michigan).*

Die Ärztin, seit 1934 publizierende Schriftstellerin und Literaturhistorikerin, legt dreizehn Essays vor, in denen sie die einzelnen literarischen Formen und Themenkreise des Barock-Zeitalters in den böhmischen Ländern und der Slowakei zu erfassen und zu erläutern sucht. Seit ihrer Jugend mit dem Barock beschäftigt, bietet die Autorin detaillierte Einsichten und originelle Auffassungen, ergänzt durch zahlreiche zeitgenössische Illustrationen, so daß der Leser weniger einer systematischen akademischen Studie als einem kraftvollen und interessanten Bild der literarisch-poetischen Welt des 17. Jahrhunderts begegnet. Reisebeschreibungen, Türkenkriege, die Kunst der Allegorie, aber auch die Rübezahl-Sagen, Glas- und Stick- oder die Lebkuchenkunst seien als Illustration der Themenwahl genannt.

*Spěváček, Jiří: Karl IV. Darstellungen und Wirklichkeit. Historica 20 (1980) 5—58.*

Ein Versuch zu einer umfassenden Kritik der in der historischen Literatur gängigen Bilder der Persönlichkeit und Zeit Karls IV., denen als Hauptursache der deutsche, aber auch der tschechische Nationalismus zugrunde liege. Ihnen gegenüber ist der Autor bemüht, die Ergebnisse seiner eigenen „objektiven Erkenntnis ... der wirklichen Ursachen der Erscheinungen“ darzustellen, „die dem einfachen Beobachter oft verborgen sind und ihren Urgrund in der sozioökonomischen Entwicklungssphäre haben“.

*Sulitka, Andrej: Ukrajinci — Rusíni [Ukrainer — Rusinen]. Český lid 70 (1983) 170—172.*

Im Rahmen der Neubesiedlung des böhmischen Grenzgebietes in den Jahren 1946/47 nach dem „Abschub“ der dortigen deutschen Bevölkerung kamen auch Ukrainer aus der nordöstlichen Slowakei in die westböhmischen Bezirke Tachau, Eger und Komotau sowie in die mährischen Bezirke Freudenthal, Schönberg und Znaim. Da sie überwiegend aus ländlichem Milieu stammten, hielten sie an Sprache, Ausgestaltung der Häuser und am familiären und jahreszeitlichen Brauchtum fest. Ansonsten ist die Assimilation schnell vorangeschritten.

*Šuvarský, Jaroslav: Biskup Gorazd 1879—1979. Prag 1979, 257 S., Abb.*

Aus Anlaß des 100. Geburtstags des ersten orthodoxen Bischofs der böhmischen Länder Gorazd, mit weltlichem Namen Matěj Pavlík, ist diese wissenschaftliche Biographie erschienen. Ursprünglich war sie bemerkenswerterweise als Dissertation am Istituto pontificio orientale angenommen und bereits teilweise in der Zeitschrift „Hlas pravoslavy“ veröffentlicht worden. Aufgrund eingehender archivalischer Studien und anhand gedruckter und ungedruckter Quellen entwirft der Verfasser das Bild jenes katholischen Priesters, der aus der Reformbewegung der Jahrhundert-

wende hervorgegangen war und sich zunächst der tschechoslowakischen Nationalkirche zugewandt hatte, sich dann aber, da er dem konservativen Flügel angehörte, der orthodoxen Kirche anschloß. Nachdem er von der serbischen Kirche die Bischofsweihe empfangen hatte, baute er unter großen Schwierigkeiten und hohem persönlichem Einsatz die orthodoxe Kirche in der Tschechoslowakei auf. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Heydrich wurde er am 4. September 1942 in Prag hingerichtet, wenig später die orthodoxe Kirche verboten. Als integre Persönlichkeit wurde ihm die Wertschätzung dreier Kirchen, der katholischen, der tschechoslowakischen und der orthodoxen, bei der er als Märtyrer gilt, entgegengebracht.

*Tamáš, Alexander: Historické paralely kontrarevolučních procesů v Maďarsku a Československu [Historische Parallelen der konterrevolutionären Prozesse in Ungarn und der Tschechoslowakei]. ČMM 99 (1980) 3—18.*

Anhand von Lenins Werken und anderer Kritik an der sogenannten Konterrevolution versucht der Autor Parallelen in den allgemeinen Entwicklungen in Ungarn 1956 und in der Tschechoslowakei 1968 zu zeigen.

*Tananaeva, L. J.: Portretnaja živopis' Karela Škreta [Die Porträtmalerei des Karel Škreta]. In: Slavjanskoe barokko. Istoriko-kul'turnye problemy epochi. Moskau 1979, S. 284—315, 4 Abb.*

Das künstlerische Werk von Karel Škreta (1610—1674) wird in den Kontext des europäischen Barock gestellt. In der Analyse einzelner Werke wird daraufhin sein individueller Stil herausgearbeitet, der eine Art nationaler Ikonographie offenbare. Von dem Bild z. B. des hl. Wenzel als heiligen Kriegers ziehen sich Verbindungsfäden zur hussitischen Vergangenheit wie zur Epoche der nationalen Wiedergeburt.

*Tananaeva, L. J.: Cikel svjatogo Vaclava v tvorčestve Karela Škreta [Der Zyklus des hl. Wenzel im Schaffen von Karel Škreta]. In: Barokko v slavjanskich kul'turach. Moskau 1982, S. 276—298, 3 Abb.*

Am Beispiel eines Bildzyklus über das Leben des hl. Wenzel von Karel Škreta (1606—1674), der ursprünglich für das Augustinerkloster Zderaz in der Prager Neustadt geschaffen wurde und sich heute in der Nationalgalerie befindet, zeigt die Verfasserin die Komplexität und dialektische Widersprüchlichkeit des Barock in den böhmischen Ländern auf, einer Barockkunst, die J. Neumann zufolge verhindert habe, daß Böhmen auf dem Gebiet der Kultur zu einer Provinz herabsank.

*Teufel, Helmut: Die Linz-Kremser-Affäre. Ein mährisch-österreichischer Handelskrieg zu Beginn des 17. Jahrhunderts. Mitteilungen des Kremser Stadtarchivs 21/22 (1981/82) 65—85.*

Ausgelöst wohl von innerösterreichischen Querelen kam es Anfang des 17. Jahrhunderts zu einem Handelskrieg auf dem Rücken besonders von Juden zwischen

Mähren und Österreich, der die jahrhundertealten Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern schwer belastete. Der Verlauf dieser Auseinandersetzung, die sich bis mindestens 1617 hinzog, wird anhand bisher unveröffentlichter Materialien aus mährischen und österreichischen Archiven dargestellt.

*Teufel, Helmut: Juden im Ständestaat. Zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Geschichte der Juden in Mähren zwischen 1526 und 1620. In: Die Juden in den böhmischen Ländern. Hrsg. von Ferdinand Seibt. München 1983, S. 57—72.*

Vor dem Hintergrund der Machtkonstellation zwischen Habsburgern und mährischen Ständen sowie der spezifischen damaligen politischen und wirtschaftlichen Situation in Mähren wird die besondere Symbiose zwischen zahlreichen ständischen Repräsentanten und Juden dargestellt, die den Juden eine für diese Zeit außergewöhnliche Sicherheit und Prosperität verschaffte, dem Adel aber entscheidend bei der Ausprägung der neuen Wirtschaftsform des feudalen Großguts half.

*Tischler, Maria: Böhmisches Judengemeinden 1348—1519. In: Die Juden in den böhmischen Ländern. Hrsg. von Ferdinand Seibt. München 1983, S. 37—55.*

Im spätmittelalterlichen Böhmen kann der jüdische Geldhandel seine wichtige Stellung in der Wirtschaft des Landes behaupten, wenngleich sie durch Opfer bei Judenverfolgungen erkaufte wird. Der wachsende Geldbedarf machte den jüdischen Gläubiger für alle Schichten der Bevölkerung notwendig; neben den königlichen Kammerknechten erscheinen Schutz- und Stadtjuden, es entstehen neue Formen der Rechtslage der Juden, die Jahrhunderte überdauern. Am Ende des Zeitraumes zählte Böhmen an die 100 Judengemeinden.

*Ulm, Benno: Die Bauhütte der Rosenberger (1497) und die Pfarrkirche von Haslach. Oberösterreichische Heimatblätter 37 (1983) 133—155 (mit Abb.).*

Die Pfarrkirche des seit 1483 im Besitz der Rosenberger befindlichen Marktes Haslach an der Mühl ist Ausgangspunkt einer Würdigung der Bauhütte der Rosenberger in Krummau an der Moldau, die 1497 für das Gebiet ihrer Besitzungen in Südböhmen und einen kleinen Teil Oberösterreichs errichtet wurde und bis in die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts bestand. Der Erbauer der Haslacher Kirche, Hans Getzinger († 1512), ist „oberster Meister des Steinwerks“ der Krummauer Hütte.

*Urfus, Valentin: Právníká knihovna moravského nejvyššího písaře z počátku 18. století [Die Juristische Bibliothek des Oberlandtschreibers von Mähren am Anfang des 18. Jahrhunderts]. ČMM 99 (1980) 285—296.*

Ein Bericht über die Bestände einer bedeutenden mährischen Bibliothek aus der Zeit des Hochbarocks, der ein Bild nicht nur von der damals gelesenen juristischen Literatur, sondern auch viele Hinweise zur intellektuellen Welt eines gebildeten Staatsbeamten jener Zeit vermittelt.

*V a n í č e k*, *Vratislav: Vítkovci a český stát v letech 1169—1278* [Die Witigonen und der böhmische Staat von 1169—1278]. ČSČH 29 (1981) 89—110.

Das Adelsgeschlecht der Witigonen, das sich im 13. Jahrhundert in die Hauptzweige der Herren von Krumau, von Neuhaus und von Rosenberg aufspaltete, war bestrebt, einerseits an der Regierung im böhmischen Staat teilzuhaben und andererseits seine eigene Stellung im Donaauraum zu behaupten. Beide Tendenzen konnten sie unter Přemysl Otakar in Österreich (1251) und in Böhmen (1253) verwirklichen. Aus innenpolitischen Gründen unterstützten sie zeitweilig Rudolf von Habsburg. Sie wußten ihre Unabhängigkeit vom römischen König und ihre Distanz zu den ständischen Ambitionen des böhmischen Adels zu wahren.

*V a n a t*, *Ivan: Narýsy novitnoji istoriji Ukrajinčiv schidnoji Slovaččyny* [Abriß der neueren Geschichte der Ukrainer der Ostslowakei]. Erstes Buch (1918—1938). Bratislava-Prjašiv 1979, 364 S., 27 Tabellen, 23 Photodokumente.

Erste wissenschaftliche, auf eigenen Archivstudien beruhende, leicht marxistisch gefärbte Darstellung des Problems der ukrainischen Minderheit in der Ostslowakei. Im ersten Teil wird die nationale Befreiungsbewegung in der Karpatenukraine während des Ersten Weltkrieges in gesamtukrainischen Zusammenhang gestellt, dann die inneren und äußeren Faktoren für die Ablösung vom ungarischen und den Anschluß an den tschechoslowakischen Staat geschildert. Der zweite Teil behandelt das Jahrzehnt von 1919 bis 1929, in dem die Frage der Westgrenze nach ethnischem Prinzip zwischen den Vertretern der Regierung und den politischen Repräsentanten der Ukrainer nicht gelöst werden konnte und somit eine ukrainische nationale Minderheit in der Ostslowakei entstand. Hinzu kam die wirtschaftliche Rückständigkeit des Gebiets. So führte die wirtschaftliche Krise zu einer politischen (dritter Teil), Kulturpolitischen Problemen wie der Sprache, dem sog. Rusinismus, der Rolle der griechisch-katholischen Kirche und der damit verbundenen Isolation vom gesamtukrainischen und tschechoslowakischen Kulturleben ist der vierte Teil gewidmet.

*V o j t ě c h*, *Tomáš: Česká historiografie a pozitivismus do roku 1918* [Die tschechische Historiographie und der Positivismus bis zum Jahre 1918]. ČSČH 28 (1980) 78—104.

Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern drang der Positivismus erst spät in die tschechische Historiographie ein. Es war dies das Verdienst der Gollischen Schule in den Jahren 1882—1918, von der Teilung der Prager Universität bis zur Gründung der Tschechoslowakei. Die tschechische positivistische Historiographie nahm eine Zwischenstellung zwischen den beiden Haupttypen der europäischen historischen Wissenschaft ein, zwischen dem französischen soziologischen Positivismus und dem deutschen Historismus im Geiste Rankes. Nachdem der Verfasser die zahlreichen Vorzüge dieser Schule gegenüber früheren Methoden aufgezählt hat, unterzieht er sie einer Kritik vom marxistischen Standpunkt aus.

Wiegelmann, Günter (Hrsg.): *West-östliche Kulturverflechtungen in Mitteleuropa. Festgruß zum 80. Geburtstag von Bruno Schier. Münster 1982, 50 S., 2 Abb.*

Die Wirtschaftsnot unserer Zeit und die Abneigung des Jubilars gegenüber umfangreichen Festschriften hat diesen Festgruß auf einen Umfang von 50 Seiten schrumpfen lassen, der einen Kurzbericht über die wissenschaftliche Entwicklung des Jubilars, eine Würdigung Günter Wiegelmanns über „Bruno Schiers Werk in der Wissenschaftsgeschichte der Volkskunde“, einen Aufsatz Bruno Schiers über „West-östliche Kulturverflechtungen zwischen Westfalen und Böhmen“ als Beispiel für sein Buch „West und Ost in den Volkskulturen Mitteleuropas“ und von Dietmar Sauer mann eine Bibliographie der Arbeiten Bruno Schiers enthält.

Willars, Christian: *Der Blick aus Böhmen. In: Vom Reich zu Österreich — Kriegsende und Nachkriegszeit, erinnert von Augen- und Ohrenzeugen. Hrsg. von Jochen Jung. Salzburg 1983.*

Der Beitrag schildert die Situation österreichischer Staatsbürger in der ČSR im Jahre 1945 und vergleicht die Nachkriegsentwicklungen in Österreich und der ČSR sowie, unter Einbeziehung von Mitteilungen des österreichischen Innenministers Oscar Helmer, das Verhalten der tschechoslowakischen und österreichischen sozialdemokratischen Parteien in den Jahren 1945—1950.

Wlaschek, Rudolf M.: *Königinhof an der Elbe in Urkunden und urkundlichen Berichten aus dem XIV. Jahrhundert. BohJb 16 (1975) 357—364.*

Unter Hinweis auf verschiedene Urkunden, die die drei königlichen Städte von Nordostböhmen Jermer (Jaromer), Königinhof (Dvur Králové n. L.) und Trautenau (Trutnov) betreffen, wird z. T. der gesamte Text von wichtigen Urkunden über Königinhof wiedergegeben.

Wlaschek, Rudolf M.: *Urkundliche Untersuchungen zur Geschichte des Hussitentums in Königinhof a. d. Elbe. BohJb 17 (1976) 38—52.*

Durch z. T. neu erschlossene Quellen wird eine alte Mär von der Zerstörung der Stadt Königinhof durch die Hussiten richtiggestellt. Es wird nachgewiesen, daß sich deutsche Patrizier auch nach der Besetzung durch die Hussiten in der Stadt aufgehalten haben und daß teilweise ihr Vermögen ihren Nacherben übergeben wurde.

Wlaschek, Rudolf M.: *Seide in Böhmen und ihre Industriebetriebe in Nordostböhmen. BohJb 18 (1977) 68—95.*

Ausgehend von den Anfängen der Seidenerzeugung in Böhmen wird über die Versuche der Kaiserin Maria Theresia, Seide im eigenen Lande zu gewinnen, der Weg der Seidenproduktion bis zur Hochindustrialisierung und schließlich bis zum Niedergang im Jahre 1945 geschildert.

*Wlaschek, Rudolf M.: Rettendorf. Geschichte eines Dorfes am Königreichwald in Nordostböhmen von den Anfängen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. München 1979, 178 S. mit 14 Tafeln (Wissenschaftliche Materialien und Beiträge zur Geschichte und Landeskunde der böhmischen Länder 25).*

Anhand von mehr als dreißig Originalquellen (Grundbücher, Kataster, Matriken, Untertanen- und Robotverzeichnisse, Waisenbücher, Schulfassungen usw.) und unter Berücksichtigung bereits veröffentlichter Quellen wird die Geschichte des Dorfes seit seiner Gründung in der Zeit der zweiten deutschen Kolonisation geschildert. Aufschlußreich ist darin die Untersuchung der Personen- und Familiennamen, wobei festgestellt wird, daß zahlreiche deutsche Namen aus der ersten Taufmatrik von 1637 noch 1945 im Dorf vorhanden waren. Ein besonderes Augenmerk wird der gesellschaftlichen, religiösen und nationalen Entwicklung des Dorfes geschenkt. Der zweite Teil der Geschichte ist in Vorbereitung.

*Zemek, Metodej: Die ältesten monastischen Gemeinschaften in Mähren. In: Frühes Mönchtum in Salzburg. Hrsg. von Eberhard Zwink. Salzburg 1983, S. 221—229 (Salzburger Diskussionen 4).*

Gestützt auf die Ergebnisse der neuesten archäologischen Forschungen und Untersuchungen zum Großmährischen Reich sucht der Verfasser seine These zu erhärten, daß in Mähren bereits gegen Ende des 8. Jahrhunderts von iroschottischen Missionaren ein Kloster gegründet worden war und daß dieses Kloster Oswietiman mit dem hl. Klemens als Patron, was auf eine Verbindung zu Method und Kyrill verweise, bis ins 12. Jahrhundert hinein an der slawischen Liturgie festgehalten hat. Es unterhielt Beziehungen zu anderen slawischen Klöstern vor allem im Südosten und in der Kiever Rus'. Es hat auch die Verbindung zur ältesten slawischen Literatur Böhmens hergestellt.

*Žemlička, Josef: Bezdězsko — „královské území“ Přemysla Otakara II [Das Gebiet um Bezděz — „Königsland“ Přemysl Otakars II.]. ČSČH 28 (1980) 726—751.*

König Přemysl Otakar (1253—1278) bemühte sich zielstrebig, die königlichen Domänen zu festigen und zu sichern. Unter den Neugründungen nehmen in Nordböhmen um die Burg Bezděz die drei Städte Bezděz (Bösig), Doksy (Doges) und Kuřivody (Hühnerwasser) einen hervorragenden Platz ein. Neben Kolonisationsdörfern wurden auch ältere Siedlungen in das königliche Territorium einbezogen. Zahlreiche Ministerialen sicherten die militärische Macht des Königs. Allein seine Nachfolger vermochten den Stand nicht zu wahren, nach und nach gingen die Gebiete in die Hände des Adels über.

*Židek, František: Čeští houslisté tři století [Böhmische Geiger in drei Jahrhunderten]. Prag 1979, 350 S.*

Der Prager Musikhistoriker und Violinist, der schon 1940 seine bis heute zitierte Geschichte der Violinkunst in Böhmen herausbrachte, verfaßte nun eine weit-

gespannte Darstellung der Persönlichkeiten und personalen Beziehungen, die die dreihundertjährige Geschichte des Violinspielens in Böhmen maßgeblich prägten. Ohne Rücksicht auf die Nationalität werden hier in erzählender Form an die ein-tausend Namen erwähnt, viele mit Personaldaten und biographischen Notizen, die in Böhmen das Violinspiel erfolgreich praktizierten, lehrten oder aber, aus Böhmen stammend, in Deutschland, Österreich, Italien oder einem anderen Land wirkten. Besondere Kapitel sind den bedeutenden Nachkriegspädagogen des Violin-spieles in der ČSSR gewidmet sowie dem spezifischen Beitrag Mährens. Eine Anzahl von Porträtfotografien ergänzt diesen Band.

## SUMMARIES

### THE TOWN OF EGER'S POLICY TOWARD THE JEWS IN THE LATE MIDDLE AGES

*Dieter Demandt*

Three phases can be distinguished in the history of the Jews of Eger in the Late Middle Ages. The first ended with the murder of the Jews in the year 1350, presumably at the instigation of the Council itself. Shortly thereafter a Jewish community again emerged in the town — and flourished remarkably. But it came to an end in the year 1430, when the Jews were expelled for not sharing in the municipal burdens imposed by the Hussite wars. A few years later Jews were once again allowed to settle in Eger, but this time only a small community developed; though its legal status (as regards civic rights and community autonomy) was not disadvantageous, a time limit was attached to the right of residence. An intensification of animosity toward the Jews can be observed in the second half of the 15th century, moreover.

### ASTRONOMY AND NATURAL SCIENCES IN MORAVIA

*Karl A. F. Fischer*

Astronomical activity in Moravia began with the *Sodales Danubiani* Augustinus Moravus, Andreas Stiborius and Ladislaus von Boskowitz (15th/16th century). The Jesuits at the University of Olmütz had no observatory of their own, but only a „Museum Mathematicum“ with an observation platform. There was lively activity in the Mathematical-physical field, and astronomy was also lectured upon within the framework of physics. The present study examines for the first time the mathematical activities of the Piarists, as well as of such other orders as the Benedictines in Rajgern, the Premonstratensians in Hradisch monastery, and the Augustinians in Brünn. The mathematical sciences flourished not only at Olmütz university but in the *Ständeakademie* as well. The first public observatory in Brünn was erected by Franz Cassian Hallaschka at the episcopal lyceum around 1813. After 1845 Eduard Ritter von Unkrechtsberg founded a private observatory in Olmütz which became known through the work of Hans Friedrich Julius Schmidt.

## THE SMALL TRADES AND HANDICRAFTS IN PRAGUE IN THE LATE 19th AND EARLY 20th CENTURY

*Peter Heumos*

In the period under survey, the occupational-industrial structure of Prague and Bohemia was marked by the predominance of small-trades enterprises. The small trades — in Prague above all shoemakers, tailors, glovers, joiners and locksmiths — were only partly still conducted along handicraft lines and were, generally, closer to the capitalist form of goods production. Signs of this were the relatively high extent of endowment with machines, the dominance of cottage industry as the enterprise organizational form, the high degree of division of labor, and piece-work. The economic development of the small trades in this period appears, in general, to have been satisfactory. Around 1900 a third of the small-trades working force still lived with masters, but the disintegration of this patriarchal form was proceeding apace.

## THE TRADITION OF CZECHOSLOVAK ENGINEERING EDUCATION

*Gustav Grüner*

The „Ständische technische Lehranstalt zu Prag“, established in 1806, was an outgrowth of the „Prager Ingenieurschule“. The language of instruction was German. By 1864 instruction in this frequently redesignated institution was bilingual, but in 1869 it was split into Czech and German polytechnical institutes, each of which subsequently assumed the name of „Technische Hochschule“. Though no like division occurred in the Technical Institute founded in Brünn in 1849, a separate new Czech college of technology was established in 1899. These four institutions of higher education remained through the interwar period, and only after 1945 were a number of new ones added, while the German institutions were closed down. Today there are ten higher institutions in the ČSSR with a technical orientation. Between 1870 and 1880 Austria established, at the level below the Technische Hochschule, higher vocational schools (Gewerbeschulen) for the purpose of training medium-level technicians. The state vocational school of Brünn became the model for a new school form from which a quarter of all the young people of a given age group today graduate.

ON „FOREIGN POLICY“ IN THE AGE OF THE  
„BOHEMIAN ANARCHY“*Heinz-Dieter He i m a n n*

F. Palacký and F. G. Heymann characterized the mid-15th century as an age of anarchy. The author sees this as a gap in historical research and uses the example of the involved history of the mercenaries as a stimulus to its further investigation. An approximately 10,000-man-strong contingent from Bohemia was drawn into the so-called Luxemburg inheritance struggle and Soest feud (1444—1447) in Westphalia on the side of the House of Wettin (Saxony, Meissen, Thuringia), in coalition with the Archbishop of Cologne. Peter von Sternberg and Heinrich von Kolowrat appeared as its leaders. Their motives for this westward campaign revealed them to be something less than mercenaries, for their interest was based rather on the political will to preserve, as representatives of the Estates, Luxemburg for the „crown of Bohemia“ — this also being in accord with the interests of the Luxemburg Estates. In conclusion, the broad echo of the Bohemian expedition is analyzed, and attention thereby directed to such themes as „resistance of the Estates“ and „public opinion“.

GERMAN ASTRONOMY IN BOHEMIA AND MORAVIA  
IN THE LAST 100 YEARS*Karl A. F. F i s c h e r and Peter H i b s t*

After the University of Prague split in 1882, the Imperial and Royal Observatory in the Prague Klementinum served as an institute of the German university for practical course work. Prof. Ladislav Weinek devoted himself to magnetic observations and selenography. After the collapse of the Empire in 1918, Prof. F. Nušl and Dr. O. Seydl commandeered the Klementinum as a state observatory. Prof. A. Prey created a new institute with a branch in Telnitz, where Dr. J. Mrazek worked until 1945. The institute in Prague was run by Dr. G. Alter, who eventually became a professor in Jerusalem.

Amateur German astronomy in Bohemia and Moravia was centered on the „Vereinigung zur Verbreitung astronomischer Kenntnisse“ (founded 1920). At the beginning of the 1930s this association linked itself with the *reichsdeutsch* „Ingedelia“ society. In addition there was a „Vereinigung der Freunde der Sternwarte der Deutschen Universität“, established in the mid-1920s and dissolved in 1940 by the *Reichsprotektor*. Arthur Beer, who later became a professor at Cambridge, organized its (supranational) meteoritic section. A number of smaller private observatories were created in the Sudetenland, and in Rumburg the first public observatory in Bohemia was founded in 1923.

## ASTRONOMY AT THE HIGHER-EDUCATION LEVEL IN BRÜNN

*Karl A. F. Fischer and Peter Hibst*

The German „technische Hochschule“ was rooted in the „Ständeakademie“ founded in Olmütz in 1725. Throughout its whole existence (1873—1945), it had only two professors who taught astronomy, within the framework of geodesy: Hofrat Prof. G. Niessl von Mayendorf and Prof. H. Löschner. There were three representatives of Czech astronomy in Brünn up to 1945: Eng. J. Lička, Dr. A. Semrád and Dr. B. Kladivo. The careers and most important works of the above-mentioned are described.

## MILAN HODŽA'S CENTRAL EUROPEAN CONCEPTION

*Ladislav Lipscher*

Milan Hodža (Czechoslovak Agrarian party) was head of government from 5 November 1935 to 22 September 1938 — and up to 29 February 1936 he was also his own foreign minister. His plan for Central Europe was the first attempt on the part of the Little Entente at closer economic cooperation — without any political preconditions — first with Austria and Hungary, and possibly also with Bulgaria. The goal was „to create one single great economic unit in Central Europe“. The idea was that on this basis, each individual state of this community would no longer be dependent on an economic great power (above all Germany), but would be able to achieve a stable position as member of a strong economic grouping that would handle all negotiations with third countries. But the hard facts were another matter: by the beginning of 1936 the economic and political position of the Third Reich in the Danube countries was so strong that the conception of a bloc of states that could cooperate with Germany on the basis of equal partnership and at the same time act as a competitor was probably an illusion.

THE BRITISH LABOUR PARTY AND THE SOCIALIST  
PARTIES OF EAST-CENTRAL EUROPE, 1944—1948*Peter Heumos*

Between 1944 and 1948 the Labour party engaged in a most active policy vis-à-vis the Socialist parties of Poland, Czechoslovakia and Hungary. When one considers the initially close cooperation of the East-Central European Socialists with the Communist parties, this fact does not support the view that Labour conducted a strictly anti-Communist strategy. In contrast of the Foreign Office, whose perception was that East-Central Europe had been lost to the Soviet Union in 1946, Labour counted on a long-term consolidation of the Socialist parties based on the positions of „democratic socialism“; in Labour's view, this goal seemed to have been achieved with the Brünn congress of the Czechoslovak Social Democrats in November 1947 and with the 27th congress of the Polish Socialist party in Dezember 1947.

## RÉSUMÉS

### LA POLITIQUE ENVERS LES JUIFS D'EGRA À LA FIN DU MOYEN-AGE

*Dieter Demandt*

L'histoire des Juifs d'Egra à la fin du Moyen-Age se divise en trois phases. La première prend fin en 1350 par l'assassinat des Juifs, vraisemblablement organisé par le Conseil. Peu de temps après, une nouvelle Communauté Juive se créa dans cette ville et prit un essor remarquable qui finit en 1430 lorsque les Juifs furent chassés à cause de leur non-participation aux charges de la ville lors des Guerres Hussites. Quelques années plus tard, les Juifs furent de nouveau autorisés à s'établir à Egra. Là ne se forma pourtant qu'une petite communauté dont les droits juridiques (droits civiques, autonomie de la Communauté) n'étaient pas défavorables mais dont le permis de séjour était limité. Par ailleurs on constate dans la seconde moitié du 15<sup>e</sup> s. une forte poussée de l'antisémitisme.

### L'ASTRONOMIE ET LES SCIENCES NATURELLES EN MORAVIE

*Karl A. F. Fischer*

Ce sont les „Sodales Danubiani“ Augustinus Moravus, Andreas Stiborius et Ladislaus von Boskowitz (15<sup>e</sup>/16<sup>e</sup> s.) qui commencent des activités sur le plan de l'astronomie en Moravie. Les Jésuites n'avaient pas d'observatoire particulier à l'Université d'Olmütz. Ils possédaient uniquement un „Museum Mathematicum“ et une plateforme d'observation. Pourtant il régnait dans la 1<sup>ère</sup> moitié du 18<sup>e</sup> s. une grande activité physico-mathématique. L'astronomie était enseignée dans le cadre de la physique. Les Piaristes en Moravie, ainsi que d'autres ordres tels que les Bénédictins à Rajgern, les Prémontrés à Hradisch ou les Augustins à Brünn se consacraient aux mathématiques. Les sciences mathématiques florissaient aussi bien à l'Université d'Olmütz que dans la *Ständekademie*. En 1813 Franz Cassian Hallaschka fonda à Brünn, non loin du Lycée Archiépiscopeal, le premier Observatoire Public. Après 1845 Eduard Ritter von Unckrechtsberg créa son observatoire privé à Olmütz qui devint célèbre par les activités de Hans Friedrich Julius Schmidt.

## PETITE INDUSTRIE ET ARTISANAT À PRAGUE À LA FIN DU 19<sup>e</sup> SIÈCLE ET AU DÉBUT DU 20<sup>e</sup> SIÈCLE

*Peter Heumos*

Au tournant du 19<sup>e</sup> au 20<sup>e</sup> s. les structures artisanales et industrielles de Prague et de Bohême étaient marquées par les petites exploitations qui étaient en majorité. Les petites entreprises à Prague formées surtout de cordonniers, tailleurs, gantiers, menuisiers et serruriers, avaient perdu en partie leur caractère artisanal et se rapprochaient en général d'une production de caractère capitaliste. Ce fait nous est indiqué par le nombre relativement élevé des machines, par la forme dominante de l'organisation des entreprises, de l'organisation du travail et du salaire à la pièce. De façon générale, le développement économique de la petite industrie paraît avoir été satisfaisant à cette époque. Vers 1900 un tiers des ouvriers vivait encore chez son patron mais ce mode de vie patriarcale pris rapidement fin.

## LA TRADITION TCHÉCOSLOVAQUE DANS LA FORMATION D'INGÉNIEURS

*Gustav Grüner*

L'„Ecole d'ingénieurs de Prague“ devint en 1806 la „Ständische technische Lehranstalt“ de Prague. On y enseignait en langue allemande. En 1864, après plusieurs changements de dénomination, l'enseignement s'y fit en deux langues. En 1869 elle fut séparée en deux instituts polytechniques: un tchèque et un allemand. Les deux prirent le nom d'„Université Technique“. A Brünn il n'y eut pas de scission de l'Institut Technique créé en 1849 mais une nouvelle fondation d'une université technique tchèque. Entre les deux guerres ces universités subsistèrent. Après 1945 seulement furent créées de nombreuses nouvelles écoles. Les universités allemandes furent fermées. A l'heure actuelle il y a 10 universités techniques en Tchécoslovaquie. — Entre 1870 et 1880 l'Autriche fonda, au dessous du niveau de l'Université des hautes écoles artisanales destinées à former des techniciens moyens. L'école artisanale d'Etat de Brünn devint le modèle de ce nouveau genre d'école dans lesquelles chaque année un quart de tous les jeunes obtient un certificat de maturité.

LA „POLITIQUE ÉTRANGÈRE“ À L'ÉPOQUE DE  
„L'ANARCHIE EN BOHÈME“*Heinz-Dieter Heiman*

Le milieu du 15<sup>e</sup> s. est dénommé „Période de l'Anarchie“ d'après F. Pa-lacký et F. G. Heymann. Un contingent de Bohême comprenant environ 10.000 hommes est impliqué dans les querelles de succession Luxembourgeoise et les dé-mêlés de Soest en Westfalie (1444—1447) pour soutenir la Maison Wettin (Saxe, Meissen, Thuringe) en coalition avec l'Archévêque de Cologne. A sa tête se trou-vent Peter von Sternberg et Heinrich von Kolowrat. Cette expédition vers l'Ouest suit plus une volonté politique qu'une volonté financière. En tant que repré-sentants des Etats ils veulent sauvegarder le Luxembourg à la Couronne de Bo-hème, ce qui est aussi conforme aux intérêts des Etats de Luxembourg. L'expé-dition de Bohême eut un vaste écho grâce aux thèmes qu'elle a soulevés, à sa-voir: La résistance des Etats et l'Opinion Publique.

L'ASTRONOMIE ALLEMANDE EN BOHÈME ET EN  
MORAVIE PENDANT LES CENT DERNIÈRES ANNÉES*Karl A. F. Fischer et Peter Hibt*

Après la scission de l'Université de Prague en 1882, l'Observatoire du Kle-mentinum à Prague servit d'institut de travail à l'Université Allemande. Le Prof. Ladislav Weinek se consacrait à des observations d'ordre magnétique et à la sélénographie. Après la chute de 1918 les Prof. F. Nušl et Dr. O. Seydl se saisirent du Klementinum et en firent l'Observatoire de l'Etat. Le Prof. A. Prey créa un nouvel institut ainsi qu'une filiale Telnitz où le Dr. J. Mrazek travailla jusqu'en 1945. L'institut de Prague était administré par le Dr. G. Alter qui de-vint par la suite professeur à Jérusalem. L'astronomie non-professionnelle en Bohème et en Moravie se concentra sur l'„Association pour la propagation des connaissances astronomiques“ (1920). Au début des années 30 elle était liée à la Société de l'Empire Allemand „Ingedelia“. A part cette société il existait une „Association des Amis de l'Observatoire de l'Université Allemande“ qui fut fondée au milieu des années 20 et dissoute en 1940 par le Protecteur du Reich. Arthur Beer, en dernier lieu professeur à Cambridge, organisa la Section Méteori-que qui n'était pas liée à l'Etat. Dans le Pays des Sudètes plusieurs petits ob-servatoires privés furent créés et en 1923 à Rumburg le premier Observatoire Populaire.

## L'ASTRONOMIE DANS LES UNIVERSITÉS À BRÜNN

*Karl A. F. Fischer et Peter Hibst*

L'Université Technique Allemande trouve ses sources dans l'Académie des Etats qui fut fondée en 1725 à Olmütz. Pendant toute la durée de son existence (1873—1945) elle n'eut que deux professeurs qui enseignèrent l'astronomie dans le cadre de la géodésie. Il s'agissait du Conseiller à la Cour, le Prof. Dr. G. Niessl v. Mayendorf et du Prof. Dr. H. Löschner. L'astronomie tchèque à Brünn a trois représentants jusqu'en 1945: Dipl. Ing. J. Licka, Dr. A. Semrad et Dr. B. Kladivo.

LA CONCEPTION DE MILAN HODŽA  
SUR LE PLAN DE L'EUROPE CENTRALE*Ladislav Lipscher*

Milan Hodža (parti agraire tchécoslovaque), président du gouvernement du 5. 11. 1935 au 22. 9. 1938, fit la première tentative du côté de la Petite Entente „to create one single great economic unit in Central Europe“, c. à. d. de collaborer sur le plan économique avec l'Autriche, la Hongrie et éventuellement la Bulgarie sans conditions politiques préalables. Sur cette base, les pays de cette communauté ne se trouveraient pas sous la dépendance des grandes puissances économiques, en particulier de celle de l'Allemagne. En tant que membres d'un groupe économiquement fort, leurs négociations avec d'autres pays auraient pu stabiliser leur position politique. La vérité s'avéra différente: Dès le début de 1936 la position politique et économique du Troisième Reich était si forte dans les Pays du Danube que la conception d'un bloc d'états désirant travailler avec l'Allemagne comme partenaire à égalité ou même comme concurrent, devint illusoire.

LE „LABOUR PARTY“ BRITANNIQUE ET LES PARTIS  
SOCIALISTES DE L'EUROPE CENTRALE DE L'EST  
1944—1948*Peter Heumos*

Le „Labour Party“ a mené entre 1944 et 1948 une politique très active envers les Partis Socialistes de Pologne, de Tchécoslovaquie et de la Hongrie. En considérant la coopération d'abord très serrée entre les parties socialistes des Pays de l'Europe Centrale de l'Est et les partis communistes, la conception d'une

stratégie strictement anticommuniste du „Labour“ n'est pas confirmée. A l'opposé de la politique extérieure du Foreign Office qui vit en 1946 l'Europe de l'Est livrée à l'Union Soviétique, la politique internationale du „Labour Party“ compta longtemps sur la consolidation des partis Socialistes sur la position d'un „Socialisme démocratique“. Du point de vue du „Labour“ ce tournant semblait atteint lors du Congrès du Parti Social-démocrate tchécoslovaque à Brünn en novembre 1947 et du 27ème Congrès du Parti Socialiste polonais en décembre 1947.

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ADB	Allgemeine deutsche Biographie
AJb	Astronomisches Jahrbuch
AN	Astronomische Nachrichten
AÖG	Archiv für österreichische Geschichte
BohJb	Bohemia. Jahrbuch des Collegium Carolinum
BohZ	Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder
ČMM	Časopis Matice Moravské
ČSCH	Československý časopis historický
HZ	Historische Zeitschrift
JbFL	Jahrbuch für fränkische Landesforschung
JbGO	Jahrbücher für Geschichte Osteuropas
MIÖG	Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung
NA	Neues Archiv der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde
ÖR	Österreichische Rundschau
PrP	Prager Presse
VČAZ	Věstník Československé akademie zemědělské
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
ZDVGMS	Zeitschrift des deutschen Vereins für die Geschichte Mährens und Schlesiens
ZSWG	Zeitschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

## MITARBEITER DES HEFTES

- Dr. Martin K. Bachstein, Hohe Wurz 1, 8134 Pöcking  
 Dr. Harald Bachmann, Fichtenstraße 67a, 8510 Fürth  
 Dr. Werner K. Blessing, Kaipershof 14, 8600 Bamberg  
 Prof. Dr. Karl Bosl, Donnersbergerstraße 9/III, 8000 München 19  
 Dr. Johann Wolfgang Brügge, 21 Connaught Drive, London NW 11  
 Prof. Dr. Peter Burian, Bachemerstraße 103, 5000 Köln 41  
 Prof. Dr. Günter Christ, Schulstraße 22/III, 5000 Köln 71  
 Dr. Alfred Eckert, Badstraße 7, 8562 Hersbruck  
 Prof. Dr. Heinz Engels, Höhlerstraße 30, 6302 Lich  
 Dr. Norbert Englisch, Großen-Busecker-Straße 59, 6305 Buseck-Alten-Buseck  
 Dr. Karl A. F. Fischer, Bachstraße 75, 7500 Karlsruhe  
 Prof. Dr. Wolf D. Gruner, Pralleweg 7, 2000 Hamburg 67  
 Dr. Fritz Peter Habel, Schwaigerstraße 23, 8018 Grafing  
 Dr. Heinz-Dieter Heimann, Antoniusstraße 3, 4790 Elsen  
 Dr. Peter Heumos, Kemnaderstraße 245, 4630 Bochum  
 Peter Hibst, König-Ludwig-Straße 1 b, 4350 Recklinghausen-Süd  
 Dr. Peter Hilsch, Stauffenbergstraße 103, 7400 Tübingen  
 Prof. Dr. Jörg K. Hoensch, Am Grafenhof 13, 6600 Saarbrücken 1  
 Dr. Roland J. Hoffmann, Färbergraben 35, 8000 München 2  
 Prof. Dr. Ludwig Hüttel, Ludwig-Thoma-Straße 6, 8223 Trostberg  
 Dr. Wolfgang Kessler, Friedrich-Ebert-Straße 6, 8012 Ottobrunn  
 Dr. Ladislav Lipscher, Schaufelbergerstraße 57, CH - 8055 Zürich  
 Olga Poštulková, Geschwister-Scholl-Straße 1/08, 3550 Marburg  
 Prof. Dr. Hubert Rösel, Bispinghof 3 A, 4400 Münster  
 Prof. Dr. Josef Sajner, Alešova 37, ČS - 61300 Brno  
 Prof. Dr. Ferdinand Seibt, Joseph-Haydn-Straße 14, 8013 Haar.  
 Prof. Dr. Helmut Slapnicka, Max-Reger-Straße 17, A - 4020 Linz  
 Dr. Rudolf M. Wlaschek, Eselsweg 1 b, 4050 Mönchengladbach